

R. UNIVERSITÀ DI PAVIA
STUDI NELLE SCIENZE GIURIDICHE E SOCIALI

ECONOMIA POLITICA CONTEMPORANEA

SAGGI DI ECONOMIA E FINANZA

IN ONORE DEL
PROF. CAMILLO SUPINO

Vol. II.



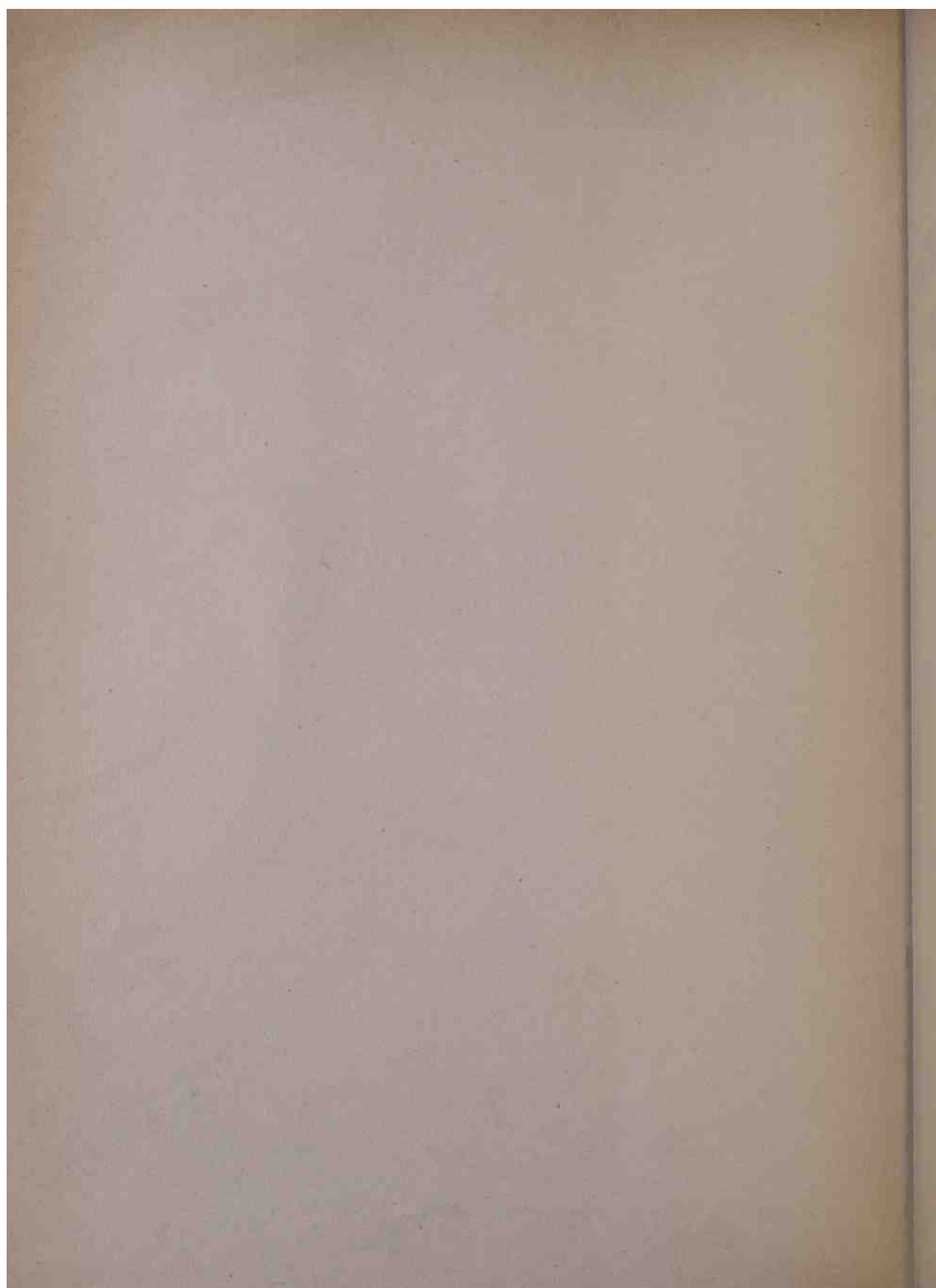
CEDAM
CASA EDITRICE DOTT. A. MILANI
DEPOSITARIA - PADOVA 1930-VIII





*I presenti due volumi di Economia Politica Contemporanea in onore del
PROF. CAMILLO SUPINO, pubblicati a cura dell' Istituto di Esercita-
zioni nelle Scienze Giuridiche e Sociali presso la Facoltà di Giu-
risprudenza della R. Università di Pavia, fanno parte, quali volumi XIV
e XV, della collezione degli Studi nelle Scienze Giuridiche e Sociali,
pubblicazione annuale dell' Istituto stesso.*

ECONOMIA POLITICA
CONTEMPORANEA



LASC. J. 2

R. UNIVERSITÀ DI PAVIA
STUDI NELLE SCIENZE GIURIDICHE E SOCIALI

ECONOMIA POLITICA CONTEMPORANEA

SAGGI DI ECONOMIA E FINANZA

IN ONORE DEL
PROF. CAMILLO SUPINO

Vol. II.

PUV0266034

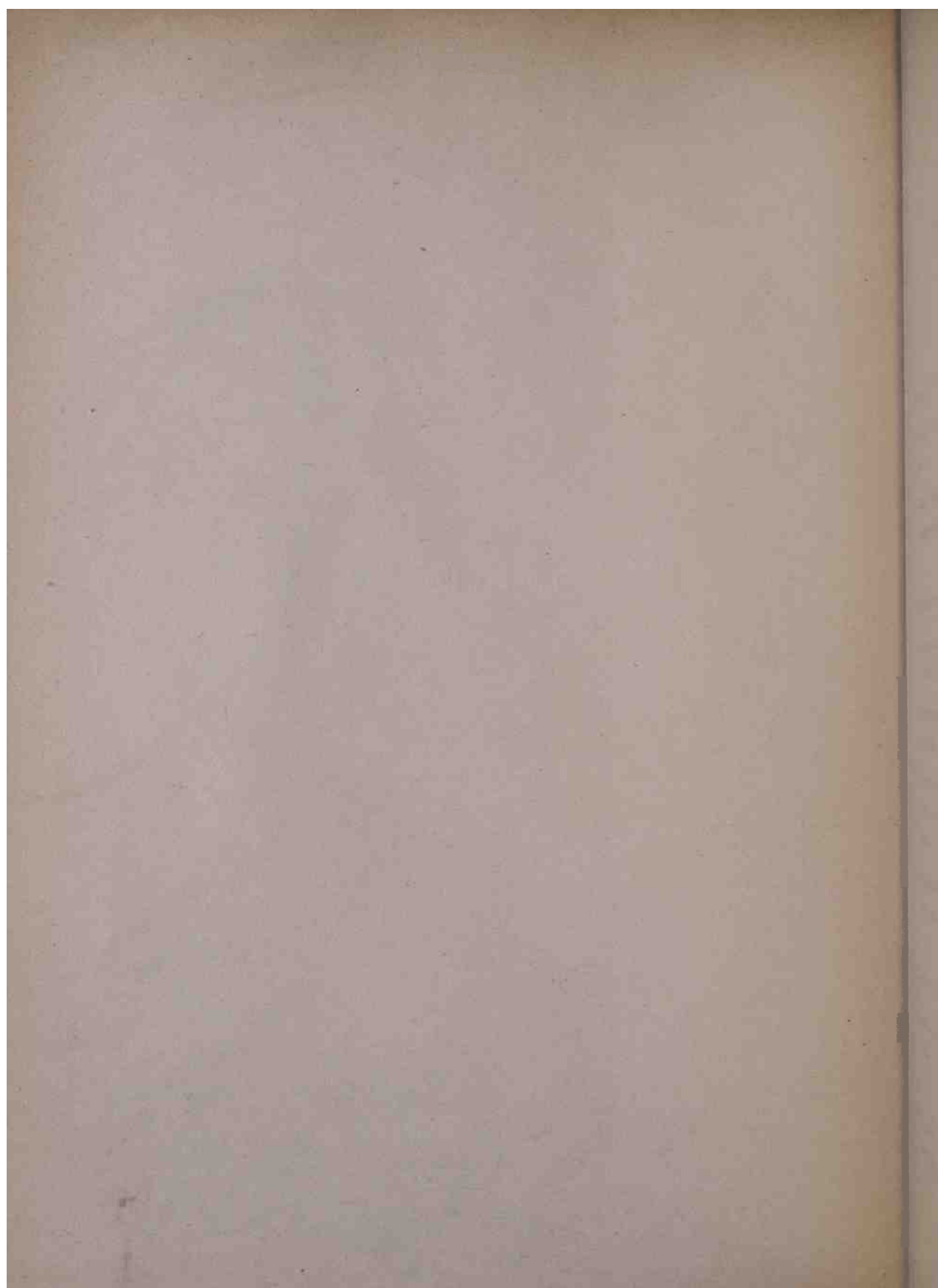


CEDAM
CASA EDITRICE DOTT. A. MILANI
DEPOSITARIA - PADOVA 1930-VIII

N.ro INVENTARIO PRE 16300

Proprietà letteraria

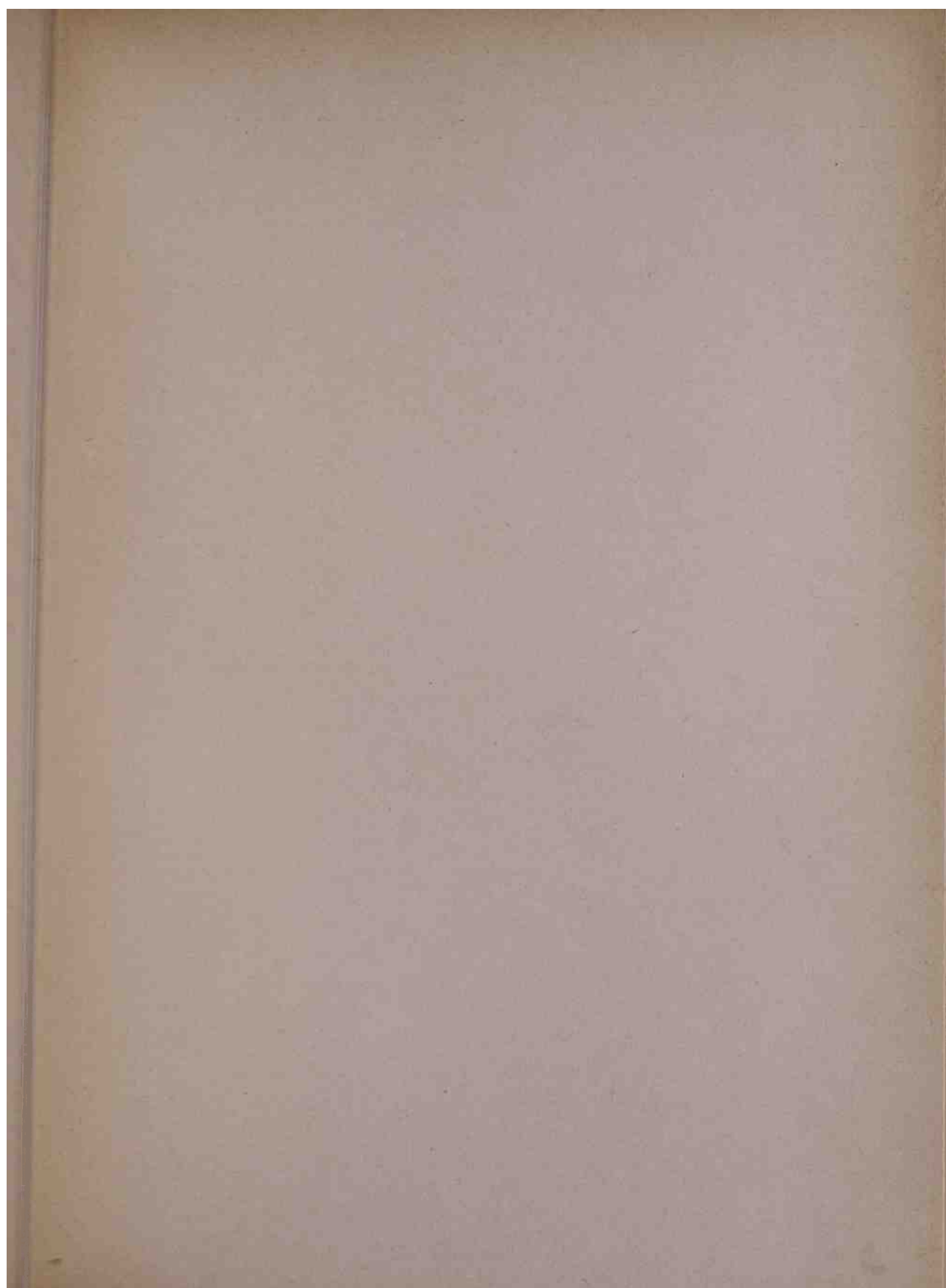
INDICE

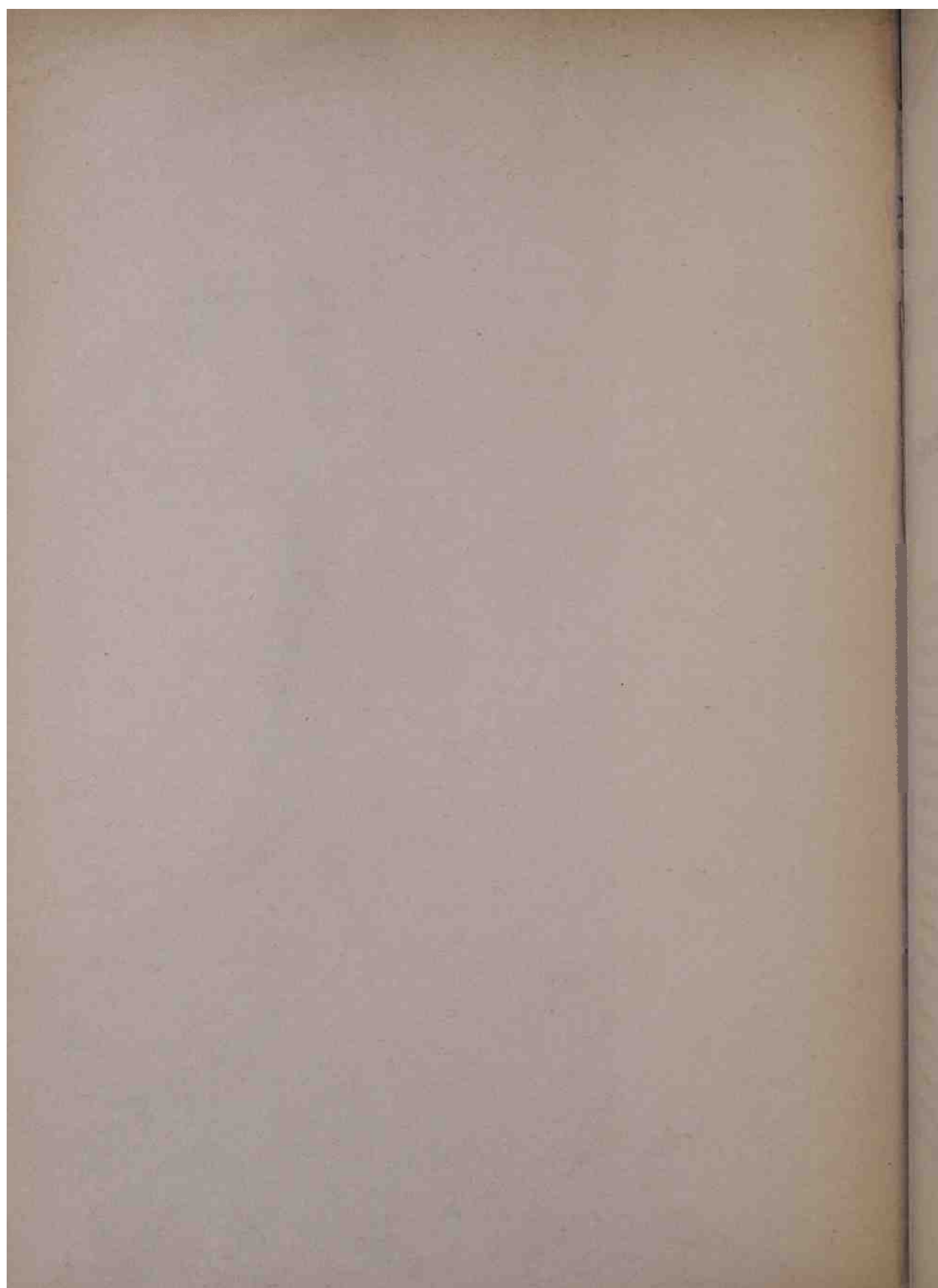


INDICE DEL VOLUME II.

HANS MAYER — Die Wert- und Preisbildung der Produktionsmittel	Pag. 1
VINCENZO PORRI — Le strutture nazionali dei prezzi ed i loro legami.	» 53
ERALDO FOSSATI — Osservazioni sulla statica e sulla dinamica economica con particolare riguardo alla teoria dello sconto	» 73
WALTER ROBERT SCOTT — Problems of progress.	» 157
FEDERICO FLORA — La liquidazione finanziaria della guerra : I piani Dawes e Young.	» 171
COSTANTINO BRESCIANI-TURRONI — I limiti del « trasferimento » di un tributo	» 197
FRIGYES DE FELLNER — La charge hypothécaire de la propriété foncière dans la Hongrie actuelle et les problèmes du crédit agricole	» 221
CORRADO BARBAGALLO — Le grandi cause del progresso dell'industria europea ed americana dal 1815 al 1850	» 233
LUIGI AMOROSO — La visione economica del fascismo	» 257
LELLO GANGEMI — Problemi della politica rurale e Stato Corporativo	» 273
ANDREA ANDRÉADÈS — La première apparition de la science des finances. (Un chapitre de l'Économie d'Aristote)	» 289

BENVENUTO GRIZIOTTI — Primi lineamenti delle dottrine finanziarie in Italia	Pag. 299
ATTILIO GARINO-CANINA — Il principio produttivista dell' imposta ed il sistema tributario italiano	» 331
ERWIN VON BECKERATH — Die Theorie der Steuerverteilung	» 369
MARIO PUGLIESE — I concetti di reddito e di entrata in economia ed in finanza	» 387
MARCO FANNO — Il consolidamento dei buoni del tesoro e le sue ripercussioni	» 413
G. DE FRANCISCI-GERBINO — Per un più rapido ammortamento del nostro debito pubblico	» 423
RICCARDO BACHI — Sugli effetti dell' esenzione dell' imposta sui fabbricati per le case di nuova costruzione.	» 439
CARLO CASSOLA — La riforma dell' imposizione diretta in Francia	» 449
G. FINDLAY SHIRRAS — The readjustment of central and provincial finance in federal constitutions	» 475





PROF. HANS MAYER

Università di Vienna

Die Wert- und Preisbildung der Produktionsmittel

Dem Problem der Wert- und Preisbildung der Produktionsmittel ist in der modernen ökonomischen Theorie ein eigentümliches Schicksal zuteil geworden: während ein Teil der nationalökonomischen Schriftsteller der Gegenwart es als endgültig gelöst betrachtet, und mit dem Ergebnis der einen oder anderen Untersuchung als feststehender Wahrheit operiert, steht ein anderer Teil der Fachwelt allen gebotenen Lösungsversuchen mit grösster Skepsis gegenüber und wieder ein anderer Teil der Nationalökonomien negiert, dass hier überhaupt ein Problem besonderer Art vorliege, das nicht schon durch die allgemeine Preislehre restlos erledigt sei. Bei diesem Widerstreit der Meinungen dürfte es keine vergebliche Aufgabe sein, die Behandlung dieses Problems — und ebenso seine Nichtbehandlung — in der nationalökonomischen Theorie der Gegenwart einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Ueber die Bedeutung des Problems im System der ökonomischen Theorie bedarf es in einem Werke, in dem sich die hervorragendsten Fachgenossen zur Ehrung des hochverdienten Forschers Professor CAMILLO SUPINO zusammenfinden, keiner längeren Ausführung. Sie ergibt sich von selbst aus der Doppelfunktion der Preise der Pro-

duktivmittel im gesellschaftlichen Wirtschaftsprozess: für den produzierenden Unternehmer sind sie die « Kosten » der Produktion, für diejenigen, welche die produktiven Dienste, die sachlichen sowohl wie die persönlichen, anbieten und zur Verfügung stellen, sind deren Preise ihr Einkommen in der Form von Lohn, Zins und Rente. Daraus allein schon erhellt die zentrale Stellung dieses Problems, dessen Lösung zur Gewinnung einer festen Basis für die Theorie der Produktion und die Theorie der Einkommensbildung oder, um den üblichen Terminus zu gebrauchen, der « Distribution » unerlässlich ist und auf der erst die speziellen Theorien des Lohnes, des Zinses und der Rente aufgebaut werden können.

Die Darstellung wird sich an dieser Stelle unter Verzicht auf einen literaturgeschichtlichen Rückblick, der übrigens auch keine erhebliche Ausbeute ergeben würde, auf den gegenwertigen Stand der exakten Theorie beschränken. Zunächst soll eine kritische Betrachtung der Lösungsversuche erfolgen, wie sie von den Vertretern der für die moderne Theorie repräsentativen grossen Schulen geboten werden: Vilfredo Paretos, des überragenden Vertreters der exakten Richtung, welche sich der mathematischen Darstellungsweise bedient, Alfred Marshalls, des grossen Meisters der Cambridger Schule, J. B. Clarks, dessen Theorie auch ausserhalb der amerikanischen Literatur viele Anhänger aber auch Kritiker gefunden hat und endlich der Theorie der unter dem Namen der « österreichischen Schule » zusammengefassten Gelehrten Carl Menger, Böhm-Bawerk und Friedrich Wieser, welche wohl zuerst das Problem bis in alle seine verborgenen Schwierigkeiten zu verfolgen gesucht haben. Der kritischen Darstellung soll ein Versuch folgen, die Richtlinien einer befriedigenden positiven Lösung aufzuzeigen.

I.

Wenn der Titel unserer Untersuchung von der Wertbildung und Preisbildung der Produktionsmittel spricht, so bedarf dies vielleicht heute, wo vielfach die Tendenz besteht, die Theorie des Wertes zu

eliminieren ⁽¹⁾ einer kurzen Rechtfertigung. Es ist wahr, das Wort « Wert » hat infolge seiner Vieldeutigkeit und der Verwechslung seiner verschiedenen Bedeutungen, besonders der ganz Verschiedenen bezeichnenden Begriffe « subjektiver Bedürfniswert » und « Tauschwert » viel Verwirrung gestiftet. Dies und der Einwand, dass die subjektiven Werte als Gefühlserlebnisse, abgestuft nach dem Grade der Lust und Unlust, mithin als Intensitätsgrossen einer quantitativen Erfassung unzugänglich seien, hat zur Diskreditierung der Theorie des Wertes viel beigetragen. Aber diesen Einwendungen, die noch gegen die älteren Fassungen der Theorie des subjektiven Wertes erhoben werden konnten, sind die neueren Formulierungen nicht mehr ausgesetzt ⁽²⁾. Auch wir werden, wenn wir das Wort Wert in unserer Untersuchung gebrauchen, es nur als kurze Bezeichnung im Sinne von abhängigem Nutzen für die subjektive Wohlfahrt (Bedürfnisbefriedigung) eines Wirtschaftssubjektes verwenden, und für die Grössenbeziehungen zwischen den abhängigen Nutzen das Auslangen finden in Gleichungen oder Ungleichungen zwischen den Mengen verschiedener Güterarten oder Kombinationen von Güterarten, die für jedes Wirtschaftssubjekt in je bestimmten Gütersituationen bestehen. Einer Präzisierung seines Inhaltes bedarf für die folgenden Ausführungen auch das mehrdeutige Wort « Kosten ». Wir verwenden von den beiden Bedeutungen, die das Wort

⁽¹⁾ Unter dem Schlagwort der "sterbenden Wertlehre", versucht eine ganze Reihe von Theoretikern den Begriff des Wertes aus dem ökonomischen System zu eliminieren (PARETO, ZORLI, GOBBI, AUPETIT, BRIOT, BROUILHET, FRIDAY, CASSEL, GOTTL, LIEFMANN, DIETZEL), wobei sie sich jedoch einerseits vor allem nur gegen die Verwendung des Tauschwertbegriffes stellen und anderseits den Begriff des subjektiven Wertes nur durch eine andere Bezeichnung ersetzen (PARETO, *Indexfunktion*; ZORLI und GOBBI, *Oekonomische Konvenienz*; CASSEL, *Knappheit*; GOTTL, *Oekonomische Dimension*; usw.), ihn aber de facto nicht entbehren können.

⁽²⁾ So vor allem nicht mehr im System V. PARETOs, im *Manuel d'économie politique* die Begriffe "Ophelimitat", "Indices resp. Indexfunktionen der Ophelimitat", und die Konstruktion der Indifferenzlinien. Für den gegenwertigen Stand der Werttheorien in der deutschen Literatur sei auf den Artikel "Grenznutzen", von P. N. ROSENSTEIN-RODAN im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 4 Aufl. hingewiesen.

hat: einerseits sachliche und personliche Aufwendungen von Produktionsmitteln in natura (z. B. Arbeitsstunden oder Gewichtsmengen von Materialien) und andererseits das in diesen Aufwendungen gelegene Opfer an Nutzen, nur die letztere Bedeutung, also « Kosten » als Wert oder, in der Geldwirtschaft, als Preis der aufgewendeten Produktionsmittel.

Unser Problem — des wirtschaftlichen Zusammenhanges von Produkten und Produktionsmitteln — entsteht auf zwei verschiedenen Stufen der Abstraktion: einmal auf der höheren Abstraktionsstufe, bei einem Minimum an notwendigen Voraussetzungen, wie sie bei Annahme der *geschlossenen*, für den Eigenbedarf produzierenden Wirtschaft mit einheitlicher Disposition über alle Güter, getragen von einem einheitlichen Wertsystem, gegeben ist, also als Wertproblem: welches ist der gesetzmässige Zusammenhang zwischen den Werten der Produkte und den Werten der Produktivmittel? Oder, da ja evidentermassen die Produktivmittel nur als *Instrumente* zur Erzeugung wertvoller Produkte und nicht um ihrer selbst willen Werte beigelegt erhalten, in konkreter Fragestellung: nach welchen Gesetzmässigkeiten bestimmt sich der Wert der einzelnen von mehreren verschiedenartigen durch ihr Zusammenwirken das Produkt ergebenden Produktionsmitteln aus dem Werte ihres Produktes? Es ist das unter dem Namen der *ökonomischen Zurechnung* (imputazione) zuerst von den Autoren der « österreichischen Schule » bewusst und klar formulierte Wertproblem. Auf niedrigerer Stufe der Abstraktion, bei Aufnahme der typischen Voraussetzungen der Tauschwirtschaft unter die Annahmen der theoretischen Betrachtung entsteht das Problem als Preisproblem: in welchem gesetzmässigen Zusammenhange stehen die Preise der einzelnen Produktivmittel mit den Preisen der Produkte?

Es ist ersichtlich, dass die Lösung des Wertzurechnungsproblems für die Erkenntnis der Preisbildung der Produktionsmittel nur instrumentale Bedeutung haben kann. Aber ist es ein notwendiges Instrument, kann man nicht auf die Untersuchung der Wertzurechnung verzichten und zur Erkenntnis der Preisbildung der Produktionsmittel ohne diesen Umweg, direkt kommen? Dies wurde

vielfach behauptet und der Beweis dafür in manchen neueren Systemen der Preistheorie zu erbringen versucht. Aber alle diese Versuche lassen, wie sich zeigen wird, eine Lücke im Erklärungszusammenhang und sind deshalb unbefriedigend.

Dieselbe Frage in prinzipieller Form — Ableitung mit oder ohne Werttheorie — taucht aber auch in dem Widerstreit der modernen *allgemeinen* Preistheorien auf. Wir müssen daher auf sie, wenn auch in diesem Rahmen nur in gedrängter Kürze, eingehen. Werfen wir einen Blick auf die Annahmen, die den verschiedenen modernen exakten Preistheorien und ihren Ableitungen zugrundeliegen und untersuchen wir den Erkenntniswert der hieraus gewonnenen Resultate. Die *Nachfragekurve* (Tabelle der Nachfragepreise) nach verschiedenen Mengen eines Konsumgutes wird seit Gossen, Jevons und Walras — ungeachtet zahlreicher Varianten im Einzelnen, die insbesondere im Grade des Eingehens auf psychologische Tatbestände, vor allem der Beachtung der psychischen Komplementarität der Bedürfnisse begründet sind — doch im Ganzen übereinstimmend als Funktion von Bedürfnissen (subjektiver Wert, Ophelimität) und Kaufkraft (Einkommensgrosse) der nachfragenden Subjekte, also als Wertkurve, abgeleitet.

Komplizierter liegen die Verhältnisse bei der Gewinnung der *Angebotskurve*. Je nach dem Erkenntnisziele hat man hier sehr verschiedene Methoden angewendet. Wenn, um mit der einfachsten zu beginnen, manche Nationalökonomien sich damit begnügen, die allgemeine Gestalt der Angebotskurve einfach *empirisch* zu *konstatieren*, sei es auf Grund der gemeinen Markterfahrung oder von Statistiken der zu verschiedenen Preisen effektiv angebotenen Mengen oder endlich auf Grund eines fingierten Abfragens (« Enquete », wie es A. de Pietri-Tonelli bezeichnet) der Anbietenden, welche Mengen sie zu wechselnden Preisen anbieten würden, und dann die solcherart gewonnene (statistische!) Angebotskurve mit der (theoretischen!) Nachfragekurve zusammenstellen, um zu zeigen, dass im Schnittpunkt beider der Preis sich feststellen muss, wenn Gleichgewicht auf dem Markte herrschen soll, und dass mithin ein funktioneller Zusammenhang zwischen Preishöhe, angebotener und nachgefragter

Menge besteht, so ist dieses Resultat — selbstverständlich — richtig, aber es reicht in seinem Erkenntniswert nicht über den Wert einer graphischen Darstellung statistischer Erfahrungen, die uns noch nichts über die kausale Verkettung der Erscheinungen sagen, hinaus. *Muss* die Angebotskurve sich immer mit der Nachfragekurve schneiden? Worin ist dies begründet und wovon hängt die konkrete Gestalt dieser Kurve und damit die Lage des Schnittpunktes (der Preishöhe) ab? Das alles erfordert, sich nicht mit der bloss empirischen Konstatierung der Angebotskurve zufrieden zu geben, sondern nach ihren Bestimmungsgründen zu forschen, sie selbst erst *theoretisch* abzuleiten. Und wenn sich nun ergäbe — was ja a priori nicht ausgeschlossen erscheint — dass die Angebotskurve in ihrer Existenz sowohl wie in ihrer jeweiligen konkreten Gestalt nicht unabhängig ist von der Nachfragekurve, sondern von dieser oder den sie bestimmenden Elementen mitbedingt ist und mithin auch der Tatbestand *gleicher gegenseitiger* funktioneller Verknüpfung, d. i. also *reversibler* Abhängigkeit der drei Grossen Angebot, Nachfrage und Preis nicht bestände, dann würde jene Ableitung sich als blosser Scheinlösung enthüllen. Wir werden später daraus Schlussfolgerungen zu ziehen haben.

Wenden wir uns nun einem zweiten Wege der Gewinnung der Angebotskurve zu. Man begnügt sich nicht mit ihrer empirischen Konstatierung, sondern man sucht sie auf Grund der Analyse der tatsächlichen Vorgänge auf ihre Bestimmungsgründe zu erforschen, also wirklich theoretisch abzuleiten. Man stösst bei dieser Analyse auf technisch-naturale Bestimmungsgründe: die physisch-technischen Gesetze des abnehmenden, zunehmenden und konstanten Naturalertrages, und u. a. auch auf den Faktor des *Arbeitsleides*. Man erkennt, da bei der Erzeugung aller Güter direkt und indirekt (Realkapital) Arbeit aufgewendet wird, dass die Angebotskurve durch die Kurve des zunehmenden Arbeitsopfers wesentlich mitbestimmt wird und dass diese Kurve deshalb notwendig den entgegengesetzten Verlauf haben muss wie die durch die Bedürfnisse bestimmte Nachfragekurve nach Gütern, so dass beide sich schneiden müssen, womit also ein materieller Bestimmungsgrund für die formale Ge-

staltung der Kurve festgestellt wird. Da aber das Arbeitsleid zugleich eine Grösse und zwar eine negative Grösse in jedem subjektiven Wohlfahrtssystem (Bedürfnissystem) und mithin im subjektiven Wertsystem darstellt, da sie ja eine Nutzenminderung bedeutet, so ist ihr innerer, durch psychische Tatsachen hergestellter, Zusammenhang mit der aus dem Bedürfnisnutzen abgeleiteten Nachfragekurve gegeben. Es nimmt niemand ein grösseres Arbeitsleid zur Erzeugung und zum Angebot von Produkten auf sich als äusserstenfalls gerade noch kompensiert wird durch einen Bedürfnisnutzen, den ihm die im Austausch für seine Produkte zu erhaltenden Güter gewähren. Die Angebotskurve ist also, soweit sie durch Arbeitsleid bestimmt wird, eine negative Wertkurve.

Aber auch dieses Ergebnis enthält nur eine Teilwahrheit, es ist unzulänglich deswegen, weil ja die jeweils angebotenen Gütermengen nicht ausschliesslich durch Arbeitsaufwand entstanden sind, sondern auch durch die Mitwirkung von Stoffen und Kräften — die natürlichen Bodenkräfte, die von der Natur gebotenen Materialien — die ihrerseits im Knappheitsverhältnis stehen. Man ist schon deshalb gezwungen, die Analyse der Bestimmungsgründe der Angebotskurve noch weiterzuführen. Es wäre selbstverständlich gänzlich verfehlt und ein offenkundiger Zirkelschluss, wenn man nun bei der Untersuchung des *elementaren Bildungsgesetzes* der Angebotskurve sagen wollte, die in Form der Produkte zu bestimmten Nachfragepreisen angebotenen Mengen dieser nicht auf Arbeitsaufwand zurückzuführenden Produktionsmittel bestimmen sich nach ihren Kosten, denn damit wäre ja dasjenige, dessen Bildungsgesetz abzuleiten ist, die die Angebotskurve konstituierenden Preise der Produktionsmittel, als bereits gegeben vorausgesetzt. Trotzdem wird dieser methodische Fehler, wobei man die Kosten der Produktion offenbar auf Grund zeitlich vorausgegangener Preisbildung der Produktionsmittel zur Ableitung der Angebotskurve als gegeben voraussetzt, häufig begangen und damit das Problem umgangen. Nur zur Ableitung der Angebotskurve der reinen Arbeitsprodukte konnte man, wie gezeigt, zunächst die durch das Arbeitsleid gegebenen Kosten verwenden. Aber die ohne Arbeitsaufwendung verfügbaren sachlichen Produktionsmittel haben

ja zunächst keine Kosten, die zur Bestimmung ihrer Angebotskurve führen könnten, sie sind zunächst nichts als in Knappheitsverhältnis stehende technische Hilfsmittel der Produktion, deren Wert- und Preisbildung erst zu erklären ist.

Der Versuch einer weiteren Analyse der Angebotskurve auf ihre selbständigen d. i. von der Nachfrageseite unabhängigen Bestimmungsgründe führt also ins Leere. Ausser der Disutilitykurve die aber, wie gezeigt, nur ein beschränktes Anwendungsgebiet und überdies nur subsidiäre Geltung hat, bleiben nur naturale Hilfsmittel der Produktion, die an sich keine Wertfunktionen haben und technische Tatbestände übrig. Es findet sich auf der Angebotseite ausser der als unzureichend erkannten Disutility kein *selbständiger* Bestimmungsgrund für die Ableitung der Angebotskurve.

Dieser Tatbestand führt notwendig zur grundsätzlichen Erkenntnis, dass Nachfrage und Angebot durchaus nicht die *koordinierte*, völlig paritätische Stellung im Gesamtwirtschaftsprozess haben, wie dies durch die Gegenüberstellung der beiden Kurven in den Darstellungen des Gleichgewichtes in den statischen Systemen der mathematischen Nationalökonomien, die in diesem Punkte der mehr populären Auffassung des Marktes durch die Klassiker folgen, fingiert wird. Das, was der Nachfrage in Wahrheit zunächst gegenübersteht, ist die Gesamtheit der sachlichen und persönlichen Produktionselemente einer Wirtschaft und der technischen Möglichkeiten ihrer Verwendung. Was dann mit diesen verfügbaren Produktionselementen innerhalb der technischen Möglichkeiten tatsächlich geschieht, in welchem Ausmasse daraus ein Angebot an den verschiedenartigen Produkten entsteht, das ist dann allein eine Folge des Wirkens der Nachfrage nach den einzelnen Güterarten. Die Nachfrage schafft sich also erst das Angebot, sie ist der primäre Faktor gegenüber dem aus ihr und den technischen Produktionsmöglichkeiten abgeleiteten Angebot. So einleuchtend und erfahrungsgemäss es ist, dass jede effektive Nachfrage ihr entsprechendes Angebot innerhalb der technisch-physischen Möglichkeiten hervorruft, dass aber umgekehrt jedes Angebot ohne effektive Nachfrage zusammenbrechen muss, die Theorie des Gleichgewichtspreises

hat — offenbar nicht unbeeinflusst von der leichten Zugänglichkeit für mathematische Darstellung — bei bewundernswerter Ausbildung der Darstellungsmittel starr an dem alten Gedanken der vollkommen paritätischen Stellung von Nachfrage und Angebot als auf derselben zeitlichen Wirkungsebene liegender gleichwertiger Bestimmungsgründe für die Ableitung der Preise festgehalten ⁽¹⁾. So wird, um nur einen der hervorragendsten Vertreter der Gleichgewichtstheorie zu nennen, Marshall in seinem Bestreben, nicht in Widerspruch mit den alltäglichen Erfahrungen des Marktes — man kann geradezu sagen mit den *Tageserfahrungen* — zu kommen, nicht müde, immer wieder den Vergleich des paritätischen Wirkens von Nachfrage und Angebot (von Wert und Kosten) mit dem Zusammenwirken der beiden Klingen einer Schere zu bringen, und die gleiche gegenseitige Abhängigkeit von Nachfrage, Angebot und Preis an dem Beispiel der mehreren Kugeln in einer Schale zu demonstrieren, wo alle gleichmässig in Druck und Gegendruck aufeinander wirkend und rückwirkend das Gleichgewicht herstellen. Er übersieht dabei den wesentlichen Unterschied, dass die Kugeln seines Beispiels alle unabhängig voneinander bereits ihr bestimmtes Gewicht haben, mit dem sie wechselseitig aufeinander drücken und diese ihre Beziehungen zueinander daher *reversibel* sind, während das Angebot nicht unabhängig von der Nachfrage bestehen kann, erst durch sie geschaffen, sich ihr anpasst, somit ein Kausalzusammenhang und damit *Irreversibilität* besteht. Die Angebotskurve ist also nach ihrem Bildungsgesetz keine selbständige, sondern aus der Nachfragekurve und den technischen Gesetzen der Produktion hervorgegangene Kurve. Die Produktpreise bei verschiedenen nachgefragten Gesamtmengen bilden sich nach den in der Nachfragekurve zusammengefassten Bestimmungsgründen des subjektiven Nutzwertes und der Kaufkraft der Nachfragenden. Nach den nachgefragten Mengen und Preisen richtet sich das

(1) Dass übrigens der Satz: "Bei Gleichgewicht muss sich effektives Angebot und effektive Nachfrage decken", keine, deduktiv oder induktiv gewonnene, *Erkenntnis*, sondern bloss eine verkleidete *Definition* gibt, ist näher ausgeführt in meinem Artikel *Theorie der Preisbildung in Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, II, Bd. 1930, (Springer, Wien-Berlin).

Angebot. Die Nachfrage der die Produkte anbietenden Produzenten nach Produktivmitteln ist wieder durch den Produktpreis, also indirekt durch die Nachfragekurve der Produkte bestimmt, oder, wie zutreffend gesagt wurde, die Nachfrage der Konsumenten nach Produkten ist eine indirekte oder potentielle Nachfrage nach den entsprechenden Produktivmitteln.

Aus den Produktpreisen müssen sich daher die Preise (Werte) der Produktivmittel, das sind aber jene Grössen, die, von der Angebotseite betrachtet, die Kosten darstellen, ableiten lassen. Ist der Preisbildungsprozess soweit gediehen, dass nunmehr jedes Produktionsmittel aus dem Preise seines Produktes, oder genauer aus dem Preise seines Grenzproduktes, seinen bestimmten Preis erhalten hat, und damit aus der Stellung eines blossen technischen Faktors der Produktion zu einer wirtschaftlichen Grösse geworden ist, dann erst ist für die Produzenten die Möglichkeit, aber zugleich auch die Notwendigkeit gegeben, die Produktivmittelaufwendungen als Kosten den Produktpreisen gegenüberzustellen; und für die Theorie erst die Möglichkeit, nunmehr aus der Variation der Kosten bei verschiedenen Produktionsmengen die Angebotskurve abzuleiten und als *relativ selbständige* Kurve der Nachfragekurve gegenüberzustellen. Diese bloss relative Selbständigkeit der Angebotskurve im Verhältnis zur Nachfragekurve kommt aber immer darin zum Ausdruck, dass jede Aenderung der Nachfragekurve (zum Beispiel durch Aenderung der Bedürfnisse oder durch Verschiebung der Einkommensschichtung in der Bevölkerung) auf dem Wege der Aenderung der Produktpreise zu einer Aenderung der Produktivmittelpreise, also der Kosten, und damit zu einer Aenderung der Angebotskurve führt, während umgekehrt eine Aenderung der Angebotskurve (zum Beispiel durch Erfindungen auf dem Gebiete der Produktionstechnik) zwar zur Veräuderung der zu bestimmten Nachfragepreisen angebotenen Produktmengen führen, jedoch eine Aenderung der Nachfragekurve, die ja ihre Gestalt durch die von der Angebotseite unabhängigen Elemente der Bedürfnisskalen und der Kaufkraft der Konsumenten erhält, nicht bewirken kann.

Selbstverständlich ist dieser ganze Prozess der Bildung der Werte und Preise der Produktionsmittel und damit der Entstehung der Angebotskurve von der Nachfrageseite her, nicht als ein *historischer* sondern als *genetischer* zu verstehen, wobei die Kräfte, die ihn herbeiführen, ununterbrochen latent in Wirksamkeit bleiben, um den Gleichgewichtszustand zwischen Werten und Preisen der Produkte und Werten und Preisen der Produktivmittel zu erhalten.

Wenn nun die mathematische Theorie des Gleichgewichtspreises auf diesen genetischen Prozess nicht eingeht, sondern die Angebotskurve als jeweils bereits gegeben annimmt, so ist dies nur dann keine Scheinlösung des Preisproblems, wenn sie sich als *Erkenntnisziel* bloss die Aufgabe gestellt hat, ein *Augenblicksbild* (eine « Momentphotographie ») von dem gegenseitigen Verhältnis der Preise, der angebotenen und nachgefragten Mengen auf dem Markte zu geben, *wenn* das Gleichgewicht bereits besteht. Indem sie sich in ihren Gleichungssystemen auf die Darstellung des erreichten Ruhezustandes beschränkt, verzichtet sie auf die Aufwerfung der viel umfassenderen Erkenntnisaufgabe, zu untersuchen, ob nicht die *Bedingungen des Gleichgewichtszustandes selbst wieder in kausalem Zusammenhange untereinander* stehen. Sie kann sich diese Beschränkung auferlegen, wenn sie nur *kurze Perioden* betrachtet, weil die Auswirkung des Kausalzusammenhanges zwischen den Bedingungen des Gleichgewichtes Zeit und zwar oft erhebliche Zeit erfordert. Aber sie tut dies eben dann um den Preis des Verzichtes auf Erkenntnis von Zusammenhängen, die umfassender sind, als die bloss für den Augenblick aufscheinenden gegenseitigen Abhängigkeiten.

Nicht in der Verwendung des Infinitesimalkalküls — wie oft behauptet wird — liegt der Unterschied zwischen den beiden Typen der Preistheorien, wie sie einerseits durch die bis heute ausgebildeten Gleichungssysteme der « Mathematiker » und der Preistheorie der « Oesterreicher » repräsentiert werden, sondern darin, dass die ersteren die *gegenseitige Bedingtheit aller Preise* im Zustand des erreichten Gleichgewichtes auf dem Markte zeigt, ohne aber die tiefer liegenden kausalen Verbindungsglieder dieser Abhängigkeiten zur Erkenntnis zu bringen; während die Preistheorie der « Oesterreicher »

gerade die Aufdeckung des *kausalen Zusammenhanges* anstrebt. Es muss zugegeben werden dass die Theorie der « Österreicher » bis heute noch nicht zur restlosen Lösung ihrer schwierigen Erkenntnisaufgaben gelangt ist; sie hat zwar — wie besonders die lichtvolle Darstellung Bohm-Bawerks zeigt — den genetischen Bildungsprozess einzelner, isoliert betrachteter Preise und den ganzer Gruppen von Preisen — der « produktionsverwandten » Güter — gegeben, ist aber noch nicht bis zur Darstellung des genetischen *Allzusammenhanges* aller Preise vorgeschritten. Ein grundsätzliches Hindernis steht jedoch ihrem Ausbau nicht im Wege.

II.

Der skizzierte Unterschied in den Erkenntniszielen der beiden Haupttypen der modernen Preistheorien macht es erklärlich, dass das Problem der ökonomischen Zurechnung als das Problem der Aufdeckung des Kausalzusammenhanges zwischen Wert- und Preisbildung der Produktivmittel und Wert- und Preisbildung der Produkte in der Theorie der österreichischen Schule und der ihr verwandten Richtungen entstehen *musste*, in den mathematischen Gleichgewichtstheorien jedoch grundsätzlich nicht entstehen konnte. Und so lässt sich denn auch feststellen, dass am weitesten entfernt von unserem Problem Pareto steht, der grosse Meister der mathematischen Theorie, am anderen Flügel Bohm-Bawerk, Wieser und J. B. Clark, und in der Mitte zwischen ihnen mit dem Bestreben beiden Erkenntniszielen gerecht zu werden, Marshall, Wicksell und wohl auch Schumpeter ⁽¹⁾.

Die Beschränkung des Erkenntniszieles auf die blosse Beschreibung der gegenseitigen Abhängigkeiten der Preise unter Verzicht auf die Erklärung des *Prozesses* der Preisbildung bildet die Eigenart der Pareto'schen Problemstellung. Seine mathematischen For-

(1) CASSELS Preistheorie, die den Anschluss an das System Walras'sucht, und das Zurechnungsproblem negiert, kann hier ausser Betracht bleiben.

mulierungen enthalten zwischen den Daten und den Ergebnissen der Preisbestimmung nichts an Darstellung des tatsächlichen Vorganges der Preisbildung, die der österreichischen Theorie das wesentliche Erkenntnisziel ist. Für dieses derart eingeschränkte Erkenntnisziel braucht Pareto die besondere Eigenart des Zusammenhanges der Preise einzelner Gütergruppen (in dem uns interessierenden Falle den der Produktivgüter und ihrer Produkte) nicht näher zu analysieren. Dem entspricht auch sein immer konsequenteres Betonen der blossen funktionellen Abhängigkeit. Während er noch im Jahre 1892 im « Giornale degli Economisti » den Zusammenhang zwischen der Wert- und Preisbildung der Produkte und der Produktionsmittel in volliger Uebereinstimmung mit den Prinzipien der subjektiven Wertlehre darstellt, wonach der Wert einer Produktionsmittelgruppe nichts anderes ist, als der auf sie übertragene Wert ihres Produktes (die besondere Art dieser Ableitung und die Zerlegung des Produktwertes in die Einzelwerte der die Produktionsmittelgruppe bildenden Produktivgüter wurde jedoch auch dort keiner weiteren Analyse unterzogen), also die Priorität des Produktwertes gegenüber den Produktivmittelwerten ausdrücklich zugibt, lehnt er eine solche Fragestellung im « Manuel » nachdrücklichst ab. Der Zusammenhang zwischen den Preisen der Produkte und denen ihrer Produktionsmittel wird nicht anders dargestellt, als der allgemeine Zusammenhang aller Preise, wie er sich im « Gesetz vom Ausgleich des Grenznutzenniveaus » offenbart. Die Bestimmungsgründe für den Wert der Produktionsmittel seien dieselben, die für das allgemeine wirtschaftliche Gleichgewicht bestehen. In der Theorie des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichtes müsste die ganze « Zurechnungstheorie » in den Gleichungen der Kategorie D enthalten sein, welche: *Grenzpreis ist gleich Grenzkosten* ausdrücken. Damit hat man jedoch bestenfalls den Totalpreis der ganzen Produktionsmittelgruppe, die das Grenzprodukt erzeugt, nicht aber die Preise der *einzelnen* diese Produktionsmittelgruppe bildenden Produktivgüter ermittelt, worin aber gerade das (Zurechnungs) Problem besteht. Damit man die Zurechnung in Pareto's System durchführen könnte, müsste man

die Funktion, die den Produktpreis ausdrückt, in so viele bestimmte Funktionen der Produktivmittelpreise zerlegen können, als es Produktivmittel gibt; diese Funktionen der Produktivmittelpreise müssten in ihrer Summe die Funktion des Produktpreises ergeben. In Pareto's System sind jedoch nirgends Anhaltspunkte für diese Zerlegung gegeben. Die Gleichungen symbolisieren hier lediglich die Interdependenz, ohne diese Interdependenz genauer zu spezifizieren (vergl. immerhin V. Kap. § 92. « Manuel »), wie dies die Zurechnungstheorie für den speziellen Fall der Abhängigkeit zwischen den Produkt- und den Produktivmittelwerten tut.

Dementsprechend wird auch das Bildungsgesetz der Angebotskurve, die besondere Art ihrer Verknüpfung mit der Nachfragekurve nicht herausgearbeitet. Die « gusti », wie die « ostacoli » sind bei Pareto gegebene Daten, Ausgangspunkte der ökonomischen Analyse, die — nicht weiter problematisch — *unabhängig voneinander* für jedes Wirtschaftssubjekt angenommen werden. Ein Versuch, die Indifferenzlinien der ostacoli aus denen der gusti abzuleiten, wird nicht unternommen. Die Behandlung der Angebotskurve entspricht also typisch unserem obigen Fall 1 (S. 5) (blosse empirische Konstatierung — keine gesetzmässige Ableitung).

Restlos freilich vermag auch Pareto, wie bekannt, sein Prinzip der allgemeinen gleichen Interdependenz nicht durchzuführen, sondern ist gezwungen in offenen Widerspruch hiezu zu treten, wenn er ausdrücklich zugeben muss, dass der Einfluss der *Komplementarität* bei unendlich kleinen Veränderungen vernachlässigt werden könne, wie er dies bei der Behandlung der Grenzproduktivitätslehre tut, in der er ganz den Spuren Clark's folgt, so dass hier auf die Darstellung von Clark's Grenzproduktivitätsprinzip verwiesen werden kann.

Marshall's Stellung zu unserem Problem ergibt sich daraus, dass er getrennt die Preisbildung für die Betrachtung kurzer und langer Perioden untersucht. Es finden sich bei ihm eigentlich zwei Preistheorien, eine für den langfristigen « Normalpreis », der sich bei Betrachtung von Angebot und Nachfrage auf längere Zeit ergibt, und eine für den kurzfristigen Marktpreis, der das augenblicklich

bestehende Gleichgewichtssystem auf seine Bedingungen untersucht. Für lange Perioden erkennt er an, dass die Nachfrage der primäre, führende Faktor ist, der sich das Angebot innerhalb der technischen Möglichkeiten schafft. Er muss also notwendig auf unser Problem stossen, das im V. Buch 4. Kap. bei der Entwicklung des Kostenbegriffes und in der dazu gehorigen grundlegenden mathematischen Entwicklung in Anmerkung XIV, dann im 6. Kap. desselben Buches bei der Untersuchung von «verbundener und zusammengesetzter Nachfrage und Angebot» und schliesslich noch im 1. Kap. des VI. Buches bei der Darstellung der Verteilungstheorie seine Behandlung findet. Zunächst leitet Marshall unter der Annahme der geschlossenen, für den Eigenbedarf produzierenden, Wirtschaft und der Voraussetzung, dass Boden und Naturmaterialien im Ueberfluss gegeben seien, das zutreffende aber auch selbstverständliche Resultat ab, dass die Grenze der Ausdehnung der Produktion in jedem Falle an dem Punkte erreicht wird, wo weitere Aufwendungen von Kosten — die also bereits als gegeben vorausgesetzt werden und zwar in Form von Arbeitsmühe und Warteopfer — gerade noch den dadurch herbeigeführten Nutzzuwachs aufwiegen. Dann geht er über (in der oft für die Zurechnungstheorie zitierten Anmerkung XIV), jene Sätze abzuleiten die er als «sehr wichtig und den Kernpunkt der Nachfrageseite der Verteilung enthaltend» bezeichnet. Er stellt das Problem zuerst als Wertproblem (Eigenproduktion in der geschlossenen Wirtschaft): Für einen Hausbau seien Mengen verschiedener Arten von Arbeit erforderlich. Durch immer gesteigerte Aufwendung der einzelnen Arbeitsarten a_1, a_2, a_3 werden je besondere Qualitäten des Wohnungsbaues z. B. besondere Schlafzimmer- oder Wohnzimmer- oder Kanzleiraumausstattungen b_1, b_2, b_3 erzielt. Die Grenze der Arbeitsaufwendung in jeder Kategorie ergibt sich dort, wo die letztaufgewendete Teilmenge von a_1, a_2, a_3 gerade den damit erzielten Nutzzuwachs b_1, b_2, b_3 aufwiegt. Bei Annahme bezahlter Arbeit, in der Tauschwirtschaft, ergibt sich, dass der Nachfragepreis nach je einer bestimmten Arbeitsart a_1, a_2, a_3 zur Gleichheit mit dem Nachfragepreis nach dem speziellen Produkt b_1, b_2, b_3 dieser Arbeitsart, multipliziert mit der Grenzergiebigkeit dieser Arbeitsleistungen tendiert.

Oder anders gesagt: « Der Lohn für die Einheit einer bestimmten Arbeitsart tendiert zur Gleichheit mit dem Werte eines solchen Teiles von dem Produkt, zu dessen Herstellung diese Arbeit beiträgt, als der Grenzleistung einer Einheit dieser Arbeitsart bei diesem Produkt entspricht ». « Die Löhne haben die Tendenz, dem Werte des 'Nettoproduktes' ihrer Arbeit gleichzukommen ».

Für die Verteilung der verschiedenartigen Produktivmittel durch den Unternehmer auf die Erzeugung verschiedenartiger Produkte ergibt sich: « die Grenzausgaben, die er für ein kleines Mehrangebot bestimmter Arbeit zu machen geneigt ist, sind gleich demjenigen Zuwachs seiner Gesamteinnahmen, den er durch die Vermehrung des Produktes aus dieser Mehrarbeit erhält. Er wird also seine Mittel auf die verschiedenen Nutzungsarten so verteilen, dass er durch Andersverwendung irgendeines Teiles eines Produktionsmittels nichts gewinnen würde ». Hierzu ist zu bemerken: Die beiden letzten Sätze Marshalls geben eine durchaus zutreffende Darstellung des in der heutigen Theorie nicht mehr problematischen und den mathematischen ebenso wie den exakten nicht-mathematisch formulierten Preistheorien gemeinsamen « Gesetzes vom Ausgleich des Grenznutznenniveaus » in seiner Anwendung auf die Produktion, einer Erkenntnis, die, so wichtig sie für die ganze Wert-, Preis-, und Produktionstheorie auch ist, doch unmittelbar nichts zur Lösung des Problems der Zurechnung beiträgt. Was aber die vorhergehende Ableitung betrifft, so bringt auch sie in den eigentlichen Schwierigkeiten des Zurechnungsproblems um keinen Schritt der Lösung näher. Denn diese Ausführungen geben zwar eine präzise Formulierung des natürlich auch für die Theorie der Zurechnung relevanten — schon von J. H. Thünen und den Oesterreichern konzipierten — Begriffes der Grenzproduktivität, können uns aber über die Methode der *Ermittlung* der jeweiligen Grenzproduktivität der verschiedenen Produktivmittel nur in den einfachen, nicht problematischen Fällen Auskunft geben, in welchen von mehreren Produktivmitteln je eine bestimmte Produktivmittelart auch je ein bestimmtes, *isolierbares*, für sich bewertbares und der Preisbildung unterliegendes Produkt (sein « Nettoprodukt » !) hervorbringt. Das

ergibt zwar das Gesetz der Wert- und Preisbildung bestimmter Kategorien von Produktivmitteln, aber es bringt keine Lösung gerade in den Fällen, in welchen das Kernproblem der Zurechnung vorliegt, nämlich dann nicht, *wenn mehrere Faktoren notwendig zur Erzeugung eines oder mehrerer Produkte zusammenwirken müssen* und weder ein bestimmter Teil, noch eine bestimmte Qualität des Produktes als « das Nettoprodukt » eines einzelnen von den mehreren zusammenwirkenden Faktoren abcheidbar und für sich bewertbar ist.

Auf dieses Problem scheint Marshall bei der Untersuchung von « verbundener Nachfrage und Angebot » einzugehen⁽¹⁾, wobei er anschliessend an die Terminologie Carl Mengers und Bohm-Bawerks die Nachfragen (Werte) nach komplementären Gütern als abgeleitet von der Nachfrage (Wert) des Ergebnisses ihres Zusammenwirkens erkennt. Wie aber die direkte Nachfrage nach dem Endprodukt sich auf die mehreren abgeleiteten Nachfragen nach Produktionsmitteln verteilt, dafür sucht er eine Lösung zu bieten, die in Wahrheit keine Lösung ist. Marshall bringt ein Beispiel aus dem Baugewerbe. Um zu ermitteln, wie sich die Nachfragetabelle nach einem bestimmten von mehreren zum Hausbau erforderlichen Produktionsmitteln bildet, nimmt er an, dass dieser eine Produktionsfaktor, und zwar die Arbeit der Stuckateure, durch einen Streik in Ausfall kommt, wobei die Nachfragetabelle für die Endprodukte (die Häuser) und ebenso die Angebotstabelle für alle übrigen Produktionsfaktoren, mit Ausnahme der Stuckarbeit, als *gegeben* vorausgesetzt werden. Durch den Ausfall der Arbeit der Stuckateure wird die Bautätigkeit zeitweilig eine Hemmung erfahren und werden neue Häuser zeitweilig höhere Preise erzielen, die die Summe der Preise erheblich überschreiten, zu welchen man die anderen Produktionsfaktoren für den Hausbau kaufen kann. Diese Spannung

⁽¹⁾ Über die theoretisch und praktisch gleich wichtigen, jedoch vom Gesichtspunkt unseres Problems einen Spezialfall darstellenden Fälle des verbundenen Angebotes vgl. die mit Recht berühmte Untersuchung von MARCO FANNO, *Contributo alla teoria dell'offerta a costi congiunti*, 1914.

gibt die Grenze an, bis zu welcher der Preis der Stuckarbeit steigen kann. Daraus formuliert Marshall sein « *Gesetz der abgeleiteten Nachfrage*: der Preis eines Produktionsfaktors ist begrenzt durch den Ueberschuss des Produktpreises über die Summe der Preise, zu denen die Angebote der anderen (komplementären) Produktivmittel zu beschaffen sind ». Aber zur Ableitung *dieses* Resultates hätte es keines langen Beweises bedurft: wenn man den Preis des Produktes und die Preise aller zu seiner Erzeugung notwendigen Produktivmittel mit Ausnahme *eines* als *gegeben* annimmt, dann bietet die Feststellung, dass der Preis dieses *einen* Produktivmittels gleich sein muss der Differenz zwischen Produktpreis und der Summe der Preise der anderen Produktivmittel, wahrhaftig *kein* Problem. Das Problem liegt vielmehr darin, zu ermitteln, wie sich die Preise (Werte) *aller* zur Erzeugung des Produktes erforderlichen Produktivmittel, von denen keiner als bereits bekannt vorausgesetzt werden darf, *simultan* bilden. Und für *dieses* Problem findet sich hier und ebensowenig in dem zweiten Beispiel von dem Messer und den beiden komplementären Gütern Klinge und Griff auch nicht die Spur einer Lösung ⁽¹⁾. Um diese seine Theorie richtig anzuwenden, meint Marshall, « sei es wichtig zu beachten, dass die Störung im Angebot des *einen* Faktors wahrscheinlich (!) auch im Angebot der anderen Faktoren sich bemerkbar macht ». Denn der Unternehmer sucht den Verlust, den er durch eine solche Störung erleidet, auf die Preise der anderen Produktionsfaktoren zu überwälzen. « Wie sich dieser Prozess im einzelnen vollzieht, ist verschieden und hängt von der Wirksamkeit der Fachvereine, dem Handeln und Feilschen auf dem Markt (!) und anderen Gründen

⁽¹⁾ Auch nicht in der mathematischen Anmerkung XXI. die, wie in allen mathematisch formulierten ökonomischen Gleichgewichtssystemen, einfach zum Ausdruck bringt, dass die Anzahl der Bedingungsgleichungen gleich ist der Anzahl der Unbekannten (Mengen und Preise aller Produkte und Produktionsmittel) und somit die Preise der Produktionsmittel aus dem Automatismus des Gleichgewichtssystems heraus determiniert sein müssen, ohne aber den WEG, auf dem es zu dieser Determinierung kommt, beschreiben und damit das genetische Bildungsgesetz der Preise darstellen zu können.

ab....». Damit hat Marshall selbst das Unbefriedigende seiner Lösung zugegeben.

Auch für den unter dem Titel der « zusammengesetzten Nachfrage » behandelten empirisch häufigsten Fall der vielseitigen Verwendung der einzelnen Produktivmittel, zur Erzeugung verschiedenartiger Produkte, bietet Marshall für die Ableitung der Nachfragekurven (Werte) der einzelnen Produktivmittel keine Lösung. Er stellt hier ⁽¹⁾ nur fest — nach Analogie der Bildung der Gesamtnachfrage nach einem Konsumgut mehrfacher Verwendbarkeit — dass die Gesamtnachfrage aller Produzenten, welche ein bestimmtes Produktionsmittel zur Erzeugung von verschiedenen Produktarten brauchen, sich zusammensetzt aus den Teilnachfragen nach diesem Produktionsmittel, die von den einzelnen Produktionszweigen ausgehen, und dass diese Teilnachfragen abgeleitet sein müssen aus der direkten Nachfrage der Konsumenten nach den verschiedenen Produkten. *Wie* sich die besondere Gestalt der Nachfragekurven nach den einzelnen Produktivmitteln aus der Nachfragekurve der Produkte ergibt, wird nicht gezeigt, sondern bloss vermerkt, dass seine Lehre vom abgeleiteten Wert manches mit der österreichischen Lehre vom « zugerechneten Wert » gemeinsam habe, und dass es sich bei dieser Frage um einen Spezialfall des allgemeinen Problems handelt, den Wirkungswert einer von vielen Kräften zu bestimmen, die zu einem gemeinsamen Resultat zusammenwirken, wobei der (Grenz-) Beitrag, den eine solche Kraft leistet, dargestellt wird durch die (kleine) Aenderung im Resultat, die sich aus einer (kleinen) Aenderung in jener Kraft ergeben würde, d. h. durch den Differentialkoeffizienten des Resultates in Bezug auf jene Kraft. « Der abgeleitete Wert eines Produktionsfaktors, welcher nur für ein Produkt gebraucht wird, ist der Differentialkoeffizient dieses Produktes für diesen Faktor ». Hier kommt Marshall durch das Instrument der Grenzproduktivität tatsächlich unserem Problem noch am nächsten. Aber *muss* die Summe der auf die gezeigte Art ermittelten Grenzproduktivitäten

⁽¹⁾ *Principles*, V. 6, § 6, Anmerkung.

aller verschiedenen durch ihr Zusammenwirken das Produkt ergebenden Produktivmittel notwendig gerade so gross sein, dass sie sich mit dem Produktwert deckt, dass also die auf Grund der Grenzproduktivität konstruierten Nachfragekurven der Produktivmittel in ihrer Summe gerade die Nachfragekurve des Produktes ergeben? Nur wenn dies nachgewiesen werden konnte, wäre damit das Problem einwandfrei gelöst. Aber gerade dass dies nicht nachgewiesen werden kann, auch von Marshall gar nicht versucht wird ⁽¹⁾, ja dass gerade das Gegenteil davon zutrifft, — wie sich noch bei der Erörterung der Theorie Clarks und Bohm-Bawerks zeigen wird — macht die besondere Schwierigkeit des Problems aus.

Soviel Licht Marshall auch über eine Anzahl von Problemen, die um das Zurechnungsproblem gelagert sind, verbreitet hat — wie die Klärung des Begriffes der Grenzproduktivität, des Gesetzes vom Ausgleich des Grenznutzenniveaus, die Aufstellung des Gesetzes der Substitution, der Gütergruppierung an der Grenze der Indifferenz und des Aufbaus der produktiven Gesamtkombination — das Kernproblem selbst, das elementare Bildungsgesetz der Nachfragekurve der Produktionsmittel, ist bei ihm ungelöst geblieben ⁽²⁾.

J. B. Clark sucht die Lösung unseres Problems im Rahmen seiner Distributionstheorie ⁽³⁾ mit Hilfe des Instrumentes der *Grenzproduktivität* zu geben, das er in eigenartiger Weise handhabt. Sein Lösungsversuch ist von Anfang an eingeschränkt auf jene Fälle der produktiven Kombinationen, für welche das Gesetz vom abnehmenden (Natural-) Ertrag gilt, also nur für ein — allerdings die grosse Masse der empirischen Fälle der Produktion umfassendes — Teilgebiet unseres Problems. Es soll der Anteil ermittelt werden,

⁽¹⁾ Auch nicht in den mit dem Gegenstand sich befassenden mathematischen Anmerkungen XIV-XXI.

⁽²⁾ Auch die schonen Untersuchungen MONTEMARTINIS bringen zwar eine Reihe von Verfeinerungen von Marshalls (und Clarks) Lösungsversuch, gehen aber über das Grundsatzzeile desselben nicht hinaus. (G. MONTEMARTINI, *La teorica delle produttività marginali* und *Ueber die Theorie der Grenzproduktivität* in *Zeitschrift f. Volksw.*, 1899).

⁽³⁾ *Distribution of Wealth*, New York, 1899, und spätere Auflagen.

der von dem aus dem Zusammenwirken von Arbeit und Kapital — in dem Clark'schen Sinne von true capital, d. i. einer abstrakten Wertsumme, die sich in den verschiedensten Formen von Produktionsmitteln, darunter auch Land, verkörpern kann — entstandenen Produkte jedem der beiden Faktoren *zuzurechnen* ist, und zwar sowohl der Anteil, der der letztverwendeten Einheit, als auch der Gesamtanteil, welcher der an der Produktion beteiligten Gesamtmenge der verschiedenen Faktoren zugerechnet werden muss. Der einem Faktor *zuzurechnende* ist nach Clark der von diesem Faktor *verursachte* Anteil am Produktionsertrage. Diesen von einem Faktor

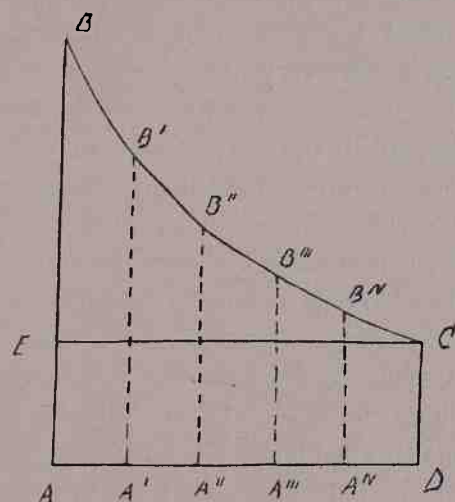


Fig. 1.

« verursachten » Anteil glaubt Clark in folgender Weise ermitteln zu können ⁽¹⁾.

Angenommen ein bestimmter Betrag von Kapital, mit dem sukzessive eine bestimmte Anzahl von Arbeitseinheiten kooperieren gelassen wird. In dem zur Illustrierung verwendeten Diagramm (s. Figur 1) wird die Zahl der sukzessive zugesetzten Arbeitseinheiten auf der Linie AD aufgetragen. « Das Produkt der ersten Arbeits-

⁽¹⁾ *Distribution of Wealth*, S. 181 ff.

einheit, die dabei vom ganzen Kapital unterstützt wird, wird durch die Linie AB dargestellt. Was die zweite Arbeitseinheit zu diesem Produkt hinzufügt, drückt sich an der Grösse A' B' aus. Die dritte Einheit vergrössert den Output um die Grösse A'' B'', die nächste um A''' B''', die abermals nächste um A^{IV} B^{IV} und die letzte um DC. DC stellt das Mass der effektiven Produktivität dar, die jeder von allen vorhandenen Arbeitseinheiten zukommt und die den allgemeinen Lohnsatz bestimmt. Wenn die erste Arbeitseinheit mehr als den Betrag DC begehrt, so werden die Unternehmer sie ausscheiden und an ihren Platz die letzte Einheit treten lassen. Was sie durch das Ausscheiden irgendeiner einzelnen Einheit innerhalb der gesamten Arbeitskraft verlieren, ist nichts anderes als der Betrag DC. ». Der durch den Zusatz der letzten Arbeitseinheit zu dem gesamten Kapital gewonnene Produktzuwachs ist *nur* als das Produkt dieser Arbeitseinheit (und nicht auch des Kapitals) anzusehen. Die durch die aus den Aufwendungen der früheren Arbeitseinheiten auf das Kapital gewonnenen Produktzuwächse sind nur mit dem Betrage diesen Arbeitseinheiten zuzurechnen, welcher gleich ist dem Ertrage der letztverwendeten Arbeitseinheit. Was dann vom Gesamtertrag noch übrig bleibt, muss das Produkt des Kapitals sein. Es ergibt sich dann, dass die Fläche ADCE den durch die Arbeit verursachten Gesamtanteil am Produkt und zugleich die Lohnsumme darstellt, die Fläche EBC aber den durch das Kapital verursachten Gesamtanteil und zugleich die Zinssumme. Hier ergibt sich der Zins also einfach als *Residuum* nach Abzug des der Arbeit zuzurechnenden Anteils vom Gesamtprodukt. Aber Clark gibt überdies auch noch eine *direkte* Ableitung des dem Kapital zuzurechnenden Anteils, das « law of interest » ⁽¹⁾, wobei er genau dasselbe Diagramm benützt, jedoch den graphischen Symbolen die umgekehrte Bedeutung beilegt. Jetzt ist die Arbeit in bestimmter Menge unveränderlich gegeben und vom Kapital werden sukzessive immer mehr Einheiten mit der Arbeit kooperieren gelassen. AB ist jetzt das Produkt, welches man durch die Benutzung einer Kapitaleinheit

⁽¹⁾ S. 182.

in Verbindung mit der ganzen Arbeitskraft gewinnt, $A'B'$ ist das zusätzliche Produkt, welches durch eine zuwachsende zweite Kapitaleinheit geschaffen wird und CD der durch den letzten Kapitalzuwachs geschaffene Betrag. Diese Grösse CD ist der Ausdruck für das *effektive* Produkt jeder Kapitaleinheit (infolge der Substitutionsmöglichkeit), sie fixiert die Zinsrate. « $AECD$ stellt jetzt *den Gesamtbetrag* des Zinses dar und EBC einen Ueberschuss; aber dieser Ueberschuss ist kausal zuzuteilen der Arbeit, und *nur* der Arbeit » (1).

Clark gibt also für den Anteil eines jeden der beiden Faktoren Arbeit und Kapital eine zweifache Ableitung, indem er *alternativ* einmal bei Konstanz des einen Faktors und Variation der Menge des anderen dessen Grenzproduktivität ermittelt, daraus das ihm zuzuschreibende Gesamtprodukt berechnet (direkte Methode) und den dann verbleibenden Ueberschuss des Gesamtertrages aus dem Zusammenwirken beider Faktoren dem zweiten Faktor zurechnet (Differenzmethode); und indem er dann die Voraussetzungen wechselt, den zweiten Faktor als konstant annehmend und die Menge des ersten variieren lassend, dessen Grenzprodukt und Gesamtprodukt ermittelt und den nunmehr verbleibenden Ueberschuss dem ersten Faktor zurechnet. Dabei nimmt es Clark als selbstverständlich an, dass die mit diesen beiden verschiedenen Methoden ermittelten Resultate sich vollständig decken. Und in der Tat, wenn dies nicht zuträfe, müsste seine Ableitung als misslungen angesehen werden.

Eine kritische Betrachtung der Vorgangsweise Clarks wird daher vor allem Antwort auf diese Frage erfordern: Muss wirklich das im direkten Wege ermittelte Gesamtprodukt eines Faktors mit dem in indirekten Wege (Differenzmethode) diesem Faktor zugerech-

(1) S. 200. Andere für CLARKS *Theory of economic causation* besonders charakteristische Aeusserungen finden sich S. 194, 195 bei Ableitung der Landrente. "Wir sind in stande, dem Land den Teil des Produktes zuzurechnen, den es *tatsächlich schafft* „ „Das Land macht seinen Zusatz zu dem Produkt *jeder* Einheit von Arbeit, ausgenommen der letzten „ „Solange nur eine Arbeitseinheit mit dem Lande kombiniert wird..... rechnen wir das ganze Produkt der Arbeit zu „

neten Beträge sich notwendig decken, oder mit anderen Worten, muss wirklich die Summe der auf direktem Wege (und natürlich ebenso die Summe der auf indirektem Wege) ermittelten Beträge des Anteiles jedes Faktors am Gesamtergebnis der Produktion das Gesamtergebnis der Produktion gerade restlos erschöpfen? Oder anders formuliert, da ja der Gesamtanteil eines Faktors am Produktionserfolg durch Multiplikation des Produktes seiner letzten Einheit mit seiner verwendeten Menge gewonnen wird — muss wirklich die Summe der nach Clarks Vorgangsweise scheinbar *isoliert* ermittelten Grenzprodukte der beiden Faktoren sich mit dem tatsächlichen Produkte der *zusammenwirkenden* letzten Einheiten der beiden Faktoren restlos überdecken? Dafür ergibt sich nicht nur aus Clarks Ableitung keine Spur eines Beweises, sondern die Erfahrung sowohl wie auch eine genaue theoretische Untersuchung zeigt, dass gerade das Gegenteil der Fall ist.

Wenn nach den Beispielen Clarks von einer gegebenen Menge zweier Faktoren, deren produktive Kombination variabel ist, die letzte Einheit des einen Faktors (I) wegfällt, so fällt damit nicht nur, wie Clark annimmt, die Produktivkraft der Einheit dieses Faktors weg, sondern es wird zugleich auch die produktive Kraft der letztverwendeten (quantitativ oder ideell fixierten) Einheit des zweiten Faktors (II) ganz oder mindestens teilweise brachgelegt. Man darf nicht einwenden, dass sie nunmehr, nach dem Ausfall der Grenzeinheit von I, zur Gänze mit den anderen Einheiten von Faktor I fruchtbringend kooperieren und dadurch deren Produkt vermehren werde: denn wäre dies möglich, dann hätte sie eben nicht rationellerweise kooperierend mit der letzten Einheit verwendet werden können. Genau dasselbe gilt selbstverständlich für die Annahme des Ausfalles der letzten Einheit von Faktor II, durch welchen die Wirkungsmöglichkeit der letzten Einheit von Faktor I ganz oder teilweise brachgelegt wird. Es fällt also, wenn man, wie Clark es tut, abwechselnd einmal die Grenzeinheit von I und dann die Grenzeinheit von II wegfallen lässt und dann die Summe dieser beiden Ausfälle feststellen will, mehr an Produktweg, als wenn man simultan die letzten Einheiten der beiden miteinander kooperierenden Faktoren ausfallen lässt.

Mit anderen Worten, Clark hat dadurch, dass er alternierend je eine Einheit der beiden Faktoren wegfallen lässt und den dadurch eingetretenen Ertragsausfall abwechselnd je einem der beiden Faktoren zurechnet, beiden *zusammen* einen grosseren Ertragsteil zugerechnet, als sie durch ihr Kooperieren tatsächlich hervorbringen ⁽¹⁾. Mithin sind auch die nach den beiden Methoden (direkte und Differenzmethode) einer Einheit jedes Faktors zugerechneten Grenzerträge — und natürlich auch die der Gesamtmenge jedes Faktors zugerechneten Gesamterträge — nicht gleich gross, sondern nach der direkten Methode grosser als nach der Differenzmethode. Dieser Fehler ist, da er eben auf der ganzen Methode der Ermittlung der Grenzproduktivität beruht, ein grundlegender und nicht eine bloss numerische Ungenauigkeit. Es ist im Grunde der auch bei Bohm-Bawerk vorkommende Fehler, dass man *alternativ* gültige Grossen als *kumulativ* behandelt. Der Fehler lässt sich noch deutlicher zeigen: *Ein und dasselbe Grenzprodukt* bei gegebener Menge von Kapital und Arbeit lässt Clark in dem einen Falle bloss aus dem Grunde, weil er die Dosen der Arbeit sukzessive hinzukommend annimmt, als allein durch die Arbeit *verursacht* sein und in dem anderen Falle wiederum bloss aus dem Grunde, weil er die Kapitalmengen in sukzessive aufgewendeten Dosen hinzukommen lässt, als allein durch das Kapital *verursacht*. In Wahrheit könnte nur unter *einer* Voraussetzung der Grenzeinheit eines Faktors ausschliesslich das ganze Grenzprodukt zugerechnet werden: nämlich dann, wenn der zweite Faktor im Vergleich zum ersten in unerschöpflicher Menge gegeben, also ein freies Gut wäre. Nur dann wäre das Grenzprodukt wirtschaftlich *allein* von der letzten Einheit des ersten Faktors abhängig. Aber diese Voraussetzung widerspricht

(1) Das wurde auch schon in der bisherigen literarischen Kritik, insbesondere zuerst und am ausführlichsten von AFTALION, nachgewiesen: A. AFTALION, *Les trois notions de la productivité et les revenus* in *Revue d'Economie Politique*, 1911. Vgl. hiezu auch LANDAUER, *Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes*, Jena, 1923, S. 145; LIEFMANN, *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Berlin, 1917, S. 526; HOBSON J. A., *Marginal units in the theory of distribution* in *Journal of Political Economy*, Sept. 1904.

den Annahmen Clarks. Am eigentlichen Problem, wie sich der Wert des Grenzertrages mehrerer im Knappheitsverhältnis stehender Faktoren auf diese verteilt, musste daher Clark vorbeigehen. Man hat Clarks Ableitung dadurch zu halten versucht, dass man gesagt hat, der Fehler werde zu einer zu vernachlässigenden kleinen Grosse, wenn man mit infinitesimalen Einheiten der Produktionsfaktoren operiert. Aber damit ist der Einwand nicht im mindesten beseitigt, da es sich nicht um einen numerischen, sondern einen im Lösungsprinzip gelegenen Fehler handelt. Auch *ware es ein logischer Widerspruch, wenn man sich von der infinitesimalen Grösse der wegfallenden letzten Teilmenge eines Faktors einerseits erwartet, dass sie wegen ihres infinitesimalen Charakters die Effizienz der ganzen Menge des anderen Faktors nicht merklich beeinträchtigt, anderseits aber doch wiederum gross genug ist, um einen merklichen Produktausfall herbeizuführen.*

Die Lösungsversuche der österreichischen Schule: Bohm-Bawerk's Lösungsversuch geht im Anschlusse an C. Menger von dem Tatbestand der *komplementären* Güter aus, welche nur in ihrer Vereinigung einen bestimmten Nutzeffekt ergeben. Zur Ermittlung des Wertes der einzelnen Glieder der komplementären Gruppe bedient er sich genau desselben Gedankens, den die moderne Wertlehre zur Feststellung des Wertes der Genussgüter verwendet: Der Wert eines Gutes ist gleich dem -- unmittelbar oder mittelbar -- von diesem Gut abhängigen Nutzen, d. i. jenem Nutzen, der bei Wegfall dieses Gutes eingebüsst wird, bei Hinzukommen desselben zum sonstigen Gütervorrat eines Wirtschaftssubjektes dem bisherigen Gesamtnutzen zuwächst. Es ist dies die als Differenzmethode oder als Operieren mit dem « Verlustgedanken » bekannte und in der allgemeinen Wertlehre hinreichend legitimierte und erprobte Vorgangsweise. Für die Beantwortung der Frage, wie sich der Grenznutzen einer komplementären Gruppe von Gütern auf die einzelnen Glieder verteilt, unterscheidet Bohm-Bawerk folgende nach den typischen Voraussetzungen verschiedene Fälle: 1. Wenn keines der Glieder eine anderen als die gemeinsame Benutzung in der komplementären Gruppe zulässt (starre Kombination) und zugleich keines in seiner

Mitwirkung ersetzlich ist, dann hat *alternativ*, je nach der konkreten Gütersituation, jenes Stück den vollen Gesamtwert der ganzen Gruppe, welches als *Schlussstück* zur Komplettierung der Gruppe fehlt, während die anderen, bereits verfügbaren, komplementären Glieder wertlos sind, da man mit ihnen ohne das fehlende Stück gar keinen Nutzen erzielen kann. 2. Wenn einzelne Glieder der Gruppe auch *ausserhalb ihrer gemeinsamen Verwendung* — sei es durch isolierte Verwendung, oder durch Hinzufügen zu einer anderen komplementären Gruppe, deren Nutzeffekt dadurch gesteigert wird — einen, wenn auch geringeren, Nutzen zu stiften imstande sind, variiert der Wert des einzelnen Stückes zwischen der Grosse des Grenznutzens, den es isoliert oder als ertragsteigerndes Stück in der subsidiären Kombination zu stiften imstande ist, als Minimum und der Grösse des gemeinsamen Grenznutzens abzüglich des isolierten Grenznutzens der übrigen Glieder als Maximum; auch hier entscheidet die Besonderheit des Falles darüber, welche der Gruppenglieder als « Schlussstück » und welche nur als isolierte Stücke geschätzt werden. 3. Wenn einzelne Glieder der Gruppe nicht bloss subsidiär zu anderen Zwecken verwendbar, sondern zugleich auch durch andere Exemplare ihrer Art *ersetzlich* sind, dann können die ersetzlichen Glieder nie einen höheren Wert als ihren *Substitutionswert* erlangen, d. i. denjenigen, der ihnen zukommt aus dem Nutzensausfall in denjenigen Verwendungszweigen, aus welchen man die Ersatzexemplare beschafft. Hierdurch wird, je zahlreicher die vorhandenen Exemplare und je zahlreicher die Verwendungsgelegenheiten dafür sind, der Spielraum, innerhalb dessen der Wert des bald als « Schlussstück », bald als isoliertes Stück zu schätzenden einzelnen Gutes sich feststellen kann, erheblich verringert. Hat ein Gut der komplementären Gruppe ausserhalb dieser noch viele andere Verwendungsgelegenheiten, aus denen es zum Ersatz eines Ausfalles in der komplementären Gruppe herangezogen werden kann, dann stellt sich der Wert eines solchen *ersetzlichen* Gliedes unabhängig von seiner konkreten komplementären Verwendung auf einer bestimmten Höhe fest, mit dem es dann auch bei der Aufteilung des Gesamtwertes der Gruppe an die

einzelnen Glieder partizipiert. Die Aufteilung geht dann in der Art vor sich, dass aus dem durch den Grenznutzen der gemeinsamen Verwendung bestimmten Gesamtwert der ganzen Gruppe zunächst den ersetzlichen Gliedern ihr *fixer* Wert vorweg zugeteilt, und der — je nach der Grösse des Grenznutzens *variable* — Rest den nicht vertretbaren Gliedern als ihr Einzelwert zugerechnet wird. — Da die unter 3. angeführten Voraussetzungen — beliebige Ersetzlichkeit der Mehrzahl der komplementären Güter und vielfache anderweitige Verwendbarkeit — am weitaus häufigsten die der empirischen Wirtschaft sind, so findet nach Boehm-Bawerk auch die *Wertbildung komplementärer Güter ganz überwiegend nach dieser Formel* statt. Insbesondere findet sie ihre Anwendung auf die *Zurechnung der Produktionserträge auf die Produktivmittel*. 4. Sind endlich mehrere Glieder gleichzeitig nicht ersetzlich — eine praktisch seltene Kombination —, so treten sie rücksichtlich desjenigen Restes, den die ersetzlichen Glieder übrig lassen, untereinander in dasselbe Verhältnis, in welchem mehrere nichtersetzliche Glieder nach dem Typus 1 zueinander stehen.

Charakteristisch für diesen Lösungsversuch Bohm-Bawerks ist ausser der Verwendung der Differenz- oder Variationsmethode (Annahme des Ausfalles oder Verlustes) die Heranziehung von *Substitutionswerten*. Hierzu muss sofort bemerkt werden, dass die für den nach Bohm-Bawerk empirisch regelmässigen Fall der Zurechnung unter 3. vorgebrachten Erörterungen gerade wegen der Heranziehung des Substitutionsprinzipes keine Lösung des Problems geben können, *da die Kenntnis der Substitutionswerte selbst eine bereits vorangegangene Zurechnung* in denjenigen Kombinationen, aus denen die Ersatzstücke abgezogen werden, *voraussetzt*, also auf die beiden Tatbestände unter 1. und 2. zurückführt, womit das Problem bloss zurückgeschoben ist. In diesen beiden Fällen — 1. und 2. — allein unter allen von Bohm-Bawerk angeführten typischen Tatbeständen ist das Problem wirklich enthalten. Die Lösung, die er für diese beiden Fälle gibt, besteht jedoch, und dies ist ein weiteres besonders charakteristisches Merkmal, nicht in der Ermittlung der Ertrags- oder *Wertaufteilung* auf die einzelnen Glieder,

nicht in der Feststellung der *simultan* geltenden Werte der einzelnen Produktionsmittel, deren Summe den Gesamtwert der komplementären Gruppe wieder erschöpfen würde — eine derartige Lösung halt Bohm-Bawerk für unmöglich ⁽¹⁾, — sondern bloss in der *alternativ* geltenden Feststellung des « *von der Mitwirkung eines einzelnen Produktionsfaktors abhängigen Anteiles des Ertrages* », der für ein und dasselbe Stück verschieden gross sein kann, jenachdem man bereits in seinem gesicherten Besitz ist oder seinen Verlust oder Erwerb in Erwägung zieht. Nur *alternativ* gültige Werte der Produktionsmittel einer komplementären Gruppe könnten ermittelt werden — so dass sich die Zurechnungsquoten teilweise überdecken — und die, weil bloss *alternativ* geltend, eine Summierung nicht gestatten. Mit den solcherart ermittelten Zurechnungsquoten sei auch nicht die Verteilung des Ertrages unmittelbar gegeben, sondern erst in „*zweistufiger*“ Ableitung, indem diese Zurechnungsquoten zunächst nur die Preishochstgebote der auf dem Markte der Produktionsmittel Nachfragenden determinieren und erst als Resultante dieser auf dem Markte zusammentreffenden Preishochstgebote nach den bekannten Preisgesetzen die Marktpreise der verschiedenen Produktionsmittel und damit die Aufteilung des Produktionsertrages sich ergeben ⁽²⁾.

Diesen Ausführungen Bohm-Bawerks muss jedoch entgegengehalten werden, dass das Hauptproblem, vor welches die Theorie der Wert- und Preisbildung der Produktionsmittel gestellt ist, darin

⁽¹⁾ Vergl. hierzu Exkurs VII in der *Positiven Theorie des Kapitals*, 4 Aufl.

⁽²⁾ Hier fasst der Clark'sche Lösungsversuch das Problem tiefer als der BOHM-BAWERKS indem CLARK mit der Ableitung der Wertbildung der Produktivmittel aus den originären Bestimmungsgründen: Produktwert und technische Produktionsgesetz eine grundsätzliche, für alle Organisationsformen der Wirtschaft geltende, Lösung zu bieten sucht, aus der sich dann die Preise der Produktionsmittel in der Tauschwirtschaft von selbst ergeben, während BOHM-BAWERK, da sich ihm aus seiner Zurechnungslehre eine eindeutige Determinierung der WERTE der Produktionsmittel nicht ergibt, genötigt ist, den Sprung auf den Markt zu machen, dessen Mechanismus er dann die eindeutige Fixierung der Preise überlasst. Dass damit die Geschlossenheit des theoretischen Systems, welches von den subjektiven Werten ausgeht, gesprengt wäre, hat sehr schön SCHUMPETER in dem Aufsatz *Zur Frage der Grenzproduktivität* (Schmollers Jahrbuch, 1927) ausgeführt.

besteht, die Gesetzmässigkeiten aufzuzeigen, nach welchen die *simultan* und nicht bloss die *alternativ* d. i. *unter einander gegenseitig ausschliessenden Voraussetzungen* geltenden Werte der Produktivmittel aus den Produktwerten sich ergeben, sowie ja auch die tatsächliche Disposition in der Produktion sich auf *alle* produktiven Elemente und nicht bloss einen Teil derselben erstrecken muss und die Vergleichung der Gesamtkosten der Produktion mit dem Produktwert unmöglich wäre, wenn sie sich bloss auf alternativ gültige Werte der einzelnen Produktionsmittel stützen wollte. Auf diese Frage vermag jedoch Bohm-Bawerks Lösungsversuch keine Antwort zu geben. Ja Bohm-Bawerk muss selbst mit den von ihm entwickelten Grundsätzen in scharfsten Widerspruch geraten, indem er die von ihm als bloss alternativ gültig abgeleiteten Werte der verschiedenen Produktionsmittel im Wege der Substitution tatsächlich kumulativ, also als simultan geltende, behandelt, sie zum Gesamtwert der produktiven Kombination summiert oder sie von diesem subtrahiert ⁽¹⁾.

Ein weiterer Einwand der gegen Bohm-Bawerks Lösungsversuch erhoben werden muss, ist der, dass er von der bereits fertigen produktiven Gesamtkombination und damit von den bereits fertig gegebenen Grenzkombinationen für die einzelnen Produktionsmittel ausgeht und somit die Werte der einzelnen Produktionsmittel *ex post* zu ermitteln sucht, während sie sich doch gleichzeitig mit dem Aufbau des Gesamtkombination, der aber ohne Kenntnis der von

(1) Der von macher Seite z. B. von WIESER erhobene Einwand, dass BOHM-BAWERKS Lösungsversuch auch deshalb unzulänglich sei, weil er infolge der Anwendung des Verlustgedankens die Werte der Produktivmittel für eine andere Situation ermittle (die bei Verlust einer Produktivmitteleinheit subsidiären Verwendungen) als für die jeweils vorausgesetzte, d. i. für den störungslosen Produktionsablauf mit Realisierung der besten Verwendungen, ist *dann und insoweit* nicht zutreffend, wenn es sich, was ja zur Ermittlung der Grenzwerte ausreicht, um *kleine* Veränderungen in den Produktivmittelmengen und daher um, dem Produktwerte nach, nahe aneinander liegende subsidiäre Verwendungen handelt; er ist ferner auch methodologisch ungerechtfertigt, weil Anlass und Möglichkeit der Wertermittlung immer nur im Falle der Bewegung und Veränderung (Variation), nicht aber bei vollkommener Ruhe und Konstanz des ökonomischen Systems gegeben sind.

den einzelnen Produktionsmitteln abhängigen Nutzen gar nicht planmässig durchgeführt werden konnte, bilden ⁽¹⁾.

Ganz andere Wege geht Wiesers Lösungsversuch ⁽²⁾. Auch er geht von der Komplementarität der Produktionsmittel aus, aber er stellt das Problem als Frage nach der *Aufteilung des Produktionsertrages*, nach der Ermittlung des « *produktiven Beitrages* ». Was in der Praxis des wirtschaftlichen Lebens, seit es Wirtschaft gibt, jeder Produzent, um die Produktion planmässig führen zu können, durch Ausprobieren und Erfahrung sich erwirbt: Das Urteil, « in welchem Masse jedes der vielen zusammenwirkenden Produktionsmittel an der Hervorbringung des Ertrages beteiligt ist, wie das gemeinsame Erzeugnis zutreffend auf die zusammenwirkenden Produktionsmittel aufzuteilen ist, was jeder Arbeiter, jede Maschine, jede Neuanlage einbringt », das sei das Problem, welches die Theorie zu lösen hat. Hiefür sei Mengers und Böhm-Bawerks Differenzmethode (« Verlustgedanke ») ungeeignet, weil sich danach ganz verschiedene Werte für die einzelnen Elemente ergeben müssen, je nachdem, welches Element der Gruppe man wegfallend denkt, und weil bei diesem Verfahren überdies, da der Wertermittlung eben infolge der Annahme eines Ausfalles nicht die mit den tatsächlich verfügbaren Produktionsmitteln erzielbare Gesamtkombination, sondern eine Kombination minderer Ergiebigkeit zugrunde gelegt wird, ein unverteilter Rest des bei störungslosem Produktionsablauf entstehenden Ertrages sich ergeben müsse. Wiesers eigener Lösungsversuch ist auf der Erfahrungstatsache gegründet, dass die einzelnen Produktionsmittel in aller Regel nicht nur in je einer starren Kombination zur Erzeugung nur einer Produktart zusammenwirken, sondern dass sie für vielerlei verschiedene Produktarten verwendbar,

⁽¹⁾ Ueber den vergeblichen Versuch SCHUMPETERS (*das Wesen und der Hauptinhalt der theor. Nationalökonomie*, 1908), Böhm-Bawerks Prinzip der alternativen Wertermittlung in das simultane Gleichungssystem Walras' einzubauen, vgl. L. SCHONFELD, *Schumpeters Lösung des Zurechnungsproblems in Zeitschrift f. Volkswirt.*, 1624.

⁽²⁾ Hier ist die letzte Fassung, welche WIESER seiner Lösung in der « *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft* », (2. Aufl. 1924, S. 82-91) gab, zugrunde gelegt. Vgl. ausserdem *Der natürliche Wert*, 1889, S. 67-112.

in quantitativ und qualitativ verschiedenen Verbindungen wirksam werden. Daraus ergibt sich eine Anzahl von die verschiedenen produktiven Kombinationen und den Wert ihrer Produkte ausdrückenden Gleichungen — deren Zahl mindestens so gross sei als die der produktiven Elemente —, und mit Hilfe dieser Gleichungen können die unbekannten Grössen, das sind die (Wert-) Quoten, errechnet werden, mit welchen die einzelnen Elemente am Ertrage beteiligt sind. Aus diesem System* von *simultanen Gleichungen* ergeben sich die *simultan* — und nicht wie bei Bohm-Bawerk bloss *alternativ* — geltenden Werte der Produktionsmittel, so dass die Summe der solcherart ermittelten « produktiven Beiträge » der einzelnen Glieder einer Kombination sich mit dem Werte des Ertrages genau überdeckt (1).

Für die Durchführung der Zurechnung unterscheidet Wieser die beiden typischen Fälle einerseits der « *gemeinen* » Zurechnung, welche danu vorliegt, wenn das Produkt nur aus Produktivmitteln vielfacher Verwendbarkeit (« Kostenproduktivmitteln ») zusammengesetzt ist, und andererseits der « *spezifischen* » Zurechnung, die sich auf die Ermittlung des Wertes eines *spezifischen*, das ist nur für die Erzeugung einer einzigen oder doch nur weniger Produktarten tauglichen Produktivmittels, welches seinen Effekt im Zusammenwirken mit Kostenproduktivmitteln ergibt, bezieht. Der grundsätzliche und auch schwierigere Fall, für den das Wiesersche Gleichungssystem die Lösung zu geben sucht, ist der der *gemeinen* Zurechnung; der Wert eines spezifischen Produktionsmittels ergibt sich dann einfach als Restwert nach Abzug der Werte der Kostenproduktivmittel vom Werte des Ertrages (so die Ertragsquote, welche dem landwirtschaftlichen Boden oder dem Bergwerke oder der

(1) "Sobald wir alle belangreichen Umstände des Tatbestandes sammeln und messen, als die Menge der Erzeugnisse, ihren Wert und die Menge der jeweils verwendeten Erzeugungsmittel... erhalten wir eine Anzahl von Gleichungen, durch die wir in den Stand gesetzt sind, die Leistungen der einzelnen Produktivmittel zuverlässig zu berechnen, z. B. $x + y = 100$, $2x + 3z = 290$, $4y + 5z = 590$, wo sich x mit 40, y mit 60, z mit 70 berechnet „ (wobei x , y , z die Werte der Einheiten der verschiedenen Produktionsmittel darstellen). Natürlicher Wert, der S. 87.

spezifischen Unternehmertätigkeit zuzurechnen ist, durch Abzug der Ertragsquoten der Kostenproduktivmittel Arbeit und Kapital von Gesamtertrag).

Auch Wiesers Lösungsversuch kann noch nicht als restlose Klärung des Problems angesehen werden. Eine kritische Prüfung seines Vorgehens ist nicht leicht, weil seine Ausführungen mehrere Deutungsmöglichkeiten offen lassen. Der Grundgedanke scheint ja zunächst sehr einleuchtend: Da es — wie Wieser ganz allgemein annimmt — unmöglich sei, den *naturalen* ⁽¹⁾ (in einer Qualität oder bestimmten Quantität des Produktes ausdrückbaren) Anteil der einzelnen Faktoren am *physischen* Produkt festzustellen, müsse man direkt darauf ausgehen, die Wertquoten zu ermitteln, mit welchen sie am Werte des Ertrages beteiligt sind. Gelingt es festzustellen, mit welcher Quote die einzelnen Faktoren am Produktwerte beteiligt sind (d. i. ihren « produktiven Beitrag » zu ermitteln) ⁽²⁾, dann ist es nur folgerichtig, ihnen auch diese Wertquoten zuzurechnen. Die Ermittlung dieser Wertquoten soll nun durch das System der simultanen Gleichungen erfolgen. Wieser nimmt an, dass die Wirkungen aller materiellen Bestimmungsgründe für die Werte der Produktivmittel zusammengefasst sein müssen in den Gleichungen der produktiven Kombinationen und ihres Wertertrages. Und dass, wenn man nur genügend viele Gleichungen zur Verfügung hat — er meint, man habe immer *mindestens* (!) so viele Gleichungen als produktive Elemente —, in denen die Verbindungen der produktiven Elemente wechseln, daraus die Werte der Produktivmittel zu berechnen sind.

Nun ergeben sich aber folgende Schwierigkeiten bei der Verwendung dieser Gleichungen. Wie hat sie Wieser gewonnen? Er

⁽¹⁾ Zur Frage der Möglichkeit der *naturalen* Zurechnung vgl. meinen Artikel *Zurechnung* im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4 Aufl. 1928.

⁽²⁾ Mit dieser Fragestellung lässt sich Wieser in dem Bestreben, das Prinzip der Simultaneität in der Wertbildung der Produktionsmittel aufrecht zu erhalten, vom dem allein gangbaren Weg zur Lösung des Problems, der Ermittlung der Abhängigkeit des Produktionserfolges von der Mitwirkung der einzelnen Faktoren, abdrängen.

nimmt sie einfach als *empirisch* vorliegend an. Wir wollen nun zunächst den — nach Wiesers Vorgang durchaus möglichen — Fall ausscheiden, dass in diesen wahllos übernommenen Gleichungen nebeneinander Kombinationen höherer und niedrigerer wirtschaftlicher Rationalität (zur Erzeugung hoher- und minderwertiger Produkte) bestehen, was für die Auflösung gänzlich bedeutungslose Durchschnittswerte ergeben würde. Wir wollen vielmehr annehmen, dass sich die Gleichungen ergeben haben bei streng rationellem Aufbau der Gesamtkombination, wobei in jedem Stadium des Entstehens der produktiven Gesamtkombination keine Einheit irgend eines Produktivmittels in Teilkombinationen verwendet wird, wo sie geringeren Nutzen stiftet als mit ihr in einer anderen Teilkombination erreichbar wäre. Dann wird, nach dem Gesetze des fallenden Grenznutzens, jede Einheit der verschiedenen Produktivmittel der Reihe nach zuerst in die wichtigsten, dann in die nächstwichtigsten usw. Verwendungen dirigiert, bis sie an der Grenze ihres Vorrates die Grenzverwendung findet, wobei sich für jedes Produktionsmittel eine oder mehrere verschiedene Grenzkombinationen (Grenzprodukte) und somit Grenzgleichungen ergeben können. Wenn nun der Fall eintritt, dass in *einer* Grenzkombination zugleich mehrere oder alle sie bildenden Produktivmittel ihre letzte Verwendung finden, dann wäre, wofern man in das Gleichungssystem nur Grenzgleichungen aufnimmt, die Aufgabe — nach Wiesers System — unlosbar, weil mehrere Unbekannte und nur eine Gleichung gegeben sind. Wieser scheint sich aber damit zu helfen, dass er nicht nur Grenzgleichungen benützt, sondern auch andere, für ein früheres Stadium der Disposition gültige, Gleichungen heranzieht, die sich auf frühere, vor Erreichung der Grenzverwendung der einzelnen Produktivmittel gebildete, daher höherwertige Kombinationen beziehen. Damit aber wäre ein Fehler begangen, der umso schwerer wiegt, je weiter entfernt von der Grenze der Verwendung des Produktivmittels jene frühere höherwertige Verwendung liegt. Denn dann wären es keine *simultanen* Gleichungen, als die Wieser sie behandelt, und als die sie allein für die Berechnung der Grenz-

Aufstellung seiner Gleichungen — die nicht bloss von der Grenze genommen sind — bereits die durch das Wirken des Substitutionsprinzips erfolgende *Abgleichung* der Werte der Produktivmittel in den früheren, höherwertigen Kombinationen auf die aus den Grenzkombinationen dieser Produktivmittel sich ergebenden Grenznutzen — die aber in diesem Stadium noch unbekannt und erst durch Auflösung des Gleichungssystems zu ermitteln sind — *antizipiert*, also das erst Abzuleitende als schon vorher gegeben vorausgesetzt, und damit eine *petitio principii* begangen. Tut er dies aber, dann muss er folgerichtig auch die auf den rechten Seiten seiner Gleichungen stehenden Produktwerte im Wege der Substitution auf ihre Kostenwerte abgleichen. Dann aber sind die Gleichungen seines Systems nicht voneinander unabhängig gewonnen, sondern die (Wert-) Gleichungen der früheren Kombinationen folgen unmittelbar aus den (Wert-) Gleichungen für die Grenzprodukte, es liegen daher *identische Gleichungen vor*, die als solche wieder für die Lösung des Problems unbrauchbar sind ⁽¹⁾. Bliebe Wieser aber in seinem Fehler nicht konsequent und würde er zwar auf der linken Seite seiner Gleichungen die Abgleichung auf die — antizipierten — Grenznutzen durch Substitution vornehmen, ⁽²⁾ auf der rechten Seite aber die Substitution nicht vornehmen, sondern die originären, in früherem Stadium der Bildung der Gesamtkombination entstandenen Produktwerte stehen lassen, dann wären seine Gleichungen aus einander widersprechenden Voraussetzungen aufgestellt und deshalb wiederum unbrauchbar ⁽³⁾.

Nur wenn im selben Stadium der Disposition, d. i. auf der gleichen Grenznutzenlinie der produktiven Gesamtkombination, also

⁽¹⁾ Daher konnte WICKSELL sagen: man erfährt aus der Auflösung der Gleichungen nicht mehr, als man ohnehin schon vorher bei ihrer Aufstellung weiss. K. WICKSELL, *Ueber Wert, Kapital und Rente*, Jena, 1893.

⁽²⁾ d. i. die x, x_1, x_2, x_3 u. s. w. durch Substitution auf x abgleichen und ebenso die y, y_1, y_2, y_3 u. s. w. auf y u. s. w.

⁽³⁾ Prof. EDGEWORTH's, (dessen eigener Lösungsversuch sich an MARSHALL anschliesst) Kritik scheint sich in derselben Richtung zu bewegen. *Papers Relating to Political Economy*, Vol. III, S. 52-56.

nutzen der Produktivmittel verwendbar sind, und wenn man sie trotzdem zur Auflösung heranzieht, dann würde man *Durchschnittswerte* (aus den früheren Verwendungen und der Grenzverwendung) erhalten, die für unser Problem gänzlich bedeutungslos sind. Das scheint aber Wieser tatsächlich zu tun. Oder aber, Wieser hat bei simultan, zufällig gerade so viele Gleichungen verfügbar sind, als es Unbekannte (Werte der Produktionsmittel) gibt, wäre die Ableitung mittels Wiesers Methode möglich ⁽¹⁾. Das ist der *richtige Kern* seiner Zurechnungstheorie, den die gesamte literarische Kritik bisher übersehen hat, freilich nicht ohne eigenes Mitverschulden Wiesers, da er die Voraussetzungen seiner Problemlösung zu wenig streng fixiert hat.

Je weiter voneinander liegende (im « vertikalen » Aufbau der Gesamtkombination) Kombinationen im Gleichungssystem benötigt werden, um die Zahl der Unbekannten zu decken, desto mehr werden sich die daraus zu errechnenden Werte der Produktionsmittel von den Grenzwerten entfernen und desto minder brauchbare Durchschnittswerte ergeben.

Das Prinzip, aus den *Grenzgleichungen* die Werte der Produktivmittel zu errechnen, wäre also an sich richtig. Dennoch ist diese Lösung nicht befriedigend. Einmal deshalb nicht, weil ihr Anwendungsgebiet ein beschränktes ist, denn es ist eine Frage des konkreten Falles, ob man gerade an der Grenze so viele Gleichungen findet, als benötigt werden. Zweitens deshalb nicht, weil es die Lösung *ex post* gibt, wenn bereits die produktive Gesamtkombination fertig besteht, und daher keinen Einblick in den Gesamtzusammenhang zwischen Entstehung der Gesamtkombination und damit gleichzeitiger Entstehung der Produktivmittelwerte ge-

⁽¹⁾ Weitere Voraussetzung für ganz genaue Wertermittlung wäre dabei noch streng kontinuierlicher Verlauf aller Bedürfnisskalen für die verschiedenen Produkte und beliebige Teilbarkeit aller Produkte und Produktionsmittel. Aber das darf ja *zunächst* in der Theorie vorausgesetzt werden. Wären diese Bedingungen nicht streng verwirklicht, so würden sich auch dann noch brauchbare Annäherungswerte ergeben.

währt. Und drittens, was damit zusammenhängt, deshalb, weil es überhaupt nur eine *arithmetische Ermittlung* der Werte, nicht aber eine genetische *Erklärung der Wertbildung* der Produktionsmittel bieten konnte.

III.

Wenn man nach der Aufdeckung der Unzulänglichkeiten der bisherigen Versuche sich den Weg durch das dornenvolle Problem bahnen will, wird man an Marshalls Ausspruch erinnert, dass bei jeder einfachen Lösung für ein kompliziertes ökonomisches Problem von Anfang an das Misstrauen, es mit einer Scheinlösung zu tun zu haben, berechtigt ist. Unser Problem gehört zur Gruppe derjenigen, über die man einige zweifellos richtige allgemeine Aussagen, aber mit geringem Erkenntnisinhalt, machen kann — wie z. B. dass der Wert der Produktionsmittel sich aus dem Werte der Produkte ergeben müsse und dass die Zerlegung des Wertes der komplementären Gruppe auf die einzelnen Glieder mit der Grösse des Nutzausfalles zusammenhängen müsse, der im konkreten Fall sich bei Wegfall eines Gliedes ergibt, — die man aber, wenn man über derartige Allgemeinheiten hinaus zur genaueren Erkenntnis der Zusammenhänge vordringen will, zunächst in Teilprobleme zerlegen muss, die ihrerseits unter je bestimmten typischen Voraussetzungen entstehen. Dadurch wird das Bild der schönen Einfachheit und Einheitlichkeit zerstört, aber dies ist eben dann der Preis, der für die tiefer dringende Erkenntnis gezahlt werden muss. Auch wir sind genötigt, so skizzenhaft unsere folgenden Ausführungen in diesem Rahmen auch sein müssen, unser Problem in eine Anzahl Teilfragen zu zerlegen. Zunächst sei jedoch, da ja die Wertzurechnungsfrage nicht isoliert für die einzelnen Teilkombinationen, der Produktionsmittel sondern immer im Rahmen der Gesamtwirtschaft entsteht, ein Blick auf das alle Teilprobleme der Zurechnung umfassende Bildungsgesetz der produktiven Gesamtkombination, und zwar, da es sich hierbei um ein wirtschaftliches Grundgesetz handelt, im Rahmen der geschlossenen Wirtschaft,

geworfen ⁽¹⁾. Die produktive Gesamtkombination von heute ist bedingt durch die Konsumkombination von morgen, also durch das Bedürfnissystem mit seinen Nutzenskalen; sie ist ferner bedingt durch die verfügbaren Mengen der verschiedenartigen Produktionsmittel und, bei jeweils gegebenem Stande der Technik, durch die technischen Produktionskoeffizienten, die ihrerseits für manche Kombinationen starr, für andere wieder innerhalb bestimmter Grenzen variabel sind. Aus diesen Bestimmungsgründen ist der Aufbau der produktiven Gesamtkombination jeweils eindeutig gegeben: er erfolgt in der Art, dass aus dem verfügbaren Gesamtvorrat an Produktivmitteln der Reihe nach zuerst diejenigen Teilkombinationen gebildet werden, welche die Bedürfnisse höchster Schichte durch Verwendung solcher Produktivmittel befriedigen, deren Heranziehung den damit — infolge der Knappheit — verbundenen Verzicht auf anderweitige Bedürfnisbefriedigungen auf das geringstmögliche Mass beschränkt; dass dann mit dem noch erübrigenden Vorrat von Produktionsmitteln in analoger Weise die nächstdringendste Bedürfnisschicht versorgt wird usw., bis schliesslich in jeder Produktart durch gänzlichen Verbrauch eines oder mehrerer der für ihre Kombination notwendigen Produktivmittel die Grenze der Produktion erreicht ist. Zugleich mit diesem Prozesse, der sich empirisch natürlich nicht *uno actu* vom Anfang bis zum Ende, sondern in schrittweiser Entwicklung auf Grund vielfachen Ausprobierens der bestmöglichen Verwendung jeder Produktivmitteleinheit vollzieht, kommt es zur Wertbildung der Produktivmittel. Hierbei muss unterschieden werden zwischen der Ermittlung der Produktivmittelnutzen, die *während* des Prozesses der Aufstellung des Produktionsplanes als Hilfsmittel der Disposition und immer nur für eine Strecke derselben geltend vorgenommen wird und den *am Ende* der Gesamtdisposition als Grenznutzen der Produktionsmittel sich ergebenden Werten. Für die erstere wird das Auslangen gefunden in den summarischen Vergleichen der Gesamt-

⁽¹⁾ Vgl. dazu meinen Artikel *Produktion* im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage 1925.

nutzzuwächse, die in derselben Etappe der Disposition durch Verwendung derselben Arten und Mengen von Produktionsmitteln in wechselnden Teilkombinationen erzielt werden können. Auch die Ermittlung der durchschnittlichen Nutzleistung der einzelnen Produktionsmittel innerhalb des einzelnen Abschnitts der Gesamtkombination — nach dem Wieserschen Gleichungssystem, gegen dessen Verwendung in diesem eingeschränkten Sinne, da es sich hier *innerhalb desselben Abschnittes* der Gesamtkombination immer um Teilkombinationen zur Erzeugung von Produkten geringen Nutzunterschiedes handelt, die früher erörterten Bedenken wegfallen — erweist den gleichen Dienst. Die Frage nach dem von der Verfügung über ein Mehr oder Weniger der einzelnen Produktionsmittel abhängigen Nutzertrag ergibt sich immer erst dann, wenn im Zuge der Ausgestaltung des Produktionsplanes die harmonische Vorsorge für die Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse an einer Stelle dadurch gehemmt wird, dass durch die besondere *Knappheit* der einen oder anderen Produktionsmittelart eine Fortsetzung der Produktion des Gutes, in dessen Kombination diese unentbehrlich ist, unmöglich gemacht, die *Grenzverwendung* für dieses Produktionsmittel erreicht ist. Der Wert eines solchen Produktionsmittels besonderer Knappheit ist in diesem Stadium der Disposition noch nicht endgültig, sondern bloss als Mindestwert feststellbar, er erhält seine eindeutige Bestimmtheit erst, wenn die Gesamtdisposition beendet und damit die Werte derjenigen Produktionsmittel, mit denen es in seinem Grenzprodukt zusammenwirkt, aus deren Grenzverwendungen gegeben sind. Je weiter in der Disposition fortgeschritten wird, desto mehr Produktionsmittel gesteigerter Knappheit scheiden mit ihrer Grenzverwendung aus der weiteren Disposition aus, bis schliesslich nur mehr Kombinationen von Produktionsmitteln relativ grösster Häufigkeit zur Deckung relativ niedrigster Bedürfnisschichten übrigbleiben.

Ist die Gesamtkombination mit allen verfügbaren Vorräten der Produktionsmittel beendet, dann ist damit zugleich für jede Produktionsmittelart ihre Grenzverwendung gegeben, sei es, dass diese in der Beteiligung an der Kombination bloss einer einzelnen Pro-

duktart, sei es an den Kombinationen mehrerer gleichwertiger oder annähernd gleichwertiger Produktarten besteht. Aus diesen Grenzverwendungen müssen sich die Grenznutzen der einzelnen Produktionsmittel ableiten lassen.

Das allgemeine Prinzip der Ermittlung der Grenznutzen der Produktivmittel kann natürlich nur das der *Variation*, der Annahme einer kleinen Aenderung und Feststellung der damit, unmittelbar oder mittelbar, verbundenen Verminderung oder Vermehrung des Gesamtnutzens sein. Aber die Methoden der Anwendung dieses Prinzips werden verschieden sein, je nach den verschiedenen *typischen* Voraussetzungen. Es gibt typische Fälle grösster Einfachheit, Typen immer zunehmender Kompliziertheit und endlich einen zwar praktisch bedeutungslosen, aber doch theoretisch konstruierbaren Grenzfall der Unlosbarkeit. Es sei mit den einfachsten Fällen begonnen.

1). Wenn die Grenzverwendung eines Produktionsmittels im Zusammenwirken mit *freien* Produktionsmitteln besteht, dann ist wirtschaftlich (nicht technisch) das daraus entstehende Produkt *allein* das Ergebnis dieses im Knappheitsverhältnis stehenden Produktionsmittels, denn nur von jeder *seiner* Teilmengen hängt ein Produktionserfolg ab, nicht aber von irgendwelchen konkreten Mengen der anderen. Es ist *wirtschaftlich* so, als ob es isoliert das Produkt erzeugen würde, und es erhält daher dessen ganzen Wert. So ist, wenn Arbeit zusammenwirkt mit im Ueberfluss vorhandenen Stoffen, das Ergebnis wirtschaftlich *nur* Arbeitsprodukt.

2) Eine Variante dieses Falles stellt jener dar, wenn ein knappes Produktionsmittel mit einer oder mehreren Produktionsmittelarten zusammenwirkt, an denen *relativer* Ueberschuss besteht. Dies liegt dann vor, wenn die produktive Kombination eine vollkommen starre ist, die verschiedenen Produktivmittel nur in ganz bestimmtem Quantitätsverhältnis miteinander verbunden wirksam werden, aber die verfügbaren Vorräte an ihnen nicht in genau komplementären Mengen gegeben sind. Obwohl die nicht unterzubringenden Mengen nicht freie Produktionsmittel im früher gebrauchtem Sinne sind — denn man konnte ja mit ihnen noch Nutzen erzielen, sofern nur die verfügbaren Mengen des knappen Faktors grösser wären —, sind sie doch, solange diese

Situation besteht, wirtschaftlich bedeutungslos und daher ihr Grenznutzen gleich null (¹). Das Produkt hängt wirtschaftlich nur von dem knappen Produktionsmittel ab, dieses wird daher mit dem ganzen Produktwerte angeschlagen. 3) Ist die Grenzverwendung eines Produktionsmittels eine *bloss ertragsteigernde* in der Kombination unentbehrlicher knapper Produktionsmittel, dann ist sein Wert mit dem Werte der Ertragsteigerung in der Grenzkombination gegeben.

In all diese Fällen (1-3) ergibt sich der Wert eines Produktivgutes aus seinem, sei es im wirtschaftlichen oder zugleich im wirtschaftlichen und technischen Sinne, *isolierbaren* Beitrag zum Produkt.

4) Eine weitere Einengung erfährt das Gebiet der echten Zurechnung durch die Wertbildung der *Kapitalgüter*. Sie stellen, ebenso wie technisch als Zusammensetzungen von Mengen ursprünglicher Produktionsmittel (Arbeit, Bodenkräfte, Naturgaben), auch in Hinsicht ihrer Wertbildung *bloss durchlaufende Posten* dar und ihr Wert kann bei störungslosem Wirtschaftsablauf und unter statischen Verhältnissen grundsätzlich kein anderer sein, als der Wert der in ihnen enthaltenen ursprünglichen Produktionsmittel. Ihre Funktion ist eine ertragsteigernde, sei es dass mit ihrer Hilfe Produkte mit nützlicheren Eigenschaften oder in grosserer Quantität hergestellt werden können, als bei direkter Produktion mit denselben Mengen ursprünglicher Produktionsmittel. Daher wird in ausgeglichener Wirtschaft jeweils ein so grosser Teil der verfügbaren ursprünglichen Produktionsmittel in die Form verschiedener Kapitalgüter übergeleitet, bis durch deren Vermehrung bzw. die Vermehrung der mit ihrer Hilfe zu erzeugenden Produkte der Ausgleich der Werte der ursprünglichen Produktionsmittel in ihrer

(¹) Welche Wirkung für die Bewertung relativ freier Produktionsmittel der Grad der Wahrscheinlichkeit hat, in der *Zukunft* die komplementären Meugen des knappen Faktors hinzuzugewinnen, kann an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden.

elementaren Form und in der Form der Kapitalgüter erfolgt ist⁽¹⁾. Ihr Wert ist daher als dem der in ihnen enthaltenen ursprünglichen Produktionsmittel *gleichgemacht* nicht weiter problematisch. Nur bei Störungen des Produktionsablaufes, wenn die verbrauchten Kapitalgüter nicht zeitgerecht aus dem Fonds der ursprünglichen Produktionsmittel reproduziert werden können, oder in fortschreitender (dynamischer) Wirtschaft, wenn die der Kapitalgütererzeugung zugewiesenen Mengen ursprünglicher Produktionsmittel im Verhältnis zu dem gestiegenen Bedarfe der Wirtschaft zu knapp sind, der Ausgleich nicht vollzogen ist, erfolgt die Wertbildung der Kapitalgüter ebenso im Wege der echten Zurechnung wie die der ursprünglichen Produktionsmittel.

Nach Ausscheidung dieser einfachen Fälle, können sich noch folgende typische Tatbestände der *eigentlichen* Zurechnung ergeben: Entweder stellt die Grenzverwendung mehrerer Produktionsmittel eine vollkommen *starre Kombination* dar, oder die Grenzverwendung ist *variabel*, sei es dass die *Produktionskoeffizienten* für die Erzeugung des Grenzproduktes technisch veränderlich sind, sei es dass mehrere verschiedenartige Produkte aus *qualitativ* verschieden zusammengesetzten Kombinationen derselben Produktionsmittel (also von Produktivmitteln mehrfacher Verwendbarkeit) in der Grenzschicht liegen. Wenn eine vollkommen *starre* Kombination vorliegt — was in der praktischen Wirtschaft zu den grössten Ausnahmefällen gehört, da zumindest *ein* beteiligter Faktor, die Arbeit, fast immer variiert werden kann, — dann ist, falls überdies noch die verschiedenen Glieder der Kombination gerade genau in komplementären Mengen verfügbar sind, die Zurechnung bestimmter Einzelwerte an sie unmöglich (der oben erwähnte theoretische Grenzfall der Unlösbarkeit) aber dann kann auch praktisch die Zurechnungsfrage gar nicht entstehen, weil in dieser Situation jeder praktische Anlass zur Ermittlung der Einzelwerte fehlt. Sind die verfügbaren Mengen nicht

(1) Auf die Komplikation, die sich daraus ergibt, dass die Erzeugung der Produkte mit Hilfe von Kapitalgütern mehr *Zeit* erfordert als die unmittelbare Produktion mit ursprünglichen Produktionsmitteln, kann in diesem Rahmen, wo es sich bloss um die Grundsätze der Zurechnung und nicht um die Entwicklung der Zinstheorie handelt, nicht eingegangen werden.

gerade komplementär, dann liegt der oben unter 2) erörterte Fall (relativ freie Güterlemente) vor.

Der weitaus häufigste und zugleich der *Kernfall* der Zurechnung ist der der technisch *variablen* Grenzkombination oder-kombinationen. Aber gerade durch das Moment der Variabilität und der damit gegebenen Vergleichungsmöglichkeit der bei quantitativ oder qualitativ wechselnder Verteilung der Elemente erzielbaren verschiedenen Nutzerfolge ist die Lösungsmöglichkeit gegeben.

Das Instrument dazu ist das *Grenzproduktivitätsprinzip*, jedoch in anderer Handhabung als dies bei *Clark* geschieht. Dazu ist es notwendig, sich den Sinn der Zurechnung in der praktischen Wirtschaft zu vergegenwärtigen: Richtpunkte für die zweckmässigste Disposition durch die Feststellung der Bedeutungsgrössen der verschiedenen Produktionsmittel zu finden. Dabei ist zu unterscheiden: die bloss *relative Bedeutung der Produktionsmittel im Verhältnis zueinander*, ausgedrückt in den quantitativen Relationen der letztverwendeten Teilmengen in der Form einer Kette von Gleichungen, die, natürlich immer nur für die jeweils zugrundegelegte Gütersituation (d. i. bei gegebenen Arten und Mengen der Produktionsmittel) geltend, besagen, dass in bezug auf den Nutzerfolg $1A = 2B = 1C = 3D$ usw., oder mit anderen Worten, in welchem *Verhältnis* die letztverwendeten Einheiten der verschiedenen Produktionsmittel zum Nutzerfolg beitragen. Ueber die absolute Grosse des durch die Mitwirkung der letzten Produktionsmitteleinheiten erzielten Nutzerfolges selbst ist damit noch nichts ausgesagt. Und anderseits die Feststellung dieser *absoluten Nutzgrössen selbst*, welche auf die Mitwirkung dieser letzten Produktivmitteleinheiten zurückzuführen sind. Letzteres ist das Ziel der Zurechnung. Kann man diese absoluten Nutzgrössen unmittelbar feststellen — wie in den oben angeführten Fällen 1-3 —, dann bedarf es nicht erst der vorgängigen Ermittlung jener Grenzrelationen, diese ergeben sich dann erst nach erfolgter Zurechnung und bilden bloss ein praktisches Ausdrucksmittel für das Wertverhältnis der Produktionsmittel. Kann man aber die durch die Mitwirkung der letzten Teilmengen der verschiedenen Produktivmittel erzielten absoluten Nutzgrössen nicht unmittelbar

feststellen — und das ist ja gerade der Fall bei den Produktionsmitteln vielfacher Verwendbarkeit —, wohl aber das *Verhältnis* der von der Mitwirkung der letzten Teilmengen abhängigen Nutzgrossen, und ist zugleich der Gesamtnutzen der sich aus ihrem Zusammenwirken ergibt, bekannt, dann kann man aus diesen beiden Bestimmungsstücken die der Mitwirkung der einzelnen zu verdankenden Nutzanteile am Gesamtnutzen ermitteln ⁽¹⁾ ⁽²⁾.

Es ist hiebei wesentlich, dass bei der Aufstellung der oben erörterten Relationen die verhältnismässige Bedeutung der verschiedenen Produktivmittelarten für ihren *Gesamterfolg*, d. i. den Nutzen der Gesamt-kombination erfasst wird und nicht bloss als Anteil am isoliert betrachteten Nutzen eines *einzelnen* Produktes, an dessen Erzeugung das betreffende Produktionsmittel beteiligt ist. Stellt die letztere Betrachtungsweise, die Vorstellung einer isoliert bestehenden Beziehung zwischen einem Wirtschaftsmittel und irgendeinem wirtschaftlichen Teilerfolg, schon bei der Ableitung der Werte der Konsumgüter eine, wenn auch für viele Zwecke zulässige, aber grundsätzlich doch immer wegen des Gesamtzusammenhanges der Bedürfnisse den tatsächlichen Sachverhalt bereits «stilisierende.» Konstruktion dar, so ist sie bei der Ermittlung der relativen Bedeutungsgrössen der Produktionsmittel mehr-oder vielfacher Verwendbarkeit, weil diese eben durch Vermittlung der vielerlei verschiedenartigen Produkte, an deren Erzeugung sie beteiligt sind, ihren Beitrag zum Gesamtnutzen leisten, gänzlich unbrauchbar.

Die Ermittlung der genannten Verhältnisziiffern kann im Wege der Variation durch Beobachtung der mit dem Wegfall (oder Zuwachs) je einer kleinen Teilmenge der verschiedenen Produktionsmittel verbundenen Nutzausfalle (oder Nutzzuwächse) festgestellt werden. Selbstverständlich kommt dabei immer nur der *effektive*

⁽¹⁾ Ueber die Möglichkeit und das Anwendungsgebiet der Quantifizierung des Nutzens siehe meine Aufsätze: "Untersuchung zu dem Grundgesetz der wirtschaftlichen Wertrechnung," in *Ztschr. f. Volkswirtschaft und Sozialpolitik* Neue Folge, 1921 und 1922.

⁽²⁾ Vgl. hiezu nunmehr auch E. SCHAMS, *Konstanz und Variabilität ökonomischer Grössenbeziehungen*, in *Weltwirtschaftl. Archiv*, Bd. XXXI, 1930, S. 412.

Nutzausfall (oder Nutzzuwachs) in Betracht. Wenn, nachdem die Verwendungsbestimmung aller Produktionsmittel durch die Wirtschaftsdisposition festgelegt ist, eine Einheit eines bestimmten Produktionsmittels ausfällt, dann hat dies *zunächst* den Wegfall eines bestimmten Produktes zur Folge; aber dieser Produktausfall wird rationellerweise durch *Umdisponierung* in der Verwendung der durch den Ausfall frei gewordenen Glieder der gesprengten Kombination und den dadurch erzielten Zuwachs an anderen Produkten teilweise kompensiert. Nur die *Nutzdifferenz* zwischen dem unmittelbaren Produktausfall und dem mittelbaren Zuwachs stellt den effektiven Nutzausfall dar. *Wird nun der Reihe nach der effektive Nutzausfall, der sich durch Wegfall je einer Einheit der verschiedenen in den Grenzkombinationen vorkommenden Produktivmittelarten ergibt, festgestellt* — und dieser Feststellung, sei es als real, oder mittels des auf Grund der produktionstechnischen Erfahrungen bloss gedanklich durchgeführten Experimentes steht nichts im Wege —, *dann erhält man eine Reihe von Nutzgrossen*, welche jedoch noch *nicht* — wie Böhm-Bawerk und ebenso die Grenzproduktivitätstheoretiker meinen — den Grenznutzen, oder Wert, oder die Bedeutung der einzelnen Produktionsmittel darstellen. Denn diese Grössen haben eben nicht, und können nach der Art ihrer Gewinnung nicht *simultane* Geltung haben, sie sind ja unter einander widersprechenden Voraussetzungen gewonnen, haben also nur *alternative* Geltung. und sie können daher auch nicht, wenn sie summiert werden, den durch die tatsächliche Verwendung dieser Produktionsmittel erzielten wirklichen Nutzertrag ergeben. Es hilft nicht, sich darüber damit hinwegsetzen zu wollen — wie dies *Böhm-Bawerk* tut —, dass man diesen Grössen eben nur alternative Bedeutung zuerkennt und auf die Summierung verzichtet, denn die Wirtschaft braucht eben für ihre Dispositionen mit den Produktivmitteln ihre *simultan* geltende Werte, die sie in der wirklich gegebenen Situation haben. Nur in jenen, zwar denkbaren, aber unempirischen Fällen, in welchen bloss eine isolierte, auf ein einzelnes Produktionsmittel sich erstreckende Disposition in Frage käme — wie im Falle der Erwägung des Austausches eines *einzelnen* Produktionsmittels —,

fande die Wirtschaft mit diesen alternativen Nutzgrößen das Auslangen. In allen praktisch vorkommenden Fällen jedoch ist, da die Entscheidung über die Verwendung von Teilmengen *einer* Produktionsmittelart eben wegen der für die Produktionsmittel charakteristischen Komplementarität nicht ohne *gleichzeitige* Entscheidung über die Verwendung der *anderen* Produktionsmittelarten erfolgen kann, eine rationelle einheitliche Disposition unter alternativ wechselnden Voraussetzungen unmöglich.

Um die Beteiligung der verschiedenen Produktionsmittel an dem aus der *tatsächlichen* Gütersituation sich ergebenden Nutzertrag zu erhalten, ist es notwendig, diese im Wege der Variation gewonnenen Grossen als das zu erkennen, was sie sind: *blosse Verhältnisziiffern*, welche anzeigen, in welchem Verhältnisse der Ertrag durch Ausfall von 1 A, 1 B, 1 C usw. gemindert würde. *Und es ist logisch wie wirtschaftlich zwingend, daraus den Schluss zu ziehen, dass in demselben Verhältnisse, in welchem die letzten Teilmengen der einzelnen Produktionsmittel durch ihren Wegfall den Ertrag mindern (oder ebenso durch ihren Zuwachs mehrten), sie durch ihr tatsächliches Vorhandensein und Mitwirken zum Ertrage beitrugen*⁽¹⁾. Wenn daher der in der Gesamtheit der Grenzkombinationen der Produktivmittel tatsächlich erzielte Nutzertrag *im Verhältnis* der durch den Wegfall der letzten Einheiten verursachten Ertragsminderungen auf die verschiedenen Produktionsmittel *aufgeteilt* wird, dann stellen die solcherart ermittelten Quoten des Nutzertrages den Nutzen der letzten Einheiten oder ihren *Grenznutzen* dar.

⁽¹⁾ Der gegen den Vorgang der Grenzproduktivitätstheorie erhobene Einwand, dass mit Wegfall einer Einheit eines Produktionsmittels nicht nur die physische Mitwirkung dieses Produktionsmittel wegfällt, sondern auch die Effizienz der komplementär mit ihm zusammenwirkenden Produktionsmittel beeinträchtigt wird, und demzufolge der Ertragsausfall nicht dem wegfallenden Produktionsmittel allein als "sein Produkt" zugerechnet werden könne, trifft offenbar die obige Ableitung nicht. Denn indem sie von der Konstatierung des *Verhältnisses* der durch den Wegfall der verschiedenen Produktivmitteleinheiten herbeigeführten Ausfälle an Produktnutzen ausgeht, schliesst sie damit bereits das Verhältnis, in welchem durch den Wegfall einer Produktivmitteleinheit die Effizienz der anderen wechselseitig beeinflusst wird, in sich.

Der Prozess der *Preisbildung* der Produktionsmittel, ist, verglichen mit dem einheitlichen Wertbildungsprozess in der geschlossenen Wirtschaft, ein zusammengesetzter Prozess, gebunden an das Zusammenwirken verschiedener Gruppen von Wirtschaftssubjekten mit je bestimmten Teilfunktionen: der Konsumenten als Nachfragender nach den Produkten, der Produzenten (Unternehmer) und der Besitzer der Produktionsmittel. Das Schema des Tatbestandes ist folgendes: Auf der einen Seite die Konsumenten der verschiedenartigen Produkte, geschichtet nach der durch ihre subjektiven Wertschätzungen für die Produkte abgestuften Nachfrageintensität, die in der Höhe ihrer Preiswilligkeit zum Ausdruck kommt, auf der anderen Seite die gesamten in der Volkswirtschaft vorhandenen sachlichen und persönlichen Produktionsmittel, verteilt auf die grosse Masse ihrer Inhaber, die sie einzig in dem Bestreben, möglichst hohes Entgelt für ihre Ueberlassung zu erzielen, in die lohnendsten Verwendungen zu dirigieren suchen; und zwischen beiden die produzierenden Unternehmer, welche, an Art, Umfang und Intensität der Nachfrage und den von ihr zu erwartenden Produktpreisen sich orientierend, einzig geleitet durch das Streben nach grösstmöglichem Reinertrag, Art und Umfang ihrer Produktion feststellen und die produktiven Kombinationen mit den von den Produktivmittelbesitzern gegen Entgelt erworbenen Produktionsfaktoren bilden.

Bei den Konsumenten allein von allen diesen drei Gruppen liegen ursprüngliche, subjektive Wertschätzungen vor; aber diese subjektiven Wertschätzungen bringen den ganzen Prozess der Produktion und Preisbildung in Gang. Die *Aufteilung* jedoch der als Resultierende der Konsumentenwertschätzungen sich ergebenden Produktpreise, als Lohn an die Arbeit, als Vergütung für die Ueberlassung der Kapitalgüter und der Kapitalnutzung an die Kapitalisten, als Grundrente für die Ueberlassung der Bodennutzung, wird unmittelbar allein durch die Unternehmer vorgenommen. Jedoch, was das Entscheidende ist, im Falle der Konkurrenz, *streng determiniert nach genau denselben formellen Gesetzmässigkeiten, wie die Zurechnung des Produktwertes* auf die mitwirkenden Produktionsfaktoren in der einfachen Wirtschaft.

Jeder Unternehmer sucht in Konkurrenz mit allen anderen seine Produktion nach seinen Fähigkeiten, Kenntnissen und Mitteln so rentabel als möglich zu gestalten und sie, orientiert am voraussichtlichen Umfang der Nachfrage und Produktpreis, soweit auszuweiten, bis eine weitere Vergrösserung ihm keine Vermehrung des Reinertrages mehr bringt. Die Ausdehnung der Produktion kann bei noch nicht gegebenen Produktivmittelpreisen — was ja, um Einblick in ihr Bildungsgesetz zu gewinnen, zunächst vorausgesetzt werden muss — und daher auch noch nicht bekannter Spannung zwischen Produktpreis und Preisen der Produktivmittel, welche Spannung das Ausmass der Rentabilität enthält, zunächst ohne Schranken erfolgen, bis schliesslich die *Knappheit* der in der Volkswirtschaft vorhandenen Produktivmittel ihr ein Ende setzt. Das wird zuerst bei den im gesteigerten Knappheitsverhältnis stehenden « spezifischen » Produktionsmitteln (besonders seltene Rohstoffe, besonders qualifizierter Arbeitsleistungen usw.) eintreten. Nachdem sie zunächst den lohnendsten, d. i. infolge des hohen Preises des Produktes, an dessen Erzeugung sie beteiligt sind, bestzubezahlenden Verwendungen zugestromt sind, werden die weiter verfügbaren Mengen, da ihre Besitzer im Falle der Konkurrenz sie nicht ohne ihren eigenen Schaden zurückhalten können, den nächstlohnenden Verwendungszweigen der Reihe nach sich zuwenden, dadurch die Produktmenge vermehren, den Produktpreis herabdrücken und mit dem Sinken des Produktpreises selbst nur einen immer niedrigeren Preis erzielen können, bis endlich ihr Vorrat erschöpft, ihre letzten Teilmengen in die unter allen durch den vorhandenen Vorrat noch gedeckten mindestlohnenden Verwendungen dirigiert sind und sie damit ihre *Grenzverwendung* in der Volkswirtschaft gefunden haben. So findet jedes spezifische Produktionsmittel an irgendeinem Punkte des ganzen volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses die Grenzschicht seiner Verwendung, welche hoch oder niedrig liegt, je nach dem Knappheitsverhältnis des betreffenden Produktionsmittels. Aber auch die anderen, in relativ grossen Mengen verfügbaren, Produktionsmittel vielfacher Verwendbarkeit (« Kostenproduktivmittel ») welche ausser

der komplementären Verwendung mit den spezifischen Produktionsmitteln noch in zahlreichen wechselnden Verbindungen miteinander ihren Dienst leisten, finden jedes an irgendeiner Stelle der Gesamtproduktion ihre, je nach den von ihnen in der Volkswirtschaft vorhandenen Gesamtmengen hoher oder niedriger gelegene, Grenzverwendung. Ist der Prozess soweit gediehen — und er vollzieht sich um so rascher und mit um so grösserer Genauigkeit, je weniger Schranken dem Wettbewerb auf Seiten der Produzenten und Produktionsmittelbesitzer entgegenstehen —, dann sind die gesamten knappen Produktionsmittelvorräte der Volkswirtschaft in zahllosen produktiven Kombinationen gebunden, und die Grenzverwendung für jede Produktionsmittelart muss infolge der Konkurrenz der Anbieter der Produktionsmittel und infolge des Rentabilitätsstrebens der untereinander konkurrierenden Produzenten in allen Betrieben, welche die betreffende Produktionsmittelart verwenden, eine annähernd gleiche sein (was selbstverständlich nicht identisch ist mit dem von der klassischen Theorie aufgestellten vermeintlichen « Gesetz des Ausgleichs der Profitrate »).

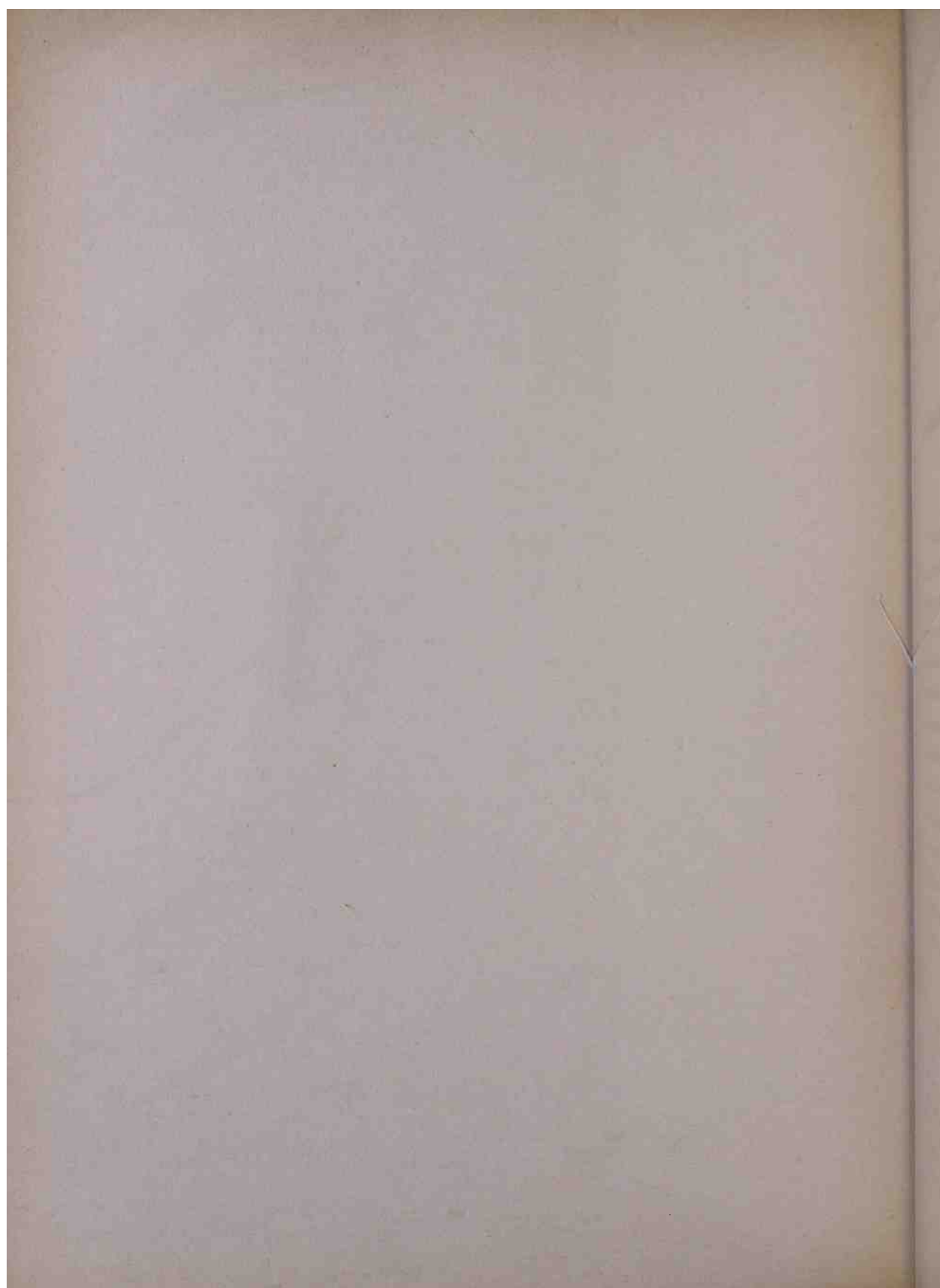
Wie ergeben sich nun aus diesem Prozess die Preise der verschiedenen Produktionsmittel? Jedes der an der Erzeugung eines Produktes beteiligten Produktionsmittel (bzw. die hinter ihnen stehenden Besitzer) sucht einen möglichst hohen Anteil am Produktpreis an sich zu ziehen in der Form eines möglichst hohen Preises für ihre Ueberlassung. Aber sie können zusammen nicht mehr erhalten als den Produktpreis. Nach welchen Gesetzmässigkeiten verteilt sich dieser auf die verschiedenen Produktionsmittel? *Hier wiederholt sich nun auf anderem Schauplatze derselbe Vorgang wie bei der Zurechnung in der geschlossenen Wirtschaft.* Jeder Produzent kann genau konstatieren — und er tut es in jenem Masse, als er rationell wirtschaftet —, was ihm der Ausfall der letztverwendeten Teilmenge der in seinem Betriebe gebrauchten verschiedenartigen Produktionsmittel an naturaler und an in Geld angeschlagener Ertragseinbusse bedeutet (und ebenso, wieviel Ertragszuwachs ihm eine zusätzliche Menge der verschiedenen Produktionsmittel einbringen würde). Wenn

aber dies bekannt ist, dann ist damit auch ermittelt in welchem *Verhältnis* das Ergebnis des Zusammenwirkens der letzten Teilmengen dieser Produktionsfaktoren, d. h. der *Preiserlös* für das Grenzprodukt von der Mitwirkung der letzten Einheiten der verschiedenen Faktoren bedingt ist, und damit wieder festgestellt, welcher Anteil vom Preiserlös des Produktes maximal als Entgelt für die Mitwirkung der verschiedenen Faktoren in der Produktion bezahlt werden kann: wieviel für den letztverwendeten Arbeiter der Qualität q_1 oder der Qualität q_2 , wieviel für die letztverwendete Teilmenge der Rohstoffes r_1 oder r_2 usw.

Mit diesen aus den Geldertragswerten der Grenzverwendungen der verschiedenen Produktionsmittel in ihrer Unternehmung sich ergebenden Preishöchstgeboten treten die Unternehmer als Nachfragende auf den Märkten der verschiedenen Produktionsmittel auf. Ihre Preishöchstgebote werden je nach den mehr oder weniger günstigen Bedingungen ihrer Unternehmungen (Organisation, örtliche Lage zum Markt usw.) sich nicht vollkommen decken, sondern mehr oder weniger differieren. Auf der anderen Seite stehen die zum Verkaufe ihrer Vorräte gezwungenen Produktionsmittelbesitzer. Genau nach den bekannten allgemeinen Preisgesetzen entscheidet auch hier auf dem Markte der Produktivmittel beim Zusammentreffen der Nachfrageschichten verschiedener Höhe das Preisgebot der *niedrigsten Nachfrageschicht* der Unternehmer, welche noch zum Zuge kommen muss, wenn das ganze Angebot an Produktionsmitteln aufgenommen werden soll. Es sind demnach die Preise, welche die *Grenzunternehmungen* (sei es als Grenzbetrieb, sei es als Grenzschichte eines Betriebes) noch zahlen können, welche die Marktpreise der Produktionsmittel mit Wirksamkeit für alle Unternehmungen festsetzen.

Dies ist das Bildungsgesetz der Preise der Produktionsmittel und damit zugleich das Bildungsgesetz der aus der Beteiligung am Produktionsprozesse fließenden Einkommen. Es wirkt sich selbstverständlich auch bei den aus der Vergangenheit übernommenen Produktionsmittelpreisen (Kostensätzen) als *Preisveränderungsgesetz* der Produktionsmittel aus.

Dadurch, dass durch die Konsumentennachfrage nach den Produkten, durch welche mittelbar die Nachfrage der Produzenten nach den Produktionsmitteln bestimmt wird, die Preise der Produktionsmittel untereinander zusammenhängen, dass ferner rückwirkend durch die einmal gebildeten Preise der Produktionsmittel (als Kosten) die Preise der Produkte wieder zusammenhängen und dadurch dass die Einkommen der nachfragenden Konsumenten selbst wieder aus ihren Anteilen an der Produktion resultieren, ist der Gesamtzusammenhang aller Preise der Produkte, der Produktionsmittel und aller Einkommen gegeben.



PROF. VINCENZO PORRI

R. Istituto Superiore di Scienze Economiche e Commerciali di Torino

Le strutture nazionali dei prezzi ed i loro legami (*)

1. - Vi è un *meccanismo che lega tutti i prezzi tra loro* in ciascun paese. Le varie oscillazioni nella domanda e nell'offerta li spostano di continuo per le merci ed i servizi, per i beni diretti e per quelli strumentali o complementari, e riportano equilibrio sia eccitando come col rallentare le iniziative, con lo sprone od il freno ad intensificare o ridurre lavoro e mole degli impianti. I prezzi delle merci al minuto formano sistema con quelli all'ingrosso, i quali si connettono al valore delle macchine e delle materie prime, ma anche si uniscono ai salari ed ai profitti per i lavoratori ed i capi, all'interesse per chi risparmia e così fornisce dei capitali nuovi, alla rendita per i terreni più fertili o meglio ubicati ⁽¹⁾, alle quasi-rendite per quanti dispongono di beni non subito riproducibili o di qualità rara e non ottenibili senza tirocinio, al livello dei tributi per l'erario ⁽²⁾. Nel dinamismo della vita economica, in cui i fattori produttivi

(*) Questo studio fu scritto nel settembre 1929 (VII).

⁽¹⁾ WESLEY C. MICHELL, *Business Cycles*, I, New-York, 1922, pag. 108 e segg.

⁽²⁾ LUIGI EINAUDI, *La teoria dell'ammortamento dell'imposta*, Atti della Reale Accademia delle Scienze, Torino 1919, pag. 35 e *Contributo alla teoria dell'ottima imposta*, in *Annali di Economia*, Milano, 1929, pag. 72; ha dimostrato come nessun viluppo economico possa durare se non vi sia un'organizzazione statale. Lo stesso ragionamento ha svolto A. DE VITI DE MARCO, *I primi principi dell'economia finanziaria*, Roma 1928, pag. 18 segg.

— dalle orze di lavoro a quelle di natura, dai capitali alle capacità organizzatrici sia delle imprese private come degli enti pubblici — si uniscono, in misure non arbitrarie ma fissate dallo stadio della tecnica oppure dal costo rispettivo, ogni modifica nella quantità delle persone e nei loro gusti, ogni scoperta di risorse prima ignorate, ogni invenzione di metodi nuovi o di sfruttamenti fin allora impossibili, viene ad inserirsi con il suo peso nell'equilibrio complessivo, nel sistema di equazioni, attraverso al valore che vi attribuisce il mercato con un più o meno vasto rimaneggiar dei prezzi. Nei vari periodi e nei rispettivi paesi la quotazione delle derrate agricole e dei manufatti, anzi di ciascuna delle merci uscite dai campi o dalle fabbriche, subisce l'influsso del costo complessivo necessario per ottenerle; ed attraverso alla tendenza di ogni imprenditore a passare verso i rami più favorevoli si collega alle fortune di qualsiasi delle industrie rurali e manifatturiere. Con uno sforzo continuo, le rotture parziali s'aggiustano via via, ed i redditi si pareggiano in modo da lasciar minima la differenza con l'uno piuttosto che con l'altro ramo.

Il tornaconto spinge alla ricerca dell'ottimo impiego dei fattori, del miglior campo di lavoro, e si terrà calcolo così dei vantaggi naturali come dei favori concessi dalle leggi protettive, dalle tariffe di trasporto discriminate a vantaggio di qualche merce o località, dalle commesse che gli enti pubblici distribuiscono a prezzi non economici. Non manca di attirare in un'industria, a scapito di altre, la possibilità di ricevere a sottocosto sia un prestito sia l'affitto del terreno minerario, di trovare la forza motrice a tariffa vincolata; viceversa, non si trascura di valutare il pericolo di ribassi improvvisi nei dazi protettivi, di imposizioni di calmieri per motivi di ordine pubblico. Ogni modifica prospettiva si ripercuote sul complesso sistema dei prezzi, rappresenta un dato variabile nell'equilibrio economico totale, lo qualifica, anzi, e nasce a sua volta da alterazioni anteriori. In una struttura corporativa inoltre si possono dall'alto affrettare o ritardare le correzioni e gli adattamenti che il puro lavoro delle forze economiche tarderebbe troppo a produrre.

Non sappiamo ancora, pur dopo le sottili analisi statistiche

svolte da F. C. Mills, quali siano le modifiche quantitative reciproche, quali i saggi di cambiamento successivi trasmessi da uno all'altro. Vi è un certo ordine, una notevole uniformità, un fluir regolare pur nel diffondersi delle scosse e delle alterazioni; e poichè vi influiscono la struttura del mercato, il grado di sviluppo della tecnica produttiva, i desideri ed i gusti dei consumatori, ogni categoria — anzi persino ogni merce — presenta un saggio a sè. Alcune nel periodo di ripresa rincarano prima delle altre, ritardatarie, e cadono con la stessa precocità all'arresto o crisi: ma sebbene una gran serie di fenomeni tenda a premere su tutti i prezzi, il grado di resistenza opposto dai vari beni si rileva assai diverso ed irregolare nel tempo. Nelle annate calme i distacchi singoli appaiono meno ampi che non in quelle caratteristiche per le scosse violente, per quanto nelle prime si faccia sentire un gran numero di forze che nelle ultime invece restano sopraffatte; si notano in generale numerosissime modifiche irregolari, non riducibili a tipo, erranti ed instabili⁽¹⁾.

2. — *Il sistema dei prezzi non è soltanto nazionale, ma viene a legarsi con quello di ogni paese sparso nel mondo.* Tra le merci si possono distinguere due categorie, i beni che entrano con larghezza nel traffico estero, e gli altri prodotti e consumati solo all'interno.

a) I primi si dice che hanno un livello internazionale; per un corollario del teorema ricardiano dei costi comparati, la quotazione corrente là dove si ottengono con la massima superiorità relativa diventa la somma applicata in tutti i vari paesi compratori, con l'aggiunta delle spese di trasporto, dei dazi eventuali e di un certo guadagno⁽²⁾. Insomma, non vi sono dei veri prezzi internazionali, ma quotazioni nazionali delle merci esportate in notevole quantità; se non hanno un livello identico proprio in ogni mercato, con il solo divario del costo di trasporto e dei dazi, hanno tra di loro una scala di differenze assai tenue, oscillano in un settore abba-

⁽¹⁾ F. C. MILLS, *The Behaviour of Prices*, New-York, 1928, passim.

⁽²⁾ F. W. TAUSSIG, *International Trade*, New-York, 1927, pag. 84.

stanza ristretto, subiscono le fluttuazioni in modo correlativo e contemporaneo ⁽¹⁾. Tra le merci internazionali, alcune si muovono in masse grandiose e costituiscono la parte sostanziale del commercio del mondo. Frumento e mais, lana e cotone, rame e ferro, gomma e petrolio, hanno in alcuni stati un'offerta intensa, una domanda vivace in altri; il distacco tra le loro quotazioni risulta esiguo, al di fuori del dazio e costo di trasporto, per la concorrenza universale, per gli arbitraggi che pareggiano presto le cifre. Insomma anche se la omogeneità non è perfetta, la scala dei divari risulta piccola quando i prezzi si esprimono in moneta buona ed uguale.

b) Un secondo gruppo di merci oscilla invece, ora esportandosene, ora bastevole appena all'uso interno, con la necessità persino — in qualche periodo — di importarne. Vi entrano i prodotti internazionali marginali; lo formano i viveri di tipo meno comune, certi manufatti assai elaborati, merci insomma che vanno da uno stato in un altro, non dovunque. I divari di prezzo tra i relativi paesi qui si possono presentare in scala assai maggiore, e perdurano a lungo per la modesta forza del correttivo, non immediato nè sempre efficace ⁽²⁾; il passaggio non continuo nè regolare rende difficile organizzarlo, e molti ne ignorano il vantaggio.

c) Le merci invece di produzione e consumo puramente interni, sono assai più numerose e non comprendono un gruppo stabile e rigido; qualunque di esse, in certi periodi, può valicare le frontiere, e persino gli immobili — formano la categoria tipica di questo gruppo — veggono arrivare dei compratori dall'estero nel caso che la differenza di reddito risulti molto grande. Ecco una forza che ne avvicina i livelli da un paese all'altro. Se in genere per le merci di notevole volume e peso, ma di valore piccolo per unità, il costo di trasporto impedisce il passaggio, e talora si aggiunge — a chiuderle nel territorio di origine — il divario nei gusti locali,

⁽¹⁾ J. W. ANGELL, *The Theory of international Prices*, Cambridge, Mass, 1926. pag. 374 e sgg. F. EULEMBURG, *Aussenhandel und Aussenhandelspolitik*, Tübingen, 1928, pag. 42 e sgg.

⁽²⁾ MARCO FANNO, *Le esportazioni a valuta deprezzata* in *Rivista bancaria*, 1922, pag. 155.

per cui spesso non trovano consumatori fuori della zona loro propria, parrebbe manchi qualsiasi mezzo di riavvicinamento con gli stati vicini. Qui il livello può mantenersi disforme tra un mercato ed un altro, e non si vedrebbe qual diverso meccanismo valga a creare dei legami, e spinga in definitiva ad un equilibrio. Compaiono qui i vincoli tra i redditi; vengono proprio essi a fornire il tessuto connettivo.

3. - Alle merci si debbono aggiungere — per la loro importanza nel costituire la struttura nazionale dei prezzi — *i fattori non mercantili*, come *i capitali prestati a breve ed a lunga scadenza ed i servizi*, dai noli alle assicurazioni, dal lavoro degli emigranti a quello svolto a vantaggio dei viaggiatori stranieri, i doni ed i tributi. Tranne nel caso di questi ultimi, per gli altri vi sono dei legami, e ne risulta tra di loro una serie di omogeneità efficaci.

a) L'interesse puro — escluse le quote che si pagano a copertura del rischio dissimile da caso a caso — negli investimenti a lungo termine mantiene un livello di relativa prossimità attraverso al passaggio dei capitali dai punti dove sono a buon mercato verso quelli cari, ed agisce quindi da fattore di equilibrio. Ciò non toglie che la scarsità di notizie od i timori di provvedimenti ostili al danaro estero lascino sussistere alcuni divari in modo più o meno duraturo, tanto più se molti preferiscono il solo impiego locale, e magari ricercano insieme la garanzia del proprio governo prima di concedere a prestito il loro risparmio. Per siffatta timidezza il passaggio dei capitali avviene in modo saltuario; tuttavia i titoli di alcuni stati, o di qualche impresa che ha fama in tutto il mondo, trovano compratori in ogni borsa, e gli arbitraggi ne pareggiano di continuo il prezzo. Nei paesi dove avvengono contemporanei arrivi ed uscite di capitale, la spinta del saggio di interesse puro verso un livello omogeneo si realizza meglio: Belgio e Svizzera, un tempo gli Stati Uniti e la Germania, vi contribuivano molto con il loro indebitarsi negli stati desiderosi di non correre rischi troppo gravi, per esportare il danaro là dove invece i pericoli ed i profitti riuscivano notevoli. — Quanto ai prestiti a breve scadenza,

hanno un moto generale, escono ed entrano in tutti i paesi, ed un dislivello ben tenue nello sconto basta a creare dei passaggi fino a cancellarlo. Si aggiungono qui i fattori stagionali e ciclici, e ne risulta una scala di divari molto più ristretta di quella consueta nei saggi d'interesse, con un legame intensissimo tra zona e zona.

b) I noli, le assicurazioni, la maggior parte dei servizi bancari o di compravendita nelle borse e nelle aste organizzate, si svolgono in mezzo alla più vivace gara internazionale, e perciò tendono ad una omogeneità quasi assoluta ⁽¹⁾. Non accade lo stesso per i risparmi degli emigrati, le spese dei forestieri, i doni e le doti, in genere i passaggi di danaro senza un compenso correlativo, come in caso di tributi e di indennità di guerra ⁽²⁾? Chi lavora all'estero non risparmia in vista del saggio di interesse, e non trasferisce in patria appena nel punto di destinazione sia maggiore che nella residenza temporanea: ubbidisce solo al desiderio vivissimo di creare un capitale, che investe presso i famigliari rimasti. E quanti visitano l'Italia o la Grecia o la Svizzera, la Riviera ligure o quella francese, desiderano vedere Londra o Parigi oppure le piccole città medioevali del Belgio o Germania od Olanda, non mutano itinerario sotto lo stimolo di una differenza di spesa, dato che non possono ricavarne soddisfazioni intersostituibili. Però vi è sempre un certo numero di persone che forse rimangono indecise, al margine, e contribuiscono a mantenere, persino in questo caso, una certa omogeneità nei prezzi dei servizi che richiegono. Se la gran maggioranza degli emigrati subisce un'attrazione assai forte per i legami con la madre patria, alcuni con il richiamo dell'intera loro famiglia vengono a staccarsene, e possono fare il paragone tra il reddito ottenibile col serbare presso di loro i pecùli oppure con l'inviarli nella madre patria. Pure qui insomma sorgono dei confronti e dei passaggi ugualizzatori.

⁽¹⁾ F. EULEMBURG, *Aussenhandel und Aussenhandelspolitik*, cit. p. 36.

⁽²⁾ F. W. TAUSSIG, *International Trade*, cit. pag. 123.

4. - Allo stesso modo come vi sono delle uniformità tra i prezzi delle merci di carattere internazionale, e non esistono nemmeno dei distacchi molto gravi in quelle di produzione e consumo in prevalenza interni, o nei fattori non mercantili, così *si dimostrano in qualche modo omogenei pure i redditi*.

a) Si è già visto come il saggio di interesse puro sia condotto, attraverso al passaggio da mercato a mercato dei capitali cosmopoliti, ad un livello quasi simile; se lo sconto viene elevato in una piazza delle principali, poco dopo le altre tengon dietro. Dove le cifre presentano divari notevoli lo si deve al modo tecnico di calcolo, oppure all'essere non effettive, ed al rischio diverso che includono (¹).

b) Parecchi servizi hanno un prezzo che si suddivide in tre forme di reddito, interesse, salario e profitto: del primo si è già vista l'omogeneità intrinseca. Con il secondo, appena nasca qualche distacco, le correnti migratrici provocano alcuni passaggi di forze di lavoro, di operai e professionisti, di artigiani ed imprenditori. In ogni paese i salari sono regolati dalla produttività marginale, e perciò stanno in rapporto al numero delle persone disponibili ed alla richiesta, cioè in confronto all'ampiezza degli altri fattori di complemento o strumentali, ai capitali insomma ed alle forze della natura. Ne deriva un livello analogo pure nei compensi, sia nel profitto (²) come nel salario, almeno presso le industrie che esportano nei vari paesi. Ma queste vengono a rappresentare le forze direttive, sono come il polo che attira con la propria importanza, a paragone degli altri rami i quali servono appena al consumo interno, anzi spesso non lo coprono nemmeno. Qui allora si nota subito, in modo indiretto, l'influsso svolto dalle prime, e così tra i salari e profitti nascono legami che creano delle omogeneità.

(¹) In Francia nell'estate 1929 era al 3,5 mentre nel continente ed in America si trovava al 6,5 e più, ma in pratica si chiedeva di più: le anticipazioni su titoli avvenivano al 5,5 e quelle su carta finanziaria non si eseguivano. Quanto agli investimenti a lunga scadenza, il saggio ne superava il 6-7 %.

(²) Il profitto medio alla lunga tende ad essere minimo, e perciò è più facile sia omogeneo in diversi paesi. GEORGE O' BRIEN, *Notes on the Theory of Profit*, Dublin, 1929, p. 25 e segg.

c) Persino la quota di imposta — cioè la parte del prodotto complessivo che i contribuenti versano agli enti pubblici allo scopo d'averne servizi validi ad abbassare il loro costo unitario — viene ad essere omogenea tra paese e paese, appena si tenga calcolo esatto dell'ampiezza di attività che lo stato svolge nel territorio. Se così non fosse, le imprese ed i lavoratori emigrerebbero dalle zone in cui si nota un impiego meno propizio delle entrate pubbliche verso quelle in cui troverebbero vantaggio per l'abbondanza di opere e servizi; dai territori in cui si chiede scarso gettito, ma si limitano in modo avaro le spese, a quelli dove si procura ai contribuenti il guadagno che deriva dalla grandiosità del servizio a costo unitario molto tenue (¹).

d) Solo per le rendite o quasi-rendite non vi può essere omogeneità: ma si tratta di fortune locali e temporanee, di natura individuale per eccellenza, e nemmeno nell'interno di un solo paese, anzi neppure in un comune, offrono un qualche grado di analogia. A parte queste, per tutte le altre categorie di redditi vi è un confronto continuo ed un moto regolatore. Per quanto si limiti forse in ciascun caso alle minoranze volte a ricercare l'impiego meglio favorevole, basta a crear dei saldi legami tra i costi, e quindi alla lunga sia tra i prezzi delle merci interne a ciascun paese, sia tra i redditi, e tende a ridurre i distacchi entro misure modeste pur tra i diversi mercati. Insomma, vi è una relazione organica tra i vari redditi, ed è forte abbastanza per imprimere omogenei livelli a tutte le merci nei rispettivi paesi, almeno in periodi lunghi.

5. — *Di ostacoli e forze disturbatrici delle tendenze verso l'omogeneità*, ve ne sono parecchi tuttavia, e conviene considerarli.

a) Quanto agli attriti, eccone una serie: a) Chi desidera far consumo di alcune merci, non possiede di continuo informazioni precise circa i mercati produttori: hanno preso sviluppo solo di recente gli organismi come l'« Istituto internazionale d'agricoltura » ed il « Servizio economico della Società delle Nazioni » che ricer-

(¹) LUIGI EINAUDI, *Contributo alla teoria dell'ottima imposta*, cit. p. 74 e sgg.

cano con rapidità le notizie più attendibili per diffonderle ovunque: di imprese private raccoglitrici di statistiche per lo zucchero, le carni, i tessili, ecc. non ne mancano, ma non possono evitare i dubbi circa la veridicità delle cifre divulgate⁽¹⁾. β) Scarseggiano pure gli organismi adatti a collegare le piazze rispettive; le spese all'inizio riescono sempre alte, ed occorre intuito e coraggio per cogliere di colpo i momenti favorevoli, che uno scatto nella moda od una novità qualunque possono far scomparire prima di averne ricavato un vantaggio bastevole a pagar le spese. γ) Si deve tener calcolo inoltre dei rapporti tra costo e volume della produzione; può darsi che per esportare divenga indispensabile un impianto ingrandito, ma ciò impone forse un periodo a costi crescenti, e questo può annullare i benefici attesi dalla conquista dei nuovi sbocchi. Di mercati in libero scambio perfetto non ve ne sono quasi, e così i divari di prezzo restano numerosi ed ampi, almeno nei periodi brevi; in quelli lunghi si attenuano, senza scomparire mai del tutto per l'inerzia che di continuo ne riporta.

b) Di forze capaci di turbare se ne possono distinguere due gruppi, attive le une in epoche brevi, le altre in quelle lunghe⁽²⁾. α) Solo in periodi corti si presentano i fenomeni stagionali: interessano una gamma ristretta di merci e servizi, e siccome posseggono carattere regolare e fino ad un certo punto restano prevedibili, non modificano in maniera permanente l'assetto dei prezzi e dei redditi. β) In periodi lunghi possono mutarsi l'ampiezza della domanda o dell'offerta, il sistema monetario, il flusso dei capitali, il regime doganale.

1) La domanda e l'offerta hanno in ogni epoca dimensioni note; possono alterarsi dopo un certo intervallo in uno o più paesi e per qualche merce, senza diffondersi mai sopra molte, non di rado con dei compensi reciproci. Mutano i prezzi, e poco dopo si alterano le quantità che entrano negli scambi internazionali, almeno se la domanda non è rigida, chè in questo caso ne derivano rimbalzi sopra

⁽¹⁾ R. SCHÜLLER, *Schutzzoll und Freihandel*, Wien, 1905, pgg. 88-93.

⁽²⁾ F. W. ANGELL, *The Theory of international Prices*, cit. pag. 393 e segg.

certi consumi elastici, costretti a far le spese del maggior sacrificio nei primi. Poco dopo si forma un nuovo equilibrio, in cui la struttura complessiva non differisce dalla precedente in modo fondamentale: si è ripercossa nei paesi vicini e di qui via via in tutti gli altri. Se cambiano alcuni prezzi in misura assai notevole, potrebbero alterarsi pure i costi con l'allargarsi del moto ai fattori produttivi; ma è facile che nulla di tutto ciò accada, per l'esistenza di stocks nel commercio e presso i produttori, per la disponibilità di mezzi non ancora utilizzati del tutto. Un'espansione notevole nelle richieste verrebbe a dar stimolo ad accrescere le fabbriche, con un rincaro di parecchie uscite; ma pure qui nulla esclude che una tecnica perfezionata od un miglior riparto delle abilità riescano a conservare entro limiti assai modesti le modifiche nelle spese, e perciò alla lunga nei prezzi di vendita. In ogni modo si ripercuotono da un paese all'altro, da una merce a tutte le complementari e strumentali, ed il legame si mantiene.

2) Possono intervenire delle modifiche nel sistema monetario se muta la quantità di moneta o la sua velocità di moto (offerta), oppure se vengono ad alterarsi le consuetudini rispetto alla quota del reddito o del complesso di affari che ciascuno ha l'uso di tenere presso di sé sotto forma monetaria (domanda) ⁽¹⁾. Finchè si conserva il tipo aureo, le variazioni nel volume di moneta comune e nelle aperture di credito, cioè in quella di banca, rimangono tenui. Si legano alla quantità di oro nuovo prodotto ogni anno nel mondo ma in questo periodo si limita ad accrescere dell'1,7 % lo stock totale già accumulato nel corso dei secoli ⁽²⁾, e perciò lo aumenta

⁽¹⁾ Per le forze che determinano il valore della moneta, qui si accolgono i risultati di D. H. ROBERTSON, *Money*, London, 1928, pag. 34 e segg. *The banking Policy and Price Level*, London 1926, pag. 40 e segg.

⁽²⁾ Si calcola lo stock di oro a destinazione monetaria in 8,24 miliardi di dollari nel 1913, e di 11,64 ora; siccome adesso le quote che restano libere per impiego monetario costituiscono 200 milioni all'anno, il rapporto è diventato 1,7 %. F. R. FAIRCHILD, E. S. FURNISS, N. S. BUCK, *Elementary Economics*, New-York, 1925, p. 496 indicano la cifra per il 1913; J. KITKIN, *Gold Production: A Survey and Forecast*, *The Review of economic Statistics*, Cambridge, Mass, maggio 1929, p. 64, informa del consumo annuo.

meno della popolazione e della capacità produttiva mondiale ⁽¹⁾; cioè l'offerta sale più adagio del fabbisogno, ed i prezzi restano vincolati ad indietreggiare via via. I metodi che insegnano ad economizzarne ne potenziano l'efficacia: ma se riuscì rivoluzionaria la sostituzione dei biglietti all'oro nel periodo di guerra, non vi è da attendere un'altra modifica vasta a breve intervallo, appunto per la grandezza dello sforzo già compiuto. Quella provocò un rincaro dei prezzi del 50 %, ma si attenuarono al 36-38 adesso, per la mancanza di altre forme di risparmio, mentre i fattori che esigono maggiori dosi di moneta mantengono un passo più veloce delle estrazioni d'oro. L'abbandono della base aurea per un tipo a puro cartalismo potrebbe mutare tutta la struttura dei prezzi in uno stato a paragone degli altri, ma il cambio col suo esprimere il rapporto tra i poteri di acquisto, viene a mantenere i contatti e le omogeneità sostanziali. La medesima somma di danaro, tradotta al cambio rispettivo nelle monete di due paesi, varrà a comprarvi forse di alcuni beni un peso un po' maggiore nel primo che nel secondo, e viceversa qui otterrà una misura più abbondante di qualche altra merce, ma in complesso la capacità risulta uniforme ⁽²⁾.

3) Il flusso dei capitali, col dare origine — in modo diretto o mediato — a delle modifiche nella massa di moneta e nella mole delle merci, provoca pure degli squilibri nei sistemi di prezzi, anch'essi temporanei tuttavia. L'apertura di credito mette a disposizione del debitore — o di terzi cui questi si rivolge e che paga con diritti sul primo — del potere d'acquisto; non è certo se varrà proprio a far chiedere le merci ed i servizi cui rinunciarono i risparmiatori per riuscire a raccogliere il danaro da concedere in prestito. È probabile anzi che invece di oggetti di consumo, cui questi rinunciano, gli altri domandino piuttosto dei beni strumentali ⁽³⁾, e finché non sia avvenuto un adattamento nella scelta dei

⁽¹⁾ La popolazione mondiale crebbe del 11 % dal 1913 al 1928: quanto alle materie prime, se ne ottennero masse cresciute, del 29 % tra il 1913 ed il 1926.

⁽²⁾ GUSTAVO CASSEL, *International Movements of Capital*, Foreign Investment New-York, 1928, p. 5 e segg.

⁽³⁾ ATTILIO CABIATI, *Commercio internazionale e politica bancaria*, Torino, 1928, pag. 109 e segg.

prodotti da fabbricarsi da parte delle imprese, i beni negletti sviliscono e crescono di valore quelli adatti a trasformarsi in capitali fissi. Persino nel paese in debito non mancheranno le scosse in alcune quotazioni; non per il fenomeno monetario, l'arrivo cioè delle cambiali, e perciò l'allargarsi dei depositi e della moneta di banca. Questo spingerebbe certo all'insù l'intero sistema dei prezzi, ove non giungessero subito delle merci dall'estero. Ma è naturale ne arrivino, in quanto il prestito venne contratto appunto allo scopo di poter attrezzare meglio le imprese, di eseguire lavori pubblici; e non conviene attendere nel comperare i beni, chè la spesa degli interessi si farebbe allora senza vantaggio alcuno. Il perturbamento, pur temporaneo, nelle quotazioni delle merci, ha un'altra origine: i beni importati con l'apertura di credito creano una domanda nuova di merci complementari, e le rincarano. Infatti, se le merci importate non salgono a livello maggiore, data la concorrenza mondiale, ed anche quelle da vendere all'estero restano all'altezza di prima per non veder scomparire dei clienti che i rivali saprebbero rapidamente cattivarsi, gli oggetti fabbricati all'interno per l'impiego diretto locale è probabile rialzino. L'offerta non ne aumenta, per il fervore che le imprese dedicano piuttosto ai lavori pubblici, all'attrezzamento delle comunicazioni, ai beni strumentali, mentre la domanda si intensifica in certi beni di consumo per il reddito cresciuto nei ceti speculatori. Si tratta di un periodo che non si trascina a lungo: la congiuntura favorevole attirerà pure in questi rami, ma nell'intervallo appare un dislivello tra questo paese e gli altri.

4) La politica doganale infine tende a rincarare alcune merci al disopra del livello raggiunto dai paesi esteri. Si tratta di pochissime voci, da una diecina a venti o trenta finchè il dazio resta fiscale, ed il sistema generale dei prezzi non ne risente molto, anche per il ribasso subito di rimbalzo da altre merci, quelle che abbandonano i consumatori costretti a spendere di più negli oggetti colpiti dal tributo. Ma i dazi possono essere usati a scopo protettivo: tenderanno allora nel medesimo modo — ove raggiungano il loro fine — a portare il valore delle merci difese ad un livello più alto che dove si è in regime di libertà economica? Parrebbe che se i

dazi vengono diffusi ad una serie vastissima di prodotti delle industrie agrarie e manifatturiere, come accade ormai in diversi stati, tutto il sistema dei prezzi vi debba salire a paragone degli altri paesi dove non accolgono tale metodo. Nè si tratterebbe di un fenomeno temporaneo: la durata dei dazi si perpetua talora, di decennio in decennio, e la concorrenza interna — che verrebbe a provocare dei ribassi lasciando il tributo senza efficacia pratica — si elimina con la nascita di consorzi ed il ricorso ai limiti nell'offerta, in qualche periodo con le svendite all'estero. In realtà, inoltre, un rialzo nel livello generale dei prezzi riesce impossibile, in quanto non si modificano i redditi in generale, ed al rincaro delle merci protette s'accompagna il ribasso in altre ⁽¹⁾. Il metodo protettivo non ha la virtù miracolosa di accrescere i capitali, ed invece di attirarne dal di fuori è più facile ne faccia uscire, per il non allargarsi del profitto; i rami difesi non erano ricercati prima per la minor convenienza, e col dazio si vuol in caso cancellare lo sfavore. La cifra dei salari resta ferma; il capitale che accorre nelle industrie tutelate esce oppure tralascia di rivolgersi alle altre già prima attive, e quindi vi è appena una sostituzione di una domanda di lavoro con un'altra. I consumatori delle merci protette, e perciò rincarate, ne comperano di meno che non quando l'arrivo dall'estero ne era libero, se la richiesta è elastica; nel caso sia rigida, dovranno restringere le spese per altri oggetti, e li spingono in giù. Le minori importazioni a loro volta provocano una caduta nelle vendite all'estero: le merci esportate diminuiranno allora di prezzo con la minor domanda che se ne fa oltre confine. Così via via si allarga all'intero sistema nazionale l'azione dei dazi protettivi, con discese accanto ai rialzi; in complesso è probabile che il livello generale non si modifichi o solo in misura assai tenue, in quella cioè in cui il vantaggio procurato in alcuni rami non vien cancellato delle perdite inflitte in altri.

(1) F. EULEMBURG, *Aussenhandel und Aussenhandelspolitik*, cit. pag. 113 e segg.

6. - *Il meccanismo monetario viene a serrare i vincoli che rendono omogenei i sistemi nazionali dei prezzi*, allo stesso modo come pareggia le partite attive a quelle passive nella bilancia dei debiti e crediti ogni qualvolta avvengano delle modifiche in uno dei paesi in rapporto di scambio. Lo aveva dimostrato David Hume, e se ormai il passaggio delle speci metalliche ha perduto importanza per il ricorso alle cambiali ed ai titoli, l'alterazione tecnica non costituisce che una variante al fenomeno già scoperto alla metà del secolo XVIII ⁽¹⁾. Si immagini che un rialzo generale dei prezzi d'origine monetaria — se derivasse dall'equilibrio turbato nella domanda o nell'offerta, tenderebbe a diffondersi subito all'estero, e si arriverebbe presto ad un nuovo assetto stabile — venga a creare una inferiorità generale alle imprese di uno stato. Non riusciremo più ad esportare merci e servizi nelle dosi di prima, mentre conservano le importazioni nella vecchia misura, anzi in quantità maggiore in quanto trovano all'estero dei prezzi più favorevoli. Nasce allora uno spareggio nella bilancia dei debiti e crediti; a colmarlo partirà del metallo prezioso, e perciò i prezzi, e di rimando i costi, nel periodo successivo debbono diminuire qui per rincarare invece nel territorio dove arriva. Rinasce così un nuovo equilibrio nei due sistemi di prezzi; ma per avere un assetto duraturo occorre che si ritrovi l'omogeneità nel livello generale, pur lasciando sussistere quei divari nei costi assoluti o comparati dai quali deriva il vantaggio di scambi internazionali. Il moto delle masse auree od argentee continuerà nella direzione indicata fino a raggiungerlo, ed in caso lo avesse oltrepassato alcune dosi di metallo torneranno a percorrere in senso opposto la via battuta poco prima. Insomma, una modifica nei prezzi altera i rapporti di debito e credito, ed attraverso al passaggio delle speci metalliche — usate per ottenere il saldo del debito scoperto — sorgono dei cambiamenti nei prezzi, compaiono nuovi rapporti di baratto. Lo stato che aveva visto gonfiarsi il proprio passivo nella bilancia, vedrà arrovesciarsi i van-

(1) DAVID HUME, *Political Discourses*, Edinburgh, 1752, p. 79 e sgg.

taggi, si da comprar meno all'estero mentre di fuori gli chiedono merci e servizi in dosi maggiori. Anche se circolano solo dei biglietti, ma sono convertibili, il meccanismo metallico continua ad agire; con la richiesta d'oro per esportarlo viene a ridursi la carta residua all'interno, per tenerla in rapporto alle riserve scemate, e quindi le merci si metteranno al ribasso, continuando a discendere fino a ritrovare l'omogeneità generale. Altrimenti si resta in posizione instabile: ma il variare delle uscite e degli arrivi, attraverso allo stimolo del divario dei prezzi, persisterà fino a condurre ad un livello in complesso uniforme.

7. - *Allorchè invece i biglietti sono inconvertibili, un'altra forza deve legare le strutture nazionali dei prezzi e modificarle tutte in modo correlativo.* Dosi analoghe — non identiche — di merci nei rispettivi paesi è necessario raggiungano cifre, che, tradotte nelle varie monete cartacee, risultino pure omogenee, moltiplicate per il cambio, se vi deve essere una stabilità durevole ⁽¹⁾. Ma se muta siffatto equilibrio per un rialzo generale in un solo stato, ed il cambio non si modifica subito, il volume dei debiti e crediti si altererà presto, con un ingrossamento delle compere ed una contrazione nelle vendite di merci e servizi. L'oro non opera più le correzioni opportune; può muoversi quale merce, come uno dei tanti beni del flusso commerciale, desiderabile solo per l'impiego nelle industrie. Tanto meno possono servire i biglietti di banca, non accolti dal pubblico fuori dal territorio che li emise, in quanto non vi trovano il corso legale e non vengono accettati in modo definitivo; in pochissimi casi trovau ricetta all'estero, per una speculazione pericolosissima. Chi spera si debbano rivalutare li compera, e concede così al paese d'origine un prestito senza interesse, in cui il guadagno lo cerca nello scarto del cambio; il rischio è enorme ma il profitto può assumere ampiezza grandiosa. In pratica, alle perdite subite da quanti comprarono marchi e corone si contrapposero i guadagni sulla lira e sul franco francese nel 1926.

⁽¹⁾ GUSTAV CASSEL, *International Movements of Capital*, cit. pag. 8.

In epoca normale questa fonte è chiusa, ma un altro vincolo assiste ed opera, con tanta efficacia da lasciare in ammirazione chi osserva un intreccio di scambi pari a 19,5 miliardi di dollari in sole merci nel 1913 nel mondo, a 32,5 nel 1928, cui si aggiungono i servizi ed il moto dei capitali per cifre non calcolabili con precisione ma certo grandissime. Tutto questo si moveva e continua a girare con tenue passaggio di oro, persino tra i paesi dove ne circola di fatto in quantità; se durante la guerra vi si ricorse, e molti carichi oltrepassarono l'Atlantico, per fare poi in questi anni ultimi il viaggio in senso inverso, di solito bastano *le cambiali* per regolare tutto lo sviluppo dei rapporti. Nella gerarchia di impiego, anzi, le cambiali commerciali o finanziarie, i trasferimenti telegrafici o bancari precedono e predominano sull'oro, cui si preferisce ancora l'invio di titoli internazionali a breve scadenza ⁽¹⁾.

a) Quando i prezzi cresciuti nel paese I alterano la bilancia dei debiti e crediti, che diviene passiva verso II, l'invio di cambiali finanziarie da parte del debitore non muta di solito le strutture dei prezzi nè in questo nè in quel territorio. Ma, come i mezzi troppo brillanti, non risolve nulla, rinvia solo la fatica di provvedervi alla data scelta per la scadenza, dato che con tale metodo i mezzi in questo periodo debbono essere procurati in II, cioè nello stato creditore. Tuttavia può nascere una modifica nel cambio, per mascherare un fenomeno non raro ⁽²⁾; allo scopo di procurarsi all'estero un credito per la somma necessaria a coprire il debito, supponiamo 2 miliardi di franchi svizzeri, l'istituto d'emissione e le banche le quali controllano la politica dei cambi del paese I possono rendere più redditizia l'operazione a quanti posseggono del capitale disponibile non con il rialzo, del saggio di sconto, ma del corso del cambio, che vien reso più sfavorevole. Basterebbe rincarare in misura adeguata, per ipotesi al 12 0/0, l'interesse sul prestito, per trovare subito quanto

⁽¹⁾ I. W. ANGELL, *The Theory of international Prices*, cit. pag. 402 e sgg.

⁽²⁾ LUIGI EINAUDI, *Corso dei cambi, bilancia commerciale e circolazione cartacea*, in *Riforma Sociale*, Torino, 1918, pag. 67 e sgg.

basta di capitale; ma non si desidera far vedere che si paga un saggio così elevato e si preferisce cedere il di più sotto altra forma. Si fissa allora, negli accordi preliminari, l'interesse al 6^o/_o, ma si calcola il franco a lire 3,87 invece di 3,66. Chi presta i due miliardi di franchi svizzeri diventa creditore di 8198 mil. di L. entro un anno, tra capitale ed interessi; ma prevede che, passata l'epoca in cui vi è bisogno del suo danaro, la quotazione del cambio tornerà a 3,66. Alla data del rimborso quanto ricevono i prestatori corrisponde a 2,24 miliardi di franchi, con un guadagno di 240 milioni, pari a un interesse del 12^o/_o. Si tratta di una mascheratura, ma nell'intervallo la modifica del cambio a danno di I agisce come un rinvilio a favore dei compratori stranieri, e se spinge in su i prezzi all'interno del paese debitore, ciò accade con lentezza: anzi le solite vischiosità abituali creano degli stimoli temporanei ad alcune esportazioni, mettono in luce nuovi rapporti di baratto opportuni per i consumatori in II, cioè per gli stranieri che acquistano in I. Ecco le partite attive gonfiarsi ed alla scadenza potranno esser ingrossate in tale misura da coprire gli impegni; l'equilibrio ritorna così per un eccesso di esportazioni da I ed un contrarsi delle vendite da II. Può derivarne invece una nuova rottura in senso contrario, se l'uscita di merci oltrepassa il quantitativo occorrente a coprire il debito; la situazione sarà di nuovo instabile, finchè il rincaro per l'ingrossarsi in II delle richieste di merci da parte dei compratori stranieri non esaurisca il moto e crei forse un arrovesciarsi dei vantaggi.

b) Se invece lo sconto di carta finanziaria non avviene, oppure non vi è caduta del cambio per velare un interesse molto alto, la struttura dei prezzi nel paese I, dove sono rincarati e perciò è sorto un debito verso l'estero in misura più ampia di prima, dovrà mutarsi per altra via. L'istituto centrale che vi regge la politica monetaria avrà certo una riserva formata da oro e divise estere, pur dove la convertibilità è sospesa; col mettere a disposizione del mercato una certa quantità di cambi, viene a modificarla e di rimbalzo dovrà restringere la quantità di moneta in moto, attraverso al

ritiro delle banconote che non lascia più tornare fuori ⁽¹⁾. Così i prezzi in questo nuovo periodo sono spinti a scendere nell'interno di I; le merci ed il traffico vi eran cresciuti per gli arrivi da II in dosi più ampie del normale, e questo di per sè preme per un rinvilio, che resta in seguito forzato ancor di più dal contrarsi della moneta. Se i rapporti di baratto tendono perciò a diventare più favorevoli per gli stranieri in II, con uno stimolo per questi a chiedere in I molte merci e servizi nuovi od in quantità maggiore, si opera però nel cambio un moto che viene ad attenuarne in parte il vantaggio. Non per una maggior offerta in I di moneta straniera — si contrappone appena alla domanda da parte delle imprese nazionali in debito — ma per il ribasso generale, il cambio tenderà a diventar più favorevole a I, ed i rapporti di baratto tenderanno a spostarsi in modo dannoso alle merci da esportare. Tuttavia le due forze antitetiche è difficile si pareggino e si elidano per intero; con maggior probabilità, i caratteri vischiosi dei prezzi e dei redditi opporranno degli attriti ad alcune importazioni e lasceranno dei margini per esportare.

c) Nel caso che l'istituto centrale non abbia in riserva, o non voglia mettere divise sul mercato, nasce e si impone il problema del modo come trasferire le somme a pagare l'eccesso di acquisti eseguiti all'estero. È inutile supporre che una richiesta della valuta di II ne faccia uscir fuori, se in I mancano i crediti, sia quelli diretti sopra II, sia verso terzi, da girare. Per quanto non sia impossibile ottenere ulteriori facilitazioni, con un nuovo rinvio del saldo, può darsi che si preferisca liquidare l'impegno. Si potrebbe allora aprire nello stato, a disposizione del creditore, un deposito con una somma in moneta locale, per dar diritto alle sue imprese, od a quelle di altre zone cui esso giri il credito, di chiedere merci e servizi in I. Ma non basta: per indurvele deve nascere un

⁽¹⁾ F. W. TAUSSIG, *International Trade*, cit., pag. 344 e sgg., sostenne che il cambio in questo caso si modifica senza alterare i prezzi, al contrario dei periodi in cui agisce il meccanismo aureo. Come ammettere però che il contrarsi delle riserve non spinga al ribasso tutti i prezzi, attraverso alla ridotta mole della moneta? Anzi, come potrebbe modificarsi il cambio, se non in considerazione della variata capacità di acquisto nei biglietti, già in opera o prospettiva?

vantaggio nel comprare qui, e non può sorgere che da rapporti di baratto più favorevoli di prima. Ciò dovrà accadere per il ribasso dei prezzi e viene imposto dall'esservi minor quantità di moneta in circolo. Infatti, per accantonare il danaro a vantaggio di I si tolgono dei mezzi di scambio al mercato interno, dove la tendenza al ribasso era già esercitata dal maggior volume di merci giunte dall'estero nel periodo anteriore senza che nuova moneta ne aiutasse il giro. Di rimbalzo, pur in questo caso, il rinvilio dei prezzi dovrà provocare una miglior quotazione del cambio rispetto a I, così da attenuare il guadagno nel rapporto di baratto. Rimarrà a svolgere il proprio influsso solo la risultante tra le due forze in contrasto; e se pensiamo al lavoro delle industrie esportatrici per la conquista dei mercati stranieri e per mantenersi, anche se è necessario ridurre al minimo il profitto — si rientra talvolta appena delle spese — si può dedurre che le modifiche residue nei rapporti di baratto, per quanto modeste, riusciranno a far mutare l'ampiezza delle partite di debito e credito in guisa da riportare ad un nuovo equilibrio. L'orgoglio delle industrie esportatrici è in gioco, come le più salde e progressive, quelle che danno il tono a tutte le altre; pochi centesimi di differenza permettono assai notevoli intrecci di commerci. Del resto, quando opera il meccanismo delle specie metalliche in pratica le variazioni non si arrestano entro i punti dell'oro, cioè ad un solo mezzo per cento? E non bastano a mutare la corrente di alcuni scambi?

Riesce forse di aiuto la stessa vischiosità dei costi e dei redditi. Nell'epoca in cui il meccanismo incomincia ad agire, è probabile che il cambio, con il suo divenir più favorevole, preceda il rinvilio dei prezzi — ove peggiori, ne anticiperebbe il rincaro — e metta così nuovi ostacoli al paese in debito. Proprio le importazioni vi trovano stimoli, e le vendite fuori subiscono invece una perdita, così da aumentare persino la grandezza della rottura nella bilancia dei debiti e crediti. Ma via via, col tempo, il rinvilio nelle materie prime importate attenua qualche costo e poi i prezzi interni di mese in mese tengono dietro; dopo cinque o sei tutta la struttura si muove nello stesso senso, ed allora si veggono spuntar fuori

i casi di cifre che rendono i rapporti di baratto più propizi di prima. L'effetto non tarda a farsi sentire; il pareggio nella bilancia si unisce ad un livello di quotazioni che, dato il cambio, presenta un'omogeneità opportuna. Un disturbo nell'equilibrio nei prezzi eccita insomma le forze che cancellano i divari e riportano ad una stabilità, almeno relativa, dato il dinamismo economico odierno che non concede mai stasi prolungate.

PROF. ERALDO FOSSATI

R. Università di Pavia

Osservazioni sulla statica e sulla dinamica economica con particolare riguardo alla teoria dello sconto (*)

1. - Della teoria dello sconto si potrebbe ripetere quanto Menger ebbe a scrivere per quella della moneta: « L'enigmatico fenomeno della moneta è ancora oggi senza una teoria che soddisfi: nè vi è accordo sulle fundamentalissime questioni della sua natura e delle sue funzioni » (1).

La causa prima dell'enigma, che avvolge lo sconto, sta forse nel mancato completo isolamento del fenomeno sì che appaia nel suo più semplice e rudimentale operare e non già negli atteggiamenti vari e rapidamente mutevoli, che assume nel turbinoso svolgersi della quotidiana vita economica.

Così da alcuni si tende ad identificarlo coll'interesse e da altri, e fra questi ci è particolarmente caro menzionare come ideatore l'insigne Maestro (2), che festeggiamo, lo si considera fenomeno a sè stante con particolari proprie caratteristiche.

(*) Questo studio fu stampato nell'ottobre 1929 (VII).

(1) C. Menger, *The origin of money* in *Economic Journal*, Giugno 1892, p. 240.

(2) C. Supino, *Il saggio dello sconto*, Torino, Bocca, 1892.

— — *Il mercato monetario internazionale*, Milano, Hoepli, 1910.

— — *Il saggio dello sconto e il saggio dell'interesse dopo lo scoppio della guerra* in *Riforma Sociale*, febbraio, 1915, pag. 105 e seg.

— — *Moneta e prezzi*, in *Riforma Sociale*, luglio, 1917, pag. 409 e seg.

— — *Der Diskont als geldtheoretisches Problem*, in *Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, Wien, Springer, 1927, vol. 3°, pag. 168 e seg.

L'enigma non certo attende da noi la soluzione soddisfacente. L'esame nostro potrà tornare tuttavia utile, se giungerà a sempre maggiormente semplificare il problema, giacchè, come scrisse Lord Overstone, « ogni grande progresso della scienza è invariabilmente segnato dalla sua tendenza alla semplificazione » ⁽¹⁾.

2. - Lo sconto è un fenomeno della dinamica economica; la statica non lo conosce.

Non riteniamo, affermando ciò, di cadere in un'infatuazione, che abbagli, ma non spieghi, come potrebbe sembrare al lettore, che ha trovato come introduzione ai volumi la rassegna dei pregiudizi economici, compiuta in modo brillante dal Prof. Loria ⁽²⁾.

Il procedimento intentato contro la statica e la dinamica e la sentenza pronunciata mi hanno lasciato un po' scettico.

L'affermazione, che « il movimento..., per sè medesimo, non può creare alcuna entità nuova », non mi pare tanto decisiva, giacchè mi sembra equivalere a quella, che volesse negare ogni forza all'acqua, perchè allo stato di quiete non produce energia alcuna,

Ma, pure lasciando l'espressione letterale delle parole e assumendo al significato filosofico della critica, per necessità concisa in una rapida rassegna, credo che il ritenere la distinzione fra statica e dinamica un feticcio equivalga distruggere una delle basi, sulle quali poggia la scienza economica.

La concezione di una condizione di statica in contrapposto a quella di dinamica è, infatti, il principio stesso dell'investigazione scientifica.

⁽¹⁾ LORD OVERSTONE, *Remarks on the management of the circulation and on the condition and conduct of the Bank of England and of the country issuers during the year 1839*, in *Tracts and other publications on metallic and paper currency*, London, 1857, pag. 61-62.

“ All great advances in science are inevitably marked by their tendency towards simplification; although arrived at by a laborious progress through complication and difficulty, their peculiar merit is to present what was previously confused, in an orderly and simple form, and to render results, attained only by a series of laborious and painful thought, so clear and intelligent, that every one wonders here the difficulty was, and in what the discovery consists „.

⁽²⁾ A. LORIA, *Feticci economici* in *Economia Politica Contemporanea. Saggi di economia e finanza in onore di C. Supino*, Padova, Cedam, Vol. I, pag. 7.

Ogni fenomeno, che si considera, viene, per la necessità stessa dell'indagine, fissato in quell'attimo, nel quale viene esaminato, di guisa che lo sviluppo suo potrà ottenersi da una serie successiva di esami. Lo sviluppo però non può permettere la fissazione di una legge regolatrice del fenomeno, ma solo consentirà di ricercare le forze, che creano il fenomeno stesso e su di esso agiscono. Da queste si potrà derivare siffatta legge, solo quando però si troveranno nel loro stato puro di svolgimento, il che significa solo quando potranno esplicarsi liberamente senza essere turbate da altre forze, ossia, si può dire, quando esisterà una condizione di perfetto equilibrio nell'organismo economico.

Tale condizione altro non è che quella statica. Non credo, che su ciò vi possa essere dissenso alcuno. Che a questo lavoro di astrazione tutti gli economisti siano giunti per fissare le leggi generali di un fenomeno, neppure credo vi possa essere dubbio.

Nello Smith già si ha, sia pure allo stato rudimentale, un contrasto fra lo « stationary » e il « declining » o « progressive » stato della società. E giustamente fa notare l'Anderson, che « una delle più significative fra le generalizzazioni dell'economista statico si trova in Say ed appare in bella veste inglese in J. E. Cairnes — la dottrina che afferma l'impossibilità di una sovrapproduzione generale, quella che dice, che consumo e produzione aumentano insieme e che l'aumentata produzione porta ad un aumento di consumo » ⁽¹⁾. Ma ancora sono di Stuart Mill le parole: « Le tre precedenti parti comprendono un quadro dettagliato secondo i nostri limiti di ciò, che con felice generalizzazione di una frase matematica è stata chiamata statica dell'argomento. Dobbiamo ora considerare la condizione economica del genere umano siccome soggetta a cambiamento, e perciò (presso le più civili razze ed in tutte le regioni nelle quali giunge la loro influenza) come sottoposta a progressivi mutamenti. Dobbiamo considerare quali siano questi mutamenti, quali le loro leggi e quali le loro ultime tendenze; aggiungendo

⁽¹⁾ B. M. ANDERSON, *Static economics and business forecasting*, in *Economic Essays contributed in honor of J. Bates Clark*, New-York, Macmillan, 1927, p. 7.

così una teoria di moto alla nostra teoria dell'equilibrio, la dinamica dell'economia politica alla statica » (1). Qui in realtà è consacrata in modo chiaro e preciso tutta l'importanza della statica.

Essa ci consente di fissare le leggi fondamentali regolanti l'organismo economico.

I fenomeni naturalmente nel dinamismo della vita concreta subiscono l'influsso di altre forze oltre quelle loro proprie specifiche; sono queste le forze, che potremmo chiamare interferenti; per esse i fenomeni deviano dalla loro forma pura, quale è tracciata nella statica, ma questa rimane pure sempre la trama, sulla quale si svolge il loro sviluppo, e quindi, se si vuole comprenderli nella dinamica, è necessario averli prima conosciuti nella statica. Con questo particolare significato si può dire col Barone, che la statica « offre un modo di trattamento delle quistioni dinamiche » (2).

La statica è quindi il fondamento degli studi economici.

Ora, ciò ammesso, si può affermare, che quanto più l'equilibrio dell'organismo economico tenderà alla perfezione tanto più precisa e sicura risulterà la comprensione della dinamica, intesa questa come espressione della vita concreta. La perfezione è naturalmente in funzione del sempre maggiore processo semplificativo, che porti alla fissazione degli elementi fondamentali dell'organismo economico operanti in piena libertà. « Quando l'economista puro, scrisse Wieser, idealizza, ciò altro non significa, che egli, vuole come il matematico, semplificare per meglio comprendere » (3). E quanto più si procederà nell'astrazione dal mondo reale, tanto più si affineranno i mezzi per comprendere il fenomeno concreto.

Non si tema, che il processo di astrazione porti al pericolo paventato dal Marshall, il quale riteneva, che, se la teoria dell'equi-

(1) J. STUART MILL, *Principles of Political Economy with some of their applications to social philosophy*, (edizione Ashley) London, Longmans, 1926, pag. 695.

(2) E. BARONE, *Sul trattamento di quistioni dinamiche*, in *Giornali degli Economisti*, novembre 1894, pag. 407.

(3) FR. V. WIESER, *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft*, in *Grundriss der Sozialökonomie*, Vol. II, Parte 1ª, Tübingen, Mohr, 1924, pag. 10.

librio fosse « spinta alle sue più remote ed intricate logiche conseguenze, sfuggirebbe dalle condizioni della vita reale » (1).

In realtà siffatto timore, anzichè favorire il progresso della scienza, può nuocergli, giacchè, se fosse stato da altri in altri campi considerato, avrebbe trattenuto dalla formulazione della legge di Newton sulla gravitazione dei corpi, nè avrebbe portato al teorema, che la somma dei quadrati dei cateti di un triangolo rettangolo è uguale al quadrato dell'ipotenusa, e di altri principi, conseguenze della più pura astrazione. Tutti sanno quanti benefici abbiano fruttato questi enunciati nello studio della realtà concreta, quanti nuovi vantaggi per essi si siano ottenuti dall'ordine naturale dei fenomeni.

Si può quindi dire col Carver, che « il concetto di statica è un principio direttivo paragonabile in importanza alla teoria marginale del valore » (2).

La statica è l'espressione di un modello astratto, che costituisce la trama, sulla quale si svolge la vita concreta, e perciò è guida allo studio della dinamica.

Tenuto ciò presente, possiamo ripetere le parole del Pantaleoni « una Economia statica non è altro che un caso particolare di una Economia dinamica » (3), significando con ciò, che la statica è da noi intesa come rappresentazione non di un modello astratto fisso in una determinata condizione (4), ma di un modello in pieno movimento, che costituisce la forma più pura di dinamismo.

Si è così portati a condannare le parole di Schumpeter, che statica e dinamica rappresentano « due campi completamente diversi » (5), e d'altra parte non si può giungere ad accogliere che

(1) A. MARSHALL, *Principles of Economics*, London, Macmillan 1927, p. 461.

(2) T. N. CARVER, *The static state and the technology of economic reform*, in *Economic Essays contributed in honor of Clark*, op. cit., pag. 29.

(3) M. PANTALEONI, *Di alcuni fenomeni di dinamica economica*, in *Giornale degli Economisti*, settembre 1909, pag. 212.

(4) N. D. KONDRATIEFF, *The static and the dynamic view of economics*, in *Quarterly Journal of economics*, agosto 1925, pag. 576 e seg.

(5) J. SCHUMPETER, *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, Leipzig, Dunker und Humblot, 1908, pag. 182.

“ Statik und Dynamik sind völlig verschiedene Gebiete, haben es nicht nur

in forma attenuata il principio del Clark ⁽¹⁾, criticato giustamente dal Prof. Arias ⁽²⁾, che la statica costituisca il punto di gravitazione della dinamica.

Potremo dire, che il rapporto fra statica e dinamica, è come quello che intercede fra lo specchio liscio di acque, che il mare dovrebbe avere nel modo di essere suo puro, e la realtà rappresentata dal continuo agitarsi dei flutti. Si può parlare di una tendenza all'equilibrio, ma non già come legge di gravitazione.

3. - La statica, come da noi intesa, ha per presupposto fondamentale la costruzione di una società immaginaria, del grado nostro di civiltà, che consenta lo sviluppo della vita economica nella forma più pura.

Il contributo dato dal Clark ⁽³⁾ alla fissazione dei caratteri di una società perfetta è senza dubbio dei più importanti, tuttavia non mi pare giunga a dare un tipo soddisfacente. Gli elementi considerati non sono sufficienti, perchè sia esclusa qualsiasi forza interferente, che possa rovinare tutta la costruzione. La società immaginaria deve essere perfetta non solo per gli elementi suoi costitutivi, ma pure per l'atmosfera che la circonda.

La perfezione, alla quale si tende non può essere naturalmente completa non tanto per l'impossibilità obiettiva della costruzione, quanto per l'impossibilità, che deriva dalla natura nostra complessa.

« L'uomo reale, scrive il Pareto, comprende l'*homo oeconomicus*, l'*homo ethicus*, l'*homo religiosus*, ecc. » ⁽⁴⁾. La fusione di tutti questi *homines* è così stretta e salda in noi, che, anche quando crediamo

mit verschiedenen Problemen zu tun, sondern auch mit verschiedenen Methoden und verschiedenen Materiale „.

— *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, München, Duuker und Humblot, 1926 pag. 75 e seg.

⁽¹⁾ J. BATES CLARK, *Essentials of economic theory*, New-York, Macmillan, 1924, pag. 195 e seg.

⁽²⁾ G. ARIAS, *Principi di Economia Commerciale*, Milano, Soc. Anon. Libreria, 1917, pag. 3 e seg.

⁽³⁾ CLARK, *Essentials*, op. cit., pag. 132.

— *The Distribution of wealth*, New-York, Macmillan, 1902, pag. 29 e seg. e 60.

⁽⁴⁾ V. PARETO, *Manuel d'Economie Politique*, Paris, Giard, 1927, pag. 18.

di potere astrarci e figurarci come semplici e puri *homines oeconomici* o *homines ethici*, non vi possiamo completamente arrivare, e quando vogliamo esaminare un'azione, essendo molto spesso la risultante di forze concorrenti, facenti capo all'*homo oeconomicus*, all'*homo ethicus*, all'*homo religiosus* ecc., non riusciamo a fissarne la caratteristica sua pura. L'impossibilità quindi di una astrazione perfetta è tutta subbiettiva e dipende dalla difficoltà di liberare noi stessi dalle forze, che su di noi agiscono e che si oppongono al raggiungimento della più pura astrazione. Ne deriva, che l'astrazione, alla quale tendiamo per la costruzione della società immaginaria, nella quale deve operare il puro *homo oeconomicus*, sarà soddisfacente, se giungerà ad essere subbiettivamente perfetta.

Le condizioni, che da parte nostra si richiedono per avere una società perfetta, devono essere di due ordini: uno fisico e l'altro economico.

Le prime si riferiscono all'atmosfera, che ci circonda, mentre le seconde al nostro modo di essere, di sentire e di agire.

Si richiederanno in tale modo: costanza di clima così da aversi una produzione sempre fissa, uguale fertilità del suolo in ogni sua parte, popolazione che non subisca nè aumenti nè diminuzioni, popolazione distribuita sul territorio in modo perfettamente uguale e trovante nella zona stessa, dove vive, tutto quanto può occorrerle per soddisfare i suoi bisogni, i bisogni d'altra parte non devono essere soggetti ad alcuna variazione sia rispetto alla qualità, come alla quantità ed all'intensità, capitale inalterato nel suo ammontare tutto impiegato nel processo produttivo, metodo di produzione sempre uguale, sistema di lavoro costante.

Dall'elenco delle condizioni richieste si rileva immediatamente, come il quadro nostro possa risultare più vicino alla perfezione di altri, che trascurano gli elementi fisici.

Il loro valore (così sapientemente già riconosciuto nelle principali loro manifestazioni fra altri da Carrington ⁽¹⁾) attraverso le

⁽¹⁾ R. C. CARRINGTON, *Observations of the Spots on the Sun from November 9th 1853 to March 2nd 1861*, London, William and Norgate, 1863.

macchie solari ed il prezzo del grano, senza giungere agli estremi di Jevons ⁽¹⁾, acutamente criticati dal Prof. Supino ⁽²⁾, di fare regolatrici dei cicli economici le macchie solari quali forze influenti sul ritmo della produzione) è manifesto siccome quello, che deriva dal fatto, che un'alterazione climaterica può portare modificazione nella produzione e di conseguenza impedire anche la completa ricostituzione del capitale alla fine del ciclo produttivo.

Ma ancora una disparità di condizioni fisiche è capace di creare vantaggi al di là delle naturali ricompense degli elementi della produzione; e ciò in contrasto col principio, del quale si dirà in appresso, che ogni azione nella statica non può trovare compenso superiore al sacrificio sopportato per porla in essere.

Queste condizioni tendono alla creazione di una società, nella quale la vita si svolga ritmicamente senza urti e senza fenomeni improvvisi, ma come un logico succedersi di cause ed effetti.

In questo svolgimento normale si possono misurare gli elementi della vita economica, giacchè dall'esame del loro semplice operare si possono considerare le cause determinatrici e si può fissare la precisa natura.

Tale società costituisce il modello astratto, dove, per usare le parole del Prof. Amoroso, « gli *homines oeconomici* si muovono, cioè comprano, vendono, lavorano, producono, consumano ricchezza » ⁽³⁾, e dove ogni azione non può trovare compenso superiore al sacrificio, che per essa si è sofferto, conseguenza questa di uno svolgimento ritmico dei fenomeni e non già di un succedersi ed interferirsi di fatti, portato dello sforzo di prevedere il futuro per fare piegare a vantaggio esclusivo proprio la corrente normale degli avvenimenti.

⁽¹⁾ W. S. JEVONS, *The solar period and the price of corn, Periodicity of the commercial crises and its physical explanation* e *Commercial crises and sun-spots* in *Investigations in Currency and Finance*, London, Macmillan, 1909, p. 175 e seg., 187 e seg. e 221 e seg.

⁽²⁾ SUPINO, *Le crisi economiche*, Milano, Hoepli, 1907, p. 129.

⁽³⁾ L. AMOROSO, *Lezioni di Economia Matematica*, Bologna, Zanichelli, 1921 pag. 462.

La società statica presenta quindi due tratti caratteristici formanti il substrato necessario della vita economica in essa svolgentesi, che è necessario rilevare immediatamente: l'uguaglianza dei prezzi al costo e l'immobilità del lavoro e del capitale fra i vari gruppi produttivi.

L'uguaglianza dei prezzi al costo è il naturale derivato della rispondenza della ricompensa al sacrificio inerente all'azione. Se ciò non fosse, si avrebbe la formazione di un vantaggio oltre la naturale ricompensa degli elementi della produzione, che starebbe a dimostrare come il ritmo logico dei fenomeni subisca un'alterazione per l'intervento di una forza interferente, cioè estranea alle normali operanti. Questa sarebbe espressione di dinamismo, inteso come scostamento da una posizione di equilibrio (quale è quella nella quale i fenomeni si svolgono per un succedersi naturale di cause ed effetti) per surrogare ad esso una tendenza all'equilibrio.

Questo concetto della tendenza all'equilibrio, espressione della vita concreta, già si rivela nello Smith e più specialmente in Ricardo, quando essi vogliono dimostrare, come i fenomeni oscillino attorno a dei fenomeni-tipo, espressioni della più pura statica. Così si ha in essi, ad esempio, il valore corrente accanto al valore normale.

Per lo stesso motivo gli elementi fondamentali della produzione lavoro e capitale, pure essendo per natura loro mobilissimi e pure avendo piena libertà di rivolgersi a quella forma di attività, che assicuri il maggiore vantaggio, si trovano in condizione di perfetta immobilità. L'assoluta mancanza infatti di un vantaggio superiore alla naturale ricompensa fa sì, che il lavoro ed il capitale non abbiano alcun motivo particolare a lasciare un impiego per dirigersi verso un altro.

Questi principi dell'uguaglianza dei prezzi al costo e dell'immobilità del capitale e del lavoro si possono considerare riprova l'uno dell'altro. Se il prezzo infatti non uguagliasse il costo si avrebbe, oltre la naturale ricompensa, un vantaggio, che porterebbe a differenze nel grado di rinumerazione degli elementi della produzione nei vari impieghi. Ora tale fatto avrebbe per naturale conseguenza il determinarsi di modificazioni nella distribuzione del capitale e del lavoro,

i quali naturalmente si indirizzerebbero verso gli impieghi più remunerativi. L'uguaglianza quindi del prezzo al costo è motivo per escludere la mobilità del capitale e del lavoro. D'altra parte l'immobilità del capitale e del lavoro è ragione per ritenere l'uguaglianza del prezzo al costo.

Dal premesso risulta così, che il costo monetario dei prodotti è rappresentato dalla somma delle remunerazioni per il sacrificio, che gli elementi della produzione devono sopportare durante l'atto produttivo, intendendo per atto produttivo tutto il processo, che dalla trasformazione della materia conduce al prodotto ed al suo esito.

4. - I fattori della produzione, precorrendo per necessità il corso della trattazione, furono fissati nel lavoro e nel capitale, binomio che pare ricondurre a Giacomo Mill⁽¹⁾ in opposizione al trinomio smithiano, naturalmente derivante dal numero degli elementi componenti il prezzo e dalla tripartizione del reddito⁽²⁾.

Il lavoro ed il capitale nella statica sono il fondamento del fenomeno produttivo, siccome quelli che sono espressione di ogni attività umana e di ogni altro elemento base o mezzo del processo produttivo, eccettuata la natura. Il capitale infatti, essendo stato da noi definito: « ogni bene che ha capacità di dare nuove utilità o che favorisce il formarsi di tali utilità »⁽³⁾, rappresenta tutto quanto è funzione del processo produttivo, esclusi naturalmente il lavoro e la natura.

L'uso di questi due fattori ai fini della produzione comporta un sacrificio sopportato per assicurarsi un'utilità o per allontanare una pena. La cessione, che l'uomo fa del capitale e del lavoro, è azione economicamente utile, giacchè serve al soddisfacimento di bisogni. Nell'utilità si ha pertanto la base del loro valore, in quanto

⁽¹⁾ G. MILL, *Elementi di Economia Politica*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie I, vol. V, pag. 708 e seg.

⁽²⁾ A. SMITH, *An inquiry into the nature and causes of the Wealth of Nations*, (ed. McCulloch) Edinburg, Black, 1863, pag. 22-23.

⁽³⁾ Vedasi il nostro studio *Beitrag zum Kapitalbegriff*, in *Zeitschrift für Nationalökonomie*, di prossima apparizione.

il concetto di utilità, e più propriamente quello di utilità marginale, porta a quello di valore⁽¹⁾.

Il lavoro ed il capitale presentano una utilità in rapporto al processo produttivo e l'utilità data dal loro impiego marginale sarà elemento per la determinazione del loro valore. Il lavoro ed il capitale hanno un valore, in quanto ne hanno i loro servizi od i loro prodotti, e quindi essi lo ricavano dalla loro produttività, quando per il capitale non si voglia tenere conto (nel caso nostro sarebbe fuori luogo, dati i presupposti della società statica, che raccoglie la vita in quel determinato momento indipendentemente dal suo processo formativo e la sviluppano) anche dell'elemento astinenza necessario alla formazione del risparmio. Ne consegue, che il valore dell'uno e dell'altro, inteso questo nel suo senso « sociale », secondo la felice espressione di Seligman⁽²⁾, sarà fissato dalla loro produttività marginale, la quale, stando a rappresentare la capacità di produzione del lavoro e del capitale impiegati al margine, starà anche a rappresentare l'utilità, che l'ultimo incremento di lavoro e di capitale porta al processo produttivo.

I prezzi conseguentemente, essendo l'espressione monetaria del valore⁽³⁾, si ricollegheranno essi pure alla teoria dell'utilità marginale.

Le condizioni poste dalla statica, in ispecie quelle, che richiedono costanza di popolazione, di capitale impiegato nella produzione, di bisogni costanti sia nella quantità, sia nella qualità, sia nell'intensità, danno ai prezzi un carattere speciale, in quanto non consentono loro di allontanarsi da un livello rappresentato dal costo, misura questa del sacrificio sopportato. Il prezzo quindi dovrà rappresentare la pura remunerazione di detto sacrificio.

(1) V. WIESER, *Der naturliche Werth*, Wien, Hölder, 1889, pag. 5 e seg.

Per la storia e l'esame critico della teoria dell'utilità marginale vedansi: R. DALLA VOLTA, *La teoria moderna del valore economico*, Mantova, R. Accademia Virgiliana, 1916; e W. SMART, *An introduction to the theory of value on the lines of Menger, Wieser and Bohm-Bawerk*, London, Macmillan, 1926.

(2) E. R. A. SELIGMAN, *Principles of economics with special reference to American conditions*, New York, Longmans, 1926, pag. 179 e seg.

(3) MARSHALL, *Principles*, op. cit., pag. 61.

Ciò è naturale conseguenza del fatto, che la società statica presenta uno svolgimento della vita costante così che la ricostituzione dei fattori della produzione, lavoro e capitale, avviene con ritmo perfetto, in modo che alla fine di ogni ciclo produttivo essi si presentano quali erano all'inizio del precedente.

Per questo l'energia dell'uomo, che si esplica col lavoro, dovrà mantenersi costante in virtù di un pronto compenso riparatore ad ogni perdita causata dalla sua applicazione alla materia: il capitale ceduto, oltre ricostruirsi alla fine di ogni ciclo produttivo, dovrà dare al capitalista un compenso, che lo determini a sempre lasciarlo a disposizione del produttore, compenso che naturalmente nella statica, dove esiste il perfetto svolgimento della vita economica, non comprenderà alcun premio per il rischio ⁽¹⁾.

Le remunerazioni pertanto spettanti al lavoro ed al capitale non potranno mai risultare nè superiori nè inferiori al limite fissato dalla piena rispondenza del vantaggio al sacrificio sostenuto, limite che rappresenta il costo; non inferiori, perchè il lavoro non sarà ceduto, se il lavoratore non otterrà il compenso, che gli consenta di mantenere *ceteris paribus* la propria energia, ed il capitale non sarà dato in disponibilità al produttore, se al capitalista non sarà assicurato, oltre la ricostituzione, la remunerazione, che stia a compensarlo del sacrificio sopportato in virtù della cessione del capitale (compenso che dovrà naturalmente dargli modo di soddisfare i suoi bisogni normali commisurati all'entità del capitale ceduto); non superiori, perchè tale fatto verrebbe a modificare i presupposti della statica, alterando fra altro i bisogni e le quantità

(¹) È opportuno ripetere, che tale compenso non rappresenta la remunerazione per l'«astinenza», secondo il vocabolo di SENIOR (*Principi di Economia Politica*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie I, vol. 5, pag. 551), che portò alla formazione del capitale, bensì la remunerazione per impedire il consumo consuntivo del capitale accumulato ed indirizzarlo a quello produttivo. Ciò è naturale, se si pensa, che la società statica viene raffigurata come quella, nella quale già esistono tutti i suoi fattori distribuiti in modo da rispondere ai fini di uno svolgimento ritmico della vita, e nella quale non vi sono possibilità di mutamenti nè positivi nè negativi.

di capitale impiegato. Ciò significa, che l'utilità dell'ultimo incremento di lavoro e di capitale impiegato nel processo produttivo risponderà al costo. Il prezzo per essi fissato in base alla teoria dell'utilità marginale corrisponderà così a quello stabilito in base alla teoria del costo. Sarà questo il prezzo normale, che potremmo chiamare anche il prezzo statico, perchè proprio della statica.

Nella statica pertanto la teoria dell'utilità marginale e quella del costo di produzione giungono ad un medesimo risultato. Le vie opposte, che caratterizzano la base delle due teorie, portano ad una stessa meta. La teoria del costo di produzione, infatti, per stabilire il valore di un bene, considera il fenomeno produttivo, mentre quella dell'utilità marginale il fenomeno consuntivo. Produzione e consumo, interpretati come mezzi di fissazione del valore, nella statica danno risultati, che si definiscono gli uni cogli altri.

Ora, essendo i prezzi del lavoro e del capitale uguali al loro prezzo normale, identificantesi col loro costo, ed essendo il costo di produzione dei beni prodotti la risultante del lavoro e del capitale impiegato, ed ancora esistendo per essi le stesse condizioni riscontrate in rapporto alla fissazione dei prezzi del lavoro e del capitale, risulterà, che pure i prezzi dei prodotti saranno al loro livello normale rispondente al loro costo. E ciò a conforto dell'asserto, che i prezzi debbono eguagliare, il costo.

5. - Fissati in tale modo i fattori della produzione, poste le basi per la determinazione del loro valore, facile è dedurre, come nella statica il reddito complessivo si divida in due soli elementi: il salario e l'interesse, intesi come prezzi per la disponibilità il primo del lavoro ed il secondo del capitale.

Scompaiono pertanto il profitto e la rendita.

L'assenza del profitto nella statica è naturale, giacchè in essa si sono esclusi ogni sforzo per prevenire lo svolgersi dei fenomeni, per farli piegare a proprio esclusivo vantaggio (azione specifica dell'imprenditore, percettore del profitto), ed ogni rischio nel processo produttivo.

L'imprenditore nella statica perde la sua significazione di signore della situazione ⁽¹⁾, di condottiero nel campo economico ⁽²⁾, non rappresenta l'innovatore del processo produttivo ⁽³⁾, nè la sua funzione ha il carattere di padronanza degli affari visti come unità organica ⁽⁴⁾, ma assume le caratteristiche di persona, che unisce lavoro e capitale, li conduce attraverso il normale svolgersi del processo produttivo, il quale richiede da lui semplice lavoro di direzione entro i limiti già prestabiliti dal naturale ritmo della vita economica. Non vi è così rischio alcuno, tranne quello comune ad ogni lavoratore, derivante dalla sua incapacità assoluta. La figura dell'imprenditore si assimila pertanto a quella di un semplice lavoratore e, come tale, non può la sua remunerazione avere caratteristiche speciali, ma dovrà partecipare della natura del salario inteso come prezzo generale del lavoro. Ciò può dirsi, perchè dal nostro concetto dell'imprenditore si esclude la qualità di capitalista, che porterebbe a riunire due figure distinte del processo produttivo.

Nè ad escludere il profitto della statica porta solo questa considerazione dedotta dalla figura dell'imprenditore, ma anche l'esame dei suoi elementi stessi tradizionali ⁽⁵⁾. Considerando infatti, che il profitto è un reddito composto, risultante dalla remunerazione del capitale, del lavoro di direzione e dal premio per il rischio ⁽⁶⁾, chiaro appare come sia incompatibile colla statica. Il capitale infatti non è qui mai proprietà dell'imprenditore, il rischio non vi esiste; rimane pertanto solo la retribuzione del lavoro, la quale, data la

⁽¹⁾ F. A. WALKER, *The Wages question*, London, Macmillan, 1886, pag. 245.

⁽²⁾ SCHUMPETER, voce: *Unternehmer*, in *Handb. der Staatswissenschaften*, Jena, Fischer, 4^a ed., fasc. 98-99, pag. 482 e *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, op. cit., pag. 112 e seg.

⁽³⁾ A. AMONN, *Der Unternehmervergewinn*, in *Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, op. cit., vol. III, pag. 263.

⁽⁴⁾ C. A. TUTTLE, *A functional theory of economic profit*, in *Economic Essays in honor of J. B. Clark*, op. cit., pag. 321.

⁽⁵⁾ SUPINO, *Principi di economia politica*, Milano, Albrighi, 1928, pag. 417 e seg.

⁽⁶⁾ Cfr. G. DELVECCIO, *Untersuchungen zur Theorie der Unternehmervergewinnes*, in *Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, op. cit., vol. III, pag. 283 e seg.

caratteristica dell'imprenditore statico, si può bene comprendere nel salario, come prezzo del lavoro.

Si perviene così per diversa via al risultato per primo raggiunto da Walras, senza accoglierne però totalmente la conclusione, che porterebbe a confondere la figura dell'imprenditore con quella del capitalista ⁽¹⁾.

Del pari la rendita non può ritenersi un reddito della statica sia nel suo concetto puro ricardiano, sia in quello generalizzato.

La rendita, come reddito differenziale spettante al proprietario di una terra più fertile in rapporto alle altre nello stesso tempo coltivate ⁽²⁾, non può essere che un reddito della dinamica, giacchè ogni differenza di fertilità del suolo è in contrasto colle condizioni volute dalla statica

Ma ancora la rendita nella concezione generalizzata, che si potrebbe dire la concezione per eccellenza tedesca, giacchè, formulata da Schaeffle ⁽³⁾, assunse precisione con Mangoldt, il quale considerò la rendita una modalità delle altre categorie distributive ⁽⁴⁾, la quasi-rendita di Marshall ⁽⁵⁾ per la natura loro stessa di essere

(1) L. WALRAS, *Eléments d'économie politique pure*, Paris, Pichon, 1926, pag. 195: "...à l'état d'équilibre de la production, les entrepreneurs ne font ni bénéfice ni perte. Il subsistent alors non comme entrepreneurs, mais comme propriétaires fonciers, travailleurs ou capitalistes dans leurs propres entreprises ou dans d'autres ..".

(2) D. RICARDO, *Principles of Political Economy*, in *Works* (ed. McCulloch), London, Murray, 1881, pag. 34 e seg.:

— *Essay on the influence of low price of corn on the profits of stock*, in *Works*, *op. cit.*, pag. 375 e seg.

(3) A. E. FR. SCHAEFFLE, *Die Nationalökonomie*, Leipzig, Spamer, 1861, pag. 139 e seg.

(4) H. v. MANGOLDT, *Grundriss der Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart, Maier, 1873, pag. 166: "Die Rente ist somit kein Bestandtheil der Produktionskosten, sie ist daher kein selbständiges Einkommen, sondern nur eine Erhöhung des Einkommens, sei es des Unternehmers, des Kapitalisten oder des Arbeiters ..".

(5) MARSHALL, *op. cit.*, pag. 412: "That which is rightly regarded as interest on "free", or "floating capital", or on new investments of capital, is more properly treated as a sort of rent — a Quasi-rent — on old investments of capital ..".

— *Elements of economics of industry*, London, Macmillan, 1925: "The net incomes derived from appliances for production already made, may be called their quasi-rents .." pag. 426.

redditi non trovanti origine diretta nel normale operare del lavoro e del capitale, ma in una particolare condizione eccezionale di fatto, sono il portato della dinamica.

6. Fissate le linee fondamentali della statica in rapporto alla produzione ed alla distribuzione, si può esaminare il processo circolatorio e più propriamente la parte di esso, che tratta della moneta e delle banche.

La statica, non conoscendo il credito, presenta anche nel processo circolatorio i fenomeni nella loro veste semplice e pura.

L'assenza del credito va interpretata nella sua particolare significazione, giacchè non si può escludere, che la cessione temporanea di capitale da una persona ad un'altra non implichi il concetto di credito. Non è qui il luogo di esaminare il significato della parola credito, oggetto di continue disparate interpretazioni ⁽¹⁾.

Occorre però rifarsi alla distinzione, che Wakefield, già all'inizio del secolo XIX, aveva fissato, e vedere, sotto la denominazione di credito, il *loan credit*, mezzo per facilitare il trasferimento di capitali e l'*exchange credit*, sostituto della moneta negli scambi e nei pagamenti ⁽²⁾. Il primo rispecchia un puro stato di fatto, che si esaurisce fra due persone, il mutuante ed il mutuatario, il secondo invece ha in sè una forza espansiva, che nella statica costituirebbe una forza interferente capace di alterare tutto il ritmo della società perfetta ed essere così espressione di dinamismo. Basti a questo fine ricordare gli effetti così sapientemente lumeggiati già da Thornton ⁽³⁾, che portano a considerare il credito come un vero mezzo di scambio.

⁽¹⁾ Fra gli ultimi scritti in proposito vedansi: SUPINO, *La definizione del credito*, in *Annali di Scienze Politiche*, Dicembre 1928, pag. 149 e seg. DEL VECCHIO, *Ritorni alla teoria ferrariana del credito*, in *Economia Politica contemporanea*, vol. I, op. cit., pag. 239 e seg. SCHUMPETER, *Theorie der wirtschaftlichen ecc. op. cit.*, pag. 140 e seg.

⁽²⁾ D. WAKEFIELD, *An Essay upon Political Oeconomy*, London, 1804, pag. 35.

⁽³⁾ H. THORNTON, *Enquiry into the nature and effects of the Paper credit in Great Britain*, Hatchard, London, 1802, pag. 40 e seg.

Ciò posto, al fine di togliere ogni possibile equivoco si consideri, che la statica non conosca altra moneta fuorchè la metallica, la quale sola costituirà il suo medio circolante, avvalorando in tale modo il presupposto fondamentale della scuola del *currency principle*, che riteneva la moneta metallica il tipo più perfetto di medio circolante⁽¹⁾. Se al *currency principle* la concezione statica pare ricondurre per l'essenza del medio circolante, non però ai principi allora dominanti si attiene per fissarne il valore.

Il valore della moneta deve essere determinato, al pari di quello di ogni altro bene, secondo i dettami della teoria dell'utilità marginale, i quali vanno naturalmente applicati al caso specifico con criteri particolari.

La moneta, data la sua natura di bene strumentale⁽²⁾, dovrebbe avere, giusta il concetto di ofelimità dei beni strumentali, l'utilità dei beni diretti, che procura.

Se la natura della moneta è elemento importante per la determinazione della sua utilità, non ritengo però, che le sue funzioni⁽³⁾, fra le quali fondamentali quella di essere base di tutti gli scambi, siano ai nostri fini elemento trascurabile. Vi sono fenomeni, nei quali la funzione è così importante, sia in rapporto ad essi stessi, sia in rapporto agli altri fenomeni, che a questi si ricollegano, da esercitare, nella loro valutazione, un'influenza superiore a quella derivante dalla loro natura.

Se è vero, che la moneta è un bene strumentale, e che quindi scompare fra i termini reali di un rapporto di scambio di beni diretti, e che per questo l'utilità sua dovrebbe commisurarsi a quella dei beni, che procura, è pure vero, che essa ha parte impor-

(1) G. W. NORMAN, *Remarks upon some prevalent errors with respect to currency and banking and suggestions to the legislature and the public as to the improvement of the monetary system*, London, Pelham Richardson, 1838, pag. 38.

(2) PANTALEONI, *Principi di Economia pura*, Firenze, Barbera, 1889, pag. 261 e seg. Sulla natura della moneta vedasi l'interessante trattazione di O. SPANN, *Fundament der Volkswirtschaftslehre*, Jena, Fischer, 1929, pag. 182.

(3) JEVONS, *Money and the mechanism of exchange*, London, Kegan, 1909, pag. 13 seg. Cfr. FR. BENDIXEN, *Das Wesen des Geldes*, München, Dünker und Humblot, 1926, pag. 16 e seg.

tantissima negli scambi, i quali per essa acquistano rapidità e facilità, oltre per il fatto, che, intervenendo come misura di valore, facilita i rapporti, anche perchè in virtù sua lo scambio fra due beni diretti è virtualmente posto in essere col primo avanti ancora che il secondo sia sorto. Lo scambio infatti fra due beni diretti avviene, mediante l'intervento della moneta, potenzialmente all'atto stesso, nel quale il primo bene è ceduto contro la moneta, giacchè per questo solo fatto chi ottiene la moneta ha già virtualmente il bene diretto, che desiderava scambiare con quello ceduto, perchè ha il mezzo per ottenerlo.

Ora, considerando tutta l'importanza delle funzioni compiute dalla moneta, ne deriva, che, l'utilità sua non può solo essere valutata in rapporto alla sua natura, ma pure alla sua funzione nel quadro generale della vita economica.

Posto in tale modo il problema, l'applicazione della teoria dell'utilità marginale va fatta con particolari criteri in modo da tenere conto anche del quantitativo delle unità richieste, perchè la moneta possa adempiere pienamente la sua funzione, fatto questo che si verificherà, quando, secondo le parole di Ricardo, usate qui però in diverso campo, gli scambi procederanno, come se la moneta non esistesse ed il commercio poggiasse sul baratto ⁽¹⁾.

Ne risulta così un'utilità, che andrà accrescendosi coll'aumentare della sua quantità, finchè raggiungerà un limite, che consentirà l'affermazione piena dell'utilità, che procede dalla sua funzione ed in tale modo affermerà pure quella che deriva dalla sua natura. Tale limite rappresenterà la sua utilità marginale.

Si immagini una società con una sola unità di moneta. L'utilità di detta moneta, se in rapporto alla sua natura sarà l'espressione dell'utilità complessiva di tutti i beni circolandi, rispetto alla sua funzione avrà un'utilità nulla.

L'aggiunta di una nuova unità ridurrà unitariamente l'utilità derivante dalla sua natura, ma affermerà quella della sua funzione, finchè procedendo nell'aumento delle unità, si giungerà ad un

(1) D. RICARDO, *Principles*, op. cit., pagg. 77-78.

limite, che rappresenterà l'utilità marginale di ogni bene, che procura, e quindi l'utilità marginale derivante dalla sua natura e l'utilità marginale derivante dalla sua funzione, in quanto che ogni unità successivamente aggiunta darebbe una minore utilità a tutte le unità, giacchè verrebbe ad accrescere il medio circolante al di là dei limiti voluti dagli scambi.

Lo scambio infatti esige la piena concordanza dell'utilità del bene ceduto con quella del bene acquistato. Ora tale concordanza si ha perfetta, quando la moneta raggiunge quantitativamente il limite, che consenta l'identificazione dell'utilità della moneta con quella del bene, col quale si scambia. Tale limite si avrà, quando il quantitativo delle unità monetarie raggiungerà la massa richiesta dalle necessità degli scambi, perchè solo allora la natura sua potrà prevalere sulla sua funzione ed il concetto di moneta si idealizzerà per fungere come semplice mezzo ausiliario dello scambio.

Finchè tale quantitativo non sarà raggiunto la moneta avrà un'utilità derivante dalla sua funzione ⁽¹⁾ superiore a quella voluta dalla sua natura, perchè la sua funzione di facilitatrice degli scambi, non potendo svolgersi in tutti i rapporti, acquisterà un'utilità in sè e per sè, dando alla moneta il carattere non di bene strumentale, ma di bene per sè stesso.

Fissato il limite, al quale le due utilità coincidono, è necessario determinare, come si verifichi la piena rispondenza dell'utilità marginale della moneta con quella del bene, che procura.

La sua natura, come già si affermò, porta alla concordanza della sua utilità con quella dei beni, che in virtù sua si ottengono.

Ogni unità di moneta, che serve all'acquisto di un determinato bene o di parte di esso assume così l'utilità di esso bene e d'altra parte l'utilità di detto bene o di parte di esso risponde alla sua utilità marginale.

⁽¹⁾ Con ciò non si viene certo a sostenere, quanto il LAW asserì sul valore addizionale della moneta come tale. Cfr. J. LAW, *Considérations sur le numéraire et le commerce*, in *Collections des principaux Economistes* (ed. Daire) Paris, Guillaumin, 1843, pag. 470.

Ciò è vero anche, quando, come nella statica, il bene usato per moneta ha una propria utilità marginale, giacchè tale bene, a seconda del diverso suo uso, o come bene strumentale o come merce, seguirà per la fissazione del suo valore le curve di utilità specifiche ad ognuna di quelle due categorie di usi. Queste invero tenderanno a pervenire ad una stessa utilità per il fatto, che il prevalente uso monetario verrà, in certo qual modo, ad imprimere anche al quantitativo impiegato ad altri usi la sua utilità.

Ora, poichè in condizioni di equilibrio, i beni si scambiano fra loro in quantità inversamente proporzionali alla loro utilità marginale ⁽¹⁾, ne deriva, che le quantità marginali di tali beni, che si scambiano fra loro o contro un terzo bene, la moneta, hanno una stessa utilità.

In tale modo qualsiasi specie di beni o qualsiasi unità o parte di essa, colla quale la moneta si scambia, procurerà all'unità monetaria identica utilità.

Tale è l'utilità marginale della moneta, la quale, contrariamente a quanto fu asserito con diverse finalità da valenti studiosi dei fenomeni monetari ⁽²⁾, risulta dalla valutazione dell'utilità in rapporto non solo alla sua natura, ma pure alla sua funzione. La commisurazione, infatti, del quantitativo della moneta agli scambi e l'utilità derivante dall'ultima unità, che il quantitativo richiesto completa, permettono la fissazione del suo valore unitario, dato che solo la rispondenza del quantitativo di moneta alla necessità degli scambi può consentire la misura dell'utilità marginale complessiva della moneta, la quale divisa per il numero delle unità monetarie, immaginando che in un'unità di tempo tutte

⁽¹⁾ SCHUMPETER, *Das Wesen und der Hauptinhalt* ecc., op. cit., pag. 130-31.

⁽²⁾ Cfr. DEL VECCHIO, *I principi della teoria economica della moneta*, in *Giornale degli Economisti*, Novembre-Dicembre 1909, pagg. 507-519. — M. FANNO, *Contributo alla teoria dell'offerta a costi congiunti*. Suppl. al *Giornale degli Economisti*, Ottobre 1914, pagg. 80-84. Il Prof. FANNO tende qui ad integrare la teoria quantitativa, già sostenuta nello studio *Le banche e il mercato monetario*, Roma, Athenaeum, 1913, dopo avere abbandonata quella del costo di produzione esposta in *La moneta, le correnti monetarie e il riordinamento della circolazione nei paesi a finanze dissestate*, Torino, Bocca, 1908. — D. KINLEY, *Money a study of the theory of the medium of exchange*, New York, Macmillan, 1904, pag. 123-149.

le singole unità dei beni circolandi vengano scambiate con tutte le singole unità monetarie, darà l'utilità marginale dell'unità monetaria stessa.

Questo risultato è stato solo possibile ottenersi in virtù delle condizioni poste dalla statica, giacchè in essa manca il credito e la velocità della circolazione è ridotta all'unità.

Che la velocità della circolazione (intendendo per essa il quoziente ottenuto dividendo la somma totale dei pagamenti in moneta per merci nel corso di un determinato periodo di tempo coll'ammontare medio della moneta in circolazione, colla quale tali pagamenti sono effettuati) debba essere uguale all'unità nella statica, è naturale, giacchè in essa, svolgendosi la vita con ritmo perfetto, nessuna delle cause su di essa agenti, come furono bene specificate dal Fisher ⁽¹⁾, verrà a verificarsi. Del che motivo e ad un tempo prova si ha nella costanza dei prezzi, presupposto implicito delle condizioni di statica. L'assoluta mancanza poi della necessità di aumento della circolazione nella statica, dato il procedere ritmico della sua vita, che si riscontra anche nell'affermata costanza dei prezzi, esclude ancora con maggior forza ogni aumento di velocità di circolazione, in quanto essa tiene luogo di un accrescimento del medio circolante ⁽²⁾.

L'assenza del credito, nella sua significazione di *exchange credit*, ed il carattere del medio circolante semplificano anche la natura e le funzioni della banca.

Essa infatti si presenta come semplice « parte intermediaria fra chi dà e chi assume a prestito » ⁽³⁾ o meglio ancora come « intermediaria fra i capitali, che cercano collocamento ed il lavoro che

⁽¹⁾ I. FISHER, *The purchasing power of money*, New York, Macmillan, 1925, pag. 79 e seg. Cfr. J. RIEFF, *Théorie des phénomènes monétaires*, Paris, Payot, 1927, pag. 137 e seg.

⁽²⁾ Vale qui di ricordare le parole, che si leggono nel *Bullion Report*: "... all the circumstances, which have a tendency to quicken or to retard the rate of circulation, render the same amount of currency more or less adequate to the wants of trade ...". *Bullion Report*, pag. 57 nell'edizione di CANNAN. (E. CANNAN, *The Paper Pound of 1797-1821*, London, King, 1925).

⁽³⁾ J. W. GILBART, *The history, principles and practice of banking*, London, Bell, 1922, vol. I, pag. 214.

cerca dei capitali » ⁽¹⁾; riceve da una parte per riversare dall'altra, rappresentando in tale modo il ponte di unione fra la distribuzione, campo delle sue operazioni passive, e la produzione, campo delle operazioni attive.

Il passaggio delle somme da un campo all'altro è totale e viene effettuato in modo che l'istituto abbia nè perdite nè guadagni, ma riceva il puro costo delle operazioni.

Sono queste naturali conseguenze dei presupposti iniziali, che impediscono ogni forma di forze interferenti, quali potrebbero essere la libera disponibilità di risparmio ad ogni dato momento e la possibilità di remunerazioni superiori al costo.

La funzione della banca nella statica può paragonarsi a quella di un fiume, che riunisce più corsi d'acqua secondari per farli rifluire tutti insieme nel mare.

Non v'è possibilità di ritiri durante il corso, voluto dalle necessità del processo produttivo; ogni opera di arginatura, che impedisse il procedere di un solo rivolo, altererebbe la ritmicità di tutta la vita. E l'alveo stesso, nel quale il fiume scorre, non può ripromettersi di trattenere per sé la ricchezza, che passa, se non nella misura, che gli serva a rifonderlo di quanto la corrente gli va togliendo.

Le operazioni della banca avranno così rispetto al tempo un carattere speciale, in quanto sia le passive, sia le attive saranno commisurate ai periodi richiesti dal processo produttivo.

Il capitale infatti entra nel processo produttivo all'inizio e deve mantenersi sino alla fine, passando attraverso le varie trasformazioni, che lo allontanano dalla forma monetaria per poi da ultimo riportarlo.

L'esistenza di capitali disponibili, durante il processo produttivo, avvertirebbe la presenza della dinamica, giusta il principio che tutto il capitale deve essere impiegato nella produzione.

Nella banca statica vengono così a scomparire tutti gli impegni a breve scadenza e, come conseguenza di ciò, scompaiono pure la

⁽¹⁾ J. G. COURCELLE-SENEUIL, *Les opérations de banque*, Paris, Alcan, 1929, pag. 69.

riserva, la quale, rappresentando una provvista di mezzi di pagamento, tenuta dalla banca a disposizione per fare fronte ai suoi impegni a vista ⁽¹⁾, oltre venire a perdere del suo scopo, starebbe a rappresentare una forza interferente, in quanto potrebbe sempre essere un capitale disponibile capace di influire sul normale svolgersi della vita economica.

La banca pertanto esplica la sua attività, ricevendo depositi e collocando, in misura ad essi uguale, prestiti, operazioni tutte vincolate per un periodo di tempo di lunga durata.

La figura dell'istituto scompare così fra il mutuatario ed il mutuante, i quali in virtù sua sono riuniti.

Il passaggio del risparmio dall'uno all'altro non avviene però senza che l'istituto debba sostenere delle spese. La banca infatti compie un servizio, il quale avrà naturalmente un costo, la cui remunerazione sarà data dalla differenza fra le condizioni, alle quali l'istituto riceve, e quelle alle quali dà a prestito.

L'entità di questa remunerazione è nella statica bene definita, in quanto dovrà esattamente corrispondere, non esistendo ragioni di rischi, al costo del servizio, il quale sarà commisurato alla risultante dei singoli costi richiesti per porre in essere il servizio medesimo.

Ne deriva, che l'interesse pagato da chi riceve capitali a prestito si compone della quota, che l'istituto paga come prezzo della cessione del capitale al proprietario, più il costo del servizio reso dalla banca. Il prezzo globale del capitale ceduto risponde così al costo della cessione. E ciò a perfetta rispondenza col principio fondamentale della statica, che i prezzi debbono uguagliare il costo, comprendendo in esso tutte le spese del processo produttivo sino all'esito del prodotto, cioè nel caso specifico il prezzo pagato per la cessione iniziale del risparmio alla banca più la quota da questa voluta per giungere alla cessione finale.

La natura dell'interesse porta ad escludere, che il capitale (sempre nella statica distinto, rispetto alla persona, dal lavoro) possa

⁽¹⁾ C. F. DUNBAR, *Theory and History of Banking*, New-York, Putnam, 1929, pag. 43.

ad esso giungere senza l'intervento delle banche, in quanto, se ciò si verificasse, data l'esistenza di un unico prezzo per ogni bene su un mercato, giusta la legge d'indifferenza di Jevons⁽¹⁾, il capitalista riceverebbe, oltre il prezzo voluto per la cessione da parte sua del risparmio, una quota supplementare, rappresentata dal costo del servizio della banca, che costituirebbe un profitto in contrasto coi principi fondamentali della statica.

Dato il carattere speciale di siffatte operazioni di prestito, la statica non conoscerà che un mercato, nel quale la domanda e l'offerta costantemente coincideranno, in quanto la non rispondenza dell'una all'altra porterebbe ad alterazioni nel prezzo, che in tale modo verrebbe allontanato dal costo in contrasto coi principi della statica. Ma ancora la statica, presupponendo costanza nei capitali impiegati nel processo produttivo e piena rispondenza dei suoi elementi alle necessità volute dalla produzione, esclude completamente ogni ineguaglianza fra domanda ed offerta di capitali.

La durata del prestito avrà così per minimo la durata di un singolo periodo produttivo, in esso compreso il tempo che corre dall'inizio della formazione del prodotto al suo esito, il quale consente la ricostituzione monetaria del capitale.

La perfetta funzione adempiuta dalla moneta, dimostrata dal fatto che gli scambi si svolgeranno come se la moneta non esistesse e vi fosse un perfetto regime di baratto, fa sì che la moneta dia alle operazioni (che si presenteranno sempre nel loro aspetto monetario, conseguenza del modo come i prestiti vengono effettuati) la pura forma esteriore senza alcun influenza alteratrice sulla sostanza.

L'interesse non presenterà variazione alcuna, conseguenza e ad un tempo motivo, come già si ebbe occasione di affermare, della costanza e della ritmicità della vita della società perfetta.

Mancano così nella statica i prestiti di breve e brevissima durata, i contratti speciali, come depositi in contanti, accreditamenti in conto corrente, sconto di cambiali e anticipazioni, operazioni

⁽¹⁾ JEVONS, *Theory of political Economy*, London, Macmillan, 1926, pag. 91.

particolarmente adatte per impiegare i capitali, che si vogliono tenere liquidi e disponibili, e presupponenti tutte una organizzazione bancaria complessa ⁽¹⁾.

Tutto ciò porta naturalmente ad escludere anche lo sconto, sia pure considerato nella sua forma latissima di interesse anticipato sui prestiti a breve scadenza.

Ciò è naturale, quando lo si consideri dal suo lato strettamente puro anche per il fatto, che le ripercussioni del suo operare avrebbero nessuna altra influenza, che quella di alterare il naturale ritmo dei fenomeni dato il carattere suo di correttivo di una determinata situazione.

L'assunto da noi posto all'inizio di questa prima parte del saggio ha trovato così piena dimostrazione. Resta ora a studiare, donde lo sconto tragga motivo di essere.

7. - I rapidi tocchi dati agli elementi fondamentali di una società perfetta, hanno consentito un quadro sia pure abbozzato dell'equilibrio economico, quale da noi inteso.

La realtà, come già si affermò, è da esso però bene lontana, ma ciò non toglie, che preziosa né sia la conoscenza, come guida nello studio dei fenomeni concreti.

« Quando si vuole studiare la cristallografia, scrive il Pareto, si comincia a studiare la geometria, non perchè si crede che i cristalli siano corpi geometrici perfetti, ma perchè lo studio di questi dà gli elementi indispensabili per lo studio di quelli » ⁽²⁾.

Il rapporto esistente fra i corpi geometrici perfetti ed i cristalli è analogo a quello, che intercede fra la statica e la dinamica, fra la società perfetta e la società concreta, ed appunto, perchè questa è una deformazione di quella, fa d'uopo conoscere il tipo perfetto per potere valutare la sua forma alterata.

La statica rappresenta un equilibrio di forze e, come tale, consente l'esame delle forze pure, che intervengono in ogni feno-

⁽¹⁾ SUPINO, *Il mercato monetario internazionale*, op. cit., pag. 6 e seg.

⁽²⁾ PARETO, *Manuel* ecc. op. cit., pag. 459.

meno da esse posto in essere; la dinamica invece oltre trovare il suo primo essere nelle forze pure, che ne rappresentano la trama fondamentale, è il portato di un processo continuato di composizione di forze, di guisa che la risultante di un gruppo diviene a sua volta nuova forza, che va a formare con altre un nuovo fascio, che dà una successiva risultante.

In questo continuo combinarsi di forze sta la difficoltà dello studio della dinamica, siccome quella, che attorno agli elementi fondamentali della vita economica, delimitata dalla statica, crea nuove forme e nuovi fenomeni, dei quali solo un'idea approssimativa sul loro carattere può formarsi, tenendo presente il normale svolgersi della vita nella società perfetta.

La dinamica nel turbinoso suo sviluppo può essere considerata come una serie di tendenze ad equilibri successivi. Dico tendenze, perchè un equilibrio reale, sia pure per un solo attimo, non è mai raggiunto, giacchè nel momento stesso, nel quale pare avverarsi, nuove forze intervengono, che lo allontanano per ricondurlo verso un nuovo equilibrio, che pur esso scompare prima di essere raggiunto per dare luogo ad una nuova tendenza verso un nuovo equilibrio⁽¹⁾.

Ai fini dello studio della dinamica, data l'imperfezione dei nostri mezzi di investigazione, quelle serie di tendenze possono anche considerarsi come serie di equilibri, in quanto sono caratterizzati dal sorgere di una risultante delle forze in precedenza agenti, e quindi si possono considerare come punti di arresto nelle fasi successive di un fenomeno complesso. Ai fini però di un esame puramente astratto non si può certo considerare equilibrio un determinato stato, nel quale esistano un interferirsi ed un succedersi di forze, che, se anche appaiono combinate in una risultante, questa non può essere la risultante di tutte, ma solo di una parte di esse, di quelle cioè più vicine al fenomeno in esame, non già di

(1) Cfr. contra PANTALEONI, *Una visione cinematografica del progresso della scienza economica*, in *Erismi di Economia*, Bari, Laterza, 1925, vol. I, pag. 200, ed *Alcuni problemi ecc.*, art. cit., pag. 212 e 214. Il Pantaleoni ammette però accanto a forme di dinamismo, che consentono il ritorno al precedente equilibrio o il raggiungimento di una nuova posizione di equilibrio, l'esistenza di altre forme che non portano ad alcuna posizione di equilibrio.

quelle che gli creano il campo, dove esso sorge e si sviluppa. Se equilibrio infatti tale stato potrebbe avere per le forze sue proprie, non lo conseguirà mai per quelle, che lo circondano, a meno che queste non si ammettano assenti, il che però è un artificio, che allontana dalla realtà, nella quale si vuole restare il più possibile.

Nel campo della dinamica bisogna pertanto considerare, per avere un'idea approssimativa della realtà, come discontinua la serie continua delle varie fasi di un fenomeno alla stessa guisa che la pellicola cinematografica deve riprodurre ogni atto sezionato nei suoi successivi stadi per dare sullo schermo l'insieme dell'atto stesso, quale noi lo vediamo nella vita concreta.

Il filo conduttore di queste successive indagini parziali, che nella loro somma danno il completo fenomeno in esame, è offerto dalla statica siccome quella che della vita concreta presenta la trama.

Tutta l'importanza della statica, come fattore di interpretazione della realtà, appare così evidente, anche perchè senza una visione d'insieme, che serva da punto di riferimento, le indagini parziali rischierebbero di perdersi di fronte a manifestazioni di forze interferenti, che in tutto alterano la linea caratteristica di un fenomeno, quando non giungono anche alla creazione di fenomeni nuovi ⁽¹⁾.

8. - Le condizioni, poste all'inizio per definire il carattere della statica, nel loro lato negativo appaiono come i motivi della dinamica, e, in quanto questa ritrae lo sforzo continuo per lo sviluppo del mondo economico, alcuni di tali motivi possono anche essere considerati i presupposti del progresso.

Il tratto caratteristico della dinamica è rappresentato dallo sforzo continuo, che ogni uomo compie per prevenire il futuro e farlo piegare a proprio esclusivo vantaggio.

La base di ogni azione economica, se bene si osserva, dalla creazione di un bene alla sua vendita, è in funzione di uno sforzo

⁽¹⁾ Si tralascia di proposito la trattazione sui metodi, che portano alla statica o sono di ausilio alla dinamica, giacchè le nostre indagini si allontanerebbero troppo. Basti rammentare fra gli studi più importanti SUPINO, *Il metodo induttivo nell'Economia politica*, Torino, Bocca, 1894.

continuato di previsione del domani sia per ottenere un guadagno, sia per evitare una perdita.

Il produttore cerca di prevedere le condizioni future del mercato per affermare la propria produzione.

Il banchiere si studia di prevedere l'andamento degli affari, per potere, uniformandovi le proprie operazioni, raggiungere lo scopo prefissosi ⁽¹⁾.

Il fenomeno stesso della concorrenza, quando lo si consideri, non come espressione di uno stato di disagio, ma semplicemente come lotta di affermazione, è espressione di tale sforzo di previsione nel senso che agisce fondandosi sulla maggior possibile comprensione dei bisogni della domanda.

La vita è un tentativo continuato di ricerca e di interpretazione del futuro come mezzo fondamentale di conseguimento del benessere.

Tale sforzo è la forza alteratrice prima (se si esclude quella data dall'incostanza della natura) di tutto l'organismo economico, il quale, sconvolto in un solo lato, ne risente in tutto il suo essere.

L'organismo economico può essere rappresentato a questo fine come una sbarra di ferro; un urto dato ad una delle sue estremità si propaga per tutta la sua lunghezza e la sua larghezza in virtù delle alterazioni, che le singole particelle molecolari si trasmettono. E, come la sbarra oppone all'urto la sua forza di resistenza, così l'organismo economico alterato ha in sé delle forze reagenti, le quali si oppongono a quelle dell'uomo. Ne risulta un insieme poderoso di forze, non solo attive, cioè originariamente perturbatrici, offensive, ma pure passive, cioè difensive, dando luogo a processi di elisioni e di composizioni, che portano alle risultanti finali, quali possono apparire al compiersi di una generale tendenza all'equilibrio.

È questo l'aspetto della società dinamica, non completo però, in quanto la vita concreta non conosce una sola società, ma più società distinte le une dalle altre ed in contrasto le une colle

⁽¹⁾ Cfr. A. CABIATI, *Scambi internazionali e politica bancaria in regime di moneta sana ed avariata*, Torino, Bocca, 1929, pag. 30 e seg.

altre per la propria affermazione, fatto questo che porta non solo a considerare gli individui come elementi di una società, ma le società, come entità singole nella loro forma di vita, pur essa dominata dallo sforzo di previsione del futuro nella lotta di reciproco superamento alla ricerca di un continuo progressivo benessere. Si avranno in tale modo forze partenti dai singoli e forze partenti dalla società, di guisa che il mondo economico si comporrà delle risultanti delle une e delle altre, gruppi di forze, che nello Stato Corporativo, espressione della più perfetta unità morale, politica ed economica, sono coincidenti ⁽¹⁾, mentre nelle altre forme di società, se alle volte coincidono, molto spesso sono in contrasto per l'opposizione dell'azione dei singoli a quella della società organizzata.

9. - Se il rapido esame della statica fu esteso per necessità non solo al processo circolatorio, ma pure a quello produttivo ed a quello distributivo, le ricerche nella dinamica saranno ristrette ad un campo limitato, al fenomeno dello sconto.

Questo non già (inutile a dirsi), perchè un fenomeno sia completamente isolato da tutti gli altri, e neppure perchè le tradizionali divisioni dell'economia rappresentino delle vere branche distinte le une dalle altre senza alcun punto di contatto o di riferimento, ma semplicemente, perchè, addentrandoci in indagini complesse ed in campi dove l'ignoto è ancora potente signore, è necessario ridurre lo spazio dell'investigazione per guadagnare possibilmente in profondità ciò, che si perde in estensione.

Il problema, che sta a base della nostra indagine, è dato dall'esistenza di due gruppi distinti rappresentanti la domanda e l'offerta di prestiti.

Il complesso di persone, come giustamente ha notato il Supino ⁽²⁾, che tali gruppi compone, non è però nettamente diviso in due categorie di mutuantì e di mutuatari alla stessa guisa che un mercato

⁽¹⁾ Cfr. oltre i documenti fondamentali, che consacrano lo Stato Corporativo, primo fra tutti la *Carta del Lavoro*, l'ottimo studio del Prof. ARIAS, *Economia Nazionale Corporativa*, Roma, Libreria del Littorio, 1929, cap. I e passim.

⁽²⁾ SUPINO, *Il mercato monetario internazionale*, op. cit., pag. 5.

ordinario si divide nelle due classi di compratori e di venditori, perchè chi traffica in moneta è nello stesso tempo compratore e venditore dell'uso di essa, sempre disposto a prestarla ad un dato saggio e a prenderla ad un altro.

La mancanza delle condizioni poste per la statica, ed in ispecie di quella che richiedeva costanza nell'impiego della totalità del capitale nella produzione colla conseguenza di fissare una durata minima delle operazioni di prestito di una certa lunghezza, equivalente al completo ciclo produttivo, avverte la presenza di capitali disponibili, i quali non vogliono essere impiegati che a breve termine per essere sempre mantenuti in stato di pronta disposizione.

La vita concreta parla così di due mercati, nei quali la domanda e l'offerta vengono a svolgersi, mercati che hanno per ciò, che riguarda il prezzo pagato per il prestito, forme caratteristiche diverse, mentre per ciò, che riguarda gli elementi della contrattazione, un'espressione, si può dire, uniforme.

Obst in uno studio, attenentesi alla pratica bancaria, divide il mercato dei prestiti in mercato per crediti a lunga durata e mercato per crediti a breve termine ⁽¹⁾.

L'espressione uniforme è data dalla moneta, la quale, come giustamente afferma lo Hahn ⁽²⁾, interviene come oggetto di contrattazione in tutti e due i mercati.

La constatazione delle manifestazioni puramente esteriori di un fenomeno non può però acquietare la mente dello studioso. È necessario, che le manifestazioni vadano integrate colle loro determinanti.

Ecco qui tornare di grande importanza quanto la statica ha fatto conoscere in rapporto alla società perfetta.

In essa si è venuto parlando di un mercato unico di capitali, le cui caratteristiche fondamentali erano date dall'eguaglianza dell'offerta alla domanda, dalla rispondenza della durata (naturalmente lunga) al periodo richiesto dal processo completo della produzione (intendendo con ciò pure l'esito del prodotto), dalla piena concor-

⁽¹⁾ G. OBST, *Geld, Bank und Börsenwesen*, Stuttgart, Poeschel, 1929, pag. 376.

⁽²⁾ A. HAHN, *Zur Theorie des Geldmarktes*, in *Geld und Kredit*, Tübingen, 1924, Mohr, pag. 89.

danza della forma (moneta di unica qualità fisica) ai beni da essa rappresentati di guisa che nè la sostanza risentiva di manchevolezze della forma, nè questa di deficienze di quella, dalla costanza ed unicità del prezzo del capitale commisurato al costo della sua cessione.

A questi elementi di equilibrio la vita concreta sostituisce: due mercati, apparentemente diversi, caratterizzati da operazioni di durata differente, dalla brevissima di un giorno a quella di anni, offerta e domanda ineguali, medio circolante composto di moneta metallica, di titoli di credito vari, dai biglietti di banca agli *chèques*, prezzi diversi non solo per l'espressione loro quantitativa, ma pure per il modo, col quale vengono richiesti.

Sull'esistenza dei due mercati molto si è scritto ed il mio dire può forse sembrare un'insufficiente marcia contro corrente, se ad avvalorarlo non esistesse già qualche precedente ed in specie uno intransigentissimo, che ebbe però mezzi e fini completamente diversi dai nostri ⁽¹⁾.

La statica ha presentato un mercato di capitali, nel quale le operazioni di prestito si svolgevano tutte a lunga scadenza e l'interesse per esse pagato stava a rappresentare il costo di cessione del capitale.

La dinamica, in quanto espressione della vita concreta, non ripudia il primo mercato, ma alle operazioni sue proprie ne aggiunge altre caratterizzate essenzialmente dalla brevissima durata e da saggi d'interesse mutabilissimi per la più parte pagati anticipatamente.

La diversa durata viene subito assunta come criterio per affermare l'esistenza di due mercati distinti, l'uno mercato di capitali e l'altro mercato monetario, e viene ancora aggiunto, specialmente dal Supino, che nei prestiti contratti per lungo tempo si cede vero e proprio capitale, mentre in quelli a breve scadenza si dà semplicemente moneta.

Che i fenomeni, che si rivelano per i prestiti a lunga scadenza presentino tratti distinti da quelli contratti a breve termine, non vi è dubbio, e che quindi l'elemento durata sia all'uopo un fattore

(1) H. v. BECKHATH, *Kapitalmarkt und Geldmarkt*, Jena, Fischer, 1916, pag. 26.

di distinzione, per quanto da qualcuno negato ⁽¹⁾, non può essere discusso. Il problema sta piuttosto nel vedere, se le caratteristiche, che si riscontrano per i prestiti a breve ed a lunga scadenza siano sufficienti per dare luogo ad un vero e proprio sdoppiamento di mercati, o se piuttosto il così detto mercato monetario non sia una sezione del più vasto mercato di capitali.

L'economia moderna, come già si notò, esclude una diversità nella forma dei beni formanti oggetto della contrattazione nel mercato. I prestiti sono fatti per la quasi totalità in denaro; si cede cioè della moneta e si attende restituzione di moneta, dando così luogo a cessione di moneta presente contro moneta futura o ciò che fa lo stesso contro un titolo rappresentante l'obbligazione di un pagamento futuro ⁽²⁾.

Dato ciò, considerato anche, per quanto ebbe a dirsi, che la moneta è un puro bene strumentale e quindi non avente utilità diretta, ma indiretta, derivante dai beni che serve a procurare, il prestito non offre l'immediato bene necessario al soddisfacimento di quel bisogno, per il quale è stato contratto, ma il mezzo perchè a tale soddisfacimento si addivenga. Il prestito si presenta in tale modo come una capacità d'acquisto, che, nel caso semplice, da A mutuante passa a B mutuatario. E ciò si riscontra tanto nel prestito a lunga scadenza, quanto in quello a breve durata.

Ai fini quindi dell'oggetto essenziale della contrattazione non vi è differenza nel mercato, in quanto la differenza sta solo nella *mens* di chi si fa a richiedere il prestito, il quale interviene nell'operazione, vedendo al di là dell'operazione specifica, che sta compiendo, ciò che quella capacità d'acquisto gli consentirà di ottenere.

Il mercato, quale fu tracciato nella statica, oltre il fatto particolare di determinare il passaggio di una capacità d'acquisto dal

⁽¹⁾ v. BECKERATH, *op. cit.*, pag. 26. Cfr. G. HALM, *Das Zinsproblem am Geld- und Kapitalmarkt*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, III serie, vol. 70, 1926. HALM considera l'uso della capacità d'acquisto come elemento determinante della lunghezza dei prestiti. "Denn es kann sich offenbar nur um Unterschiede in der Art der Nachfrage", pag. 12.

⁽²⁾ FANNO, *Le banche ecc.*, *op. cit.*, pag. 175-176.

mutuante al mutuatario, aveva in sè il fine specifico dell'impiego in acquisto di capitali, in quanto i presupposti stessi della statica escludevano ogni altro impiego, e pertanto poteva, con termine appropriatissimo, essere chiamato mercato dei capitali non già, ripetesi, in virtù dell'operazioni, che in esso si compivano, ma in virtù di un'illazione, che portava a considerare il sicuro fine, al quale tali operazioni erano rivolte.

Nella dinamica, dovendoci arrestare alla caratteristica propria di ciascun fenomeno, quale in esso si manifesta e si esaurisce, perchè per il complesso di tutte le forze in essa agenti non si può con sicurezza dalle premesse, o meglio, dagli inizi di un'azione vederne le conclusioni reali, è necessario considerare il mercato dei capitali della statica nella sua natura speciale di mercato della capacità d'acquisto, poggiante naturalmente sul risparmio, richiamando sotto questa denominazione tutte le operazioni creditizie di lunga o breve durata.

Non varrebbe a questo opporre, che la contrattazione dei prestiti in moneta, è una particolarità, che può subire delle eccezioni, in quanto si può sempre obiettare, che ciò equivarrebbe al fatto che nel mercato dei capitali sempre si suppone, negli studi per la ricerca delle leggi generali⁽¹⁾, prestiti fatti a scopo riproduttivo, mentre possono aversi prestiti a scopo consuntivo.

Fissato questo, resta ancora a chiarire con maggiore particolarità, sebbene potrebbe sembrare già implicitamente risolta, la questione, se il prestito a lunga scadenza sia un vero prestito di capitali e quello a breve durata puro prestito di moneta.

In realtà, asserendo che il mercato dei capitali e quello monetario secondo la tradizionale terminologia sono per noi un mercato unico, dove il vero oggetto della contrattazione è la sola capacità di acquisto, si verrebbe ad escludere questo problema. È necessario però ad essa riferirsi per vedere, se è tale da invalidare, almeno in parte, la nostra concezione.

Il concetto della possibilità di prestiti, aventi scopo nè produttivo nè consuntivo, ma di fornire puri mezzi di pagamento, iniziato

⁽¹⁾ Cfr. FANNO, *Le banche ecc., op. cit.*, pag. 175.

da Stuart Mill ⁽¹⁾, fissato ai fini della questione in esame da Hildebrand ⁽²⁾, fu con molta perizia sviluppato dal Supino ⁽³⁾.

Il pensiero del Supino trova espressione succinta in queste parole: « Il denaro è domandato in prestito; . . . ciò che si prende a prestito e che si è obbligati a restituire è medio circolante, ed è inesatto materialmente il credere che si prenda a prestito qualche altra cosa ».

Una concezione siffatta, per quanto avvincente per la bellezza della forma e la logicità, colla quale fu ampiamente trattata, non soddisfa.

Infatti, pure prescindendo dalla precedente mia affermazione sulla essenza delle operazioni, che si svolgono sui mercati in esame, questa categoria di prestiti, che si esauriscono nella moneta, non pare, a mio avviso, abbia fondamento nella realtà.

Concesso pure, che tali prestiti, data la loro brevità, siano contratti per avere del contante al fine di provvedere al pagamento di un debito, la questione non è risolta, ma è semplicemente spostata. Quel debito, come aspetto negativo di un'operazione di credito, è l'espressione di un prestito precedente.

Chi infatti, per considerare il caso più semplice, acquista un bene, ottenendo una dilazione nel pagamento, pone in essere una vera operazione di credito, in quanto all'atto proprio della compravendita, cessione di un bene contro moneta, sostituisce cessione di un bene contro una promessa di pagamento, la quale non differisce da quella, che fa il mutuatario verso il mutuante all'atto del prestito monetario.

⁽¹⁾ ST. MILL, *op. cit.*: « He (il mutuatario) may borrow money, neither to employ it as capital nor to spend it unproductively but to pay a previous debt. In this case what he wants is not purchasing power, but legal tender or something which a creditor will accept as equivalent to it. His need is specifically for money, not for commodities or capital. It is the demand arising from this cause, which produces almost all the great and sudden variations of the rate of interest », pag. 644.

⁽²⁾ R. HILDEBRAND, *Die Theorie des Geldes*, Jena, Fischer, 1883, pag. 89 e seg. Cfr. J. de HAAS, *A third element in the rate of interest*, in *Journal of Royal Statistical Society*, Marzo, 1889, pag. 101.

⁽³⁾ SUPINO, *Il mercato monetario ecc.*, *op. cit.*, pag. 195 e seg.

La vendita così avvenuta riposa su due atti: il passaggio del bene da A venditore a C acquirente ed il sorgere di un rapporto creditizio fra A e C. Si ha così da un lato la cessione del bene da A a C e dall'altro la contemporanea contrattazione di un prestito dell'ammontare equivalente al prezzo del bene da parte di C verso A, operazione questa che dà effetto alla vendita, facendo sorgere una vera operazione di credito. Nella pratica questa fase intermedia non viene notata e si uniscono gli estremi del rapporto, ma a chi bene osserva l'esistenza sua viene avvertita, in quanto il venditore, accogliendo l'obbligazione del compratore, dà a questo una certa capacità d'acquisto al fine di consentirgli il possesso del bene da questi voluto. Tale prestito avrà esso pure, come ogni altro, un fine produttivo o consuntivo a seconda del bene ottenuto e del suo impiego, e potrà essere di lunga o breve durata. Noi, per uniformarci alla concezione, che stiamo esaminando, l'assumiamo nel suo lato positivo, cioè di prestito di capitali, e quindi anche di lunga durata. Alla scadenza per liquidare il debito, il mutuatario C si fa a richiedere a B un prestito di breve durata, in quanto egli è momentaneamente privo di denaro e sa che presto potrà averne.

Alla prima operazione di credito subentra così una nuova. Quale risultato si ha con ciò? Una semplice sostituzione di persona; al creditore originario A il debitore C fa subentrare il creditore B; l'essenza del rapporto nei confronti di C permane la stessa. Come, addivenendo alla prima operazione egli mirò ad avere quel determinato bene, così ora, contraendo un prestito con B, si assicura nei confronti di A quella capacità d'acquisto, che in origine gli mancava e che aveva dato luogo alla primitiva obbligazione.

Il debitore C, come con la prima operazione non si era arrestato al medio circolante in sè e per sè, così con la seconda, che la prima sostituisce, non mira al denaro in sè e per sè, come unico fine del prestito, ma come mezzo per ottenere quanto si era prefisso. Sia nell'uno, sia nell'altro caso pertanto, quando si voglia andare al di là delle semplici caratteristiche proprie dell'operazione per misurarne le finalità, non si può trovare nella diversa loro durata una forza capace di alterarne la natura comune.

Queste considerazioni portano ad escludere ogni differenza basata sull'essenza dei prestiti, differenza parallela a quella fondata sulla durata, e quindi ancora più avvalorata la bontà dell'asserto, che in realtà sul mercato non si fa oggetto delle operazioni nè la moneta in sè e per sè, nè il capitale, ma la pura capacità d'acquisto, perchè, anche quando, come nel caso testè esaminato, si è voluto ricollegarsi alla concezione tradizionale e riferirsi anche al fine della contrattazione, si ebbe modo di dimostrare, come ad esso non si possa riferirsi quale criterio distintivo di mercati e come, anzichè semplificare il problema, lo si complichino.

La negazione assoluta di tali distinzioni non va però spinta al di là dei limiti suoi reali, in quanto il fatto stesso, che il mercato ha per oggetto la contrattazione della capacità d'acquisto, che si esprime in moneta, porta in certo qual modo a tenere conto della particolare natura di questa, non già quale elemento esclusivo delle operazioni, ma in quanto le operazioni sono con essa fatte.

La moneta è il veicolo, che serve al passaggio effettivo dei beni, e come tale va considerata nelle sue possibili ripercussioni.

Dato ciò, se una determinata capacità d'acquisto viene ceduta per un tempo lungo è naturale, che la moneta si presenti sul mercato a grande lontananza di tempo e quindi chi l'ha ottenuta e deve restituirla, si curerà di lei solo in quel periodo di trasformazione da capacità d'acquisto in beni e da beni in capacità d'acquisto, e pertanto il prestito risentirà per il tempo compiuto debolmente della sua forma originaria; se invece una determinata capacità d'acquisto viene data per breve tempo, sotto forma naturalmente di moneta, essa cesserà per poco di esser tale ⁽¹⁾.

Il mutuatario non appena trasformata la capacità d'acquisto in un bene dovrà preoccuparsi di ritornarla nella sua forma primitiva e perciò tale prestito risentirà della moneta per quasi tutta la sua durata. Ciò porterà naturalmente a dare ai prestiti a breve scadenza caratteri propri in rapporto agli altri per il fatto che questi,

⁽¹⁾ SUPINO, *Il saggio dello sconto*, op. cit., pag. 14. Cfr. anche G. BORGATTA, *L'economia dinamica*, Torino U.T.E.T. 1920, pag. 306 e seg.

avendo stretto legame colla moneta, risentiranno di essa ed a loro volta potranno influenzarla.

Ciò però credo non vada interpretato in modo così assoluto come lo fu dal Supino⁽¹⁾, il quale, come già si affermò, su questo fenomeno ha fondato parte notevole della sua distinzione fra mercato di capitali e mercato monetario. Per noi anzichè essere un fenomeno essenziale, è un fenomeno secondario nel senso che, avendo fissato il carattere del mercato nella capacità d'acquisto, che mutuatanti e mutuatari si scambiano, la generale forma monetaria agisce non quale elemento distintivo dei due mercati, ma quale elemento perturbatore di una parte del mercato. Succedendosi infatti in questa con breve distanza le scadenze e quindi essendovi continua necessità di medio circolante con conseguente flusso e riflusso di banconote, naturalmente su tale parte del mercato le influenze della moneta saranno più vive ed il mercato stesso sarà capace di portare turbamenti alla moneta.

Ne deriva, che il mercato dei capitali, quale fu esaminato nella statica, assume nella dinamica un carattere più vasto, in quanto dà vita anche ad operazioni, che all'uniformità registrata sostituiscono aspetti diversi in funzione essenzialmente della loro durata.

Il fattore tempo interviene così a creare non già due mercati differenti, in quanto l'oggetto della contrattazione permane sempre la stessa, « la capacità d'acquisto », ma a porre nel campo del mercato stesso accanto ad operazioni, che si ricollegano a quelle compiute nella statica, operazioni che sono il portato di una deformazione delle prime; e ciò in virtù principalmente delle alterazioni, che l'assenza dei presupposti voluti dalla statica ha prodotto sia in rapporto ai bisogni, sia in rapporto al capitale.

Il fattore tempo, che Spiethoff⁽²⁾ ha giustamente difeso contro Beckerath, il quale, pure volendolo sostituire con quello della na-

(1) SUPINO, *Il mercato monetario ecc.*, op. cit., pag. 193 e seg.

(2) A. SPIETHOFF, *Der Begriff des Kapital- und Geldmarktes*, in *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung* ecc., 1920, vol. IV, pag. 33 seg. Il pensiero dello SPIETHOFF in rapporto al mercato dei capitali ed a quello monetario era stato dall'Autore espresso nello studio: *Die aussere Ordnung des Kapital- und Geldmarktes*,

tura dei bisogni, non era però riuscito a completamente liberarsene⁽¹⁾, è in tale modo da noi accolto come elemento per una suddivisione del mercato dei capitali della statica, il quale può ora con termine del tutto comprensivo chiamarsi « mercato delle capacità d'acquisto ».

10. - Stabilito il campo, dove la domanda e l'offerta dei prestiti vengono effettuate, si è già in qualche suo aspetto delineato il carattere dei prezzi, che per tali prestiti vengono pagati.

Del prezzo per le operazioni a lunga scadenza non è qui il luogo di trattare, se non attraverso le considerazioni, che si verranno svolgendo in relazione a quello delle operazioni a breve scadenza o meglio ancora in rapporto allo sconto, che rappresenta il prezzo pagato per buona parte di dette operazioni.

Il rapido esame compiuto nella statica può fare però trasparire l'ulteriore svolgimento dell'interesse (intendendo specificatamente con questa parola il prezzo pagato per i prestiti a lunga scadenza) nella dinamica, in quanto, avendo considerato l'utilità in rapporto al processo produttivo del capitale ceduto ed il costo della cessione, si sono poste le basi per una concezione eclettica dell'interesse, la quale formerà oggetto di ulteriori studi, concezione che vuole tener conto del diverso punto di valutazione, dal quale partono il mutuatario ed il mutuante nel considerare il capitale ceduto.

in *Jahrbuch für Gesetzgebung* ecc., di Schmoller, 1909, vol. II, pag. 22 e seg., pag. 25 e seg. Cfr. anche la critica a BECKERATH di A. WEBER, *Depositenbanken und Spekulationsbanken*, München, Dunker und Humblot, 1922, pag. 169 e seg.

(¹) v. BECKERATH, *op. cit.*, pag. 27: « Eine Untersuchung der wirtschaftlichen Unterscheidung des Kapital- und Geldmarktes kann trotzdem bei diesem Unterschied der Fristigkeit nicht stehen bleiben..., denn wenn ein wesentlicher, allgemeingültiger wirtschaftlicher Unterschied der Kapitalmarkts- und Geldmarktskredite besteht, so muss er in dem Unterschied der Nutzung bei Kreditnehmer liegen ». Quando poi viene a specificare i bisogni così si esprime (pag. 52): « der Kapitalmarkt die langfristigen Kreditgeschäfte umfasst, bei denen es sich um die Beschaffung langdauernder Gebrauchsgüter für die Wirtschaft des Kreditnehmers handelt. Der Geldmarkt dagegen ist der Markt kurzfristiger Kredite, mittels deren der Kreditnehmer sich fungible Güter, Verbrauchsgüter und Geld zum unmittelbaren Konsum, zur Beschaffung von Dienstleistungen oder zu weiterem Umsatze erwirbt ». Ora non v'ha chi non veda, come questi bisogni rispecchino quelle condizioni di tempo dal BECKERATH criticate come troppo giuridiche e non economiche.

Dicendo capitale potrebbe sembrare invero, che il significato dato al mercato dei prestiti, come mercato di capacità d'acquisto, venga meno. In realtà questo contrasto fra quanto si affermò e quanto si asserisce ora non esiste, perchè altro è considerare, come facemmo, il mercato in sè e per sè ed altro è porlo in rapporto alla *mens* di chi in tale mercato interviene. In relazione al mercato questa è il colore e la capacità d'acquisto è l'essenza, mentre nei confronti del mutuatario e del mutuante il rapporto riesce invertito. E ciò appare ancora più vero, quando si pensi alle oscillazioni dei prezzi pagati per i prestiti, le quali, in quanto espressione dell'essenza del mercato rispecchiano la domanda e l'offerta della capacità di acquisto, mentre, in quanto il mercato poggia la sua attività sulle persone, che vi intervengono, avranno da queste fissate i due limiti estremi delle variazioni.

Il mutuante infatti, quando addivene al prestito pensa essenzialmente al sacrificio inerente alla cessione del suo capitale ed al rischio ad essa unito, mentre il mutuatario considera i vantaggi, che tale capitale potrà portare al processo produttivo o consuntivo, che egli ha intenzione di sviluppare.

Oltre al sacrificio richiesto dalla detta cessione, che ha la sua espressione nell'impedire la disponibilità del capitale per il periodo previsto, vi è pure quello che deriva dal fatto, che per l'accumulazione di un risparmio occorre sacrificare il presente per il futuro. In realtà però questo sacrificio, che è pure molto grave, non mi pare abbia influenza, ai fini dell'interesse, superiore a quello considerato per il fatto che l'accumulazione del risparmio è essenzialmente in funzione di un'opera di previdenza per il futuro ⁽¹⁾, alla quale è subordinato, come mezzo per rendere fruttifero (secondo la terminologia comune) il risparmio, il suo impiego ad interesse.

L'elemento rischio è connaturato nella vita concreta, soggetta a variazioni continuate, oltre che per ragioni fisiche, per lo sforzo

(1) Sulla finalità dell'accumulazione del risparmio così si esprime anche il BARONE, *Principi di Economia Politica*, Roma, Athenaeum, 1925, pag. 37. "L'uomo non risparmia semplicemente in vista di un interesse; risparmia per provvedere a bisogni futuri, propri e di altri „

continuo di previsione dell'uomo, sforzo già da noi considerato come il fattore perturbatore per eccellenza dell'organismo economico.

La domanda e l'offerta poggeranno così su queste differenti valutazioni e l'interesse sarà determinato in base alla legge generale dello scambio ⁽¹⁾, colla tendenza a fissarsi a quel livello che serva ad uguagliare la domanda all'offerta. Le sue oscillazioni in rapporto al variare della domanda e dell'offerta avranno in tale modo due limiti estremi. Il livello minimo sarà commisurato al sacrificio inerente alla cessione del capitale, dato che, se ad esso fosse inferiore, l'offerente non potrebbe addivenire al prestito; mentre quello massimo risponderà al vantaggio, o meglio al profitto, che dal suo uso si ripromette il richiedente. Naturalmente questi limiti si calcolano sull'offerta e sulla domanda marginali.

Il mercato delle capacità d'acquisto, fondandosi sul medio circolante, per una sua parte coinvolge, come già si accennò, il problema monetario. Nella statica il mercato fu considerato solo in rapporto ad una circolazione esclusivamente metallica, nella quale la velocità di circolazione era uguale all'unità.

Nella vita concreta una circolazione siffatta non esiste; esiste invece una circolazione complessa basata essenzialmente su titoli di credito, in particolare su banconote, le quali adempiono due funzioni: « personalizzazione di ogni credito, come biglietti di banca, e realizzazione di ogni valore reale come rappresentanti dell'oro, come *currency* ⁽²⁾ ».

⁽¹⁾ La nostra concezione porta alla riunione, dopo avervi apportate le opportune modificazioni, di due fra le molteplici teorie dell'interesse. Si può infatti vedere un ritorno alle teorie dell'astinenza e della produttività iniziate rispettivamente da SENIOR (*op. cit.*, pag. 551 e 666 e seg.) e da SAY (*Corso completo di Economia pratica*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie I, vol. 7, pag. 593 e seg.). Il significato da noi dato all'astinenza, vista attraverso il sacrificio dell'offerente, e quella di produttività, osservata attraverso i vantaggi sperati dal richiedente in rapporto al processo produttivo, vanno però tenuti presenti per non immedesimare la nostra concezione con quelle fondamentali delle teorie citate e neppure con quella di MARSHALL in parte alla nostra vicina. MARSHALL, *Principles*, *op. cit.*, pag. 81 e 293.

⁽²⁾ A. MULLER, *Versuche einer neuen Theorie des Geldes mit besonderer Rücksicht auf Grossbritannien*, Leipzig, Brockhaus, 1816, pag. 248.

Nella dinamica non si ha solo il *loan credit*, ma pure l'*exchange credit* ed è su questo, che viene a fondarsi la circolazione.

Il titolo di credito originario, il biglietto di banca, avente, secondo la concezione tradizionale, la sua base nel metallo, perde presto nella concezione volgare il significato della sua origine e si trasforma in mezzo di solvibilità, intervenendo in innumerevoli operazioni, accolto come liquidatore effettivo di obbligazioni, colla conseguenza di consentire una notevole riduzione nella quantità di metallo richiesto per l'uso monetario, quantità, che, intervenendo nel solo caso di domanda di rimborso del biglietto, viene commisurata ad un livello non inferiore al così detto *minimum* di apprensione ⁽¹⁾. Tale massa metallica, chiamata riserva, è (non considerando il caso di pagamenti internazionali) espressione delle due tendenze insite nel biglietto di banca, il quale come titolo di credito tende a tornare per la conversione all'istituto, che lo ha emesso e, come sostituto del metallo avente il suo stesso potere, tende a restare in circolazione.

Le considerazioni fatte sul valore della moneta nella statica non subiscono qui mutamento dato che il valore dell'unità monetaria non è derivazione di un valore, che il medio circolante ritrae dalla materia, della quale è composto, ma dalla sua quantità e dalla sua natura di bene strumentale. Vi sarà una sola variante rispetto al fattore quantità, giacchè nella dinamica interviene la velocità di circolazione ⁽²⁾, la quale potrà portare variazioni nel quantitativo effettivo di medio circolante richiesto, sostituendo ad esso una minore quantità, avente in sè un'elasticità automatica, funzione di detta rapidità di circolazione ⁽³⁾.

Ciò posto, una circolazione esclusivamente cartacea potrà equi-

⁽¹⁾ W. BAGEHOT, *Lombard Street*, London, Murray, 1927, pag. 303.

⁽²⁾ A. MESSEDAGLIA, *La Moneta e il sistema monetario in generale*, in *Opere scelte di Economia*, Verona, Accademia di Agricoltura, Scienze e Lettere, 1921, vol. II, pag. 292.

⁽³⁾ Cfr. GRAZIANI, *Revisione di alcune dottrine monetarie*. Estratto dal vol. L (parte prima) degli *Atti dell'Accademia di Scienze Morali e Politiche di Napoli*, 1926, pag. 22.

valere ad una metallica⁽¹⁾, in quanto che il medio circolante ha un valore in virtù del servizio, che compie, e non in rapporto alla sua essenza. Ed anche negli scambi internazionali essa potrebbe intervenire producendo, se bene curata, effetti pari a quelli della metallica, quando fra i vari Stati fosse fissato il suo potere liberatorio in rapporto alle obbligazioni reciproche.

Posti infatti, a guisa d'esempio, due paesi A e B, la cui bilancia dei pagamenti reciproci segnasse a danno di A un disavanzo di 100, il passaggio di 100 unità monetarie da A a B determinerebbe il rialzo del valore del biglietto in A, in quanto, verificandosi una contrazione della circolazione e permanendo in quel tempo stesso, costante il bisogno di medio circolante, la funzione, giusta i principio esposti, prevarrebbe sulla natura della moneta, mentre il viceversa accadrebbe in B, dove il medio circolante viene ad accrescersi ed il bisogno di moneta non presenta mutamenti⁽²⁾. Conseguenza di tutto ciò: se nei due paesi non si apportassero variazioni artificiali nella circolazione, si registrerebbero un aumento dei prezzi in B ed un ribasso in quelli in A, fenomeni questi che determinerebbero una corrente di esportazioni da A verso B ed il conseguente rifluire di biglietti da B verso A. L'equilibrio primitivo fra B e A sarebbe in tale modo automaticamente ristabilito.

Nell'odierna economia l'oro è assunto quale fondamento del medio circolante e gelosamente viene custodito come riserva della circolazione⁽³⁾. Ciò però non deve significare, che il valore della cir-

⁽¹⁾ Cfr. la concezione di G. F. KNAPP, *Staatliche Theorie des Geldes*. München, Dunker, 1923, pag. 20 e seg., la quale, pure partendo da principi diversi, giunge invero alla stessa affermazione. Sul cartalismo, cfr. LORIA, *Le peripezie monetarie del dopo guerra*, in *Annali di Economia*, novembre, 1924, pag. 1 e seg.

⁽²⁾ Se i pagamenti raggiungessero cifre elevate starebbe nell'abilità di chi è ad essi preposto di farli in modo che d'un tratto non avvenga una contrazione eccessiva di circolazione capace di paralizzare la vita economica del debitore e di provocare danni ingenti anche al creditore.

⁽³⁾ Sull'importanza attribuita all'oro in rapporto alle banche emissione vedansi: E. G. PEAKE, *An academic study of some money market and other statistics*, London, King, 1926, pag. 84 e seg., e F. MLYNARSKI, *Gold and Central Bank*, New York, Macmillan 1929, passim.

colazione derivi da detto metallo in quanto, come già si è affermato, è fissato in base ai principi dell'utilità marginale. La riserva pertanto, come scrisse anche il Cassel⁽¹⁾, non ha influenza come base di detto valore. Essa esiste in quanto, assunto quale medio circolante l'oro e come suo sostituto il biglietto, bisogna dare modo, che la carta possa essere convertita col metallo, del quale dovrebbe essere composta la circolazione.

Perchè questo si verifichi non occorre naturalmente una riserva totale, ma una riserva, che rappresenti una percentuale della circolazione complessiva fissata in base alla valutazione delle possibili richieste di rimborso⁽²⁾, valutazione questa che coinvolge non solo il calcolo di medie, ma pure la teoria degli errori rappresentata dal rapporto fra la frequenza e la deviazione. La convertibilità sarà in tale modo garantita e nessun turbamento potrà in virtù sua derivare.

Tale possibilità di turbamenti non va certamente posta in rapporto al fatto che dalla convertibilità possa provenire valore al biglietto, ma in relazione al fatto che una mancata conversione di biglietti in metallo può determinare stati psicologici di panico, capaci di operare sul normale svolgimento della circolazione. La mancata conversione infatti agisce in quanto suona insolvenza dell'istituto non in quanto toglie, in senso astratto, valore al biglietto, perchè questo, come è risaputo, lo deriva dalla quantità della moneta e dalla sua natura di bene strumentale. Tali turbamenti nel suo valore sono quindi da considerarsi come il portato delle alterazioni nel ritmo normale della circolazione provocate dalla reazione dei fattori psicologici scossi dalla detta mancata conversione.

La riserva in tale modo considerata è anche elemento di delimitazione della circolazione complessiva, in quanto questa non potrà mai avere con quella un rapporto inferiore alla percentuale fissata. Ora, dato che tale livello è l'espressione di un esame delle condizioni particolari di ogni paese in rapporto alle sue necessità di

(¹) G. CASSEL, *Money and foreign exchanges after 1914*, London, Constable, 1927, pag. 105. *Das Stabilisierungs Problem*, Leipzig, G. Loeckner, 1926, pag. 36.

(²) Cfr. F. Y. EDGEWORTH, *The mathematical theory of banking*, in *Journal of Royal Statistical Society*, Marzo 1888, pag. 114.

medio circolante⁽¹⁾, si può asserire, che la riserva, considerata nella sua percentuale minima, è elemento di misura del quantitativo minimo di moneta richiesto per gli scambi o, può dirsi anche, elemento di valutazione dell'ammontare necessario, affinchè l'utilità della moneta in rapporto alla sua funzione risponda a quella della stessa in rapporto alla sua natura.

Ma, ancora considerata come rapporto, che deve essere mantenuto colla circolazione complessiva, può essere, per una parte, indice dell'andamento degli scambi, in quanto dalle variazioni delle percentuali al di sopra del minimo si ha l'espressione dell'andamento delle variazioni del medio circolante.

Il biglietto non è che uno solo dei mezzi, nei quali prende forma la capacità d'acquisto. Le stesse considerazioni, che portano a ritenerlo sostituto del metallo, danno vita a nuove forme di credito⁽²⁾.

I biglietti di banca infatti non restano tutti in circolazione, ma parte di essi, in diversa misura, giusta le consuetudini e lo sviluppo bancario, vanno a depositarsi presso istituti, i quali non hanno tale diritto di emissione ma compiono solo funzioni di intermediari⁽³⁾.

Siffatti istituti, ripetendo quanto è stato compiuto in origine dagli istituti di emissione in rapporto alla moneta metallica, sulla base di tali depositi fanno credito ai loro clienti, dando vita a quella speciale forma di medio circolante, rappresentato dal *deposit currency*⁽⁴⁾ del Laughlin e dal *circulating credit* del Fisher⁽⁵⁾.

⁽¹⁾ Cfr. A. DE VITI DE MARCO, *Moneta e Prezzi*, Città di Castello, Lapi, 1885, pag. 88.

⁽²⁾ Sulla moneta bancaria cfr. CABIATI, *Principi di Politica Commerciale*, Genova, S. G. E., 1924, pag. 28 e seg.

⁽³⁾ DEL VECCHIO, *La teoria dello sconto*, in *Giornale degli Economisti*, suppl. agosto 1914, pag. 5.

⁽⁴⁾ LAUGHLIN, *op. cit.*, pag. 118.

⁽⁵⁾ FISHER, *op. cit.* pag. 33. L'espressione "*circulating credit*", riporta a W. HUSKISSON (*The question concerning the depreciation of our currency stated and examined*, London, Murray, 1810, pag. 2 seg.), che però la usò con diverso significato.

Fra l'operazione compiuta dall'istituto emittente coll'emissione dei biglietti e quella effettuata dalle banche ordinarie nella creazione del credito circolante l'analogia è però puramente esteriore, in quanto nel primo caso il riferimento alla riserva, per dare valore ai biglietti, è del tutto formale, mentre nel secondo il rapporto coi depositi è fondamentale, in quanto tale credito circolante trae il proprio valore dai biglietti di banca, che la banca deve essere pronta a sostituire ad ogni richiesta.

Per questa via si ha anche la dimostrazione dello stretto rapporto, che esiste fra il credito circolante ed i biglietti di banca al fine di impedire processi inflazionistici.

Dovendosi infatti quelli scambiarsi con questi, il credito circolante dovrà in certo qual modo commisurarsi a questi attraverso l'osservazione dell'indice del loro quantitativo, la riserva.

Se infatti i biglietti di banca sono in stretta relazione colla riserva, in quanto la percentuale sua è espressione del loro quantitativo, il credito circolante, che è legato ai biglietti di banca, lo sarà pure alla riserva (¹). Ma, se per coloro, che ritengono la riserva elemento di valore per il medio circolante, tale relazione è considerata come possibilità di prelevamento di parte corrispondente della riserva metallica coll'effetto di alterare la percentuale e quindi di presentare serio danno alla convertibilità dei biglietti, per chi invece la ritiene espressione del limite di circolazione, tale rapporto appare, nell'abbassamento della percentuale, un processo inflazionista, capace quindi di alterare il valore della moneta, fissato in base alla teoria dell'utilità marginale. Da qui le conseguenti contrazioni di circolazione, partenti da due moventi opposti e giungenti al fine unico di ristabilire il rapporto della percentuale. La contrazione della circolazione, riducendo la base per la conversione del credito circolante nei biglietti di banca, avrà per naturale effetto di ridurlo e così la situazione verrà ristabilita.

Il credito non si esaurisce in queste sole forme, ma sempre più prende sviluppo.

(¹) H. WITHERS, *The meaning of money*, London, Murray, 1924, pagg. 34 e 77

La tendenza insita nell'economia moderna a rendere simbolici i pagamenti, i quali secondo la terminologia del Messedaglia ⁽¹⁾, possono così essere « di delegazione e assegnamento e di compensazione » a seconda se si effettuano mediante titoli girabili, rispondenti ad una obbligazione pecuniaria, come la cambiale, il mandato, il biglietto di banca o mediante compensazione sui libri o nelle stanze di compensazione, favorisce maggiormente tale sviluppo. Di conseguenza si richiede una cura sempre più vigile del processo circolatorio.

Da tutto ciò risulta l'importanza dell'istituto preposto alla emissione dei biglietti e, come tale, al governo della circolazione, in quanto esso ha la cura non solo dei suoi biglietti, ma pure di tutti gli altri titoli di credito, che ripetono l'origine loro al di fuori dell'istituto stesso, in quanto questi possono accrescere i mezzi di scambio.

Il processo circolatorio non è un fenomeno sviluppantesi in virtù di un istituto, che provvede all'emissione di un quantitativo determinato di biglietti, bensì da domande rivolte all'istituto medesimo per fare fronte alle necessità degli scambi. Nella selezione di queste si ha una delle basi per la sicurezza della circolazione.

Gli istituti di emissione sono pertanto il centro di tutto il sistema bancario, essendo essi i regolatori del medio circolante ⁽²⁾ e, come tali, capaci di avvertire sin dove il credito può espandersi.

Fu merito dei sostenitori del *Banking principle*, che nello Smith e nel Bosanquet ⁽³⁾ ebbe i precursori, ed in particolare del Fullarton, l'aver studiato attentamente il processo di flusso e di riflusso dei biglietti. Era questo infatti uno dei cardini della dottrina, che affermava l'automaticità dell'adattamento del medio circolante alle necessità degli scambi.

⁽¹⁾ MESSEDAGLIA, *Il credito*, in *Opere scelte di Economia*, op. cit., vol. II, pag. 413.

⁽²⁾ Cfr. C. H. KISCH e W. A. ELKIN, *Central Banks*, London, Macmillan, 1928, pag. 101 e seg.

⁽³⁾ C. BOSANQUET, *Practical observations on the Report of Bullion Committee*, London, 1810. Questi estese, contrariamente a SMITH, alle emissioni l'impotenza delle banche sostenuta da SMITH in rapporto ai prezzi. Vedasi la celebre replica di RICARDO, il precursore del *currency principle*, a questo saggio, in *Works*, pag. 305 e seg.

L'emissione dei biglietti di banca procede in virtù di due operazioni, che l'istituto emittente compie: le anticipazioni e gli sconti, operazioni tutte di brevissima durata, giusta la massima, che regola la politica bancaria « per non liquidare bisogna essere sempre pronti a liquidare » ⁽¹⁾.

Il processo di emissione ha in sè, in condizioni di normalità, una forza regolatrice, che fa sì che i biglietti esuberanti rientrano all'istituto stesso, giusta la legge di riflusso o di Fullarton, dal nome del suo formulatore. Il riflusso avviene, secondo Fullarton, mediante il versamento delle somme esuberanti ad una banca sotto forma di depositi, mediante il ritorno dei biglietti per il ritiro dei titoli depositati a garanzia delle anticipazioni, ed infine in virtù di una richiesta di metallo ⁽²⁾. E ciò avviene anche quando non un solo istituto provveda all'emissione di biglietti ⁽³⁾.

Di questa concezione può farsi uso anche da chi alla riserva non guardi, al pari dei teorici del *Banking principle*, come alla determinante del valore della moneta circolante, ma come al limite minimo necessario, perchè la moneta adempia la sua funzione, in quanto il principio in essa consacrato trova sempre attuazione da qualsiasi punto di vista si consideri il problema monetario.

Il punto, dal quale ci si diparte, è là dove l'automaticità del riflusso è attribuita al fatto della piena convertibilità col metallo, dissenso però non fondato come in Torrens ⁽⁴⁾ nell'assoluta negazione della piena rispondenza della legge alla realtà, ma nella diversità di concezione dell'elemento regolatore. Mentre infatti da Fullarton e dagli altri teorici della scuola bancaria è riferito ad una concezione metallica della moneta, innestantesi nel costo di produzione, da noi invece è riportato ad una concezione puramente ideale della

⁽¹⁾ Cfr. P. ROTA, *Principi di scienza bancaria*, Milano, Agenzia internazionale, 1872, pag. 160.

⁽²⁾ J. FULLARTON, *On the regulation of currencies*, London, Murray, 1845, pag. 64 e seg.

⁽³⁾ Cfr. T. TOOKE, *History of prices and the state of circulation from 1839 to 1847 inclusive* (vol. IV dell'opera), London, Longman, 1848, pagg. 184-185.

⁽⁴⁾ R. TORRENS, *An inquiry into the practical working of the proposed arrangements for the renewal of the Charter of Bank of England and the regulation of the fallacies advanced by Mr. Tooke*, London, Smith Elder, 1844, pag. 48 e seg.

moneta, ricollegata alla teoria dell'utilità marginale. Ed ecco quindi, che l'efflusso ed il riflusso dei biglietti è riferito al principio della commisurazione al limite minimo del bisogno della circolazione in rapporto agli scambi ed alla piena rispondenza di tale necessità al movimento degli affari. Siffatta rispondenza risulta automatica al pari di quella della scuola bancaria, giacchè, mentre questa, per ottenere tale automaticità, curava, attraverso la convertibilità, il metallo prezioso della riserva, da parte nostra invece si cura in particolare l'andamento del livello generale dei prezzi, quale indice della rispondenza del medio circolante ai bisogni degli scambi.

Lo sconto, costituendo la forma più importante, attraverso la quale si addivene all'espansione del medio circolante, ha così stretto rapporto coi problemi della circolazione.

Considerato sotto questo particolare aspetto, il prezzo pagato per l'uso di una determinata capacità d'acquisto per un periodo di breve durata (saggio dello sconto) appare, se bene governato, il portato di una forza difensiva, che l'organismo economico oppone alle forze offensive, poste in essere dall'uomo nel suo sforzo continuo di previsione al fine di assicurarsi i massimi vantaggi.

11. - Il problema della natura del saggio dello sconto è di data relativamente recente. Il periodo mercantilista, che si occupò esclusivamente della moneta come fonte di ogni ricchezza, che portò così ad identificare il capitale colla moneta, riteneva l'interesse il reddito ricavato dal capitale monetario⁽¹⁾. Distinzione pertanto fra interesse e sconto non poteva esservi. Si ebbe in tale modo Locke, che affermò, che la diminuzione di valore dei metalli preziosi per la loro maggiore abbondanza comporta diminuzione del valore d'uso di una particolare parte di essa e di conseguenza riduzione dell'interesse⁽²⁾. Contro questa concezione già Hume aveva levato la sua voce, affer-

⁽¹⁾ V. SIVERS, *Beitrag zur Geschichte der Theorie des Diskonts*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 1872, vol. XIX, pag. 64 e seg.

⁽²⁾ J. LOCKE, *Ragionamenti sopra la moneta, l'interesse del danaro, le finanze e il commercio*, Firenze, Bouducci, 1751, vol. I, pag. 16 e seg. e passim.

mando che la moneta ha un valore fittizio⁽¹⁾. Ma ecco Turgot a respingere completamente ogni avanzo di mercantilismo ed a precisare che ogni merce ha le due proprietà fondamentali della moneta di essere misura e rappresentazione di ogni valore. I principi fissati dal Turgot⁽²⁾ sono sviluppati dagli economisti classici⁽³⁾ e dai loro discepoli, per i quali la moneta ha una utilità indiretta e questa concezione domina tutto il problema dell'interesse, che viene così riguardato in rapporto al capitale e non già alla moneta. Espressione tipica ne sono le parole di Walker: « (L'interesse) è la retribuzione pagata per l'uso, non della moneta, ma del capitale. La moneta è solo una delle molteplici forme del capitale, e nei prestiti è usualmente solo il mezzo per effettuare un passaggio di forme di capitale diverse da sè stessa »⁽⁴⁾. Lo sconto quindi, pure riconosciuto come particolare prezzo per la disponibilità di una determinata capacità d'acquisto, viene ad essere completamente assorbito dalla concezione dell'interesse⁽⁵⁾.

A questi principi si oppone il Prof. Supino, per il quale lo sconto ha un carattere prettamente monetario, che lo distingue dall'interesse e lo pone in stretto rapporto coi problemi della circolazione, dai quali viene fatto dipendere.

Il problema, come da noi posto, porta ad una concezione intermedia fra le estreme. L'unicità del mercato, dove l'interesse e lo sconto vengono pagati come prezzi per la disponibilità di determinate capacità di acquisto, ne è già elemento di affinità.

Ma ancora la natura identica dell'oggetto della contrattazione porta a maggiormente affermare tale affinità.

⁽¹⁾ D. HUME, *Of interest*, in *Essays and Treatises*, London, Millar, 1767, vol. I. pag. 337.

⁽²⁾ C. R. J. TURGOT, *Réflexions sur la formation et la distribution des richesses*, (ed. Daire), *Collections des principaux Economistes*, Paris Guillaumin, 1844, vol. III, p. I, pag. 28.

⁽³⁾ RICARDO, *The high price of bullion*, in *Works*, pag. 284.

⁽⁴⁾ WALKER, *Money in its relations to trade and industry*, London, Macmillan, 1889, pag. 80.

⁽⁵⁾ Cfr. tra altri GRAZIANI, *Istituzioni di Economia*, op. cit., pag. 427.

Tuttavia differenze esistono e sarà opportuno esaminarle e stabilire l'efficacia loro nel distinguere l'interesse dallo sconto.

Il saggio dello sconto presenta, nella sua determinazione, l'intervento di un elemento volitivo (che completamente fa difetto nell'interesse) capace di stabilire il prezzo ad un livello non pienamente rispondente alla situazione presente, ma necessario perchè le condizioni di domani rispondano a determinati fini.

Tale elemento, che si afferma con pienezza nel saggio ufficiale, cioè in quello fissato in forma ufficiale dall'Istituto di emissione per lo sconto di cambiali ad esso presentate, non manca di farsi sentire anche nel saggio di sconto di mercato, quello cioè stabilito dalle banche nelle libere contrattazioni, il quale, oltre possedere in parte, per virtù sua, tale elemento volitivo ⁽¹⁾, ne risente attraverso il suo adattamento al saggio ufficiale. Tale adattamento è in funzione del potere dello Istituto di emissione rispetto alle altre banche, le quali rappresentano colla banca centrale la fonte dei prestiti a breve scadenza ⁽²⁾.

Questi infatti sono esclusivamente compiuti dalle banche, fatto che ha portato il Sidgwick a ritenerlo elemento distintivo dello sconto in rapporto all'interesse, in quanto questo, non richiedendo intervento alcuno di banche, non dovrà contenere la remunerazione dell'opera del banchiere ⁽³⁾.

Nella statica già si è vista la funzione della banca, considerata come intermediario fra l'offerta e la domanda di capitali, nella dinamica tale carattere viene mantenuto, salvo qualche eccezione, che si manifesta nel limitare le operazioni attive delle banche ai prestiti a breve scadenza, perchè il tratto fondamentale di un istituto di credito ordinario, dati i rapidi movimenti del risparmio, determi-

⁽¹⁾ Cfr. E. T. POWELL, *The evolution of the money market*, London, Macmillan, 1916, pag. 258 e seg.

⁽²⁾ H. SIDGWICK, *Principles of political Economy*, London, Macmillan, 1924, pag. 250 e seg.

⁽³⁾ Cfr. sulla capacità di rialzare lo sconto da parte di una grande banca LORIA, *Il valore della moneta*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie IV, vol. 6 (7, 8) pag. 82.

nati dallo sforzo di previsione del futuro proprio di ogni azione dell'uomo, deve essere la possibilità di pronta restituzione delle somme avute in deposito.

Il dominio dell'istituto di emissione sul mercato dei prestiti a breve scadenza, ed in ispecie l'influenza effettiva del saggio di sconto ufficiale su quello di mercato si verifica ancora oggi liberamente nei momenti di tensione monetaria, nei momenti cioè nei quali le disponibilità del mercato libero tendono a diminuire.

Tale dominio si riscontra automaticamente là dove, come in Inghilterra, le banche ordinarie depositano le loro disponibilità eccedenti presso la Banca d'Inghilterra ⁽¹⁾, giacchè, mentre esse si fanno a ritirare tali depositi, sono costrette a rialzare il saggio dello sconto per allontanare le domande di prestiti.

Le nuove domande allora si rivolgeranno all'istituto emittente, il quale, privato anche dei depositi delle banche ordinarie, sarà costretto ad un nuovo rialzo del saggio ufficiale, al quale si uniformerà pure il saggio di mercato al fine di evitare, che le domande si rivolgano alle banche ordinarie. Analogo risultato si ottiene anche quando le banche non tengono depositi presso l'istituto d'emissione. La mancanza di disponibilità porterà a risconti presso la banca di emissione e per questa via il saggio di mercato dovrà uniformarsi a quello ufficiale.

E, se anche al risconto le banche non vogliano addivenire, saranno però pure sempre obbligate, data la scarsità delle loro disponibilità, ad elevare il loro saggio di sconto per liberarsi dalle domande di prestito e farle rivolgere alle banche di emissione ⁽²⁾.

⁽¹⁾ Cfr. *Evidence of Th. M. Weguelin and Sheffield Neave before the select Committee on Bank Acts*, 19 Maggio 1857, Domanda N. 493, in T. E. GREGORY, *Select Statutes, Documents and Reports relating to British Banking, 1832-1928*, London, Oxford University Press, 1929, vol. II, pag. 58.

Sul mercato monetario inglese si vedano fra altri:

SUPINO, *Il mercato monetario internazionale*, Op. cit., pag. 132 e seg.

DEL VECCHIO, *Il mercato monetario*, in *Annali di Economia*, gennaio 1927, pag. 311 e seg.

K. KOCH, *A study of interest rates*, London, King, 1929, pag. 205 e seg.

⁽²⁾ Esempi di queste condizioni sono molteplici. Valga qui rammentare quanto accadde in Ungheria nel 1923 come caso tipico di tale azione di adattamento

L'effetto quindi delle oscillazioni del saggio ufficiale di sconto su quello di mercato sono immediate ⁽¹⁾.

Ma ancora, se il saggio ufficiale di sconto non può da solo esercitare pronta influenza su quello di mercato non mancano espedienti, perchè la sua azione risulti capace di effetti. Il saggio ufficiale di sconto trova nelle disponibilità del mercato la forza, che si oppone al suo influsso.

Un rialzo od un ribasso dello sconto ufficiale, quando le banche abbiano larghi mezzi a loro disposizione e sappiano opportunamente manovrarli, non può avere che scarsa efficacia sul mercato, il quale segue i movimenti della domanda e dell'offerta ⁽²⁾ in esso praticate. L'azione sua pertanto avrà effetto, se l'offerta è sotto il suo controllo. Da qui una delle principali cause della tanto richiesta condizione che « la banca centrale debba essere il banchiere delle banche e debba agire come liquidatore per le differenze di compensazione fra dette banche » ⁽³⁾. Nelle accennate condizioni solo un saggio ufficiale inferiore a quello di mercato, caso rarissimo a verificarsi, potrebbe avere efficacia. La fortunata epoca di Bagehot, nella quale disponibilità al di fuori della Banca d'Inghilterra non esistevano, è ormai lontana, e, come nota anche Withers ⁽⁴⁾, il grande istituto emittente è obbligato, al fine di ridurre le masse disponibili a ricorrere ad espedienti, a provvedere cioè sia a vendite di titoli a lunga scadenza per ricomperarli a termine, sia alla conclusione di prestiti colle banche ordinarie. In questo modo le disponibilità vengono tolte dal mercato e la situazione dell'istituto si presenta in rapporto al mercato stesso come nei periodi di tensione monetaria.

ed anche di superamento del saggio di mercato in rapporto a quello ufficiale per allontanare dalle banche ordinarie le richieste di sconti. Cfr. il mio studio *L'Ungheria Economica*, Padova, Cedam, 1929, pag. 93.

⁽¹⁾ I. PALGRAVE, *Bank rate and money market in England, France, Germany, Holland and Belgium*, 1844-1900, London, Murray, 1903, pag. 104.

⁽²⁾ ANDERSON, *Bank money and the capital supply*, in *National Chase Bank Bulletin*, 8 Novembre 1926, pagg. 14-15.

⁽³⁾ E. HARVEY, *Central Banks*, London, General Press, 1929, pag. 19.

⁽⁴⁾ WITHERS, *The meaning ecc. op. cit.* pag. 229 e seg.

Se non sempre a queste misure si addiviene, e se alle volte i due saggi sembrano presentare notevoli differenze, ⁽¹⁾ ciò non impedisce però di affermare, che l'istituto di emissione può raggiungere gli effetti desiderati, quando lo voglia, ⁽²⁾ e che pertanto l'elemento volitivo del saggio ufficiale, si rispecchia anche in quello di mercato ⁽³⁾.

Tale elemento volitivo ha però un campo definito d'azione, in quanto alterazioni al di là di quelli, che possono essere i limiti di oscillazione tollerata in rapporto ai prestiti a lunga durata, possono

⁽¹⁾ Sui rapporti fra saggio di sconto ufficiale e di mercato vedasi l'ampia trattazione di ARIAS, *Principi ecc.*, op. cit., pag. 406 e seg.

⁽²⁾ J. R. BELLERBY, *Monetary Stability*, London, Macmillan, 1925, pag. 42 e seg.

⁽³⁾ I seguenti dati, specie quelli per l'Inghilterra, possono essere prova dello stretto legame, che unisce il saggio di sconto ufficiale a quello di mercato.

	INGHILTERRA		GERMANIA		FRANCIA	
	saggio sconto ufficiale	saggio sconto di mercato <i>cambiali a tre mesi</i>	saggio sconto ufficiale	saggio sconto di mercato	saggio sconto ufficiale	saggio sconto di mercato
1925						
Gennaio	4	3,80	10	8,38	7	6,40
Febbraio	—	3,83	9	8,00	—	6,31
Marzo	5	4,48	—	8,00	—	6,31
Aprile	—	4,30	—	8,00	—	6,37
Maggio	—	4,59	—	8,00	—	6,30
Giugno	—	4,44	—	7,83	—	6,00
Luglio	—	4,35	—	7,88	6	5,47
Agosto	4 1/2	3,94	—	7,78	—	5,22
Settembre	—	3,68	—	7,27	—	5,37
Ottobre	4	3,57	—	7,16	—	4,92
Novembre	—	3,92	—	6,78	—	4,78
Dicembre	5	4,67	—	6,75	—	4,80
1926						
Gennaio	—	4,76	8	6,28	—	4,57
Febbraio	—	4,31	—	5,46	—	4,27
Marzo	—	4,37	7	5,00	—	4,25
Aprile	—	4,33	—	4,88	—	4,25
Maggio	—	4,37	—	4,69	—	5,15
Giugno	—	4,27	6 1/2	4,53	—	5,73
Luglio	—	4,26	6	4,54	7 1/2	6,00
Agosto	—	4,45	—	4,61	—	7,00
Settembre	—	4,54	—	4,88	—	6,98
Ottobre	—	4,69	—	4,82	—	7,25
Novembre	—	4,57	—	4,63	—	6,69
Dicembre	—	4,53	—	4,72	6 1/2	5,77

determinare un ritiro di capitali da detti investimenti sia in conseguenza delle scadenze, che vengono maturando, sia anche per cessione a capitale straniero dei titoli rappresentativi.

Prova di questa funzione moderatrice dell'interesse si ha nell'esame delle medie delle oscillazioni del saggio dell'interesse e del

	INGHILTERRA		GERMANIA		FRANCIA	
	saggio sconto ufficiale	saggio sconto di mercato <i>cambiali a tre mesi</i>	saggio sconto ufficiale	saggio sconto di mercato	saggio sconto ufficiale	saggio sconto di mercato
1927						
Gennaio	—	4,17	5	4,20	—	4,99
Febbraio	—	4,19	—	4,23	5 1/2	4,45
Marzo	—	4,33	—	4,59	—	3,89
Aprile	4 1/2	4,04	—	4,61	5	3,17
Maggio	—	3,88	—	4,90	—	2,46
Giugno	—	4,34	6	5,39	—	2,25
Luglio	—	4,33	—	5,90	—	2,13
Agosto	—	4,33	—	5,82	—	2,04
Settembre	—	4,32	—	5,90	—	2,01
Ottobre	—	4,32	7	6,69	—	1,82
Novembre	—	4,33	—	6,76	—	2,75
Dicembre	—	4,31	—	6,87	4	2,95
1928						
Gennaio	—	4,19	—	6,27	3 1/2	2,81
Febbraio	—	4,18	—	6,20	—	2,75
Marzo	—	4,12	—	6,72	—	2,72
Aprile	—	4,02	—	6,71	—	2,62
Maggio	—	3,97	—	6,66	—	2,62
Giugno	—	3,82	—	6,59	—	2,90
Luglio	—	3,99	—	6,74	—	3,12
Agosto	—	4,27	—	6,68	—	3,23
Settembre	—	4,23	—	6,65	—	3,26
Ottobre	—	4,35	—	6,57	—	3,37
Novembre	—	4,38	—	6,28	—	3,37
Dicembre	—	4,37	—	6,28	—	3,41
1929						
Gennaio	—	4,32	6 1/2	5,80	—	3,50
Febbraio	5 1/2	5,05	—	5,80	—	3,39
Marzo	—	5,33	—	6,31	—	3,37
Aprile	—	5,21	7 1/2	6,63	—	3,44
Maggio	—	5,21	—	7,49	—	3,49
Giugno	—	5,32	—	7,50	—	3,50
Luglio	—	5,38	—	7,39	—	3,50
Agosto	—	5,47	—	7,18	—	3,50
Settembre	6 1/2	—	—	—	—	—

Per l'Inghilterra e per la Germania l'andamento dei due saggi dimostra maggiore correlazione di quello che non si presenti per la Francia, dove l'istituto di emissione in alcuni tempi non influisce coll'efficacia dovuta sul mercato.

saggio ufficiale dello sconto (considerato come maggiormente partecipante di detto elemento volitivo e come indice di quello di mercato) nel periodo 1900-1929 per l'Inghilterra, la Germania e la Francia ⁽¹⁾.

Stato	Periodo	Media interesse	Media saggio sconto ufficiale
Inghilterra	1900-1910	2.90	4.00
	1911-1920	4.06	4.93
	1921-1929	4.59	4.81
Germania	1900-1910	3.57	4.85
	1911-1920	4.56	4.91
	1921-1929	7.23	13.22
Francia	1900-1910	3.05	3.50
	1911-1920	4.26	4.33
	1921-1929	5.32	5.58

Ciò prova come fra le medie dell'interesse e dello sconto non vi siano differenze profonde nel senso di disparità di andamento, ma che anzi fra i due fenomeni vi sia un certo parallelismo nel movimento ⁽²⁾.

Ciò è già ottimo indizio, che, aggiungendosi alla constatata identità di mercato e di natura dell'oggetto dell'obbligazione serve sempre più a ricollegare i due prezzi.

L'obiezione delle rapide variazioni, alle quali fa riscontro la costanza dell'interesse ⁽³⁾, non credo, abbia una efficacia demolitrice dell'affinità riscontrata.

⁽¹⁾ Queste medie furono calcolate sui dati pubblicati nell'*Appendice*.

⁽²⁾ L'adattamento va considerato non nelle oscillazioni minime attorno al livello dell'interesse ma nel complesso delle variazioni.

⁽³⁾ SUPINO, *Il mercato monetario internazionale*, op. cit., pag. 198 e seg. — Cfr. N. G. PIERSON, *Leerboek der Staatshuishoudkunde* (ed. Wotzel), London, Macmillan, 1902, vol. I, pag. 226 e seg.

Senza infatti entrare ad osservare, se ciò sia piuttosto il portato, come già riteneva Nebenius ⁽¹⁾, di una diversa considerazione dei guadagni possibili nei prestiti a breve ed in quelli a lunga scadenza, in quanto nei primi si curerebbe il guadagno immediato e nei secondi la media dei guadagni sperabili, o se rispecchi più propriamente le condizioni del mercato, in questa sua parte in continuo stato di alterazione per le domande e le offerte e gli arresti improvvisi sia nelle une sia nelle altre, l'esame statistico delle variazioni in periodi di tempo relativamente lunghi, riducendo tali differenze a proporzioni molto minori e segnando movimenti analoghi nei due saggi, è elemento sufficiente per considerare quelle oscillazioni come fenomeni transitori dovuti a particolari condizioni del mercato.

Una tendenza all'equilibrio fra interesse e sconto non può pertanto essere esclusa, in quanto ciò significherebbe assoluta immobilità del risparmio nei vari impieghi.

Se è vero, che i prestiti a lunga scadenza non possono facilmente essere resi liquidi, è però vero, che non tutti hanno una stessa durata e che quindi si hanno continue maturazioni, che consentono, come già si affermò, il passaggio da impieghi di lunga a quelli di breve scadenza.

Ora, se l'effetto di questi passaggi non può essere di pronta e completa efficacia, perchè non sempre immediato, in quanto legato a scadenze, ciò nondimeno non può escludersi, come è apparso, la sua efficacia quale elemento moderatore.

Senza pertanto giungere alla perfetta subordinazione del saggio medio dello sconto a quello dell'interesse ⁽²⁾ si può asserire, che un legame di dipendenza del primo rispetto al secondo esiste, legame non con limiti rigidi, ma con la naturale latitudine richiesta dal suo carattere specifico di correttore di situazioni.

⁽¹⁾ FR. NEBENIUS, *Der öffentliche Credit*, Baden, Marx'schen, 1829, pag. 79.

⁽²⁾ MARSHALL, *Minutes of evidence before Royal Commission on the values of Gold and Silver* (1887, 1888). Domande 9651, 9678, 9686, *Minutes of evidence before Committee on Indian Currency* (1899). Domanda 11.768, in *Official Papers*, London, Macmillan, 1926, pag. 41, 49, 51 e 272.

— *Money, Credit, Commerce*, London, Macmillan, 1924, pag. 255.

L'essenza del tratto distintivo dello sconto in rapporto all'interesse va esaminata attraverso il carattere speciale dei prestiti a breve scadenza, già rilevato, sia pure frammentariamente, nel corso dell'esposizione.

Il prestito a breve scadenza, che, come quello a lunga durata, rappresenta una cessione di una determinata capacità d'acquisto, si svolge a differenza del primo, come già è risaputo, esclusivamente mediante l'intervento delle banche, e più particolarmente mediante l'intervento dell'istituto emittente e delle banche di deposito. Già si è detto, come questi dispongano di particolari mezzi di scambio, i biglietti di banca ed il credito circolante, il quale ultimo, essendo fondamento della circolazione degli chèques, viene a tenere nella circolazione complessiva il posto di un quantitativo equivalente di biglietti. La sua funzione, che lo fa uguagliare al biglietto di banca era stata avvertita anche da Fullarton, che così si era espresso: « La massa complessiva della circolazione di questo Paese può essere domani mutata in un sistema di crediti su libri, trasferibili per mezzo di chèques, o d'altra parte tutti i nostri conti correnti presso le banche possono essere mutati in biglietti ed in nessuno dei due casi il corso degli scambi monetari sarà essenzialmente disturbato od alterato » ⁽¹⁾. Non fu però merito esclusivo di Fullarton l'averla notata, giacchè fin dal 1790 Hamilton ne aveva avvertita tutta l'importanza, affermando, dopo avere accennato ai prestiti bancari trasferibili per mezzo di chèques: « il credito circola tenendo in ogni fase l'ufficio della moneta » ⁽²⁾.

L'origine degli cheques viene ripetuta dai depositi, i quali a loro volta derivano o da pagamenti fatti alla banca in moneta o da crediti dalla banca stessa concessi ai clienti ⁽³⁾.

Se solo dalla prima fonte derivasse il deposito, gli chèques, che ne costituiscono la mobilitazione messa a disposizione del deponente dalla banca, verrebbero a sostituire la moneta incassata,

⁽¹⁾ FULLARTON, *op. cit.*, pag. 41.

⁽²⁾ A. HAMILTON, *Report on a National Bank*, 13 Dicembre 1790, pag. 2.

⁽³⁾ Cfr. R. MCKENNA, *Postwar banking policy. A series of addresses*, London, Heinemann, 1928, pagg. 4-5.

e la circolazione invece di risultare di biglietti di banca, sarebbe composta di biglietti e di chèques. Naturalmente non tutta la massa dei depositi può corrispondere in un dato momento a quella degli chèques, ed allora la relazione che fra di essi intercede è la stessa, che esiste fra la moneta « in circolazione » e quella « possibile » ⁽¹⁾. Ma accanto alla prima forma di deposito, che si può chiamare deposito reale, sta l'altra creata contro cambiali, titoli ecc., che si può denominare deposito virtuale. Qui la banca non funziona, come nel primo caso, da cassiere per conto del cliente, ma è essa stessa che dà al cliente una determinata capacità d'acquisto. La banca pare in tale modo trovarsi in condizione di creatrice del credito.

Tale funzione è però in realtà solo apparente. Il problema va posto in rapporto al significato, che il credito circolante possiede. Il non avere forse tenuto conto di questo esame ha portato alle conclusioni già iniziate da Wicksell ⁽²⁾ e sviluppate anche di recente da Withers ⁽³⁾ sulla capacità delle banche di deposito di creare il credito in opposizione a quanto già rettamente avevano sostenuto Bonamy Price ⁽⁴⁾, nel secolo passato, e Leaf ⁽⁵⁾, ai nostri giorni ⁽⁶⁾.

Chi ottiene uno chèque non si arresta al titolo ricevuto, ma va oltre e vede in esso la possibilità di avere dei biglietti di banca, dato il

⁽¹⁾ D. H. ROBERTSON, *Money*, London, Nesbet, 1926, pag. 49.

⁽²⁾ K. WICKSELL, *Geldzins und Güterpreise*, Jena, Fischer, 1898, pag. 56 e seg.

⁽³⁾ WITHERS, *The meaning ecc., op. cit.*, pag. 64 e seg. e 72 e seg. *Le banche creano il credito*, in *Rivista bancaria*, Gennaio 1927, pag. 18. Il recente lavoro di R. G. HAWTREY, *Currency and credit*, London, Longmans, 1928, è pure tutto fondato su questa concezione.

⁽⁴⁾ B. PRICE, *Currency and Banking*, London, King, 1876, Cfr. pag. 106 e seg.

⁽⁵⁾ W. LEAF, *Banking*, London, Thornton Butterworth, 1928, pag. 101 seg. e *The creation of credit*, in *Westminster Bank Review*, novembre, 1926, pag. 1 e seg.

⁽⁶⁾ Cfr. sulla dibattuta questione anche C. A. PHILLIPS, *Bank credit*, New-York, Macmillan, 1921, pag. 32 e seg., specialmente pag. 54-63.

G. U. PAPI, *Lezioni di scienza bancaria*, Messina, D'Anna, 1929, pag. 288.

L. MISES, *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, München, Duncker und Humblot, 1924, pag. 267 e seg.

J. S. LAWRENCE, *Stabilization of prices (A critical study of the various plans proposed for stabilization)*, New-York, Macmillan, 1928, pag. 327 e seg.

F. LAVINGTON, *The English Capital market*, London, Methuen, 1929, pag. 130 e seg.

ROBERTSON, *Banking policy and the price level*, London, King, 1926, pag. 51 e seg.

carattere più generale e liberatorio, che questi hanno negli scambi. Ora, se nel caso dell'esistenza dei soli depositi reali, ciò è possibile per tutti in unico dato momento, nel caso dell'esistenza anche dei depositi virtuali bisogna limitarsi ad esaminare fin dove ciò è consentito. Il problema non va considerato singolarmente per gli uni e per gli altri, ma globalmente in quanto i depositi reali sono la base per quelli virtuali. Si avrà allora la massa di moneta rappresentata dai depositi reali, la quale dovrà ad un tempo fare fronte alle domande di rimborso di detti depositi ed alla conversione in biglietti degli chèques emessi. Se in un dato momento da parte dei titolari sia dei depositi reali, sia di quelli virtuali si dovesse addivenire ad una richiesta in biglietti di banca delle somme figuranti sul loro conto, la banca non potrebbe certamente fare fronte alle proprie obbligazioni, a meno che non volesse ricorrere al suo capitale di fondazione, dal quale è però bene sempre prescindere.

Fortunatamente un simile caso non è probabile si verifichi e quindi l'istituto potrà preoccuparsi del rimborso e della conversione di una sola parte, ed in tale modo trovare, dal suo punto particolare di vista, ragione del suo essere, in quanto ciò, facendo, potrà assicurarsi convenienti profitti in virtù di un opportuno impiego delle somme ricevute.

L'istituto potrà così dare la sua fisionomia, se cioè è semplice custode dei depositi affidatigli o se è banca nel vero senso della parola, in quanto non sa solo compiere operazioni passive, ma a queste commisurare le attive. Pensare ai giorni nostri ad un istituto del primo tipo sarebbe un nonsenso, in quanto non sarebbe concepibile, che il deponente si attendesse un interesse, quando all'istituto impedisse di ottenere i mezzi, perchè questo interesse possa essere pagato. Si introduce in tale modo per le banche di deposito il concetto di riserva, di una massa di moneta, che deve rimanere liquida a disposizione delle richieste⁽¹⁾, riserva cioè, che sta a segnare il limite minimo al di là del quale i depositi virtuali non possono espandersi. Sarà questa la riserva prudenziale. Il limite reale del

(1) H. WHITE, *Money and banking*, New York, Ginn, pag. 197.

normale svolgimento dei prestiti dovrà naturalmente tenere conto anche di altri fattori, in quanto, comportando i prestiti un costo rappresentato dal mantenimento di detta riserva, dall'interesse pagato sui depositi, dalle spese generali per l'amministrazione ed infine dai rischi per le eventuali insolvenze dei mutuatari, l'apertura dei crediti tenderà a seguire al di sopra di detto limite minimo le possibilità del massimo guadagno, il quale sarà in funzione dell'andamento della domanda e dell'offerta sul mercato.

Dato ciò le banche non hanno una funzione di creatrici del credito, giacchè la concessione da parte loro di prestiti significa il passaggio di una determinata capacità d'acquisto dal deponente originario effettivo al mutuatario e l'andamento dei depositi virtuali segue da vicino quello dei depositi reali. E, se alle volte per improvvise richieste vi potranno essere differenze, bisogna attribuirle ad un fenomeno di elasticità di credito più che ad una creazione, in quanto le forze stesse in virtù delle quali è stato posto in essere tendono a ricondurlo al livello primitivo. Una riduzione dei depositi reali infatti, contraendo la base di quelli virtuali, porterà per necessità ad una contrazione anche di questi.

L'asserzione della capacità di creare il credito, attribuito alle banche di deposito, ricorda così il calcolo algebrico compiuto da Macleod⁽¹⁾ per dimostrare l'uguaglianza del credito al capitale, in quanto per giungere alla detta conclusione, bisognerebbe che si addivenisse alla somma dei depositi virtuali e di quelli reali, considerando positive anche le unità negative rappresentate dai primi.

La verità della nostra conclusione è ancora più manifesta, quando si immagini, che la banca voglia superare il limite minimo della riserva colla sua espansione di crediti e che sia richiesta la conversione di chèques in biglietti in misura normale e, quindi nel caso in esame, in misura superiore alle disponibilità. La banca, se

⁽¹⁾ E. D. MACLEOD, *Principi della Filosofia Economica*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie III, vol. 3, pag. 427 e seg. Cfr. *La teoria e la pratica delle banche*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie III, vol. 6, pag. 256.

vorrà fare fronte alle obbligazioni, sarà allora costretta al risconto presso l'istituto di emissione, il quale potrà così dare prova, che da esso solo dipende la creazione del credito, in quanto questo è in funzione della massa della circolazione dei suoi biglietti.

I depositi creati dalle banche ordinarie hanno carattere di temporaneità e stanno sempre in stretto riferimento coi biglietti di banca, che ad essi danno valore.

Ciò non toglie però, che essi figurino come sostituti della moneta non solo per la parte coperta della riserva, ma pure per quella scoperta (e come tali possono essi pure espandersi in virtù della loro velocità di circolazione ⁽¹⁾), in quanto essi pure adempiono alla funzione di medio circolante. Non si ha infatti solo lo scambio della moneta con merci, ma pure quello di depositi con merci.

La proporzione fra il credito circolante e le banconote risulta fissata, oltre che dal rapporto fra la riserva della banca ed i depositi, dalle consuetudini; ed ogni alterazione di tale rapporto trova pronta tendenza a scomparire, in quanto che nel caso di espansione di biglietti la parte eccedente, depositandosi nelle banche, accrescerà il credito circolante e nel caso di espansione dei depositi vi sarà una richiesta di conversione in biglietti, finchè l'equilibrio sarà ristabilito.

Lo stretto rapporto fra i biglietti ed i prestiti delle banche porta per necessità un legame fra l'istituto di emissione e gli altri istituti di credito, che raggiunge il punto di massima dipendenza, quando le banche tengono le loro disponibilità presso l'istituto emittente stesso.

Il vincolo ciò non di meno permane sempre in quanto, come già si accennò, una contrazione della circolazione riduce i depositi reali, perchè la scarsità del medio circolante determinerà il depositante al ritiro delle somme versate alle banche, e, contraendosi in tale modo la base dei depositi virtuali, essi pure dovranno contrarsi. Ed anche quando le banche ordinarie ricorrano al capitale straniero,

⁽¹⁾ Cfr. FISHER, *op. cit.*, pag. 49 e W. C. MITCHELL, *Business Cycles. The problem and its setting*, New-York, National Bureau of Research, 1928, pag. 122 e seg.

la banca centrale ha sempre modo di avvertire e conoscere gli eventuali pericoli ed opporre gli opportuni rimedi ricorrendo principalmente a variazioni dello sconto (¹).

Tutto ciò serve a valutare le oscillazioni del saggio dello sconto, dato che queste sono collegate al costo, che ogni mezzo di scambio emesso da una banca ordinaria viene a produrre a tutta la massa del suo credito circolante, in quanto questo deve mantenere un rapporto colla riserva.

Le determinazioni del saggio dello sconto da parte di ogni singolo istituto in rapporto alla propria riserva (²) è garanzia per un sicuro svolgimento della circolazione, al cui governo generale provvede l'istituto di emissione col saggio ufficiale dello sconto.

Le oscillazioni dello sconto, come già si è accennato, hanno limiti, che lo ricollegano a quello dell'interesse, in quanto alla base della concezione di ogni prestito sta pure sempre la valutazione del privato, che cede il proprio risparmio alla banca per la costituzione di un deposito reale.

Le valutazioni del mutuante porteranno, nel caso, ad un prezzo minore di quello fissato per i prestiti a lunga scadenza per il fatto, che la mancata disponibilità è ridotta ad un tempo molto limitato ed il rischio avrà minore campo di azione data la brevità dell'operazione.

Il prezzo complessivo risponderà così al costo, che grava per il prestito sulla banca, costo commisurato, al mantenimento della riserva, all'interesse pagato sui depositi (prezzo iniziale considerato), alle spese generali di amministrazione ed ai rischi delle eventuali insolvenze.

(¹) Cfr. HAWTREY, *The Gold standard in theory and practice*, London, Longmans, 1927, pag. 26.

(²) CANNAN, *Money Its connection with rising and falling prices*, London, King, 1926, pag. 84. Giustamente egli nota, che lo scopo del rialzo dello sconto è di impedire, che le anticipazioni aumentino più rapidamente dei depositi.

Cfr. W. R. BURGESS, *The Reserve Banks and the money market*, New York, Harper, 1927, pag 259 e seg. Vi è posta in luce l'efficacia delle variazioni dello sconto in rapporto al mercato monetario americano.

Tale prezzo, rispondente al costo dell'operazione, rappresenta naturalmente il saggio minimo, giacchè un saggio ad esso inferiore, non consentendo la retribuzione di tutti i fattori, impedirebbe all'Istituto la continuazione delle proprie operazioni.

D'altra parte il limite massimo sarà rappresentato dal vantaggio sperato dal mutuatario, che dovrà commisurarsi alla media dei profitti, superata la quale viene meno l'economicità del prestito, in quanto l'aggravio della sua assunzione supererà il rendimento.

Il saggio dello sconto viene in tale modo a presentarsi come una forma dell'interesse, in quanto alle comuni basi di valutazione aggiunge un elemento nuovo regolatore, che infirma il libero svolgimento della domanda e dell'offerta e che deriva dal particolare modo, nel quale avviene l'operazione sua specifica.

Già si è detto, come questa abbia stretto riferimento col problema monetario, perchè la forma monetaria permane, si può dire, per tutta la durata del prestito. Il mutuatario viene così a risentire della moneta, come già si accennò, non solo nell'atto, nel quale contrae l'obbligazione, in quanto riceve del denaro, ma anche quando di questo fa uso, perchè deve curare di prontamente ricostruire la somma di denaro ottenuta per restituirla. Tale prestito permarrà così per tutta la durata sinonimo di una corrispondente espansione della circolazione e, come tale, dovrà soggiacere alle norme che questa governano.

Il legame fra i prestiti brevi ed il processo circolatorio, introducendo l'accennato elemento volitivo (espressione del fine, che l'istituto vuole perseguire) nella fissazione del prezzo entro i limiti fissati, rende di conseguenza l'offerta e la domanda pure soggette, non solo indirettamente, come nella generalità dei casi, ma pure direttamente, al fattore volitivo stesso, in quanto l'offerta e la domanda, oltre potere essere artificialmente contratte o sviluppate dalle oscillazioni dello sconto, possono subire anche l'influenza di contrazioni fatte ad arte, alle quali il saggio dello sconto risponderà colle variazioni previste.

Lo sconto ha in tale modo una funzione correttiva giacchè può difendere la circolazione da una smisurata espansione e, ciò facendo, può arginare o prevenire una situazione pericolosa.

Tale suo potere può misurarsi attraverso l'andamento del livello generale dei prezzi ⁽¹⁾, in quanto, risultando questa espressione della capacità d'acquisto della moneta (alla sua volta funzione principalmente della rispondenza del medio circolante ai bisogni degli scambi) e, verificandosi l'espansione della circolazione in virtù principalmente delle operazioni di sconto, dalla loro vigile cura potrà dipendere la stabilità di detta capacità e quindi dei prezzi.

Sorge così la politica dello sconto, che richiederebbe una vasta trattazione, alla quale non si può attendere nei limiti fissati dal nostro argomento.

Il saggio dello sconto delle banche ordinarie, pure commisurato alle loro riserve, risente l'influsso della concorrenza delle consorelle.

In condizioni particolari, si può dire, di monopolio si presenta quello fissato dall'istituto di emissione, in quanto questo non soffre concorrenza di alcuno e solo deve perseguire il fine di dare stabilità alla moneta.

Pure qui l'elemento costo in rapporto alla circolazione sta quale fattore primo regolatore delle variazioni, anzi si può affermare che massima cura è ad esso rivolta dall'istituto, come indizio della possibile alterazione della capacità d'acquisto della moneta, valutata attraverso l'alterazione del livello medio dei prezzi all'ingrosso.

Il significato della riserva, che è voluta in condizioni sempre tali da potere pagare con moneta legale ogni biglietto ed ogni chèque ⁽²⁾, ha un aspetto non del tutto principale, come potrebbe apparire da queste parole, in quanto il metallo non è, come già si disse, l'essenza del valore del biglietto, ma è il bene, che per legge

⁽¹⁾ Cfr. sul rapporto fra prezzi e sconto specialmente WICKSELL, *Geldzins*, ecc., op. cit., pag. 78 e seg. — *Der Bankzins als Regulator der Warenpreise*, in *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, serie III, vol. 13, 1897, pag. 228 e seg. — *Influence of the rate of interest on prices*, in *Economic Journal*, giugno 1907, pag. 213 e seg. — *Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips*, vol. II, *Geld und Kredit*, Jena, Fischer, 1928, pag. 123 e seg. — GRAZIANI, *Problemi speciali di valore di scambio*, Napoli, Jovene, 1910, pag. 63 e seg. — CASSEL, *Money and foreign exchanges* ecc., op. cit., pag. 103. — *Interest rate and prices stabilization*, in *Quarterly Journal of Economics*, agosto 1928, pag. 515 e seg. — *Post-war monetary stabilization*, New-York, Columbia University Press, 1928, pag. 79. — J. M. KEYNES, *A tract on monetary reform*, London, Macmillan, 1924, pag. 22.

⁽²⁾ C. A. PIGOU, *Industrial Fluctuations*, London, Macmillan, 1927, pag. 254.

è ritenuto moneta legale e pertanto i biglietti, il cui valore è fissato indipendentemente dal metallo, che rappresentano, in virtù della teoria del valore marginale, devono potersi con questo convertire. Da qui la cura per detta riserva, la quale ha in sè possibilità di determinare danni al valore della moneta in conseguenza di una mancata possibile conversione, capace di ripercussioni d'ordine psicologico. Il saggio dello sconto ufficiale dovrà pertanto tenere conto anche di questa, poichè un'offerta normale di prestiti in un momento di riserva ridotta può divenire esuberante ed occorre modificarla. D'altra parte il significato da noi dato di limite alla circolazione porta alla stessa conclusione in rapporto al saggio dello sconto, in quanto, se tale limite fosse oltrepassato, ciò starebbe a significare, che la circolazione non risponderebbe agli scambi, e sarebbe necessario contrarla per ristabilire il rapporto, fatto questo che si otterrebbe mediante il rialzo del saggio dello sconto, il quale riporterebbe un afflusso di oro⁽¹⁾ e, accrescendo la riserva, ridarebbe l'equilibrio.

Ma, se secondo la nostra concezione l'oro ha questa efficacia, un'importanza maggiore gli viene attribuita da chi si attiene al concetto tradizionale della riserva, in quanto l'oro sarà base dell'espansione del credito.

L'oro, per il fatto di esser moneta, è una merce speciale, che può essere oggetto di un contratto di credito senza ad un tempo essere oggetto di un contratto d'acquisto. Da ciò deriva la sua efficacia.

Si immagini infatti, che A esporti dal suo paese X del cotone a B in Y. Questi manda a liquidazione del suo debito del ferro. Il ferro è pure un capitale e quindi dovrebbe produrre effetti come sinonimo di maggiore disponibilità. Eppure ciò non avviene. A sarà costretto a venderlo, se vuole ottenere il prezzo del suo cotone, operazione questa lunga, che ritarda l'entrata del capitale nell'organismo economico. Se invece del ferro viene inviato dell'oro, ecco

(1) Cfr. P. EINZIG, *International Gold Movements*, London, Macmillan, 1929, pag. 41 e passim.

che tale metallo perviene immediatamente nella circolazione, in quanto il creditore lo impiegherà senza difficoltà. Conseguenza sarà una riduzione del saggio dello sconto, in quanto nuovo capitale è entrato con maggiore rapidità del solito nella vita economica. Tale capitale però nel caso avrà poco effetto, in quanto l'oro è l'equivalente del cotone esportato. La riduzione sarà di breve tempo, perchè l'accresciuta domanda in virtù della riduzione dello sconto non troverà rispondenza nell'aumento del capitale. Perchè il saggio risenta efficacemente è pertanto necessario, che vi sia importazione d'oro senza equivalenti esportazioni o che vi sia una nuova produzione del metallo.

12. - Da tutto quanto si venne esponendo, si possono fissare alcuni punti, che riassumono il complesso delle indagini.

Lo sconto non esiste in una società statica, come da noi intesa; esso è invece il portato della dinamica, la quale, poggiando essenzialmente sullo sforzo di previsione dell'individuo per assicurarsi il massimo vantaggio, fa sorgere accanto ai prestiti a lunga durata quelli a breve scadenza, come espressione della sua volontà di potere intervenire dovunque e comunque con capitale sempre disponibile.

Il mercato però delle contrattazioni a lunga scadenza è pure quello delle contrattazioni a breve termine, in quanto vi è sempre identico l'oggetto, la capacità d'acquisto, e solo vi è differenza nella durata del tempo.

Tenuto ciò presente, come il mercato dei prestiti a breve termine è una deformazione del mercato dei prestiti a lunga scadenza, prodotta dalla dinamica, così il saggio dello sconto appare esso pure una deformazione dell'interesse. Ha con questo infatti comuni le basi per la valutazione dei limiti estremi, ma ricollega le sue oscillazioni ai fenomeni monetari, siccome influenza che la forma, nella quale tali prestiti vengono fatti, esercita su di essi in virtù della brevità della loro durata, la quale impedisce, che da essa possano liberarsi.

Da ciò appare, come le estreme teorie, che vogliono assimilare lo sconto al saggio dell'interesse, e quelle, che tendono a considerarlo un fenomeno del tutto indipendente, possano trovare un punto di conciliazione in una concezione, che, tenendo conto nella dovuta misura dell'una e dell'altra teoria, tolga il loro esclusivismo e tenda a meglio ritrarre la realtà.

Le finalità, che hanno ispirato questo studio, l'amore col quale fu steso, possano colmare le infinite lacune e renderlo meno indegno possibile dell'illustre Maestro, in onore del quale con devozione ed affetto di discepolo fu scritto.

**Saggio dello sconto, situazione metallica dei due dipartimenti
e circolazione della Banca d'Inghilterra** £. (000 omessi)

			Saggio dello sconto	Dipartimento emittente oro monetato + oro in verghe	Dipartimento bancario oro + argento monetato (*)	Circolazione
1900	Gennaio	11	5	31,913	1,445	28,326
	"	18	4 1/2	33,177	1,359	28,223
	"	25	4	33,680	1,561	28,119
	Maggio	24	3 1/2	31,851	1,660	29,162
	Giugno	14	3	30,997	1,741	29,510
	Luglio	19	4	29,815	1,673	30,352
1901	Gennaio	3	5	27,079	1,588	30,230
	Febbraio	7	4 1/2	30,857	1,770	28,888
	"	21	4	33,329	1,770	28,407
	Giugno	6	3 1/2	34,574	2,064	29,726
	"	13	3	35,084	2,091	29,347
	Ottobre	31	4	33,436	2,218	29,547
1902	Gennaio	23	3 1/2	33,776	2,183	29,035
	Febbraio	6	3	34,125	2,244	28,960
	Ottobre	2	4	33,617	2,225	30,401
1903	Maggio	21	3 1/2	33,407	2,180	28,581
	Giugno	18	3	35,221	2,198	28,771
	Settembre	3	4	33,382	2,119	29,509
1904	Aprile	14	3 1/2	32,005	2,054	28,366
	"	21	3	32,494	2,047	28,129
1905	Marzo	9	2 1/2	37,810	1,940	27,343
	Settembre	7	3	33,924	1,770	29,449
	"	28	4	32,889	1,740	29,271
1906	Aprile	4	3 1/2	35,407	1,769	29,179
	Maggio	2	4	31,113	1,392	29,062
	Giugno	20	3 1/2	35,716	1,457	28,955
	Settembre	13	4	33,636	1,410	28,734
	Ottobre	11	5	27,726	1,393	29,279
	"	19	6	27,700	1,475	28,763

			Saggio dello sconto	Dipartimento emittente oro monetato + oro in verghe	Dipartimento bancario oro + argento monetato (*)	Circolazione
1907	Gennaio	17	5	31,058	1,105	28,019
	Aprile	11	4 1/2	34,061	1,396	28,772
	"	25	4	35,019	1,173	28,737
	Agosto	15	4 1/2	34,553	1,302	29,346
	Ottobre	31	5 1/2	30,421	1,309	29,346
	Novembre	4	6	—	—	—
	"	7	7	27,490	1,235	29,480
1908	Gennaio	2	6	31,602	941	29,520
	"	16	5	34,720	1,071	28,374
	"	23	4	36,273	1,059	28,259
	Marzo	5	3 1/2	37,914	1,365	28,211
	"	19	3	39,205	1,408	27,785
	Maggio	28	2 1/2	36,201	1,473	28,462
1909	Gennaio	14	3	30,254	1,402	29,093
	Aprile	1	2 1/2	40,167	1,544	29,407
	Ottobre	7	3	33,468	1,446	29,728
	"	14	4	32,468	1,347	29,315
	"	21	5	31,597	1,313	29,037
	Dicembre	9	4 1/2	34,709	1,200	28,353
1910	Gennaio	6	4	32,791	913	28,866
	"	20	3 1/2	35,502	963	28,004
	Febbraio	10	3	35,402	1,173	27,798
	Marzo	17	4	33,112	1,284	27,903
	Giugno	2	3 1/2	39,312	1,131	28,376
	"	9	3	40,338	1,160	28,007
	Settembre	29	4	35,826	1,522	27,959
	Ottobre	20	5	30,638	1,327	27,613
	Dicembre	1	4 1/2	34,301	1,330	28,395

			Saggio dello sconto	Dipartimento emittente oro monetato + oro in verghe	Dipartimento bancario oro + argento monetato (*)	Circolazione
1911	Gennaio	26	4	35,025	952	27,250
	Febbraio	16	3 1/2	36,505	992	26,926
	Marzo	9	3	37,422	1,221	27,246
	Settembre	21	4	41,906	1,173	28,956
1912	Febbraio	8	3 1/2	37,692	1,200	27,939
	Maggio	9	3	38,238	1,450	28,928
	Agosto	29	4	40,399	1,338	29,193
	Ottobre	17	5	36,112	1,454	28,628
1913	Aprile	17	4 1/2	36,489	1,433	28,443
	Ottobre	2	5	36,039	1,559	29,636
1914	Gennaio	8	4 1/2	36,019	1,091	29,043
	"	22	4	40,886	1,043	28,253
	"	29	3	42,617	1,018	28,201
	Luglio	30	4	36,671	1,460	29,706
	"	31	8	—	—	—
	Agosto	1	10	—	—	—
	"	6	6	26,041	1,581	36,105
	"	8	5	—	—	—
1915	Massimo		5	69,145	1,556	35,877
	Minimo			50,136	134	31,515
1916	Luglio	13	6	57,305	2,092	35,988
1917	Gennaio	18	5 1/2	54,729	1,386	38,831
	Aprile	5	5	52,640	2,051	38,901
1918	Massimo		5	77,978	1,170	70,307
	Minimo			57,431	572	45,223
1919	Novembre	6	6	86,297	1,733	86,030
1920	Aprile	15	7	111,985	465	106,019

			Saggio dello sconto	Dipartimento emittente oro monetato + oro in verghe	Dipartimento bancario oro + argento monetato (*)	Circolazione
1921	Aprile	28	6 1/2	126,536	1,822	128,520
	Giugno	23	6	126,548	1,809	127,478
	Luglio	21	5 1/2	126,556	1,811	127,717
	Novembre	3	5	126,602	1,816	125,141
1922	Febbraio	16	4 1/2	126,929	1,833	121,752
	Aprile	13	4	127,048	1,816	122,439
	Giugno	15	3 1/2	127,063	1,821	121,957
	Luglio	13	3	126,070	1,831	124,249
1923	Luglio	5	4	125,797	1,828	126,977
1924	Massimo		4	126,736	1,837	129,752
	Minimo			126,233	1,806	122,235
1925	Marzo	5	5	126,780	1,831	124,826
	Agosto	6	4 1/2	162,655	1,845	146,320
	Ottobre	1	4	158,641	1,825	144,774
	Dicembre	3	5	143,869	1,791	143,284
1926	Massimo		5	154,365	1,728	143,406
	Minimo			142,157	1,150	138,005
1927	Aprile	21	4 1/2	152,244	1,604	137,038
1928	Massimo ⁽¹⁾		4 1/2	173,907	2,798	388,243
	Minimo			151,412	284	132,802
1929	Febbraio	7	5 1/2	149,626	291	357,519
	Settembre	26	6 1/2	131,938	1,275	361,071

(*) Sebbene la riserva metallica per i biglietti si commisuri al quantitativo registrato nel dipartimento emittente, pure si riproducono anche i dati del dipartimento bancario per avere la visione completa del metallo in possesso della Banca d'Inghilterra.

⁽¹⁾ Nel 1928 è intervenuto il Currency and Bank notes Act.

Saggio medio mensile dell'interesse in Inghilterra (*)

Anno	Gennaio	Febbraio	Marzo	Aprile	Maggio	Giugno	Luglio	Agosto	Settembre	Ottobre	Novembre	Dicembre
1900	2,75	2,75	2,72	2,75	2,75	2,72	2,78	2,83	2,81	2,81	2,81	2,83
1901	2,86	2,83	2,83	2,92	2,92	2,96	2,99	2,96	2,96	2,99	3,02	2,99
1902	2,96	2,92	2,92	2,92	2,89	2,86	2,89	2,89	2,96	2,96	2,96	2,99
1903	2,72	2,72	2,75	2,75	2,72	2,75	2,75	2,75	2,81	2,84	2,84	2,84
1904	2,87	2,91	2,94	2,87	2,81	2,78	2,81	2,87	2,84	2,84	2,84	2,84
1905	2,84	2,81	2,75	2,78	2,78	2,78	2,78	2,78	2,78	2,84	2,81	2,81
1906	2,81	2,78	2,78	2,78	2,81	2,84	2,87	2,87	2,91	2,91	2,91	2,91
1907	2,91	2,91	2,94	2,94	2,98	3,01	3,01	3,09	3,09	3,05	3,05	3,01
1908	2,94	2,87	2,87	2,91	2,91	2,87	2,87	2,91	2,94	2,98	2,98	3,01
1909	3,01	2,98	2,98	2,94	2,94	2,98	2,98	2,98	3,05	3,05	3,05	3,05
1910	3,05	3,09	3,09	3,09	3,09	3,05	3,09	3,09	3,12	3,16	3,16	3,16
1911	3,16	3,12	3,09	3,09	3,09	3,12	3,20	3,20	3,25	3,20	3,20	3,25
1912	3,25	3,20	3,25	3,20	3,25	3,29	3,33	3,33	3,38	3,42	3,38	3,38
1913	3,33	3,38	3,42	3,38	3,38	3,42	3,47	3,42	3,42	3,47	3,47	3,47
1914	3,42	3,29	3,33	3,33	3,38	3,38	3,47	—	3,62	3,62	3,62	3,62
1915	3,68	3,68	3,68	3,79	3,79	3,85	3,85	3,85	3,85	3,85	4,10	4,31
1916	4,31	4,31	4,38	4,38	4,38	4,24	4,24	4,24	4,17	4,38	4,54	4,63
1917	4,72	4,90	4,72	4,63	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,63
1918	4,54	4,63	4,63	4,63	4,54	4,46	4,46	4,46	4,38	4,10	4,17	4,24
1919	4,24	4,24	4,38	4,54	4,54	4,63	4,81	4,90	5,00	4,90	4,90	5,00
1920	4,90	5,00	5,32	5,43	5,21	5,32	5,32	5,43	5,55	5,55	5,68	5,68
1921	5,43	5,32	5,32	5,21	5,32	5,43	5,21	5,21	5,21	5,21	5,21	5,10
1922	4,90	4,63	4,54	4,31	4,31	4,54	4,31	4,31	4,46	4,38	4,38	4,46
1923	4,46	4,38	4,31	4,24	4,31	4,24	4,38	4,31	4,31	4,31	4,38	4,46
1924	4,54	4,46	4,54	4,46	4,38	4,38	4,46	4,38	4,38	4,38	4,31	4,38
1925	4,38	4,38	4,38	4,38	4,46	4,46	4,46	4,46	4,54	4,54	4,54	4,54
1926	4,54	4,54	4,63	4,63	4,63	4,54	4,54	4,54	4,63	4,63	4,63	4,63
1927	4,63	4,54	4,63	4,63	4,54	4,63	4,63	4,63	4,63	4,54	4,54	4,63
1928	4,54	4,54	4,54	4,63	4,63	4,63	4,63	4,63	4,63	4,72	4,63	4,63
1929	4,46	4,54	4,63	4,54	4,63	4,63	4,63	4,72	—	—	—	—

(*) Il saggio dell'interesse è stato da noi calcolato sulle quotazioni medie mensili dei *Consols*, il cui interesse nominale fu del $2\frac{3}{4}\%$ sino a tutto il 1902 e quindi del $2\frac{1}{2}\%$.

Saggio dello sconto, riserva e circolazione della Reichsbank

Marchi (00.000 omessi)

Anni			Saggio dello sconto	Riserva		Circolazione
				Metalli	Divise estere	
1900	Gennaio	7	—	730,8	—	1.265,5
	"	12	6	—	—	—
	"	23	—	817,7	—	1.084,3
	"	27	5 1/2	—	—	—
	Luglio	7	—	841,0	—	1.212,1
	"	13	5	—	—	—
1901	Febbraio	23	—	913,0	—	1.047,4
	"	26	4 1/2	—	—	—
	Aprile	15	—	873,0	—	1.168,7
	"	22	4	—	—	—
	Giugno	15	—	991,1	—	1.076,8
	"	18	3 1/2	—	—	—
	Settembre	15	—	929,3	—	1.157,7
	"	23	4	—	—	—
1902	Gennaio	15	—	960,5	—	1.257,4
	"	18	3 1/2	—	—	—
	Febbraio	7	—	1.019,3	—	1.149,5
	"	11	3	—	—	—
	Settembre	30	—	839,8	—	1.495,4
	Ottobre	4	4	—	—	—
1903	Febbraio	7	—	911,0	—	1.176,3
	"	11	3 1/2	—	—	—
	Maggio	31	—	909,3	—	1.199,2
	Giugno	8	4	—	—	—
1904	Ottobre	7	—	789,4	—	1.482,3
	"	11	5	—	—	—

Anni	Saggio dello sconto	Riserva		Circolazione
		Metalli	Divise estere	
1905 Gennaio 7	—	968,3	—	1.444,7
" 10	4	—	—	—
Febbraio 7	—	1.072,9	—	1.240,2
" 14	3 $\frac{1}{2}$	—	—	—
" 23	—	1.147,6	—	1.163,9
" 25	3	—	—	—
Settembre 7	—	908,9	—	1.297,2
" 11	4	—	—	—
" 30	—	732,2	—	1.682,6
Ottobre 3	5	—	—	—
" 31	—	794,2	—	1.442,1
Novembre 4	5 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Dicembre 7	—	858,3	—	1.296,8
" 11	6	—	—	—
1906 Gennaio 15	—	925,8	—	1.372,7
" 18	5	—	—	—
Maggio 15	—	1.015,1	—	1.316,5
" 23	4 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Settembre 15	—	847,6	—	1.362,2
" 18	5	—	—	—
Ottobre 6	—	676,1	—	1.610,0
" 10	6	—	—	—
Dicembre 15	—	747,3	—	1.394,7
" 18	7	—	—	—
1907 Gennaio 15	—	805,3	—	1.458,6
" 22	6	—	—	—
Aprile 15	—	884,0	—	1.474,2
" 23	5 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Ottobre 23	—	808,4	—	1.539,0
" 29	6 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Novembre 7	—	730,4	—	1.562,3
" 8	7 $\frac{1}{2}$	—	—	—

Anni	Saggio dello sconto	Riserva		Circolazione
		Metalli	Divise estere	
1908 Gennaio 7	—	758,7	—	1.715,7
" 13	6 1/2	—	—	—
" 23	—	906,6	—	1.434,0
" 25	6	—	—	—
Febbraio 29	—	918,3	—	1.410,5
Marzo 7	5 1/2	—	—	—
Aprile 23	—	967,5	—	1.450,6
" 27	5	—	—	—
Maggio 30	—	1.005,7	—	1.456,4
Giugno 4	4 1/2	—	—	—
" 15	—	1.077,2	—	1.429,0
" 18	4	—	—	—
1909 Febbraio 15	—	1.104,4	—	1.381,4
" 16	3 1/2	—	—	—
Settembre 15	—	1.044,7	—	1.505,4
" 20	4	—	—	—
Ottobre 7	—	911,8	—	1.858,9
" 11	5	—	—	—
1910 Gennaio 15	—	1.039,3	—	1.630,3
" 21	4 1/2	—	—	—
Febbraio 7	—	1.053,8	—	1.519,6
" 10	4	—	—	—
Settembre 23	—	1.036,1	—	1.553,7
" 26	5	—	—	—
1911 Gennaio 31	—	1.107,0	—	1.572,5
Febbraio 6	4 1/2	—	—	—
" 15	—	1.171,0	—	1.421,0
" 18	4	—	—	—
Settembre 15	—	1.128,6	—	1.644,1
" 19	5	—	—	—

Anni			Saggio dello sconto	Riserva		Circolazione
				Metalli	Divise estere	
1912	Giugno	7	—	1.264,1	—	1.594,4
	"	11	4 1/2	—	—	—
	Ottobre	23	—	1.198,0	—	1.850,8
	"	24	5	—	—	—
	Novembre	7	—	1.118,8	—	1.914,6
	"	14	6	—	—	—
1913	Ottobre	23	—	1.494,3	—	1.959,4
	"	27	5 1/2	—	—	—
	Dicembre	6	—	1.477,1	—	1.951,9
	"	12	5	—	—	—
1914	Gennaio	15	—	1.558,8	—	2.051,1
	"	22	4 1/2	—	—	—
	"	31	—	1.574,9	—	2.052,8
	Febbraio	5	4	—	—	—
	Luglio	23	—	1.691,4	—	1.890,9
	"	31	5	1.528,0	—	2.909,4
	Agosto	1	6	—	—	—
	Dicembre	15	—	2.096,9	—	4.275,3
	"	23	5	—	—	—
1915	Massimo		5	2.477,3	29,2	6.917,9
	Minimo			2.153,4	19,0	4.483,7
1916	Massimo		5	2.536,8	30,4	8.054,6
	Minimo			2.482,8	19,1	6.274,1
1917	Massimo		5	2.587,9	95,4	11.467,7
	Minimo			2.475,4	22,2	7.650,8
1918	Massimo		5	2.662,9	187,7	22.187,8
	Minimo			2.282,2	19,7	10.918,8
1919	Massimo		5	2.279,6	311,2	35.698,4
	Minimo			1.110,0	5,2	22.336,8

Anni	Saggio dello sconto	Riserva		Circolazione
		Metalli	Divise estere	
1920 Massimo	5	1.160,5	5.671,1	68.805,0
Minimo		1.094,7	137,5	35.633,0
1921 Massimo	5	1.091,6	2.570,1	113.639,5
Minimo		993,6	114,9	65.519,9
1922 Luglio 22	—	1.025,3	—	177.027,0
" 28	6	—	—	—
Agosto 23	—	1.025,9	—	215.168,3
" 28	7	—	—	—
Settembre 15	—	1.031,7	—	271.597,8
" 21	8	—	—	—
Novembre 7	—	1.072,0	—	517.036,2
" 13	10	—	—	—
1923 Gennaio 15	—	1.074,0	—	1.437.779,0
" 18	12	—	—	—
Aprile 23	18	14.014,0	—	6.096.052,0
Luglio 31	—	24.412,0	—	—
Agosto 2	30	—	—	43.594.737,0
Settembre 7	—	20.196,0	—	1.182.038.569,0
" 15	90	—	—	—
Dicembre 22	—	2.991,0	—	474.558.946.836.147,0
" 29	10	—	—	—
1924 Massimo ⁽¹⁾	10	759,6	330,7	1.941,4
Minimo		441,8	0,4	457,2
1925 Febbraio 23	—	880,0	293,3	1.682,8
" 26	9	—	—	—
1926 Gennaio 7	—	1.208,1	402,7	2.732,1
" 12	8	—	—	—
Marzo 23	—	1.499,2	483,1	2.513,7
" 27	7	—	—	—

⁽¹⁾ Col 1924 si ha la costituzione su nuove basi della Reichsbank ed il riordinamento monetario.

Anni			Saggio dello sconto	Riserva		Circolazione
				Metalli	Divise estere	
1926	Maggio	31	—	1.491,9	387,5	2.878,0
	Giugno	7	6 1/2	—	—	—
	"	30	—	1.492,2	324,8	2.971,1
	Luglio	7	6	—	—	—
1927	Gennaio	7	—	1.831,2	513,3	3.436,8
	"	11	5	—	—	—
	Giugno	7	—	1.815,5	86,9	3.689,2
	"	10	6	—	—	—
	Settembre	30	—	1.852,1	153,8	4.182,4
	Ottobre	4	7	—	—	—
1928	Massimo		7	2.729,3	306,4	4.930,1
	Minimo			1.863,4	149,6	3.652,9
1929	Gennaio	7	—	2.729,1	140,3	4.236,1
	"	12	6 1/2	—	—	—
	Aprile	23	—	2.178,9	39,9	3.918,9
	"	25	7 1/2	—	—	—

Saggio medio mensile dell'interesse in Germania (*)

Anno	Gennaio	Febbraio	Marzo	Aprile	Maggio	Giugno	Luglio	Agosto	Settembre	Ottobre	Novembre	Dicembre
1900	3,55	3,57	3,63	3,61	3,66	3,67	3,68	3,69	3,71	3,70	3,67	3,64
1901	3,60	3,55	3,56	3,56	3,55	3,50	3,46	3,46	3,48	3,48	3,48	3,47
1902	3,44	3,42	3,43	3,43	3,43	3,42	3,41	3,40	3,42	3,43	3,43	3,42
1903	3,40	3,39	3,40	3,40	3,41	3,43	3,42	3,43	3,45	3,44	3,42	3,42
1904	3,41	3,42	3,44	3,43	3,43	3,43	3,43	3,42	3,43	3,44	3,45	3,44
1905	3,43	3,41	3,43	3,44	3,45	3,45	3,45	3,45	3,47	3,47	3,47	3,47
1906	3,46	3,45	3,47	3,48	3,49	3,51	3,51	3,53	3,54	3,56	3,57	3,56
1907	3,56	3,58	3,62	3,64	3,69	3,73	3,74	3,78	3,74	3,71	3,75	3,77
1908	3,73	3,76	3,80	3,82	3,82	3,81	3,81	3,80	3,79	3,77	3,70	3,70
1909	3,68	3,63	3,65	3,63	3,64	3,67	3,66	3,66	3,69	3,73	3,74	3,71
1910	3,71	3,71	3,73	3,74	3,76	3,76	3,75	3,76	3,78	3,78	3,78	3,75
1911	3,71	3,70	3,71	3,72	3,72	3,73	3,73	3,74	3,78	3,80	3,81	3,81
1912	3,82	3,84	3,86	3,86	3,87	3,88	3,88	3,90	3,93	3,95	3,95	3,98
1913	3,94	3,96	4,04	4,03	4,04	4,11	4,14	4,15	4,15	4,13	4,11	4,10
1914	4,06	4, —	4,05	4,02	4,03	4,04	4,05	—	—	—	—	—
1915	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,57	4,58	4,60
1916	4,67	4,72	4,73	4,73	4,70	4,69	4,68	4,71	4,79	4,82	4,81	4,77
1917	4,71	4,77	4,80	4,80	4,79	4,75	4,75	4,73	4,71	4,71	4,70	4,54
1918	4,49	4,55	4,60	4,62	4,64	4,63	4,64	4,68	4,70	4,90	5, —	5,38
1919	5,12	5,13	5,47	5,51	5,97	6,01	5,29	5,42	5,23	5,21	5,50	5,81
1920	5,95	5,80	5,16	5,09	5,12	5,28	5,63	5,94	5,91	6, —	5,99	5,91
1921	5,66	5,30	5,29	5,41	5,13	5,05	5,02	5,13	5,19	5,42	5,14	4,80
1922	4,76	4,72	4,09	3,88	4,11	4,08	3,89	3,05	2,67	2,54	1,47	1,29
1923	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1924	—	—	—	—	—	—	—	10,27	9,28	9,59	9,44	9,02
1925	8,76	8,57	8,55	8,69	8,75	9,07	9,25	9,30	9,22	9,21	9,32	9,25
1926	8,83	8,32	7,99	7,65	7,67	7,64	7,58	7,53	7,53	7,52	7,49	7,29
1927	7,15	7,10	7,14	7,15	7,20	7,30	7,33	7,36	7,41	7,52	7,65	7,62
1928	7,57	7,61	7,66	7,69	7,72	7,75	7,67	7,81	7,84	7,87	7,88	7,83
1929	7,86	7,87	7,89	7,93	8,03	—	—	—	—	—	—	—

(*) L'interesse sino al 1922 è stato da noi calcolato sulle quotazioni medie, alla Borsa di Berlino, del Deutsche Reichsanleihe 3½%. Dal 1924 sulla media dei corsi dei Goldpfandbriefe der Hypothekenaktienbanken 5%, 6%, 7%, 8% e 10%. L'anno 1922 dà quotazioni, che cominciano a non servire più come indice del corso dell'interesse dato il caos monetario, che porta a sopravvalutazioni non in funzione del normale svolgimento del mercato capitalistico.

Saggio dello sconto, riserva e circolazione della Banca di Francia

Frs. (00.000 omissi)

Anni			Saggio dello sconto ‰	Riserva		Circolazione
				Oro	Argento	
1900	Gennaio	11	4	1.878,3	1.144,3	4.093,5
	"	25	3 1/2	1.897,7	1.142,8	4.046,2
	Maggio	25	3	2.003,6	1.144,8	3.954,3
1901	Massimo		3	2.466,6	1.121,8	4.462,9
	Minimo			2.332,8	1.093,2	3.884,7
1902	Massimo		3	2.625,4	1.125,0	4.304,6
	Minimo			2.439,4	1.095,0	3.991,2
1903	Massimo		3	2.563,7	1.126,5	4.502,7
	Minimo			2.381,7	1.091,3	4.120,5
1904	Massimo		3	2.808,4	1.136,0	4.490,9
	Minimo			2.335,4	1.099,3	4.105,6
1905	Massimo		3	2.974,4	1.112,4	4.649,0
	Minimo			2.652,9	1.086,5	4.239,8
1906	Massimo		3	2.995,7	1.074,9	4.905,3
	Minimo			2.727,5	1.003,0	4.413,8
1907	Marzo	21	3 1/2	2.610,5	980,5	4.737,5
	Novembre	7	4	2.754,6	935,3	4.965,7
1908	Gennaio	9	3 1/2	2.674,3	915,6	4.988,0
	"	23	3	2.683,4	914,9	4.888,9
1909	Massimo		3	3.710,6	903,3	5.415,3
	Minimo			3.488,2	880,2	4.874,9
1910	Massimo		3	3.395,4	890,1	5.495,8
	Minimo			3.286,4	825,1	4.922,5

Anni	Saggio dello sconto ‰	Riserva		Circolazione
		Oro	Argento	
1911 Settembre 21	3 1/2	3 123,0	823,3	5.244,3
1912 Maggio 17	3	3.241,2	812,4	5.215,8
Ottobre 17	3 1/2	3 230,8	753,6	5.442,6
" 31	4	3.226,2	751,3	5.655,1
1913 Massimo	4	3.526,1	670,8	5.933,4
Minimo		3.181,0	597,5	5.378,9
1914 Gennaio 29	3 1/2	3.533,0	641,1	5.893,9
Luglio 30	4 1/2	4.141,3	625,4	6.683,2
Agosto 1	6	—	—	—
" 13	—	4.090,5	345,5	8.641,4
" 20	5	4.104,8	371,5	8.727,6
1915 Massimo	5	5.070,6	378,0	14.291,0
Minimo		3.907,3	352,3	10.161,6
1916 Massimo	5	5.076,6	363,0	17.028,9
Minimo		4.715,1	299,1	13.309,9
1917 Massimo	5	3.405,9 ⁽¹⁾	294,9	22.911,8
Minimo		3.189,1 ⁽¹⁾	245,9	16.678,8
1918 Massimo	5	3.340,5 ⁽¹⁾	320,6	30.820,3
Minimo		3.314,4 ⁽¹⁾	245,9	22.336,8
1919 Massimo	5	3.600,2 ⁽²⁾	318,2	37.756,3
Minimo		3.449,0 ⁽²⁾	268,0	31.055,0
1920 Aprile 8	6	3.607,0	243,9	37.507,3

⁽¹⁾ Queste cifre rappresentano l'oro custodito nelle casse della Banca; bisogna aggiungere per il 1917 rispettivamente 1.945,6 e 1.693,1 rappresentante l'ammontare dell'oro all'estero e per il successivo anno 2.087,1 sempre rappresentante l'ammontare dell'oro all'estero.

⁽²⁾ Si devono aggiungere rispettivamente le cifre 2.087,1 e 1.978,3 equivalenti al quantitativo dell'oro all'estero.

Anni			Saggio dello sconto ‰	Riserva		Circolazione
				Oro	Argento	
1921	Luglio	28	5 1/2	3.572,7	275,3	36.941,4
1922	Marzo	9	—	3.577,2	281,3	36.225,9
	"	11	5	—	—	—
1923	Massimo		5	3.675,9 ⁽¹⁾	296,4	38.529,6
	Minimo			3.670,5 ⁽¹⁾	289,5	36.359,3
1924	Gennaio	10	5 1/2	3.676,3	296,7	39.172,8
	"	17	6	3.676,4	296,8	38.678,3
	Dicembre	11	7	3.680,6	304,9	40.567,9
1925	Luglio	9	6	3.682,5	311,4	44.493,8
1926	Luglio	29	—	3.684,3	337,8	56.021,7
	"	31	7 1/2	—	—	—
	Dicembre	16	6 1/2	3.684,5	340,7	52.536,4
1927	Febbraio	3	5 1/2	3.683,5	341,6	52.625,7
	Aprile	14	5	3.683,5	342,3	52.883,1
	Dicembre	29	4	3.680,5	343,0	56.550,6
1928	Gennaio	19	3 1/2	3.679,5	342,9	57.590,8
1929 ⁽²⁾			3 1/2	36.616,6	3,1	62.970,6

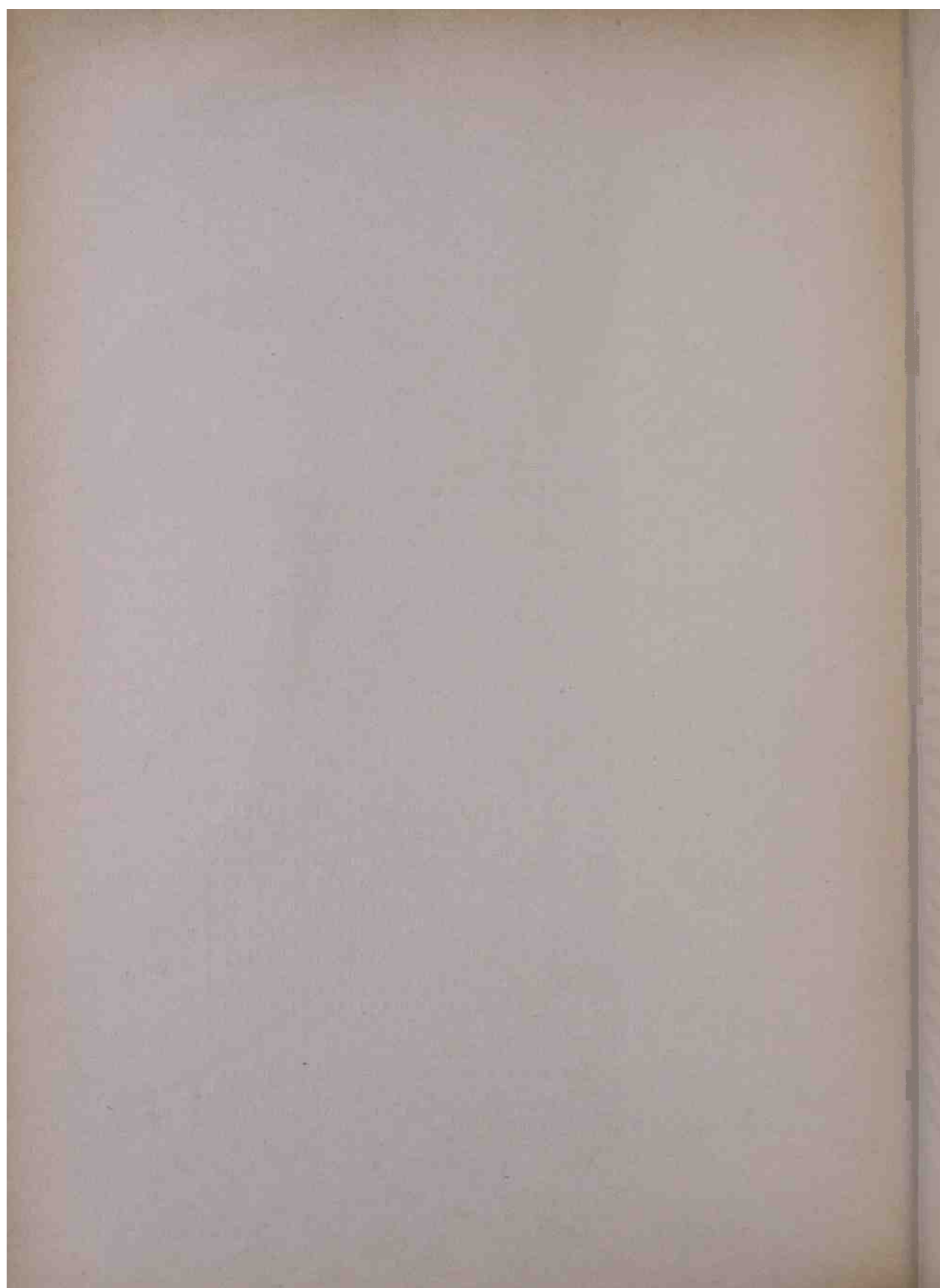
⁽¹⁾ Queste cifre rappresentano l'oro custodito nelle casse della Banca; bisogna aggiungere per le medesime date la stessa cifra 1.864,3, rappresentante l'oro all'estero.

⁽²⁾ Nel 1929 è intervenuta la stabilizzazione col conseguente riordinamento delle varie voci della situazione della Banca. La situazione data è quella del 21 giugno. Accanto alla riserva metallica va tenuto conto delle divise (disponibilità a vista all'estero) ammontanti alla stessa data a 7.254,8 milioni.

Saggio medio mensile dell'interesse in Francia (*)

Anno	Gennaio	Febbraio	Marzo	Aprile	Maggio	Giugno	Luglio	Agosto	Settembre	Ottobre	Novembre	Dicembre
1900	2,97	2,95	2,97	2,97	2,97	2,99	3,—	2,97	3,—	2,99	2,97	2,96
1901	2,94	2,93	2,96	2,96	2,97	2,99	2,97	2,94	2,96	2,97	2,96	3,—
1902	2,98	2,96	2,97	2,97	2,95	2,95	2,99	2,97	3,—	3,01	3,01	3,—
1903	3,—	3,—	3,03	3,07	3,06	3,10	3,07	3,08	3,11	3,08	3,06	3,08
1904	3,07	3,14	3,09	3,07	3,08	3,06	3,06	3,04	3,06	3,05	3,04	3,07
1905	3,03	2,99	3,01	3,02	3,01	3,04	3,01	3,—	3,01	3,—	3,—	3,03
1906	3,02	3,02	3,02	3,03	3,03	3,12	3,08	3,06	3,11	3,13	3,12	3,14
1907	3,15	3,13	3,16	3,16	3,15	3,18	3,15	3,16	3,18	3,17	3,15	3,14
1908	3,10	3,08	3,10	3,11	3,15	3,16	3,12	3,09	3,12	3,12	3,09	3,09
1909	3,10	3,06	3,07	3,08	3,06	3,08	3,06	3,05	3,08	3,03	3,03	3,04
1910	3,03	3,03	3,05	3,05	3,03	3,06	3,08	3,08	3,08	3,09	3,07	3,08
1911	3,08	3,07	3,11	3,12	3,12	3,15	3,16	3,17	3,19	3,14	3,14	3,17
1912	3,15	3,17	3,21	—	3,20	3,22	3,25	3,23	3,31	3,33	3,33	3,36
1913	3,37	3,36	3,42	3,52	3,50	3,57	3,47	3,37	3,40	3,44	3,47	3,51
1914	3,46	3,44	3,47	3,46	3,49	3,61	3,84	4,—	3,94	—	—	—
1915	4,06	4,31	4,10	4,14	4,13	4,25	4,34	4,37	4,51	4,57	4,65	4,70
1916	4,91	4,85	4,74	4,76	4,78	4,80	4,68	4,70	4,83	4,90	4,91	4,91
1917	4,81	4,85	4,88	4,86	4,91	4,98	4,90	4,81	4,96	4,93	5,02	5,12
1918	5,19	5,21	5,24	5,12	5,—	4,95	4,85	4,69	4,80	4,83	4,76	4,87
1919	4,70	4,74	4,75	4,81	4,80	4,77	4,89	4,90	4,88	4,95	4,99	5,04
1920	5,12	5,18	5,08	5,25	5,03	5,11	5,15	5,34	5,52	5,41	5,33	5,13
1921	5,12	5,13	5,13	5,29	5,24	5,25	5,30	5,31	5,32	5,40	5,54	5,45
1922	5,38	5,16	5,16	5,21	5,26	5,18	5,16	5,02	4,85	5,09	5,08	5,06
1923	5,11	5,12	5,16	5,21	5,20	5,24	5,30	5,26	5,23	5,38	5,49	5,55
1924	5,57	5,47	5,35	5,46	5,62	5,68	5,68	5,60	5,64	5,88	6,01	5,95
1925	6,15	6,20	6,33	6,55	6,69	6,87	6,68	6,42	6,33	6,51	6,31	6,43
1926	6,08	6,16	6,23	6,33	6,42	6,52	6,36	5,98	6,09	6,21	5,96	5,81
1927	5,66	5,68	5,53	5,18	5,26	5,11	5,32	5,17	5,22	5,38	5,29	5,08
1928	4,57	4,40	4,42	4,39	4,31	4,12	4,39	4,39	4,46	4,57	4,62	4,56
1929	4,31	4,18	4,19	4,08	4,03	4,02	4,—	4,01	—	—	—	—

(*) L'interesse è stato da noi calcolato sulle quotazioni della Rendita perpetua 3%. Sino al 1920 le statistiche ufficiali non tennero conto di dette quotazioni e pertanto si ha solo la quotazione di fine mese. Successivamente invece l'interesse è calcolato sulla quotazione media mensile.



PROF. W. R. SCOTT

Università di Glasgow

PROBLEMS OF PROGRESS

The effects of the war on the economic progress of Europe, both at the present time and in the future, are worthy of consideration. The initial view presents a picture of a flattening of the general curve of development for reasons that are sufficiently obvious. There was the loss of workers, who under normal circumstances, would have contributed to the volume of production, the diversion of savings from the improvement of the economic equipment to non-productive ends and the destruction of capital in various forms through the operations of warfare such as buildings and, in the case of maritime countries, ships. In these ways some conditions of economic progress were destroyed or at least so diverted as to be temporarily inoperative. Accordingly, as regards Europe as a whole, real wealth is less than it would have been had the war not taken place. This general consequence may be disguised to a greater or less degree in the case of a particular country through the acquisition of valuable territory, or goods or services in the form of an indemnity, none the less the general conclusion remains unaffected. Further the great extent of the struggle involved other countries and, in so far as some of the con-

ditions already mentioned apply to them, the expansion of world trade tends to be checked.

The cumulative effect of the causes described has been experienced most during the period following the war and, in several countries is not yet ended. History shows that even great evils in time give birth to a species of compensation. The pressure of circumstances sets men devising means for overcoming their difficulties. Moreover, it has frequently happened that a time of national awakening serves to call forth reserves in the spirit of a people which have the result of accelerating progress. In particular, a war so largely mechanical as the last is likely to act as a species of forcing-house for invention. Thus under favourable conditions there is a possibility that, after the lapse of a certain period, the general condition may not be materially worse than it would have been if the war had not taken place. Still, even if such a result were attained, it has to be noticed that the resulting progress is exceedingly uneven. The war period and a number of years afterwards present a serious declension from the rate established previously, while later it may be accelerated sufficiently to recover a part or the whole of the lost ground and in addition to make good the previous retardation.

The obvious historical parallel is the recovery after the Napoleonic Wars. To which it may be objected that the circumstances of the Industrial Revolution were unique and cannot be repeated. It is true that the spectacular effects of that transition will not return, in so far as these comprised the transition from the domestic to the factory system. But that does not mean that the possibilities are exhausted. The Industrial Revolution was significant in the discovery and rapid adoption of mechanical appliances, but one is justified in at least thinking that there remain vast undiscovered fields to be conquered in the application of science to industry, to the organization of commerce and to the prevention of undue fluctuations of prices. There can be no doubt that these unexplored regions still await their discoverers and their conquerors. The uncertainty consists altogether in the time of waiting for them and

whether the inventions will come quickly or spaced with appreciable intervals between.

I have described this as an initial view of the position. While there are elements in it which are important and even determining in their own sphere, it seems to me to be far from complete and some of the most vital conditions — subtle though they be — have been overlooked. In the very idea of progress there is involved continuity and therefore it is necessary to go back beyond the conditions which immediately preceded the war. But the more we do so, the less we secure comparability. It is true that to a certain extent statistical comparisons can be made, but the causes of these are in many cases obscure and it is extraordinarily difficult to learn a lesson from the causes, if established, which operated in one century as applied to a different one. The difficulty of comparability is diminished if the investigation be confined to the period beginning with the Industrial Revolution and yet it re-emerges in another form for the period since then is too short and the indications it affords tend to be fragmentary. It is scarcely too much to say that from that date industry has been passing through an experimental stage and on that basis what the war has done is to intensify this characteristic. Necessarily this aspect of the situation is that as it appears to us. To the successive generations since the beginning of the Industrial Revolution there appeared to each to be permanence which developed by gradually evolving further characteristics of the same nature. Rather the movement forward — great as it has been — was spasmodic; and, altogether unperceived at the time, the centre of gravity has been shifting and the accepted land-marks have been changing, some of the most important being eventually transformed. Thus in the economic sphere the individualism of the earlier part of the nineteenth century has been gradually changing its form, but most unevenly. The development of the joint-stock system has resulted in great combinations of capital in certain industries. Side by side with this are various forms of industrial agreements such as the Kartel. The industrial aspect of Socialism to some extent springs from the same general

causes but the former has outstripped it, since already in certain industries international joint working has been achieved.

Side by side with these phenomena has been the extension of labour organisation, so that the scene has changed from the individual employer with his workers largely unorganised at the beginning of the nineteenth century to great combinations of operatives in linked industries and aiming at the bringing under one central labour direction of all wage-earners. Syndicalism and Communism see in this the preliminary mobilisation for the battle field of the class war.

The phenomena of shifting economic and social landmarks require explanation. These things do not happen of themselves, nor are they the necessary evolution of the antecedent conditions which have been discussed. Beneath the surface, as it seems to me, there have been mental causes at work. The economic philosophy of the nineteenth century was based on the principle that an increase in wealth brought increase in welfare and in human happiness. Maximising of wealth in Economics and the greatest happiness of the greatest number as an ethico-political ideal were at one time accepted as infallible principles in their respective spheres. Maximising wealth led eventually to a cataclysmic destruction of wealth, and the greatest happiness principle is in danger of maximising *ennui*.

In the English idiom of the Victorian Age a man of wealth was described as « a man of means », implying that his Wealth gave him the means to effect his purposes. It was assumed that this necessarily brought happiness. Thus economic conditions were first drawn from the obscurity in which they had been long involved until economic ends became more and more prominent. Thus was reached the economic or materialistic interpretation of history. No doubt many aspects of the life of a people (including the economic) had been treated in a perfunctory manner, but there was equally a want of balance in swinging to the opposite extreme and magnifying the economic side until it usurped the whole field.

It is a psychological commonplace that, if the gratification of a desire is sought for the pleasure which accompanies it, that pleasure eludes the searcher. Similarly those who live for happiness fail to find it. This stretches beyond the domain of Economics. Take for instance the desire for power — that may be economic or it may extend into other fields, as for instance the political, intellectual or even spiritual.

Gradually, especially towards the end of last century and during the first years of the present one, there began to come a spirit of disillusionment. Wealth had been increased but the promised result had not followed. To those whose minds were bound by the outlook of the previous century, it seemed that they could escape the logic of the situation by basing a new structure on the old foundations in advocating a redistribution of Wealth on various principles. Meanwhile the current of disillusion had swept further and such schemes had been left behind as inadequate. A blind and largely inarticulate revolt against nineteenth century materialism was growing, showing itself in art, literature, social life, economics and politics. Once the questioning of the old values had begun, it inevitably extended. Then came the war, appearing to re-establish the appeal to the material in its crudest form of stark, brutal force. Yet behind this there was something far from ignoble. Whatever may have been the ends of the exponents of Real Politik, to the mass of the people there were the ideals of freedom as each nation interpreted this illusive word to itself. To the spirit of the peoples the pursuit of Wealth had resulted in disappointment, and, as a result, they were prepared to embrace sacrifice for an abstract principle. This in its turn resulted in one of the dominant characteristics of the years after the war. Human nature is incurably romantic. After enduring greatly and achieving greatly it seems there should be some recognition. Sentimentalism would treat the aftermath of war with the trappings of the romantic novel: rather too often the more appropriate vehicle would be the *ἀνάγκη* of Greek tragedy. The irony of the times has been that people cannot live

up to the glory of their great moments, and there is a relapse to the evaluation of sacrifice. To some, still held by the glamour, the noble Roman motto — « to have deserved well of the State » — is more than enough, from others there is the question « what will the country do for us? » From the side of the State there is the fact that common danger and common efforts leave a wider sympathy, and so there has been a general desire, taking varied forms in different countries, to improve the general standard of citizenship.

The effect of these movements seems to be that, while in general real wealth has failed to increase, larger demands are being made upon it for ends which are in the main of an immaterial nature. This may be represented for the moment, though this is only a first approximation, as if ethical influences were intercepting an increased proportion of the National Dividend. From this angle several problems present themselves. Immaterial ends, when they yield an ultimate material return, give it only slowly. The fruits of education are a case in point. The ultimate effect of others on the National Dividend may be negligible or exceedingly uncertain. Moreover the position at any given moment cannot be treated as static. For the time being the division of a part of the dividend which, as regards the present, is being in effect employed unproductively, has an unfavourable reaction on the national income. Further these immaterial ends, as expressed by different peoples, present many variations, determined in fact by national circumstances and in part by the national temperament — the patriotism of the war period endeavouring to adapt the same spirit to the exigencies of a country emerging from war, the ideal of offering greater opportunities to the present generation than their fathers enjoyed, even the *panem et circenses* of a liberal provision for unemployment where the economic disorganisation of the war has been felt acutely.

As has been said people cannot maintain the white heat of moments of enthusiasm, and so there have been growing undertones in a minor key of those who appeal to the rigour of economic law,

which (as they claim) is being flouted by the new ideals — ideals which to this type of mind seem inevitably to enfeeble the body politic by a slow but persistent draining of its life-blood, which to some is forcibly illustrated by the extraordinary anomaly of the discrepancy which at present exists in Great Britain between the rate of wages in the « sheltered » and the « unsheltered » industries. While this attitude of mind is valuable up to a point in correcting the over-exuberance of idealistic constructions of society, it may be that there is an excessive static element in it, which, it is possible, is under the thralldom of the ideas of the nineteenth century. In that epoch economic investigation suffered from a false analogy and an ambition too high. It claimed, like Physics, to establish generalisation as binding as the law of gravitation. But every generalisation is dependent on the environment from which it is evoked, and in any economic condition due weight must be given to change and growth in the purposes of the human beings which constitute one essential factor in the situation. Even Physics since those days has to submit to the principle of Relativity. Is the alternative then that the economic life is to be deprived of fixity and to be reduced to a perpetual flux in which as was said long ago πάντα χωρεῖ καὶ οὐδέν μένει? This does not necessarily follow. It is not so much that there is a danger of economic anarchy as that the field of generalisation in the nineteenth century was sometimes unduly narrowed. In particular, within its own sphere in that period, immaterial considerations were unduly neglected or perhaps in stricter terms considerations were treated as negligible which were not truly such. It may be claimed that these did not lend themselves to sufficiently exact measurement. To which the reply is in part that the means of measurement had not been devised; in part that undue reliance was placed on the lower category of quantity to the neglect of the higher one of quality. Arising out of the general practical attitude of mind of that time, already indicated, development tended to be one-sided. In concrete terms one has only to think of the sacrifice of health, convenience and ame-

nity of the typical industrial town. Thus the twentieth century has become the heir of a technical equipment procured at the sacrifice of other things — less tangible, it is true, but not for that reason of less ultimate importance. And so the inheritance comes burdened with an obligation which has to be made good some time and somehow, unless life itself is to suffer in the end. It is this which I conceive is at once the basis of present discontents and of the social and economic ideals which have found expression in clamant tones since the war.

An urge of the peoples, such as this, presents a problem of quite exceptional difficulty to those who control their respective destinies. It comes from something deep-seated in their feelings but which is inadequately, or even wrongly expressed. There is often in cases of this kind all the difference in the world between giving the people what they want and what they say they want. The statesman has to divine the former behind the broken and stammering demand for the latter. If he obeys the expressed wish of the people, they will not receive that as an excuse for the failure to interpret their real wishes. This is one of the reasons why the claims of new movements are often many and contradictory, and also, being in most cases untried, they make exaggerated promises — promises which find the greater belief because this is once more a time when man is confronted with one of the recurrent tragedies of his history. Occasions come when he becomes conscious of the greatness of his nature and from this springs the conviction that things should conform to his purposes. But things are stubborn and yield only, as it were, with reluctance and after a struggle. It is this struggle upon which Europe is now entering in a new phase.

The nineteenth century has left the world in its debt through the analysis of the Production of Wealth which it accomplished. It will be the task of the present century to present a similar study of the Economics of Consumption which will require to be treated on a larger canvas and perhaps with a wider appeal. Just as the

first has shown how considerable progress has been made in reducing the immense waste involved in the manufacture and selling of goods, so the second will require to devise means of pointing the way towards preventing the equally great waste in the consuming of goods after they have been produced through miscalculations, ill-directed aims and misconceptions of the persons concerned. Amidst all the stress now being laid on Rationalisation of Industry, there is a greater need for Rationalisation of Desire. True this may in part be the task of the Moralist, but there is no less a side of the problem which is capable of yielding good results when dealt with by the methods of the economist. In relation to Progress, the conclusions from the study of Utility are incomplete in so far as they tend to accept the maximum obtainable amount for a given individual on the basis of his existing desires, however crude these may be. There is in most cases the alternative that for a particular individual the Utility obtained falls far short of the maximum owing to the imperfections of his desires. Thus the theory of Diminishing Utility needs to be interpreted in a manner similar to that in which Diminishing Return is suspended by improvement of methods of cultivation. This is not to lay the burden of the moralist or the preacher on the shoulders of the Economist, rather it lies with him to supply them with data from material within his own province. It follows that, in addition to other possibilities previously considered, there is another, that the quantity of satisfaction obtainable from a given amount of Wealth is capable of very great increase.

The general result of the foregoing discussion has been to extend very considerably the number of factors of which account should be taken in the estimation of Progress. Many of these are of a less tangible nature than those usually dealt with. A still greater difficulty lies in the fact that in an inquiry, which is through and through dynamic, they have different ratios of increase. Most of the immaterial conditions mature very slowly. At the present time the tendency (for reasons already explained) is to endeavour to correct the neglect of them in the nineteenth century by over

emphasis. Having an element of intangibility, confusion of thought, over sanguine expectations and the simultaneous adoption of mutually destructive schemes are liable to escape notice. Still it is probable that there will remain a balance by the adoption of which, after adequate testing, life may be enriched. The question then is how far a nation can afford to sacrifice present enjoyment in favour of a future benefit which will only accrue after a protracted interval; and, if it can afford the sacrifice, will it do so? As to the first, the relatively slow maturing of immaterial ends becomes important in two different ways. The check to the growth of wealth indicates that in general there is a special need for the adopting of development which yield an early rather than a distant return. Then, too, the reactions have to be considered. The cumulative effect of a continued building wholly for the future is liable to increase the necessary sacrifice beyond the degree which was originally anticipated. As human nature exists, it is improbable that the object sought will be pressed up to this point. Prior to that the path of abnegation will be abandoned. The characteristic, already mentioned, of the expectation of a more bountiful reward of sacrifice than is likely to be received may be expected to manifest itself in a new guise. And so it would seem that the first half of the twentieth century would repeat the disillusionment of the nineteenth in another form. So it would appear that Egoism and Altruism, Individualism and Nationalism alike eventuate in disappointment. Is there then no final gain so that the effort of mankind leads only to the confession that « all is vanity » ?.

Such cynicism of a facile Pessimism neglects the fact that no human striving ends resultless. It is not only that the pressure of necessity calls forth increased effort. Great national crises tap some of the reserves of strength which constitute a part of the endowment of virile peoples. It is not so much that there is a possibility of a larger accomplishment but of one of higher quality. Improvement both in the technique of industry and of commerce is already rising above the horizon, though as yet the dawn is partly shrouded

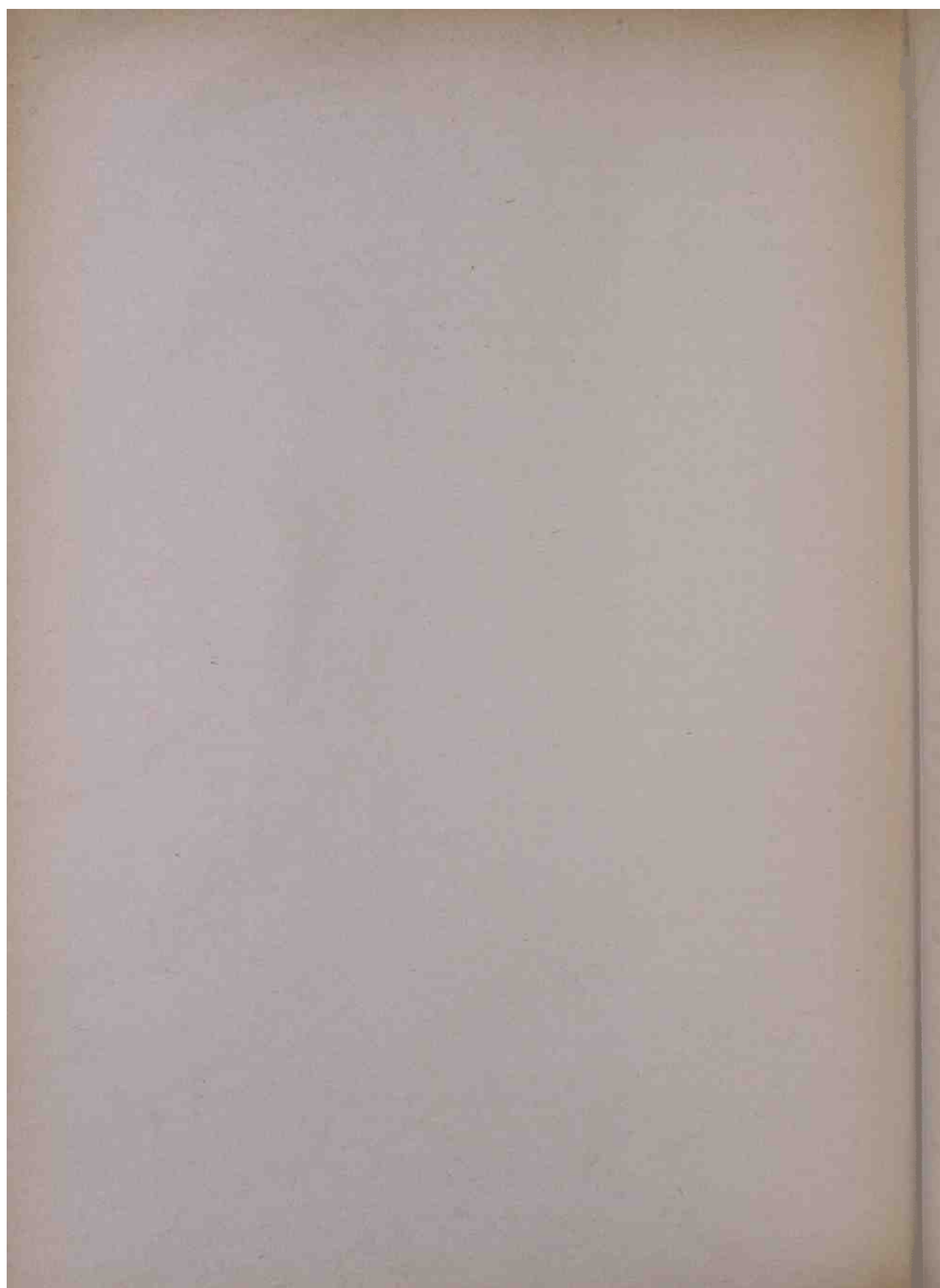
in mist. The mind of man is beginning to respond to the need in effecting invention and improvement in industry. As yet the effects are less noticeable than would be the case under similar conditions, since reorganisation and development always involve a considerable amount of displacement with the scrapping of what has become obsolete, and the more complicated the structure the longer the time required to secure positive results. Therefore if the nations are in earnest in enlarging their internal responsibilities by increasing the immaterial elements in their citizenship, the extent to which this is possible will depend upon the rate at which invention and improvement in the productive process yield considerable results. There is on the one side the dominating factor in the maintenance and increase of extensive improvements in opportunities for the people; while on the other both together will fix the extent and determine the nature of the Progress of the twentieth century. These considerations, when related to the conditions which determine them, go far to account for the apparently slow recovery from the economic disorganisation of the war. Economic life appears to be entering on a new epoch, as a preparation for which a remoulding of much that has come to us from last century will be inevitable. However this may be, the amount of reconstruction arising directly from the war is sufficiently formidable. From its nature much of this work must be preparatory. Its contribution to Progress is not direct but indirect in being the necessary preliminary for further stages which in their turn will make the positive contribution to Progress. The position attained by different countries of Europe in this development differs, a few have not yet completed the first stage, others have completed it or are on the verge of doing so. This encourages the hope that conditions are ripe for a resumption of the interrupted Progress, which, under reasonably favourable conditions should gradually acquire momentum.

One result of the previous inquiry has been to emphasise the factor of the quality of future production as a factor in Progress and the chief conditions on which it depends. Quality affects quan-

tity but does not wholly determine it. The number of workers is an important element. Here for some time to come the consequences of the war will exercise a limiting effect. Thus it is calculated by Professor Bowley, in the case of Great Britain, that while the numbers of the occupied population may be expected to increase by about 125,000 per annum up to 1931, the anticipated increase from 1936 to 1941 will only amount to 20,000 a year. Where there is considerable unemployment these figures escape attention, but it is clear that there is a risk that in some countries the possibilities of Progress may not be realised through a deficient population. Still it may perhaps be calculated that as reconstruction proceeds, conditions leading to an expansion of population adequate to future needs will likewise come into existence.

Objectively the supreme limiting condition of Progress will be the risk of another war upon the great scale of that from which Europe is now painfully beginning to recover. The losses have been so vast that peace for a generation has become a necessity. But as yet the world refuses to use History as a supplement to the inevitable limitation of the memory of individuals. In time suffering and the temporary poverty of nations are forgotten and romance transmutes them into the heroic. From the economic point of view there is nothing which can be said which is not of the nature of a platitude. Yet a platitude is precisely that which everyone accepts without allowing it to influence his actions. On that basis, when allowance is made for the increasingly destructive character of warfare, there is danger of Progress becoming the modern analogue to the labour of Sisyphus. Yet there is much to be said on the other side. If in the next generation the pursuit of immaterial ends is developed, the will to war will tend to be weakened. This in itself is not enough. Economic investigation has been one of the most powerful apostles preaching the waste of strife. Yet all this did not prevent the late hostilities. Mere pacificism will always fail when confronted with human nature, which contains in it the power and the will to strive and to struggle. Linked with this again is

the capacity of sacrifice, involving, at times, the will to risk everything, including life itself, for an idea. Clearly what the conditions of Progress demand is that these impulses should be transformed (or as the Psycho-analysts say, sublimated) into something higher in which all the valuable elements of devotion, of duty, of discipline and of sacrifice will be preserved and enhanced and where a greater glory will be found in advancing civilisation, in co-operation of nations rather than in rivalry; and in conserving, instead of destroying, the fruits of industry.



PROF. FEDERICO FLORA

R. Università di Bologna

I PIANI DAWES E YOUNG e la liquidazione finanziaria della guerra

I.

Il Piano Dawes. (*)

Il periodo transitorio del Piano Dawes, cui dobbiamo la revisione delle clausole finanziarie del Trattato di Versailles e la temporanea soluzione razionale del problema delle riparazioni belliche tedesche, è finito (1). Con il primo settembre dell'anno in corso è cominciato il periodo normale, durante il quale i versamenti annuali della Germania agli undici Stati creditori ammonteranno alla somma fissa di due miliardi e 500 milioni di marchi oro, suscettibile di ulteriore incremento qualora la ricchezza del Reich, desunta da un indice di prosperità all'uopo descritto nel Piano degli Esperti o le variazioni nella potenza d'acquisto dell'oro, lo consentano (2).

(*) L'Autore, che fu membro del Comitato Dawes, ha scritto questi due saggi sul Piano Dawes e sul Piano Young rispettivamente nel settembre 1928 (VI) e nel luglio 1929 (VII).

(1) Per l'origine e la struttura del Piano vedi FLORA, *Il Piano Dawes* nella *Nuova Antologia* del 1 febbraio 1929, p. 367.

(2) La misura della annualità normale e le sue fonti in confronto alle quattro iniziali risulta dalle cifre seguenti espresse in milioni di marchi oro:

È bene, perciò, data la gravità del nuovo periodo, esaminare i risultati del Piano — applicato dagli Stati alleati in base all'accordo di Londra del 30 agosto 1924 — per i vinti ed i vincitori e particolarmente per l'Italia durante i quattro anni del periodo transitorio testè chiuso.

Il successo del Piano, più volte ricordato nei convegni dei « locarnisti » ginevrini, è ormai ovunque riconosciuto. L'opera del Comitato degli Esperti e soprattutto dell'eminente finanziere americano, del signor Parker Gilbert, Agente generale delle Riparazioni, incaricato della piena esecuzione del Piano da essi proposto, venne dalla stampa politica e tecnica, in occasione dell'inizio del pagamento delle annualità massime, molto favorevolmente illustrata, benchè, secondo i giornali tedeschi, il Piano sia ben lungi dall'essere perfetto mancando in esso ogni indicazione della cifra complessiva del debito di guerra e della fine dei pagamenti. Il *Temps* del 18 agosto 1928, a proposito della andata di Stresemann a Parigi

Composizione delle annualità tedesche previste dal Piano degli Esperti

	1924-25	1925-26	1926-27	1927-28	1928-29 successiv.
Prestito estero	800	—	—	—	—
Imposta sui trasporti	—	250	290	290	290
Interesse e ammortamento delle obbligazioni ferroviarie	200	595	550	660	660
Interessi e ammortamento delle obbligazioni industriali	—	125	250	300	300
Contributo del bilancio del Reich	—	250	410	500	1250
Totale generale	1000	1220	1500	1750	2500

La quota delle imposte e delle obbligazioni ferroviarie e industriali era già normale e costante fino dal quarto anno. Il solo problema per gli anni venturi riguarda il contributo di 750 milioni di marchi oro dovuto dal bilancio del Reich. L'annualità del quarto anno era già nella misura del 70 % dell'importo complessivo, una annualità normale.

Da ciò la necessità per assicurare l'esecuzione del Piano di contenere le spese ed i debiti del Reich sulla quale ebbe a richiamare l'attenzione del Ministro delle Finanze Koehler l'Agente Generale delle Riparazioni con il suo noto *Memo-randum* del 20 ottobre 1927.

per la firma del patto Kellogg, così scriveva: « Si vede qui l'effetto — lento ma sicuro — prodotto dalla politica inaugurata a Londra nell'agosto del 1924, con l'adozione di quel Piano Dawes i cui risultati sono ancora talvolta così vivamente discussi. L'adozione del Piano Dawes ha condotto agli accordi di Locarno; indi all'entrata della Germania nella Società delle Nazioni; infine alla conclusione del Patto generale contro la guerra, che pure avendo una portata soprattutto morale, costituisce un atto internazionale dei più importanti » (1).

*
* *

Il lusinghiero giudizio è specialmente esatto per ciò che riguarda il secondo anno di esecuzione del Piano, in cui la annualità di un miliardo e 220 milioni di marchi oro, dovuta dalla Germania,

(1) Non meno alto è l'elogio che del Piano e dell'opera del signor Parker Gilbert fece il CABIATI, il quale, dopo avere dimostrato la importanza dell'una e dell'altra per la salvezza comune degli alleati e dei loro debitori e per la ricostruzione europea così ne scrisse: « Il Piano Dawes merita sotto questo aspetto la riconoscenza generale. La quale si estende da coloro che seppero escogitarlo a quelli che lo iniziarono e lo conducono ormai da quattro anni con tanta fortuna; fra essi, soprattutto, al signor Parker Gilbert, la cui rettitudine mentale è pari alla finezza dell'osservazione, alla lucidità del pensiero, alla capacità di sintesi, di direzione, di giusta pieghevolezza. Onde il suo nome è e sarà ricordato con rispetto e riconoscenza dagli alleati non meno che dai tedeschi », (*Riforma Sociale*, luglio 1928, p. 330).

Nè, data la carriera veramente americana di Parker Gilbert, era possibile altrimenti. Nato il 13 ottobre 1892 a Bloomfield (Nuova Jersey); conseguita a 25 anni la laurea di avvocato entra al Dipartimento del Tesoro a Washington; a 27 è aiuto tesoriere; a 28 anni sottosegretario al Tesoro. A trenta anni lascia la burocrazia dopo aver fatto in cinque anni la carriera che i nostri migliori funzionari, se la fortuna li assiste, percorrono in 40 anni e nel 1924 diventa Agente Generale delle Riparazioni nelle cui mani sono, insieme ai destini della Germania, in certo modo anche quelli del vecchio Continente.

Nè avari di elogi per il Comitato Dawes furono i tedeschi. Il SERING, professore di Scienze Politiche all'Università di Berlino nel suo noto libro *Germany under the Dawes Plan* (London, King, 1928) così scriveva: Gli Esperti hanno compiuto "in less than three month what the negotiations of the Allied statesmen had failed to accomplish in five years, namely an agreement concerning the Reparations programme. The adoption of the Dawes Scheme awakened throughout the world hopes of a peaceful and undisturbed development of Europe. It restored German credit, rendered Germany once more capable of purchasing abroad and gave a fresh impulse to international commerce" (p. 50).

è stata, a differenza della prima, interamente pagata dal Reich, nonostante la crisi di assestamento attraversata dalla economia tedesca, con risorse sue proprie e cioè, con le entrate tributarie del bilancio, con i prodotti delle ferrovie e con gli interessi dei 16 miliardi di marchi oro delle obbligazioni industriali che ora, per estinguere almeno in parte il debito di guerra fissato dal Trattato di Pace, si vorrebbero *commercializzare*.

Per il primo anno il successo del piano degli Esperti non era, infatti, dubbio. Il contributo dell'economia tedesca venne limitato a 200 milioni di marchi oro, cioè al quinto della annualità iniziale fissata. La quota residua, pari ad 800 milioni di marchi oro, fu coperta con il prestito esterno redimibile in venticinque anni, all'interesse del 7 per cento, emesso quattro anni or sono e che servì a pagare le consegne in natura e le spese iniziali per l'esecuzione del Piano (¹).

Si poteva avere, invece, qualche dubbio per il secondo anno, in cui la capacità di pagamento della Germania, era messa interamente alla prova. Ma le previsioni degli Esperti furono superate dalla realtà. La Germania, rinnovellata dalla riconquistata salute monetaria e dal conseguente afflusso di capitali interni e soprattutto stranieri, non solo ha pagato con estrema facilità la seconda annualità, ma approfittando del maggior reddito delle imposte vincolate, ha potuto elevare da 1200 a 1500 milioni di marchi oro la terza annualità, conseguendo in cambio, una più regolare ed equa distribuzione delle due annualità successive. E ciò senza punto bisogno di vendere i 500 milioni di marchi oro di azioni preferenziali rimesse al Tesoro dalla Compagnia delle Ferrovie germaniche già

(¹) Il debito di guerra è stato fissato il 27 aprile 1921 dalla Commissione delle Riparazioni in virtù dell'art. 233 del Trattato di Versailles nella misura di 132 miliardi di marchi oro che i fautori della revisione del Piano degli Esperti — tenuti a fissare non *quanto* ma *come* la Germania poteva provvisoriamente pagare — vorrebbero ridurre ad una cifra variabile fra un massimo di 60 miliardi ed un minimo di 20 miliardi di marchi oro. Sono modifiche che esigono però l'approvazione dei 26 Stati firmatari di Versailles (art. 234) e quindi punto facile come ritengono coloro che considerano il problema delle riparazioni come un problema essenzialmente francese.

ad esso consentita dal Comitato delle Riparazioni per fronteggiare i gravami del Piano.

L'elogio del Piano spetta quindi, prima che agli Esperti ed all'Agente delle Riparazioni, alla Germania, riuscita a mantenere finora in modo così brillante i propri impegni, malgrado la crisi economica del 1923-26, che tanto accrebbe, con enorme aggravio delle finanze federali e locali, la disoccupazione. Oggi il risanamento è pressochè compiuto, e il pagamento delle due ultime annualità del periodo iniziale venne effettuato alla fine d'agosto 1927 e del 1928 ancora più facilmente della seconda. L'avanzo della bilancia commerciale, i prestiti esteri, il cospicuo gettito dei tributi, permisero alla Germania, avviata alla prosperità, di trasferire ai suoi creditori le somme ad essi dovute in conto riparazioni senza alterazione alcuna del corso dei cambi e del saggio dello sconto modificato soltanto per frenare le richieste eccessive di crediti dell'agricoltura e dell'industria.

Nè vi ha da temere per l'avvenire. I 750 milioni di maggiore contributo del bilancio, che implica sostanzialmente l'annualità normale, saranno, come sempre, esuberantemente coperti dal gettito delle imposte controllate (dogane, tabacco, birra, spiriti, zucchero), finora superiore del doppio alla cifra dovuta, onde la possibilità della costituzione di cospicui fondi di riserva per supplire le deficienze che eventualmente si manifestassero negli altri cespiti dell'annualità.

*
* *

Le difficoltà future potranno derivare non dai *pagamenti*, che la situazione economica e finanziaria della Germania pienamente consente, ma dai *trasferimenti* agli Stati creditori delle somme versate in marchi oro, attinte, come vedemmo, da *fonti essenzialmente interne*. Sono trasferimenti che l'Agente Generale per non compromettere la stabilità della valuta tedesca e quella delle monete dei paesi ai quali i versamenti sono dovuti, compie principalmente in natura, consegnando ad essi invece di valute o divise merci tedesche delle quali cura l'acquisto, il trasporto e il con-

trollo alle frontiere. È questa la funzione più importante e delicata, che riguarda essenzialmente gli Alleati e associati creditori, affidata al *Comité des Transferts*, e che ha fermato l'attenzione dei maggiori economisti di tutti i paesi interessati (¹). I trasferimenti in contanti ossia in monete straniere, nei quattro anni del periodo iniziale salirono dal 30 per cento della somma totale (1° anno) al 52 per cento (nove mesi del 1927-28). La percentuale residua della somma spettante a ciascun paese creditore fu trasferita in merci e specialmente in carbone, metalli, legname, concimi, prodotti chimici, farmaceutici, materie coloranti, bestiame, cavalli, materiale ferroviario, edilizio, films cinematografiche, piroscafi e battelli fluviali, utensili, macchine, motori a scoppio ed altri oggetti vari con grande giovamento dell'economia tedesca che accrebbe così le sue esportazioni e spesso a danno delle industrie degli Stati più deboli dell'Intesa che non tollerano il lavoro e le prestazioni tedesche concorrenti e quindi, reagiscono con crisi e disoccupazione.

(¹) Il problema dei trasferimenti ammette diverse soluzioni già discusse al Congresso della Camera di Commercio Internazionale tenuto a Bruxelles nel 1926. Lo sviluppo naturale delle esportazioni tedesche; le consegne in natura ai creditori, la prestazione ad essi di lavoro e servizi, la costruzione da parte della Germania di opere pubbliche interessanti gli Alleati; il collocamento all'estero delle obbligazioni industriali previste nel Piano Dawes, od emesse da imprese tedesche; l'investimento da parte di privati non alleati e neutrali di capitali in beni e valori tedeschi, sono tutti mezzi che concorrono a vincere le difficoltà inerenti al trasferimento ai creditori delle somme per essi versate dalla Germania in marchi oro alla Reichsbank.

Certamente si tratta di operazioni complicate, delicate, che la speculazione riesce spesso a sfruttare a danno di tutti. Da ciò le pagine satiriche dei giornali francesi contro le *microbe des transferts* scoperto nel 1924 dagli Esperti del comitato Dawes. Per alcuni saggi di queste brillanti variazioni giornalistiche piene di umorismo, sul *microbo dei trasferiti* ignoto nel 1872 al tempo del pagamento delle indennità di guerra della Francia alla Germania, vedi Comité France-Amérique: *La situation financière de la France*, Paris, Les éditions, France-Amérique, 1926, p. 78-80.

Per la letteratura relativa cfr. l'eccellente libro di HARRY D. GIDEONS, *Transfert des réparations et le Plan Dawes*, Paris, Payot et C., 1928, p. 118, che completa la bibliografia del CURTH, *Weltwirtsch. Archiv.*, Vol. 22, p. 123 e Vol. 23, p. 25. Per la letteratura italiana degno di studio il libro del FOSSATI, *Il problema delle riparazioni nei suoi rapporti con l'economia germanica*, Pavia, Facoltà Politica, editrice, 1926.

Se i trasferimenti in natura poterono nel quadriennio scendere dal 70 al 48 per cento ciò dipese dal grandioso sviluppo dei prestiti esteri che misero a disposizione del mercato tedesco una ingente quantità di divise estere (circa dieci miliardi di marchi oro) conferendo spesso al marco un premio sul dollaro e sulla sterlina. Ma che avverrà del marco stabilizzato allorchè l'afflusso dei debiti esteri verrà necessariamente a cessare? Le riparazioni si dovranno principalmente pagare in natura e quindi la eccedenza delle esportazioni sulle importazioni dovrà pareggiare almeno, oltre gli interessi e gli ammortamenti dei debiti contratti, anche molta parte delle annualità normali del Piano ora saldata in contanti. Ma accetteranno i paesi dell'Intesa questi crescenti risarcimenti in merci ed in lavoro, favoriti dalla cessazione dei prestiti esteri spesso rovinosi per le industrie nazionali rispettive, senza i quali non potrebbero più essere pagati? Come pretendere che gli Stati Uniti difesi dal protezionismo mercantile, operaio e marittimo creditori dell'Intesa di 6.250 milioni di dollari, ai quali spettano pertanto all'ultimo circa tre quinti ⁽¹⁾ dell'annualità germanica accettino in pagamento invece di monete auree e dollari, le merci tedesche? D'altronde come ammettere che i Paesi europei pagati della Germania in merci, debbano poi pagare gli Stati Uniti in valuta aurea?

(1) La percentuale esatta degli Stati Uniti sarebbe del 57 per cento considerando l'annualità media dovuta dall'Intesa agli Stati Uniti per estinzione del debito di guerra per l'intero periodo 1924-1934 di 61 miliardi di sterline sui 117 milioni di sterline da versarsi dalla Germania agli Alleati in base al Piano Dawes. Ma avverte il KEYNES, gli Stati Uniti finiranno coll'assorbire l'intero provento dell'annualità normale tedesca. Infatti mentre i pagamenti degli Alleati all'America raggiungendo il loro *maximum*, sulla base degli attuali consolidamenti, darebbero 83 milioni di sterline all'anno, l'America riscuoterebbe direttamente dalla Germania in conto riparazioni. 78 milioni annue di sterline sui 117 totali dovuti agli Alleati ovvero il 67 per cento dell'annualità normale. Se l'annualità massima del Piano Dawes fosse ridotta di un terzo, ossia da 117 a 78 milioni di sterline gli Alleati, creditori della Germania rimarrebbero a bocca asciutta. Ciò mostra la connessione logica, indistruttibile, dei debiti alle riparazioni, ufficialmente sempre esclusa dagli Stati Uniti, e la impossibilità di una revisione del Piano degli Esperti senza la partecipazione ad essa della Repubblica stellata e la riduzione dei suoi crediti verso i compagni d'arme europei.

In ciò la difficoltà del problema dei trasferimenti che sospinge tanta parte dell'opinione pubblica dei paesi interessati ad invocare una revisione del Piano; benefica per i debitori liberati da ogni controllo straniero e da ogni incertezza sulla somma totale dovuta e per i creditori esposti più o meno alla concorrenza pericolosa delle merci tedesche. Sono però difficoltà alquanto esagerate. Non bisogna badare soltanto alla bilancia commerciale ma altresì a quella ben più importante dei pagamenti internazionali. Una eccedenza attiva di questa — sempre possibile per la Germania la cui forza espansiva è da ogni lato in pieno sviluppo — renderebbe il problema dei trasferimenti meno acuto e urgente. Si potrebbe attendere la revisione del Piano e dei vari *settlements* conchiusi con gli Stati Uniti creditori di tutti e debitori di nessuno, con maggiore serenità ⁽¹⁾.

*
* *

Ma se il Piano fu vantaggioso per la Germania, devastata dalla inflazione e minacciata dalla richiesta di indennità fantastiche e di pegni, non meno utile fu per i paesi creditori, ai quali finalmente permise di conseguire le riparazioni belliche prima del tutto incerte, indispensabili a saldare i debiti esteri reciproci e quelli verso gli Stati Uniti sebbene questi dai prestiti concessi agli Alleati europei, utilizzati quasi per intero nel territorio della Repubblica stellata abbiano ricavato notevoli benefici economici e finanziari. La ripartizione dei 5.470 milioni di marchi oro pagati dalla Germania nei quattro anni del periodo transitorio chiuso il 31 agosto u. s., e della annualità normale per il quinto anno ed i successivi, detratte le spese per il servizio del prestito e per le Commissioni interalleate, risulta dal seguente prospetto, ricavato dai mirabili *Rapporti* dell'Agente delle Riparazioni, che mette tosto in luce la disuguale

⁽¹⁾ Per questa tesi cfr. RUEFF, *Une erreur économique: l'organisation des transferts*, Paris, Doin, 1928; GIBSONSE, *Transfert des réparations et le Plan Dawes*, Lousanne, Payot, 1928. Circa l'influenza dei prestiti esteri che secondo noi agevolavano semplicemente il trasferimento delle annualità vedi osservazioni contrarie in SERING, *op. cit.*, p. 212 e segg.

quota delle riparazioni spettanti alle singole Potenze creditrici, in base agli accordi vecchi e nuovi.

Quote delle annualità tedesche versate alle singole Potenze.

	ANNUALITÀ				
	I (1924-25)	II (1925-26)	III (1926-27)	IV (1927-28)	V (1928-29)
	<i>in milioni di marchi oro</i>				
Francia	455	584	744	887	1290
Inghilterra	191	238	310	369	541
Italia	67	85	96	118	179
Belgio	116	109	76	87	128
Jugoslavia	33	42	48	59	89
Stati Uniti	15	20	79	85	100
Altri Paesi	20	26	34	38	100
Somme totali ripartite	898	1104	1338	1642	2392
Spese per interessi, commissioni e varie	102	116	112	108	108
Annualità totali	1000	1220	1500	1750	2500

Come dobbiamo considerare noi simili quote?

È noto che il Trattato di Versailles (art. 237) e quello di S. Germain (art. 183) non stabilirono norme precise di ripartizione limitandosi a consigliare agli Alleati proporzioni *fondate sull'equità e sui diritti di ciascun Stato*. Ora, considerando la tabella, possono dirsi tali le quote assegnate agli italiani? Non lo crediamo.

È una ripartizione che essi, per quanto pure avvantaggiati dalla applicazione del Piano degli Esperti, non possono certo — per la

loro povertà ed i maggiori danni economici e finanziari bellici in confronto alla ricchezza ed ai gravami occasionati dalla guerra agli inglesi, ai francesi ed agli americani — considerare con molta soddisfazione. Ma la ripartizione, semplice effetto delle percentuali stabilite a Spa nel luglio del 1920, era estranea all'opera del Comitato Dawes, costretto unicamente ad accettarle.

Ma vi ha di più.

Anche la esigua percentuale del dieci per cento a noi assegnata a Spa, giustificata dalla lauta indennità austro-ungarica promessa ma di poi sfumata, venne dopo per effetto di successive revisioni sempre compiute a nostro danno ed a profitto degli Alleati, ridotta per un periodo non breve alla misura reale del sei e mezzo per cento contro il 48 per cento circa spettante alla Francia ed il 25 per cento dovuto all'Inghilterra alle quali nessuno pensò di attribuire riparazioni praticamente inesigibili.

Senonchè anche così ridotte le quote dei proventi del Piano a noi assegnate conservano molta parte della loro importanza. Ammessa, infatti, l'integrità del rendimento normale di 2500 milioni di marchi oro, previsto dal Piano e la durata dei pagamenti tedeschi pari a sessantadue anni, le quote di esso bastano a coprire interamente, in valore attuale ed effettivo, i pagamenti dovuti agli inglesi ed agli americani per il rimborso dei debiti di guerra. Al valore attuale al 5 per cento delle riparazioni pari a 860 milioni di dollari, corrisponde — secondo diligenti calcoli del Formentini, acuto e dotto chiosatore degli accordi del conte Volpi e dei suoi eminenti collaboratori — un ammontare complessivo, sempre al tasso del 5 per cento, per i due debiti bellici sistemati, di 856 milioni di dollari. Nè il calcolo muta, considerando come noi abbiamo altra volta fatto nei nostri scritti sull'argomento, l'importo totale delle annualità dovute nei sessantadue anni e quelle prevedibili per eguale ipotetico periodo delle riparazioni ⁽¹⁾. Praticamente l'Italia per merito del

⁽¹⁾ Le annualità dovute dall'Italia alla Gran Bretagna e agli Stati Uniti per l'ammortamento dei debiti di guerra dall'esercizio 1925-26 al 1987-88 ammontano complessivamente a *19 miliardi 459 milioni* (esattamente 19.459.048.160) di *lire oro prebelliche*, della quale somma 6.981 milioni di lire oro spettano all'Inghilterra e 12.478 milioni agli Stati Uniti.

Piano Dawes ha annullato ogni suo debito di guerra esterno ⁽¹⁾. Il beneficio per la nostra situazione economico-finanziaria non richiede commenti.

A noi, perciò, nulla più resta da pagare.

Ma neppure questo — e sia detto senza diminuire il valore del Piano Dawes — è del tutto vero. A noi resta ancora da pagare qualche cosa. Restano le spese di guerra e dipendenti da essa, per le quali abbiamo già pagato fino al 30 giugno 1925, con le nostre sole forze, 128 miliardi e 818 milioni di lire ⁽²⁾ senza compenso di riparazioni od altri contributi stranieri e senza rovinare il bilancio ormai da quattro anni chiuso con avanzi crescenti. Sono spese belliche tutte a nostro carico e delle quali, rivedendosi, come è ormai certo, il Piano, si dovrà tenere conto.

Senonchè, che cosa mai accadrebbe se — a queste ingenti spese belliche, non potendo noi più contare, per la paventata riduzione del debito globale di guerra tedesco di cui ora tanto si discute, sulla favorevole sistemazione delle riparazioni compiuta dagli Esperti presieduti dal generale Dawes, giustamente compensato per la portata morale del Piano con il premio Nobel — fossimo costretti ad aggiungere ad esse, anche quelle non meno gravose per il servizio dei debiti inglesi e americani, che implicano, come vedemmo, nei sessantadue anni concessi per il saldo, una erogazione di 19 miliardi e 454 milioni di lire oro prebelliche?

⁽¹⁾ Così è pure dell'Inghilterra che mentre deve pagare annualmente agli Stati Uniti sino al 1933 circa 33 milioni di sterline che a partire da tale data saliranno fino al 1984 a 58 milioni, riceve dagli Alleati 12.8 milioni sterline fino al 1933 e 17.7 milioni da questo anno in avanti onde uno scoperto di 20 milioni di sterline compensato dai 22 milioni di sterline che della annualità normale del Piano Dawes, pari a 117 milioni di sterline, viene corrisposta all'Inghilterra. Anche per essa il conto quadra perfettamente.

⁽²⁾ V. Ministero delle Finanze, *Relazione sui servizi affidati alla Direzione generale del Tesoro dal 1 luglio 1924 al 30 giugno 1925*. Roma, 1925, pag. 338. Il conte Volpi nel suo discorso all'Università di Camerino del 31 maggio 1926, aggiungendo alla somma accennata i 26.776 milioni di spese per interessi di oneri contratti per fronteggiare le eccezionali esigenze del periodo bellico, elevava il costo totale della guerra a 164 miliardi di lire.

Da ciò una conclusione che — mentre si attende da Ginevra la soluzione logica dei tre grandi problemi — occupazione militare renana, riparazioni, debiti alleati — dai quali dipende l'avvenire dell'Europa — ci sembra, non ammetta obiezioni.

Se non si ridurranno prima le annualità per i debiti di guerra, strumento poderoso di pressione politica nei quali la legalità male si accorda con la equità ⁽¹⁾, l'Italia non potrà consentire modificazioni del Piano Dawes, suscettibili di alterare la quota delle riparazioni a noi per quelle occorrenti. Ogni tentativo di revisione favorevole alla Germania, che non rendesse parimenti giustizia a tutte le altre Potenze creditrici e specialmente a quelle più gravate dalle annualità dei debiti interalleati bellici, deve essere respinto. E ciò conformemente al pensiero stesso dei membri del Comitato Dawes, che primi invocarono un regolamento generale, definitivo dell'insieme delle riparazioni il quale, pure tutelando gli interessati, meglio affrettasse la ricostruzione pacifica dell'economia europea ⁽²⁾.

Questo momento è forse venuto?

La decisione dei rappresentanti della Germania, del Belgio, della Gran Bretagna, della Francia, dell'Italia e del Giappone di incaricare una nuova Commissione di periti finanziari di studiare

⁽¹⁾ Intorno a questo carattere giuridico speciale dei debiti di guerra — dei quali più volte economisti pubblicisti e anche statisti europei ed americani invocarono il condono perchè effetto di una vera *societas belli* costituita per la salvezza comune — vedi l'acuto e dotto studio di FAUSTO FINZI, *Origine e vicende dei debiti di guerra*, nella rivista *Economia*, Maggio-Giugno 1927, p. 209.

⁽²⁾ Scrive a questo proposito il Dott. ALBERTO PIRELLI, una delle più eminenti figure del Comitato degli Esperti, al quale lo scrittore di queste note ebbe pure l'onore di partecipare: « Si on considère ce problème dans son ensemble, « l'Italie — il est à peine utile de le relever — tient encore à revendiquer son « libéralisme en matière de réparations; sa politique a été constamment orientée « vers une pacifique reconstruction économique de l'Europe. Cet esprit, sous la ferme direction du gouvernement national, s'est particulièrement manifesté pendant « l'occupation franco-belge de la Ruhr et durant la préparation de la réunion des « experts du Comité Dawes. Au sein du Comité même, l'œuvre technique des « experts italiens, continuatrice de cette diplomatie, a suivi les mêmes directives, « tendant toujours à assurer l'unanimité du Comité sur un plan de paiements « raisonnable et entouré d'opportunes garanties tant pour les créanciers que pour « les débiteurs », V. *L'Europe Nouvelle*, 1^{er} octobre 1927, pag. 1285.

la sistemazione completa e definitiva delle riparazioni, di cui ci giunse notizie da Ginevra il 16 settembre 1928 mentre stavamo ultimando queste note, consiglia una risposta affermativa. Il momento sarebbe venuto. La revisione del Piano Dawes, conseguenza immediata della fissazione della cifra globale del debito tedesco, non è più lontana. Non così, crediamo, la conclusione che esige molti mesi di studio poichè ardua, complicata, delicata. E, infine, sarà tosto politicamente realizzabile? Potranno le Potenze alleate e associate concedere tutto quello che il nuovo Comitato di esperti alleati e tedeschi crederà logicamente di proporre?

Comunque mi è grato chiudere questi appunti — dettati in onore di un Collega insigne — esprimendo l'augurio che allorquando essi verranno alla luce la sistemazione definitiva delle riparazioni e dei debiti interalleati sia già un fatto compiuto e che l'economia europea, liquidata la guerra e sollevata dalla cappa di piombo che a causa di essa da un decennio l'opprime, possa schiudere ai beligeranti, definitivamente riconciliati, una nuova era di prosperità materiale e morale. La vita serena dei popoli, come quella degli individui, nasce soltanto dalla saggezza e dall'esperienza. Avremo così la pace il fiore più bello della civiltà.

II.

Il Piano Young.

Il Piano Young, dopo quattro mesi di penosi e talvolta drammatici negoziati che misero a dura prova la pazienza e la intelligenza degli Esperti finanziari alleati, incaricati di proporre una disciplina definitiva delle riparazioni belliche tedesche, sostituirà stabilmente, fra un mese, se le deliberazioni che si prenderanno all'Aja gli saranno favorevoli, il Piano Dawes, che dal settembre 1924 funziona con piena soddisfazione dei vincitori e senza stremare la Germania, anzi stimolandone la prosperità, poichè adeguato, con il graduale incremento delle quote dovute alle Potenze creditrici allo sviluppo della sua capacità contributiva.

Quali vantaggi apporterà simile sostituzione — che dovrebbe iniziare la liquidazione finanziaria della guerra — al nostro Paese, sì aspramente provato dalle ripercussioni economiche dell'immane conflitto?

E la questione che più del meccanismo tecnico e finanziario del nuovo Piano, interessa la opinione pubblica. È bene, quindi, prima che il Piano sia accettato dai Governi responsabili, scriverne. E ciò anche perchè, da troppe parti si afferma che la revisione del Piano abbia unicamente giovato alla Germania, liberata con esso da ogni incertezza intorno alla durata ed all'ammontare delle riparazioni da essa dovute.

Certamente il beneficio della Nazione debitrice è notevole.

L'annualità normale, minima, indeterminata scende da 2.500 milioni di marchi ad una annualità media determinata di 2.050 milioni; il controllo straniero sulle finanze e sulla valuta del Reich scompare; la Banca dei Pagamenti Internaz. sostituisce l'Agente delle Riparazioni; la quota supplementare dell'indice di prosperità è abbandonata; il debito complessivo da 132 miliardi fissati otto anni or sono, scende in cifra rotonda a 37 miliardi di marchi oro; sussistono per i pagamenti ed i trasferimenti della parte delle annualità variabile, non protetta, a carico del bilancio tedesco, possibilità di sospensioni totali o parziali durante un periodo massimo di due anni; ogni remissione di debiti da parte degli Stati Uniti va a beneficio della Germania per due terzi nel primo periodo (37 anni) e per intero nel secondo; lo sgombero anticipato della Renania è reso giuridicamente possibile. Per questo, è facile prevedere che la Germania, malgrado l'opposizione dei nazionalisti, eredi delle antiche tradizioni imperiali, non mancherà all'ultimo di firmare.

Senonchè è bene ricordare, per quanto ci riguarda, che tutti questi vantaggi sono stati assicurati alla Germania migliorando contemporaneamente la quota spettante all'Italia e, quindi, senza danno alcuno per il nostro Paese, alquanto sacrificato dai precedenti accordi. E di ciò il merito spetta ai tenaci esperti italiani, al dottor Alberto Pirelli ed all'on. Suvich, che superando vittoriosamente pregiudiziali politiche, tecniche, finanziarie formidabili, riuscirono

ad ottenere all'ultimo, non solo la piena copertura delle somme dovute per 59 anni agli inglesi ed agli americani, ma altresì per 37 anni, una quota supplementare a titolo di riparazioni, perfettamente *commercializzabile*. Sono benefici notevoli che poche cifre attinte al testo ed agli allegati dal Rapporto bastano a dimostrare ⁽¹⁾.

*
**

Secondo nostri computi — fondati, non sul valore attuale dei debiti bellici, che ha soltanto una importanza teorica e politica, ma sull'ammontare delle annualità dovute, che praticamente, dato l'importo dei debiti contratti, solo conta — le somme da versarsi dall'Italia, alla Gran Bretagna ed agli Stati Uniti per l'ammortamento dei debiti di guerra salgono oggi a 18 miliardi e 986 milioni di lire oro prebelliche, pagabili in misura variabile in 59 anni ⁽²⁾.

Ora, arrivando le 59 annualità a noi concesse dal Piano Young alla somma complessiva di oltre 15 miliardi e 759 milioni di marchi oro, pari a 19 miliardi e 126 milioni di lire oro prebelliche, ne deriva per l'Italia ogni annullamento dal debito di guerra esterno.

Ad essa, per il servizio dei debiti inglesi e americani, nulla più resta da pagare. Il beneficio per la nostra situazione economica e finanziaria, non richiede commenti. E' la soluzione del problema delle riparazioni esposta per la prima volta dall'on. Mussolini alla Conferenza di Londra (9 dicembre 1922) che trionfa integralmente dopo sette anni di oziose dispute internazionali.

Purtroppo non si è potuto stabilire un legame *giuridico* fra debiti e riparazioni. Saremo ancora i debitori *diretti* dell'Inghil-

⁽¹⁾ Per il testo integrale del Rapporto Young vedi *Le Temps* 10 giugno, 1929.

⁽²⁾ È bene ricordare che il valore attuale di una serie di pagamenti annuali è dato dal capitale che sarebbe necessario investire al saggio normale dell'interesse per ottenere le annualità in questione. Ma come raccogliere o investire somme che sorpassano per taluni debitori i quattro miliardi di dollari? Simile scarsa importanza del valore attuale non è ammessa dal Jenny per il quale (vedi *Le Temps Écon. et Financier* del 12 giugno 1929, n. 114) "pour peu que l'on considère la question d'un peu plus près, on ne tarde pas à s'apercevoir que, malgré tout, l'estimation de la valeur actuelle des annuités n'est nullement dépourvue d'intérêt pratique „.

terra e degli Stati Uniti, non essendo inglesi e americani disposti ad accettare che i tedeschi prendano il nostro posto, liberandoci da simile partita di giro sempre molesta malgrado la graduale cessazione delle riparazioni in natura, favorevoli ai tedeschi ma sempre poco gradite ai creditori inglesi e francesi. In ogni modo non bisogna dimenticare a questo riguardo la provvida azione della *Banque des réglemens internationaux*, ente fiduciario (trustee) e finanziatore, che eviterà ogni complicazione di pagamenti singoli, nocivi alla stabilità del mercato monetario. Si avrà, invece, mercè la B. I. P. un solo trasferimento di capitali dalla Germania agli Stati Uniti che nuove aperture di credito di questi all'Europa potranno talvolta anche evitare. Ma se manca, però, ogni connessione di *diritto*, esiste però fra i debiti e le riparazioni un legame di *fatto*, al quale la simultaneità delle moratorie previste opportunamente dal Piano nell'interesse dei debitori e dei creditori, conferisce praticamente la maggiore sicurezza,

Ma non è tutto.

In aggiunta alle somme necessarie anno per anno al pagamento dei debiti di guerra per tutta la loro durata è stata assegnata all'Italia per 37 anni una annualità di 42 milioni di marchi oro, compresa nei pagamenti tedeschi *incondizionati* (660 milioni di marchi oro a carico esclusivo della Compagnia ferroviaria tedesca) e che, quindi, essendo sottratta, a differenza della parte condizionale ad ogni moratoria, può essere immediatamente *commercializzata* mercè la emissione, da parte della Banca dei Pagamenti Internazionali, di una somma equivalente di obbligazioni.

Il valore attuale di tale quota, calcolato al saggio del 5.50 per cento sale, al cambio odierno del marco, a circa tre miliardi e 250 milioni di lire italiane stabilizzate utilizzabili, secondo le proposte della *Giunta Generale del Bilancio* ⁽¹⁾ per il rimborso dei 7.640 milioni di Buoni novennali del Tesoro scadenti a partire dal 1931,

⁽¹⁾ Vedi Relazione della Giunta Generale del Bilancio sullo stato di previsione della spesa del Ministero delle Finanze per l'esercizio 1929-1930, Atti Parl. n. 10, pag. 25.

oppure, oppure, in generale, per l'ammortamento del Debito Pubblico interno, cui solo provvede o dovrebbe provvedere in piccola parte la Cassa Autonoma all'uopo creata.

Il valore per noi di questa seconda quota, in confronto della situazione creataci dalle percentuali di Spa, delle quali altra volta (*Nuova Antologia*, 1° Febbraio 1929) rilevammo l'ingiustizia, è evidente, per quanto la quota sia, rispetto alle nostre spese di guerra o dipendenti da essa, del tutto modesta.

Basta a provarlo la seguente tabella che illustra la ripartizione nei primi 37 anni delle quote della annualità tedesca media, spettante alle singole Potenze creditrici, fra gli oneri dei debiti bellici e delle riparazioni rispettive ⁽¹⁾.

Sono ancora le ingiuste percentuali fissate dagli accordi di Spa e di Parigi che hanno servito di base alla ripartizione dei 2.050 milioni di marchi oro che la Germania verserà alle Potenze creditrici nei primi 37 anni. I duecento e tredici milioni di marchi oro (213.7) spettanti all'Italia non sono certo gran cosa. E ciò specialmente in confronto della Francia, la quale, oltre la copertura integrale dei debiti con Londra e con Washington, ottenne per 37 anni,

⁽¹⁾ Per il secondo periodo (22 anni) decorrente dal 1966 le annualità tedesche, alimentate esclusivamente dalle feconde imposte sulla birra, sul tabacco, sugli zuccheri, sugli spiriti e dai dazi doganali, comprendono invece le quote scalari corrispondenti alle somme necessarie al servizio dei debiti interalleati. Secondo un *Memorandum*, punto firmato dai delegati americani, annesso al *Rapporto* tali somme, da 965 milioni di marchi oro nel 3° anno salgono al 55° anno alla cifra massima di 1.703 milioni e discendono al 59° anno a 897 milioni di marchi oro.

Sarà però così? Subirà la generazione futura, come la presente, simili pesi? Il dott. Hugenberg, lo esclude. Ma, prima ancora del Capo dei nazionalisti, il Ministro degli Esteri del Reich non si è forse lasciato sfuggire la frase "che col Piano Young il funzionamento regolare delle riparazioni è assicurato per dieci anni? La frase, lanciata a caso, fa intravedere una nuova revisione per l'epoca in cui l'annualità avrà raggiunto il livello normale non appena le mutate condizioni economiche finanziarie e anche militari della Germania lo consentiranno. Ma che sarà allora dei debiti interalleati, punto subordinati, come vedemmo, ai versamenti tedeschi? Il mancato od insufficiente pagamento della Germania non libera affatto, in tutto od in parte, inglesi, francesi, italiani dei loro obblighi verso i creditori americani?

Ogni connessione di *diritto* fra riparazioni e debiti si cerca invano nel *Rapporto* che in questa parte più risente l'influenza della Delegazione degli Stati Uniti.

a titolo di riparazioni belliche, una quota supplementare media di 220 milioni di marchi oro, corrispondente ad un capitale commercializzabile di 42.225 milioni di franchi, sufficiente ad estinguere tutto il pericoloso debito fluttuante della Repubblica che al 30 Giugno

COMPOSIZIONE
della annualità media tedesca dal 1929 al 1966
(in milioni di marchi oro)

Potenze creditrici	Debiti	Riparazioni	Totale
Francia	627.—	420.—	1.047.—
Gran Bretagna	356.—	53.—	409.—
Italia	172.—	42.—	214.—
Belgio	45.—	71.—	116.—
Serbia	12.—	72.—	84.—
Romania	—.—	—.—	—.—
Grecia	—.—	—.—	7.—
Portogallo	—.—	—.—	13.—
Giappone	—.—	—.—	13.—
Poolonia	—.—	—.—	0.5
Stati Uniti	26.—	40.—	66.—

1928 ammontava a 46 miliardi e 150 milioni di franchi. Tuttavia sebbene modesta e insufficiente a compensare la mancata realizzazione delle riparazioni austro-ungariche, la nuova quota italiana riveste un altissimo significato. Essa attesta che la inferiorità politica di cui approfittarono nel 1922 gli Alleati per negarci, oltre il rimborso dei debiti, ogni somma in conto riparazioni, è del tutto scomparsa. E di ciò si valsero i nostri Esperti per ottenere dal Comitato, a questo titolo, quanto era possibile. ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Nel secondo periodo (1866-88) la quota spettante all'Italia sale da 290 milioni di marchi oro per il 1967 alla cifra massima di 468 milioni di marchi oro nell'ultimo anno, in conformità alla progressione parallela delle quote di ammortamento dei debiti inglesi e americani.

Ma il legame di *fatto* fra riparazioni e debiti interalleati riappare ancora nel caso in cui gli Stati Uniti od altre Potenze creditrici rinuncino ai loro crediti verso gli antichi compagni d'arme. Due terzi del capitale condonato serviranno nel primo periodo (37 anni) a ridurre le annualità tedesche. La Germania debitrice partecipa in tal modo ad ogni alleggerimento degli oneri dei suoi creditori. Ed è giusto. Sono i debiti di guerra che legittimano le riparazioni. Il condono non sembra, è vero, prossimo, specialmente da parte degli Stati Uniti creditori di tutti e debitori di nessuno. La formula « *let past to past* » lanciata tempo addietro dal *New York World*, non ha avuto fortuna. Non dimentichiamo, però, che entro cinque lustri il debito contratto dalla grande Repubblica transatlantica per sostenere la guerra, sarà da essa del tutto rimborsato. La fine delle spese occasionate dalla guerra implica necessariamente quella delle pudiche « riparazioni dei beni devastati », saggiamente sostituite dal Trattato di Versailles (Art. 231) alle classiche « indennità » belliche, proprie dei tempi passati.

Quali perdite si dovrebbero ancora riparare?

*
* *

Seuonchè, prima di concludere, è bene accennare alle fonti che garantiscono il leale ed integrale pagamento agli Stati creditori delle annualità accennate ed alla situazione del bilancio tedesco da cui dipende la loro continuità. Sono queste fonti, additate dai periti del Comitato Young, sufficienti allo scopo? Potrà il bilancio del Reich, incapace di mantenere le spese entro i limiti delle entrate, assicurarne sempre il regolare versamento?

È proprio vero — come afferma il dottor Hugenberg, capo dei nazionalisti, — che se il Governo del Reich apporrà la sua firma al Piano dei nuovi Esperti compirà un atto disonesto, perchè lo farà nella convinzione di non poter mantenere la fede data?

Gli esperti, per primi, non hanno ritenuto sempre possibile il trasferimento totale delle annualità considerate. Da ciò la duplice fonte, economica e finanziaria, da essi proposta. Alle annualità incondizionate da pagarsi e da trasferirsi ogni anno ai creditori, devono

provvedere le entrate della Compagnia Ferroviaria Tedesca con la garanzia dello Stato, mentre alla parte residua, eccedente i 660 milioni di marchi, non protetta da clausola alcuna, dovrà provvedere il Bilancio del Reich, autorizzato a sospenderne il pagamento totale o parziale durante un periodo massimo di due anni.

Ora, per ciò che concerne i 660 milioni di marchi che saranno per 37 anni versati dalla Compagnia delle Ferrovie nessun timore. Gli utili della Compagnia, liberata con la bancarotta monetaria da ogni spesa di interessi e di ammortamenti del capitale d'impianto, copriranno esuberantemente la quota dovuta alle Potenze creditrici per le riparazioni. Basti pensare che nel 1913 il servizio dei capitali d'impianto della rete ammontava a 744 milioni di marchi oro totalmente annullati con la completa svalutazione della valuta tedesca, la quale arrecò agli stranieri, che incautamente l'acquistarono, una perdita di otto miliardi di marchi oro. Qualunque sia l'andamento dei traffici ferroviari non mancheranno mai alla Compagnia le entrate necessarie ad effettuare il pagamento della annualità accennata. Compresi di questo gli Esperti ne ammisero perfino la commercializzazione mediante l'emissione di obbligazioni corrispondenti alla capitalizzazione della annualità. Così il debito politico si trasformerà, con vantaggio di tutti, in un debito commerciale. La Banca dei Pagamenti Internazionali, creta dal Piano, ne curerà il collocamento.

Qualche dubbio fu, invece, avanzato dal Keynes e da altri per la quota della annualità alla quale devono provvedere le entrate tributarie del bilancio statale. Ma anche a questo riguardo nulla, finanziariamente, vi ha da temere. Non bisogna dimenticare che la annualità normale fissata dal Piano Dawes a carico del bilancio ammontava a 1.250 milioni di marchi oro, garantita dal prodotto dei dazi doganali e delle imposte sulla birra, sul tabacco, sullo zucchero e sugli spiriti. Con il Piano Young, mantenendosi fissa per 37 anni la quota di 660 milioni di marchi dovuta dalle Ferrovie, il concorso annuo del bilancio del Reich varia con l'ammontare totale della annualità. Questo ammontare da 1.136 milioni di marchi arriva in capo a 37 anni a 1.768 milioni di marchi dopo di che l'annualità, cresce rapidamente. In media l'aumento annuo del contributo

del Bilancio durante i primi quattro lustri è di 24 milioni di marchi oro circa, ossia del 0,24 per cento delle entrate totali del Bilancio del Reich, che secondo le previsioni per l'esercizio 1929-30 arrivano quasi a 10 miliardi di marchi oro (9.996 milioni). È un incremento minimo, che lo sviluppo automatico delle imposte indirette considerate, basta da solo a coprire esuberantemente. Simile riduzione della annualità normale permetterà al governo del Reich, se saprà contenere le spese ed i debiti, di riprendere, con maggiore larghezza la politica degli sgravi tributari iniziata timidamente nel 1924 e poscia sospesa. È l'unico mezzo per aiutare la formazione del risparmio tuttora inferiore alle esigenze della economia tedesca ormai nel suo complesso pienamente risanata. Del resto, per dimostrare la solidità del bilancio tedesco e la sua capacità di sopportare senza danno gli oneri del Piano Young, basta l'esempio del gettito dei cinque tributi vincolati, ceduti in garanzia che dal 1924-25 al 1929-30 (previsioni) salirono da soli da 1.427 milioni a 2.970 milioni, cioè ad una somma di gran lunga superiore a quella della intera annualità normale (2.500) e più che doppia del contributo richiesto al bilancio del Reich (1.250 milioni) per il quinto anno di applicazione del Piano Dawes.

Non crediamo, perciò, di errare asserendo in base alle risultanze passate e presenti, che il bilancio del Reich è capace di sopportare con estrema facilità la piena contribuzione che sarà ad esso imposta dalla sostituzione del Piano Young a quello ben più gravoso del Comitato Dawes che ha funzionato finora, sia nel campo delle riparazioni, sia nel campo dei trasferimenti, con il più lusinghiero successo senza compromettere la base economica della Germania e le risorse del suo bilancio statale. E bene ricordare a questo riguardo che, malgrado le difficoltà monetarie e tributarie degli ultimi sei mesi, la produzione ed il commercio tedesco hanno assunto ora un aspetto di grande fermezza, quale mai hanno avuto nel periodo del dopoguerra. Nella produzione del carbone, dell'acciaio, del ferro — i rami più importanti della produzione — la Germania si trova alla testa dei paesi europei. Il volume delle esportazioni ha sorpassato, dopo la stabilizzazione, le cifre degli anni anteriori. Lo sviluppo dei

prestiti esteri, a lunga scadenza, cresciuti durante il funzionamento del Piano Dawes da 1.256 milioni di marchi a 6.305 milioni di marchi non ha punto scosso la reale potenzialità della Germania avendo i nuovi valori creati con essi superato più volte l'ammontare dei debiti contratti verso gli Stati Uniti e gli altri paesi mutuanti stranieri. In ogni modo l'indebitamento all'estero è andato rapidamente diminuendo. Nel primo semestre 1929 i prestiti esteri a lunga scadenza ammontarono a 290 milioni di marchi contro 770 nel semestre corrispondente dell'anno anteriore. Ciò che può fare difetto alla Germania, non è la capacità, ma la volontà di pagare.

Tutto questo non significa però che il Piano Young sarà all'Aja senza contrasto integralmente accettato, sebbene esso rappresenti per la Germania nei confronti del Piano Dawes, un indiscutibile progresso e un notevole alleggerimento del bilancio statale. La capacità di pagamento effettiva e controllata del Reich, conta poco. Le ragioni decisive, non sono più quelle finanziarie unicamente considerate dagli esperti bensì quelle politiche alle quali gli interessati tutti non mancheranno di richiamarsi. Molto probabilmente verrà rimessa sul tappeto da parte dei tedeschi la restituzione delle Colonie, la retrocessione del bacino della Sarre, l'evacuazione renana, la soppressione del corridoio polacco e la riduzione delle tariffe doganali dei paesi interalleati. Nè mancheranno proposte di revisione da parte dei diplomatici greci, jugoslavi e perfino inglesi. Il Cancelliere dello Scacchiere, Snowden, obliando le prede belliche che tanto hanno giovato all'Inghilterra ed ai Domini, pensa già ad una revisione delle percentuali britanniche troppo esili rispetto a quelle pingui (?) assegnate all'Italia.

Sapranno le Potenze creditrici maggiori, comprese della equità del Piano costituire un fronte unico e tutelarne schiettamente ed integralmente le disposizioni finanziarie e bancarie, eliminando le opposizioni, aperte ed occulte, dei numerosi partiti politici e dei loro satelliti ai quali — in materia di riparazioni — accordi, garanzie, compensi sembrano sempre insufficienti?

*
* *

Concludendo il Piano Young, liquidando finanziariamente la guerra, inizia la ricostruzione pacifica dell'economia europea, già auspicata dai membri del Comitato Dawes nelle conclusioni finali del loro storico rapporto. Tale pure l'avviso del dott. Schacht uno dei più irremovibili artefici del Piano (1) « *Der Young-Plan* — così il presidente della Reichsbank nel suo famoso discorso di Monaco del 28 giugno u. s. — *wird ein Friedens-Instrument sein oder er wird überhaupt nicht sein* ». La risoluzione dei tre grandi problemi — occupazione militare renana, riparazioni, debiti interalleati — da cui quella ricostruzione dipende, è ormai possibile. Basta, per questo, che le Potenze Alleate e Associate e la Germania stessa, accolgano tutto quello che il secondo Comitato di Esperti, animato dalle più elevate idealità morali e politiche, ha proposto. Ma è necessario che l'accettazione sia integrale. Il rapporto Young termina con la ristampa fedele delle conclusioni del Piano Dawes. « Noi consideriamo — così le ultime parole del vecchio e del nuovo Piano — il nostro Rapporto come un tutto indivisibile. Riteniamo impossibile giungere ad un risultato soddisfacente accogliendo talune nostre proposte e rigettandone altre. Noi decliniamo ogni responsabilità circa ai risultati che si avrebbero da simile condotta come pure da quelli dipendenti dai ritardi anormali posti alla esecuzione del progetto ».

Quindi, — come disse, chiaro ed inconfutabile, il Duce, — adozione completa, inscindibile, integrale per tutti.

Così finirà, con una equa transazione generale, lealmente applicata, il dopo-guerra. Ma che altro comincerà per questa nostra irrequieta Europa, disunita in tutto e per tutto, quando la Germania avrà ripreso la sua piena libertà d'azione? Saprà il vecchio Continente, animato dall'accordo realizzato in materia di riparazioni e di debiti, ripudiare antagonismi millenari e imperialismi recenti ed infilare una nuova strada?

(1) Dr. Schacht, *Die Pariser Sachverständigenkonferenz*, Monaco, 1929, pag. 27.

APPENDICE

Al Piano Young del 7 giugno 1926 accettato "in via di principio", da tutti i delegati dei Governi rappresentati alla Conferenza dell'Aja (agosto 1929) dopo alterne vicende e fasi tempestose, vennero apportate alcune modificazioni che non ne mutarono punto la struttura fondamentale da noi illustrata un mese prima della apertura della Conferenza medesima concordata dai Governi per mezzo dei loro rispettivi esperti ansiosi di smobilizzare ire e rancori ma anche le intempestive speranze ed i soverchi timori dei vincitori e dei vinti inclini a considerare più il passato che l'avvenire.

La cifra dei pagamenti medi dovuti dalla Germania rimase invariata ma venne mutata la distribuzione cronologica delle annualità incondizionate da essa dovute alle Potenze creditrici compensata con lo sgombero completo delle truppe alleate dalla Renania entro il 30 giugno 1930 al massimo.

Per ciò che concerne le Potenze creditrici l'Inghilterra, per mezzo del suo asperissimo ministro laburista signor Snowden "rigorosamente britannico", che tutto voleva mettere in discussione, ottenne a spese della Francia, dell'Italia e del Belgio, giusta il I° accordo allegato al Protocollo finale, a partire dal 1929, in più delle annualità assicuratele dal piano, un contributo annuo di 19.800.000 marchi pagabili in lire sterline: oltre una somma di 100 milioni di marchi oro da prelevare sui pagamenti dovuti dalla Germania per gli ultimi cinque mesi della quinta annualità del Piano Dawes, ad essa necessari per completare la copertura dei suoi pagamenti netti all'estero per l'anno che finisce con il 31 marzo 1930 e delle sue spese di occupazione sino al 31 agosto 1929. In cambio l'Inghilterra ha passato circa 6 milioni di marchi annui a favore delle Piccole Potenze.

Nei riguardi dell'Italia il Governo in seguito all'annesso II° si è obbligato ad acquistare per conto delle proprie ferrovie un milione di tonnellate di carbone inglese ogni anno per tre anni (le ferrovie dello Stato nell'esercizio 1928-29 consumarono 2.822.859 tonnellate di carbone delle quali 2.705.306 di carbone tedesco in conto riparazioni) ad un prezzo *fab* strettamente corrispondente al prezzo più basso ottenuto per contratto concluso intorno alla stessa epoca per forniture di carbone della stessa qualità e comparabili altresì rispetto alla entità dell'acquisto; ed inoltre di non importare per un decennio per via di mare carbone in conto riparazioni in misura superiore ad 1.500.000 tonnellate. Infine la quota italiana delle prestazioni in natura, invece di variare durante il de-

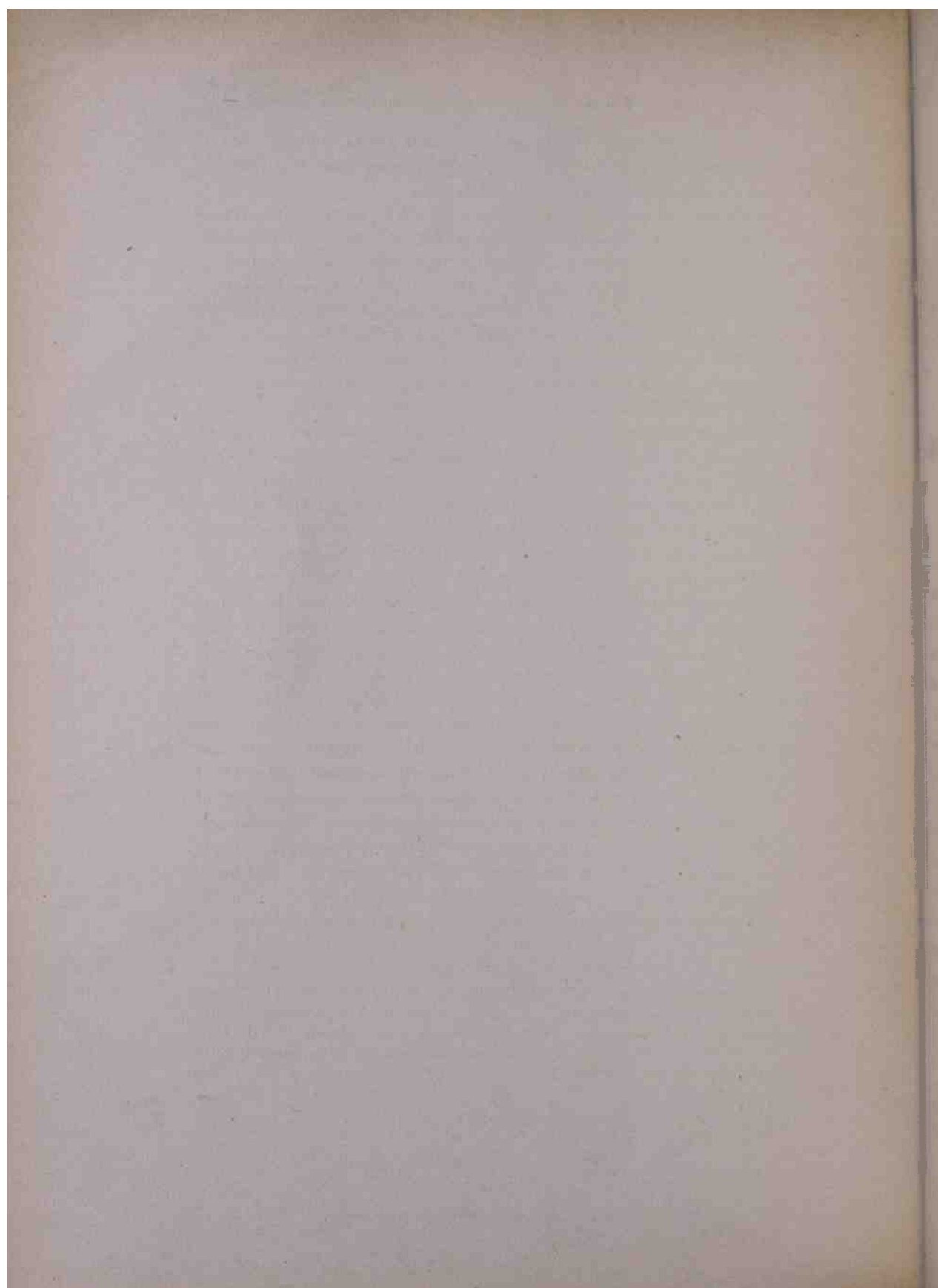
cennio da 75 a 30 milioni di marchi per anno, venne fissata nell'ammontare di 52 milioni e mezzo di marchi. Onde la riduzione proporzionale degli acquisti italiani di carbone in Germania in conto riparazioni.

Nè mutarono sostanzialmente il Piano gli accordi della seconda Conferenza dell'Aja (gennaio 1930) che si può dire conchiude la liquidazione finanziaria della guerra. Tale il pensiero del Cancelliere dello Scacchiere britannico, il quale dopo la firma del Patto così disse: « Da dieci anni ciascuna Conferenza ha segnato una tappa nella via della pace; ma questa volta io credo che siamo giunti alla vera conclusione. Ho la sensazione che abbiamo compiuto la missione affidataci dalle grandi Potenze a Ginevra sedici mesi or sono, quando esse ci domandarono di stabilire un regolamento definitivo delle riparazioni. I documenti che noi abbiamo firmato rappresentano, come tutti i documenti di questa natura, una transazione. Nessuno ha ottenuto esattamente ciò che voleva, ma ciascuno ha dato prova di una generosa comprensione del punto di visto collettivo. Noi continueremo così a lavorare per il consolidamento della pace ».

Il protocollo che mette in applicazione il Piano Young ed i suoi numerosi annessi venne firmato nella seduta plenaria del 20 gennaio 1930 laonde alla sua esecuzione immediata non manca più che la ratifica dei Paesi interessati ormai certa. Le divergenze che tanto prolungarono i lavori, durati diciassette giorni, furono più di ordine politico che economico e riguardarono oltre che l'approvazione dello schema statuario della Banca Internaz. dei Pagamenti, la disciplina del debito commercializzato (obbligazioni Young), la sistemazione delle riparazioni orientali, la abrogazione delle riparazioni austriache sulle quali l'Italia aveva diritti superiori a quelli degli altri Stati belligeranti. Sono modificazioni che ancora meno di quelle della prima Conferenza dell'Aja alterarono le linee fondamentali del Piano Young elaborato faticosamente in quattro mesi di discussioni e di dolorose transazioni dagli Esperti riuniti a Parigi all'Hotel Giorgio V nell'aprile del 1929 e che noi ci siamo limitati esclusivamente di esporre nel luglio di quel medesimo anno con lo scritto sopra pubblicato, animati dalla convinzione che, sia pure attraverso a dissensi e contrasti, il Piano tecnico-finanziario da essi proposto sarebbe stato all'ultimo; con qualche ritocco di cifra e correzioni di norme, integralmente applicato (1).

La solidarietà internazionale è, ormai, qualcosa più di una rosea utopia.

(1) Per una ampia esposizione del Piano cfr. ANDRÉ PÉPY, *Le Plan Young*, Paris, Edition internationales, 1929 ed ERALDO FOSSATI, *Il regolamento del problema delle riparazioni germaniche* negli *Annali di Scienze Politiche* dell'Univ. di Pavia, sett. 1929, p. 238 e per il suo contenuto economico il libro acuto e dotto del CABIATI, *Da Versailles all'Aja*, Torino, Bocca, 1929.



PROF. COSTANTINO BRESCIANI TURRONI

R. Università di Milano e Università Egiziana del Cairo

I limiti del "trasferimento,, di un tributo di guerra

1. - Le discussioni sulle riparazioni tedesche hanno provocato in questi ultimi anni, sia in Germania sia in altri paesi e specialmente in America, una serie di studi (di disuguale valore) sulla cosiddetta questione del « trasferimento » delle somme dovute dalla Germania.

Esiste un problema speciale del « trasferimento » di un tributo, accanto alla questione di sapere se il tributo stesso eccede o no la capacità di pagamento dei cittadini del paese debitore?

Come è noto, a questa domanda gli esperti del Comitato Dawes risposero affermativamente. Essi ammisero la possibilità che le somme versate dal governo tedesco all'Agente delle Riparazioni non potessero essere trasferite ai paesi creditori. Gli esperti stessi credono perfino possibile che queste somme non trasferibili raggiungano parecchi miliardi, che si accumulerebbero in Germania ⁽¹⁾. La stessa concezione è accolta in sostanza anche dal piano Young, una delle principali caratteristiche del quale è la distinzione tra la parte

⁽¹⁾ Vedi *The Experts Plan for Reparation Payments*, published by the *Reparation Commission*, p. 32. Gli Esperti raccomandavano che le accumulazioni di denaro non trasferibile non superassero 5 miliardi di marchi oro.

dell'annualità il cui trasferimento non è differibile (660 milioni) e la parte il cui trasferimento può essere differito dalla Germania.

Prima delle discussioni suscitate dalle riparazioni germaniche la questione della possibilità di « trasferire » un debito non era mai stata posta degli economisti. Secondo un celebre passo del Mill ⁽¹⁾ — che è stato il punto di partenza per le discussioni posteriori sulla teoria dei pagamenti internazionali — il pagamento di un tributo mette in moto un meccanismo (movimento di oro, alterazioni dei cambi e dei prezzi) grazie al quale le esportazioni del paese debitore sono stimolate, e le importazioni ridotte, finchè l'eccesso annuale delle uno sulle altre è equivalente al tributo annuale. Si suppone naturalmente che il tributo non ecceda la capacità di pagamento del paese debitore. Alcuni scrittori credono anche che gli economisti classici supponessero tacitamente che le somme da trasferire non fossero « troppo grandi » ⁽²⁾.

2. - Gli scrittori che hanno studiato la questione del trasferimento delle riparazioni germaniche possono essere distinti in due categorie.

Secondo gli scrittori della prima categoria (fra i quali il più rappresentativo è il Moulton) la bilancia commerciale di un dato paese è la risultante delle condizioni storiche che hanno determinato la struttura sociale, economica e demografica di quel paese e anche il carattere delle relazioni commerciali con l'estero. È necessario esaminare anzitutto la struttura del paese debitore per poter rispondere alla domanda se un eccesso delle esportazioni sulle importazioni, equivalente al tributo, sia possibile. L'analisi delle statistiche germaniche prebelliche è il miglior metodo che permette di valutare fino a qual punto i pagamenti della Germania possono essere tra-

⁽¹⁾ Principles of Political Economy, (Longmans), p. 627.

⁽²⁾ The American Economic Review, March, 1926. Papers and proceedings of the 38 th. annual meeting of the American Economic Association, New York, dicembre 1925, Round Table Discussions, p. 93-94. Vedi anche PALYI, *Der Zahlungsbilanzausgleich bei einseitigen Wertübertragungen* in *Archiv für Sozialwissenschaft*, 1926, p. 338.

sferiti ⁽¹⁾. Quest'esame statistico mostra che prima della guerra la Germania aveva una bilancia commerciale « passiva », e ciò in relazione alla sua struttura di Stato industriale che aveva bisogno di importare gran quantità di materie prime e di generi alimentari. La bilancia commerciale della Germania fu inoltre influenzata in senso sfavorevole dal Trattato di Versailles, che impose ai vinti la cessione di alcune ricche provincie, dalle quali il resto del territorio germanico riceveva generi alimentari. D'altro lato, lo sviluppo delle esportazioni incontra gravi difficoltà a causa del sorgere di nuove industrie nei paesi che prima della guerra comperavano largamente i prodotti tedeschi. Inoltre, molti paesi hanno inaugurato una politica di protezionismo industriale ad oltranza, che in molti casi colpisce specialmente le merci tedesche, quantunque formalmente le discriminazioni a danno del commercio tedesco siano state via via abolite. Il grande mercato austro-ungarico così importante per la Germania fu spezzato in numerosi mercati che un nazionalismo sospettoso cinge di alte barriere doganali. Inoltre, la Germania esporta per la maggior parte degli articoli industriali in concorrenza con altri grandi paesi che producono degli articoli analoghi. Conclude il Moulton, che malgrado il problema « interno » delle riparazioni sia serio, il problema di trovare dei mercati capaci di assorbire l'eccesso delle esportazioni germaniche è di ancora più difficile soluzione.

È vero che un'eccedenza attiva della bilancia commerciale può essere ottenuta anche mediante una contrazione delle importazioni. Ma il Moulton fa osservare che un certo minimo di importazioni è assolutamente necessario affinché la popolazione germanica possa

(¹) KEYNES, *The Economic consequences of the peace*, p. 174. In un recente articolo (The German transfer problem, *Economic Journal*, march 1929) il KEYNES scrive che "at a given time the economic structure of a country, in relation to the economic structures of its neighbours, permits of a certain *natural* level of exports... Historically, the volume of foreign investments has tended to adjust itself, at least to a certain extent, to the balance of trade, rather than the other way round, the former being the sensitive and the latter the insensitive factor", (nel testo queste parole non sono in corsivo).

conservare un certo tenor di vita e le industrie possano continuare a lavorare. Il Moulton stima questo minimo in 14 miliardi di marchi all'anno. Le esportazioni adunque dovrebbero essere tali da poter pagare: *a*) le importazioni « necessarie »; *b*) gli interessi dei prestiti contratti dopo il 1924; *c*) le riparazioni. Se si considera che, date la struttura economica della Germania e la natura delle merci esportate, un aumento delle esportazioni implica anche in una certa misura un aumento delle importazioni, si vede che, affinchè la Germania sia messa in grado di soddisfare i suoi vari impegni verso l'estero, la sua bilancia commerciale dovrebbe avere un saldo attivo di parecchi miliardi. Date le condizioni dei mercati internazionali, ciò è secondo il Moulton impossibile (¹).

Il concetto che nelle discussioni sulle riparazioni la bilancia commerciale dovesse essere considerata come un « dato di fatto », dipendente dalla struttura economica e dai bisogni della Germania, era molto diffuso in Germania negli anni che seguirono la fine della guerra. Sia nei « memorandum » presentati in diverse occasioni dal governo tedesco, sia nelle pubblicazioni scientifiche o nella stampa l'argomento principale messo avanti per dimostrare l'impossibilità da parte della Germania di trasferire le somme richieste in conto riparazioni era la struttura della bilancia commerciale. Si affermava inoltre che nelle condizioni della bilancia commerciale era riposta la causa fondamentale del deprezzamento del marco e delle continue emissioni di carta-moneta, che pagavano le importazioni « necessarie », per le quali le esportazioni non offrivano un compenso sufficiente.

3. - Più recentemente questa teoria che afferma la « predestinazione » della « passività » della bilancia commerciale, ha perduto molto terreno anche in Germania, specialmente presso alcuni giovani economisti, che hanno rimesso in onore le teorie classiche, troppo

(¹) MOULTON, *Germany's capacity to pay*, 1922. Le stesse idee sono state esposte in un articolo più recente *War debts and international trade theory* nella *American Economic Review*, dicembre, 1925, p. 707.

spesso disconosciute dai seguaci della scuola storica. Essi fanno osservare che il saldo, attivo o passivo, della bilancia delle merci e dei servizi è funzione del movimento dei capitali. Secondo questi scrittori, il Moulton e i suoi seguaci commettono il grave errore di considerare il « trasferimento » come se fosse indipendente dal pagamento, effettuato dai cittadini tedeschi, delle imposte e degli altri contributi che il Governo tedesco esige per gli scopi delle riparazioni. Sotto l'influenza di questi pagamenti « interni » la bilancia commerciale della Germania si sposterà e ne risulterà un saldo attivo equivalente alla somma che la Germania deve pagare (e che si suppone non superi la capacità contributiva del popolo tedesco). Adunque il vero problema delle riparazioni « in confronto « del quale il problema del trasferimento alle potenze creditrici « diviene insignificante » è la questione di sapere se, dato l'ammontare attuale del reddito nazionale, sarà possibile al governo tedesco di soddisfare mediante il gettito delle imposte gli impegni derivanti dal pagamento delle riparazioni. ⁽¹⁾

Ammesso che la bilancia commerciale del Paese debitore sia sufficientemente sensibile non può sussistere dubbio sulla sostanziale

(1) Tra gli Autori tedeschi che riconoscono le connessioni esistenti tra il trasferimento e il pagamento delle riparazioni nell'interno della Germania, citiamo; RÖPKE, *Geld und Aussenhandel*, 1925; HELANDER, *Zur Theorie der Transferierung* nel *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1924; EUCKEN, *Das Uebertragungsproblem*, negli *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 1925; HAHN, *Aufgaben und Grenzen der Währungspolitik*, 1928; BONN, *Befreiungspolitik oder Beleihungspolitik*, 1928; LANSBURGH, *Transfer*, nella *Bank*, dicembre, 1927; LAUTENBACH, *Reparation und Volkswirtschaft in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 1925; PALYI, *Der Zahlungsbilanzausgleich bei einseitigen Wertübertragungen* in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 1926. Vedi anche il nostro studio *Trasferimento dei pagamenti tedeschi* nella *Rivista Bancaria*, 1924.

Mentre correggiamo le bozze del presente articolo si pubblica in Germania un'opera importante sul problema delle riparazioni, « *Das Reparationsproblem* », Berlin, Hobbing, in due volumi, che è una raccolta di memorie e insieme riproduce le discussioni svoltesi in un gruppo di economisti e di uomini della pratica. Quest'opera conferma che è avvenuto in Germania un notevole cambiamento di opinioni. Oramai i più ritengono che il problema delle riparazioni consista nel « pagamento interno », e che una questione dei trasferimenti non esista. Si può oramai affermare che in nessun paese le idee del KEYNES sono state criticate così a fondo come in Germania!

correttezza di questa seconda concezione. Il pagamento dei contributi imposti ai cittadini tedeschi per gli scopi delle riparazioni provoca una corrispondente contrazione della capacità d'acquisto dei cittadini stessi ⁽¹⁾; con i marchi messi a sua disposizione dal Governo tedesco l'Agente delle Riparazioni compera delle divise estere; nell'assenza di altri fenomeni compensatori, come prestiti esteri, la circolazione in Germania si contrae e i prezzi interni tendono a diminuire, le importazioni sono ridotte e le esportazioni stimolate. Le connessioni tra i due aspetti del problema delle riparazioni sono perciò innegabili.

Le ricerche induttive finora eseguite hanno mostrato che nel passato il meccanismo dei trasferimenti funzionò precisamente nel

(1) Il processo grazie al quale la diminuzione della capacità d'acquisto, dovuta ai pagamenti "interni", in conto riparazioni, provoca una diminuzione dei prezzi nel paese debitore meriterebbe un attento esame, poichè non è così evidente come alcuni Autori hanno creduto.

Il caso più semplice è quello in cui il Governo del paese debitore non introduce nuove imposte, ma riduce le spese di una somma eguale alle annualità che deve pagare. Limitazione delle spese vuol dire riduzione del numero degli impiegati, sospensione di opere pubbliche e di acquisti di vario genere ecc.; cioè la domanda di molte merci diminuirà, i prezzi caleranno e la domanda estera sarà stimolata (insieme diminuiranno le importazioni).

Più complicato è il caso in cui il Governo del paese debitore, per pagare le annualità, deve aumentare le imposte. Se le nuove imposte colpiscono i redditi, la capacità d'acquisto dei cittadini colpiti sarà ridotta e, come nel caso precedente, i prezzi di molte merci tenderanno a diminuire. Ma se le nuove imposte colpiscono la produzione, o i consumi, o l'importazione, ne seguiranno le più svariate influenze sui prezzi secondo l'elasticità della domanda delle merci colpite. Per es. la domanda di tabacco essendo poco elastica, un aumento dei prezzi del tabacco, aumentando per molti individui la percentuale del reddito che è spesa in tabacco, tende a provocare una diminuzione dei prezzi di altre merci. Ma alcune imposte che la Germania ha introdotte o inasprite allo scopo di poter pagare le riparazioni — come la tassa sui trasporti, gli aumenti delle tariffe ferroviarie, l'imposta sulla cifra di affari — hanno agito nel senso di un aumento dei prezzi di molte merci. È questo un lato interessante della questione, perchè il paese debitore, se vuole esportare e trasferire le riparazioni deve ribassare i prezzi del proprio mercato.

Il ribasso dei prezzi è l'effetto dei fenomeni di ordine monetario che si accompagnano all'acquisto di divise estere mediante le somme che il Governo del paese debitore si è procurate con l'aumento delle imposte. Questi acquisti di divise estere provocano una diminuzione delle riserve dell'Istituto centrale e perciò una contrazione del medio circolante.

modo indicato dalla teoria economica e che delle somme imponenti furono trasferite senza difficoltà. Le deduzioni teoriche sono state confermate anche dalle esperienze recenti relative ai prestiti esteri contratti dalla Germania. Malgrado l'entità delle somme di cui si trattava (somme che furono per la maggior parte cambiate in moneta tedesca e spese nell'interno della Germania), nessuna preoccupazione hanno avuto i paesi mutuanti circa la possibilità del « trasferimento ». Un problema di questa natura non è stato mai sollevato. La bilancia commerciale della Germania si è immediatamente adattata alle nuove condizioni create dai prestiti esteri: essa ha dimostrato di possedere una straordinaria elasticità; infatti l'eccesso delle importazioni sulle esportazioni cresceva rapidamente nelle epoche di grande affluenza di denaro estero, mentre il contrario avveniva di periodi in cui cessavano i prestiti esteri⁽¹⁾.

4. - Ma, ammessa come logicamente corretta e anche sufficientemente confermata dall'esperienza la teoria classica del trasferimento, si presenta la questione: ci sono dei *limiti* al trasferimento, o qualunque somma può essere trasferita, grazie al meccanismo descritto dagli economisti?

Come giustamente osserva il Palyi⁽²⁾ questo problema non ha praticamente importanza, per ragioni facili a comprendersi, nel caso di trasferimenti volontari, come i prestiti che i cittadini di un paese fanno a quelli di un altro. Ma il problema ha importanza nel caso di trasferimenti obbligatori, come interessi su capitali presi a prestito da altri paesi, e pagamento di un tributo di guerra.

Secondo qualche scrittore l'unico limite al trasferimento è la condizione che il tributo imposto al paese vinto non superi l'eccedenza della produzione sul consumo del paese stesso. Il Graham afferma che « The transfer of purchasing power to the creditors brings about, through the play of prices and profits, a redistribution

⁽¹⁾ Vedi il nostro studio *Alcuni effetti economici dei prestiti esteri in Germania* in *Giornale degli Economisti*, 1929.

⁽²⁾ *Art. cit.*, pag. 320.

of the debtor nations productive power in the direction of an expansion of the exporting industries and a contraction of those producing goods for the domestic market. In this way *the excess of annual production over consumption automatically assumes an exportable form* ⁽¹⁾ ».

⁽¹⁾ *Germany's capacity to pay and the Reparation Plan* nella *American Economic Review*, 1925. Anche secondo l'ANGELL: "the process of transfer will be almost *literally automatic*. The very attempt to transfer reparations will give rise to a series of changes which will themselves make a final form of transfer possible. Most of the fears of both Allied and German economists with respect to the economic difficulty of effecting the transfers are, therefore, simply beside the point", *The payment of Reparation and interallied debts in Foreign Affairs*, 1925. Molto più prudenti sono invece le conclusioni esposte dal TAUSSIG, nel recente articolo *Deutschland's internationaler Handel und das Reparationsproblem* in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 1928, p. 225.

Osserviamo a questo proposito che parecchi autori danno alla teoria un'interpretazione della teoria classica dei trasferimenti che non ci sembra accettabile. Essi hanno trasformato la concezione dei classici in una teoria del "trasferimento automatico", come potrebbe chiamarsi. Secondo questi Autori in seguito alle nuove imposte introdotte dal Governo tedesco per gli scopi delle riparazioni, la capacità d'acquisto del popolo tedesco si restringe e *in pari tempo si espande quella dei paesi che ricevono le riparazioni*; questi spostamenti nella capacità di acquisto dei vari popoli provocano i noti mutamenti nelle bilance commerciali e il trasferimento effettivo mediante merci.

Che la capacità d'acquisto dei cittadini del paese debitore diminuisca è evidente. Ma ben più complicato e tutt'altro che automatico è il processo grazie al quale aumenta la capacità d'acquisto dei cittadini dei paesi creditori. Come avviene la trasmissione di capacità d'acquisto della Germania a questi altri paesi? Mediante l'acquisto di divisa estera da parte dell'Agente delle Riparazioni. Ma supponiamo che sia praticato un metodo ancora più semplice; supponiamo cioè che le Banche tedesche aprano dei crediti in marchi in favore degli Stati creditori per l'ammontare delle somme dovute dalla Germania. Gli Stati creditori possono cedere questi crediti ai loro cittadini. È vero che quest'apertura di credito, questa trasmissione, precede il movimento delle merci. Ma seguiamo le fasi successive del processo. Il caso più semplice è quello in cui i cittadini dei paesi creditori consumano interamente i loro crediti sulla Germania in nuovi acquisti di merci tedesche, cioè in acquisti che *s'aggiungono* a quelli che sarebbero stati effettuati anche nell'assenza di pagamenti in conto riparazioni. Si può ammettere che in tal caso il trasferimento è "automatico". Ma più generalmente avverrà che i cittadini dei paesi creditori, non avendo bisogno di merci tedesche, vendono nel mercato la divisa tedesca per procurarsi sterline o franchi o dollari ecc. Il prezzo del marco scenderà fino al punto d'esportazione dell'oro dalla Germania. La Reichsbank dovrà restringere la circolazione dei biglietti; i prezzi delle merci tedesche diminuiranno. Allora: *a)* o si verificheranno le note reazioni sulle esportazioni, e il trasferimento effettivo avverrà senza difficoltà; *b)* o queste reazioni,

Esaminiamo un po' d'avvicino questa concezione.

Anzitutto, anche noi ammettiamo che, *se si suppone* che il pagamento « interno » del tributo possa essere effettuato senza difficoltà, è dimostrata implicitamente anche la possibilità del « trasferimento ». *In questo senso* è giusto affermare che un problema speciale del trasferimento non esiste. *Se si suppone*, ripetiamo, che i cittadini del paese debitore continuino a pagare regolarmente le imposte, il cui provento è devoluto agli scopi delle riparazioni, ciò vuol dire che le condizioni necessarie per il trasferimento si sono già stabilite. Vuol dire che l'economia del paese debitore si è già adattata al pagamento del tributo, cioè, la diminuzione della domanda interna di merci, che era stata provocata dall'aggravamento delle imposte, è stata già compensata da un aumento della domanda estera (o dall'influenza dei crediti esteri nel senso di stimolare la domanda interna di merci e di lavoro), onde gli industriali continuano a lavorare con profitto, non sono avvenuti licenziamenti di operai, insomma non si sono verificati dei turbamenti nella produzione e nella circolazione della merce. Perciò anche noi reputiamo del tutto irrealistico la situazione prospettata dagli Esperti del Comitato Dawes, secondo la quale, mentre da un lato il Governo tedesco continua a versare danaro all'Agente delle Riparazioni, dall'altro lato il trasferimento di questo danaro non è possibile, onde le somme pagate si accumulano in Germania. Se una somma non è trasferibile, ciò significa che le modificazioni nell'economia del paese debitore, necessarie per il trasferimento stesso, non sono avvenute; ma ciò si riflette subito sulla capacità di pagare quella somma nell'interno del paese debitore.

Adunque nell'ipotesi che una data somma non superi la « capacità di pagamento » dei cittadini del paese tributario, quella somma

dato il carattere della domanda mondiale di merci tedesche, non si verificheranno in misura sufficiente, e l'uscita d'oro dalla Germania continuerà, finché il paese debitore per evitare una grave crisi dovrà sospendere i pagamenti.

Dunque è vero che è la trasmissione di capacità d'acquisto dal paese debitore al paese creditore, mediante apertura di crediti o vendita della moneta del paese debitore, che mette in azione il meccanismo di trasferimento. Ma questa trasmissione non può continuare se mancano le reazioni della bilancia commerciale.

è trasferibile. Ma da quali fattori dipende la « capacità di pagamento »? Su questo punto noi dissentiamo dalle vedute di alcuni moderni teorici. Quando si cerca di determinare la « capacità di pagamento » di un paese (nel nostro caso la Germania) non basta constatare, secondo noi, che il tributo è inferiore alla differenza tra produzione e consumo, ma bisogna anche investigare la possibilità che si verifichino — sia nel paese debitore sia nei paesi ai quali esso vende le sue merci — delle modificazioni economiche sufficienti a produrre nella bilancia commerciale del paese debitore un saldo attivo equivalente al tributo. Facciamo un esempio concreto. Attualmente, in Germania, l'eccesso della produzione annuale sul consumo, ammonta forse a dieci miliardi di marchi (non importa se questa cifra è esatta o no). Inoltre una parte notevole dei consumi è rappresentata da consumi voluttuari, che a stretto rigore potrebbero essere considerevolmente diminuiti. Infatti il popolo tedesco spende ogni anno due miliardi e mezzo di marchi in tabacco, quattro miliardi in birra, più di mezzo miliardo in alcool, ecc. Ma chi oserebbe concludere che la Germania potrebbe trasferire un'annualità eguale a parecchie volte quella fissata nel piano Dawes? Sorgerebbero subito delle difficoltà insuperabili, a causa del fatto che la bilancia commerciale non potrebbe adattarsi a dei pagamenti così enormi.

Per essere in grado di pagare una somma uguale all'eccedenza della produzione sul consumo (cioè, come abbiamo supposto, dieci miliardi di marchi) il governo tedesco dovrebbe aggravare enormemente il carico fiscale. I nuovi aggravii restringerebbero considerevolmente la capacità d'acquisto del popolo tedesco. In conseguenza, la diminuzione della domanda interna di merci sarebbe così forte e improvvisa, che un sufficiente compenso non potrebbe essere offerto dall'aumento della domanda estera. I prezzi del mercato tedesco subirebbero un tracollo, una grave crisi colpirebbe molte industrie, e gli imprenditori sarebbero obbligati a licenziare i loro operai. Immediatamente le ripercussioni della crisi si manifesterebbero nel gettito delle imposte, e il governo tedesco sarebbe nell'impossibilità di continuare i pagamenti interni delle riparazioni. Data la situazione attuale dei mercati monetari mondiali si può,

inoltre, affermare senza tema di errore che essi non potrebbero offrire in prestito alla Germania delle somme sufficienti per effettuare il trasferimento di un tributo così enorme come quello supposto nel nostro esempio ipotetico.

Affinchè il noto meccanismo dei trasferimenti funzioni bisogna che siano soddisfatte alcune condizioni. Bisogna che nel paese debitore sia prodotta una certa quantità di merci di carattere « internazionale », i cui prezzi cioè sono in equilibrio con i prezzi del mercato mondiale, tenuto conto del costo di trasporto, dei dazi e di altre spese eventuali. Allora, anche una leggera diminuzione dei prezzi di queste merci nel paese debitore, provocata sia dalle variazioni dei cambi sia dalla contrazione della domanda interna, darà subito uno stimolo alle esportazioni, mentre le importazioni saranno scoraggiate ⁽¹⁾.

Ma che avviene se il paese debitore produce per la maggior parte delle merci di carattere non internazionale, ma « interno », i cui prezzi sono determinati dalle condizioni del mercato interno? Può darsi allora che, o a causa delle spese di trasporto o perchè si tratta di merci non richieste dall'estero o per altre ragioni, neppure una forte diminuzione dei prezzi sia sufficiente a stimolare le esportazioni. « È avvenuto recentemente in Russia che il frumento fosse scarso a Mosca mentre a Casaistan (vicino al mar Caspio) erano giacenti 100 milioni di pud che non potevano essere trasportati alla lontana ferrovia. Furono allora requisiti a Mosca tutti i camions, e spediti per ferrovia nelle regioni dove trovavasi il grano. Ma riguardo alla Siberia non sarebbe possibile ricorrere a questo espediente. Perciò avviene che in Siberia si trovino delle grandi quantità di viveri che sono venduti sul luogo a bassissimo prezzo; mentre essi mancano nelle regioni dell'ovest.... » ⁽²⁾.

⁽¹⁾ Nell'articolo citato, il PALYI espone delle interessanti considerazioni per dimostrare che la questione dei limiti del trasferimento non può neppur porsi se si suppone che il paese tributario abbia un sistema monetario aureo (p. 323). Risulta però dal corso della trattazione che anche il PALYI suppone che la domanda internazionale delle merci del paese tributario sia in alto grado elastica (p. 326).

⁽²⁾ Da una corrispondenza dalla Russia, pubblicata nella *Frankfurter Zeitung* del 14 agosto 1929.

Ognun vede le difficoltà che incontrerebbe un paese nella situazione ora descritta, se dovesse pagare delle riparazioni, anche nell'ipotesi che il tributo fosse inferiore alla differenza tra la produzione e il consumo necessario.

Lasciando da parte questo esempio estremo, osserveremo che i paesi moderni che sono in attive relazioni con l'estero producono generalmente due categorie di merci: merci a mercato « internazionale » e merci a mercato « interno » ⁽¹⁾. Il pagamento delle riparazioni tende a provocare in ambo i casi una diminuzione dei prezzi, ma nel primo caso quest'influenza è immediatamente compensata dalla domanda estera, che si sostituisce a quella interna, mentre entro certi limiti ciò non avviene nel secondo caso. Mentre i prezzi delle merci internazionali non subiranno in realtà che una leggera depressione, la diminuzione dei prezzi della seconda categoria può essere considerevole. Avverrà allora che le energie del paese debitore si sposteranno verso le industrie produttrici di merci per l'esportazione. Ma questo spostamento richiederà del tempo ed è possibile che nel frattempo una crisi più o meno grave colpisca le industrie produttrici di merci che sono consumate nel mercato interno. In altre parole, il trasferimento non potrà compiersi senza attriti più o meno considerevoli.

5. - Questa distinzione tra « merci internazionali » e merci « interne », quantunque sia notissima, poichè fu fatta da Stuart Mill,

(1) Naturalmente tra le due categorie di merci — a mercato nazionale e a mercato internazionale — esistono delle connessioni di varia natura. Fra le merci a mercato interno, parecchie sono fabbricate con materie prime a mercato internazionale (il pane per es. è fatto di frumento); onde una diminuzione del prezzo dell'articolo di consumo diretto tende a provocare una diminuzione delle importazioni, o un aumento delle esportazioni della materia prima. Inoltre talvolta delle merci a mercato nazionale hanno dei sostituti che sono delle merci a carattere internazionale. Per esempio la segala tedesca ha un mercato limitato. Una diminuzione del prezzo di questo prodotto, anche se rilevante, non provoca un aumento dell'esportazione verso quei paesi che non consumano pane di segala. Ma la segala e l'orzo sono usati anche come foraggio. Ne consegue che, in Germania, quando come è avvenuto recentemente il prezzo della segala diminuisce il suo uso come foraggio si estende, e diminuisce l'importazione dell'orzo. Molti altri esempi analoghi potrebbero essere citati.

Cairnes e svolta da economisti posteriori è trascurata in generale dagli scrittori che hanno studiato il « trasferimento » delle riparazioni germaniche. Ciò spiega a nostro avviso perchè parecchie delle loro conclusioni non possano essere accettate. Per es. il prof. Liefmann, discutendo delle conseguenze del piano Dawes, afferma che la sottrazione di 2,5 miliardi alla capacità di acquisto del popolo tedesco, cioè una « deflazione » in tali proporzioni, non può non provocare una crisi economica, e in particolare una crisi di disoccupazione, l'esperienza avendo sempre dimostrato che una deflazione monetaria è la causa di seri turbamenti economici⁽⁴⁾. I partigiani della teoria del trasferimento automatico — continua il Liefmann — sostengono che le esportazioni saranno stimulate da una diminuzione dei prezzi e dei salari, ma si crede sul serio che gli operai tedeschi vorranno adattarsi a una forte diminuzione dei loro salari? Ora, poichè i salari sono un elemento essenziale del costo di produzione e poichè la diminuzione dei salari non può andare oltre un certo limite senza dar luogo a gravi conflitti sociali, ne risulta che sarà difficile diminuire i prezzi tanto da provocare un aumento delle esportazioni su larga scala.

L'argomento col quale il Liefmann cerca dimostrare l'impossibilità di trasferire le somme fissate nel piano Dawes — argomenti analoghi sono stati messi avanti anche dal Keynes e da altri scrittori — potrebbe essere ritenuto valido solo nel caso in cui l'osservazione dei fatti dimostrasse che la Germania produce prevalentemente delle merci a mercato « interno ». Ma nel caso in cui i fatti mostrassero il contrario l'argomento si rivelerebbe, in gran parte almeno, privo di fondamento.

Infatti in questo secondo caso non sarebbe necessario che avvenisse una forte diminuzione dei prezzi e dei salari prima che il meccanismo del trasferimento entrasse in azione. Poichè i pagamenti delle annualità sono distribuiti uniformemente entro l'anno, già dopo il pagamento delle prime rate le variazioni dei prezzi che cominceranno a manifestarsi provocheranno uno spostamento della bilancia

⁽⁴⁾ *Vom Reichtum der Nationen*, 1924.

commerciale. Perciò la diminuzione dei prezzi non sarà molto rilevante e non eserciterà quell'influenza così disastrosa sulla produzione che il citato economista ha descritto con colori così foschi. Neppure i salari saranno sensibilmente ridotti; e cadono perciò tutte le ipotetiche discussioni sull'atteggiamento delle classi lavoratrici.

Un'opinione diametralmente opposta a quella del Liefmann è espressa dal Lansburgh nell'articolo citato. Secondo questo autore, le somme dovute dalla Germania secondo il piano Dawes — le quali non rappresentano che una piccola percentuale del reddito nazionale — possono essere trasferite senza difficoltà, a condizione che tanto i versamenti all'Agente delle Riparazioni, quanto i trasferimenti da parte di quest'ultimo siano fatti non in grosse rate discontinue, ma gradatamente. Il noto meccanismo entrerà in azione: grazie alla riduzione delle importazioni e l'espansione delle importazioni il tributo sarà pagato in merci. Non avverranno gravi perturbamenti nell'economia tedesca; ma lo sviluppo delle industrie esportatrici tedesche costituirà una grave minaccia i paesi che ricevono le riparazioni e per gli altri paesi esportatori.

La concezione ottimistica del Lansburgh sarebbe giustificata nel caso in cui fosse dimostrato che la Germania produce esclusivamente o quasi delle merci rispetto alle quali una variazione anche minima dei prezzi può produrre delle variazioni molto sensibili nelle esportazioni.

6. - In questi ultimi anni gli economisti hanno continuamente ripetuto che la questione delle riparazioni ha due aspetti, cioè il problema finanziario del paese debitore e il problema del trasferimento. Per molto tempo si è insistito sul secondo aspetto, come il più importante. È avvenuta poi una reazione; e si è affermato che l'aspetto veramente essenziale del problema è il primo, anzi che il « problema delle riparazioni non è un problema di trasferimento, ma un problema fiscale » ⁽¹⁾.

(1) RUEFF, *L'organisation des transferts* in *Information financière*, 8 nov. 1928.

Secondo noi il problema delle riparazioni è unico, e i due aspetti di esso sono reciprocamente dipendenti. D'accordo che se il problema fiscale è risolto, nessuna difficoltà incontreranno i trasferimenti. Ma affinché il problema fiscale possa essere risolto, bisogna che il trasferimento sia possibile. Perciò le ricerche del Moulton, dirette a determinare se nel caso concreto della Germania la bilancia commerciale può spostarsi in modo che si formi un eccesso attivo equivalente al tributo, più gli interessi sui capitali presi a prestito, non sono così assurde dal punto di vista teorico come qualche ardente zelatore della teoria dei pagamenti internazionali mostra di ritenere.

L'esame concreto della capacità di pagamento della Germania esce dai limiti di questa nota. Alle considerazioni precedenti aggiungeremo soltanto che, contrariamente all'opinione espressa da illustri economisti quali il Cassel ⁽¹⁾ i nostri studi personali ci hanno condotto alla conclusione che le somme fissate nel piano Young non superano, salvo eccezionali condizioni, la capacità di pagamento della Germania. Che queste siano inferiori alla differenza tra produzione e consumo risulta all'evidenza dalle statistiche tedesche. Ma anche le altre condizioni da noi indicate ci sembrano soddisfatte nel caso della Germania. Tenendo conto delle strette e molteplici relazioni della Germania con l'estero, del volume del suo commercio estero (circa 26 miliardi di marchi nel 1928), del fatto che la domanda internazionale di moltissime e importanti merci tedesche è sufficientemente elastica ⁽²⁾,

⁽¹⁾ DER YOUNG-PLAN, *Wirtschaftsbericht der Commerz- und Privatbank*, Juli, 1929.

⁽²⁾ Il caso prospettato da KEYNES nel citato articolo, in cui la domanda estera di merci tedesche ha un'elasticità inferiore all'unità ha un'importanza puramente teorica. Già il MARSHALL aveva osservato che "such conditions occur rarely, if indeed they occur at all", (*Money, Credit and Commerce*, pag. 165; vedi anche App. I. pag. 333).

Al contrario, ci sembra che proprio al caso della Germania si applichino le considerazioni con le quali il MARSHALL dimostra che la domanda mondiale delle merci prodotte da un grande paese industriale moderno è con tutta probabilità elastica.

Gli articoli industriali esportati dalla Germania — articoli di acciaio, articoli dell'industria tessile, macchine, prodotti elettrotecnici, prodotti chimici, ecc. —

noi crediamo probabile che si producano nelle importazioni e nelle esportazioni le variazioni necessarie per il trasferimento anche di quella parte delle annualità Young che dovrà essere trasferita in contanti (nei primi anni, come è noto, le riparazioni in natura rappresentano una parte considerevole delle annualità). Ciò però a condizione che i paesi esteri non inaspriscano le tariffe protettive o non cerchino in altri modi di impedire l'importazione delle merci tedesche. Si deve inoltre tener conto dei prestiti esteri, la cui influenza si eserciterà, come è avvenuto finora, nel senso di favorire il trasferimento delle riparazioni.

7. - Tutto ciò riguarda l'avvenire. Se ora diamo uno sguardo al passato, sorge la domanda: Come sono state trasferite le riparazioni germaniche dopo l'applicazione del piano Dawes?

hanno un vastissimo mercato, dove spesso produttori tedeschi e produttori degli altri grandi paesi industriali si fanno un'aspra concorrenza. Quindi è presumibile che anche una leggera diminuzione dei prezzi tedeschi stimoli la domanda estera che si rivolgerà agli articoli tedeschi trascurando quelli, per ipotesi più cari, offerti dagli altri paesi concorrenti.

Alcune considerazioni esposte dal KEYNES nell'articolo citato sulle relazioni tra il livello dei salari in Germania e il pagamento delle riparazioni non ci sembrano accettabili. Il KEYNES afferma che il notevole aumento dei salari verificatosi dal 1924 in poi in Germania ha indebolito la capacità di concorrenza della Germania nei mercati internazionali. Ciò ci sembra smentito dai fatti. Nel periodo 1924-1929 le esportazioni tedesche hanno avuto uno sviluppo considerevole, e relativamente più rapido di quello verificatosi in qualunque altro grande paese industriale.

La riorganizzazione delle industrie tedesche rese possibile agli imprenditori di pagare più alti salari e, nel tempo stesso, di rafforzare la loro posizione nei mercati internazionali. Le cause dello sviluppo delle esportazioni tedesche sono state studiate nel nostro articolo citato sugli effetti economici dei prestiti esteri (*Giornale degli Economisti*, dicembre 1929). Qui ci limitiamo a riferire alcune cifre:

Esportazioni della Germania (mil. di marchi) senza le forniture in natura

Medie mensili	
1924	544
1925	733
1926	815
1927	852
1928	970
1929	1057

I pagamenti eseguiti dalla Germania nei cinque anni 1 sett. 1924-31 agosto 1929 risultano dallo specchietto seguente, secondo le statistiche dell'Agente Generale delle Riparazioni:

Pagamenti effettuati dall'Agente Generale delle riparazioni

		in moneta estera	in marchi tedeschi	Totale
		(milioni di marchi oro)		
Primo	anno	271,3	622,0	893,2
Secondo	»	415,7	760,2	1175,9
Terzo	»	683,5	698,6	1382,1
Quarto	»	943,2	796,1	1739,3
Quinto	»	1418,5	1034,3	2452,8
		<hr/>	<hr/>	<hr/>
		3732,2	3911,2	7643,3

Le annualità complessive dei cinque anni ammontarono a 7988,8 milioni. La differenza rispetto alla somma della terza colonna è costituita dai fondi disponibili in Germania al 31 agosto 1929, dalle somme dovute dalla Germania nel sett. 1929 a complemento della quinta annualità e da altre partite di secondaria importanza.

I pagamenti in marchi comprendono le riparazioni in natura (più del 90 % del totale), inoltre le spese per gli eserciti di occupazione, una parte delle spese per le Commissioni interalleate, ed altri versamenti vari di minore importanza. I pagamenti in divisa estera comprendono i prelevamenti fatti dall'Inghilterra e dalla Francia sul ricavato delle esportazioni germaniche in forza dei Recovery Acts (1466 milioni in complesso) e i trasferimenti eseguiti in contanti dall'Agente Generale delle Riparazioni.

Si può ammettere, senza che sia possibile indicare delle cifre, che le forniture in natura in parte riguardino delle merci che sarebbero state esportate dal commercio libero anche se non fosse esistito il sistema delle forniture in natura stesse. Perciò le divise che, in altre condizioni, sarebbero state offerte sul mercato tedesco vennero a mancare.

In parte le forniture in natura riguardano merci che sono state esportate in aggiunta alle esportazioni del mercato libero.

Limitatamente a questa seconda parte, il pagamento delle riparazioni avvenne direttamente sotto forma di merci. Ma relativamente alla maggior parte delle somme pagate dalla Germania come agli il « meccanismo del trasferimento » ?

La previsione fatta generalmente nel 1924 (anche dallo scrittore di queste linee nella memoria citata) che il classico meccanismo sarebbe entrato in azione, non si avverrà. E ciò perchè nelle ipotesi non si era tenuto conto di un fatto — che nessuno, neppure gli esperti del Piano Dawes, allora prevede — cioè il riversarsi sulla Germania di una corrente di capitale straniero, ben più imponente delle somme che la Germania avrebbe dovuto trasferire.

I prestiti esteri a lunga e a breve scadenza assunti dalla Germania fino alla fine del 1928 ammontarono probabilmente a 16 miliardi di marchi, secondo stime ufficiali. Quale fu l'influenza di questi prestiti esteri sul pagamento delle riparazioni? Un esame di tale questione non sembra privo d'interesse, in vista delle affermazioni, in parte poco chiare in parte discordanti, che si sono sentite ripetere in questi ultimi anni. Secondo alcuni, le riparazioni sono state bensì « trasferite » grazie ai crediti esteri, ma « pagate » dal popolo tedesco. Secondo il Keynes invece, esse sono state non solo « trasferite », ma anche « pagate » col provento dei prestiti esteri (¹).

8. - Per esaminare l'influenza esercitata dai prestiti esteri sul meccanismo del trasferimento delle riparazioni bisogna distinguere secondochè: *a)* il prestito è stato contratto dallo Stato allo scopo di pagare le riparazioni; *b)* il prestito è stato contratto da enti pubblici o da privati per altri scopi.

(¹) Nell'articolo *Wie ich über den Young-Plan denke* in *Kölnische Zeitung*, 14 giugno 1929, il KEYNES scrive che "die Daweschen Annuitäten ausschliesslich aus fremden Anleihen gezahlt worden sind". Anche la Diskonto-Gesellschaft afferma nel suo rapporto per il 1928 che soltanto i crediti esteri "haben die Aufbringung und vor allem die Uebertragung der Reparationszahlungen ermöglicht". Ma se le riparazioni sono state pagate col denaro estero, come mai la stessa Banca può affermare alcune linee più avanti che il pagamento delle riparazioni è una delle cause principali dell'onere "insopportabile", che grava sul contribuente tedesco?

Il caso *a*) è rappresentato dal prestito Dawes (800 milioni di marchi). Il ricavato del prestito però non fu trasferito alle potenze creditrici. In tal caso il prestito non avrebbe esercitato alcuna influenza sull'economia germanica. Il ricavato del prestito affluisce alla Reichsbank e fece luogo a una emissione di biglietti, con i quali il governo tedesco senza bisogno di ricorrere a nuove imposte pagò agli industriali tedeschi le forniture in natura effettuate in conto riparazioni. Il prestito provocò perciò un aumento dei prezzi in Germania e si trasformò (salvo la parte che restò in Germania sotto forma di oro) nell'importazione di merci straniere.

b) Prescindendo dal prestito Dawes, tutti i prestiti conclusi dagli enti pubblici e dagli industriali tedeschi dopo il 1924 servirono a scopi diversi dal pagamento delle riparazioni.

Riguardo ai prestiti esteri di questa seconda categoria bisogna ancora distinguere secondochè il mutuatario tedesco ha speso il denaro direttamente nell'acquisto di merci estere o il provento dei prestiti è stato trasformato in moneta tedesca. Nel primo caso è evidente che se le divise estere sono impiegate nell'acquisto di merci estere, non possono servire una seconda volta per il trasferimento delle riparazioni. Però anche in tal caso i crediti esteri esercitano alcuni effetti *indiretti* nel senso di rendere più facile il pagamento e il trasferimento delle riparazioni stesse: *a*) l'affluenza delle merci estere favorisce la diminuzione dei prezzi nel paese debitore; *b*) in un paese come la Germania che esporta delle merci fabbricate in parte con delle materie prime importate l'espansione delle esportazioni incontra un limite nella difficoltà (a causa della mancanza di capitali) di comperare le materie prime estere. I crediti esteri, rimuovendo questo limite, stimolano indirettamente le esportazioni; *c*) in generale, i crediti esteri danno uno stimolo alla produzione del paese mutuatario, e l'aumento della produzione si riflette sulla capacità contributiva e sulle possibilità di esportazione.

9. - Ma nel caso della Germania si può ritenere che la maggior parte dei crediti esteri sia stata trasformata in moneta te-

desca ⁽¹⁾. Perciò le relazioni tra crediti esteri e riparazioni sono più complicate. Sarà bene distinguere i due stadi nei quali si svolge il pagamento delle riparazioni:

a) Primo stadio. Gli enti tedeschi obbligati a fornire i contributi — essi sono il Ministero delle Finanze del Reich, la Società delle Ferrovie e la Banca per le obbligazioni industriali — versano questi contributi, direttamente o indirettamente (cioè per mezzo del commissario delle entrate assegnate in garanzia) all' Agente delle Riparazioni, che ha un conto presso la Reichsbank.

Può darsi che in qualche caso l'industriale tedesco abbia pagato mediante il denaro proveniente da un prestito estero le imposte, o i contributi che deve versare alla Banca delle obbligazioni industriali, o le somme dovute all'amministrazione ferroviaria per trasporti di merci. Inoltre i prestiti esteri, stimolando l'importazione di merci in Germania, hanno aumentato il traffico delle ferrovie tedesche. A ciò si aggiunga che i crediti esteri, essendosi trasformati in gran parte in salari quando furono usati nell'interno della Germania, provocarono un maggior consumo di birra, zucchero, tabacco, alcool, burro, carni ed altri generi alimentari, e perciò un maggior provento delle tasse e dei diritti doganali, da cui sono gravati questi articoli.

Ma, pur tenendo conto di questi effetti diretti e indiretti, si deve ammettere che il pagamento delle riparazioni ha pesato sul popolo tedesco, di cui ha diminuito il reddito disponibile. Come osserva la Diskonto-Gesellschaft nel suo rapporto per il 1928, l'obbligo delle riparazioni impose al governo tedesco di aggravare sensibilmente l'onere fiscale, e insieme con altre cause ha contribuito, scrive la Banca citata, a creare una condizione di cose insopportabile, perchè più di un terzo del reddito nazionale è assorbito dal fisco.

b) Secondo stadio. Mediante le somme in marchi messe a sua disposizione l' Agente generale, quando crede di poter procedere a

⁽¹⁾ Vedasi il nostro citato articolo sugli effetti economici dei prestiti esteri in Germania, *Giornale degli Economisti*, dicembre 1929.

un trasferimento in contanti alle Potenze creditrici, compera sul mercato tedesco delle divise estere (praticamente per mezzo della Reichsbank). Supponiamo che prima dell'intervento dell'Agente delle Riparazioni domanda e offerta di divise si equilibrassero. Viene ora l'agente e chiede, per es., 100 milioni di divisa estera. Questa domanda turba l'equilibrio e mette in moto il noto meccanismo dei trasferimenti. Ma supponiamo che, contemporaneamente, un industriale che ha contratto un prestito estero di 100 milioni offra la divisa sul mercato. L'equilibrio del mercato non sarà allora alterato. L'Agente delle Riparazioni troverà la divisa che cerca e « trasferirà » all'estero senza alcuna difficoltà i pagamenti tedeschi.

E però inesatto dire che in tal caso le riparazioni sono state trasferite mediante i crediti esteri. Perchè, nel mercato delle divise, mentre da un lato la domanda dell'agente si aggiunge a quella degli importatori e in generale di tutti quelli che debbono fare delle rimesse all'estero, d'altro lato l'offerta delle divise provenienti dei prestiti si aggiunge all'offerta degli esportatori e in generale di tutti quelli che hanno diritto a ricevere dei pagamenti dall'estero. Evidentemente le divise comperate dall'agente possono provenire tanto dai prestiti esteri quanto dalle esportazioni o da altre fonti.

Comunque sia, però, i prestiti esteri annullano, nelle ipotesi fatte, l'influenza della domanda di divise estere da parte dell'Agente delle Riparazioni. Il cambio del marco tedesco non peggiora a causa dei trasferimenti, e l'oro resta in Germania. Quest'influenza dei prestiti esteri si estende anche ai prezzi interni. Da un lato, il pagamento delle riparazioni tende a deprimere i prezzi, ma d'altro lato l'affluenza del denaro estero tende a spingerli all'insù e il risultato è che il livello generale dei prezzi non si sposta, (quantunque degli spostamenti possano avvenire nei prezzi individuali). Neppure si sposta, in conseguenza, la bilancia commerciale.

Se i crediti superano le somme trasferite in conto riparazioni, allora le forze che spingono all'insù i prezzi prevalgono su quelle che tendono a deprimerli e si stabilisce nella bilancia commerciale uno squilibrio equivalente alla differenza tra i crediti esteri e i

trasferimenti in conto riparazioni. I prestiti esteri che furono contratti dalla Germania durante l'applicazione del Piano Dawes impedirono, adunque, che il noto meccanismo dei trasferimenti entrasse in azione. In questo senso è giusta l'opinione di coloro che affermano che, a causa dei crediti esteri, il Piano Dawes non fu messo alla prova e che l'esperienza non ha dimostrato, pertanto, se le somme fissate nel Piano possano essere trasferite mediante un'eccezione delle esportazioni sulle importazioni.

10. - Il pagamento delle riparazioni da parte del cittadino tedesco significa o una diminuzione dei suoi consumi o una diminuzione dei suoi risparmi, cioè in questo secondo caso una diminuzione della capacità d'acquisto di quelle altre persone, alle quali, senza le riparazioni, i suoi risparmi sarebbero stati trasferiti. In ogni caso, i cittadini tedeschi rinunziano a usare di una capacità d'acquisto, che darebbe loro il diritto di prelevare una certa parte del dividendo nazionale, e trasmettono questa capacità d'acquisto ai paesi creditori. Nell'assenza di cause che agiscano in senso contrario quella parte del dividendo nazionale sarebbe esportata. In realtà non è esportata a causa dei prestiti esteri. Che ne avviene allora?

È facile rispondere a questa domanda. Quella parte del dividendo nazionale è comprata dagli imprenditori o dagli enti pubblici che hanno acquistato dei marchi tedeschi dall'Agente delle Riparazioni mediante le divise provenienti dai prestiti esteri. L'acquisto delle merci può essere fatto direttamente. E invece indiretto quando le merci sono comperate dagli operai che quegli imprenditori hanno assunti in servizio grazie ai nuovi mezzi provenienti dai prestiti esteri. Comunque sia, grazie ai crediti esteri, la capacità d'acquisto a cui hanno dovuto rinunziare le classi sulle quali più specialmente grava l'onere delle riparazioni è trasferita a coloro che hanno contratto i prestiti esteri stessi. Da un lato, il pagamento delle riparazioni ha obbligato il piccolo capitalista e il modesto impiegato a ridurre i propri consumi o i risparmi; d'altro l'aumento della domanda di lavoro, provocato dal trasferimento di capacità d'acquisto alle classi industriali, ha provocato un aumento

dei salari sia monetari sia reali, e perciò un aumento dei consumi delle classi lavoratrici.

Altri spostamenti di capacità d'acquisto avvengono nelle classi degli industriali. Infatti, mentre l'onere delle riparazioni grava su tutte le imprese, i prestiti esteri sono stati assunti da un gruppo limitato di grandi imprese. Le altre ebbero il denaro estero per mezzo di intermediari e quindi a condizioni meno favorevoli. Come è stato osservato ⁽¹⁾, le influenze combinate dei prestiti esteri e del pagamento delle riparazioni hanno contribuito ad accrescere la potenza delle grandi imprese.

Adunque nel caso da noi esaminato sono in azione delle forze che operano in senso contrario. Da una parte il credito estero tende a provocare un'importazione di merci. Dall'altra parte il pagamento delle riparazioni tende a provocare un'esportazione. Ne risulta che, nei limiti entro i quali il trasferimento delle riparazioni è compensato dai crediti esteri, non si verificano né esportazioni, né importazioni di merci; le merci che, nell'assenza dei crediti esteri sarebbero state esportate, restano invece nel paese debitore, e la corrente di importazioni, che senza le riparazioni si sarebbe diretta verso il paese mutuatario, è invece deviata verso altri paesi, la cui capacità d'acquisto è accresciuta grazie al pagamento delle riparazioni.

Il popolo tedesco ha pagato le riparazioni con le sue proprie energie (che certamente sono state stimulate dai prestiti esteri) e lo sforzo da esso fatto è misurato dall'aggravamento del carico fiscale. L'effetto ai crediti esteri fu quello di impedire che il pagamento di un oneroso tributo creasse un vuoto nel capitale disponibile per l'economia tedesca, il quale, come tutti sanno, negli anni successivi alla stabilizzazione fu molto scarso.

Inoltre, il trasferimento mediante uno spostamento della bilancia commerciale implica sempre, a meno che non si tratti di somma poco rilevanti, ma serie di attriti, di spostamenti nella produzione, di perdite, di ostacoli da superare, di eventuali crisi più o meno

⁽¹⁾ WIEDENFELD, *Wirkungen der Reparationszahlungen durch Auslandsanleihen*, nell'opera *Das Reparationsproblem*, I, pag. 303.

passaggiere di qualche industria per la quale la diminuzione della domanda interna non è subito compensata dall'aumento della domanda estera. Ora, i crediti esteri esonerando la Germania dalla necessità di trasferire le riparazioni mediante l'esportazione di merci, hanno allontanato i pericoli derivanti da trasformazioni troppo brusche della sua economia. Grazie ai crediti esteri fu perciò facilitato indirettamente anche il pagamento interno delle riparazioni e la Germania poté superare il difficile periodo di transizione. Il suo debito è stato però solo prolungato, non estinto; e per forza di cose negli anni venturi, quando gli interessi sui capitali presi a prestito e le annualità in conto riparazioni supereranno i nuovi prestiti esteri, la bilancia commerciale, che negli anni 1924-1929 ha indicato in complesso un forte eccesso delle importazioni sulle esportazioni, comincerà a spostarsi in senso contrario.

PROF. FRIGYES DE FELLNER

R. Università di Budapest

La charge hypothécaire de la propriété foncière dans la Hongrie actuelle et les problèmes du crédit agricole

La recherche de la charge hypothécaire des immeubles dans un pays quelconque a de l'importance à deux points de vue. D'une part elle permet de jeter un coup d'oeil sur l'état d'endettement de l'agriculture en fournissant par là une base à la direction de la politique de crédit agricole, d'autre part elle donne des éclaircissements relativement aux charges des propriétés bâties. La proportion de la charge des immeubles fournit en même temps une base très précieuse pour pouvoir apprécier la situation économique générale du pays.

Avant la guerre les propriétés foncières à exploitation agricole des pays de la Sainte Couronne Hongroise étaient grevées — d'après nos calculs (1) — d'une créance hypothécaire inscrite de 2.861 milliards de couronnes.

En prenant en considération, que par suite de la dépréciation de la couronne l'agriculture hongroise fut exonérée, presque sans

(1) FRÉDÉRIC DE FELLNER, *La dette hypothécaire et les charges publiques des immeubles en Hongrie* en *Bulletin de l'Institut International de Statistique*. Tome XVIII, 1^{re} livraison Paris 1909, p. 378.

aucune prestation en retour, des dettes hypothécaires inscrites sur la propriété foncière et que, par conséquent, immédiatement après la guerre le paiement des annuités ne grevait plus guère l'agriculteur quitte à supporter les charges publiques, on ne saurait contester, que le crédit de la classe sociale agricole s'est augmenté après la guerre. Malgré cela on peut établir, que ni l'emprunt sur lettres de gage à longue échéance servant à l'engagement durable de fonds, ni l'emprunt d'exploitation à courte échéance ne se trouvent point à disposition dans la mesure convenable.

Avant d'essayer d'en indiquer les causes, il faut établir la quantité de la charge hypothécaire grevant la propriété foncière hongroise. Dans les pays de la Sainte Couronne Hongroise il n'y avait point de données officielles y relative à disposition. Certes, le gouvernement absolu avait fait conscrire en 1858 les dettes hypothécaires grevant les immeubles et suivant cette conscription il y avait au total 120.566.958 florins de dette hypothécaire inscrits sur les immeubles, toutefois cette charge se rapportait à l'ensemble de la propriété foncière et des bâtiments et il n'y avait pas moyen d'en établir la quote-part revenant à la propriété agricole. En 1905 une conscription avait également lieu relativement au montant des charges inscrites sur la propriété foncière, cependant la conscription n'envisageait que les propriétés foncières d'une superficie supérieure à 100 arpents cadastraux, — donc à la moitié seulement des propriétés foncières à exploitation agricole. D'après cette conscription la charge hypothécaire grevant les propriétés moyennes et les grandes-propriétés montait à 1.404 milliards de couronnes ⁽¹⁾.

Dans la Hongrie actuelle le gouvernement roy. hongrois a chargé au commencement de l'année 1928 l'Office Central roy. hongrois de Statistique d'effectuer un relevé des charges hypothécaires inscrites de la propriété foncière. La première conscription fondamentale, exécutée sur la base de cette commission, relève l'état

⁽¹⁾ Le Dott. JULES KONKOLY-THÉGÉ, *Conscription des charges hypothécaires des propriétaires hongrois et résultats provisoires de la conscription suivant l'état du 30 juin 1928 en Revue Statistique Hongroise*, novembre 1928, p. 1161.

du 29 février 1928. A partir de cette date l'Office Central roy. hongrois de Statistique tient en évidence les charges inscrites et radiées et continue à les relever, de sorte, que nous avons en Hongrie à notre disposition des données officielles relativement aux charges hypothécaires inscrites. D'après ces dates, le 30 juin 1928 le total des charges hypothécaires inscrites sur la propriété foncière montait à 972.335.097 pengös. ⁽¹⁾ Le 31 décembre 1928 ce montant s'élevait à 1.128.687.055 pengös. ⁽²⁾

Cette charge hypothécaire de 1.128 milliards n'est point identique avec l'effectif de l'emprunt hypothécaire existant réellement et inscrit sur la propriété foncière. En effet, la conscription s'étend aux charges inscrites de toutes les espèces de la propriété foncière, elle ne se borne donc point à relever les emprunts hypothécaires, mais comprend en outre les arrérages du prix d'achat, les créances provenant du partage de succession, les impôts et taxes arrières, les frais d'exécution et de procès, les rentes viagères assurées par hypothèque, etc. L'inscription de l'hypothèque pour le maximum du crédit trouble également l'établissement de la charge réelle, étant donné, que souvent le crédit inscrit pour le maximum n'est point utilisé jusqu'à concurrence du montant total. Ajoutons à cela, qu'en désirant savoir les charges hypothécaires réelles, il ne suffit point faire l'extrait des registres et relever les charges inscrites, mais il faudrait examiner dans tous les cas, si elles subsistent encore et jusqu'à concurrence de quel montant? Car il est généralement connu, en effet, que l'état du registre des hypothèques n'est point conforme, très souvent, à l'état réel. Les charges ont souvent cessé d'exister et la radiation n'est pas encore effectuée dans le registre; et pour ce qui concerne les dettes à amortissement, le droit d'hypothèque reste inscrit pour le montant entier de la dette jusqu'à l'amortissement de la dernière fraction. La charge hypothécaire relevée ci-

⁽¹⁾ *Ibid.*, p. 1162.

⁽²⁾ Le Dott. JULES KONKOLY-THRGE, *Les charges hypothécaires inscrites des propriétés foncières hongroises suivant l'état du 31 décembre 1928 en Revue Statistique Hongroise*, mai 1929, p. 487.

dessus n'est donc point conforme à l'effectif réel, elle indique le montant total des inscriptions. Par conséquent, les charges hypothécaires sont relevées par un montant surpassant considérablement le total réel (1).

Ceci ressort d'ailleurs de l'examen de l'effectif des emprunts hypothécaires liquidés par les instituts appartenant à la Centrale des établissements de crédit, de 1924 à la fin 1928 accusant les montants suivants (2):

En 1924	2.247.237	pengös
» 1925	2.951.422	»
» 1926	95.182.570	»
» 1927	236.636.426	»
» 1928	583.540.660	»

De l'effectif au 31 décembre 1928 des emprunts hypothécaires liquidés par les instituts de crédit, se chiffrant par 583.540 millions de pengös, 371.490.287 pengös revenaient aux propriétés foncières et 212.050.373 pengös aux emprunts accordés sur les bâtiments. En défalquant de la charge hypothécaire globale de 1.128.687.055 pengös, inscrits sur les propriétés foncières, l'effectif des emprunts hypothécaires accordés par les instituts de crédit aux propriétés foncières, soit 371.490.287 pengös, les 757.196.768 pengös restants représentent les emprunts accordés par des personnes privées et autres personnes morales (chapitres, fondations, fond des Tutelles et instituts de crédit étrangers), puis les droits hypothécaires de sûretés inscrits comme garanties des crédits accordés sur traites et d'autres

(1) Observons ici, que le nouveau relevé de statistique hypothécaire a raison de partir du point de vue, que les autorités du conservateur des hypothèques ne sont tenues qu'à la déclaration des charges inscrites à titre d'hypothèque principale, l'ancienne statistique ayant eu le grand tort, que les autorités du conservateur des hypothèques ont relevé très souvent non seulement les charges des hypothèques principales, mais aussi celles des hypothèques secondaires, ce qui avait pour résultat que la même charge avait été prise en considération à plusieurs reprises, toutes les fois, qu'une propriété immobilière enregistrée avait servi d'hypothèque.

(2) Suivant les données de la section statistique-économique de la Centrale des établissements de Crédit.

obligations de crédit, les rentes viagères inscrites, les conventions et les droits d'hypothèque d'exécution, etc. Cette même somme comprend en même temps la quote-part d'amortissement des charges inscrites à compter de la date de l'inscription, montant indiquant la différence entre la charge indiquée et la charge réelle. L'importance de la somme de 1.128 milliards de pengos relevée ci-dessus et grevant à titre de charge hypothécaire la propriété foncière hongroise, ne saurait être appréciée que mise en parallèle avec la valeur des immeubles agricoles servant de couverture à l'hypothèque. La proportion des charges grevant les immeubles ne saurait être mesurée qu'en connaissance du pourcentage de la somme des charges par rapport à la valeur des immeubles.

L'étendue de la propriété foncière hongroise à exploitation agricole se chiffre par 16.215.104 arpents cadastraux, dont nous avons établi la valeur, sur la base de calculs détaillés, en 11.252.473.280 pengos ⁽¹⁾. En opposant la charge hypothécaire agricole globale (1.128.687.055 pengos) à la valeur de la terre hongroise, on arrive au résultat, que la propriété foncière hongroise est grevée par hypothèque jusqu'à concurrence de 10.03 % de sa valeur.

Il ne faut pas perdre de vue, toutefois, que les 1.128 milliards de pengos grevant la terre jusqu'à concurrence de 10.03 %, forment une charge moyenne. En effet, une partie considérable du sol hongrois, ainsi la partie prépondérante des fidéicommiss de famille, des propriétés ecclésiastique, communales, municipales et de celles de l'État, en un mot des propriétés à aliénation restreinte, c'est à dire des 22.74 % de la propriété agricole sont libres de toute dette ⁽²⁾. La masse démontrée ci-dessus des charges, c'est à dire les 1.128 milliards de pengos représentant la mesure de l'endettement, se rétrécit en réalité à une sphère plus restreinte; donc, comme la charge des dettes se rapporte à une valeur moins considérable, la moyenne des charges hypothécaires des propriétés réel-

⁽¹⁾ FRÉDÉRIC DE FELLNER, *La fortune nationale de la Hongrie actuelle*. Varsovie, 1929, P. 18 (XVIII^e Session de l'Institut International de Statistique).

⁽²⁾ La superficie des propriétés mainmortables est de 3,688,105 arpents cadastraux, *Annuaire Statistique Hongrois 1927*, Budapest 1929, p. 57.

lement endettées est beaucoup plus élevée. Ceci ressort numériquement, si l'on défalque 22.74 % de la valeur de la propriété foncière se chiffrant par 11.252 milliards à titre de valeur des propriétés mainmortables, soit 2.558.812.423 pengos et en mettant en rapport la valeur de 8.693.660.857 pengös des propriétés libres ainsi obtenue avec l'effectif des charges hypothécaires de 1.128 milliards, ce qui correspond à une charge de 12.98 %.

Le fait que la propriété foncière à exploitation agricole n'est point surchargée du tout et que son crédit subsiste intégralement, ressort également, si l'on prend en considération, que le nombre des emprunts hypothécaires accordés sur la propriété foncière est de 31.381 et que l'hypothèque servant de garantie du crédit sur traite a été inscrite dans 172.554 cas ⁽¹⁾, par conséquent parmi les 850.760 propriétaires fonciers de la Hongrie actuelle 203.935 seulement ont grevé leurs terres sur la base d'une affaire de crédit.

Nous obtenons également un résultat favorable en comparant la proportion de la charge hypothécaire de la propriété foncière à l'état d'avant-guerre des pays de la Sainte Couronne Hongroise. La proportion moyenne de la charge de la propriété foncière était de 18.60 %, tandis que pour ce qui concerne les propriétés libres seulement, elle s'élevait à 28.30 % ⁽²⁾. Il faut prendre en considération d'autre part, que les emprunts hypothécaires ont été accordés avant la guerre à des conditions beaucoup plus favorables, en tant que l'annuité d'un emprunt hypothécaire remboursable dans 35 ans, comprenant les intérêts, la fraction d'amortissement et la provision était en moyenne de 5.5 à 6 %, tandis qu'elle correspond actuellement, y compris la perte au cours, à 10 à 11 %. La charge hypothécaire actuelle équivaut donc — au point de vue de son effet financier — à une charge numériquement double, car les 112.8 millions de pengos annuels nécessaires aux intérêts et à l'amortissement de la charge hypothécaire actuelle, suffisaient avant la guerre à couvrir les intérêts et l'amortissement d'une dette hypothécaire

⁽¹⁾ *Annuaire Statistique Hongrois 1927*, Budapest 1929, pp. 166 et 59.

⁽²⁾ FRÉDÉRIC DE FELLNER, *La dette hypothécaire, ecc.* (P. cit., p. 378).

de 2 milliards environ, soit de près du double de la dette actuelle. La charge hypothécaire grève donc la propriété foncière presque de la même mesure onéreuse, qu'avant la guerre, bien qu'elle soit relativement de beaucoup inférieure à la charge d'avant-guerre. Autrement dit, la charge, en principal hypothécaire revenant à un arpent cadastral est moins considérable, mais la charge des intérêts est presque le double de celle des années d'avant-guerre.

Le grief, comme si la charge hypothécaire de la propriété foncière prenait des proportions dangereuses, est donc sans fondement d'après ce qui vient d'être dit. Examinons à présent, si l'objection, comme si malgré le crédit augmenté de la classe sociale agricole, il n'y avait à disposition ni emprunt sur lettre de gage à longue échéance destiné à l'engagement de fonds, ni emprunt d'exploitation à courte échéance, est fondée.

Lors de la fondation de la Banque Nationale Hongroise c'est de cet établissement que les intéressés agricoles attendaient la satisfaction de leurs exigences de crédit. On espérait l'émission d'emprunts sur lettres de gage à longue échéance de la banque d'émission, étant donné, que la Banque Austro-Hongroise accordait des emprunts hypothécaires. Ceci avait toutefois une raison toute particulière à cette époque. En effet, la Banque Austro-Hongroise s'occupait de l'émission d'emprunts sur lettres de gage également — toutefois jusqu'à concurrence d'un contingent fixé seulement — à cause du fait, qu'au commencement cette branche des affaires n'était pas encore entièrement développée et le capital se ne trouvait pas bon marché et d'une manière indénouable à la disposition de la propriété hongroise. Or les établissements hongrois d'émission de lettres de gage ont organisé la satisfaction des exigences en crédits indénouables à longue échéance d'une manière aussi irréprochable, que cette branche d'affaires de la Banque Austro-Hongroise a perdu, avec le temps, presque entièrement son importance, non seulement à cause de l'épuisement rapide du contingent, c'est à dire le maximum de la somme des emprunts hypothécaires accordables, mais particulièrement par suite du fait, que les établissements d'émission de lettres de gage se trouvaient mieux à même de satisfaire, par

une fixation plus libérale du montant de l'emprunt, les exigences de crédit des agriculteurs, à des conditions d'intérêts et d'amortissement tout aussi favorables. L'organisation grandiose du marché des lettres de gage à l'intérieur et à l'étranger leur permit d'autre part d'accorder des emprunts sur lettres de gage dans une mesure presque illimitée. Cette organisation puissante des instituts de crédit hongrois continue actuellement aussi à être à disposition, il était donc entièrement superflu, que la nouvelle banque d'émission hongroise étendît sa sphère d'activité sur la branche d'affaires des emprunts sur lettres de gage qui d'ailleurs ne sauraient pas même appartenir à sa sphère d'activité.

Le problème de la liquidation d'emprunts à longue échéance n'est autre, que la solution de la possibilité du placement des lettres de gage. Ceci dépend actuellement presque entièrement de la situation du marché étranger des obligations. La cause de ce phénomène regrettable est en première ligne l'anéantissement — dans la proportion de la dépréciation de la couronne, donc presque entier — de la fortune engagée dans les lettres de gage hongroises, ce qui a pour résultat, que le pays n'est plus disposé à engager ses économies dans des papiers de cette nature. L'étranger d'autre part n'est disposé qu'au placement de ces sortes de lettres de gage libellées en sa propre monnaie, ce qui ne peut s'effectuer qu'en proportion des capitaux y disponibles dans ce but. C'est donc le marché financier étranger qui continuera provisoirement à être déterminant au point de vue des lettres de gage d'émission hongroise.

Aussi n'est-ce point la satisfaction des exigences de crédit relatives aux emprunts sur lettres de gage que les intéressés agricoles désiraient assurer à la Banque Nationale Hongroise lors de sa fondation, mais plutôt celle du crédit d'exploitation, dont la forme représentative est le crédit sur traite et le prêt sur titres.

Le désir de l'agriculture était, que les agriculteurs participassent dans le crédit bon marché nécessaire à la production, dans l'intérêt de l'exploitation, à la banque d'émission, tout aussi directement, que les commerçants et les industriels. Ces efforts sont

motivés et ne sauraient être contestées par personne en principe, toutefois ils ne sont point réalisables par suite de la nature de la production et de la nature et l'organisation de la banque d'émission.

En effet, il y a une différence de principe dès leur origine entre les traites commerciales et industrielles d'une part et les traites agricoles de l'autre, ce qui s'accroît encore au point de vue de la durée de l'utilisation. La banque ne peut escompter que tout au plus des traites payables en trois mois, délai suffisant au commerçant et à l'industriel, car le commerçant ne fait usage du crédit sur traite que pour le temps, pendant lequel il revend les articles fabriqués achetés à crédit, et l'industriel pour le temps seulement, pendant lequel il vend la matière première ou le mi-produit confectionné, ce qui s'effectue ordinairement jusqu'au jour d'échéance de la traite. Par contre dans l'exploitation agricole la production des produits bruts exige le plus souvent une année entière, donc une période supérieure au délai d'échéance de la traite. Le capital d'exploitation ne roule qu'une seule fois par an dans l'agriculture. Il s'ensuit, que les traites à échéance de trois mois ne sont point propres à couvrir les exigences de crédit de l'agriculteur, et si ce dernier satisfait ses exigences de crédit par de traites semblables à courte échéance, il court le risque, que sa traite n'est point renouvelée le jour de l'échéance et qu'il est réduit à rembourser l'emprunt avant qu'il ait pu produire la denrée dont le prix est destiné à rembourser l'emprunt. Or même dans le cas, où sa traite est renouvelée, ce renouvellement réitéré renchérit le crédit par suite du droit fiscal et de la commission à payer à la banque.

Il y en a d'autres difficultés encore. La plupart des agriculteurs sont obligés à contracter l'emprunt transitoire, le crédit d'exploitation de cette nature sur traite, l'institut fournissant le crédit n'étaient pas à même de pouvoir endosser l'obligation en elle-même; or les instituts de crédit n'acceptent ordinairement que les traites munies de deux signatures au moins, ce qui a l'inconvénient pour l'agriculteur, qu'il est réduit à recourir à l'obligeance d'autres personnes pour se procurer la signature faisant défaut. Car tandis

que sur la traite industrielle et commerciale les deux signatures s'effectuent naturellement au cours de la conclusion de l'affaire, la traite étant signalée par le vendeur à titre de tireur et par l'acheteur en sa qualité d'accepteur, l'agriculteur est obligé à y engager quelqu'un qui n'est point intéressé commercialement dans l'emprunt.

La Banque Nationale Hongroise s'est efforcée lors de sa formation à prévenir ces inconvénients, en permettant exceptionnellement dans l'article 58 de ses statuts, l'escompte dans des buts agricoles de traites payables en six mois au maximum à l'intérieur et sur lesquelles l'un au moins des obligés est agriculteur. Si la liquidité de la banque le permet, ces traites agricoles à six mois sont renouvelées à leur échéance pour trois autres mois, ce qui est ordinairement la règle.

On a créé partout, où la satisfaction des exigences du crédit agricole se heurtait à des difficultés, de nouvelles institutions ouvrant de nouvelles possibilités du crédit. C'est ainsi qu'on a organisé à l'étranger, dans plusieurs États l'institution de droit dite de l'hypothèque mobilière. Les intéressés ont activé chez nous également la création d'une institution semblable, aussi le gouvernement a-t-il présenté le 8 mars 1927 au parlement le projet de loi sur l'hypothèque mobilière qui ne passa pourtant point en loi.

En prenant en considération, que le cheptel vivant exploité dans l'agriculture hongroise représente la valeur de 1.537 milliards de pengos, le cheptel mort 521.3 millions, les stocks de céréales et de maïs en représentent 217.5 millions à l'époque de la moisson, donc au total 2.276 milliards de pengos ⁽¹⁾, il n'est pas surprenant, que la classe agricole, et tout particulièrement celle des fermiers, désirerait se servir de cette valeur mobilière imposante comme couverture de crédit d'exploitation, ce qui pourtant n'est point possible dans les cadres du système juridique actuel et exige, par conséquent, la création de règles de droit spéciales.

⁽¹⁾ FRÉDÉRIC DE FELLNER, *La fortune nationale de la Hongrie actuelle*. Varsovie 1929, pp. 41 et 42 (XVIII^e Session de l'Institut Internationale de Statistique).

En effet l'engagement des biens mobiliers exploités dans l'agriculture n'est valable en droit qu'à condition de leur remise effective, la mise en gage manuel constituant un contrat réel dont la conclusion et la validité présuppose la remise de l'objet servant de gage. Or l'agriculture serait impossible sans ces biens mobiliers et le créancier lui-même ne saurait en prendre possession. Il est donc indispensable de rendre possible de les remettre brièvement (*traditio brevi manu*), c'est à dire d'assurer, que le cheptel mort et vivant le stock des céréales reste chez le débiteur, mais qu'ils soient tout de même engagés comme gage manuel en faveur du créancier. Aussi d'après l'article 1^{er} du projet de loi le droit de gage peut être fondé sur des biens meubles de manière aussi, que l'objet servant de gage reste dans la propriété du metteur en gage (débiteur) et le droit de satisfaction du créancier sur gage est garanti, au lieu de la possession du gage, par inscription du droit de gage dans la liste publique (registre du droit de gage) et par la restriction du droit de disposition du metteur en gage. Ceci constitue le droit de l'hypothèque mobilière.

Il faut garantir cette institution par des sanctions sévères contre toutes espèces d'abus. On voit par conséquent, que la réalisation du crédit sur gage agricole exige des installations juridiques, économiques et de administratives spéciales qui ne sauraient guère être réalisées actuellement chez nous d'une manière satisfaisante. Or les expériences y relatives des États étrangers possédant des exploitations agricoles beaucoup plus intensives, ne sont, non plus, rassurantes. Il serait erroné de supposer de la part des intéressés, comme si le crédit conforme aux buts de l'exploitation n'était pas à disposition par suite du fait, que l'engagement juridique des stocks meubles n'est point possible. Ce n'est pas le manque de la couverture, de la garantie qui fait souffrir l'agriculture hongroise; c'est le capital prêt à se mettre à la disposition de notre agriculture en forme de crédit qui fait défaut. La réalisation institutive du crédit hypothécaire mobilier ne serait pas un moyen propre à assurer des fonds à l'exploitation agricole.

Mais l'inconvénient le plus considérable du crédit hypothécaire mobilier serait de faire cesser d'un coup le crédit personnel des agriculteurs, ce qui pourtant doit être soigneusement gardé, car la liquidation des crédits sur traites deviendrait impossible, si la fortune mobilière des agriculteurs se trouvait engagée au profit de créanciers privilégiés. Voilà les considérations qui ont porté les facteurs compétents à empêcher, dans l'intérêt du crédit public l'admission des institutions prévues par ce projet de loi erroné dans notre système de droit.

PROF. CORRADO BARBAGALLO

R. Istituto Superiore di Scienze Economiche e Commerciali di Napoli

Le grandi cause del progresso dell'industria Europea ed Americana dal 1815 al 1850 ^(*)

Noi tutti conosciamo un cinquantennio superbamente ricco di progressi materiali, che giudichiamo insuperati ed insuperabili: il cinquantennio che va dal 1870 all'aprirsi della Guerra Mondiale. Ma pochi sanno che questo periodo meraviglioso fu preceduto da un altro di non minore splendore — i trentacinque anni che scorsero dal 1815 (l'anno della catastrofe dell'Impero Napoleonico) alla metà del secolo XIX —, nel quale tutti gli elementi che caratterizzano la vita, economica e sociale, di oggi sono definitivamente fissati, e in cui, se più basso fu il livello raggiunto dall'ascensione umana, assai più lungo fu il cammino percorso, più grandioso e rapido lo sforzo. Sono gli anni in cui la Gran Bretagna perviene al dominio economico di tutte le nazioni; gli anni, in cui si forma l'ossatura commerciale interna della Germania, senza la quale nè l'Impero

(*) Il presente scritto farà parte di un volume di imminente pubblicazione: C. BARBAGALLO, *Le origini della grande industria contemporanea*, vol. II, Perugia, "Nuova Italia", Editrice. 1930.

Germanico, nè la Germania del 1870-1914 sarebbero stati; gli anni, infine, in cui si afferma per la prima volta la potenza materiale degli Stati Uniti, e la grande industria mette radice nella dormiente Russia e nella tormentata Polonia.

Quali le cause generali di sì universale movimento? Per quali vie il mondo, flagellato dalla tempesta Napoleonica, riuscì ad approdare ad un porto tranquillo e prospero, assai diverso, per caratteri, da quello che mezzo secolo innanzi era possibile segnalare?

Le cause politiche e demografiche.

La prima serie di cause della nuova èra di progresso materiale del mondo sono di ordine politico. Dopo centoquindici anni di quasi ininterrotte guerre gigantesche, la pace più profonda regna sull'uno e l'altro continente, nè, allorchè al 1848 essa verrà interrotta, si tratterà di più che una lieve increspatura: una breve guerra fra due Stati — Piemonte ed Austria — posti al margine della vita generale dell'Europa, che nulla ha di paragonabile come i grandiosi conflitti mondiali del secolo XVIII o con le guerre napoleoniche. Orbene, se la guerra, talora, riesce ad accelerare o a fare scattare d'improvviso processi storici, quali una pace profonda non avrebbe mai saputo, quest'ultima, al paragone, ha il grande vantaggio di portare a piena maturazione tutti i suoi frutti e di aiutare gli uomini a trovare un assetto stabile e favorevole, anche tra le cognizioni più difficili. La pace, per altro, non distoglie a stratte gli uomini dal lavoro quotidiano, non provoca catastrofi improvvise, non determina d'un colpo ricchezze subitanee; essa permette che ogni edificio, piccolo o grande, sia costruito lentamente, solidamente, con tutte le pietre che vi occorrono, e che ognuna venga collocata al posto che le spetta.

Ma la pace indisturbata, che distese le sue ali sul mondo dal 1815 al 1850, portò seco un altro grande motivo di progresso industriale: l'aumento inaudito della popolazione. Non si trattò della solita reazione demografica a un periodo esauriente di guerra; si

trattò di un progresso costante a cui gli uomini non avevamo mai assistito. La Gran Bretagna, compresa l'Irlanda, che, per ragioni particolarissime, andò dopo il 1841 man mano contraendo la sua popolazione, passò dai 18-19 milioni circa di abitanti, ch'essa contava verso il 1815, ai 27-28 milioni del 1850⁽¹⁾, segnando, fra il 1815 e il 1840, la più alta percentuale di accrescimento demografico che mai essa abbia raggiunta. La popolazione della Germania e dell'Italia, egualmente, si accrescono di un terzo, passando, la prima, da circa 25 milioni a 35 o poco più; la seconda da 19 milioni a 24. La popolazione della Russia si raddoppia: 35.000.000 di abitanti nel 1815; 61.000.000 al 1850. Persino la Francia, dove il progresso demografico, tra la prima e la seconda metà del secolo, fu più lento, anche perchè più rapido era stato nel secolo XVIII, la popolazione si accrebbe di un terzo e passò da 26.500.000 abitanti all'incirca, quanti il suo territorio ne contava al termine del periodo napoleonico, a 34.500.000. Ma che cosa è l'aumento di popolazione nella vecchia Europa, rispetto a quello del Mondo nuovo e nuovissimo, ove, per altro, affluisce in massima parte popolazione d'origine europea?

Gli Stati Uniti del Nord-America passano dai 7.240.000 del 1810 ai 23.250.000 del 1850; il Canada, che nel 1815 contava meno di 500.000 abitanti, ne conta circa 2.000.000 al 1850, e l'Australasia passa da 20.000 a circa mezzo milione di abitanti! Se, anzi, in questi anni, ossia nel cinquantennio 1801-50, la misura del progresso della popolazione europea è lievemente inferiore a quella del cinquantennio successivo (1851-1900), il più meraviglioso nei riguardi dello sviluppo demografico moderno, il progresso della popolazione extra-europea, vi rimane sensibilmente superiore:

(1) I censimenti più vicini al 1815 e al 1850 furono quelli del 1811 e del 1851; il primo dette, per l'Inghilterra e il Galles, 10.164.256 abitanti, cui vanno aggiunti un 2.000.000 per la Scozia, e un 6.000.000 per l'Irlanda; il secondo (il censimento del 1851) dette per tutto il Regno Unito, 27.511.852 abitanti.

	1801-1850	1851-1900
Europa occidentale	da 1 a 1,39	da 1 a 1,40
» orientale	» 1 a 1,48	» 1 a 1,58
Stati Uniti	» 1 a 4,36	» 1 a 3,80
Canadá	» 1 a 8,33	» 1 a 2,50
Australasia	1 a 50,00	» 1 a 8,00

Orbene, aumento di popolazione vuol dire allargamento di mercati, accrescimento di consumo, mano d'opera più abbondante e meno costosa; vuol dire, quindi, nuova somma di domande alla industria e condizioni più favorevoli per soddisfarle.

Ma non si tratta solo di aumento di popolazione; si tratta ancora di migliore assetto sociale, di più elevato tenore di vita. In questo periodo, le lotte selvagge, che avevano insanguinato e devastato tutte le contrade dell'America del centro e del sud, dopo la loro emancipazione, si sono placate. Brasile e Messico, in ispecie, fra le vecchie colonie portoghesi e spagnuole, sono entrati in uno stadio di febbrile progresso, e tutti i possedimenti inglesi, sparsi per il mondo, « intensificano, come scrive un contemporaneo, la loro domanda di merci, con un ritmo impossibile a calcolare fin d'ora » ⁽¹⁾.

Le cause scientifiche.

Non basta: gli anni che scorsero fra il 1815 e il 1850, vantano una lunga serie di conquiste scientifiche e meccaniche, quale pochi periodi della storia umana hanno avuto, e, insieme, la fortuna di poterne sperimentare con agio la utilità economica.

Verso il 1830, la scoperta dell'infelice ingegnere Le Bon, relativa al gas illuminante, che era passata tra la distrazione della Francia napoleonica, piglia consistenza, si diffonde in Inghilterra, torna in Francia; le città si popolano di fanali a gas, e la lampada

⁽¹⁾ URB, *Filosofia delle manifatture*, trad. it. in *Biblioteca dell'Economista*, S. II, 3, pag. 129.

Franchot allietta le case di una chiara e tranquilla luce, quale mai esse avevano goduta. Meglio ancora, la scienza e l'industria constatano che questo gas, prodotto dalla distillazione del carbone minerale, è anche fornitore di calore e di energia, è trasportabile a distanza, e può agire direttamente sull'attività industriale, come vi agiva il suo grossolano progenitore: il carbone.

All'incirca, nello stesso tempo, ci si accorge che dal residuo nero, vischioso, nauseabondo del carbone distillato possono ritrarsi due altri prodotti: l'uno, la benzina, di cui ancora non si avverte tutta l'importanza industriale, giacchè, per il momento, è applicata solo alla pulitura delle stoffe; l'altro, l'anilina, scoperta in Germania, la patria delle scienze chimiche, nel 1834, e che si appresta, sia pure timidamente, a diventare l'elemento principe nella industria dei colori chimici.

Sempre nello stesso giro di tempo, in Austria e in Francia, si scopre il segreto della fabbricazione degli zolfanelli di legno a frizione, che danno luogo a una nuova industria. Verso il 1832, se ne fabbricavano e consumavano in Francia 100.000 al giorno; verso il 1867 il consumo giornaliero sarà di 200 milioni!

Insegnando a decomporre i corpi grassi e a estrarne gli acidi, la chimica favorisce le giovani industrie del sapone e delle steariche, quest'ultima, nella sola Francia, passa dai 60.000 Kg. del 1834 ai 2.000.000 di Kg. di produzione del 1844 e scaccia, quasi completamente, dal mercato, le vecchie, costose candele di cera.

Ma già, verso il 1824, la preziosa scoperta della calce idraulica, ossia di una calce che avesse la proprietà d'indurire e far presa, fuori del contatto dell'aria e (quel che era più importante per tutte le costruzioni poste sul fondo del mare, dei laghi, dei fiumi) in presenza dell'acqua, era passata dalla pura fase scientifica, che durava fin dal secolo scorso, alla fase pratica. Un fornaciaio di York era riuscito a fabbricare un cemento idraulico, ch'egli, per la sua somiglianza col calcare della omonima penisola inglese, aveva denominato *Portland*.

Prodigio dai risultati forse più grandiosi, già innanzi il 1830 la scienza era finalmente riuscita a ristabilire le sorti della indu-

stria dello zucchero di barbabietola, che, fiorita all'ombra del Blocco Continentale, era andata completamente distrutta nel 1815, alla riapertura dei mari, per via della concorrenza del vecchio zucchero di canna. Lentamente e gradualmente, la chimica riesce a risolvere le principali difficoltà tecniche che si opponevano alla produzione a basso costo dello zucchero di barbabietola, e, dopo 1827, essa poteva vantarsi di avere assicurato l'avvenire di una industria che diverrà mondiale e fecondissima.

A fianco delle conquiste della chimica vanno collocate quelle della fisica. Verso il 1839 un fisico francese, il Debassyns de Richemond, ritrovava un nuovo metodo per la saldatura del piombo. Allo stesso anno rimonta la scoperta della fotografia, ossia del mezzo con cui fissare senza disegno, col solo aiuto dei raggi solari, l'immagine degli oggetti. Le ripercussioni industriali ne erano immediate, come immediati (e noi abbiamo potuto constatarlo coi nostri occhi) saranno, circa un secolo più tardi, quelli della radiofonia: solo sei anni dopo, a Parigi si contavano 13 istituti fotografici e ben 40 fabbricanti di prodotti e di apparecchi fotografici.

Con la chimica e la fisica, progredisce, potrebbe dirsi, quasi automaticamente, per sovrapposizione di conquiste, quella meccanica industriale, di cui lo scorcio del secolo XVIII e i primi anni del secolo XIX avevano gettato le fondamenta, giacchè quelle che vi aveva poste l'antichità ellenistica erano andate distrutte. Fino ad ora uno dei più gravi ostacoli alla diffusione delle macchine era stato il difetto di operai meccanici. Le prime macchine erano state opera personale dei loro costruttori, ed erano strettamente legate alla ingegnosità e alla individualità di costoro. Per giunta i pezzi delle macchine venivano fabbricati a mano, e perciò non erano tali da poter essere commessi fra loro da operai non specializzati. In tali condizioni la costruzione e l'uso di macchine, anche semplicissime, riusciva assai costoso.

“Meno di cinquant'anni fa — scriveva un inglese, lo Smiles, nel 1836 — era impresa della massima difficoltà avviare una macchina, e qualche volta pari difficoltà era mantenerla in moto. Benchè costruita da competenti, essa, talvolta, non andava affatto. Allora si chiamava il lavorante capo dell'officina

dove era stata costruita; egli teneva in osservazione la macchina per un mese o più, e, dopo avere allentato di qua, stretto di là, applicando un pezzo nuovo e cambiandone uno logoro, premendo i pistoni e stringendo le valvole, riusciva a rimetterla alla fine in movimento „.

Ma, dopo il 1820, sono a poco a poco inventati tutti gli ordigni per fabbricare le macchine: piccole macchine anch'esse per costruire le grandi. Allora gli operai qualificati non furono più necessari, nè occorre di necessità invocarne l'aiuto per far funzionare le macchine o per ripararle. La precisione del lavoro si accrebbe, e non occorre più lunga fatica di aggiustamento dopo la messa in opera. Quegli ordigni fabbricavano molti pezzi gemelli — e in conseguenza facilmente sostituibili — delle grandi macchine; le quali per tutte le citate ragioni divennero a poco a poco più a buon mercato.

Quali sono questi nuovi arnesi per macchine, il cui ritrovamento fu tanto importante, quanto era stato un tempo quello delle macchine vere e proprie? Gli è, nel 1825 una macchina per piallare; sono nel 1827-28 i tornii di Clément; nel 1839 il martello a vapore del Nasmyth; è, nel 1848, la macchina perforatrice Robert per bucare le lamiere di ferro, ecc. ecc.

Insieme con gli strumenti meccanici s'inventano nuove macchine. Verso il 1823, si scopre l'elica per battelli a vapore, che sostituirà le ingombranti e lente ruote a pala; nel 1830-1833, la prima macchina da cucire (la Thimonnier); nel 1832-1842, si pongono in azione macchine pel lavaggio del carbon minerale; nel 1839-43 si scopre la prima macchina da scrivere; tra il 1827 e il 1850, si costruiscono le prime turbine a vapore, progenitrici dei turbomotori di oggi. Così è scoperta la caldaia tubolare, che agevola l'uso della locomotiva; così la macchina a cilindro orizzontale, ecc. E sempre, incessantemente, le macchine più antiche sono perfezionate. I filatoi meccanici della prima metà del secolo non contavano che qualche dozzina, al massimo un paio di decine di fusi; fra il 1830 e il 1850, ne mettono in moto da 500 a 1000 e più. La loro produttività giornaliera è notevolmente cresciuta; si è più che raddoppiata. Avevano prodotto, nel 1812, due *hanks* al giorno, per i filati n. 40; ne producevano 2,75 nel 1820; ne producono 4 o più

dopo il 1834, dopo la introduzione del così detto *self-actor*: il *filatore automatico* ⁽¹⁾.

Le *bobin-net machines* del 1816 sono molto più rapide delle loro progenitrici del 1809; e le altre del 1830 assai più progredite di quelle del 1816. Le *stocking-frames* per calze hanno generato le *warp-machines* per la produzione di articoli di svariatissima tessitura, dalle stoffe più compatte ai ricami più trasparenti.

Il solo fatto della diffusione della macchina a vapore e la sua crescente applicazione ai più disparati uffici è non solo il segno del progresso della industria meccanica, ma è, al tempo stesso, egualmente, una delle sue cause di progresso. Nel 1800, 25 anni circa dopo la scoperta del Watt, tutta l'Inghilterra possedeva solo 289 macchine a vapore; nel 1835 ne contava 1953. Onde scrive con leggero paradosso uno storico di tanto rivolgimento industriale, « se una data è « da segnare alla quale sia lecito dire che l'Inghilterra economica « venne, per così dire *rivoluzionata* e diventò qualcosa di diversissimo dall'Inghilterra del 1750, possono forse scegliersi gli anni « 1830-1848 » ⁽²⁾.

Ma dall'Inghilterra le macchine, passano altrove. Già, innanzi il 1825, tale trapasso era avvenuto nell'Europa continentale e negli Stati Uniti alla chetichella, quasi di contrabbando, come quello delle merci, perchè l'Inghilterra proibiva l'esportazione di quel miracoloso prodotto della sua attività e della ingegnosità dei suoi abitanti. Ma dal 1825 al 1845, gradualmente, essa abroga ogni proibizione, e le macchine inglesi penetrano dappertutto, più o meno contrastate dalla rivalità di nascenti similari industrie nazionali. Esse irrompono persino nella immobile Russia. Forse al tempo di Pietro I^o, e certo durante il governo di Caterina II, le macchine avevano fatto colà la loro prima apparizione nella industria mineraria. Ma le prime filatrici meccaniche inglesi compaiono in Russia verso il 1840, e i primi telai meccanici, tra il 1846 e il 1855.

⁽¹⁾ Vedi, più innanzi, a pag. 9-10.

⁽²⁾ KNOWLES, *The industrial and commercial revolutions in Great Britain*, London, 1926, p. 78.

La conseguenza più notevole di tante scoperte, delle quali non abbiamo offerti che alcuni esempi, non consiste nella maggiore agevolezza fatta ad alcune industrie, non nella creazione di industrie nuove; consiste in questo, che esse rendono più a buon mercato i metodi di produzione o le materie che l'industria elaborerà, e quindi provocano di rimbalzo una riduzione dei prezzi in tutti i manufatti; il che significava una moltiplicazione dei consumatori, un ampliamento dei mercati. Dal 1804 al 1830 si calcola che la diminuzione, nei prezzi delle porcellane, sia stata di almeno il 60 %; in quelli dei filati di cotone, del 30 %; in quelli dei tessuti di lana, del 25 %. I *calicots*, che nel 1816 si vendevano a S. Quintino a Fr. 2,60, si vendono a Fr. 0,70 nel 1830; i *merinos*, che nel 1805, a Reims, si vendevano a 30 Fr. si vendono a 10 Fr. nel 1830. Tra il 1826 e il 1847, nuova diminuzione: le tele di canapa e di lino ribassano del 13 %; le stoffe di lana del 31 %; quelle di cotone del 61 %.

Le cause economiche.

Alle precedenti ragioni di progresso, politiche, demografiche, scientifiche, va aggiunta la serie delle cause propriamente economiche, l'azione di taluna delle quali è stata, come fra non molto vedremo, singolarmente, e a torto, sopravvalutata al paragone di tutte le altre. Tra le meno prevedibili di queste cause economiche furono (non si direbbe!) le nascenti resistenze operaie. In tutti i paesi ove la grande industria meccanica fiorisce, e la fabbrica va accentrando in un locale unico gran numero di operai, ma specialmente nel paese — l'Inghilterra — dove tale fenomeno si disegna con contorni più decisi e con colori più vivaci, nasce, in questa prima metà del secolo, la così detta questione sociale. I bersagli e gli oggetti della nuova agitazione non sono più le macchine (o non soltanto le macchine), ma i capitalisti intraprenditori di industrie, ma l'industria stessa, che gli operai si avvezzano a considerare quale creazione esclusiva del loro lavoro manuale o perciò cominciano a reclamare come loro assoluta proprietà. Brevi e lunghe interruzioni di lavoro si susseguono

le une alle altre. L'indisciplina invade le officine. Orbene, tale stato di cose incita gl' industriali a moltiplicare e perfezionare le macchine per ridurre i pericoli che vengono loro da parte degli operai, per ridurre, anzi, la presenza degli operai.

Gli esempi di un tale fenomeno sono innumeri. Eccone uno, infinitamente significativo che racconta Andrea Ure nella sua *Filosofia delle Manifatture*, apparsa nel 1835. Dopo il 1815, egli narra, nelle grandi filande inglesi del Lancashire e del Lamarkshire per *calicots*, fustagni ed altri tessuti ordinari, gli operai si mostravano irrequieti, riottosi, e, non soddisfatti delle alte mercedi, pretendevano « dettar legge ai padroni ». Verso il 1834, durante una di codeste agitazioni, parecchi industriali di Hyde, Stayley-Bridge e di altri borghi limitrofi, temendo che la loro industria, ridotta a mal partito, dovesse soccombere di fronte a quella francese o americana, ricorsero ai famosi costruttori meccanici Scharp e C., pregandoli di studiare per loro una *mull-jenny* automatica, più perfetta e completa di quelle esistenti, a fine di poter salvare la loro industria dalla rovina che vi sovrastava. La Compagnia incaricò del problema uno dei suoi soci, il Roberts, e (racconta l' Ure) in breve tempo il miracolo fu compiuto. Dopo pochi mesi il Roberts creava una macchina — un automa-filatore —, che non solo filava, distendeva, torceva il filo come quelle allora in funzione, ma dipanava le spire dei fili intorno alle punte dei fusi e li ravvolgeva elegantemente sul fuso, « e pareva dotata del pensiero, del sentimento, del tatto di un operaio sperimentato ».

“ Fu così (prosegue l' Ure) che l' Uomo di ferro, come gli operai con ragione lo chiamavano, venne fuori dalle mani del nostro moderno Prometeo al comando di Minerva; creazione destinata a ristabilir l' ordine fra le classi operaie della industria e a conservare alla Gran Bretagna l' impero supremo nella industria cotoniera. La notizia della nascita di questo Ercole operaio costernò le Unioni dei lavoratori, e, ben prima che fosse uscito dalla sua culla, esso aveva già strozzato l' Idra della sedizione „ (1).

(1) A. URE, *Filosofia cit.*, pp. 97-98.

Di episodi come questo descritto con sì vivaci colori dallo scienziato inglese è ricca la storia dell'industria nel secolo XIX. Nell'antichità l'operaio libero riottoso era sostituito dallo schiavo, e la minaccia di tale sostituzione, come bastò per secoli a mantener l'ordine nelle file degli operai liberi, impedì del pari i progressi dell'industria meccanica. Nell'età moderna la minaccia delle agitazioni operaie ha sospinto più e più volte i datori di lavoro al tentativo di sostituire la produzione umana con quella meccanica; il che è in fondo « lo scopo costante e la tendenza di ogni progresso meccanico » (1). Il tentativo è rimasto in buona parte vano; l'industria moderna ha finito con impiegare assai più gran numero di lavoratori che mai l'industria di altri tempi non fece, ma il fenomeno del suo costante meccanicizzarsi è ugualmente avvenuto.

Un'altra causa economica del progresso dell'industria, presso taluna delle nazioni europee e americane, tra il 1815 e il 1850, fu senza dubbio il protezionismo doganale. Esso era divenuto causa di stazionarietà presso taluna delle nazioni europee del secolo XVIII, la quale se poteva difendersi dalle importazioni straniere, non aveva mai potuto fare a meno delle materie prime che queste fornivano o di alcuni prodotti industriali, a sua volta necessari all'avanzamento della sua industria. Il protezionismo è ora, invece, causa di progresso in un paese, come gli Stati Uniti, nei quali tutto si trova sul posto e solo occorrono l'attività e l'ingegno per ricavarlo.

L'esperienza, infatti, del periodo napoleonico e la coscienza di poter fare da sè sospinge, come sappiamo questi ultimi, a stabilire, dopo il 1815, una sequela di tariffe doganali, il cui scopo unico sarà la difesa dell'industria e la soddisfazione degli interessi degli Stati industriali del nord.

Al 1816 e 1818, in due riprese, è stabilita una tariffa che protegge le industrie locali della lana, del cotone, del ferro, e altre

(1) URE, *op. cit.*, p. 28. - Ecco un'altra testimonianza, quella della *Edinburg Review* del luglio 1835: « Se dalla scoperta del banco a fusi... le coalizioni di operai e gli scioperi fossero rimasti sconosciuti, potremmo senza esagerazione affermare che l'industria non avrebbe fatto la metà dei progressi da essa compiuti ».

minori per via di diritti oscillanti dal 7,5 al 30 %. Contemporaneamente, essa è destinata ad incoraggiare l'allevamento degli ovini in paese, innalzando una frontiera doganale del 15 % contro le lane grezze importate dall'estero. Otto anni dopo, nel 1824, la tariffa sulle lane grezze è raddoppiata; la produzione dei tessuti di cotone e di lana, delle pelli, del vetro, del ferro è accresciuta, e un'imposta del 25 % viene introdotta a favore degli industriali della canapa. Quattro anni dopo, la tariffa sulle lane grezze è portata al 50 %, più una speciale imposta del 4 % per libbra, e analoghe imposte proibitive sono collocate di fronte al lino, alla canapa, alla ghisa forestiera, mentre la produzione di tessuti indigeni di lana è portata dal 33 % al 40-50 %. Questa tariffa è così elevata, ch'essa suscita le violente proteste degli Stati agricoli del sud, i quali non hanno industrie da favorire, ma prodotti della terra da esportare e trovano eccessivamente costose le merci del nord, e preferiscono importarle, a più buon mercato, dall'Europa. La minaccia di una crisi politica, in seno alla giovane Unione Americana, porta, nel 1832-33, ad una attenuazione della tariffa e, con precisione, di tutti quei diritti doganali che nella tariffa del 1834 superavano il 20 % *ad valorem*. La riduzione doveva essere graduale e doveva essere compiuta interamente entro il 1842. Ma le gravi crisi, finanziarie e industriali, che scoppiarono in paese nel 1837 e negli anni immediatamente successivi, portarono, proprio nel 1842, a un nuovo rincrudimento doganale.

La successiva tariffa del 1846 tornò ad alleviare quei carichi: le merci così dette di lusso (la *Categoria A*) avrebbero pagato alla importazione, un diritto del 100 %; le merci, considerate in parte come di lusso (*Categ. B*) il 40 %; le restanti merci (*Categ. C, D, ecc.*), diritti variabili dal 30 al 4 %.

La tendenza alla riduzione si farà valere sino al 1857; ma se da un canto la costante e gelosa protezione della industria nazionale aveva favorito il sorgere della grande industria americana, che senza di essa la concorrenza inglese avrebbe soffocata o, per lo meno, ritardata nel suo sviluppo, il decennale periodo di alleg-

gerimenti doganali, che va dal 1846 al 1857, sta a significare la misura di tale progresso.

Questo indirizzo, seguito dagli Stati Uniti d'America, tra il 1815 e il 1850 è, analogamente, il generale indirizzo economico della maggior parte degli Stati europei. E questa volta il protezionismo doganale, entrando in connessione organica con alcuni nuovi fenomeni, rivelatisi dopo il 1815, diventa promotore dell'economia industriale della nazione. Di questi fenomeni i due principali sono i seguenti: la formazione di ampi mercati interni, come avviene nella nuova Germania unificata dallo *Zollverein*; la nascita, o la rinascita di alcune industrie nazionali, dopochè, tra il 1807 e il 1814, il Blocco Napoleonico avea tenuto l'Europa continentale al riparo della invasione commerciale inglese. Il protezionismo, adesso, non deve suscitare dal nulla l'industria, deve soltanto proteggere lo sviluppo di industrie già felicemente avviate, e perciò diviene uno dei fondamenti su cui, al pari dell'America, l'Europa erige la sua fortuna industriale⁽¹⁾.

Il fatto è anche una delle prove più lampanti che nella politica economica degli Stati (come in genere in ogni forma di politica) non esiste l'ottimo sistema di governo, ma esistono sistemi utili a seconda delle varie e variabili circostanze. Sicchè, anche quando in teoria, si dovesse ammettere che la politica economica europea dei primi trent'anni seguiti al 1815, battè una via sbagliata e che un'altra migliore esisteva, si deve riconoscere che senza quell'errore non sarebbe nato alcun vantaggio. Poichè gli uomini erano convinti di non trovar alcun interesse a produrre, qualora i governi non li avessero protetti o salvati dalla concorrenza estera, tale protezione fu condizione indispensabile di ogni loro tentativo

⁽¹⁾ Ecco la confessione di un liberista intransigente — E. LEVASSEUR — per quel che riguarda la Francia: "Fu il progresso dell'industria dovuto al sistema "protettore? Per alcune industrie si può rispondere che fu probabilmente questo "sistema a salvarne l'esistenza...." (*Hist. des classes ouvrières*, IV, pag. 815). Orbene quello che il L. affermava di "alcune „ industrie della Francia, paese di solida e secolare esistenza manifatturiera, può ripetersi di "parecchie „ industrie italiane, tedesche, ecc. ecc.

nel campo industriale. Senza di essa, nonchè successi, non ci sarebbero state neanche iniziative economiche.

Il liberismo commerciale inglese.

Naturalmente, procedendo in senso opposto alla opinione e alla pratica generale degli Stati europei ed extra-europei, l'Inghilterra, che adesso regge saldamente in pugno, lo scettro dell'industria e del commercio, conduce alla perfezione il sistema economico contrario, e se ne fa banditrice nel mondo. Il liberismo economico-commerciale non è, per l'industria inglese, un problema di economia pura; è soltanto l'ordigno con cui meglio strozzare in culla, come non esiteranno a esprimersi i suoi rappresentanti, l'industria continentale. Per essa produrre al minor costo, vendere al minor prezzo e non imbattersi in alcun ostacolo, lungo il proprio cammino, è il mezzo, necessario e sufficiente, onde assicurare il proprio trionfo. Tuttavia l'opera non si compie senza contesa, chè nel cuore dell'Inghilterra stessa si combatte una lotta simile a quella che si agita in seno agli Stati Uniti d'America: una lotta fra agrari e industriali, ma con criteri rispettivamente contrari, secondo le diverse condizioni portavano. In America protezionisti sono gli industriali e liberisti gli agrari; qui protezionisti sono i secondi e liberisti i primi. Naturalmente, il protezionismo degli agrarii si preoccupa solo di difendere gli alti prezzi delle derrate, che ancora la Gran Bretagna produce. Ma contro tale pretesa si rivolgono appunto gli attacchi degli industriali. Per abbattere e superare le muraglie cinesi che le altre Nazioni hanno drizzate contro di loro, essi hanno bisogno di vendere al massimo buon mercato; quindi, di poter nutrire gli operai col minimo di salario; quindi di ottenere che il grano e le materie fondamentali per l'umana esistenza si acquistino nella Gran Bretagna al minimo prezzo possibile e che, d'altra parte, le loro merci possano giungere dovunque, alleggerite da qualsiasi gravame statale.

La lotta fra i due interessi opposti si apre alla dimane della vittoria di Waterloo. Durante la guerra, la Gran Bretagna si era rivestita della pesante corazza dei tempi di eccezione e aveva richia-

mato in onore l'*Atto di Navigazione* del 1651, per cui i trasporti marittimi mondiali potevano essere fatti solo da navi inglesi; gli altri paesi avrebbero potuto esportare solo le loro merci, e forti imposte gravavano sui navigli non inglesi approdanti nella Gran Bretagna e sulle merci importate.

Subito dopo la guerra, nel 1815, il divieto di esportazione sotto bandiera non inglese è abolito; il che vuol dire che d'ora innanzi le merci inglesi, destinate alla esportazione, saranno servite da tutte le marine del mondo. Ma nel 1820 i commercianti di Londra, di Birmingham, Glasgow, Manchester ecc. inalberano la bandiera della piena libertà del commercio estero, e chiedono alla Camera dei Comuni l'abolizione di ogni protezione doganale e l'apertura del mercato inglese alla libera concorrenza; il che, dicono, è il mezzo migliore per far cadere la politica restrittiva degli altri paesi ⁽¹⁾.

Una così radicale richiesta era ben spiegabile in bocca di commercianti; ma il fatto significativo è questo, che coi commercianti simpatizzano gl'industriali, i quali intendono che i danni, che il libero commercio sarà per arrecar loro, avrebbero ricevuto un sovrabbondante compenso.

La radicale domanda è respinta, ma poco dopo, sotto il ministero liberale Canning-Huskisson (1822-27), parecchie cose sono ottenute: si ottiene la fine delle secolari proibizioni di merci in entrata e in uscita, cui vengono sostituiti nuovi dazi doganali, e i vecchi dazi esistenti sono ridotti. Così vengono ridotti i diritti di entrata su talune importantissime materie prime: lo zinco, lo stagno, il ferro, il rame, il piombo, le lane. Così viene concessa la libera importazione delle derrate coloniali recate da navi provenienti dall'America ex-spagnuola o dalle Antille spagnuole: si desidera che questi giovanissimi Stati arricchiscano, perchè essi sono in grado di offrire un meraviglioso mercato (circa, si diceva, 20.000.000 di

⁽¹⁾ La petizione dei mercanti di Londra alla Camera dei Comuni è uno dei più solenni documenti del liberismo economico inglese. Essa si può leggere, riportata integralmente in PORTER-HIRST, *The progress of Nation*, London, 1912, pp. 502-504.

consumatori) alle manifatture inglesi. Vengono alleggeriti alcuni dazi interni sul consumo, più importante fra tutti, quello sul carbone che sarà completamente abrogato nel 1835. Si diffonde la pratica, un tempo eccezionale, di trattati di commercio riposanti sul principio così detto della *reciprocità*, per cui l'Inghilterra si riprometteva benefici analoghi, o equivalenti, a quelli che essa concedeva. E si stipulano trattati di tal genere con la Prussia, la Danimarca, la Svezia, le città anseatiche, la Francia, e a poco a poco con tutti i paesi europei ed extra-europei, compresi i nuovi Stati ispano-americani. La regola del commercio non è più la guerra, come per gran parte del secolo XVIII, come tra il 1800 e il 1814, ma la reciproca intesa dei paesi commercianti.

Nello stesso periodo di tempo, fra il 1822 e il 1825, si concede alle Colonie inglesi una quasi completa libertà di esportazione e di importazione: esse potranno trafficare liberamente con tutti i paesi del mondo, alla pari della Gran Bretagna, purchè si uniformino alle stesse leggi commerciali, cui vanno soggetti i cittadini inglesi. Evidentemente, l'Inghilterra industriale è preoccupata della povertà a cui il logoro « Patto coloniale » aveva ridotto le sue colonie, e preferisce che anch'esse conquistino l'agiatezza perchè così diverranno clienti migliori della industria inglese. Per altro, esse non avranno mai bisogno di approvvigionarsi altrove, giacchè i prodotti migliori e a buon mercato sono sempre quelli che fornisce la Gran Bretagna.

Ma verso il 1836 si hanno già le prime avversaglie di quella asprissima battaglia sul grano, che sarà tra qualche anno il *clou* del conflitto fra industriali e agrarii. Nel 1828, durante il ministero Wellington-Huskisson, all'alto dazio sul grano, il quale impediva che il prezzo di questo cereale scendesse al basso livello che talora esso raggiungeva sul continente, era stata sostituita la così detta *scala mobile*, per cui il dazio variava a seconda della concorrenza che i cereali esteri potevano esercitare ai danni della produzione indigena. Ma non ostante questa innovazione, a intervalli, quasi periodicamente, il problema del pane si aggravava, e di regola il pane, in Inghilterra, era d'un terzo più caro che sul continente,

sicchè l'industria non poteva ridurre i costi, ossia, come si pensava, ribassare i salarii, nella misura che sarebbe occorso per scavalcare le muraglie del protezionismo continentale europeo e di quello americano. E allora, sin dal 1836, sotto la guida di due grandi cotonieri — Riccardo Cobden e Giorgio Bright —, l'esercito degli operai e degli industriali muove alla grande battaglia per l'abolizione completa del dazio sui cereali. A mezzo il 1846, la battaglia è vinta: dal 1 gennaio 1849 il dazio sui cereali sarà definitivamente abolito. La cerealicoltura inglese è, dunque, condannata a morte, ma il pane è a buon mercato, i salari sono riducibili, o, come piuttosto avverrà, la loro cresciuta potenza di acquisto suscita lavoratori più attivi e intelligenti, onde per tal via i costi di produzione sono ridotti, e il mondo è aperto alla conquista britannica.

Già, durante il secondo ministero Peel (1841-46), erano caduti gli ultimi divieti alle importazioni, che colpivano le carni ed il bestiame vivo; ogni diritto di entrata sui generi di più universale e necessario consumo, e sulle materie prime dell'industria, era stato abolito, e i dazi sulle merci, lavorate o semilavorate, ridotti; in certi casi, aboliti. Nel 1849, l'anno che segnò la fine del dazio sui cereali, è decretata la distruzione delle ultime superstite impalcature del regime del passato: l'*Atto di navigazione* è definitivamente, completamente abbattuto!

Così il culmine del liberismo inglese è stato raggiunto. Quella libertà assoluta di commercio, che i mercanti londinesi avevano invocata 25 anni prima, e che gli economisti avevano innalzata al grado di assoluta legge economica, anzi di diritto naturale⁽¹⁾ era diventata realtà. E grazie a questo processo, unico nella storia del mondo, e che mai, altrove o più tardi, sarà condotto con eguale perfezione di linee, le merci inglesi raggiungono il più basso prezzo di costo e

⁽¹⁾ Cfr. URE (*op. cit.*, pag. 138): "La giustizia, verso gli individui e verso la società, vuole che il commerciante rimanga perfettamente libero... Ogni uomo deve godere il diritto di conservare, vendere e lavorare in qualsiasi modo gli convenga tutte le cose che voglia e trasportarle ovunque gli sembri opportuno. Ogni legge, la quale intervenga... tra il fabbricante e il consumatore..., diviene un atto di oppressione arbitraria „

riescono a passar sopra alle proibizioni e agli ostacoli che gli altri Stati si erano illusi di potervi opporre. Vero è che nei porti britannici, divenuti ormai porti franchi, « depositi dei prodotti del mondo intero », secondo si erano espressi i liberisti inglesi nel 1820, si affolleranno navigli stranieri, derrate e merci estere. Ma tutto questo non sarà affatto un pericolo per l'industria inglese: della concorrenza dei manufatti esteri essa non ha nulla a temere; le derrate e le materie prime può acquistarle al più buon mercato possibile, e gli equipaggi stranieri consumano sul posto ogni genere di prodotti — viveri, carbone, ferro, vestimenta —; mettono in moto officine per costruzioni o per riparazioni; caricano merci inglesi, e le rivendono, e ne fanno *réclame* pel mondo.

Quante volte, nei secoli passati, gli uomini avevano dato mano ai disegni più macchinosi per incoraggiare o destare l'industria nei loro paesi! E non vi erano riusciti che mediocrementemente. Or bene, l'Inghilterra della prima metà del secolo XIX ha la fortuna — unica — di provare al mondo che tutto questo si può ottenere più facilmente, gettando via tutte le complicate costruzioni con cui gli uomini si erano illusi di poterlo ottenere.

Ed ecco i punti fondamentali del nuovo liberismo, le cui origini, come quelle del mercantilismo, furono strettamente legate a delle esperienze pratiche, il cui sviluppo fu saltuario e coperto di incrinature, ma che poi i teorici della economia innalzeranno a perfetti teoremi logici: 1) Non tassare le materie perchè esse giovano direttamente all'industria; 2) Non i generi di consumo perchè essi servono ogni giorno alle classi operaie, e il loro buon mercato permette di tener bassi i salari; 3) Abolire ogni dazio protettivo, che incide sulla ricchezza dei consumatori, o limitarlo ai soli generi di lusso, e con grande cautela, perchè generi di lusso sono semplicemente quelli che costano molto, e qualsiasi articolo può costare molto per via dei carichi che vi s'impongono; 4) Stabilire tariffe semplici e chiare, che importino il minor numero di ostacoli; che richiedano il minor numero di agenti e di controllori, che incoraggino il meno possibile al contrabbando; 5) Trascurare i pericoli

della concorrenza delle manifatture estere, perchè essi sono largamente compensati dai benefici, che il libero commercio arreca.

Questa, la nuova politica commerciale inglese, di cui grandissimi saranno i benefici che deriveranno all'industria nazionale; ma essa non fu, come suole ripetersi, segno di un'azione attiva del commercio sull'industria, che l'avrebbe passivamente e inconsapevolmente subita; essa fu, in pari misura, azione dell'industria inglese sul commercio, azione esercitata dall'industria su se stessa, e le sue vicende fanno parte con egual diritto della storia dell'industria nella prima metà del secolo XIX.

Il progresso tecnico dei trasporti.

Entro questa stessa cornice di rapporti, e cioè reputandoli non fenomeni indipendenti, carichi di conseguenze industriali, ma cause, e al tempo stesso portato, del nuovo progresso industriale, vanno considerati i rivolgimenti nella tecnica dei trasporti, dei quali l'età di cui ci occupiamo fu a un tempo spettatrice ed autrice.

Nel primo trentennio del secolo XIX i trasporti marittimi progrediscono per una duplice direzione; quanto alla costruzione, alla grandezza, al modo e alla regolarità di viaggiare delle navi a vela; quanto alla introduzione di una nuova forza motrice: il vapore. Sono istituiti viaggi regolari transoceanici fra l'Europa e l'America (nel 1837 ci sono ben 16 partenze mensili fra Londra e New York) e nel 1850 la flotta degli Stati Uniti ha velieri di legno con armatura metallica di 5.000 tonnellate l'uno, che sorvolano l'Atlantico in pochi giorni. Ma frattanto ha principio la navigazione marittima a vapore, e se nel 1820 solo l'1,50 % delle flotte commerciali marittime mondiali era rappresentata da piroscafi, nel 1840, tale percentuale è salita al 14 %.

La navigazione interna ha fatto progressi analoghi. La fine del secolo XVIII era stata, per l'Europa, un'età febbrile, quanto ad apertura di canali navigabili. Interrotta dalle guerre napoleoniche, l'opera era stata ripresa dopo il 1815; e solo l'apparizione delle ferrovie, alla metà del secolo, varrà a rallentarla. Nella Gran Bre-

tagna, verso il 1830, nel quale anno può segnarsi la conclusione della prima fase di tanta attività (la seconda fase ripiglierà alla fine del secolo) esistevano circa 8.000 chilometri di canali ⁽¹⁾. In Francia erano stati aperti poco più di un migliaio di chilometri (Km. 1208) di canali navigabili, innanzi la Rivoluzione e durante il periodo napoleonico; vi si stabilì ancora, dal 1821 al 1848, una rete più che doppia (circa 3.000 Km.); i due governi della Restaurazione (1815-30) e della Monarchia del luglio (1830-48) vi profusero oltre mezzo miliardo di franchi-oro, sicchè, alla vigilia della rivoluzione del '48, la Francia contava 4170 Km. di canali navigabili. Ma in questa stessa via entrano ora impetuosamente gli Stati Uniti d'America: dal 1815 al 1850, il bacino del Mississippi diviene una rete meravigliosa di canali fluviali; la regione dei Grandi Laghi è posta in comunicazione con l'Atlantico, onde, a mezzo il secolo XIX, lo sviluppo della navigazione interna degli Stati Uniti incalza da presso quello della vecchia Inghilterra: circa 6.000 Km. contro 8.000.

Lo stesso è a ripetere dei trasporti terrestri. L'America si crea le strade che non possedeva (300.000 Km. al 1850 in luogo dei 40.000 dei primi del secolo), e tutti i paesi europei, indistintamente — dalla Spagna all'Inghilterra, dalla Prussia al Belgio — aprono nuove strade meglio pavimentate, le famose strade *macadamizzate*, adottano nuovi tipi di diligenze, sistemi più razionali nella utilizzazione degli animali, specie per via di cambi regolari. Mentre così i vecchi metodi di trasporto sono condotti alla perfezione, il vapore viene applicato ai trasporti terrestri, e rapidamente li invade. E prima la Gran Bretagna a incamminarsi su questa via, seguita da presso dalla Francia e dagli Stati Uniti. Nel 1820, nel Yorkshire si inaugura la linea Stockport-Darlington che diventa regolare nel 1825; nel 1828, quella più famosa Manchester-Liverpool; nel 1832, contemporaneamente, in Francia e in Austria, le due linee Saint-Étienne-Roanue e Bugweis-Gmunden; l'anno successivo, di nuovo, in In-

(¹) Sui canali e sulla navigazione interna della Gran Bretagna verso il 1824 cfr. CH DUPIN, *Voyage dans la Grande Brétagne depuis 1816*, P. III: *Force commerciale de la Grande Brétagne*, I, lib. IV.

ghilterra, la linea Londra-Birmingham-Manchester; tra il 1829 e il 1835, gli Americani hanno costruito 1766 Km. di strada ferrata. In quest'ultimo anno veniva inaugurato il primo tronco di ferrovie belghe (Malines-Bruxelles), ossia del Paese che vanterà in avvenire la più fitta tra le reti ferroviarie. Nel 1830 il mondo non aveva che 195 Km. di ferrovie; nel 1850 può vantarne Km. 38.600.

Le conseguenze di tutti questi miglioramenti tecnici sono notevoli: si può trasportare merci a più grande distanza, e con maggiore rapidità; il costo dei trasporti si riduce (l'Inghilterra aveva intensificato la costruzione dei canali, su cui i trasporti potevano farsi più a buon mercato che per via di terra; ora sospende la costruzione dei canali perchè i trasporti in ferrovia sono ancor meno costosi), e questa riduzione agevola la conquista di nuovi mercati e consolida il possesso di quelli antichi.

Ma naturalmente, anche in questo caso, non si deve pensare che il rivolgimento dei trasporti sia stato la causa attiva e il progresso, l'effetto passivo. Il primo è a sua volta il portato dell'intensificarsi della seconda, specie dell'industria meccanica, che è, per natura sua, obbligata a lavorare senza posa e che, quindi, dopo aver lavorato, ha bisogno di andar cercando ovunque dei compratori. Se tali esigenze non ci fossero state, perchè mai il commercio avrebbe dovuto accelerare il passo tenuto per secoli? Ma, indubbiamente, poichè il commercio va più in fretta, quest'unico fatto nuovo accelera a sua volta il ritmo dell'industria umana.

Dal Secolo XVIII al Secolo XIX.

Non è senza interesse volgere ora lo sguardo dalle cause di progresso, finora analizzate e illustrate, a quelle che si erano esercitate sul mondo, europeo ed extra-europeo, nella seconda metà del secolo XVIII, alla vigilia della Rivoluzione Francese.

Anche allora gli uomini uscivano da un pelago tempestoso di guerre gigantesche, che scotevano il mondo sin dai primi anni del secolo. Può dirsi anzi, esattamente, che il solo periodo di pace, di cui, allora, la vecchia Europa godesse, fu il trentennio che va dalla

fine della Guerra dei Sette Anni (1763) alla prima coalizione europea contro la Rivoluzione (1793); nè questi furono anni interamente tranquilli, chè essi vennero interrotti dalla grande conflagrazione transoceanica, suscitata dalla rivolta delle Colonie inglesi d'America.

Pure il 1763-93 fu un periodo, dal punto di vista della storia economica, memorabile. Ma chi vuol rendersi conto delle forze, che allora operarono nel mondo a servizio della sua prosperità materiale, è costretto a notare che esse furono quasi tutte manovrate dai Governi, da quei grandi Principi illuminati, che al tempo stesso si sforzavano di emancipare i loro sudditi dalle pastoie, morali, religiose, culturali, in cui da due secoli almeno la vecchia Europa si era andata avvolgendo. Dalle loro mani si disserra l'azione più vigorosa, più varia, più vistosa. Sono essi a incoraggiare con tutti i mezzi la grande manifattura. Sono essi a sciogliere i vincoli delle vecchie corporazioni artigiane; essi a stipulare i primi grandi trattati di commercio internazionale, per cui può dirsi finalmente che gli scambi tra i popoli passino dallo stato di guerra a quello di pace; dessi, a promuovere l'istruzione tecnico-professionale.

Pure, come piccoli i risultati dell'opera loro, metodica e razionale, e come piena di contraddizioni divoratrici quell'opera! I Principi che lentamente disgregano le corporazioni artigiane tessono, al tempo stesso, per la grande industria, una regolamentazione statale non meno ferrea di quelle che le vecchie arti avevano imposta al lavoro. Il liberismo industriale dei loro regimi s'incrocia col più ferreo proibizionismo commerciale; il loro interventismo statale urta contro le prime proclamazioni auliche del fisiocratismo; il liberismo economico di taluno di essi, o di certi periodi del loro governo, è contraddetto dal più tirannico autoritarismo politico. E a tratti i loro sforzi per dar vita a una nuova economia nazionale debbono essere sospesi perchè gli effetti risultano contrari alle intenzioni vagheggiate.

In un solo paese d'Europa — la Gran Bretagna — l'azione del Governo sul regime del lavoro si era andata annullando gradualmente e volontariamente; ivi soltanto, senza leggi drastiche, precipitano, ogni giorno un poco, tutte le vecchie impalcature dei regolamenti

passati; eppure (ironia delle cose!) qui i progressi materiali sono più rapidi che altrove ove l'azione statale si disfrena; qui nascono le prime macchine moderne; qui incomincia la più volte gloriosa istoria della grande industria meccanica del cotone.

Processo analogo nell'indirizzo se non nelle dimensioni, si osserva, fuori d'Europa, negli Stati uniti appena sorti. Qui con la Rivoluzione del 1783 tutto il regime politico-commerciale-industriale, con cui la vecchia Inghilterra aveva voluto dirigere l'operosità di quelle sue colonie, è caduto, e questo fatto, per vie impensate, per le vie più contrarie, conduce al risultato che un'industria americana abbia principio e diventi capace di farsi valere, e riesca persino, tra poco, nell'imminente crisi del Blocco Napoleonico, a irrompere in Europa con intenzioni aggressive: proprio allora un grande panico si spargerà pel mondo manifatturiero inglese, giacchè i primi filati americani di cotone hanno valicato l'Atlantico! Eloquente testimonianza, anche questa, tra le infinite che la storia registra, della piccolezza degli sforzi, meditati e consapevoli, degli uomini, di fronte alla potenza, silenziosa e travolgente, del procedere, irrazionale, incalcolato e incalcolabile, delle cose!

DA CONSULTARE

- P. ASLEY, *Modern Tariff History: Germany, United States, France* (2^a ed.), London, 1910.
- P. BELMONT, *Le tarif douanier et les partis (1879-1927)*, Paris, Payot.
- J. H. CLAPHAM, *An economic History of modern Britain: the early Railway Age (1820-1850)*, Cambridge, At University Press, 1926.
- IDEM, *Great Britain and free Trade*, in *Modern Cambridge History*, XI (1909), cap. I.
- IDEM, *The economic developement of France and Germany (1815-1914)*, Cambridge, At University Press, 1923.
- E. CORBINO, *Economia dei trasporti marittimi*, Città di Castello, "Leonardo da Vinci", ed., 1926.
- CUNNINGHAM, *Growth of english Industry and Commerce*, London, 1903, vol. II, 2.
- D. R. DEWEY, *Financial history of the United States* (5^a ed.), 1923.
- A. DE FOVILLE, *Les transformations des moyens des transports et ses conséquences économiques*, Paris, Guillaumin, 1890.
- H. U. FAULKNER, *American economic history*, New York-London, Harper e Brothers, 1924.
- E. HALÉVY, *Histoire du peuple anglais au XIX siècle*, Paris, Hachette, 1913-1923, voll. II; III; IV.
- L. C. A. KNOWLES, *The industrial and commercial Revolution in Great Britain*, London, Routledge & Sons, 1926.
- E. LEVASSEUR, *La population française*, Paris, 1889, vol. I.
- IDEM, *Histoire des classes ouvrières*, Paris, 1904 (2^a ed.), voll. III-IV.
- G. E. MC. GILL, *History of transformation in the United States before 1860*, 1917.
- NOGARO et OUALID, *L'évolution du commerce, du crédit et des transports depuis cent cinquante ans*, Paris, Alcan, 1914.
- OGG and SHARP, *Economic development of modern Europe*, New York, Macmillan, 1926.
- PORTER-HIRST, *The Progress of Nation*, London, 1912.
- PRIESTLEY, *Historical Account of the navigable Rivers, canals and Railways throughout Great Britain*, 1833.
- RAUCHBERG, ELSTER, *Bevolkerungswesen*, in CONRAD, ELSTER etc., *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Jena, 1909, II.
- W. SOMMERT, *Das Hochkapitalismus*, München-Leipzig, 1927, I, 1.
- H. S. TANNER, *A description of the Canals and Railroads of the United States*, 1840.
- F. W. TAUSSIG, *Tariff history of the United States*, (7^a ed.), 1923.
- H. W. TEMPERLEY, *Great Britain (1815-32)*, in *Modern Cambridge History*, X (1907).
- A. URE, *Filosofia delle manifatture* (trad. it. in *Biblioteca dell'economista*, Serie II, vol. 3).

PROF. LUIGI AMOROSO

R. Università di Roma

LA VISIONE ECONOMICA DEL FASCISMO (*)

SOMMARIO: 1. Fisica e Metafisica Economica. — 2. Le grandi lotte della storia hanno alla loro base una divergenza metafisica. — 3. L'errore della civiltà democratica. — 4. Il centro della rivoluzione fascista sta nella rivoluzione dei principi metafisici. — 5. Le realizzazioni pratiche nel campo economico: la organizzazione della produzione. — 6. L'intervento dello Stato. — 7. La Magistratura del Lavoro. — 8. La Società Corporativa.

1. — Le verità economiche debbono distinguersi secondo il contenuto e secondo il fondamento.

Secondo il contenuto, la distinzione porta a contrapporre le verità *teoriche* che si riferiscono unicamente alla conoscenza, e le *pratiche*, che mirano all'azione o comunque presuppongono un giudizio morale, da cui l'azione scaturisce. Le verità teoriche costituiscono la Economia Pura, le pratiche la Economia Applicata.

Secondo il fondamento la distinzione porta a contrapporre le verità *empiriche*, che poggiano unicamente sulla scienza (logica od esperienza) e le *metafisiche*, che hanno la loro radice non nella scienza, ma nella coscienza.

Combinando insieme i due criteri raccogliamo che le verità empiriche possono essere teoriche e pratiche. Le prime (*empirico-*

(*) Questo studio fu scritto dall'A. nel Dicembre 1928 (VII).

teoriche) costituiscono la *Fisica Economica*, che è una coscienza logico-sperimentale e ci spiega, per esempio, come, in condizioni di concorrenza, si ripartisce il risparmio fra i vari rami della produzione; ovvero quali sono le correlazioni fra prezzi e costi, prezzi e saggio di interesse, prezzi e gusti, etc. Le seconde (verità *empirico-pratiche*) sono il nutrimento della *Politica Economica* che è una tecnica, la quale ci insegna di coordinare i mezzi al fine, *ammesso che sia fissato il fine*. Ci illumina quindi sulle provvidenze atte a conseguire, per esempio, la stabilizzazione monetaria e lo sviluppo del commercio estero, o l'incremento del traffico ferroviario, e più in generale sulla organizzazione economica atta a raggiungere i fini di un regime individualista o corporativo o collettivista.

La scelta del fine non è compito della scienza. L'atteggiamento del nostro Spirito, quando esaltiamo o condanniamo questo o quello istituto della vita economica, non si esaurisce nel riferirsi ad una realtà di fatto presente o passata, ma istituisce un paragone tra questa realtà ed uno schema ideale, considerato come mèta od aspirazione delle società umane. Esaltazione o condanna, pertanto, poggiano non sulla considerazione di ciò che fu, ma sul giudizio di ciò che deve essere; hanno la loro radice non nella scienza, ma nella profondità della coscienza. Le verità cui per tale via giungiamo sono verità *metafisico-pratiche*. Esse ci illuminano sopra i massimi problemi economici, quali sono, per esempio, quelli della proprietà privata, della lotta di classe, della legittimità dell'interesse del capitale, etc. Ci consentono di orientarci fra le diverse contrastanti visioni della vita economica, quali sono espresse, per esempio, nell'antitesi fra liberalismo e socialismo, democrazia e fascismo, e così via.

Più delicato è il problema di fissare il carattere delle verità *metafisico-teoriche*. Genericamente possiamo dire che esse esprimono una sistemazione od una interpretazione dei fatti empirici in un sistema razionale universale, da cui ne deriva una uniformità generale od una legge di tendenza per le società umane. Tali sono, per esempio, quelle relative alle dottrine del Materialismo storico, della Catastrofe del capitalismo, del Progresso, del Regno di Dio, della Missione storica nazionale, etc.

Siffatte dottrine guardano unicamente ad una realtà di fatto, e potrebbe sembrare, a prima vista, che in questo campo, unico giudice dovesse essere la esperienza. Tu affermi che tutte le manifestazioni della vita religiosa, morale, intellettuale non sono che un epifenomeno e che il centro motore delle società umane sta nel fatto economico. A te darne la prova, al lume della storia. Dimostrare che il corso degli eventi umani è restato sostanzialmente lo stesso per quelle società le cui istituzioni, affini nell'ordine economico, differivano essenzialmente nell'ordine religioso, morale, intellettuale; e viceversa che il corso degli eventi fu profondamente diverso, quando — le istituzioni morali, intellettuali essendo restate presso a poco le stesse, — differenze sostanziali si riscontrarono invece nell'ordine economico.

Ma una dimostrazione siffatta è impossibile. Le società umane non sono materie di laboratorio, in cui può sperimentarsi in *corpore vili*, e per cui possono crearsi le condizioni dell'esperimento. Il sociologo deve limitarsi ad osservare, e l'osservazione non presenta mai quella identità di condizioni, che rende il paragone immediato. Dove Tizio vede sostanziali analogie, Caio vedrà profonde divergenze. Chi giudica fra i due? Ciascuna età ricostruisce a suo modo la storia, e le diverse ricostruzioni sono *fundamentum* per opposte sistemazioni teoriche. Queste non poggiano unicamente sulle esperienze, ma sono espressione di una particolare intuizione o visione della vita morale, ed ancor essa ha le sue radici non tanto nella scienza quanto nella coscienza.

Le verità metafisiche teoriche e pratiche costituiscono la Metafisica Economica.

2. — Il termine di « Metafisica » apparirà a taluno scandaloso. *Oportet ut scandala eveniant*. La Metafisica, anche in periodi di razionalismo trionfante non morì mai. Le grandi lotte della storia ebbero, come hanno, come avranno sempre, alla base, una profonda divergenza metafisica.

A torto è stato ripetuto, a proposito delle lotte cruente generate dalle dispute intorno alle eresie, che niente è più illogico che vedere uomini odiarsi e straziarsi nelle loro carni per il solo fatto di pen-

sarla diversamente su argomenti incomprensibili ad ogni uomo ragionevole. Occorre avere occhi penetranti per vedere che cosa si nasconde sotto il velame delle lotte religiose. Certamente errarono i giudici che condannarono come eretica Giovanna D'Arco, oggi Santa Giovanna. Ma il loro errore — Bernard Shaw ha il merito di averlo ricostruito poeticamente — non fu maligno. E se le parole moderne protestantesimo e nazionalismo sono troppo forti per designare quella che da essi fu detta la eresia di Giovanna, non è peraltro meno vero che nell'atmosfera civile e religiosa del medio evo, certi atteggiamenti della Pulzella dovevano sembrare rivoluzionari. Il processo di Reims è ricostruito dallo Shaw come un conflitto fra genio e disciplina: poggiante questa sulle forze della tradizione e della conservazione, ardente quella per il bisogno interno di affermare nuovi valori umani. La dialettica delle domande e risposte tra giudice ed accusata, può essere incomprensibile a chi ha l'abito di tutto valutare in *numero, pondere et mensura*. Il senso del conflitto non può non appassionare chiunque è nato di donna.

La storia del Cristianesimo — che poi è la storia della civiltà europea — diventa inesplicabile a chi non tenta di ricostruirla in modo da penetrare il senso di quelle che appaiono minuscole questioni di teologia, ed armarono gli uni contro gli altri milioni di uomini. È troppo semplice affermare che le divergenze metafisiche mascheravano interessi in conflitto, in quanto in siffatta spiegazione resta ancora oscuro, perchè gli interessi in conflitto amarono ricoprirsi del manto teologico. Senza dire che quanto succede sotto i nostri occhi ci fa intravedere che la spiegazione materialista può essere complementare, ma non va alle radici del conflitto. Anche un cieco vede oggi che la lotta tra fascismo e antifascismo nel mondo è troppo profonda per potersi spiegare attraverso divergenze di interessi: gli interessi finiscono prima o poi col trovare un terreno di intesa. Ma ognuno sente che non vi può essere intesa possibile fra idee antitetiche, che esprimono opposte concezioni della vita morale, e che sentono entrambe di non poter coesistere l'una accanto all'altra.

L'eresia ariana proclamava che il Figlio non è consubstanziale al Padre.

Come mai — incalza il positivista — potrebbe un uomo ragionevole prendere posizione in siffatta disputa, che per la definizione stessa di natura divina, esorbita dal campo sperimentale e trascende le possibilità dell'intelligenza umana?

L'intelligenza umana — replichiamo — è in grado di valutare, al lume dei fatti, le conseguenze delle due tesi in contrasto. Proclamate con Ario o con Rousseau che il Cristo non è che un uomo, sia pure il più grande degli uomini, e le Sacre Carte cesseranno di essere libri religiosi, per divenire manuali di anarchia. *Deposuit potentes de sede et exaltavit humiles... Suscitans a terra inopem et de stercore erigens pauperem*. Riferiteli a Maria, Madre di Dio, ed avrete versetti fra i più poetici della liturgia. Togliete questo riferimento, ed avrete le strofe di un inno sovversivo, più virulento di *bandiera rossa*.

Così è di tutte le dispute religiose. Vi può essere talora nella dottrina la differenza di un pollice, ma un pollice può esser sufficiente a devastare il mondo.

« Sarebbe bastato — dice Chesterton — che Roma avesse lasciato cadere un piccolo anello, e il leone del pessimismo ancestrale avrebbe spezzato le sue catene nelle dimenticate foreste settentrionali. Una sentenza erroneamente fraseggiata sulla natura del simbolismo avrebbe distrutto le più belle statue d'Europa; una svista nelle definizioni poteva arrestare tutte le danze, far seccare tutti gli alberi di Natale e rompere tutte le uova di Pasqua. La gloria della Chiesa fu di aver saputo sempre deviare a destra ed a sinistra in modo da mantenere l'equilibrio. Lasciò da un lato al IV secolo la grande mole dell'Arianesimo, sostenuta da tutte le potenze del mondo, per mettere il Cristianesimo più a contatto col mondo; un momento dopo seppe scansare l'orientalismo che l'avrebbe troppo allontanata dal mondo. Sarebbe stato facile accettare la potenza terrena degli ariani, sarebbe stato facile — nel calvinistico secolo XVII — cadere nel pozzo senza fondo della predestinazione » ⁽¹⁾.

⁽¹⁾ G. K. CHESTERTON, *L'Ortodossia*, (traduzione Ferruzzi) Roma, Ausonia, 1928, pag. 117-118.

L'atteggiamento intorno ai massimi problemi della vita — ripeto ancora una frase dello Chesterton — non tanto deve esprimersi in termini di razionalismo critico, quanto in termini di lealtà militare. Le grandi verità metafisiche sono, per l'umanità, qualche cosa di analogo a quello che è l'onore del soldato. Il loro oscuramento porta il disordine morale, l'anarchia spirituale: è la causa prima delle catastrofi della storia.

3. — Il grande errore della civiltà democratica sta nell'aver sovvertito i principi metafisici, su cui da diciotto secoli poggiava la civiltà cristiana. Proclamò i diritti dell'uomo ed al tempo stesso consegnava l'uomo, mani e piedi legati, negli artigli di quelle grandi potenze anonime, che sono lo Stato, il Capitale, la Moda.

Un teologo come Maritain proclamerà che tutto ciò è espressione di un errore metafisico: che consiste nell'aver confuso due cose che la saggezza antica aveva sempre tenuto distinte: l'individualità e la personalità.

« La città democratica sacrifica la persona all'individuo. Dà all'individuo il suffragio universale, l'uguaglianza, la libertà di pensiero; e consegna la persona, nuda, senza alcuna difesa sociale a tutte le potenze divoratrici che minacciano la vita dell'anima, alle azioni e reazioni spietate degli interessi e degli appetiti in conflitto, alle esigenze infinite delle diverse utilità. A tutte le avidità ed a tutte le ferite che ogni uomo porta naturalmente in sè, essa aggiunge il soffio mortale delle eccitazioni sessuali senza tregua e degli innumerevoli errori di ogni genere, scintillanti ed acuminati, ai quali dà libero corso nel cielo della intelligenza. Ed al povero mortale sperduto nel turbine dice sogghignando: tu sei un individuo libero, difenditi e salvati come puoi » ⁽¹⁾.

Religione naturale, diritti naturali, giustizia e libertà, legge uguale per tutti ed espressione della volontà generale (*popolo sovrano*); disprezzo della contemplazione ed esaltazione delle virtù

⁽¹⁾ JACQUES MARITAIN, *Trois Réformateurs: Luther, Descartes, Rousseau*. Paris, Plou, 1925, pag. 29-30.

attive (*virtù civiche*): ecco i principi metafisici della civiltà democratica. Esse sono la corruzione e la degenerazione di grandi verità evangeliche. Rami staccati dal grande tronco della filosofia cristiana, ma rami secchi, in cui più non circola la linfa vitale della metafisica. Se la virtù non si commisura più alla volontà di Dio, precisa e determinata, ma è ossequio a norme che ciascuno può da sé giudicare naturali, ogni aberrazione può avere la sua giustificazione teorica in una personale interpretazione della legge di natura. Se, per esempio, è conforme a natura la uguaglianza politica, non vi è ragione perchè non sia ugualmente conforme a natura la uguaglianza economica. E se il conto del dare e dell'avere si chiude colla morte, chi pareggerà le partite di coloro che vissero e morirono oppressi?

Tutto ciò non è astrazione teorica è realtà di fatto. La società democratica era appena ai suoi primi anni di vita che i nuovi oppressi si ergevano a condannarla in nome degli stessi principi, con cui la borghesia aveva disfatto la società medioevale. Contro la città democratica si erge, come principio dissolutore, il mito della città socialista.

Essa denuncia la libera concorrenza — prodotto nell'ordine economico della filosofia dei diritti naturali — come la organizzazione, che crea sfruttati e sfruttatori. Che annulla — nella diversità delle condizioni iniziali — la parità teorica della uguaglianza giuridica, ed abbandona, nelle alterne vicende delle crisi economiche, il lavoro disarmato negli artigli del capitale. Sopra tutto afferma viziato il processo della distribuzione che si attua attraverso il fenomeno della rendita, conseguenza necessaria della libertà economica, e che rendendo i ricchi sempre più ricchi, i poveri sempre più poveri, creando il plusvalore, scava un abisso fra capitale e lavoro, prepara la catastrofe del capitalismo.

Di fronte alla requisitoria del socialismo, che scende in lizza armato delle sue stesse armi, il fronte democratico non resiste. E piega. E vinto moralmente, senza nemmeno combattere, cerca di salvarsi dalla rovina, accodandosi all'avversario, dichiarandolo vincitore, chiedendo solo di ritardare il momento del suo trionfo. Sì:

il mondo diventerà socialista, perchè la vittoria del socialismo è fatale, in quanto rappresenta il trionfo del razionale sull'irrazionale. Ma essa non può prodursi in un giorno. Deve attuarsi per gradi e nell'ordine, sì che nulla si perda degli acquisti delle spente generazioni. Rivoluzione sì, ma al tempo stesso conservazione, l'una e l'altra necessarie, l'una e l'altra aspetti diversi in una stessa realtà di fatto, tesi ed antitesi di una stessa sintesi. Tutto ciò che è razionale è reale e tutto ciò che è reale, è razionale, dirà Hegel. Passa la Storia. L'uomo è incapace di resisterele, come è incapace di resistere al movimento della terra che lo porta nei vuoti spazi dei cieli. O si inserisce nel movimento, o ne è travolto. Il socialismo non è, non sarà. Diviene (¹).

Evoluzionismo, Riformismo, Storicismo, Determinismo, Materialismo, ecco la filosofia della città democratica, da rivoluzionaria divenuta conservatrice. Filosofia moralmente dissolvitrice, sopra tutto perchè nega quello che è il primo motore di ogni grande azione: la responsabilità individuale e la libertà del volere.

4. - Il Fascismo, in Italia, rovesciò nel giro di pochi mesi una situazione che sembrava disperata. Fece camminare i treni, lavorare gli operai, riportò la pace nelle officine e nei campi, rimise l'ordine in tutti i rami dell'attività economica e politica. Tutto questo è meraviglioso, ma non è ancora che la parte minore dell'opera di restaurazione che esso ha compiuto. Questa anzi sarebbe stata impossibile, se non fosse stata preceduta ed accompagnata dal capovolgimento dei valori morali.

Non si rinverdiscono i rami, se non innestando sul vecchio tronco un nuovo tronco, che faccia circolare nelle radici una nuova linfa vitale.

La forza del Fascismo sta nella negazione violenta, solenne, generale, dei principi metafisici della civiltà democratica; nella riaffermazione delle grandi verità cristiane.

(¹) Cfr. ADRIANO TILGHER, *Storia e Antistoria*, Biblioteca editrice, Rieti, 1928, pag. 12-13.

L'autorità non viene dal basso, ma dall'alto: *omnis auctoritas ex Deo*.

La legge non è espressione della volontà della maggioranza. Quindi, negazione di ogni ludo elettoraleistico.

La libertà non è un fine, ma un mezzo. Non può essere generale ed illimitata. In nessun modo può essere consentito che essa sia strumento per sovvertire l'ordine materiale e morale, su cui poggia la società.

Non esistono situazioni disperate. Non è vero che ciò che avviene non potrebbe non avvenire altrimenti. Una volontà ferma e consapevole può rovesciare ogni situazione, spezzare ogni ostacolo, modificare il corso degli umani eventi.

Lo scopo della vita non può racchiudersi nel miglioramento delle condizioni materiali in cui si svolge la vita terrena.

Vi è qualche cosa che è più grande di noi, che non muore quando noi moriamo. Vi è una volontà della Stirpe, che vuole affermarsi nel mondo: è bisogno di espansione ed al tempo sete di un'idea universale, che vuol riprendere le tradizioni di Roma, della Roma imperiale e della Roma cristiana. Se un'idea universale può ancora partire da Roma — lo proclamò solennemente il Capo del Governo e Duce del Fascismo — essa non può essere che l'idea cattolica.

Non hanno capito lo spirito del Fascismo coloro che cianciano di annullamento dell'individuo nello Stato, il più delle volte non accorgendosi di ripetere una vecchia idea platonica, che poteva aver diritto di cittadinanza nella città precristiana, anzi predoica, ma che è assolutamente incompatibile coll'atmosfera spirituale che recò al mondo la tragedia del Gologota.

Il Fascismo non può significare ritorno al paganesimo. Non può significare rinunzia all'anima immortale.

5. - Le attuazioni pratiche del Fascismo nel campo economico sono rami verdi, appunto perchè innestati nel grande tronco delle verità cristiane. Esse possono sinteticamente raggrupparsi in tre categorie:

- a) organizzazione della produzione;
- b) azione diretta dello Stato;
- c) rapporti tra capitale e lavoro.

Nell'ordine della produzione il Fascismo afferma linearmente, senza mezzi termini e senza riserve mentali, che la direzione della produzione spetta al capitale.

La filosofia democratico-riformista pure lasciava in linea di fatto la direzione della produzione al capitale.

Ma era, — se mi è consentito dire così — una concessione *pro tempore*, soggetta a continue diminuzioni, (si chiamavano *conquiste del proletariato*), destinata presto a morire per il trionfo del socialismo, dichiarato inevitabile e prossimo. Donde un disagio materiale e morale, che toglieva autorità a chi aveva il comando; diminuiva l'amore in chi aveva il possesso; distruggeva l'obbedienza, l'ordine, la disciplina. A tutti consigliava di ricavare quanto più era possibile dall'attimo fuggente, senza eccessive preoccupazioni del futuro. Nei capi sviluppava l'astuzia, necessaria per barcamenarsi fra i marosi degli interessi in contrasto; comprimeva le qualità morali, che formano i veri capitani d'industria.

L'organizzazione monarchica dell'industria ha invece le sue radici nelle necessità della produzione. Essa è diminuzione dei costi. È assicurazione contro ogni spreco. È fucina del risparmio. È livellamento della produzione al consumo e livellamento degli investimenti produttivi in modo da conseguire il massimo di utilità sociale. È sopra tutto responsabilità individuale.

La Carta del Lavoro proclama solennemente siffatta responsabilità, dicendo espressamente (Proporzione VII) che l'organizzazione privata della produzione è una funzione di interesse nazionale, della quale l'organizzatore dell'impresa è responsabile di fronte allo Stato. Per essa il diritto di proprietà in regime fascista non ha l'*jus romano fruendi, utendi ac abutendi*. È piuttosto la *facultas procurandi ac dispensandi*, quale la definiva S. Tommaso.

6. - L'intervento diretto dello Stato è — entro limiti più o meno ampi — una necessità della vita economica, che anche lo

Stato liberale riconosce. Non solo per ciò che si riferisce direttamente all'ordine pubblico, alle opere pubbliche, ai servizi pubblici, all'ordinamento tributario e monetario, ma ancora indirettamente per ciò che significa sorveglianza e tutela della ricchezza privata, quale si esplica sopra tutto attraverso le norme del codice di commercio. La città liberale conosce ancora un'altra forma di intervento, noto sotto il nome generico di protezionismo — *protezionismo agricolo, industriale, commerciale, operaio* — il cui effetto è di creare artificiali spostamenti della ricchezza privata, in vista di ottenere un aumento del valore totale della produzione, o di correggere contrasti troppo stridenti nella distribuzione.

Praticamente lo Stato liberale, che non ha un programma economico da attuare, esercita il protezionismo non già secondo una visione sintetica dell'utilità collettiva, ma disordinatamente e contraddittoriamente sotto la pressione tumultuosa degli interessi in contrasto, valutati il più delle volte in ragione delle forze di coloro che li difendono.

Lo Stato Fascista ha un proprio programma economico ed una sua visione dell'utilità sociale.

Il numero è forza. Il Popolo italiano dovrà essere, fra cinquanta anni, uno dei popoli numericamente più forti del mondo. Tutte le provvidenze in materia di natalità, mortalità, nuzialità, emigrazione sono intonate a siffatto principio.

L'Italia deve ruralizzarsi e la terra italiana dare il pane a tutti gli italiani. Di qui la battaglia del grano. Di qui la restaurazione forestale. Di qui il progetto romano della bonifica integrale di tutto il territorio italiano.

La bandiera italiana deve rinnovare nel mondo i fastigi di Amalfi, Pisa, Genova, Venezia. Le opere pubbliche devono essere degne delle tradizioni di Roma.

Lungo ed arduo è stato il cammino finora percorso. Certamente più lungo, se non più arduo è quello che rimane da percorrere. Tutti i grandi problemi della vita economica nazionale — il doganale come il siderurgico, come il bancario, come l'idroelettrico — attendono una soluzione unitaria.

Ciascuno avrà la sua ora. Basta a ciascun giorno il suo affanno.

7. — Ma ciò che costituisce la spina dorsale del Regime è la disciplina dei rapporti fra capitale e lavoro.

In questo campo il Fascismo è decisamente innovatore. Non già nel senso che la soluzione fascista sia sorta dal nulla, come Minerva dal cervello di Giove. Al contrario essa è il punto di arrivo di tutta una elaborazione secolare, di cui ricordiamo come manifestazioni più salienti la *Enciclica Rerum Novarum del 1893* nel campo teorico; e nel campo pratico, le leggi dell'arbitrato obbligatorio, diffuse quasi universalmente nel periodo del dopo guerra. Il Fascismo è innovatore, perchè supera con un atto di volontà l'angolo morto, entro cui stagnavano le leggi arbitrali, ponendo serrata e sciopero fuori legge, istituendo la magistratura del lavoro. E innovatore, perchè non si contenta di legiferare, ma pone la spada a servizio della legge, crea l'atmosfera sociale necessaria, perchè il nuovo seme di civiltà possa rigogliosamente germogliare.

La negazione dell'auto-difesa di classe e la sostituzione ad essa del giudizio del magistrato, segnano una pietra miliare nella storia della civiltà umana. Nel campo del diritto privato analoga sostituzione si è prodotta da tempo immemorabile, ed oggi essa è divenuta patrimonio della coscienza collettiva. Verrà un giorno, tra cinquanta o cinquecento anni, in cui essa sarà compiuta. I nostri nepoti dovranno un giorno far forza alle loro mentalità, per rappresentarsi un'epoca, in cui le lotte sociali non avevano altra esplicazione se non attraverso la forza.

Le difficoltà che sono state sollevate — nel campo teorico — sono appunto espressione dello sforzo che è necessario per superare la vecchia mentalità.

« Se c'è un fenomeno umano che non si può distruggere — è stato detto per esempio — questo è la lotta di classe. E vano volerla sostituire con un regime di diritto e di giurisdizione. Le classi interessate non potranno essere costrette al rispetto di siffatto regime e le sanzioni poste a salvaguardia di esso si riveleranno inefficaci, con danno dell'autorità dello Stato. L'auto-difesa non può essere impedita. Vi sono conflitti nella vita che non si possono risolvere per mezzo di intermediari. Quando si verifica il cozzo di

due necessità, ogni transazione è impossibile. Il più forte deve uccidere il meno forte e lo sciopero è appunto una prova di forza.

« Questo ragionamento — replicava lo Schanzer al Senato — pecca di eccesso, in quanto trasporta di peso e senza alcuna discriminazione, nel campo sociale, le dottrine darwiniane sulla lotta per l'esistenza, riferibili al campo biologico. L'uomo vive in società, e per ciò solo, rinuncia all'uso sistematico della forza ed al metodo esclusivo della lotta, che nella vita sociale si completa e si combina col metodo dell'accordo e dell'associazione. Da qui viene che la lotta di classe e la collaborazione di classe sono due aspetti egualmente reali della vita sociale, due termini che non si escludono reciprocamente, ma invece si integrano a vicenda » (1).

Certo nel campo sociale vi possono essere momenti di crisi acuta, in cui si scatenano forze elementari che rompono tutte le dighe e abbattano tutti gli istituti. Il fascismo non pretende di essere l'ultima rivoluzione della Storia, nemmeno nei riguardi del popolo italiano. Ma in via normale la giurisdizione del lavoro deve divenire — ed effettivamente sta diventando in realtà — il mezzo normale della risoluzione dei conflitti fra i fattori della produzione.

Ma la magistratura del lavoro viene investita dai critici anche sotto un altro aspetto, quello cioè della sua presunta incompetenza tecnica a giudicare le controversie del lavoro, e sopra tutto a creare le nuove norme del contratto collettivo.

Occorre distinguere le due obiezioni.

La prima, che si riferisce alla pretesa incapacità del giudice ad applicare ed interpretare i contratti vigenti, manca manifestamente di fondamento. La specialità della materia economica non è, certo, argomento sufficiente per negare al giudice, che conosce e risolve oggi questioni tecniche di ogni genere, l'attitudine ad esercitare quella che è la sua funzione normale, l'applicazione ed interpretazione delle leggi e dei contratti. Innumerevoli controversie di diritto privato, sopra cui il giudice si pronuncia oggi, sono, dal

(1) *Atti Parlamentari*. Senato del Regno, Legislatura XXVII, Sess. I 1924-26. Doc., Dis.-legge e Relaz. n. 350 A.

punto di vista tecnico, immensamente più complicate delle controverse che possono sorgere nei rapporti fra capitale e lavoro.

Più seria può apparire, a primo aspetto, l'altra obiezione, cioè che il giudice nell'ipotesi che i lavoratori domandino, non l'interpretazione dei contratti vigenti, ma invece la concessione di nuove tariffe di salari o di nuove condizioni di lavoro, non sarà in grado di decidere, perchè incompetente a fissare il giusto prezzo delle prestazioni.

Ma, riflettendo, si vede che essa contiene un sofisma, che consiste nel ritenere che esista nella realtà un giusto prezzo, e che esso sia quello risultante naturalmente dal contrasto fra la domanda e l'offerta. Certo l'economia pura insegna che in una configurazione atomistica della società, in condizione di piena ed assoluta libera concorrenza, i prezzi delle merci (cose e servizi) esistenti, sono determinati in funzione dei bisogni individuali (gusti), delle quantità delle merci e della loro distribuzione. Ma ciò significa non già che è impossibile in modo assoluto fissare a priori un prezzo, ma solo che vi è contraddizione logica fra la tariffazione e la configurazione atomistica della società, esplicantesi attraverso alla piena ed assoluta libera concorrenza.

In siffatto regime effettivamente l'azione del magistrato sarebbe quindi assurda e superflua. Ma il fascismo vuole eliminare l'azione della concorrenza: sostituire a certi prezzi meccanici — quali risulterebbero *sic et simpliciter* dal gioco della domanda e della offerta — altri prezzi politici, in relazione a fini che *coscientemente* la Società si propone di raggiungere.

Ciò è in concreto possibile.

La esperienza storica, nel campo dei rapporti economici, nel passato più prossimo come in quello più lontano, dimostra che la tariffazione dei prezzi delle cose, come dei servizi — in misura più o meno ampia — è stata sempre una realtà di fatto. Il che poi significa questo: che la libera concorrenza piena ed assoluta rappresenta il fatto eccezionale nella storia della organizzazione economica. Ai fattori strettamente economici si sovrapposero sempre fattori politici, che interferirono coi primi, coi primi concorsero a determinare l'equilibrio.

Abbandonati a sè stessi siffatti fattori politici sono espressione delle forze politiche delle parti contrastanti. Il fascismo vuole che essi siano espressione di un ideale di giustizia sociale. Le categorie empiriche del giusto e dell'ingiusto non possono stringersi fra le maglie di una costruzione giuridica astratta. Esprimono una intuizione della coscienza collettiva. Nessuno certo più del giudice è indicato per interpretarne la voce, per dare ad essa forma solenne in una giurisdizione, *secondo equità*, che contemperi gli interessi contrastanti, e tuteli sopra tutto gli interessi della produzione.

8. - Le controversie tra capitale e lavoro sorgono non tra singoli, ma fra classi e categorie. La loro soluzione attraverso un organo giudiziario presuppone la organizzazione delle classi e delle categorie in enti aventi capacità giuridica; presuppone — in una parola — l'ordinamento sindacale e corporativo.

È questa la forma tipica secondo cui si attua nella realtà la società fascista; quella che la differenzia — *sub specie aeternitatis* — da tutte le società precedenti.

Certo l'idea corporativa non è nuova nella storia. Tutti sanno che le corporazioni furono fiorenti al Medio-evo e costituirono per secoli la trama su cui si innestò la vita economica europea. Ma le corporazioni medioevali, pur attraverso alla diversità dello spazio e del tempo, furono e restarono sempre corporazioni di artigiani. Nè poteva esser altrimenti in un periodo, in cui la grande industria non era ancora sorta.

Di più le corporazioni medioevali rappresentavano sempre interessi comunali, al più regionali. La loro importanza politica fu in generale limitata, e solo eccezionalmente — come, per esempio, nella Firenze del duecento e del trecento — ebbero parte direttiva nella vita dello Stato.

Le corporazioni fasciste, invece, inquadrando nei loro ranghi una collettività di quaranta milioni di abitanti, sono esponenti di tutta la vita economica di un grande Stato, in tutte le molteplici forme che essa assume nella società moderna. Esse hanno poi non solo funzioni economiche, ma ancora funzioni politiche, in prima

linea quella di designare, in prima elezione, i rappresentanti della Nazione alla Camera dei Deputati.

Nel periodo prefascista in Italia la vita politica era dominata — come è dominata ancor oggi fuori d'Italia — dai partiti, che inquadravano le masse in grandi organismi politici, avulsi dallo Stato; molte volte in antitesi con lo Stato, sempre in concorrenza demagogica tra di loro, raramente strumenti di pacificazione sociale; assai spesso causa diretta di disordine economico e di turbamento politico. La mala pianta del politicante attecchisce meravigliosamente in un clima siffatto, in cui tutte le vanità possono trovare uno sfogo, tutti i parassitismi un nutrimento. Il seggio alla Camera dei Deputati, mèta ed aspirazione generale, dà a tutte le incompetenze il diritto di aspirare a poter dire: io mi sobbarco.

La piattaforma su cui era sorta — in periodo di socialismo trionfante — il partito sindacalista, aveva tra i suoi motivi il disgusto che suscitava universalmente quella forma di parassitismo politico.

Nessuno può pensare che sia possibile — con una riforma politica — eliminare tutte le vanità e tutti i parassitismi. Uomini nati coll'istinto e coll'abilità di sapersi mettere in mostra e di trovare il mezzo di vivere sul lavoro altrui sempre vi furono e sempre vi saranno. E le anime non si trasformano con la stessa facilità con cui si cambia il colore dell'abito. Ma una trasformazione sociale può, se non eliminare, almeno rendere più difficili certi prodotti, creare un'atmosfera in cui non agevolmente essi possano trovar nutrimento.

Il principio unitario, che è il cardine del nostro regime corporativo, per cui un solo sindacato è giuridicamente riconosciuto ed il contratto di lavoro ha efficacia *erga omnes*, ha appunto questo motivo ideale. Sopprimere la concorrenza demagogica presso le masse lavoratrici, eliminare ogni intermediario parassita ed ogni artificiale motivo di dissenso, dichiarare che gli interessi divergenti debbono essere in ogni caso subordinati alle esigenze superiori della produzione. In tal modo esso tende a creare una coscienza unitaria, a diffondere la sensazione che capitale e lavoro — pur attraverso i loro contrasti contingenti — sono parti di uno stesso tutto, associati in un'unica opera di vita e di progresso civile.

PROF. LELLO GANGEMI

R. Università di Perugia

Problemi della Politica rurale e Stato corporativo

SOMMARIO: 1. Investimenti industriali e investimenti agrari. — 2. Efficacia relativa del *credito agrario di Stato*. — 3. Ragioni dell'efficacia relativa del credito agrario. La politica rurale del Regime Fascista. — 4. Problema degli affitti e dell'indennizzo per miglioria. — 5. Istituti che tendono a rendere più semplice e sicuro il credito agrario (Conto corrente garantito, cambiale agraria, ipoteca privilegiata sui miglioramenti). — 6. Per la formazione di un diritto agrario. — 7. La proprietà obbliga. — 8. Rendita agraria nello Stato corporativo. — 9. Lo Stato corporativo agevola l'azione rurale del regime. — 10. Il contenuto dello Stato corporativo e la scienza economica. Il pensiero del Supino.

1. — Mentre l'investimento industriale richiede alti interessi o dividendi in quanto è predominante il rischio determinato dall'andamento dell'impresa, l'investimento agrario ambisce, data la maggiore sicurezza di ricupero, un minore tasso di interesse.

Se il credito non fosse ostacolato nel suo flusso, si riverserebbe nelle investite industriali di più alto rendimento e di minor rischio, lasciando forse un margine notevole per gli impieghi di sicuro ricupero.

Ma poichè sulla direzione degli impieghi del risparmio influisce lo Stato con i suoi provvedimenti di politica economica, quella natu-

rale distribuzione viene turbata a danno dell'agricoltura. Ed è evidente che ciò debba verificarsi ove si rifletta che l'intervento dello Stato a favore della produzione industriale con la concessione di *elevate tariffe doganali* e di *forniture privilegiate* garantisce ai risparmiatori, che impegnano i loro capitali nell'acquisto di azioni siderurgiche, metallurgiche, meccaniche, zuccheriere, chimiche, etc., non soltanto una più alta remunerazione, ma anche grande sicurezza di impiego.

Questo ben sanno i Governi che non potendo disconoscere il grande valore politico economico del potenziamento agricolo, per agevolare l'agricoltura han fatto ricorso a quella forma di credito agrario che in un mio studio, ho chiamato *credito agrario di Stato* (1), forma di credito mediante la quale dei capitali sono messi a disposizione degli agricoltori ad un tasso inferiore a quello del mercato.

In tale mio studio dimostravo, con la logica dei fatti, *l'inefficacia di tale forma di credito ed il derivante danno per l'interesse generale*.

2. - Però, a differenza di qualche studioso, il quale ha considerato il credito agrario di Stato senz'altro come un *tabù contemporaneo* (2), io ho mostrato di credere nella sua *efficacia relativa*, in quanto è una forma di *protezione in contrappeso alla protezione industriale*. Ed allora non può assumersi il *puro ragionamento economico*, valevole nel caso che fosse lasciata libera la determinazione del tasso corrente dei capitali, che ne determina la distribuzione fra i vari usi: è pacifico infatti che il massimo vantaggio economico per una Nazione si raggiungerebbe quando tutto il capitale esistente potesse distribuirsi in modo da rendere il più che se ne possa cavare, cioè investito in quegli impieghi che son disposti a pagare il più alto interesse. È evidente che i protezionismi turbano il *distribuirsi naturale* del capitale fra i vari impieghi.

3. - L'efficacia di tal forma di credito restava *relativa*: per ottenere un'efficacia assoluta occorreva seguire *una politica economica generale diversa da quella attuata fino ad oggi*, e cioè: 1) prevalente politica rurale; 2) la quale in conseguenza doveva portare

ad una progressiva diminuzione delle tariffe doganali; 3) provvedimenti nei riguardi degli affitti; 4) indennizzo per miglìoria; 5) istruzione agraria; 6) mobilitazione della proprietà fondiaria immobilizzata da ingiuste sperequazioni fiscali.

Il Governo fascista si va orientando verso una politica economica prevalentemente rurale; ha avviato verso la soluzione il problema dell'istruzione agraria: ha operato bene nei riguardi fiscali allo scopo di mobilitare la ricchezza fondiaria.

A tal proposito ricordiamo taluni importanti provvedimenti.

Non vanno dimenticati, nel campo delle imposte sugli affari e lo scambio della ricchezza, l'*abolizione della tassa di successione* che ha fatto sparire dal nostro sistema tributario una delle maggiori e più lamentate sperequazione a danno della proprietà immobiliare, che è la sola specie di ricchezza adeguatamente accertabile agli effetti della tassa di successione e le *agevolazioni tributarie* per il credito agrario.

Nel campo delle imposte dirette sono da ricordarsi le trasformazioni delle aliquote da progressive in proporzionali; il provvedimento con il quale furono dichiarate esenti da imposta sui terreni e le costruzioni rurali e le loro dipendenze; le esenzioni temporanee accordate per l'imposta terreni in caso di nuove piantagioni fruttifere o per ringiovanimento degli oliveti.

Nè deve passare in silenzio la legge 28 giugno 1928, num. 1608 recante provvedimenti a favore delle Provincie, dei Comuni e dei Concessionari di opere di bonifica, la quale in un articolo unico, stabilisce che la esenzione dell'imposta di ricchezza mobile concessa dall'art. 16 della legge 11 dicembre 1910, n. 855 e dall'art. 43 del R. D. L. 30 dicembre 1923, n. 3256, per gli interessi dei mutui che per il conseguimento delle finalità d'interesse pubblico da tali articoli indicate, le Provincie, i Comuni ed i Concessionari di opere di bonifica possono contrarre con le Casse di Risparmio, è estesa, a far tempo dal 1° gennaio 1928, agli interessi dei mutui che per i medesimi fini i predetti enti abbiano contratto o siano per contrarre con qualsiasi istituto di credito o con privati.

Il disegno di legge è stato presentato alla Camera il 27 febbraio 1928 dal Ministro delle Finanze Volpi che ne dimostrò la necessità

dal fatto che l'agevolazione tributaria fino allora esistente non appariva più e per gli accresciuti bisogni degli enti a cui vantaggio era stata disposta, e per le diminuite disponibilità delle Casse di Risparmio — che, per la maggior parte, si trovavano impegnate in altri campi — sufficiente ad assicurare da sola la normale esplicazione delle attività suindicate, e perciò si è ritenuto doveroso proporre l'integrazione con una norma la quale estenda l'accennato beneficio anche ai mutui degli enti in parola già contratti o da contrarsi — per lo svolgimento dei compiti su menzionati — con gli Istituti di credito ordinari o con privati.

Ma in questo campo molto resta da fare. L'ex Ministro delle Finanze De' Stefani (3) ha sostenuto la necessità di risolvere il problema del credito all'agricoltura, perequando tra esso ed il credito commerciale ed industriale il regime fiscale mediante la *gratuità delle ipoteche*, per le garanzie immobiliari di prestiti a termine relativamente breve, eliminazione delle differenze che in pratica si verificano, nel campo delle imposte di Ricchezza Mobile fra i prestiti cambiari ed i prestiti garantiti.

Tali proposte hanno raccolto immediati consensi tra i competenti (4). Certo non tutti i mutui ipotecari, che spesso servono non a conseguire miglioramenti fondiari, ma a coprire eccessive spese di proprietari, son meritevoli di mitigazione fiscale.

Ma, a parte le cautele da prendere in simili faccende, è pacifico che per far *florire il credito agrario* basta liberarlo dalla pesante fiscalità. Il piccolo proprietario lavoratore che offre la più sicura garanzia sulla proprietà fondiaria, stenta oggi a trovare i mezzi finanziari perchè non può offrire questa garanzia stessa per ragioni fiscali, ed è costretto a cercar denaro specialmente ai privati, che abusano della sua condizione. Ed intanto allo Stato, come giustamente ha osservato De' Stefani, sfugge l'imposta di Ricchezza Mobile su questi prestiti liberi, mentre non sfuggirebbe se fossero prestiti ipotecari, sui quali basterebbe che il mutuatario pagasse il bollo ordinario della cambiale.

Le tasse sul bestiame agricolo si risolvono in un premio per quei coltivatori che, anzichè trasformare l'azienda in un centro

operoso di produzione anche zootecnica, si contentano di vivere fiaccamente senza scorte vive adeguate.

L'ideale sarebbe di arrivare a *colpire l'industria agricola in tutto il suo complesso prodotto netto*, senza applicazione di numerosi balzelli alla proprietà fondiaria.

Taluno anzi ha avanzato l'ipotesi di gravare la proprietà agricola di una imposta fondiaria calcolata sul *reddito possibile* di una parcella ben valorizzata (5).

Ottima idea, ma difficilmente attuabile per ragioni tecniche.

Per il trapasso di un bene fondiario occorre una enorme tassa di registro, onere che ostacola la mobilità della ricchezza fondiaria. Nè bisogna dimenticare il gravame delle imposte locali. Il Montemurri (6) analizzando la realtà della *pressione tributaria* sulla terra, dimostra che per le parti specificamente e nettamente attribuibili alle rispettive categorie, circa 7 miliardi su 17 di entrate complessive e 5 miliardi e mezzo costituenti il gettito della finanza locale, la terra paga un miliardo per imposte erariali ed oltre 3 miliardi per imposte locali (7).

Rimane dunque *infondata l'asserzione di lieve aggravamento fiscale della proprietà fondiaria* per il fatto che il gettito, sulla misura percentuale del 10 per cento di aliquota erariale sui terreni, si aggira oggi intorno ai 150 milioni, e che per gravare in lire carta un reddito valutato in lire oro di un miliardo e mezzo sta a rappresentare una bassa pressione tributaria.

Molto resta da fare nel delicato campo della politica doganale difesa nelle sue linee troppo protezionistiche da fortissimi gruppi potentemente organizzati, che trovano il modo di ricattare lo Stato in più modi, ad incominciare dalla minaccia di disoccupazione a finire con certi ragionamenti in cui è messo in giuoco l'alto interesse nazionale, in nome del quale si chiede il mantenimento di certi prezzi politici e di taluni protezionismi, che in sostanza risultano più a favore dell'*alto interesse* di gruppi plutocratici che dell'interesse Nazionale.

Se i prezzi politici tendono a spostare le graduatorie dei margini di profitto per vari investimenti del risparmio, i provvedimenti invocati sono giustificati dal fatto che lo Stato, dopo aver spostato

il risparmio verso una direzione, deve concorrere a ristabilire l'equilibrio a favore delle zone economiche disertate.

4. - È urgente affrontare l'esame di due problemi importantissimi collegati al risorgimento dell'agricoltura e cioè il *problema degli affitti* e l'altro dell'*indennizzo per miglioria*.

Si comprende la delicatezza di simili questioni che coinvolgono gravi considerazioni di carattere economico, ma anche considerazioni di carattere politico.

È certo però che nel generale fervore con cui si sono riaffrontati e si riaffrontano i problemi del nostro rinnovamento agricolo, non poteva non risorgere il problema dell'indennizzo per miglioramenti ai fondi affittati. Ed è naturale. Per le zone dove vige il sistema dell'affitto — e, tra queste, importantissima la Valle Padana, si tratti di coltura irrigua o asciutta — *l'aumento della produzione è strettamente collegato alla possibilità dell'affittuario di migliorare i fondi e ripeterne congruo indennizzo al proprietario*. Finchè questo principio non sarà accolto dalla legge, l'affittuario non spiegherà mai tutta l'attività di cui è capace, giacchè -- ed è umano -- mirerà solo all'utile suo immediato.

Come ha ricordato bene il Fontana, due motivi hanno ritardato la legge sull'indennizzo delle miglorie: vecchia concezione quiritaria della proprietà e condizione del proprietario del fondo migliorato. Ma si tratta di motivi superabili. Il legislatore inglese, con successivi provvedimenti, che vanno dal 1875 al 1908, ha pure affrontato ed in parte risolto la questione e lassù il concetto della proprietà non era e non è meno forte che da noi. Certo, la prima legge è stata più volte ritoccata; ma ciò non significa che una cosa, ossia che l'esperienza è venuta successivamente suggerendo insegnamenti al legislatore inglese, il quale li ha accettati, specialmente nell'intento di rendere più eque tra le parti le valutazioni estimative delle miglorie, conciliando così l'interesse privato con quello pubblico.

Dunque, nessuna difficoltà di principio, neppure da noi; a meno che, proprio soltanto per l'agricoltura, si voglia tener ferma una

formula già superata in altri campi, come per la proprietà urbana, per quella mineraria e delle acque dove al principio privatistico della proprietà è stato sostituito quello della socialità di fronte al quale, il primo, deve cedere.

Quale sia l'entità del danno sociale che deriva dal fatto che a vaste zone, dove vige l'affitto, non è possibile imprimere tutta la forza produttiva di cui le stesse sono capaci, è più facile immaginare che rappresentare in cifre; nè si risponda che a ciò ripara la durata degli affitti, da noi *raramente* superanti, del resto, il dodicennio. La *lunga durata degli affitti*, adeguata almeno ad un intiero ciclo di rotazione agraria, fu certo un bene, una prima conquista, ma i suoi benefizi, aggirandosi piuttosto nell'ordine privato che pubblico, non riparano certo all'entità del danno sociale proveniente dal non indennizzo. E necessario, perciò, fare questo secondo passo; necessario teoricamente e praticamente. Teoricamente, perchè dobbiamo studiarci di attuare tutte ciò che giova all'incremento dell'agricoltura; praticamente, perchè non dobbiamo dimenticare il particolarissimo momento storico che l'Italia sta attraversando e che richiede l'esaltazione di tutte le forze radianti ed il massimo potenziamento di quelle latenti.

Come già in Inghilterra, così da noi, una legge come questa non può nascere perfetta; vi sono complesse difficoltà per conciliare in vista di un interesse superiore interessi privati contrastanti e nel determinare le migliori indennizzabili ed il loro miglior metodo di valutazione; il limite finanziario entro cui ammettere il diritto legale dell'affittuario ad essere indennizzato (8).

5. - Alcuni Istituti complementari dovrebbero considerarsi seriamente, e dopo avere studiato i sistemi in vigore in altri Paesi e circondandosi delle cautele necessarie. Essi tendono tutti a rendere più semplice, più sicuro e più rapido il credito agrario.

I sistemi con cui può mobilizzarsi la proprietà fondiaria sono noti a tutti i cultori di economia, essi possono sostanzialmente dividersi in due categorie, consistenti l'una nella facoltà concessa al proprietario di emettere — sotto speciali norme, cautele e garanzie

— un documento che rappresenti la proprietà fondiaria e tale che la sua cessione regolare in mano di altri rappresenti (similmente a quello che avviene con la cessione di un titolo azionario) il passaggio della proprietà del fondo nelle mani del cessionario.

Nell'altra categoria si raggruppano i tipi di documenti, i quali — anzichè rappresentare la proprietà del fondo — rappresentano un' *ipoteca privilegiata*, iscritta sul fondo stesso, per modo che il passaggio del documento dall'una all'altra mano, rappresenta il passaggio dall'una all'altra dei diritti ipotecari, nel documento stesso descritti.

L'uno e l'altro sistema rappresentano una grande semplificazione; ma soprattutto il secondo perchè — senza complicare le operazioni con passaggi di proprietà che potrebbero essere pericolosi — pone in grado il proprietario fondiario di avere a sua disposizione un documento, che — alla pari di qualsiasi pacchetto di azioni industriali — può in qualunque altro momento essere commerciato o essere depositato per operazioni di anticipo. In tutta questa serie di vantaggi il proprietario del fondo viene a trovarsi equiparato al possessore di titoli azionari, pur non spogliandosi della diretta padronanza del bene fondiario come avverrebbe se lo conferisse in una società anonima. Con ciò si viene a rendere estremamente mobile e mobilizzabile il valore della proprietà stessa, se ne aumenta cioè — col moto — l'importanza sociale ed economica e se ne facilita l'incremento e la valorizzazione.

Altri Istituti, oltre la cambiale agraria come strumento di credito, sono il conto corrente garantito e l'ipoteca privilegiata sui miglioramenti. In linea generale il credito agrario è passibile di una pratica e feconda evoluzione, sia nell'interesse degli istituti sovventori, sia dell'agricoltura, bisognosa di forme creditizie agili e riposanti (9).

6. — Un'altra grossa questione in discussione è quella relativa alla formazione di un diritto agrario ed anche di un codice agrario nello Stato corporativo. I pareri non sono concordi, ma le adesioni di uomini di primissimo ordine nel campo scientifico, pur non nascondendo le gravi difficoltà, sono numerose.

Gli sforzi diretti a costituire un diritto agrario in Italia sono stati offerti principalmente dalla « Rivista di Diritto Agrario ».

Come ha riconosciuto lo Scialoja, la raccolta delle consuetudini agrarie proposta dal prof. Bolla costituirà un solido fondamento non solo alla formulazione di disposizioni di legge, ma anche a qualche vantaggiosa innovazione; si vengono meglio determinando i rapporti tra l'agricoltura e la legge commerciale; si è opportunamente stabilita l'autonomia del credito agrario e si viene riconoscendo la necessità di riconoscere l'ipoteca agraria per facilitare l'impiego dei capitali nei miglioramenti; si verranno a regolare più convenientemente i privilegi agrari in relazione agli altri ammessi dalla nostra legislazione. Si avvicina così il tempo, in cui si potranno raccogliere in una legge più organica e complessa almeno le disposizioni speciali relative all'agricoltura *pur mantenendone la connessione con le più generali* (10).

7. - Se lo Stato compie il suo dovere, è giusto che il proprietario ricordi che la *proprietà obbliga*. Sicchè tutti i provvedimenti necessari per rimettere e conservare la proprietà immobiliare in grado di produttività, nell'interesse del proprietario e dell'economia nazionale risultano più che legittimi.

Il concetto di diritto di proprietà non va inteso nel senso ormai superato, del Codice Civile. Un concetto economico-dinamico va sostituendosi: la proprietà rappresenterebbe così il *diritto agli usi della ricchezza* in modo che gli usi diano il massimo rendimento produttivo.

Nell'interesse generale è assolutamente necessario piegarsi ad un buon uso della proprietà: ecco giustificato l'intervento dello Stato.

Si può soltanto osservare che occorre determinare modalità non arbitrarie nell'affermazione pratica dei limiti al diritto di proprietà. Il proprietario è un gestore del fondo nell'interesse della Nazione, che a lui lascia la gestione della proprietà, perchè, sotto l'interesse individuale germoglia una potente forza concorrente al pubblico bene e che la « Carta del Lavoro » riconosce, nel campo della produzione, come lo strumento più efficace e più utile per la Nazione: *l'iniziativa privata*.

Così il diritto individuale di proprietà non può essere l'elemento unico da considerarsi in materia di bonifica integrale: i proprietari assumono l'impresa della trasformazione fondiaria, valendosi delle agevolazioni di legge, o lo Stato si sostituisce, sia colla propria opera diretta, sia sostituendo altri proprietari capaci di assumerne l'impresa. Si tratta di limiti pienamente giustificati (11).

Ecco perchè De' Stefani, nel suo discorso pronunziato alla Camera dei Deputati in occasione della discussione sul progetto di legge per la bonifica integrale, volle considerare con occhio pessimista l'*istituto della concessione*, che presupponendo l'iniziativa dei proprietari, subordina il fare ed il non fare al criterio della volontà privata e particolare, codifica, in contrasto talvolta con gli interessi della Nazione, il principio della libertà (12).

Non sembra sia stato generalmente compreso lo spirito, in quella occasione, antiindividualista dell'ex Ministro delle Finanze, se un deputato si è creduto in dovere di prendere le difese della iniziativa individuale, mostrando così di non comprendere appieno che, soltanto in nome della *necessità*, De Stefani — nemico di qualsiasi parassitismo di gruppi e di qualsiasi parassitismo burocratico, fautore delle più ampie libertà economiche — al vaglio del più serio ragionamento, ha dovuto constatare che in nome dell'interesse nazionale, l'iniziativa privata nel campo delle trasformazioni fondiarie, non ha fatto sempre e dovunque il suo dovere per cui, nei casi di ulteriore trascuranza, l'intervento dello Stato è necessario, in quelle forme che meglio garantiscono il raggiungimento degli scopi di potenza nazionale, De Stefani non ha inteso con ciò svalutare le « grandi benemeritenze private » che « risalgono alle epoche più oscure della nostra storia e che sono ben note: sacrifici, volontà, capacità erratiche nei secoli, che ora hanno ripreso il fervore e diffusione. Ma esse non bastano, o non bastano ovunque, e non basteranno ».

Bisogna ricordare che tra i proprietari è rappresentata tutta la scala dei valori umani; vi sono rappresentati, ha ricordato bene De Stefani, tutti i gradi di intelligenza, di preparazione, di volontà.

E giustamente ha affermato che quello che interessa la Nazione non è la rendita netta dei singoli proprietari, ma è il com-

plesso dei redditi di tutti coloro che partecipano, in qualunque modo, con qualunque compito e grado, direttamente o indirettamente, alla gestione dell'azienda agraria.

8. - Nel « Diritto Corporativo » ha ricordato Virgilio (13) il proprietario della terra perde il diritto di proprietà se lascia abbandonate o incolte le sue terre e, di conseguenza, non percepisce rendita se non coltiva le terre; la rendita diviene così il legittimo compenso a chi sa *bene usare* della proprietà nell'interesse generale.

Ma è necessario chiarire quale rendita perde il proprietario negligente, ammesso che esista un tale proprietario!

Il proprietario perde la proprietà, ma non il diritto all'indennizzo corrispondente alla *rendita attuale* capitalizzata secondo le norme di legge, perde il *guadagno dovuto ai miglioramenti agrari* che altri più degno si meriterà.

L'azione dei miglioramenti agrari tende a fare sparire la rendita ricardiana.

Considerata la rendita inoltre nel senso cioè del mantenimento e dell'aumento del reddito cumulativo, più che al compenso percepito dal proprietario in quanto è tale, si è portati ad un'un'altra considerazione relativa alla *rendita del consumatore*. È evidente che, aumentando la produzione a causa dei miglioramenti fondiari, la rendita del consumatore può aumentare, specialmente se la intensificazione agraria, come è sperabile, procede con ritmo accelerato. Si comprende che tale aumento di rendita andrà saturandosi con l'aumento della popolazione. Ma intanto ad un aumento di popolazione corrisponderà *forse* più che un adeguato aumento di sussistenze.

Ed ecco che le *leggi agrarie* si mostrano essenziali ai fini politici ed etici dell'incremento demografico, ossia dell'attuazione della *politica demografica*, voluta dal Duce.

9. - Ho considerato il problema della ruralizzazione fermandomi sul problema centrale e su taluni problemi principali connessi, per mostrare come va intesa quest'opera di ruralizzazione voluta seria-

mente dal Capo del Governo: cioè non va intesa a chiacchiere, ma presentandosi complessa ed interferente con le altre azioni del Regime, va considerata in tutti i suoi aspetti al fine di raggiungere *effetti tangibili* che costituiranno una delle costruzioni più meritorie del Fascismo, e che la storia dovrà ricordare.

Ma è evidente che l'*azione rurale* del Regime e la soluzione dei primi problemi agrari sono stati possibili con l'attuazione, che si va rendendo sempre più compiuta, dello Stato corporativo che considera i problemi della produzione da un punto di vista unitario ed è quindi in grado di svolgere e fare svolgere azione coordinata.

10. - Tale azione si è mostrata originale ed adeguata alla necessità nazionale. Essa segue una politica che *rivela anche la grande efficienza del fattore morale e del fattore volontà* nel campo economico; è corrispondente al pragmatismo realistico del Fascismo ed al corretto positivismo scientifico, concepito come sperimentaltà e non come generalizzazione materialistica.

La politica economica fascista ha il seguente punto fisso: *massimo rendimento nazionale per il raggiungimento del massimo potenziamento nazionale*. Per cui lo Stato per raggiungere tale meta, interviene nella vita economica o lascia le iniziative svolgersi liberamente a secondo che si renda *necessario* l'intervento o la libertà.

L'intervento, nelle forme sancite dalla « Carta del Lavoro » è ridotto al minimo, e per *effettive* cause di necessità imprescindibili.

Il Regime fascista non rinnega il sistema capitalistico, ma intende contenerlo e superarlo, correggendo le esagerazioni in cui esso è caduto a causa dell'agnosticismo liberale, che non ha mai voluto vedere i mali di esso. Il Fascismo vuole il rafforzamento del nucleo familiare e perciò non rinnega i concetti di iniziativa, di proprietà, di concorrenza, basi del rafforzamento del nucleo familiare e del progresso economico della Nazione.

Vuole anzi l'applicazione del principio del massimo rendimento portato al massimo grado mediante « la coordinazione delle energie individuali o dei gruppi economici » perchè l'Italia, date le condi-

zioni della sua economia, non può permettersi o permettere sperperi che indeboliscano la potenza economica e conseguentemente la potenza politica della Nazione.

Ho dimostrato altrove come la « Carta del Lavoro » sia la più originale creazione del Fascismo; indipendentemente dalle uguali affermazioni espresse dal Sombart al Congresso di Zurigo del « Verein für Sozialpolitik », ho per primo dimostrato il carattere della subordinazione dell'economia al potere statale, sotto il Regime fascista: una subordinazione però compatibile con l'esistenza del capitalismo, ossia della concorrenza, dell'iniziativa individuale e della proprietà privata. Freno al capitalismo, senza demolizione delle energie vitali in esso contenute.

Ho sostenuto il concetto di *necessità*, nell'intervento dello Stato, perchè è risaputo come, molto spesso, taluni invochino l'intervento statale non come strumento per raggiungere un fine di potenza nazionale o fini ideali superiori della vita umana, ma invece un fine particolare che magnificano come superiore o spirituale ed in realtà è un fine concreto materiale e in antitesi con l'interesse collettivo.

Insomma, lo Stato corporativo va foggiano i suoi organi, in modo da *correggere i mali del capitalismo, senza cadere nei sistemi socialisti*.

Affermavo inoltre che la scienza economica moderna è studiata senza apriorismi liberistici o intervenzionistici a differenza di come la studiano taluni anche illustri economisti che, oltre ad essere scienziati, sono uomini convinti delle idee liberali o socialiste o cattoliche e che quindi studiano i fatti economici con un preconconcetto liberalistico o socialistico o cattolico. Fra i nostri economisti, il Supino è da porsi fra quegli studiosi che si sono ispirati alla realtà concreta, cioè alla realtà in tutte le sue manifestazioni economiche, giuridiche, etiche e dopo avere esaminate le questioni dal puro punto di vista economico, ha allargato il proprio pensiero alla comprensione dei vari problemi del punto di vista politico sociale (14).

Il Supino sarà uno dei più desiderati collaboratori nello studio dei difficili mezzi di piegare la dura realtà al raggiungimento dei fini di collaborazione che si è proposto di raggiungere il Fascismo mediante l'ordinamento corporativo.

Perchè le difficoltà da superare sono enormi, ammessi i danni dell'intervenzionismo statale nel campo economico, ma riconosciuta la *necessità* di un tale intervento per scongiurare mali sociali maggiori che porterebbero a conseguenze politiche dannose e facilmente ad una distruzione di ricchezza che potrebbe riuscire superiore a quella provocata dall'intervento dello Stato nell'azione economica.

Ma contro l'ottimismo imbecille, bisogna reagire e riconoscere che la via è ardua. Ardua perchè non è facile conoscere *a priori* gli effetti di un provvedimento intervenzionista o di una concessione di libera azione; perchè sono difficili a distinguersi gli *antagonismi economici* utili da quelli dannosi; difficile praticamente a determinare fino a qual punto debbono rispettarsi i principi di iniziativa privata, concorrenza, proprietà, senza cadere nei *sistemi socialisti*; perchè è difficilissimo poi a scoprire in certi invocati provvedimenti quanto di filibusteria plutocratica è racchiusa nella richiesta da parte dei gruppi ansiosi, come si dichiarano, della grandezza economica del Paese, specie quando quella richiesta comprende forniture o protezioni doganali entrambe concessioni che si ripercuotono *socialmente*, ecc.; è difficile esattamente diagnosticare le condizioni della vita economica al fine di assicurarsi che l'intervento, quando è deciso, sbocchi in un effetto utile e non dannoso. Altra difficoltà nasce dalla considerazione che tutte le azioni economiche si risolvono in *prezzi*, le cui ripercussioni sull'equilibrio economico e sulla produzione in particolare sono sensibilissime, specie nei riguardi internazionali.

È necessario, ma è anche difficile, studiare il problema del costo sociale dell'intervento.

È superfluo ricordare che avendo l'Italia bisogno di seguire una politica produttivistica deve tener presente che il capitalismo non viene in aiuto della nostra economia nazionale, che se ha *fiducia*: la mancanza di fiducia ostacolando l'accumulazione capitalistica, ferma lo slancio verso la desiderata maggiore potenza economica nazionale.

Non è insomma facile studiare l'opera di un « homo economicus » in grande, impersonato nella stessa società politicamente organiz-

zata che vive senza termini assegnabili e che dispone, con atto di impero, delle forze dei suoi componenti per farle convergere a mete superiori, cosa che può anche spiegare l'eventuale sacrificio di una ricchezza e di un benessere presente, fatto per l'educazione delle attitudini di un popolo alla futura espansione.

E non è vano ricordare che l'organizzazione corporativa *non può raggiungersi soltanto con le leggi ed i decreti* e con le direttive, più o meno capaci, di congegni sindacali. È necessario che si realizzi quella stessa disciplina che *spontaneamente* si è realizzata in America: grande sviluppo della iniziativa individuale, ma accompagnata dalla *formazione di un'etica sociale* per cui gli individui si sentono portati a subordinare la propria azione all'interesse collettivo — concorrenza come elemento di progresso ma temperata dal principio della cooperazione verso l'incremento della prosperità comune per il maggior vantaggio dei singoli, — sparpagliamento del capitale fra milioni di azionisti, ma concentrazione dell'impresa e del comando e spirito sociale di gestione (15). È necessaria si formi la *coscienza fascista* nella visione dei problemi economici Nazionali.

NOTE BIBLIOGRAFICHE

1. GANGEMI L., *Il credito agrario di Stato*, Bologna, A.L.I., 1925.
2. CORBINO E., *Un tabù contemporaneo: il credito agrario*, in *Giornale degli agricoltori toscani*, Firenze 19 agosto 1924.
3. DE STEFANI A., *Il credito per l'agricoltura e la mobilitazione della proprietà fondiaria*, in *Corriere della Sera*, 20 aprile 1926.
4. Cfr. *Corriere della Sera*, 29 aprile 1926.
5. GRABAU M., *Italia rurale*, in *Il Giornale di Politica e Letteratura*, novembre 1926.
6. MONTEMURRI G., *Quel che paga l'agricoltura*, in *Il Momento*, Torino, 15 novembre 1928.
7. Su tali gravami si vegga anche MASÈ-DARI E., *Pressione fiscale e sovrimposte*, in *Il Resto del Carlino*, 19 giugno 1927.
8. Per questa parte si vegga il mio scritto avanti cit. pag. 78 e sgg. e Note Bibliografiche n. 61 a 85. Sono citati gli scritti di quanti si occuparono seriamente della questione. Si vegga ancora *Il Sole* dell'8 marzo 1928, che espone i criteri del Tassinari, illustre tecnico dei problemi agrari ed anche lo scritto dell'On. FONTANA sullo stesso argomento, in *Echi e Commenti* del 15 marzo 1928.

Questo studio era già composto quando veniva presentato il progetto di legge sull'indennizzo per miglioramenti nell'agricoltura. (Cfr. Camera dei

Deputati, Sess. 1929-30, Documenti N. 550: *Migliorie nelle locazioni di fondi rustici*).

9. Per l'approfondimento di questi problemi si consulti la *Rivista di Diritto Agrario* (dal 1921), ed in particolare: BOLLA G. G., *L'ipoteca agraria privilegiata a garanzia dei miglioramenti*, Firenze 1923; FONTANA A., *Ipoteca privilegiata sui miglioramenti*, in *Banche e Paese*, 21 luglio 1926; SIOTTO PINTOR M., *Miglioramenti agrari e ipoteca privilegiata*, in *Rivista di Diritto Agrario*, gennaio-marzo 1927; FONTANA A., *Credito agrario internazionale*, in *Rivista di Diritto Agrario*, gennaio-marzo 1927; MARESCALCHI A., *La nuova organizzazione del credito a favore dell'agricoltura*, in *Corriere della Sera*, 10 agosto 1927. - Cfr. inoltre: *La cambiale agraria come strumento di credito*, in *Il Resto del Carlino*, 8 novembre 1927.
10. Si veggano a proposito le annate della *Rivista di Diritto Agrario* citate e particolarmente i numeri di gennaio-marzo 1928 (Studi di SIOTTO PINTOR, SCIALOIA, ARCANGELI), di aprile-giugno 1928 (Studi di ARIAS, PESCE, BRUGI).
11. Si veggia per questa parte: SERPIERI A., *La proprietà fondiaria nel Regime Fascista*. (Studio importantissimo pubblicato nel *Corso di Lezioni tenute all'Università Fascista di Bologna nell'anno accademico 1926-27*, Santa Sofia di Romagna, Stab. Tip. dei Comuni, 1928) e dello stesso: *I problemi della terra nell'economia corporativa*, Roma, 1929 (Edizione del "Diritto del Lavoro"). Cfr. pure SFORZA CESARINI W., *Proprietà ed espropriazione*, in *Educazione Fascista*, febbraio 1929.
12. Discorso DE STEFANI alla Camera dei Deputati, nella tornata del 6 dic. 1928.
13. *La Finanza Cooperativa*, Roma, novembre 1928.
14. Si veggia particolarmente di SUPINO: *Principi di Economia Politica*, VII ediz., Soc. Editrice "Dante Alighieri", Milano-Roma-Napoli, 1928 - ed inoltre: *Individualismo economico*, Torino, Bocca, 1902; *Il carattere delle leggi economiche*, Bologna, Rivista Scientia, 1907; *Protezionismo e libero scambio*, Milano, Biblioteca dell'Università Popolare, 1919; *La figura scientifica del Prof. Giuseppe Prato*, in *La Riforma Sociale*, novembre-dicembre 1928.
15. I mie studi: *Economia e Fascismo*, in *Vita Italiana*, marzo 1928; *Leggi economiche, Fascismo e corporativismo*, in *Il Diritto del Lavoro*, 1928 e in *Rivista Bancaria*, novembre 1928. Si veggia inoltre a proposito: ARIAS, *L'iniziativa economica*, in *Il Popolo d'Italia*, 13 giugno 1928; MUSSOLINI A., *Ordinamento Corporativo ed iniziativa economica*, in *Corriere della Sera*, 27 ottobre 1928; LANZILLO A., *Il contenuto dell'economia corporativa*, in *Rivista Bancaria*, novembre 1928; ALBERTI M., *L' "homo oeconomicus" e l'esperienza fascista*, in *Giornale degli Economisti*, gennaio 1929; [ed inoltre BENINI R., *Un ritorno ai preliminari dell'economia politica*, in *Economia*, Roma, 1928; EINAUDI L., *Dei concetti di liberismo economico e di borghesia e sulle origini materialistiche della guerra*, in *La Riforma Sociale*, settembre-ottobre 1928; MICHELS R., *Le leggi sociali del Fascismo giudicate all'Estero*, in *Il Lavoro d'Italia*, Roma, 14 novembre 1928.

PROF. ANDREA ANDRÉADÈS

Università di Atene

La première apparition de la science des finances

(*Un chapitre de l'Économique d'Aristote*)

Luigi Cossa ⁽¹⁾ — et comment dans une publication destinée à honorer l'Homme qui a si dignement perpétué son enseignement dans une Université illustre pourrait-on ne pas commencer par ce nom — remarquait que si l'art financier était fort développé dans l'antiquité on ne trouve de traces de la science des finances que dans quelques passages épars dans les ouvrages de Xénophon et d'Aristote.

Peut-être faudrait-il se borner à ce dernier. L'auteur de la *Cyropédie* s'il a en effet consacré tout un traité aux *Revenus d'Athènes* ⁽²⁾, a considéré les faits d'un point de vue purement pratique et, chose encore plus grave, du point de vue d'un parti; il a produit en d'autres termes, un ouvrage se rapprochant assez des monographies que plusieurs anglais éminents écrivirent jadis, principalement à la veille

⁽¹⁾ Il m'a été particulièrement agréable de contribuer à faire connaître du gros public grec les *Primi Elementi di Scienza delle Finanze* de COSSA en préfaçant l'excellente traduction qu'en a donné en 1912 un de mes premiers élèves Mr. C. PAPACONSTANTINOU. Cette publication en est déjà à sa deuxième édition.

⁽²⁾ Voyez sur cet opuscule, son caractère, et sa portée notre communication à l'Académie d'Athènes, 10 Novembre 1927.

d'élections, et dont la plus retentissante reste le *Financial Reform* de sir Henry Parnell (Londres, 1830). Or si des ouvrages de ce genre sont d'un grand prix pour l'historien, et si en effet le traité de Xénophon éclaire puissamment l'histoire des finances athéniennes à un moment donné (milieu du IV^e siècle) ainsi que la politique financière du parti d'Eubule (l'adversaire de Démosthène), la contribution qu'il apporte à la science pure reste assez maigre.

Au contraire celle du Stagirite et de son école ne saurait être négligée. J'ai ailleurs ⁽¹⁾, tâché de réunir et de présenter systématiquement les enseignements qui découlent d'une étude attentive de la Somme aristotélicienne. Je me permettrai aujourd'hui d'insister sur le principal titre des Péripatéticiens à notre reconnaissance : je veux parler de certains passages du Livre II ⁽²⁾ de l'*Économique* attribué à Aristote.

Peut-être la prétention de rattacher cet écrit à la science plutôt qu'à l'art étonnera-t-elle ? Peut-être objectera-t-on que son second chapitre, qui est de beaucoup le plus long et qui compose le gros de l'ouvrage, est un recueil d'anecdotes, quelque chose comme le fameux traité de Polyen, avec cette différence qu'il s'agit ici de « stratagèmes » financiers, des moyens par lesquels 41 villes, tyrans, satrapes ou généraux sont arrivés à se procurer de l'argent. Que de plus, les enseignements que l'histoire, à défaut de la science financière, peut en tirer ⁽³⁾, quoique loin d'être sans importance ⁽⁴⁾, sont encore affaiblis par la double raison que notre compilateur laisse

⁽¹⁾ *Les doctrines financières d'Aristote et de l'école péripatéticienne* (en grec, 144 pages, Athènes 1915, extrait de l'Annuaire de l'Université d'Athènes).

⁽²⁾ Le livre I prend le mot économie, dans le sens que lui donne aussi Xénophon, son sens étroit : administration de la maison (οἶκος et νέμω) ; il traite des êtres et des choses formant la *domus* (homme, femme, enfants, esclaves, intendants, biens de toute nature), bref la « mesnagerie », du XVI^e et XVII^e siècle.

⁽³⁾ Consulter sur ce point outre ANDRÉADÈS, *op. cit.*, KURT RIEZLER, *Ueber Finanzen und Monopol in alten Griechenland* (Berlin, 1907) et P. SCHNEIDER, *Das zweite Buch der Pseudo-Aristotelischen Oekonomika* (Würzburg, 1907).

⁽⁴⁾ Ainsi il permet de mieux apprécier les effets de l'absence d'impôts directs en temps de paix et d'emprunts en temps de guerre ; les difficultés terribles dans lesquelles l'institution des mercenaires jetait les états grecs ; la forme qu'y prenaient les monopoles etc.

de côté les grandes périodes (V^e siècle) et les grands hommes (Eubule, Lycurgue) de la finance grecque et que de plus, en bon rédacteur d'annales, il n'insiste que sur le côté piquant et amusant des expédients imaginés par ses héros.

L'objection est grave mais elle oublie que ce second chapitre, ajouté à une époque postérieure et pour la seule raison que lui aussi roule sur les finances publiques, n'enlève à celui qui précède rien de son mérite. C'est ce mérite justement que nous voudrions mettre en lumière ici.

Ce qui fait le fond de notre chapitre c'est la distinction entre les Économies avec une brève mention des principaux traits de chacune d'elles. L'auteur ne se borne pas à distinguer l'économie privée de l'économie publique mais il subdivise celle-ci en *économie basilique*: celle du Grand roi, *économie satrapique*: celle des satrapes et *économie politique*: celle des villes grecques libres. Cette distinction fondée sur la forme du gouvernement est hautement scientifique. La finance d'un pays varie en effet si bien avec son régime politique, que, vingt-et-un siècles plus tard ⁽¹⁾, Mario Minghetti pouvait dire en plein parlement: « Donnez-moi un budget et je saurai vous dire quelles sont les institutions qui régissent le peuple qui l'applique ». L'éminent homme d'état italien parlait du budget des dépenses, mais son aphorisme s'applique également aux recettes et c'est par ce côté surtout que ce principe fondamental était apparu aux yeux de l'écrivain grec. Tout au moins c'est par le système fiscal que l'*Économique* distingue l'administration des satrapes de celle des cités libres. Remettant à plus bas l'exposé des traits caractéristiques de l'économie royale, arrêtons-nous sur cette distinction.

Les recettes de la finance satrapique proviendraient des six sources que voici: 1^o La terre (*ekphorion* ou dîme), qui est aussi la source la plus importante; 2^o Le domaine privé: (or, argent, cuivre, ou tout autre produit); 3^o Les douanes maritimes; 4^o Les droits sur

(1) Le 13 Mars 1863.

le commerce par terre et sur les marchés; 5° Les pâturages (*épikarpie* ou dîme); 6° Les autres impôts (*épiképhalaion*: capitation et *cheironaxion*: patente). L'économie politique tire ses ressources: 1° Et de préférence du domaine privé; 2° Du commerce et du transit; 3° Des *engykliá*, dont la nature sera déterminée tout à l'heure.

On doit relever, à l'éloge de l'auteur, que les éléments de sa distinction sont confirmés dans leurs traits généraux par les principes du droit public grec et dans leurs détails par les découvertes de la science moderne.

A bien considérer les choses, on s'aperçoit, en effet, que le propre de l'économie politique c'est d'ignorer les trois impôts directs sur la terre, les troupeaux et les personnes. Or justement, le principe qui domine la fiscalité hellène est celui de l'incompatibilité entre la qualité de citoyen libre et l'impôt direct *ordinaire* ⁽¹⁾. Les contributions que le citoyen pouvait faire à l'état devaient être consenties volontairement: ce sont les *leitourgies*.

Si maintenant nous entrons dans le détail, nous voyons que tous les mots du texte portent et que les légères erreurs qu'on pourrait signaler ne sont qu'apparentes. Ainsi: 1° Qui s'étonne que l'alinéa 2 de la finance satrapique parle, à propos du domaine privé, des mines et non de la terre, alors que les propriétés de l'Etat étaient immenses, devrait se rappeler que ces biens, rarement exploités en régie directe, étaient habituellement cédés à des agriculteurs ⁽²⁾ et que la redevance en nature versée par eux ne différait — sinon peut-être par son montant — de la dîme, représentant elle aussi une quantité déterminée des fruits de la terre ⁽³⁾. 2° Pareillement l'auteur a eu raison de ne pas séparer les douanes de terre des droits sur les marchés; le commerce extérieur se faisait pres-

⁽¹⁾ Je souligne le mot ordinaire car l'impôt extraordinaire, principalement en cas de guerre, était admis (*Eisphora*).

⁽²⁾ Parfois à ceux qui au moment de la conquête les possédaient à titre de propriété.

⁽³⁾ Justement, le texte parle à propos de la terre d'*ekphorion* et à propos des pâturages d'*épikarpie*; c'est dans l'un ou l'autre de ces deux termes, peut-être dans les deux, que rentrent les revenus des domaines ruraux.

qu'exclusivement par mer, et les douanes qu'on peut rencontrer ailleurs que dans les ports (par exemple dans la satrapie de Babylonie) sont des douanes intérieures, comparables à celles que connaissait la France avant Colbert; elles sont donc judicieusement rangées avec les impôts de consommation. L'absence de douanes de ce genre dans les cités grecques, explique pourquoi à propos d'économie politique il n'est question que d'ἐμπόρια et non de κατὰ γῆν τελῶν. 3° L'auteur n'a pas eu tort non plus de reparler de dime à propos des troupeaux; il s'agit cette foi de la *dîme de charnage*, de la *decaria di animali* qu'ont connue il y a quelques siècles les législations française et italienne.

On a voulu voir aussi une erreur de copiste dans le mot ἐγκύκλια (troisième catégorie des recettes des villes libres). Mais deux inscriptions trouvées à Délos ont prouvé que le terme existait et qu'il désignait un ensemble de droits de port, de pêche, et de péage. Ces impôts devaient former une classe particulière, attendu qu'ils se distinguent des douanes et des marchés et par leur nature (ce ne sont pas des impôts indirects mais des taxes ou des droits régaliens) et par la faiblesse de leur rendement. Influencée par ce dernier point de vue, Venise qui avait ressuscité les ἐγκύκλια antiques dans ses possessions du Levant, les avait étiquetés *dazielli* ⁽¹⁾.

L'*Economique* met le facteur recettes au second rang quand il s'agit de définir la finance royale. C'est que les Persans en leur qualité de conquérants, ne payaient pas d'impôts, quant aux provinces conquises, elles versaient un tribut annuel (*taghè*), que chaque gouverneur devait se procurer à l'aide des ressources fournies par la finance satrapique. Aussi, notre auteur a-t-il raison

(1) Nous avons consacré à *L'Administration économique et financière des Vénitiens dans les Iles Ioniennes*, deux forts volumes (Athènes, 1914) qui écrits en grec sont difficilement accessibles aux étrangers, mais qui ont eu l'honneur d'avoir été présentés à l'Académie des Lincei (1916) par L. LUZZATI et longuement analysés dans la Nouvelle Revue Historique de droit par feu le doyen HENRI MONNIER.

Les Iles Ioniennes formaient sous la Sérénissime une série de petits états semi-indépendants, d'entités financières autonomes; ils rappellent à cet égard étrangement les républiques grecques de l'antiquité, aussi l'administration des uns éclaire-t-elle celle des autres.

d'écrire que la finance royale « est à la fois la plus grande et la plus simple et qu'elle règle les questions générales : à savoir la monnaie, la taghé satrapique, et enfin les dépenses dont le pouvoir central fixera et le nombre et la nature et le montant ». Encore ici ne nous étonnons pas de voir la monnaie être citée en premier lien. Le droit de frapper des monnaies était le signe tangible de la suzeraineté ; éventuellement le faux-monnayage était, comme aujourd'hui le papier-monnaie, une ressource condamnable mais commode ; enfin et surtout, en des temps normaux il importait de s'assurer, par le monopole de la frappe, une monnaie saine, ceci, non seulement comme à Athènes et à Corinthe, pour le développement des relations économiques, mais également pour fixer sans contestations possibles le montant de la *taghé* et pour attirer alliés et mercenaires. Quand Darius mit la réforme monétaire au premier rang des mesures par lesquelles il organisa, non sans génie, l'empire perse, il avait sans doute surtout en vue d'affirmer son pouvoir suprême et de fixer avec précision son budget des recettes ; ses successeurs dégénérés pensaient sans doute davantage aux états et aux soldats dont il fallait prévenir les appréhensions sur la qualité des subsides promis.

*
* *

Si bien parti, l'auteur ne semblait pas disposé à s'arrêter en route ; il ajoute, qu'une fois ces distinctions faites, il s'agit de rechercher pour chaque ville et chaque satrapie quelles sont parmi les recettes énumérées celles qu'elle peut supporter, ainsi que celles qui pourraient y être introduites et aussi de se livrer à un travail analogue pour les dépenses. Il semble donc annoncer une seconde partie plus étendue que la première, laquelle fait figure d'introduction dogmatique. Ce chapitre n'ayant pas été écrit, ou, plus probablement, ayant été perdu, un compilateur postérieur l'a remplacé par le recueil d'anecdotes dont il fut question plus haut et qui aspirait plus à divertir qu'à enseigner. Tout mutilé qu'il est notre essai reste cependant d'autant plus digne d'être retenu par la théorie financière, que par une phrase incidente il tranche

une question controversée encore de nos jours. On sait que beaucoup d'auteurs modernes estiment, avec Adolphe Wagner, qu'aux autres raisons de distinguer entre la finance publique et la finance privée s'ajouterait le principe que l'individu réglerait ses dépenses d'après ses recettes tandis que l'état ferait l'inverse. *L'Économique* pense « qu'il est spécialement vrai de l'économie privée que les dépenses ne doivent pas dépasser les recettes mais que cela est aussi exact des trois économies publiques et qu'il convient d'y songer non négligemment (προσῆκει σκοπεῖν αὐτὸ μὴ παρέρχως) ». Que cela est bien dit. Sans doute il est moins loisible à l'état qu'à l'individu de se mettre au pain et à l'eau ; il lui faut pourvoir au développement économique et intellectuel, à la défense nationale. Mais enfin, quel est l'état qui n'éprouve pas le besoin d'avoir une armée aussi forte, un enseignement aussi complet, un réseau de communications aussi étendu que son voisin. Avec la théorie de Wagner, il faudrait s'embarquer dans les dépenses, quitte à rechercher plus tard les ressources par lesquelles on pourrait les couvrir. Cette doctrine n'a été que trop souvent appliquée, elle a abouti à des impôts écrasants et des faillites ouvertes ou déguisées. Écoutons donc la sagesse antique, ne pensons pas à l'équilibre budgétaire avec négligence.

*
* *

Tels sont les enseignements qui dérivent du chapitre Ier du Livre II de *l'Économique*. Ils auraient, sans doute, été encore plus riches si la forme avait été à la hauteur de la pensée. Hélas, le texte qui nous en est parvenu est manifestement un résumé ; il s'agit probablement de brèves notes prises à un cours ou en vue d'un cours.

Telles quelles ces pages — ou plutôt cette demi-page ⁽¹⁾ — méritaient d'être révérees comme la première apparition de la science des finances. Je ne rechercherai pas si elles émanent d'Aristote

(1) Tout ce chapitre ne forme qu'une partie de la page 1346 des œuvres d'Aristote d'après le numérotage traditionnel.

lui-même. La question est obscure et compliquée (1); sa portée est diminuée par le fait qu'en tout cas elles viennent d'un homme qui a suivi l'enseignement du Stagirite et son conseil de s'intéresser aux finances publiques (2). Philologique par excellence, elle ne serait d'ailleurs pas à sa place dans ce recueil consacré à la théorie économique.

Mais il en est une autre, qui se rattache à notre texte et qui par sa nature terminologique exige qu'on en dise ici quelques mots. Je veux parler de l'usage que fait l'*Économique* du terme « économie politique ». Elle l'emploie nous l'avons dit pour désigner l'administration financière des villes grecques libres. Mais le mot πόλις: cité, est pris aussi en grec classique dans le sens plus large d'état. L'économie politique est donc l'économie publique (3). En se servant de ce terme pour désigner l'économie populaire ou sociale, on a donné à celle-ci un nom qui ne lui convenait point; on a condamné par dessus le marché la discipline à qui il appartenait au terme « science des finances », d'origine incertaine, de portée amphibologique (4).

Faut-il jeter la pierre, comme on le fait si souvent à Antoine de Montchrestien, l'auteur du *Traicté de l'Oeconomie Politique*? (5).

(1) Je l'ai traitée pour la deuxième fois dans mon *Histoire des finances Grecques* (t. I, Athènes, 1928, pp. 101-3), ouvrage dont va paraître incessamment à Munich une traduction allemande due au prof. E. MEYER (de Zurich). Ce qui me fait pencher vers la négative est que le traité ne parle pas de « finance tyrannique », or la tyrannie était une forme reconnue de gouvernement et Aristote a, notamment dans *La Politique*, exposé les traits distinctifs de l'administration financière des tyrans; voyez pour détails notre étude *Tipi di politica finanziaria nell' antichità greca* (en italien, dans *Rivista internaz. di filosofia di diritto*, 1927, fasc. III), cfr. E. MOSELLI, *Finanza ed economia* (Catania, 1928, p. 80). Et, justement, la tyrannie subit une éclipse pendant les années qui suivirent la mort du Stagirite.

(2) Cfr. *La Rhétorique I.*, IV, 8. Il a d'ailleurs prêché d'exemple, cfr. entre autres *La Rhétorique à Alexandre* (II, 16 et XXXVIII).

(3) Laligant quand il a traduit le *Staatshaushaltung der Athener* d' A. BOECKH par *L'Économie Politique des Athéniens*, montrait que, s'il ne tenait pas compte du vocabulaire économique français, il connaissait du moins le grec.

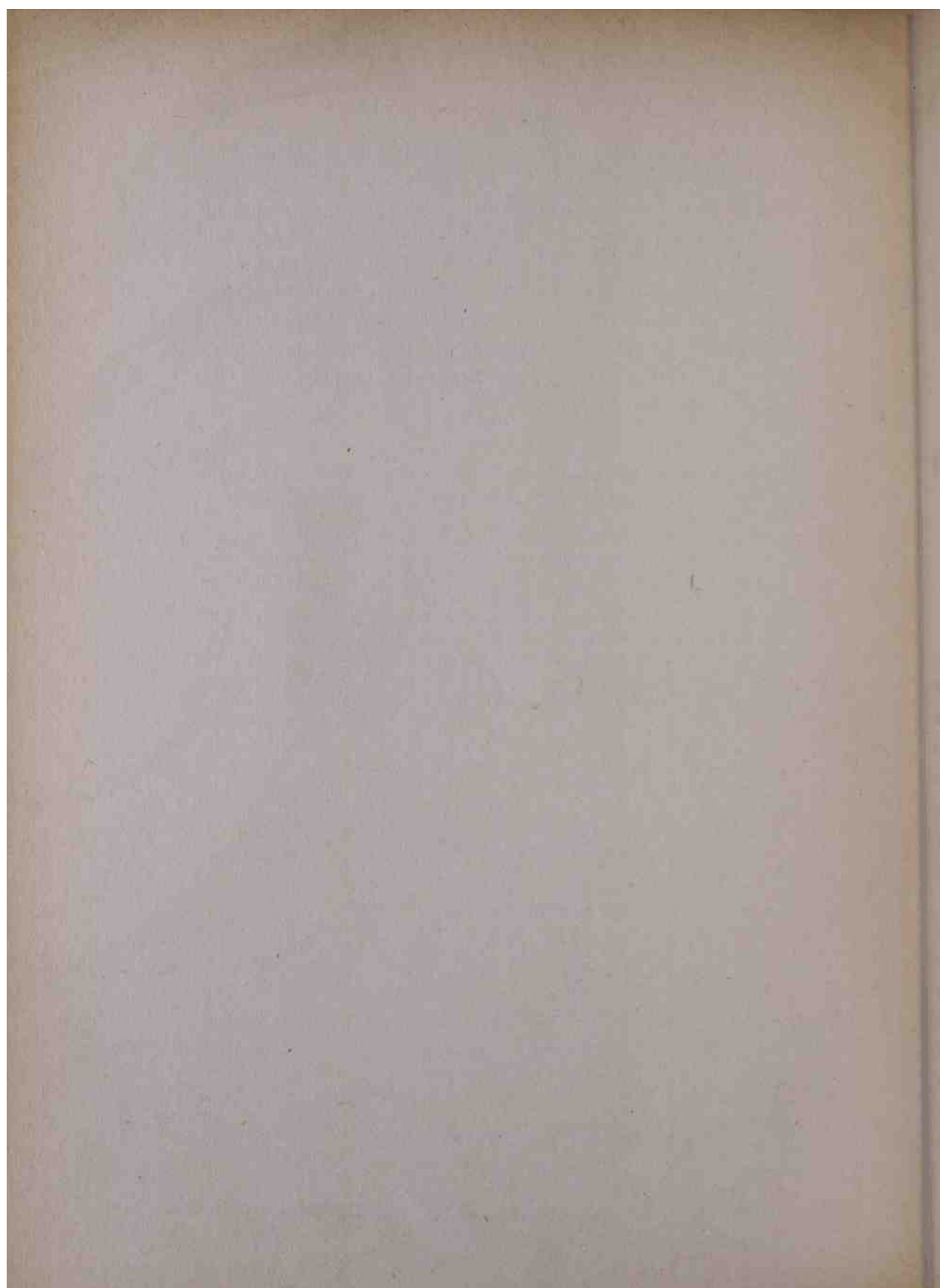
(4) Cfr. FR. J. NEUMANN, *Finanz und Finanzwissenschaft* (Zeitschrift. für die gesamte Staatswissenschaft, t. 64, 1908, p. 472 sq), article excellent mais susceptible d'être complété.

(5) Paru en 1615. Deuxième édition avec introduction et notes par Th. Funck-Brentano (Paris, 1889).

Les quelques jours que j'avais consacré jadis à la vie et l'oeuvre de celui-ci, m'avaient conduit à la conclusion que le sieur de Vatteville était assez bon helléniste ⁽¹⁾ pour connaître le sens du mot « politique » et assez bon économiste pour distinguer l'économie privée de la « mesnagerie publique »; seulement, en sa qualité de bon mercantiliste, attendant tout de l'État même en matière ploutologique ⁽²⁾, il avait cru pouvoir l'appliquer à la science des richesses sans commettre de solécisme. Il est donc intéressant de rechercher les véritables coupables. Mais cette enquête nous éloignerait trop des Péripaticiens.

(1) Il avait manifestement étudié avec soin Xénophon et Aristote dont il cite jusqu'à six définitions; il mentionne aussi d'autres hellènes, tels Thalès et Orchotas de Tarente.

(2) Comme le dit justement M. ANDRÉ VERRE, « Pour Montchrétien l'immixtion du gouvernement dans les affaires n'est pas un expédient, une exception, c'est une nécessité de tous les instants », cfr. *Antoine de Montchrétien et le nationalisme économique* (Paris, 1923. Thèse soutenue devant la faculté de droit) p. 24. Il n'était pas le seul à penser ainsi; le prof. W. R. SCOTT a défini le système mercantiliste « un effort pour collationner l'unité économique avec l'unité politique, en d'autres termes d'identifier l'activité économique avec l'activité étatique », (Conférence faite à l'Académie Britannique à l'occasion du deuxième centenaire de la naissance d'Adam Smith, 6 juin 1923; Cfr. le Glasgow Herald du 7 juin).



PROF. BENVENUTO GRIZIOTTI

R. Università di Pavia

Primi lineamenti delle dottrine finanziarie in Italia
durante l'ultimo cinquantennio

1. - Gli Economisti italiani, a cui spetta il merito di avere dall'80 in poi portato la letteratura scientifica nazionale ad alta rinomanza, hanno dato larghissimo impulso ad una fiorente produzione di pregevolissime opere anche nel campo dell'Economia finanziaria e della Scienza delle Finanze pubbliche, sia con monografie teoriche e con trattati, sia con pregiati articoli di politica finanziaria apparsi nelle riviste e nei giornali, sia con notevoli relazioni o discorsi parlamentari.

Il prestigio acquistato anche all'estero dalla scienza finanziaria italiana è attestata dai giudizi, veramente lusinghieri, che sono espressi dai migliori scienziati stranieri. Fra questi merita di essere specialmente ricordato il più erudito scrittore contemporaneo di finanze, il Prof. Edwin A. R. Seligman, della Columbia University di New York. Il Seligman già aveva scritto alcuni lustri or sono in una rassegna internazionale della letteratura finanziaria: « In some respects the best works on certain lines of public finance toward the end of the nineteenth century was done by the two nations, with

whose literature we are less familiar, - the Italian and the Dutch⁽¹⁾». E ora non è molto, a conclusione di un particolareggiato studio sulla nostra letteratura dal principio del secolo XIX agli ultimi anni del XX, apparso nella collana di monografie pubblicata dai Proff. tedeschi Gerloff e Meisel, afferma: « In allgemeinen kann gesagt werden, dass die *neuere* italienische Literatur der Finanzwissenschaft diejenige aller übrigen europäischen Länder an Vielseitigkeit, Gelehrsamkeit und Fülle der Anregungen übertrifft⁽²⁾ ». L'autorevole giudizio del Seligman trova riscontro in quello pure assai lusinghiero dell'Economista inglese, G. Findlay Shirras⁽³⁾, professore dell'Università di Calcutta e autore di un trattato di finanze, e nello studio diligente ed acuto dell'Economista francese G. Pirou, che ha messo in rilievo la fioritura della Scienza delle Finanze in Italia⁽⁴⁾ in contrasto con la crisi, che la stessa scienza attraversa in Francia.

Se gli studiosi stranieri moderni hanno onorato specialmente la produzione scientifica italiana sulle finanze pubbliche degli ultimi decenni, non può dimenticarsi il valore degli studj anteriori, che in Italia ebbero una antica tradizione, come lo attesta la lodata « Storia delle Dottrine finanziarie in Italia » di Giuseppe Ricca-Salerno⁽⁵⁾, la quale arriva alla vigilia della rinascenza scientifica, che qui si vuole brevemente delineare, nella speranza che altri con un'opera di ampia mole, tragga incitamento a completare degnamente il lavoro del Ricca-Salerno.

(1) E. R. A. SELIGMAN, *Essays in Taxation*, New York, Macmillan, 1925⁴⁰, pag. 561 e segg.

(2) E. R. A. SELIGMAN, *Geschichte der Finanzwissenschaft ausserhalb Deutschlands insbesondere seit Beginn des 19. Jahrhunderts*. (In *Handbuch der Finanzwissenschaft*, Edit. W. Gerloff e F. Meisel, Tübingen, 1926, pag. 308).

(3) G. FINDLAY SHIRRAS, *Science of Public Finance*, London, Macmillan, 1924, pag. 22-23: "The work of Italian writers on finance at the end of the nineteenth century and the first two decades of the twentieth is of a very high order indeed, e basta "to show the vast amount of financial literature of merit which places Italy on a very high level, especially in the literature of taxation".

(4) G. PIROU, *L'état actuel de la science des finances en Italie*. (*Revue d'Economie Politique*, 1919, pag. 432-54).

(5) G. RICCA-SALERNO, *Storia delle dottrine finanziarie in Italia col raffronto delle dottrine forestiere e delle istituzioni e condizioni di fatto*, Palermo, Reber, 1892⁹⁰.

Per ben comprendere le ragioni del progresso negli studj finanziari in Italia bisogna considerare da un lato le necessità e le crisi finanziarie del nuovo Regno, che attirarono l'attenzione di eletti ingegni sui problemi delle finanze, e dall'altro il contributo delle Università Italiane, che trassero incitamento da quella di Pavia ad alimentare con l'istituzione di cattedre nuovi centri di studj.

Dall'opera scientifica ed accademica di Luigi Cossa bisogna infatti prendere inizio per studiare il nuovo movimento degli studj finanziari in Italia. Occupando nel 1858 a Pavia una delle prime cattedre d'Economia Politica fondata in Italia nel periodo del risorgimento, il Cossa già svolgeva come oggetto del corso per l'anno accademico 1859-60 la « Teoria delle Finanze » e nel 1876 pubblicava presso l'editore Hoepli il nitido manuale di Scienza delle Finanze, il secondo, che si pubblicasse in Italia dopo quello del De Luca ⁽¹⁾. Esso trovò subito un largo favore tanto che in pochi mesi giunse alla seconda edizione, seguita poi da molte altre, e si diffuse largamente e si può dire, dominò, per molto tempo anche all'estero per opera di traduzioni in parecchie lingue ⁽²⁾. Il Cossa fu l'unico ai suoi tempi a costituire, nell'Università di Pavia, una nuova Scuola, a cui provvide coi suoi propri mezzi, essendo largo di consiglio agli allievi, ospitale verso chi ricorreva alla sua ricca biblioteca privata, generoso mecenate colla creazione nel 1878 di premi fra gli studenti dell'Università di Pavia e gli studiosi dell'Istituto Lombardo di Scienze e Lettere per monografie d'economia politica e scienze delle finanze, mentre egli stesso promosse, con i sussidii del Consorzio Universitario, la creazione presso l'Università di Pavia della Cattedra di Scienza delle Finanze, come insegnamento libero a titolo pubblico. Questa cattedra ottenne, in seguito a concorso, il Prof. Giuseppe Ricca-Salerno, già allievo del Cossa e di Adolfo Wagner, il quale lesse nel 25 gennaio 1878 una dotta prolusione sull'*Oggetto e compito della Scienze delle Finanze*. nella quale, partendo

⁽¹⁾ PLACIDO DE LUCA, *La Scienza delle Finanze*, Napoli, 1858.

⁽²⁾ LUIGI COSSA, *Primi elementi di scienza delle finanze*, Milano, Hoepli, 1876. (XII ediz. a cura di A. Graziani).

dal concetto giuridico e politico dello Stato e dai fini della finanza pubblica, stabiliva che la scienza studia i fenomeni finanziari da tutti i loro aspetti e nella triplice serie di relazioni politiche, economiche e giuridiche, convenendo collo stesso Cossa che i fenomeni finanziari non sono semplici fenomeni economici e non vanno giudicati alla stregua dei criteri forniti dall'economia privata, poichè il diritto e la politica generale sono fonti della Scienza delle Finanze non meno dell'economia, sicchè la vita finanziaria rimarrebbe in gran parte inesplicabile a norma di quell'unico criterio. La Scienza delle Finanze ha per oggetto di determinare i limiti di applicazione delle diverse forme d'entrata e non è competente a discutere sugli scopi dello Stato, nè a giudicare l'intero ordinamento dell'economia sociale e a proporre dei cangiamenti o delle modificazioni e perciò il Ricca-Salerno combattè come priva di fondamento scientifico l'opinione del Wagner, che attribuiva alla finanza pubblica degli scopi ulteriori di ordinamento economico e ne faceva uno spediente di politica sociale (¹).

In questi termini il Ricca-Salerno fissava una dottrina, che ben si distingueva dalle teorie tedesche, da cui in parte traeva origine, e che in seguito venne ulteriormente elaborata sotto l'influsso delle dottrine del Sax.

Il Ricca-Salerno pubblicava in seguito sul *Giornale degli Economisti* (giugno 1878) il saggio sull'*Imposta progressiva secondo alcune dottrine tedesche* e la dotta monografia sui *Prestiti Pubblici* (1879), mentre, assecondando gli studi storici incoraggiati dal Cossa preparava la *Storia delle dottrine finanziarie*, premiata e pubblicata la prima volta nel 1881 dall'Accademia dei Lincei.

Passato il Ricca-Salerno alla Cattedra d'Economia di Modena e poi a quella di Palermo, venne la Finanza come corso libero professata a Pavia ancora dal Cossa, da Carlo Francesco Ferraris e da Alessandro Malgarini, finchè nel 1886-7, essendo la Scienza delle Finanze divenuta materia obbligatoria nei programmi delle Facoltà

(¹) G. RICCA-SALERNO, *Oggetto e compito della scienza delle finanze*. Prolusione al corso di scienza delle finanze, letta nell'Università di Pavia il 25 gennaio 1878 (in *Giornale degli Economisti*, gennaio 1878, pag. 249-77).

Giuridiche italiane, salì sulla Cattedra di Pavia Antonio De Viti de Marco, il quale in quello stesso anno dettò quel corso, che dette origine dapprima alla famosa opera sul *Carattere teorico dell'Economia Finanziaria* ⁽¹⁾, e poi al celebrato volume dei *Primi Principii d'Economia Finanziaria* ⁽²⁾ giunto ora alla terza edizione dopo una ininterrotta rielaborazione compiuta in quarant'anni d'insegnamento.

Al De Viti de Marco successe sulla Cattedra di Pavia Ugo Mazzola, mentre il Cossa continuava ad esercitare con prestigio il suo magistero anche nel campo della Scienza delle Finanze, per gli incoraggiamenti e gli aiuti, che prestava con utilissimi consigli o con indicazioni sulla letteratura e con la sua ricca e scelta biblioteca, oltre che ai giovani colleghi come Ricca-Salerno, De Viti de Marco, C. F. Ferraris e Malgarini, a quelli, che a lui si affidavano per l'avviamento e perfezionamento negli studi e che ben presto occuparono e illustrarono con notevole attività scientifica cattedre di Finanze, come Augusto Graziani a Siena, Carlo A. Conigliani a Modena, Vico Cosumano a Palermo, o scrissero pregevoli monografie anche in materie di Finanze come Ulisse Gobbi ⁽³⁾, Tommaso Fornari ⁽⁴⁾, Rodolfo Benini ⁽⁵⁾, Giovanni Montemartini ⁽⁶⁾. Francesco Coletti ⁽⁷⁾.

(1) A. DE VITI DE MARCO, *Il carattere teorico dell'Economia Finanziaria*, Roma, Pasqualucci, 1888.

(2) A. DE VITI DE MARCO, *Primi principii d'Economia Finanziaria*, Roma, Sampaolesi, 1928³.

(3) U. GOBBI, *Sul carattere razionale dell'imposta progressiva* (*Rendiconti Istituto Lombardo*, Vol. XXX, 1897); — *Un teorema elementare sulla relazione fra imposta e ricchezza* (*Ibid.*, Vol. XXXII, 1899); — *Un preteso difetto delle imposte sui consumi* (*Giorn. degli Econ.*, aprile 1904); — *L'imposta sulle aree fabbricabili* (*Giorn. degli Econ.*, giugno 1907); — *L'imposta sul sovrapprezzo delle azioni* (*Monitore dei Tribunali*, N. 3 del 1910); — *L'imposta sul sovrapprezzo delle azioni e le società cooperative* (*Rend. Istit. Lomb.*, vol. XLIV, 1911); — *Il prestito del Littorio*, Milano, 1926; — *Il nuovo progetto di legge sui dazii comunali, e la riforma tributaria milanese*, Milano, 1898; — *Relazione della Commissione Consigliare per lo studio dei provvedimenti necessari all'assetto delle finanze del Comune*, Milano, 1912.

(4) T. FORNARI, *Delle teorie economiche nelle provincie napolitane*, Milano, Hoepli, vol. II, 1882 (dove sono esposte anche le teorie finanziarie); — *Della controversia fra economisti napoletani circa la conversione del debito pubblico*, Milano, Hoepli, 1889.

(5) R. BENINI, *Imposte e bilancio monetario*, Bari, Pansini, 1889; — *Il dare e l'avere fra le Provincie e lo Stato*, (Discorso inaugurale della R. Scuola Sup. Com.) Bari, Pansini, 1894; — *Ueber die Lage der italienischen Finanzen in Zeitschrift*

L'opera di Luigi Cossa giovò, dunque, al progresso degli studi finanziari sia col promuovere il sorgere delle cattedre di Scienza delle Finanze e Diritto Finanziario nelle Università Italiane, sia col far prosperare quella Scuola Pavese, dove si formarono o si ritemperarono giovani, che occuparono poi parecchie di quelle cattedre e che colla loro attività scientifica contribuirono ad arricchire la letteratura finanziaria italiana.

Su questa ben presto fecero risentire il loro influsso i nuovi indirizzi degli studi economici, poichè furono essenzialmente gli Economisti, che s'occuparono in Italia di Finanza.

2. - In prima linea per importanza di contributi e per ordine di tempo troviamo Maffeo Pantaleoni, il principe degli Economisti italiani della generazione, che è ora rappresentato dai più anziani. Infatti, nella *Rassegna Italiana* del 15 ottobre 1883, egli pubblica il *Contributo alla teoria del riparto delle spese pubbliche* e applica per la prima volta ai fenomeni della finanza la teoria del valore di Jevons e Walras. Egli anticipa così il movimento, che pochi anni dopo, nel 1887, alimenta con la magistrale *Teoria della pressione tributaria* e che quasi con-

für Volkswirtschaft, Socialpolitik und Verwaltung, Band. III, Heft. II Wien); — *L'azione dello Stato sul corso dei cambi e i criteri dell'Amministrazione italiana* (*Giornale degli Economisti*, aprile 1894); — *Sul debito ipotecario gravante la proprietà fondiaria di privati in Italia* (in *Zeitschrift für Socialwissenschaft* di J. Wolf, 1899, Heft 4); — *Sulla finanza democratica*, (discorso tenuto a Cremona il 24 novembre 1901, in "La Democrazia", di Cremona del 27 novembre 1901); — *I pagamenti di spese dello Stato nelle Province Lombarde ed il movimento del risparmio* (dal volume commemorativo del primo centenario della Cassa di Risparmio di Milano); — *I danni di guerra sofferti dall'Italia e le riparazioni che le spettano secondo equità*, (in *Economia*, anno II N. 1 e 2); — *I danni di guerra ai beni di terraferma*, (Relaz. a S. E. De Stefani, Ministro delle Finanze, Roma, Libreria dello Stato, 1925).

(6) G. MONTEMARTINI, *Le municipalizzazioni dei pubblici servizi*, Milano, Società Editrice Libreria, 1917².

(7) F. COLETTI, *Industria armentizia e imposta di R. M. nella zona montana della Provincia di Macerata e in generale nelle Province ex pontificie*, Macerata, Bianchini, 1896, p. 150; — *Economia rurale e politica rurale in Italia*, Piacenza, Feder. dei Cons. Agr., 1926, contenente studii tributarii relativi alla proprietà fondiaria e all'agricoltura; — Altri articoli sulla sovrimposta fondiaria nel *Giornale dell'Agricoltura della domenica*.

temporaneamente, poi, sostengono con opere fondamentali l'austriaco Emilio Sax, e il nostro Antonio De Viti de Marco e, ispirandosi all'opera del Sax, poco più tardi Giuseppe Ricca-Salerno e Augusto Graziani. Pantaleoni ritiene che il riparto delle spese pubbliche è un fatto, che risulta dal giudizio, che la intelligenza media compresa nel Parlamento forma intorno ai gradi finali comparati di pena cagionata dalla corrispondente esazione dei mezzi. Bisogna che vi sia un equilibrio fra l'utilità della spesa e il sacrificio del prelevamento e che il grado finale di utilità di ogni singolo capo di spesa, a parità d'ammontare, sia eguale a ogni altro, affinché si possa raggiungere coi servizi pubblici un *maximum* di soddisfazione collettiva. Pantaleoni, quindi, con la teoria sua, che si riferisce al giudizio del Parlamento e non del singolo cittadino, evita le critiche, che furono mosse agli studiosi, che hanno cercato di spiegare la finanza pubblica colla teoria del grado finale di utilità applicata alla determinazione dei vantaggi, che i singoli sentono personalmente dall'attività dello Stato e che nessuno evidentemente può riuscire di conoscere.

Senonchè, anche così presentata, la dottrina della valutazione economica collettivistica dei fenomeni finanziari, e nonostante i pregevolissimi contributi, apportati anche da economisti di grande ingegno e vaglia, come Ugo Mazzola ⁽¹⁾ e Luigi Einandi ⁽²⁾, non è sostenibile, perchè il giudizio formato dal Parlamento è compiuto sotto la spinta d'interessi, di passioni, di pregiudizii e in vista di fini di varia natura, ossia è un giudizio politico, che non è subordinato alla logica economica, e che non diventa di carattere economico anche se verte su materia economica e reca con sè economiche conseguenze. Invece Maffeo Pantaleoni, spingendo lo

(¹) U. MAZZOLA, *I dati scientifici della finanza pubblica*, Roma, Loescher, 1890; — *L'imposta progressiva in economia pura e sociale*, Pavia, 1895.

(²) L. EINAUDI, *Corso di Scienza delle Finanze*, Torino, *La Riforma Sociale*, IV ediz.; — *Osservazioni critiche intorno alla teoria dell'ammortamento dell'imposta e teoria delle variazioni nei redditi e nei valori capitali susseguenti all'imposta*. (*Atti dell'Acc. delle Scienze di Torino*, vol. 54, 1918-19); — *Contributo alla ricerca dell'«ottima imposta»*. (*Annali d'Economia*, luglio 1929).

sguardo sulla natura degli assetti politici, nel *Tentativo di analisi del concetto di « forte e debole » in Economia* ⁽¹⁾, trova tre tipi di ordinamenti: *i predatori, i parassitari e i mutualistici*, oltre che i sistemi intermedi, e sostiene che c'è una Scienza finanziaria solo nel caso, in cui lo Stato operi come il gestore di una cooperativa per la produzione e lo smercio dei servizi pubblici (*Di alcuni fenomeni di dinamica economica*, 1909) ⁽²⁾, lasciando così senza sistemazione teorica un campo di tributi, diretti e indiretti, del quale si potrebbe facilmente dimostrare la vastità nella legislazione contemporanea, come d'altri tempi, e di cui può farsi lo studio scientifico, seguendo invece l'indirizzo politico nell'interpretazione dei fenomeni finanziari. Al medesimo risultato di lasciare senza sistemazione teorica l'attività finanziaria, quando non si può a meno di riconoscere che essa non è regolata da criteri economici, ma dal fattore politico, sono forzatamente giunti altri insigni scrittori, come Ugo Mazzola ⁽³⁾ e Antonio De Viti de Marco ⁽⁴⁾, che non hanno potuto con criteri economici spiegare il prevalere dell'imposta progressiva sulla proporzionale nei regimi democratici, mentre insistono nel ritenere che il fenomeno finanziario è un'applicazione della teoria del valore e parte integrante del fenomeno economico generale.

⁽¹⁾ M. PANTALEONI, *Scritti vari di Economia*, Palermo, Sandron, 1904, serie I, pag. 341-86.

⁽²⁾ M. PANTALEONI, *Scritti vari di Economia*, Roma, Castellani, 1910, serie III, pag. 45 e segg.

⁽³⁾ U. MAZZOLA, *L'imposta progressiva* cit.

⁽⁴⁾ A. DE VITI DE MARCO, *I primi principii dell'Economia finanziaria*, Roma, Sampaolesi, 1928.

E da osservare però che l'A. nel cap. XI giunge « alla conclusione negativa, che vieta di considerare il regime proporzionale e quello progressivo come corollari della teoria del valore », e allora nel cap. XII tratta « i due sistemi come due *fatti primi* di tendenza politica, conformi rispettivamente all'interesse delle classi dominanti ». Ma, all'infuori di quest'argomento, che offre occasione all'A. di esporre la « teoria politica dell'imposta proporzionale e progressiva », il prof. De Viti de Marco studia l'attività finanziaria con criteri economici.

A nostro avviso o tutta l'attività finanziaria può essere spiegata con criterii economici o tutta deve essere considerata con criterii politici, ossia mettendo in luce, come ben dice il D. V. d. M., quei *fatti primi* di tendenza politica (che non si possono ridurre ai soli interessi delle classi dominanti) e che guidano tutta quanta l'attività finanziaria considerata nella sua organica unità.

Anche nel campo delle statizzazioni De Viti de Marco ⁽¹⁾ constata che esse si facciano talvolta, quando non converrebbero, o non si facciano, quando pur converrebbero per il fatto che sarebbe in tal caso l'impresa pubblica più economica della privata, a seconda che l'azione dello Stato è dominata dalla forza politica del capitale o dalla forza politica del lavoro. Egli, dopo aver considerato che in entrambi i casi la collettività dei contribuenti dovrà sostenere il maggior costo di produzione, pagando, nel primo caso, maggiori imposte all'impresa pubblica e, nel secondo, un maggior prezzo all'impresa privata, si acquieta a tale constatazione di insufficienza della logica economica per la spiegazione dei fenomeni considerati. Poichè l'A. non elabora i principi logici della politica capitalistica o di quella operaia in materia di statizzazioni, nel quadro di una determinata legislazione finanziaria, lascia questi casi come dispersi fuori dal suo sistema di principi economici. Invece Giovanni Montemartini ⁽²⁾, che pure ha tentato di applicare la teoria della produttività marginale allo studio della scienza delle finanze, ha sentito la necessità di elaborare un primo saggio di teoria dei principi politici per le municipalizzazioni dei pubblici servizi.

Ma non solo nel campo dell'imposta progressiva o delle statizzazioni o delle spese pubbliche s'incontrano fattori politici decisivi dell'attività finanziaria, bensì ovunque agisca lo Stato, organo politico per eccellenza. Perciò il non studiare sistematicamente le regole politiche, secondo cui agiscono normalmente questi fattori in ciascuna determinata legislazione, equivale a non far luce dove è necessario, e il cercare le norme direttive dell'attività finanziaria nella legge del

⁽¹⁾ A. DE VITI DE MARCO, *op. cit.*, pag. 29. Il D. d. M. osserva (pag. 28) che "un elemento politico, più o meno attivo, fa parte quasi sempre del fenomeno finanziario concreto e quindi bisogna tenerne conto „. In realtà la teoria dell'A. procede nelle sue linee caratteristiche seguendo "l'ipotesi che il principio del massimo tornaconto economico non sia turbato dall'intervento di cause politiche „. Invece il principio politico ha maggiore importanza di quella attribuitagli dall'A. ed è *sempre* presente nel fenomeno finanziario.

⁽²⁾ G. MONTEMARTINI, *Municipalizzazione dei pubblici servizi*, Milano, Società Editrice Libreria, 1917².

valore o in altra legge della scienza economica può essere cagione di forti deviazioni dalla conoscenza della realtà.

Anche il tentativo, che fece Montemartini, di costituire una scienza finanziaria pura sui fondamenti della teoria economica senza disconoscere il carattere politico dello Stato, non diede un risultato esauriente. La teoria economica dello Stato non serve a spiegare i primi principii dell'attività dello Stato, se lo Stato, come organizzazione politica, è concepito un'impresa industriale, o un'organizzazione produttiva, che ha per iscopo di far compartecipare tutta una collettività all'acquisto di dati beni o servizi e fa oggetto della sua attività non il provvedere a uno invece che a un altro bisogno, ma piuttosto il creare una forza di coazione per distribuire il costo di determinate produzioni sopra una collettività⁽¹⁾. In questo modo la concezione dell'attività finanziaria viene oscurata dal voluto impiego di termini e concetti economici per determinare fatti politici e giuridici di diritto pubblico. D'altra parte si manifestano chiaramente contraddizioni di pensiero. Se oggetto dell'attività finanziaria, invero, come ben ha visto Montemartini, è la *ripartizione coattiva* del costo dei pubblici servizi, con ciò si indica un'azione, che non è un'attività economica nè un fatto di *produzione*, e che non può pertanto caratterizzare la Stato come un'impresa industriale o una organizzazione produttiva. Quando uno scambio di servizi cessa di essere *contrattuale* per divenire *coattivo*, finisce pure di essere un atto *economico* per diventare un'azione *politica*.

Nò maggiormente utili per la sistemazione teorica generale dell'attività finanziaria sono le *Considerazioni sulle proprietà di un sistema di prezzi politici* di M. Pantaleoni⁽²⁾, che pur devono dirsi fondamentali a definire i limiti d'applicazione e la funzione sociale delle imposte negli ordinamenti economici. Prezzi politici sono quelli che variano secondo i requisiti personali del venditore o compratore e che seguono la legge d'indifferenza dei prezzi economici.

⁽¹⁾ G. MONTEMARTINI, *Op. cit.*, p. 11-14.

⁽²⁾ M. PANTALEONI, *Considerazioni sulle proprietà di un sistema di prezzi politici* (in *Giornale degli Economisti*, gennaio 1911 e ristampato in *La fine provvisoria di un'epopea*, Bari, Laterza, 1919, pag. 1 e seg.).

Perciò l'imposta, sia essa proporzionale o progressiva, è il genere più universale di prezzo politico, perchè preleva somme *diverse* sui redditi dei cittadini, che ricevono dallo Stato la *stessa* quantità e qualità di servizi (difesa nazionale, pubblica sicurezza, ecc.). Ma a questa teoria, che pur riconosce il carattere *politico* nell'imposta, è da opporre che l'imposta non è un prezzo, essendo essa prelevata con la coazione dallo Stato indipendentemente dalla prestazione di servizi al contribuente. Il prezzo implica il rapporto di scambio, che non si riscontra nell'imposta, per quanto l'imposta sia destinata a provvedere i mezzi per i pubblici servizi.

Gli Economisti italiani hanno potuto meglio rendere proficue le loro indagini e i loro metodi di studio nelle indagini sugli effetti economici delle imposte e delle altre pubbliche entrate e sulla pressione tributaria.

Anche in quest'ordine di ricerche apre magistralmente la via e si afferma sopra ogni altro Maffeo Pantaleoni con il capolavoro giovanile, rimasto incompleto, sulla *Teoria della traslazione dei tributi* ⁽¹⁾, dove sono definiti i concetti fondamentali e vengono determinate le condizioni della traslazione, dell'incidenza e dei fenomeni affini. Ancor oggi, a quasi cinquant'anni di distanza, la *Teoria della traslazione dei tributi* è una delle opere più considerate nella letteratura internazionale ormai ricchissima sugli effetti delle imposte. Nè meno pregevole è l'altro lavoro già lodato sulla *Teoria della pressione tributaria* ⁽²⁾, dove Pantaleoni, prese le mosse dal teorema delle utilità marginali, arriva alla conclusione che l'aumento di pressione tributaria porta a una riduzione proporzionale di tutti i consumi in misura della loro minore importanza per la soddisfazione dei bisogni. Esamina le conseguenze di un tale effetto su tutti i prezzi, sia in un mercato aperto sia in uno chiuso, e conclude che la pressione tributaria si ripartisce nel corpo sociale in proporzione ai redditi e che qualsiasi imposta, indifferentemente dalla sua

⁽¹⁾ M. PANTALEONI, *Teoria della traslazione dei tributi*, Roma, Paolini, 1882.

⁽²⁾ M. PANTALEONI, *Teoria della pressione tributaria* (in *Scritti varii di Economia*, Palermo, Sandron, 1904, pag. 111 e seg.).

natura di tributo diretto o indiretto, agisce nello stesso modo, a parità di gravezza, sulla redistribuzione delle residue entrate del contribuente fra i suoi consumi secondo la loro importanza relativa. Onde non vi sono imposte su consumi specifici di lusso, ma solo imposte di classe⁽¹⁾. Questa teoria, cui ha portato pure pregevoli contributi Ulisse Gobbi⁽²⁾, è da apprezzare in quanto mette in evidenza alcune forze tendenziali, la cui applicazione però nella realtà può essere contrastata da circostanze particolari⁽³⁾.

Per originalità di contributi e per finezza d'analisi debbono essere segnalate anche le opere ragguardevoli di Augusto Graziani⁽⁴⁾, Carlo A. Conigliani⁽⁵⁾, Luigi Einaudi⁽⁶⁾, Pasquale Iannaccone⁽⁷⁾, Enrico Barone⁽⁸⁾, Fabrizio Natoli⁽⁹⁾, Cesare Jarach⁽¹⁰⁾, Attilio Cabiati⁽¹¹⁾,

⁽¹⁾ M. PANTALEONI, *L'identità di pressione teorica di qualunque imposta a parità di ammontare e la sua semiotica* (Giornale degli Economisti, 1910).

⁽²⁾ U. GOBBI, *Un preteso difetto delle imposte sui consumi* (in *Giornale degli Economisti*, aprile 1904) e *Sulla misura del vantaggio che il consumatore ritrae da uno scambio e sulla rendita del consumatore* (in *Rendiconti del R. Istituto Lombardo di Scienze e Lettere*, vol. XLVIII, fasc. 13-15).

⁽³⁾ A questo proposito si vedano gli scritti di G. BORGATTA, *Intorno alla pressione di qualunque imposta a parità di prelievo* (in *Giornale degli Economisti*, agosto 1921, pag. 290 e seg.) e di M. FASIANI, *Di un particolare aspetto delle imposte sul consumo* (in *La Riforma Sociale*, gennaio 1930, pag. 1 e seg.).

⁽⁴⁾ A. GRAZIANI, *Istituzioni di Scienza delle Finanze*, Torino, Utet., 1923; — *La teoria generale della ripercussione delle imposte*, Napoli, 1899; — *Sulla ripercussione delle imposte nei casi di monopolio*, Torino, 1898.

⁽⁵⁾ C. A. CONIGLIANI, *Teoria generale degli effetti economici delle imposte*, Milano, Hoepli, 1890.

⁽⁶⁾ L. EINAUDI, *Studi sugli effetti delle imposte. Contributo allo studio dei problemi tributari municipali*, Torino, Bocca, 1902.

⁽⁷⁾ P. JANNACONE, *L'imposta sui trasporti degli emigranti e la sua incidenza*, Torino, 1907; — *Questioni controverse nella teoria della traslazione delle imposte in regime di Monopolio*, (in *La Riforma Sociale*, 1902).

⁽⁸⁾ BARONE E., *Di alcuni teoremi fondamentali per la teoria matematica della imposta* (Giornale degli Economisti, 1894); — *La traslazione delle imposte in Studi di Economia Finanziaria*, (Giorn. d. Econ., 1912).

⁽⁹⁾ F. NATOLI, *Studi sugli effetti economici dell'imposta*, Palermo, 1909.

⁽¹⁰⁾ C. JARACH, *Gli effetti di una imposta generale ed uniforme sui profitti* (in *Atti della R. Accademia delle Scienze di Torino*, 1911).

⁽¹¹⁾ A. CABIATI, *Per riempire alcune "empty boxes"*, (Giorn. degli Econ., febbraio 1928) e nel volume: *Scambi internazionali e politica bancaria*, Torino, Bocca, 1929.

e quelle dei più giovani come Attilio Da Empoli ⁽¹⁾, Federico Portanova ⁽²⁾, Renzo Fubini ⁽³⁾, Mauro Fasiani ⁽⁴⁾, Salvatore Majorana ⁽⁵⁾, che si sono occupati della teoria generale o di questioni particolari sugli effetti delle imposte.

Alla esauriente discussione della dottrina esposta primieramente da Ricardo sulla identica pressione del prestito e dell'imposta straordinaria hanno largamente contribuito gli economisti italiani a cominciare da Messedaglia ⁽⁶⁾ e per proseguire con Ricca Salerno ⁽⁷⁾, Loria ⁽⁸⁾, Pantaleoni ⁽⁹⁾, Graziani ⁽¹⁰⁾, Einaudi ⁽¹¹⁾, Tangorra ⁽¹²⁾, Lorini ⁽¹³⁾, Montemartini ⁽¹⁴⁾, Flora ⁽¹⁵⁾, Marsili Libelli ⁽¹⁶⁾, Tenerelli ⁽¹⁷⁾, Cabiati ⁽¹⁸⁾, Sen-

⁽¹⁾ A. DA EMPOLI, *Teoria dell'incidenza delle imposte*, Reggio Calabria, Vitellone, 1926.

⁽²⁾ F. PORTANOVA, *Le imposte sui plusvalori e i fondamenti teorici dell'imposizione* (in *Studi nelle Scienze Giuridiche e Sociali della R. Università di Pavia*, 1927, vol. XI).

⁽³⁾ R. FUBINI, *Sull'influenza dell'imposta sulla domanda e sull'offerta* (in *Giornale degli Economisti*, gennaio 1929).

⁽⁴⁾ M. FASIANI, *Elementi per una teoria della durata del processo traslativo dell'imposta in una società statica* (in *Giornale degli Economisti*, settembre 1929).

⁽⁵⁾ S. MAJORANA, *Traslazione dei Tributi*, Catania, Galati, 1927; — *I costi marginali e la traslazione delle imposte sul reddito*, Catania, Zuccarello, 1928; — *La rendita del consumatore e sue applicazioni in finanza*, Catania, Galati, 1928.

⁽⁶⁾ A. MESSADAGLIA, *Dei prestiti pubblici e del miglior sistema di consolidazione*, Vallardi, 1850, p. 1, 31, 32.

⁽⁷⁾ G. RICCA-SALERNO, *Teoria Generale dei prestiti pubblici*, Milano, Hoepli, 1879; — *Il debito pubblico in Europa e negli Stati Uniti d'America* (in *Bull. de l'Inst. Intern. de Statistique*, Roma, 1888, t. III, p. 90 e seg.).

⁽⁸⁾ A. LORIA, *Attorno ad alcuni errori dominanti nella Scienza Economica*, (Studi Senesi, 1884, p. 48); — *Alcune parole sui prestiti pubblici e sull'assenteismo*, (Studi Senesi, 1884, p. 175).

⁽⁹⁾ M. PANTALEONI, *Imposta e debito in riguardo alla loro pressione* (in *Giorn. degli Econ.*, 1891).

⁽¹⁰⁾ A. GRAZIANI, *Istituzioni di Scienza delle Finanze*, cit., p. 90.

⁽¹¹⁾ L. EINAUDI, *Corso di Scienza delle Finanze*, Torino, Bono, 1914.

⁽¹²⁾ V. TANGORRA, *Trattato di Scienza delle Finanze*, Milano, Società Editrice Libreria, 1915, p. 180.

⁽¹³⁾ E. LORINI, *Scienza delle Finanze*, Pavia, Mattei, 1912, p. 408 e seg.

⁽¹⁴⁾ G. MONTEMARTINI, *Municipalizzazioni dei pubblici servizi*, cit., p. 441-43.

⁽¹⁵⁾ F. FLORA, *Le Finanze della guerra*, (in *Memoria della R. Acc. delle Scienze di Bologna*, 1912); — *Man. della Scienza delle Finanze*, Livorno, Giusti, VI ed., p. 744.

⁽¹⁶⁾ M. MARSILI-LIBELLI, *Pressione comparata del prestito pubblico e dell'imposta*, (in *Atti dei Georgofili*, Firenze, 1910).

⁽¹⁷⁾ G. F. TENERELLI, *Le finanze comunali*, Milano, Soc. Ed. Lib., 1913, p. 312-15.

⁽¹⁸⁾ A. CABIATI, *Problemi finanziari della guerra*, (Giorn. degli Econ. marzo 1916).

sini⁽¹⁾, Fanno⁽²⁾ e soprattutto De Viti de Marco⁽³⁾, che in un'opera magistrale, per molta precisione, chiarezza d'idee e vigore d'argomentazione dimostra la tesi ricardiana. Le conclusioni del Prof. De Viti de Marco vennero da me contestate nei casi, in cui i tributi necessari per pagare gli interessi del prestito *non* siano ammortizzabili e non producano perciò ai sostenitori del servizio del prestito un sacrificio uguale al prelevamento d'un'imposta straordinaria, avendo dimostrato che vi può essere fra generazione e generazione discontinuità politica, demografica, economica e tributaria, come vi può essere contrasto di interessi fra le varie categorie di contribuenti di una stessa generazione rispetto al dilemma del prestito o dell'imposta, come mezzo per soddisfare alle spese straordinarie dello Stato. In considerazione della possibile divergenza d'interessi fra contribuenti delle medesime e differenti generazioni il problema del prestito o dell'imposta si presenta come una questione politica di scelta dei mezzi idonei a colpire le categorie o le generazioni dei contribuenti, a cui si voglia far sostenere il carico della spesa straordinaria, e non già come un semplice problema di convenienza economica, che si risolva nell'interesse solidale di tutti i contribuenti e di tutte le generazioni.

La discussione della dottrina sulla pressione del prestito e dell'imposta ha richiamato l'attenzione del Prof. Einaudi⁽⁴⁾ e dell'A. di queste pagine⁽⁵⁾ sulla teoria dell'ammortamento dell'imposta continuativa, che colpisca gli interessi dei capitali durevolmente investiti.

⁽¹⁾ G. SENSINI, *La teoria di Ricardo sui diversi effetti del prestito e dell'imposta*, (*Giorn. degli Econ.*, febbraio 1920).

⁽²⁾ M. FANNO, *Lezioni di Scienza delle Finanze*, Parte Generale, Padova, Cedam, 1928.

⁽³⁾ A. DE VITI DE MARCO, *Contributo alla teoria del prestito pubblico* (in *Saggi di Economia e Finanza*, Roma, 1898).

⁽⁴⁾ L. EINAUDI, *Osservazioni critiche intorno alla teoria dell'ammortamento dell'imposta e teorie delle variazioni nei redditi e nei valori capitali susseguenti all'imposta*. (Nota presentata alla R. Accademia delle Scienze di Torino, vol. 54, 1918-19, Torino, Bocca, 1919).

⁽⁵⁾ B. GRIZIOTTI, *Teoria dell'ammortamento delle imposte e sue applicazioni*. (*Giorn. degli Econ.*, gennaio-aprile 1918).

Questa dottrina ha interessato anche altri studiosi, come Iacopo Tivaroni⁽¹⁾ e Renzo Fubini⁽²⁾. Essendogenerale il fenomeno dell'ammortamento per tutte le imposte reali (Fondiarie, Fabbricati e R. M., cat. A e B), i proprietari attuali hanno eliso la pressione tributaria al momento dell'acquisto della proprietà scontando nel prezzo l'imposta, e sono perciò contribuenti solo di figura. Da questa constatazione è nata l'antica proposta dell'economista toscano Gianni al Granduca di Toscana (1788), ripresa nel 1817 da Antonio Scialoja e infine da me rielaborata, cioè di sopprimere tali imposte erronee mediante il loro riscatto obbligatorio.

Connessa in parte con la dottrina dell'ammortamento sta la questione dell'imponibilità del risparmio, essendo stato posto con opere molto suggestive da Luigi Einaudi⁽³⁾ di nuovo sul tappeto il dubbio, già apparso a Stuart Mill, che, colpendosi il risparmio, avvenga una doppia imposizione. Alla controversia hanno partecipato Loria, De Viti de Marco, Prato, Cabiati, Griziotti, Ricci, De Francis Gerbino, Graziani, Toesca di Castellazzo, Trevisonno, Zorli, Natoli, Borgatta, Fasolis, Alessio, Fasiani, Fubini, Lolini, Paolo Ricca Salerno⁽⁴⁾. Ma, colla considerazione degli effetti economici dell'imposta sul risparmio, il problema non è stato risolto dal suo

(1) J. TIVARONI, *L'ammortamento e il riscatto delle imposte*. (*Rivista dei Ragionieri*, Padova, maggio-giugno 1921).

(2) R. FUBINI, *La teoria dell'ammortamento dell'imposta e l'imposta personale sul reddito*. (*Giorn. degli Econ.*, giugno 1927).

(3) L. EINAUDI, *Lezioni di Scienza delle Finanze*, Torino, 1911 (lit.) e a stampa IV ediz., Torino, *La Riforma Sociale*.

Id., *Intorno al concetto di reddito imponibile e di un sistema d'imposta sul reddito consumato*. Saggio di una teoria dell'imposta dedotta esclusivamente dal postulato dell'uguaglianza. (Memoria pubblicata dalla R. Accad. delle Scienze di Torino, serie II, tomo LXIII, 1912).

Id., *La coopération internationale en matière fiscale*. (Cours professé à l'Académie Internationale de la Haye). Paris, Hachette, 1929.

Id., *Contributo alla ricerca dell' "ottima imposta"*, (*Annali di Economia*, luglio 1929).

(4) L'indicazione bibliografica può trovarsi nel saggio di L. EINAUDI, *Contributo alla ricerca dell' "ottima imposta"*, (op. cit.) e negli studi di M. FASIANI ivi citati. Si veda inoltre L. GANGEMI, *Lineamenti di letteratura finanziaria*, Milano, Treves, 1929.

appropriato punto di vista, che è quello giuridico, potendo solo il diritto tributario definire ciò che si deve intendere per doppia imposizione, per quanto parecchi A. abbiano giustamente respinto il dubbio risollevato dal prof. Einaudi. La tassazione del risparmio non dà luogo a doppia imposizione, nel senso che di questo fenomeno si può dare nel diritto tributario, e produce inconvenienti solo quando si effettua rispetto al frutto normale del risparmio. Qualora l'imposizione avvenga correttamente sui sopraredditi e sugli incrementi di valore e si esenti il reddito normale, che non ha per se stesso capacità contributiva, la tassazione del risparmio non presenta gli inconvenienti lamentati (1).

3. - Meno assoluti nell'interpretazione economica dei fatti finanziari appaiono scrittori, che a cominciare da Ricca Salerno riconoscono nel fenomeno finanziario l'elemento politico accanto a quello economico.

Già nella prolusione letta nell'Università di Pavia sull'*Oggetto e Compito della Scienza delle Finanze* R. S. riconosceva che la scienza studia i fenomeni finanziari nella triplice serie di relazioni politiche, economiche e giuridiche. Anche più tardi, quando subisce l'influsso di Sax e scrive la *Scienza delle Finanze* « subordinandola al principio del valore, che governa ogni parte dell'economia sociale », perchè i fenomeni finanziari sono fatti essenzialmente economici, di cui bisogna ricercare la ragione nelle leggi ordinarie dell'economia, R. S. non dimentica i caratteri politici delle istituzioni finanziarie e le questioni di ordine politico giuridico e sociale, che sono implicite in ogni istituto finanziario. Ma egli ritiene che il principio politico, il quale informa di sé gli istituti della finanza pubblica, si risolve essenzialmente nel principio economico della relativa urgenza e importanza dei bisogni collettivi in confronto di quelli privati (2).

(1) B. GRIZIOTTI, *Note metodologiche per lo studio delle questioni tributarie* (nella pubblicazione in memoria di Giuseppe Prato, Torino, 1930) e *Studi di Diritto Tributario*, Padova, Cedam, 1930.

(2) G. RICCA-SALERNO, *Scienza delle Finanze*, Firenze, Barbera, 1916² p. 86-91.

Similmente Giuseppe Scherma afferma che la finanza pubblica ha il suo fondamento razionale, anzichè in un unico principio, in un triplice ordine di principii, che fra di loro sono in istretta connessione, cioè il politico, il giuridico e l'economico, ma considera che il principio dell'utilità relativa, al pari che per i fenomeni economici, anche per quelli finanziari, lo si può considerare come la causa dinamica di essi, anzi come il principio economico regolatore, determinante della finanza pubblica ⁽¹⁾.

Allo stesso gruppo di dottrine si deve unire la concezione già riferita di Giovanni Montemartini ⁽²⁾ e quella di Roberto Murray. Questi scrittori hanno questo in comune, attraverso a ben diverse manifestazioni del loro pensiero, che, pur attribuendo, esplicitamente il Murray, o implicitamente il Montemartini, prevalenza al fattore politico, che Murray considera principale rispetto all'economico o elemento « caratterizzatore », finiscono per dare veste e sostanza economica alla legge o al problema della finanza, che essi esprimono. Così per Montemartini lo Stato è un imprenditore e allo studio della sua attività applica i teoremi della produttività marginale. Per Murray la finanza si occupa della soddisfazione dei pubblici bisogni e la legge-ipotesi fondamentale della finanza viene espressa come una legge economica, così: « Le azioni degli enti pubblici e in particolar modo dello Stato si considerano caratterizzate dalla proprietà di essere logicamente indirizzate a soddisfare il massimo dei loro bisogni soggettivi compatibili con le condizioni oggettive, in modo che scopi soggettivi e risultati oggettivi di esse approssimativamente concordino » ⁽³⁾.

Non v'ha dubbio che l'attività dello Stato, come qualsiasi altra di qualsivoglia natura, morale religiosa sociale, segua principii eco-

⁽¹⁾ G. SCHERMA, *Le vecchie e nuove dottrine intorno alla natura dei fenomeni finanziari*, Palermo, Sandron, 1910.

⁽²⁾ G. MONTEMARTINI, *Municipalizzazioni*, op. cit.

⁽³⁾ R. A. MURRAY, *Principi fondamentali di scienza pura delle Finanze*, Firenze, Libreria « La Voce », 1914; — *Le nozioni dello Stato, dei bisogni pubblici e della attività finanziaria*, Roma, Athenaeum, 1913; — *La Scienza delle Finanze, il Diritto Finanziario e la nozione di Stato* (*Giorn. degli Econ.*, luglio, 1915).

nomici per ottenere il massimo risultato col minimo mezzo. Ma questi criterii logici di attuazione non influiscono a caratterizzare la natura di una determinata attività. Il volervi attribuire una più grande importanza conduce alla fine press'a poco alle stesse conclusioni, cui sono giunti Ricca-Salerno e Scherma, pei quali il principio regolatore della finanza è il criterio economico.

E ben vero che in Montemartini e in Murray trovansi indagini sull'operare delle forze politiche sulla finanza, ma può dirsi, a parte ogni giudizio sulle conclusioni cui essi pervengono, che tali indagini riguardino argomenti generali di sociologia o filosofia politica (lotta di classe, ecc.) e non ancora il sistema logico dei principii politici informatori della finanza.

4. - Achille Loria ha dato saggio del suo ingegno anche nella interpretazione dell'attività finanziaria secondo i criterii filosofici del determinismo economico. Il sistema tributario non sarebbe che una sovrastruttura di quello economico, perchè i rapporti economici, in ogni tempo e in ogni paese, determinano le classi, che debbono essere immuni, e quelle, che debbono essere colpite dall'imposta e servono a fissare con rigidezza non minore gli oggetti, che l'imposta può e deve colpire. Il sistema economico, dunque, determina il sistema politico e, per suo mezzo, il sistema tributario. Perciò, secondo il Loria, l'avvento dell'imposta progressiva nei sistemi finanziari viene concepito come un episodio storico nelle vicende delle lotte economiche fra le classi sociali sotto la triplice influenza, ora associata ora alternata, della miseria crescente e della crescente resistenza delle classi povere o della crescente scissione delle classi redditiere ⁽¹⁾. Anche il Ricca-Salerno ha svolto una teoria molto simile, per la quale il fenomeno finanziario appare come un episodio politico di un'unica grande lotta economica ⁽²⁾.

⁽¹⁾ A. LORIA, *Le basi economiche della costituzione sociale*, Torino, Bocca, 1902, p. 269-307 e seg.; — *Studi sull'imposta progressiva*, (nel volume *Verso la giustizia sociale*, Milano, Soc. Ed. Libr. 1904, p. 304-403 e seg).

⁽²⁾ G. RICCA-SALERNO, *La trasformazione storica dei tributi in Europa e in America* (in *Nuova Antologia*, febbraio 1891) e *La nuova base delle riforme tributarie* (in *Nuova Antologia*, gennaio 1894).

Il prof. Mazzola, che ha posto in rilievo l'unilateralità di queste concezioni, ha insistito nel far coincidere l'apparizione dell'imposta progressiva coll'influenza politica ottenuta dalla democrazia, quando i redditi infimi e medi possono conseguire la energia politica sufficiente per riversare sui redditi più alti una parte del carico tributario ⁽¹⁾. In sostanza, adunque, egli si riferisce a quelle stesse profonde cause economiche, cui ricorre Loria per spiegare i fenomeni finanziari, pur presentando una diversa interpretazione dei fattori economici della storia finanziaria. Mazzola non sfugge pertanto alla critica, ch'egli stesso mosse a Loria, perchè ha tralasciato di porre in luce, oltre quelli economici, gli altri fattori, per es. etici, che contribuiscono a far riversare il peso fiscale sulle classi più ricche.

L'idea, che già ebbi occasione di contrapporre ai sistemi accennati, è che non si debba sottrarre importanza al fattore economico nella distribuzione politica degli oneri tributari fra i vari contribuenti, ma che occorra collegare questo elemento in un sistema con tutte le altre forze, che concorrono insieme, in unione o in contrasto fra loro, a modellare la legislazione tributaria. Nello stesso campo economico e sociale due principii opposti sono attivi: il principio della lotta e quello della solidarietà d'interessi. Nessuno dei due è riuscito a escludere l'altro: e un riflesso di questa coesistenza si ha pure nei fenomeni tributari. Vanno, quindi, respinte le due correnti di idee, che si appoggiano nell'interpretazione dei fenomeni a uno solo di questi due principii. Ma non soltanto interessi economici uniscono a vita nazionale le società umane. A un complesso più vasto di elementi è subordinata la distribuzione delle imposte, operata da una volontà politica, che tutti li penetra ⁽²⁾. Si può dire col prof. Giulio Alessio che operi la legge stessa dell'incivilimento, la cui espressione esterna è data dallo svolgersi della legislazione ⁽³⁾.

⁽¹⁾ U. MAZZOLA, *L'imposta progressiva*, op. cit.

⁽²⁾ B. GRIZIOTTI, *I principii distributivi delle imposte moderne sul reddito e sugli acquisti ed incrementi di capitali* (nel *Giornale degli Economisti*, 1909, § 19-20).

⁽³⁾ G. ALESSIO, *Ancora dell'imposta progressiva* (nella *Rivista italiana delle scienze giuridiche*, 1897, p. 214-18).

5. - Il carattere essenzialmente politico della scienza delle finanze è riconosciuto da una serie di scrittori, che nell'ultimo cinquantennio hanno elaborato successivamente la dottrina della così detta scuola politica, e che sono al fine pervenuti a sistemare l'esposizione della scienza delle finanze come un complesso logico di principi politici, che regolano la ripartizione dei carichi pubblici.

Già Luigi Cossa nei *Primi elementi*, che riproducono il corso iniziato nell'Università di Pavia, affermava con grande precisione che « la scienza delle finanze è un ramo della *politica*, intesa nel suo significato più ampio di *dottrina del governo*; perciò dicesi anche *politica finanziaria*. Essa entra in quella parte della *politica interna* che si chiama scienza della pubblica amministrazione ».

« La scienza delle finanze non è, come da molti si crede, una *appendice* dell'*economia politica*. Essa infatti non si restringe all'indagine delle *cause* e delle *conseguenze economiche* dei provvedimenti fiscali ».

« I principii generali del *diritto* e della *politica* sono *fonte* della scienza delle finanze, non meno di quelli dell'*economia politica*. Le questioni finanziarie si debbono perciò considerare nel triplice aspetto della *giustizia*, della *convenienza* e del *tornaconto sociale* » ⁽¹⁾.

Più tardi, nel 1887, Angelo Roncali si contrappose « a quelle idee di gretto individualismo, che sono in aperta contraddizione coi principii, su cui deve posare uno stato forte e vitale » aggiungendo che il suo *corso* tenta di « dare a certe istituzioni una veste politico-finanziaria che non fu ancora presso di noi ravvisata e che forse contribuirebbe non poco a sciogliere anche nella teoria certe questioni tanto e con sì vario criterio discusse nella pratica ». E aggiungeva; « L'alito anti-individualista spira per tutto il lavoro: per ciò solo non pochi troveranno meno buone le cose da me dette; nè mi sorride la speranza di ingraziarmi presso la scuola socialista, a cui nego addirittura il sussidio poderosissimo della finanza per l'attuazione delle desiderate innovazioni ⁽²⁾ ». Parimenti nella *Morale*

⁽¹⁾ L. COSSA, *Primi elementi*, cit., cap. I e II.

⁽²⁾ A. RONCALI, *Corso elementare di scienza finanziaria*, Parte I, Parma, Batti, 1887, Prefaz.

nei sistemi finanziari e nella *Teoria dello Stato in rapporto colla Finanza* criticò con molto garbo l'indirizzo nelle finanze di quegli economisti, che, ignorando lo Stato, non riuscirono a concepire il fenomeno finanziario e insegnò che bisogna applicare il metodo di osservazione storica per indurre dal fenomeno politico le leggi del fenomeno finanziario, giacchè è stretto il nesso che lega la finanza alla politica in ampio senso e alla scienza dell'amministrazione in ispecie ⁽¹⁾.

Molto più a fondo andava più tardi Carlo A. Conigliani, sia nelle critiche dei « dogmi liberali di tassazione, che il Sax, il Mazzola e il Graziani dicono corollari immediati della legge economica del valore », sia nella dimostrazione che « il fenomeno finanziario è fenomeno essenzialmente politico come quello che risulta dall'azione di forze politiche, la cui essenza non è la libertà, è l'urto indipendente delle tendenze individuali ». Il governante, « nel derivare l'entrata dalla ricchezza nazionale, compie un atto di autorità, soggetto a leggi politiche e che nella politica trova la sua azione e i suoi limiti ». La legge, che governa l'entrata, non è una legge economica, bensì una legge politica, e questa precisamente, cioè: che « l'entrata trova la ragione d'essere, la necessità della sua forma, del suo oggetto, delle sue fonti e l'estensione dei suoi limiti, nella forza di autorità che il governante in quel momento politico può esercitare contro la classe sociale, da cui ei vuol derivare la entrata stessa ».

Invece « nel campo della spesa è evidente l'azione delle identiche leggi economiche, che reggono anche l'attività privata » perchè « nella spesa le valutazioni del governante (determinate da quell'intensità dei bisogni pubblici che risulta dalle sue opinioni e dagli interessi delle classi sopra di lui politicamente influenti) si trovano di fronte a valutazioni di individui che offrono beni o servizi, e in condizioni svariatissime di monopolio e di concorrenza si determina così il prezzo dei beni e dei servizi pubblici ⁽²⁾ ».

⁽¹⁾ A. RONCALI, *La morale nei sistemi finanziari*, Bologna, Zanichelli, 1887; — *Teoria dello stato in rapporto colla finanza*, 1890.

⁽²⁾ C. A. CONIGLIANI, *L'indirizzo teorico nella Scienza finanziaria* (riprodotto dal *Giornale degli Economisti*, fascicolo di agosto 1894, nel volume: *Saggi di Economia Politica e di Scienza delle Finanze*, Torino, Bocca, 1903).

Il prof. Graziani ha giustamente posto in rilievo la contraddizione di considerare di natura differente l'entrata e la spesa ⁽¹⁾, mentre unico è il criterio politico, che guida lo Stato nella distribuzione dei carichi e dei servizi pubblici.

Se per le singole categorie d'entrata o di spese — e per queste più che per quelle — si manifesta un criterio di ripartizione, che sembra identico a quello che risulterebbe dall'applicazione della pura legge economica, bisogna dire che quel determinato criterio economico applicato nel prelevamento d'una entrata o nell'erogazione di una spesa coincide con il criterio politico, perchè esso è un elemento inscindibile del sistema dei principi politici, che regolano l'insieme della distribuzione dei carichi e dei servizi pubblici.

D'altra parte troppo formale rigido ed eccessivo è il criterio autoritario, che è attribuito da Conigliani allo Stato e che è idoneo a giustificare qualsiasi arbitrio fiscale. Questa concezione non corrisponde alla realtà e non è indispensabile per rappresentare la natura politica dell'attività finanziaria.

Anche più tardi il prof. Puviani nell'originale *Teoria della illusione nelle entrate pubbliche* considerò come *giudizi politici* quelli che in materia finanziaria compie lo Stato per valutare le contribuzioni e utilità pubbliche ⁽²⁾.

Più complesso e completo è il concetto che della Scienza delle Finanze espone il prof. Flora nel manuale, che pubblicava la prima volta nel 1893: « La Scienza delle Finanze studia i principi astratti, gli obbiettivi politici, le norme legislative, che reggono l'acquisto, la gestione e l'impiego delle ricchezze necessarie agli enti politici per la soddisfazione dei bisogni pubblici, oppure, più concisamente ma meno esattamente, la ripartizione astratta, storica, giuridica del costo di produzione dei pubblici servizi ». Egli pone in evidenza tre elementi diversi, ma non disgiunti, che la scienza delle finanze, per l'identità del contenuto, il fine unico ed il costante riferimento

⁽¹⁾ A. GRAZIANI, *Istituzioni di Scienza delle Finanze*, Torino, Utet, 1929³, pag. 47-48.

⁽²⁾ A. PUVIANI, *Teoria della illusione nelle entrate pubbliche*, Perugia, Unione Tipografia Cooperativa, 1897, cap. II.

ad un principio comune, compone in una sola organica dottrina, nella quale la *scienza*, la *politica*, la *legislazione finanziaria* si possono rappresentare come tre circonferenze intrecciate in modo che mai si potrebbe seguire l'una senza penetrare nell'altra ⁽¹⁾.

L'elemento giuridico, come fattore sostanziale del fenomeno finanziario e quindi delle ricerche scientifiche sulla finanza, è pure messo in rilievo da scrittori, come Vincenzo Tangorra ⁽²⁾, Gaetano Vitagliano ⁽³⁾ e Roberto Murray ⁽⁴⁾. Il prof. Tangorra non manifesta sempre un pensiero sicuro sulla relativa importanza dell'elemento politico e di quello economico e sembra piuttosto incline ad attribuire valore preponderante a quest'ultimo. Egli però non arrivò alla concezione del prof. Flora e considerò opportuno lo studio dei vari termini del fenomeno finanziario come oggetto di discipline distinte.

Una concezione integrale dell'attività finanziaria come espressione politica della volontà dello Stato, che si manifesta simultaneamente nell'indicare, quali debbono essere le entrate, nel loro complesso e nelle singole categorie, e quali le spese, è stata più tardi da me esposta.

Nel 1909 al Congresso della Società Italiana per il progresso delle Scienze, che si riunì a Padova, presentai lo studio su « *I principi distributivi delle imposte moderne sul reddito e sugli acquisti ed incrementi di capitali* » ⁽⁵⁾. Ivi criticai le varie scuole italiane e straniere per la interpretazione e lo studio del fenomeno finanziario, e posi il problema finanziario come un problema di ripartizione dei carichi pubblici, problema che lo Stato risolve in virtù di una valu-

⁽¹⁾ F. FLORA, *Manuale della Scienza delle Finanze*, Livorno, Giusti, 1921⁶, pag. 29-30.

⁽²⁾ V. TANGORRA, *Trattato di Scienza delle Finanze*, Milano, Società Editrice Libreria, 1915.

⁽³⁾ G. V. VITAGLIANO, *Il contenuto giuridico della legge del bilancio*, Roma, Off. Tip. Ital., 1910.

⁽⁴⁾ R. MURRAY, *Op. cit.*

⁽⁵⁾ B. GRIZIOTTI, *I principi distributivi delle imposte* (*Giornale degli Economisti*, novembre-dicembre 1909).

tazione politica di quanto deve sopportare ogni cespite di ricchezza, nei sistemi reali, od ogni contribuente, nei sistemi personali.

Il giudizio sulla ripartizione tributaria non è determinato da un solo criterio, ma da un complesso di considerazioni di natura etica, politica, economica o sociale, in corrispondenza agli interessi o ai sentimenti di una minoranza aristocratica o a quelli comuni della società o della maggioranza dei cittadini, e risente l'influenza dei due principi opposti, che coesistono e sono attivi, tanto nel campo economico-sociale, quanto in quello tributario: il principio della lotta e quello della solidarietà d'interessi. Pur non negando che l'imposta possa esercitare, oltre che compiti finanziari, altri politici e sociali, non bisogna esagerare l'efficacia di tale strumento rivolto a questi scopi nè ritenere come necessario ed esclusivo nell'imposta il raggiungimento di tali fini. Vi sono limiti fiscali (evasione e traslazione) ed economici (ostacoli alla produzione, dispersione di energia) all'azione politica e sociale dell'imposta; per cui la finanza, come già aveva concluso Flora, si mostra troppo fragile e artificiale congegno per compiere da sola una profonda trasformazione della struttura economica.

Ponendomi tre anni dopo il quesito se alla finanza potesse estendersi il procedimento della scienza pura, cioè il metodo di considerare in modo astratto certe proprietà o certi elementi o aspetti di un dato ordine di fenomeni concreti, rispondeva affermativamente ⁽¹⁾.

Riallacciandomi alla concezione politica dell'attività finanziaria, che aveva considerata come una ripartizione dei carichi pubblici, definiva la *scienza pura delle finanze* come una « scienza astratta, che studia la costruzione logica e sistematica, le leggi e i principii degli ordinamenti, sia concreti che ideali, di ripartizione dei carichi pubblici, dallo speciale punto di vista di stabilire se tali ordinamenti, date certe condizioni dell'ambiente cui si riferiscono, siano idonei a soddisfare a un determinato fabbisogno mediante una certa ripartizione, che si è postulata ».

⁽¹⁾ B. GRIZIOTTI, *Considerazioni sui metodi limiti e problemi della Scienza pura delle Finanze*, Roma, Universelle, 1912.

Posto come principio che qualsiasi ordinamento di pubbliche entrate è l'espressione politica della volontà dello Stato, non è possibile costruire dottrine finanziarie autonome delle singole entrate (imposte, tasse, entrate patrimoniali, diritti pubblici), senza tener conto del sistema politico, di cui fanno parte. Così si comprende come le entrate postali in alcuni paesi siano in pareggio colle spese, in altri le superino, in un terzo gruppo di Stati non le raggiungano, poichè il pareggio, l'eccedenza o il disavanzo si spiegano con le varie necessità politiche d'ogni paese tenuto conto delle molteplici circostanze d'ordine economico, demografico, sociale e finanziario ⁽¹⁾.

D'altra parte, poichè le entrate e le spese pubbliche sono fissate contemporaneamente, lo Stato con un unico pensiero politico direttivo determina quello che ritenga il giusto punto d'equilibrio politico fra le entrate e le spese, tenuto conto, come meglio crede, dei bisogni e delle forze contributive di tutto il paese e di ciascuna classe di subbietti alla sua potestà fiscale.

Lo studio della ripartizione dei carichi pubblici implica la conoscenza dei caratteri giuridici, che informano sia i rapporti fra lo Stato e i contribuenti, sia i singoli istituti finanziari in un certo sistema di diritto. Perciò nel 1914, inaugurando il corso nella R. Università di Catania, misi in evidenza, per lo stesso studio dei problemi della Scienza delle Finanze, la necessità di elaborare il sistema dei principi giuridici, che sono a fondamento degli ordinamenti finanziari, e di promuovere gli studi di diritto finanziario fino ad allora trascurati in Italia ed all'estero. Coordinando il Diritto Finanziario colla Scienza delle Finanze, lo definiva « un sistema di principii giuridici, che informano l'attività dello Stato nella ripartizione dei carichi pubblici fra i subbietti alla sua potestà » ⁽²⁾.

⁽¹⁾ B. GRIZIOTTI, *Le entrate dell'amministrazione postale e telegrafica e le finanze dello Stato*, (Discorso inaugurale dell'Istituto Superiore Postale-Telegrafico di Roma, nella *Rivista delle Comunicazioni*, rivista del Ministero delle Poste, Roma, dicembre 1913).

⁽²⁾ Id., *Crisi e tendenze negli studi finanziari* (*Giornale degli Economisti*, febbraio 1915).

Sono così in sostanza pervenuto spontaneamente alle stesse conclusioni del Cossa e del Flora, perchè ho ritenuto fondamentale di mettere in rilievo i tre elementi, *politico, giuridico e scientifico*, che sono emersi fondamentali nello studio dell'attività finanziaria, ma, a differenza dal professore Flora, ho elaborato in modo autonoma questi tre elementi nei *Principii delle Finanze* ⁽³⁾, affinchè ben distinte appaiano e la regola politica della distribuzine dei carichi pubblici e dei pubblici servizi, regola dedotta dalla legislazione come un postulato per la teoria, e la natura giuridica del rapporto finanziario, e l'elaborazione scientifica dell'ordinamento, che corrisponde ai principi politici e al sistema giuridico di un determinato paese.

Ben è vero però che i tre elementi si completano e si sostanziano vicendevolmente, sicchè dall'insieme dei fondamenti politici giuridici e scientifici delle imposte potei derivare nel campo politico i criterii razionali, che possono essere applicati per l'attuazione di una determinata ripartizione dei carichi pubblici, nel campo giuridico i criterii d'interpretazione delle imposte e i principii fondamentali del nostro sistema tributario, e nel campo scientifico l'ordinamento razionale delle imposte dopo che sia compiuta una necessaria riforma dei tributi vigenti secondo i criterii espressi dalla critica politica giuridica e scientifica delle nostre imposte.

Un buon contributo ha dato pure alla scuola politica delle finanze Ettore Lolini con il volume su *L'attività finanziaria nella dottrina e nella realtà* ⁽⁴⁾, in cui offre una larga dimostrazione teorica e una interessante documentazione storica sull'importanza del fattore politico nella finanza.

⁽³⁾ ID., *Principii di Politica Diritto e Scienza delle Finanze*, Padova, Cedam, 1929; *Impuestos directos y reforma impositiva*, Córdoba, Universidad, 1927; — *Imposition fiscale des étrangers (Cours de l'Académie de Droit International)*, vol. 3°, Paris, Hachette 1927; — *Nuovi orientamenti nei sistemi tributari (Festgabe für G. V. Schanz)*, Tubingen, Mohr, vol. 2°, 1928).

⁽⁴⁾ E. LOLINI, *L'attività finanziaria nella dottrina e nella realtà*, Roma, Athenaeum, 1920.

6. - Non sono dissimili per la critica all'indirizzo economico nella Finanza, ma differiscono nella parte costruttiva delle opere della precedente scuola gli studii di alcuni scrittori, che hanno rigidamente osservato anche nel campo delle finanze l'insegnamento del Pareto e hanno inquadrato nella sociologia la scienza finanziaria.

Chi scrive queste pagine, oltre allo studio della storia finanziaria e politica e all'osservazione dei fatti contemporanei, deve certamente in parte alla suggestione della parola e delle opere di Vilfredo Pareto il proprio orientamento scientifico. Come il fatto economico può essere bene interpretato nella realtà di fatto sociale, onde l'Economia Politica ben si comprende nel sistema generale della Sociologia, come dimostrò Pareto⁽¹⁾, così l'attività finanziaria appare nella sua essenza, quando sia considerata come un rapporto politico tra Stato e contribuenti per la ripartizione dei carichi pubblici e dei pubblici servizi. Perciò la Scienza delle Finanze appare al suo posto nel quadro delle scienze politiche.

Senonchè, negli scrittori, pedissequi seguaci della scuola sociologica del Pareto, non solo in Economia, ma anche in Finanza, che ha un'essenza diversa dalla economica, la considerazione dei rapporti sociologici, cui dà luogo la Finanza nei riguardi delle varie classi sociali, viene fatta « indipendentemente dalle figurazioni e nozioni formali e convenzionali di Stato, ente pubblico che il fatto politico e giuridico crea nello svolgeri dei suoi rapporti ». Lo Stato è considerato « entità indeterminata ». Nell'attività dello Stato questi scrittori vedono in concreto l'attività degli individui e gruppi, che lo compongono e che operano in corrispondenza ai loro sentimenti e interessi. Seguendo questi criteri individualistici e inadeguati a far intendere lo Stato, non già come il risultato delle volontà individuali e come semplice società, ma come sostanza, che ha in sè il suo valore e volere e perciò detta norma al volere dei singoli,

(¹) V. PARETO, *Manuale d'Economia Politica*, Milano, Società Editrice Libreria; — *Trattato Generale di Sociologia*, Barbera, Firenze 1923.

Gino Borgatta⁽¹⁾ e Guido Sensini⁽²⁾ annullarono l'essenza giuridica e politica dello Stato e così contribuirono solo allo studio della *Sociologia finanziaria*, dottrina ben distinta, come osserva pure Marco Fanno⁽³⁾, dalla *Scienza delle Finanze*.

7. - Mi sono indugiato a delineare le dottrine generali sulle finanze, che ebbero in Italia autonomia d'ispirazione, ampiezza e profondità di sviluppo. Il movimento scientifico così disegnato è luminoso indizio dell'elevatezza e della maturità raggiunta dalla Scienza italiana nell'ultimo cinquantennio. Queste dottrine rappresentano le strade maestre tracciate dal pensiero nostro e dalle quali traggono origine i sentieri, che segnano in ogni verso le vie dell'investigazione. Percorrere questi sentieri e illustrare l'importanza dei singoli contributi monografici sarebbe necessario per mettere in luce tutto il valore della letteratura finanziaria italiana e per scolpire nella loro grandezza le figure degli studiosi e le opere che concorsero a far progredire la scienza sia nella teoria pura, sia nella storia delle dottrine e dei fatti finanziari, sia nella statistica finanziaria, sia nella contabilità di Stato e nello stesso diritto tributario, che solo negli ultimi tempi in Italia al pari che all'estero venne coltivato accanto alla Scienza delle finanze⁽⁴⁾.

(¹) G. BORGATTA, *Contributo critico alla teoria finanziaria* (estratto dagli *Atti della R. Accademia delle Scienze di Torino*, vol. 48, adunanza dell'8 giugno 1913); — *I problemi fondamentali della Scienza finanziaria* (*Ibidem*, adunanza del 22 giugno 1913); — *L'economia dinamica*, cap. V, Utet., 1915.

(²) G. SENSINI, *Lo studio scientifico dei fenomeni finanziari* (nella *Rivista Italiana di Sociologia*, febbraio, 1917) e altri scritti posteriori nella stessa *Rivista* (ott. 1920), nel *Giornale degli Economisti* (luglio-ott. 1920) e negli *Scritti vari* in onore di T. Martello, Bologna, Zanichelli.

(³) M. FANNO, *Elementi di Scienza delle Finanze*, Torino, Lattes, 1929, p. 12.

(⁴) Per una rassegna bibliografica della letteratura finanziaria italiana oltre le opere degli scrittori stranieri già citati al § 1, si veda la bibliografia contenuta nel Manuale del FLORA (*op. cit.*), che è una piccola enciclopedia finanziaria, e in quelli del COSSA, del GRAZIANI, NITTI, TANGORRA; le bibliografie ormai antiche del COSSA nel *Giornale degli Economisti*, e quelle più recenti di A. BERNARDINO, *Saggio di una bibliografia di una letteratura economico-finanziaria della guerra e del dopo guerra*, Torino, A. L. I., 1922 e L. GANGEMI, *Lineamenti di letteratura finanziaria italiana*, Milano, Treves, 1929.

Eccellono in questa nostra ricca e celebrata letteratura i nomi di Maestri quali Luigi Cossa, Francesco Ferrara, Antonio Scialoia, Angelo Messedaglia, Giuseppe Ricca-Salerno, Maffeo Pantaleoni, Antonio De Viti de Marco, Luigi Einaudi, Ugo Mazzola, Carlo Conigliani, Vincenzo Tangorra, Giulio Alessio, Federico Flora, Augusto Graziani, Achille Loria.

Ma sono da ricordare nella letteratura finanziaria italiana per opere spesso molto pregevoli anche i nomi di Gerolamo Boccardo, Angelo Roncali, Amilcare Puviani, Tommaso Fornari, Giovanni Montemartini, Eurico Barone, Pasquale Jannacone, Marco Fanno, Attilio Cabiati, Alberto De Stefani, Gino Arias, Giuseppe Prato, Pasquale D'Aroma, F. S. Nitti, Ulisse Gobbi, Carlo Francesco Ferraris, Rodolfo Benini, Francesco Coletti, Costantino Bresciani Turrone, Corrado Gini, Giorgio Mortara, Alberto Beneduce, Luigi Amoroso, Riccardo Bachi, Mario Alberti, Umberto Ricci, Aldo Contento, Filippo Virgili, Marcello Boldrini, Gustavo Del Vecchio, Ernesto Masè Dari, Eteocle Lorini, Emilio Cossa, Achille Plebano, Tullio Martello, Fabrizio Natoli, Mario Marsili Libelli, Riccardo Dalla Volta, G. F. Tenerelli, Giovanni De Francischi Gerbino, Oreste Ranelletti, Oronzo Quarta, Francesco D'Alessio, Roberto Murray, Gino Borgatta, Eugenio Rignano, Mario Rotondi, Ettore Ciccotti, Iacopo Tivaroni, Cesare Yarach, F. G. Repaci, Attilio Garino Canina, Carlo Casola, Achille A. Giannini, Federico Marconcini, Meuccio Ruini, Domenico Dall'Olio, Guglielmo Masci, Guido Sensini, Antonio Uckmar, Ettore Lolini, Salvatore Scoca, Ettore Scandale, Giovanni Fasolis, Giovanni Carano Donvito, Luigi Nina, Anselmo Bernardino, Angelo, Giuseppe e Salvatore Majorana, Giuseppe Scherma, Filippo Caronna, Lello Gangemi, Attilio Da Empoli, Ettore Abate, Renzo Fubini, Mauro Fasiani, Mario Pugliese, Eraldo Fossati, Federico Portanova, Giulio Curato, Ezio Vanoni, Paolo Ricca-Salerno, Ernesto D'Albergo, Stanislao G. Scalfati, Ugo Spillmann: una bella collana di nomi, che meriterebbe di essere sistematicamente ordinata e completata.

Ma grande onore alla stessa letteratura finanziaria recarono scrittori, i quali, oltre che negli studii si illustrarono nel governo della

finanza italiana o nel campo della politica finanziaria come Camillo Cavour, Quintino Sella, Marco Minghetti, Fedele Lamperico, Agostino Magliani, Luigi Luzzatti, Sidney Sonnino, Angelo Majorana, Pietro Lacava, Paolo Carcano, Alberto De Stefani, Maggioreino Ferraris, Filippo Meda, Leone Wollemborg, Ivanoe Bonomi, Marcello Soleri, Giuseppe Paratore, Tommaso Tittoni.

Sono pure da vantare i contributi recati agli studi teorici o politici sulle finanze dalle Riviste, come il *Giornale degli Economisti*, la *Riforma Sociale*, la *Rivista Internazionale di Scienze sociali*, la *Rivista Bancaria*, la *Rivista di Politica Economica*, l'*Economia*, il *Metron*, la *Rivista di Diritto e Pratica tributaria*, le *Imposte Dirette*, la *Giustizia Tributaria*, la *Nuova Antologia*, la *Rivista d'Italia*, gli *Echi e Commenti* e gli stessi giornali quotidiani.

Per virtù di Luigi Einaudi, il quale emerse anche nell'opera di volgarizzazione e di discussione dei problemi economici e finanziari per mezzo della stampa, il *Corriere della Sera* rese vivo l'interesse del pubblico per le questioni finanziarie d'attualità, chiedendo pure la collaborazione di Luigi Luzzatti; però, in seguito a cambiamento di direzione politica, nel 1925 succedeva all'uno e all'altro l'antico Ministro delle Finanze Alberto De Stefani. Rinomata è pure la collaborazione di Federico Flora nel *Resto del Carlino*, nel *Sole* e nel *Corriere Mercantile*, e di Attilio Cabiati nella *Stampa*, al quale giornale collaborano ora il prof. Gini e l'on. Olivetti. In seguito anche altri quotidiani hanno cercata una collaborazione finanziaria permanente di valenti studiosi, come la *Gazzetta del Popolo* (prof. Prato e Borgatta), il *Giornale d'Italia* (on. Ancona e Tumedei), la *Nazione* (prof. Borgatta e Dalla Volta), il *Popolo d'Italia* (prof. Arias e Lanzillo).

8. — Ai confini con l'Economia Politica sta la Scienza delle Finanze in materia monetaria. È argomento prevalentemente finanziario lo studio della circolazione, quando questa provvede ai bisogni ordinari o straordinari dello Stato o allorchè serve coll'inflazione o con la deflazione, con il deprezzamento o la rivalutazione a dare una soluzione a complessi problemi finanziari ed economici. Anche

in questa materia, oltre che notevoli relazioni parlamentari sulla questione del corso forzoso si hanno pregiate monografie soprattutto per opera di Bonaldo Stringher e di C. F. Ferraris.

Il dibattito sul consolidamento del valore della lira dopo la guerra diede luogo ad una ricca letteratura con la partecipazione di tutti i più autorevoli economisti italiani ⁽¹⁾.

I problemi discussi furono essenzialmente due: l'uno finanziario e l'altro economico.

Il primo riguardava il deprezzamento della valuta come mezzo per ridurre i debiti dello Stato. Quando la svalutazione supera un certo limite, sacrifica le classi colpite oltre la loro capacità contributiva e al di là di ogni rapporto di proporzione coi sacrifici imposti agli altri contribuenti; allora essa non può trovare giustificazione in nessun criterio politico e giuridico. Il sacrificio è tanto più sensibile, in quanto che alla svalutazione sottostanno in particolare modo i ceti meno abbienti senza possibilità di evasione. Allorchè

⁽¹⁾ Si vedano gli studi di M. Alberti, G. Alessio, L. Amoroso, G. Arias, R. Bachi, E. Barone, G. Bianchini, G. Borgatta, C. Bresciani, A. Cabiati, G. Carano Donvito, Crosara, G. Del Vecchio, A. De Stefani, L. Einaudi, F. Flora, L. Gangemi, A. Garino Canina, A. Graziani, B. Grizioti, L. Lillia, A. Loria, G. Masei, P. Mengarini, M. Missiroli, A. Molinari, G. Mortara, G. Paratore, G. Prato, M. Pantaleoni, M. Pugliese, E. Robosch, G. Rosselli, B. Stringher, C. Supino, G. Tagliabue, G. Tagliacarne, E. Vanoni, A. Vlam. Le indicazioni di questi studi si possono avere consultando, oltre le bibliografie già citate di A. Bernardino e L. Gangemi, le seguenti pubblicazioni: L. GANGEMI, *La politica finanziaria del Governo Fascista*, Palermo, Sandron, 1929. - G. ALESSIO, *La rivalutazione della lira*, Milano Soc. Ed. Libr., 1926. - B. GRIZIOTTI, *Politica finanziaria italiana*, Milano, Ist. Ed. Sc., 1926; *Politica monetaria e finanziaria internazionale*, Milano, Ist. Ed. Sc. 1927; *Italien in seiner Stellung als Schuldner und Glaubiger innerhalb der Weltwirtschaft seit Kriegsende* (in *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, 1928) e la *Storia* del SUPINO, che indico nella pagina seguente. Si consulti pure il recente studio di L. EINAUDI, *Il contenuto economico della lira dopo la riforma monetaria del 21 dicembre 1927*, (*Riforma Sociale*, nov. 1929); studio altamente lodato da G. MORTARA, *Prospettive Economiche 1930*, Milano, Univ. Bocconi, 1930, p. 509, e aspramente criticato da altri. In esso l'E. spiega che l'attuale valuta italiana è lira-oro, come quella prebellica, perchè entrambe sono pur sempre convertibili in oro o in valuta equiparata all'oro e riferibili a una certa quantità d'oro, per quanto tale quantità sia per l'una e per l'altra diversa. C'è, dunque, una differenza fra le due valute, che deve essere messa in evidenza con una diversità di nomenclatura. Quale sia la diversa dizione non ha importanza, purchè ci sia, per distinguere due monete, che sono differenti e non eguali.

manca di fondamento, la svalutazione corrisponde alla così detta bancarotta o al così detto fallimento dello Stato. Si verifica il primo caso, quando lo Stato vien meno agli impegni, che potrebbe sostenere; il secondo, quando non ha forze bastanti per far onore ai suoi impegni.

Il secondo problema si riferiva alla convenienza di animare la produzione e l'esportazione a spese delle classi spogliate dalla svalutazione monetaria.

Di fronte a tali questioni si delinearono in Italia quattro correnti. Pochi si dichiararono apertamente inflazionisti. La maggior parte si mostrò partigiana di unapolitica stabilizzatrice della valuta che intanto però perdeva sempre più di valore e aveva oltrepassato già quel limite, di cui si è scritto appena sopra. Un certo gruppo di scrittori e di uomini politici si mostrò favorevole alla rivalutazione, considerata come operazione puramente monetaria di restrizione della circolazione. Altri, invece, e fra questi lo stesso scrittore di queste pagine, sostennero la rivalutazione anche oltre la quota del 27, 28 %, quota a cui venne fissata la equivalenza aurea attuale rispetto all'antica, a condizione però che la rivalutazione fosse il risultato di una politica di risveglio economico del paese e di rinnovamento o di razionalizzazione delle nostre industrie, da favorire con una prudente ma perseverante politica di prestiti all'estero.

La crisi attuale ha assopito la discussione di questi problemi e fra tutte le opere in questa materia campeggia attualmente per vastità di disegno, per nitidezza di dettato, per completezza di documentazione, per equilibrio di giudizio scientifico e di criterio storico la sintesi del prof. Camillo Supino, che dà conto della circolazione cartacea in Italia dal 1860 al 1928 ⁽¹⁾ e che insieme ricorda e illustra criticamente i più importanti documenti parlamentari e le più notevoli opere scientifiche apparse in Italia nel periodo appunto considerato anche in queste pagine.

⁽¹⁾ C. SUPINO, *Storia della circolazione cartacea in Italia (dal 1860 al 1928)*, Milano, Soc. Ed. Libr., 1929.

PROF. ATTILIO GARINO CANINA

R. Università di Pisa

IL PRINCIPIO PRODUTTIVISTA DELL'IMPOSTA ed il sistema tributario italiano

I.

Nell'evoluzione delle dottrine economiche e finanziarie si avverano strani ricorsi. Risorgono talora teorie, che parevano tramontate per sempre; rinascono non di rado, sotto differenti aspetti, principi che ebbero in passato vasta applicazione, ma che parevano destinati all'oblio dei secoli.

Si possono, anzi, considerare non di rado le teorie come una successiva elaborazione di principi, accennati dapprima da alcuni scrittori, e poi ampliati e magari trasformati da altri. Così, ad esempio, la teoria dell'utilità marginale si può considerare in stretto rapporto con quella della rendita di Ricardo, il quale già prima aveva applicato il concetto di margine; come, sotto alcuni aspetti, la teoria del valore di Marx, e una parte delle illusioni marxiste, si possono ritenere principi aventi la loro prima origine nella concezione ricardiana del valore, quale rapporto di scambio dei beni secondo il lavoro compiuto per produrli. E molte altre teorie - sia nel campo delle discipline economiche, sia in quello di altre scienze - trovano l'adden-

tellato nelle conclusioni, alle quali già si era pervenuto in precedenti studi, ed alle quali si riconnettono, per quanto modificate dalla successiva, più profonda elaborazione.

Tra i principi, che ebbero una siffatta rinascita, anzi una notevole e strana evoluzione, deve essere ricordato quello della produttività dell'imposta, attualmente accolto dalla recente dottrina, e che ebbe in passato manifestazioni e caratteri assai differenti, ma non scarsa applicazione.

Tra i frequenti errori, di cui è intessuta la teoria economica e finanziaria dei secoli scorsi - che vanno dalle strane concezioni della ricchezza e del benessere sociale, diffuse dal mercantilismo e dal colbertismo, a quelle pure imperfette della scuola fisiocratica, dall'intransigenza degli ottimisti agli eccessi di paternalismo della scuola storica ed alle utopistiche teorie delle dottrine socialiste - deve pure essere ricordata la concezione delle funzioni dell'imposta, quale si trova soprattutto in alcuni economisti del XVII e XVIII secolo, che si potrebbe in certo modo includere nelle teorie facenti capo al principio produttivista dell'imposta, inteso però in senso del tutto speciale.

I tributi, secondo quegli autori, dovevano essere gravosi per accrescere l'intensità del lavoro; di guisa che le imposte, secondo il loro pensiero, rassomiglierebbero alla schiavitù, quale era considerata un tempo come un mezzo coercitivo, quasi necessario, per stimolare l'attività dell'operaio.

Una strana concezione dell'attaccamento umano al lavoro, che è per fortuna non di rado assai differente dalla realtà. Non si potrebbe infatti generalizzare il tipico caso narrato dal Goethe di quell'infingardo operaio, il quale, dopo aver avuto una buona mancia, rispose a chi gli offriva lavoro ben remunerato, che ormai era sazio, nè voleva preoccuparsi dell'incerto domani.

Altrettanto esagerato è quindi il concetto della necessità di alte imposte per rendere più laboriosa l'umanità oziosa - anche se si prescinde dalla considerazione della classe privilegiata di coloro, che dalla loro attività traggono una delle più alte soddisfazioni della

vita per la gioia stessa del lavoro — che lo Smart ha sì ben descritto riferendosi alle occupazioni intellettuali superiori; come errato è il principio produttivista dell'imposta inteso in codesto senso.

Però, scorrendo le opere degli economisti dei secoli scorsi, vediamo che questo concetto appare qua e là quale riflesso di un'evoluzione arretrata del pensiero economico e di un'inadeguata concezione delle funzioni dell'imposta.

II.

1. — Si riteneva un tempo che gli alti prezzi fossero uno stimolo a maggiore attività ed a più intenso lavoro, e che quindi i tributi in genere, e le imposte sui consumi in particolare — soprattutto le accise, per le quali parecchi finanzieri nei secoli scorsi avevano una speciale propensione, — costituissero un mezzo efficace a spingere l'umanità verso un più rapido e sicuro progresso, per l'incremento di produttività che ne sarebbe derivato.

Vediamo così Tommaso Mun — il quale pure evitò ne' suoi studi sul commercio internazionale molti errori dei mercantilisti posteriori — sostenere un siffatto principio, partendo dal presupposto che, siccome esiste una classe di persone ricche, la quale vive oziosa od almeno non lavora sufficientemente, debbono ascriversi agli oneri fiscali funzioni benefiche, quale mezzo atto ad intensificare l'attività di codeste persone. Infatti, parlando dei sistemi, atti ad accrescere con giustizia i redditi del Sovrano, egli scrive: « nè
« sono questi tributi tanto dannosi alla felicità del popolo, come
« generalmente si crede; perchè se il costo della vita del povero è
« rincarato dalle accise, dovrà il prezzo del lavoro crescere in pro-
« porzione; di guisa che l'onere (se ve n'è) cada sempre sul ricco,
« il quale o è ozioso od almeno non lavora in misura adeguata ». Ed osservando come, se le classi agiate fossero pur anco costrette, in seguito al cresciuto onere delle imposte, a rinunciare ad una parte delle spese superflue, « agli inutili eccessi ed agli oziosi
« dipendenti », non sarebbe un danno per la società, conchiude:
« che sarebbe questo se non la fortuna di uno Stato, quando la

« virtù, la ricchezza e le arti subirebbero tutte quante un progresso » ? ⁽¹⁾.

Naturalmente — egli soggiunge con opportuno criterio — è indispensabile che il Sovrano faccia buon uso dei beni sottratti ai privati per mezzo dei tributi e che non ecceda negli oneri fiscali, dei quali sono noti i dannosi effetti quando si superino certi limiti. ⁽²⁾

Vi è pertanto una certa moderazione in questa teoria del Mun dei vantaggi derivanti da gravosi oneri fiscali; anche perchè egli considera essenzialmente l'azione che le imposte esercitano sull'attività delle classi agiate soltanto, partendo però dall'errato presupposto di un'inevitabile traslazione dei tributi, stabiliti sui beni di prima necessità, dal povero al ricco.

Anche il Petty — la cui teoria decisamente favorevole al sistema delle accise ⁽³⁾ ebbe riscontri notevoli in vari Stati, specialmente in Olanda ed in Germania, dominò l'opinione pubblica dell'Inghilterra in tutto il secolo XVIII, e assunse una forma concreta nella riforma tributaria, in parte attuata dal ministro Walpole ⁽⁴⁾ — manifesta una certa affinità di pensiero nel considerare le ripercussioni dei tributi. Pur riconoscendo gli svantaggi derivanti da oneri fiscali eccessivi, quali la miseria, la frode, la rapina, la morte ecc., ritiene che « le imposte, le quali colpiscono i beni di consumo, non recano danni alla nazione, considerata nel suo insieme, perchè esse producono un'alterazione nella ricchezza e nella fortuna dei cittadini, sopra tutto col trasferire la ricchezza dalle persone che posseggono proprietà terriere e sono indolenti, a quelle abili ed industrie » ⁽⁵⁾. L'imposta avrebbe quindi costantemente il medesimo benefico effetto, partendo dalla premessa che i beni sottratti ai privati per mezzo dei

⁽¹⁾ T. MUN, *England's treasure by foreign trade*, (Oxford, ristampa della prima edizione del 1664) pag. 62.

⁽²⁾ T. MUN, *England's treasure by foreign trade*, (Oxford, ristampa della prima edizione del 1664) pag. 64.

⁽³⁾ W. PETTY, *A treatise of taxes and contributions*, nella collezione *The economic writings of sir William Petty*, vol. I, pag. 94, 95.

⁽⁴⁾ G. RICCA-SALERNO, *Le dottrine finanziarie in Inghilterra*, in *Giornale degli Economisti*, 1888, fasc. 6, pag. 657.

⁽⁵⁾ W. PETTY, *op. cit.*, vol. I, pag. 36.

tributi abbiano sempre una destinazione utile alla società. Il Petty ritiene inoltre che il proprietario, il quale conduce le sue terre ad economia, ove sia colpito da nuovi oneri fiscali, riuscirà a trasferirli sul consumatore, elevando il prezzo dei prodotti venduti; di guisa che verrebbe ripartito tra un altro gruppo di persone, favorite dalle accresciute imposte, il maggior gettito dei tributi, il cui peso inciderebbe pertanto il consumatore dei prodotti agricoli. Nel caso, però, che il provento delle nuove imposte, accresciute per ipotesi di un quinto, non fosse destinato a vantaggio di altri gruppi sociali, ma venisse sciupato, « l'effetto definitivo sarebbe soltanto quello « che ogni cittadino dovrebbe aumentare l'intensità del suo lavoro « di un quinto, oppure ridurre di un quinto i suoi consumi, a seconda « che il commercio esterno potrà essere ampliato o no » (1).

E più oltre, considerando essenzialmente la natura del reimpiego della ricchezza sottratta ai privati per mezzo delle imposte e le condizioni stesse della popolazione, il Petty osserva: « in linea generale, per sapere se un tributo sia vantaggioso o no, occorre conoscere lo stato della popolazione ed il grado di maggiore o minore disoccupazione, ossia quale parte di essa sia inetta al lavoro, perchè è costituita da ragazzi o da incapaci; ed inoltre quale parte ne è esente a cagione della sua ricchezza, delle sue funzioni, della sua dignità; oppure a causa delle varie incombenze e delle occupazioni » « In secondo luogo occorre calcolare quale parte di coloro che sono atti al lavoro ed alle arti, eome è noto, è capace di eseguire il lavoro della collettività nei limiti e nelle condizioni dei suoi bisogni. Occorre esaminare se la popolazione residua possa produrre tutti od in parte i beni importati dall'estero; quali di questi possano essere ottenuti (nel paese stesso) e sino a quale limite » (2).

Osserva inoltre che nessuna parte d'Europa ha pagato sì elevata percentuale di imposte e di contribuzioni pubbliche come l'Olanda e la Zelanda durante gli ultimi cento anni; ma nessun

(1) W. PETTY, *op. cit.*, vol. I, pag. 37.

(2) W. PETTY, *op. cit.*, vol. I, pag. 270, 271

paese ha nello stesso periodo accresciuto la propria ricchezza tanto quanto questi Stati.

Considerato nel suo complesso, il pensiero del Petty rivela adunque un certo senso di misura e di moderazione nella concezione, largamente invalsa a quell'epoca, di produttività dell'imposta, intesa nel senso di un maggior stimolo all'attività umana quale diretta conseguenza degli oneri fiscali.

Concetto, non molto disforme, delle funzioni dei tributi troviamo anche in Pietro De la Court, il quale in un interessante lavoro, pubblicato sotto il nome di De Witt — uno dei più grandi uomini di Stato del suo tempo, il quale, però, all'opera del De la Court, aggiunse solo qualche osservazione ed i capitoli V e VI della terza parte — tra i vari fattori dello sviluppo industriale e commerciale del suo paese presi in esame, annovera anche quello dell'alto costo della vita determinato dai « molti dazi e (dalle) molte accise, che si debbono pagare in Olanda » ⁽¹⁾, pur non trascurando di mettere in luce gli inconvenienti, che possono derivare da un sistema tributario eccessivamente gravoso ⁽²⁾.

Sir William Temple riteneva che ai mali, che travagliavano allora l'Irlanda, si potesse porre riparo accrescendo l'onere delle imposte; poichè — come ricorda l'omonimo William Temple, fabbricante di panni di Towbridge vissuto nel XVIII secolo — egli aveva osservato che « la povertà, l'indolenza degli irlandesi erano dovute alla grande abbondanza di mezzi di sussistenza ed al fatto che essi potevano procurarsi quanto loro era necessario lavorando solo due o tre giorni alla settimana » ⁽³⁾.

Riferendosi alle speciali condizioni dell'Olanda, il Child annovera, tra le cause del « prodigioso incremento nel commercio interno ed estero » di detto paese, « le alte accise, che rappresentano la più equa e tollerabile imposta del mondo e la meno dannosa a

⁽¹⁾ DE WITT, *The true interest of political maxims of the Repubik of the Holland and West-Friesland* (Londra, ediz. 1802), pag. 34.

⁽²⁾ Id. id., pag. 54, 79, 80.

⁽³⁾ *A vindication of commerce and arts, proving that they are the source of the greatness, power, riches, populousness of a State*, opera ristampata nella « Scelta collezione di rari e preziosi opuscoli », di Lord Overstone (Londra, 1859), pag. 501.

qualsiasi paese » (1). Egli, d'altra parte, partendo dalla premessa che le nazioni, le quali raggiungono i più notevoli progressi nell'industria, sono quelle, che debbono superare maggiori svantaggi a cagione della natura e della situazione del terreno, ritiene opportuno che gli uomini politici con provvedimenti, introdotti con cautela, dovrebbero produrre gli stessi effetti che derivano dall'ambiente sfavorevole, ed è quindi propenso ad un sistema di imposizioni gravose (2).

Ed il Davenant, mentre mette in luce gli inconvenienti derivanti dai gravosi oneri fiscali — sia nei riguardi del costo di produzione (3), sia per le ripercussioni sugli scambi internazionali (4) — non esita però a dichiarare le accise « il più comodo ed il più equo mezzo per tassare una nazione » (5); e ritiene inoltre che i danni che ne potrebbero sorgere, siano in gran parte evitabili adottando opportuni sistemi di esazione e di percezione.

Criteri affini nel considerare le ripercussioni dei tributi, vediamo pure negli scritti del Mandeville, di Davide Hume (6) e di altri economisti di quell'epoca.

2. — Davide Hume rivela però — anche perchè i suoi scritti sono di quasi un secolo posteriori a quelli degli autori sopra ricordati — un maggiore equilibrio di pensiero nell'ammettere la possibilità di conciliare gli alti tributi colla produttività umana.

Esiste un principio predominante tra qualche scrittore — egli afferma — « che ogni nuova imposta crea una nuova capacità in

(1) J. CHILD, *A new discourse of trade* (Londra, 3^a ediz., 1690) pag. 4 e seg.

(2) *A vindication of commerce and arts* ecc. nella cit. collezione di Lord Overstone, pag. 512.

(3) C. DAVENANT, *Discourses on the public revenues and on the trade of England*, nella collezione dei *Political and commercial works*, (Londra, ediz. del 1771), vol. I, pag. 252, 285, 288 e sg.

(4) Id. Id., vol. II, pag. 199 e sg.

(5) ID., *An essay upon the probable methods of making a people gainers in the balance of trade*, nel vol. II di detta collezione, pag. 199 e sg.

(6) G. RICCA-SALERNO, *Le dottrine finanziarie in Inghilterra tra la fine del secolo XVII e la prima metà del XVIII* in *Giornale degli Economisti*, vol. 1888, fasc. 6, pag. 662.

chi ne è colpito, e che ogni incremento di oneri pubblici aumenta in proporzione l'industria del paese »; ma l'eminente filosofo osserva, con opportuna circospezione, che questa massima, non deve essere generalizzata, bensì che, se è tenuta entro certi limiti, ha qualche fondamento di vero e trova talora conferma, durante alcuni periodi storici, nell'esperienza della vita. Alla stessa guisa noi possiamo osservare, egli aggiunge, che « la maggior parte delle nazioni più prospere non ha finora posseduto le terre più fertili; al contrario, in condizioni di molti svantaggi naturali, Tiro, Atene, Cartagine, Rodi, Genova, Venezia, e l'Olanda, sono salienti esempi a questo riguardo ». Davide Hume, ricordando inoltre il pensiero di William Temple, il quale attribuiva lo sviluppo industriale dell'Olanda interamente alle difficoltà derivanti dagli svantaggi naturale del paese, illustra la sua tesi con un saliente raffronto con l'Irlanda, « dove — egli afferma — per la vastità e la ricchezza del suolo, per la scarsità di popolazione, tutte le cose necessarie alla vita sono così a buon prezzo che una persona attiva, con due giorni di lavoro, può guadagnare abbastanza da mantenersi per tutto il resto della settimana ». « Ciò che io ritengo — egli conclude — sia veramente cagione dell'infingardaggine attribuita a questo popolo » ⁽¹⁾.

La strana tesi tendente a dimostrare il vantaggio di avere un sistema di gravose imposte od in genere un ambiente esterno sfavorevole è accolta da alcuni autori anche in epoca posteriore.

Tra gli economisti inglesi del XVIII secolo, il Tucker, rivelando una speciale affinità di pensiero con gli scritti di Sir William Temple, apparsi sin dal precedente secolo, osserva « che gli uomini « diventano sempre più viziosi, più poveri e più indolenti a mano « a mano che crescono i salari ed il basso prezzo dei mezzi di sussistenza ». « Un gran numero di persone di ambo i sessi — egli « aggiunge — non lavora affatto finchè ha qualche cosa da spen-

⁽¹⁾ D. HUME, *Essays and treatises on several subjects*, (Londra, ediz. 1788), vol. I, pag. 309.

« dere » ⁽¹⁾. E ne deduce che è opportuno con dazi, accise e varie altre forme di imposizioni rincarare la vita.

William Temple (da distinguersi da Sir William Temple; poichè egli fu fabbricante di panni a Towbridge, di non comune coltura, vissuto nel secolo XVIII), ritiene massima fondamentale che « nulla « all'infuori della necessità produce l'attività, che nulla all'infuori « dell'economia, che la massa dell'umanità non vorrà mai praticare, « può impedire la povertà, il bisogno e la miseria » ⁽²⁾; che il mezzo atto a rendere il popolo sobrio, temperante ed industrioso è quello di accrescere tanto il costo delle sussistenze da togliere ad esso la possibilità di diventare indolente o vizioso, e ricorda che le piramidi del Cairo furono costruite da un popolo mal nutrito, costretto ad un lavoro assai penoso e scarsamente retribuito.

Partendo da queste premesse, il Temple viene pertanto alla conclusione che è necessario stabilire imposte sui beni di prima necessità, quando questi siano a buon prezzo ⁽³⁾.

Anche in assai notevoli economisti italiani fioriti nel XVIII secolo od all'inizio del secolo successivo, vediamo il ripetersi di una siffatta errata concezione delle funzioni dell'imposta. Il Broggia, uno dei migliori scrittori di cose finanziarie del suo tempo per i criteri di un sistema tributario equo e ben equilibrato, che rivela nel suo « Trattato » ⁽⁴⁾, pur di qualche anno anteriore ai saggi citati di Davide Hume, combatte dapprima le teorie di coloro che sostengono che le imposte onerose sono indispensabili all'umano progresso, ma poi afferma: « egli è ben vero che vi sono specie di industrie, per le quali si possono stabilire tributi di non isprezzabile emolumento, sì per li ordinari che per li straordinari bisogni.... Che anzi un tal

⁽¹⁾ J. TUCKER, *A brief essay of the advantages and disadvantages which respectively attend France and Great Britain with regard of trade*, nella citata collezione di Lord Overstone, pag. 340.

⁽²⁾ *A vindication of commerce and arts etc.*, nella cit. collezione di Lord Overstone, pag. 513-514.

⁽³⁾ *A vindication of commerce and arts ecc.*, nella cit. collezione di Lord Overstone, pag. 516.

⁽⁴⁾ C. A. BROGGIA, *Trattato dei tributi, della moneta e del governo della sanità*, in *Biblioteca dell'Economista* (Custodi, parte antica) tomo IV.

tributo egli è sì ben situato e talmente estende i suoi benefici influssi, che quando sia colle debite circostanze regolato, rendesi necessario a contribuire mirabilmente a coltivare e far fiorire l'industria cittadina » ⁽¹⁾. Orientamento di pensiero, che rivela un senso di misura particolarmente notevole per quei tempi, mentre troviamo nel Genovesi, pur al Broggia posteriore ne' suoi scritti di circa un ventennio, concetti sulle funzioni dell'imposta, che ricordano quelli degli economisti del secolo precedente, dei quali dianzi si fece cenno. L'eminente mercantilista napoletano, a proposito dei tributi che incidono i consumi, osserva che « se essi talora accrescono il costo della vita, non è questo un gran male; anzi vi è un'altra utilità che porta seco questo metodo, cioè, che, rendendo alquanto più difficile il vivere, accresce a quella medesima proporzione l'industria dei faticatori » ⁽²⁾. Dai tributi non troppo onerosi però — osserva il Genovesi — deriva un incremento di attività; mentre in caso contrario si avrà « molta poltroneria, niuna pace, niuna giustizia, niuna sicurtà, e con ciò non fatica, non rendite » ⁽³⁾.

Criterio invece assai più moderato troviamo in Pietro Verri, il quale rivela una concezione più moderna di produttività dei tributi per le sue norme generali sull'imposizione, esposte nelle « Meditazioni » ⁽⁴⁾ sin dal 1771, che si potrebbero, sotto un certo aspetto, paragonare ai principii fondamentali, stabiliti da Adamo Smith pochi anni dopo, e che vediamo poi ripetuti, più tardi, da varii altri economisti in Italia ed all'estero.

3. - Giova però ricordare come principii, a questi affini, sui caratteri e sulle finalità dell'imposta, già appaiano negli scritti del von Justi, il principe dei cameralisti tedeschi, il quale, nel suo « System des Finanzwesens », pubblicato nel 1766, aveva già dettato

⁽¹⁾ C. A. BROGGIA, *op. cit.*, *loc. cit.*, pag. 180.

⁽²⁾ A. GENOVESI, *Lezioni di economia civile*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie I, vol. III, pag. 158 e seg.

⁽³⁾ Id. Id., pag. 159.

⁽⁴⁾ P. VERRI, *Meditazioni sull'economia politica*, in *Biblioteca dell'Economista*, serie I, Vol. III, pag. 619-625.

a questo riguardo norme assai importanti. Infatti, « il primo ed il più importante principio, che occorre tener sempre presente in fatto di tasse e di imposte — egli scrive — è che i contribuenti debbono trovarsi in condizione da poterle pagare. Esse sono in tale situazione, del resto, quando possono sopportarne l'onere senza privarsi del necessario e senza intaccare il loro capitale » (1).

« Il secondo principio del sistema tributario consiste nello stabilire imposte sui contribuenti con perfetta uguaglianza e giuste proporzioni » (2). La terza norma è dettata dalla necessità di dare ai sistemi di imposizione « tale carattere che il benessere dello Stato e dei contribuenti e la libertà civile non abbiano a soffrire danno alcuno » (3).

Il quarto principio consiste nell'« organizzare i tributi a seconda « dello stato e delle forme del governo » (4); il quinto nel « dare al « sistema tributario una base certa ed onesta, stabilendo in modo « definitivo le imposte e rendendole note a tutti » (5). L'ultima e più importante norma è che « i tributi dovrebbero essere stabiliti « in guisa da poterli esigere nel modo più facile e più comodo e « con la minore spesa, sia da parte dello Stato sia da parte dei contribuenti » (6).

Soprattutto in quest'ultima norma, come anche nella prima, nella seconda e nella quarta, troviamo concetti, che ricordano quelli contenuti nei quattro famosi principi dello Smith — che avremo occasione di ricordare tra breve — e che evidentemente sono dettati dalla considerazione della produttività dell'imposta, intesa però con criterio moderno.

(1) G. E. von JUSTI, *System des Finanzwesens*, libr. IV [del volume di A. MONROE, *Early economic theory* (traduzione della prima edizione di Halle, 176C)], pag. 389.

(2) Id. Id., pag. 390.

(3) Id. Id., pag. 396.

(4) Id. Id., pag. 397.

(5) Id. Id., pag. 398.

(6) Id. Id., pag. 398.

4. - Ma. per quanto fossero più diffusi questi fondamentali principi di un può razionale ordinamento dei tributi, che troviamo nel von Justi e, poi, più nettamente stabiliti dallo Smith; tuttavia, non di rado, riappare qua e là negli scritti di economisti, pure assai noti, la errata teoria delle benefiche ripercussioni delle alte imposte sull'attività umana.

Lo stesso Palmieri — uno dei migliori scrittori di cose finanziarie fioriti nel Regno di Napoli durante la seconda metà del XVIII secolo — mentre mette in luce i non lievi danni che possono sorgere da eccessivi oneri fiscali, scrive: « non v'ha cosa che tanto si apponga « ai principi di economia ed alla ricchezza della nazione, quanto « un peso che cresca e manchi a proporzione che cresce o manca « l'industria come quella che tende ad estinguerla ed a produrre « l'inerzia e la trascuraggine, laddove un peso fisso l'eccita e l'alimenta » ⁽¹⁾. Pare veramente strano che le imposte, per quanto « fisse » o certe, debbano stimolare l'industria ed accrescere la produttività.

E più tardi ancora, quando la dottrina dei classici già aveva spazzato via molti errori, da secoli radicati nelle dottrine economiche, riappare la concezione favorevole ad un gravoso sistema fiscale, ad esempio, nel siciliano Paolo Balsamo, autore di interessanti lavori di economia agraria, e specialmente nel Mac Culloch, la cui teoria dei benefici effetti degli oneri fiscali sarà tra breve ricordata nelle presenti note, come una delle più tipiche e più nette affermazioni dell'errata dottrina della necessità di alti tributi.

Pur riconoscendo che l'eccessiva pressione tributaria turba la vita economica di un popolo ⁽²⁾, il Balsamo afferma che « certamente i pesi pubblici servono come tanti stimoli per mettere in « opera ed accrescere a coloro, cui sono addossati, tutti quei mezzi, « i quali capaci sono di aumentare le loro ricchezze; donde poi

⁽¹⁾ G. PALMIERI, *Osservazioni sulle tariffe con applicazione al Regno di Napoli*, in *Biblioteca dell'Economista* (Custodi, serie moderna), tomo XXXVIII, pag. 141.

⁽²⁾ P. BALSAMO, *Memorie economiche e agrarie riguardanti il Regno di Sicilia*, (Palermo, 1803), pag. 35 e seg.

« necessariamente proviene un incremento di travaglio e di produzione e conseguentemente di pubblica felicità », ed aggiunge « che l'istoria così antica come moderna ci insegna che comparando le diverse nazioni, quelle frequentemente sono più povere e meno felici che nulla o pochissimo contribuiscono per le spese dello Stato » (1).

5. - Ma un preciso concetto dei fini e dei caratteri dell'imposta era già da parecchio tempo sorto nei classici inglesi. Infatti Adamo Smith, sin dal 1776, aveva dettato i noti quattro principî fondamentali, che anche attualmente costituiscono la base di un razionale assetto tributario. Principî, che tengono conto essenzialmente del moderno criterio della produttività dell'imposta, quale appare essenzialmente dalla massima che: « ogni imposta deve essere stabilita nel periodo e nel modo, che sia più comodo al contribuente per il pagamento », e dell'altra norma, pure assai importante « che si deve dai privati prelevare non più di quel che affluisca all'erario » (2).

Egli mette, d'altra parte, in luce il pericolo che le imposte possano scemare l'attività e la produttività del paese (3), e ricorda — a diversità di quanto il Mun, il De la Court, il Child ed altri economisti del secolo precedente avevano affermato — come « le gravi imposte sui beni necessari della vita abbiano rovinato in Olanda le principali industrie » (4); disapprova le imposte di capitazione (5) e quelle in genere ragguagliate non al reddito netto, ma al prodotto lordo (6). Particolarmente notevole, poi, è il principio sostenuto dallo Smith, rilevante la sua concezione moderna di produttivismo dei tributi, quale appare dal suo criterio dell'opportunità

(1) P. BALSAMO, *Trattato di economia pubblica*, vol. I, pag. 170 e sg.

(2) A. SMITH, *Inquiry into the wealth of nations* (ediz. Cannan) vol. II, libro V, cap. II, parte II, pag. 310 e seg.

(3) Id., *op. cit.*, vol. II, parte II, cap. IV, pag. 356.

(4) Id., *loc. cit.*, pag. 390.

(5) Id., *op. cit.*, libro V, cap. II, parte II, pag. 353.

(6) Id., *op. cit.*, libro V, cap. II, parte II, pag. 324.

di esentare dall'imposta di successione la trasmissione dei patrimoni dagli ascendenti ai discendenti diretti, perchè in tal caso « l'imposta « — egli osserva — sarebbe crudele ed opprimente » ⁽¹⁾, e di concedere inoltre speciali aliquote per le successioni tra collaterali.

Anche il Say, noto fautore della teoria dell'equivalenza tra i beni materiali sottratti dallo Stato ai privati per mezzo dei tributi ed i beni immateriali da questo resi ai cittadini, critica la dottrina, la quale afferma l'utilità di gravosi oneri fiscali, seguendo prevalentemente lo Smith anche nei concetti fondamentali in materia tributaria. Ricordando, però, come « Garnier ammetta che è utile che « la classe operaia, dopo aver lavorato abbastanza per sopperire ai « propri bisogni, lavori ancora per soddisfare quelli di coloro che « sono sostenuti dal gettito delle imposte », osserva che questo si potrebbe ammettere se il provento delle imposte fosse sempre ben impiegato dallo Stato, in modo vantaggioso per la società ⁽²⁾. Mette, però, in luce i danni derivanti dalle imposte eccessive ⁽³⁾, e — ricordando come gli esattori dell'antico Governo della Francia fossero avvezzi a dire che « occorre che il contadino sia povero; poichè è « questo il solo mezzo perchè egli non sia indolente » afferma che, al contrario, « è conseguenza inevitabile dell'imposta quella di accrescere il costo di produzione, donde risulta un aumento di prezzi « ed una riduzione nella quantità prodotta » ⁽⁴⁾.

Ricardo si accosta al pensiero dello Smith per quel che riguarda la teoria generale delle imposte, ne ricorda i quattro principi fondamentali nella nota dichiarazione dei diritti del contribuente, affermando in modo speciale che « il sistema di imposte può essere difettoso, perchè toglie al popolo (contribuente) una somma più rilevante di quella che fa affluire alle casse dello Stato » ⁽⁵⁾. Egli pure è contrario all'imposta sulle successioni, come quella che al-

⁽¹⁾ Id., *op. cit.*, libro V, cap. II, parte II, pag. 343, 344.

⁽²⁾ G. B. SAY, *Cours complet d'économie politique* (Bruxelles, 1844), parte VIII, pag. 509.

⁽³⁾ Id., Id., pag. 210 e sg.

⁽⁴⁾ Id., Id., pag. 509.

⁽⁵⁾ D. RICARDO, *Oeuvres complètes* (edizione Guillaumin) pag. 183.

tera la distribuzione del capitale più vantaggiosa alla società ⁽¹⁾; e vorrebbe inoltre abolire le imposizioni sulle materie prime e quelle che tendono ad incidere e ad elevarne i costi ⁽²⁾.

A diversità di altri economisti, che attribuiscono alle imposte il benefico effetto di un incremento di ricchezza, Ricardo, anzichè ascrivere alla grave pressione tributaria l'enorme progresso che l'Inghilterra aveva fatto negli ultimi venti anni, conclude: « tuttavia occorre ammettere che senza i prelevamenti fatti per mezzo « delle imposte, questo aumento di ricchezza sarebbe stato assai « più rapido » ⁽³⁾.

6. - Rau, al contrario, considera la possibilità che gli oneri fiscali possano stimolare maggiormente l'attività umana e quindi spingere ad un più celere incremento di ricchezza. Accennando a questa possibilità, egli afferma che in tal caso « chi è colpito da imposte non avrebbe altro onere all'infuori di quello che è rappresentato da un più intenso lavoro; ed anche questo — egli aggiunge — potrebbe non essere necessario a cagione del progresso della tecnica. In tal guisa un grande aumento di imposte nell'epoca moderna — egli osserva — è senza dubbio in parte diventato più facile da sopportare, e parecchi « rentiers » passarono generalmente nelle fila degli imprenditori, e questi, come i salariati, hanno incominciato a lavorare con maggiore intensità ». ⁽⁴⁾

Naturalmente l'azione del maggior onere fiscale è circoscritta da varie circostanze — come afferma il Rau — cioè dal capitale disponibile e dall'ambiente esterno; ma ciò non toglie che all'imposta si riconosca, in determinati casi, una certa produttività, intesa nel senso di uno stimolo ad un incremento di attività e di ricchezza, se ed in quanto a chi è colpito dai tributi riesca possibile

⁽¹⁾ Id. Id., pag. 112.

⁽²⁾ Id. Id., pag. 127.

⁽³⁾ Id. Id., pag. 110.

⁽⁴⁾ C. E. RAU, *Grundsätze der Finanzwissenschaft* (Heidelberg, 1833), vol. II, parte II, pag. 29.

l'aumentare i proventi con una maggiore intensità nella produzione in modo che l'accresciuta ricchezza eguagli in tutto od in parte l'ammontare del tributo.

7. - Particolarmente favorevole ad un sistema di imposte oneroso è Mac Culloch, il quale attribuisce, anzi, alle enormi gravezze del XVIII secolo l'incremento di benessere avutosi in Inghilterra. « Smith ha dimenticato — egli scrive — che un aumento di imposte esercita il medesimo effetto sulla nazione, che può determinare sopra il privato individuo l'aumento della famiglia e de' suoi indispensabili bisogni. Il peso, sempre crescente delle imposte durante la guerra americana e durante quella che incominciò nel 1793, ricadde su tutte le classi, e diede stimolo allo spirito di industria, alle imprese, alle invenzioni, alle abitudini economiche, che invano si sarebbe tentato di eccitare con qualunque altro mezzo. Senza la guerra americana e senza l'ultima guerra colla Francia, noi avremmo avuto minore attività e minore frugalità » ⁽¹⁾.

Il Mac Culloch insiste, poi, sui benefici effetti, che gli oneri fiscali esercitano sulla classe operaia, spingendola a lavorare di più, e ricorda il caso dell'Irlanda, che, relativamente alla sua estensione ed alla sua fertilità, è stato uno dei paesi meno gravati dai dazi che esistano al mondo. « Eppure, egli osserva, la sua popolazione è sempre stata misera ed infelice. Questo fatto basterebbe di per sé stesso a dimostrare che le condizioni di un popolo non dipendono tanto dalle imposte che sopporta, quanto dal suo carattere e dalla sua condotta, cioè dalle sue abitudini, dalla sua industria e dalla sua previdenza » ⁽²⁾.

Però, pur riconoscendo la benefica influenza dei dazi e delle imposte in genere quale stimolo al lavoro, tempera in certa guisa questa sua recisa affermazione con opportuna cautela. « Noi dob-

⁽¹⁾ MAC CULLOCH, *Trattato sui principî e sui pratici effetti delle imposte e del debito pubblico* in *Biblioteca dell'Economista*, serie II, vol. X, pag. 11, 12.

⁽²⁾ MAC CULLOCH, *Elementi che determinano la meta delle mercedi* in *Biblioteca dell'Economista*, serie II, vol. III, pag. 404.

biamo badare all'abuso di questa dottrina — egli osserva — e non dobbiamo supporre che, se è vera in certi casi e sotto certe condizioni, lo sarà perciò in tutti i casi e sotto tutte le condizioni » ⁽¹⁾.

Stuart Mill, al contrario, anche in questo campo segue i criteri fondamentali di Adamo Smith, del quale cita e commenta i quattro principi fondamentali sulla imposizione, rivelandosi favorevole ad un equo sistema tributario, che si concili col progresso economico del paese; e trova nel noto principio dell'uguaglianza del sacrificio da lui sostenuto, la migliore attuazione delle idee di giustizia tributaria, mentre esplicitamente mette in luce i danni dell'eccessiva tassazione, « capace di rovinare le società più industriali » ⁽²⁾.

8. — Nè mette conto di continuare l'esame del pensiero degli economisti moderni, poichè l'antica teoria dei benefici effetti degli alti tributi è ormai superata, e soltanto qua e là troviamo qualche residuo dei principi, che prevalsero un tempo.

Il Wagner accoglie in parte l'opinione che l'imposta possa recare vantaggi economici-individuali ed economici-pubblici, in quanto ha « l'effetto di stimolare i progressi economici-tecnici della produzione » ⁽³⁾; anzi, egli considera questa una forma di rigetto dell'imposta, mentre propriamente si tratta di uno dei vari aspetti del vasto problema degli effetti dei tributi ⁽⁴⁾.

Leroy-Beaulieu, ricordando la dottrina favorevole ai gravosi oneri fiscali, osserva però cautamente che « anche se si ammette che le imposte abbastanza considerevoli, senza cessare di essere moderate e ben stabilite, abbiano il dono di stimolare l'energia fisica e mentale dell'uomo, non risulterebbe ancora che queste

⁽¹⁾ MAC CULLOCH, *Trattato sui principi e sui pratici effetti delle imposte e del debito pubblico* in *Biblioteca dell'Economista*, serie II, vol. X, pag. 12.

⁽²⁾ J. STUART MILL, *Principles of political economy*, libro V, cap. II.

⁽³⁾ A. WAGNER, *Scienza delle finanze* in *Biblioteca dell'Economista*, serie III, vol. II, pag. 874 e seg.

⁽⁴⁾ Si vedano a questo riguardo le acute osservazioni di M. PANTALEONI, *Teoria della traslazione dei tributi*, (Roma, 1882), pag. 26.

imposte, allorquando non sono giustificate da un interesse sociale evidente, siano innocue » (1).

9. - Ma giova ancora qui ricordare, tra gli scrittori moderni, il Barker, che, rivelandosi decisamente fautore delle guerre, colle quali « le nazioni crescono » mentre « colla pace muoiono » (2), non esita ad affermare che « le richieste colossali, continuamente crescenti dell'esattore delle imposte fecero introdurre il macchinario di ogni specie, atto a surrogare il lavoro, le manifatture, il commercio, la banca moderna, le ferrovie, i piroscafi » (3); mentre presagiva che, anche dopo il grande conflitto mondiale, a cagione del grave onere fiscale che ne sarebbe stato inevitabile retaggio, non soltanto l'attività, ma anche la ricchezza delle nazioni avrebbe dovuto aumentare notevolmente.

Ma, a parte l'esagerazione che appare dal recente scritto del Barker, la dottrina intransigente, secondo la quale si considerano le imposte quasi come indispensabile condizione del progresso umano, e la conseguente teoria della benefica funzione delle imposte si possono considerare superate. Nè vale la pena di soffermarsi su di esse; tanto è evidente la mancanza di un vero fondamento di tale concezione, la quale può trovare conferma nei fatti solo eccezionalmente, quando concorrano, cioè, speciali conseguenze a determinare tali benefici dell'imposta, e sopra tutto quando rimanga intatta la produttività del lavoro al punto da elidere le ripercussioni dannose dell'onere fiscale.

10. - È interessante, però, il seguire l'evoluzione avveratasi in questa primitiva concezione di produttività dell'imposta, per i differenti atteggiamenti di pensiero degli scrittori di cose finanziarie, più o meno recisi ed intransigenti a seconda dei vari periodi,

(1) PAUL LEROY-BEAULIEU, *Trattato di scienza delle finanze* in *Biblioteca dell'Economista*, serie III, vol. XI, parte I, pag. 99.

(2) BARKER, *The great problem of British statismanship*, (Londra, 1917), pag. 279.

(3) BARKER, *op. cit.*, pag. 282.

a seconda anche del progresso che si era venuto compiendo nella scienza economica.

La dottrina dei benefici effetti degli oneri fiscali sull'attività umana appare dapprima in una forma temperata nel Mun, nel Petty e nel Davenant, nella primitiva concezione dell'economia finanziaria, e si fa più intransigente nel De la Court e nel Child, che dallo studio della vita economica dell'Olanda trassero la conclusione che considerevoli vantaggi erano sorti dal sistema delle accise, largamente prevalente allora, e che tale doveva essere quasi costante l'azione delle imposte. Molto più moderato è il criterio seguito da Davide Hume, il quale fa non poche riserve circa la tesi, sostenuta prima da vari economisti, della necessità di alti tributi perchè l'attività umana si faccia più intensa, e più rapido si svolga il progresso.

Ma anche nei finanzieri italiani nel XVII e XVIII secolo riappare questo concetto, più temperato nel Broggia, più intransigente nel Genovesi; mentre il Verri rivela una concezione più moderna di produttività dei tributi per i suoi principi generali dell'imposta (1771), che si potrebbero in certa guisa paragonare a quelli, che lo Smith pochi anni dopo (1776) stabiliva con norme fondamentali, ormai largamente diffuse, sull'assetto tributario. Giova però ricordare come, prima ancora, il von Justi, avesse già dettato nel suo « System des Finanzwesen » (1776) principi assai importanti sui caratteri e sui fini dei tributi, che attestano la sua concezione moderna di produttività dell'imposta.

Notevole è il largo contributo arrecato in questo campo di studi dagli economisti classici inglesi, e particolarmente dallo Smith, da G. B. Say, da Ricardo e più tardi da Stuart Mill, i quali decisamente abbattono i pregiudizi e gli errori della precedente dottrina, largamente diffusa sui benefici effetti degli alti tributi. Ma ancora verso la fine del secolo XVIII ed al principio del secolo successivo, troviamo qua e là negli economisti italiani, quali, ad esempio, il Palmieri ed il Balsamo, un ritorno all'antica errata teoria; mentre, tra i tedeschi, più tardi ancora, il Rau ritorna — sia pure con una certa moderazione — alla tesi dei vantaggi, che dagli oneri fiscali

gravosi possono sorgere; e, tra gli inglesi, troviamo in Mac Culloch il tipico rappresentante della netta affermazione del principio della necessità di alti tributi. Ma nello Stuart Mill, e, meglio ancora negli economisti più recenti, vediamo un nuovo indirizzo di pensiero. Nel Leroy-Beaulieu, ad esempio, e specialmente nel Wagner, vi è ancora qualche accenno all'antica teoria, ma con criteri molto moderati; mentre nel Barker troviamo, al contrario, un intransigente sostenitore della più gravosa fiscalità, come un deciso fautore della guerra.

Nel primitivo criterio di produttività dell'imposta, intesa nel senso di una benefica influenza degli alti tributi quale coefficiente di progresso dell'umanità, appare pertanto un'evoluzione, che dalla intransigenza dei criteri seguiti dai primi economisti del XVIII secolo, fatta qualche eccezione, va alla più moderata concezione degli autori da noi meno remoti.

III.

1. - Ma il problema della produttività dell'imposta trova ora un altro orientamento, del tutto differente, secondo la moderna dottrina, per quanto questa sotto alcuni punti di vista possa essere riacciata all'antica teoria della benefica influenza dei tributi, non più a cagione dello stimolo al lavoro che ne dovrebbe nascere, ma per altre ripercussioni, di ben più vasta portata, sull'equilibrio economico esistente. Attualmente infatti si può ammettere che l'ambiente esterno sfavorevole, come le difficoltà della vita in genere, possano in alcuni casi essere di incitamento ad una maggiore attività; ma ciò non implica, come è evidente, la necessità di gravose imposte per raggiungere un notevole rendimento del lavoro. Principio produttivista si poteva considerare anche quello che faceva capo a codesta teoria, ma si trattava di un produttivismo inteso in un ben strano modo; mentre è ora messo in stretto rapporto colle vaste ripercussioni degli oneri finanziari su tutto l'equilibrio economico.

Ma sarà bene innanzi tutto precisare meglio il concetto di produttivismo dei tributi.

Il principio produttivista dell'imposta può infatti essere inteso in vario senso.

Alcuni autori parlano di produttivismo o produttività dell'imposta e della tassa, o per meglio dire di produttività delle spese dei servizi pubblici generali o speciali. In tal senso il De Viti De Marco, ad es., parla di produttività dell'imposta in confronto alla tassa, mettendo in evidenza come, nel caso della tassa, il costo dei servizi pubblici speciali venga ripartito, sino ad una certa misura almeno, secondo l'effettivo consumo che i vari contribuenti fanno dei beni pubblici; poichè il consumo o la domanda individuale costituisce la base della ripartizione. Siccome la domanda dei servizi pubblici generali è presunta dal reddito, può avvenire che si continui per lungo tempo in produzioni non economiche, quando si tratti di servizi pubblici, per le prestazioni dei quali si pagano imposte; mentre per la tassa la riprova sicura della produttività della spesa è data dal fatto che i cittadini, al prezzo dato, comprano tutte le unità prodotte⁽¹⁾. Il servizio pubblico nel caso della tassa può pertanto essere organizzato in rapporto alla domanda dei contribuenti; quindi vi potrà essere un certo rapporto tra il costo della prestazione resa dallo Stato ed il gettito della tassa; donde una certa produttività del tributo. Nel caso invece dell'imposta non si può *a priori* evidentemente valutare quale sarà il consumo dei servizi pubblici, resi dallo Stato, perchè siffatte prestazioni debbono servire a soddisfare i bisogni collettivi « consolidati », dei quali appunto non deve avvertirsi la sensazione penosa dovuta alla mancanza di soddisfacimento. È quindi naturale che il costo di siffatti servizi pubblici non possa essere, neanche approssimativamente, ragguagliato al consumo. In tal caso avremo una produttività dell'imposta inferiore a quella della tassa, per la quale in certo qual modo potrà ragguagliarsi il costo al consumo; mentre per l'imposta il costo delle prestazioni rese dallo Stato non può essere messo in relazione col consumo dei beni pubblici, che verranno apprestati.

(1) A. DE VITI DE MARCO, *I primi principi dell'economia finanziaria*, pag. 103 e seguenti.

Per quanto si possa fare una netta distinzione tra tassa ed imposta anche partendo da questo punto di vista, tuttavia, come è evidente, non intendiamo in questo senso il principio produttivista; poichè nel presente studio, al contrario, anzichè tener conto della produttività delle spese dei servizi pubblici generali o speciali, si parte dal punto di vista delle ripercussioni che l'imposta può esercitare nel vasto campo della produzione.

Nè potremmo riallacciare il principio produttivista alla nota teoria della produttività e della riproduttività dell'imposta. Secondo gli autori aderenti a tale dottrina — tra i quali ricorderemo il List, il Dietzel e, sotto alcuni aspetti, può essere pure annoverato il Wagner — la finanza altro non sarebbe che un insieme di mezzi economici rivolti all'esercizio di un'industria speciale, quella della trasformazione dei beni materiali in beni immateriali. Le spese pubbliche sarebbero quindi produttive e riproduttive a seconda che si considera l'aumento di beni immateriali disponibili derivanti dall'azione dello Stato, oppure l'aumento di produzione delle economie private, conseguente a servizi pubblici creati o promossi. Secondo la teoria della riproduttività, sostenuta particolarmente dallo Stein, — teoria che è fondata sul principio che lo Stato non può vivere se non può riprodurre le condizioni della propria esistenza — l'ente statale impiega una certa quantità di ricchezza, invece dei privati, per soddisfare i bisogni della società e rendere servizi indispensabili alla vita economica. Il valore dei beni impiegati nelle spese pubbliche deve ricomparire nel valore dei beni prodotti dai cittadini. La riproduttività della finanza si manifesta pertanto in un aumento dell'efficacia produttiva della collettività.

Ma, come è noto, la teoria della produttività e della riproduttività dell'imposta, secondo siffatta concezione, è ormai superata, non potendosi certo ottenere la esatta controprestazione da parte dello Stato dei beni materiali sottratti ai privati per mezzo dei tributi, nè nell'insieme del gettito delle imposte da una parte e delle controprestazioni dall'altra, nè tanto meno tra singole imposte e singoli servizi pubblici.

Il principio produttivista dev'essere, al contrario, — secondo il nostro modo di vedere — considerato dal punto di vista di un ordinamento dei tributi tale che non turbi affatto l'equilibrio economico o lo modifichi in siffatta guisa che si accresca la produttività o si agevoli in qualche modo la formazione del risparmio o, nella peggiore delle ipotesi, si ostacoli il meno possibile il flusso del reddito.

2. — Questa concezione del produttivismo è particolarmente interessante, anche perchè, come già si osservò, la si può in certo modo riallacciare a quella dell'influenza dell'imposta sull'attività umana, e quindi sul ritmo più o meno celere del progresso.

Data questa concezione del produttivismo dell'imposta si dovrà ammettere, come premessa indispensabile: 1) che si ritiene utile non mutare affatto od alterare il meno possibile l'equilibrio economico, quale esiste in un dato periodo; 2) che se in qualche modo l'equilibrio economico dovesse pur essere modificato, questo dovrebbe avvenire in guisa che le ripercussioni dell'imposta tendano ad agevolare la produzione o, in qualsiasi modo ad accrescere la formazione del risparmio (¹).

Il principio produttivista dell'imposta, inteso secondo siffatta concezione, si può quindi ricollegare, sotto un certo aspetto, alla teoria della benefica influenza dei tributi sull'attività umana, sostenuta dagli economisti del XVII e del XVIII secolo. Infatti tanto secondo l'una, quanto secondo l'altra teoria, si dovrebbe raggiungere lo stesso risultato di dare un maggiore impulso alla produzione o di impedire, quanto meno, un maggior spreco di ricchezza, con mezzi però del tutto differenti. Secondo la teoria sostenuta dagli economisti del XVII e XVIII secolo, l'imposta in quanto determina un incremento di attività, dovrebbe produrre un aumento di ricchezza, o quanto meno ridurre i consumi superflui; mentre secondo la mo-

(¹) Si vedano a questo riguardo le acute osservazioni del BARONE negli *Studi di economia finanziaria* in *Giornale degli Economisti*, fascicolo del giugno 1912, pag. 485 e seg.

derna concezione, — in quanto si ritengono più produttiviste le imposte, le quali, provvedendo ai bisogni dello Stato, non turbano affatto l'equilibrio economico, oppure riescono anche ad accrescere colle loro ripercussioni la produttività, od ostacolano, ad ogni modo, il meno possibile il flusso del reddito, — si dovrebbe ottenere un aumento di produzione, o quanto meno si dovrebbe concorrere al risultato definitivo di impedire una riduzione dei risparmi evitando un'alterazione dannosa del ritmo della produzione od influenzando sull'incremento di produzione con opportune modificazioni dell'equilibrio economico.

Si otterrebbe quindi, secondo le due differenti teorie, un risultato pressochè uguale, seguendo vie però del tutto opposte, accrescendo in un caso l'onere fiscale, turbando invece il meno possibile l'equilibrio economico, od anzi riducendo il gravame dell'imposta nell'altro.

E naturale che, se l'attività dei beni sottratti ai privati per mezzo dei tributi è inferiore alla somma di utilità derivante dai vantaggi materiali ed immateriali che hanno origine dal soddisfacimento dei bisogni pubblici a cui si provvede colle imposte, maggiore sarà la produttività dell'imposta stessa. E questo si potrà dire tanto se il principio sostenuto dall'antica teoria sarà applicato, quanto se avrà attuazione quello affermato dalla moderna dottrina. Ma non è questo un requisito indispensabile perchè si realizzi il principio produttivista; altrimenti si ricadrebbe nella dottrina, ormai superata, della produttività e della riproduttività dell'imposta, della quale abbiamo fatto cenno.

Si possono dunque ritenere per produttiviste le imposte, le quali, — indipendentemente dai vantaggi materiali ed immateriali derivanti dal soddisfacimento dei bisogni pubblici, a cui si provvede coi tributi —; non recano alcun turbamento all'equilibrio economico esistente, ovvero lo modificano in siffatta guisa da accrescere la produttività od agevolare in qualche modo la formazione del risparmio.

3. - Abbiamo infatti imposte più o meno antiproduttiviste, come abbiamo tributi più o meno produttivisti.

Il Cabiati cita casi speciali di imposte produttiviste: quelli, ad esempio, ricordati dal Marshall e dal Pigou, di imposte (o premi) che possono dare (o togliere) all'erario più (o meno) di quanto tolgano (od aggiungano) alla rendita del consumatore, o nei quali abbiano tali condizioni di offerta che un'imposta o premio tenda a rendere il prodotto netto marginale dei coefficienti della produzione, applicati all'industria della cui offerta si tratta, più prossimi al prodotto netto marginale dei coefficienti applicati all'attività economica in genere del mercato⁽¹⁾. Nè deve trascurarsi il caso di imposte che colpiscono redditi così poco elastici da rendere necessario un più intenso lavoro per ottenere i mezzi necessari per sopperire alle spese indispensabili alla vita.

D'altro canto, abbiamo non pochi casi di imposte più o meno antiproduttiviste.

È fuori di dubbio, ad esempio, che i tributi indiretti, non adempiono al requisito della produttività; innanzitutto perchè, a parità di gettito, la perdita di utilità del contribuente, come è noto, è maggiore con la imposta indiretta che con un tributo diretto sul reddito; inoltre perchè, a parità di sacrificio, per l'individuo, il fisco percepisce di meno col sistema di imposizione indiretta che non con quello di tributi diretti. Inoltre l'imposta diretta sui redditi, come osserva il Cabiati, presenta minore probabilità che non l'altra, di alterare l'equilibrio produttivo esistente nella zona colpita dal tributo, anche perchè, diminuendo i redditi dei contribuenti in guisa proporzionale, non altera perciò solo l'utilità comparata dei vari beni di consumo e dei servizi, a meno che sia altissima⁽²⁾.

Le imposte sui consumi presentano pertanto non lievi svantaggi, in quanto le loro ripercussioni rallentano o tendono a rallen-

⁽¹⁾ A. CABIATI, *Osservazioni sul principio "produttivista" di un sistema tributario di guerra*, in *Riforma Sociale*, fasc. sett.-ottobre, 1927, pag. 400.

⁽²⁾ A. CABIATI, *artic. cit.*, pag. 395.

tare la formazione del risparmio più di quel che non avvenga in un regime di tributi diretti.

Non è però da escludere anche un'azione decisamente contraria all'incremento della produzione, quale conseguenza di un inasprimento delle imposte dirette; perchè, sebbene queste tendano a diminuire i redditi dei contribuenti in guisa proporzionale senza alterare l'utilità comparata dei vari beni dei consumi e dei servizi, tuttavia ne può anche derivare una tendenza all'emigrazione dei capitali a cagione della grave pressione tributaria.

4. - Le ripercussioni varie delle imposte costituiscono un elemento assai importante nella valutazione del carattere produttivista ed antiproduttivista dei tributi.

Infatti, tenendo conto di questo criterio, nel campo delle imposte indirette, abbiamo differenti categorie di tributi con carattere antiproduttivista più o meno accentuato. Così, ad esempio, i dazi sugli oggetti di lusso, le tasse sugli spettacoli ed altri simili tributi ecc., sono meno antiproduttivisti delle imposizioni sui prodotti di prima necessità, anzi possono talora essere benefiche, se determinano l'effetto di ridurre il consumo di beni superflui, accrescendo così il risparmio.

È pertanto difficile *a priori* con precisione determinare quali saranno gli effetti di siffatte imposte. L'azione, che un tributo può esercitare sulla formazione del risparmio, deve pertanto essere presa in esame in rapporto ai vari fattori, che occorre esaminare caso per caso.

È noto che l'entità dei redditi colpiti, ad esempio, è elemento che deve essere particolarmente tenuto in considerazione; poichè, ad esempio, le imposte sui generi di lusso, le tasse sugli spettacoli ed altri simili tributi possono avere una certa influenza quale freno a consumi superflui, sulle persone che dispongono di scarsi redditi, ma quasi nessuna azione esercitano il più delle volte su coloro che dispongono di larghe rendite. Così pure deve essere tenuta in speciale considerazione la circostanza, che il contribuente inciso abbia famiglia o no. L'imposta sul tabacco, e quella sull'alcool, ad

esempio, colpiscono in proporzione di più chi non ha famiglia che non chi ha moglie e figli, trattandosi di beni che sono prevalentemente consumati dagli adulti; mentre l'inverso avviene per le imposte sullo zucchero, sul thè, sul latte — oggetti di largo consumo da parte delle persone in giovane età. È quindi un problema assai complesso quello di determinare quale sia il risultato definitivo di una imposta nei riguardi del produttivismo, poichè qui ci troviamo dinanzi al vasto campo della diffusione dei tributi.

Tutte le imposizioni in genere, dirette od indirette, possono poi esercitare un'azione differente sul risparmio, a seconda delle condizioni economiche e psicologiche delle persone colpite. Se si tratta di un contribuente, che si sia proposto di mettere da parte annualmente una data somma e possa accrescere con un maggior lavoro il suo reddito in rapporto all'ammontare del nuovo tributo, oppure se ci riferiamo ad un'imposta che si paga a rate non molto rilevanti, e sempre quando si tratti di contribuenti che abbiano effettivamente volontà e possibilità di aumentare il proprio reddito, il maggiore onere fiscale si trasformerà in un incentivo ad un incremento di produzione; come pure quando sia talmente scarsa l'elasticità della curva di utilità del reddito che l'imposta abbia l'effetto di spingere ad una produzione di redditi più intensa di quella che si aveva prima dell'imposizione.

Il produttivismo dell'imposta, come in genere gli effetti suoi, saranno pertanto diversi a seconda, non solo della natura del tributo e della sua onerosità, ma anche del reddito, dell'età e dell'indole del contribuente.

5. — Tra le imposte particolarmente antiproduttiviste deve essere ancora ricordata la leva sul capitale, derivante dall'inflazione — questo grave turbamento della vita economica — dal quale fu afflitta sì larga parte del mondo nel periodo bellico e post-bellico. Insieme cogli altri dannosi effetti, che ne derivarono, l'inflazione venne a costituire un'imposta sperequata, una delle peggiori forme di leva sul patrimonio. È noto che l'inflazione determina una profonda alterazione dei redditi, il formarsi di extrapro-

fitti, perturbazioni gravi nel ritmo della produzione, nelle correnti di esportazione e di importazione, nei consumi, una grave disorganizzazione della produzione, intensa speculazione ed altri caratteristici fenomeni ancora; ma non si debbono trascurare anche le ripercussioni, che dall'inflazione derivano nel campo finanziario. Assai frequenti sono infatti nel periodo di inflazione, le variazioni nella pressione tributaria, a seconda che si considera la fase di progressivo svilimento della moneta, oppure quello della rivalutazione ⁽¹⁾.

E noto, ad esempio, che la rapida svalutazione può determinare una diminuzione nel reddito reale dei tributi, fino al punto da produrre una tendenza al continuo peggioramento del bilancio a cagione delle difficoltà di variare in tempo le aliquote delle imposte a mano a mano che progredisce lo svilimento della moneta; mentre le spese, che lo Stato deve sostenere, — espresse nel medio circolante deprezzato, — crescono più rapidamente, in stretta correlazione col peggiorare del cambio. Si noti inoltre che nel campo tributario non di rado avviene una sperequazione tra l'onere delle imposte dirette e quello dei tributi indiretti, allorchè le aliquote delle prime non subiscono ritocchi così pronti ed immediati, in stretto rapporto col variare del valore della moneta, come le tariffe dei dazi, ad esempio, le quali possono più facilmente adattarsi al minore o maggiore svilimento del medio circolante ⁽²⁾.

La svalutazione poi, nel periodo, in cui tende ad accentuarsi, può determinare un inasprimento nell'imposizione, la quale diventa più rilevante per i redditi minimi, qualora l'aliquota sia progressiva se, come generalmente avviene, non può essere modificata la progressione per conservare costante in ogni classe di redditi il rapporto tra reddito ed imposta. Nel periodo di crescente inflazione quindi l'onere tributario tende a farsi più grave, determinando in tal guisa non lievi sperequazioni, quando si tratti di imposte ad aliquota progressiva; poichè il reddito reale, a motivo della cresciuta infla-

⁽¹⁾ G. BORGATTA, *La rivalutazione e la pubblica finanza* in *Giornale degli Economisti*, fascicolo di aprile 1928 pag. 306 e seguente.

⁽²⁾ M. KAMBE, *Prices and injustice in taxation* in *Kyoto University Economic Review*, fascicolo del dicembre 1927, pag. 28 e seg.

zione, viene ad essere collocato nella categoria superiore, colpita da un'aliquota più alta. Ne risulta così turbato l'equilibrio economico, in guisa tale da influire sfavorevolmente sull'incremento di ricchezza di una nazione. L'inverso fenomeno si avvererà nel periodo di rivalutazione della moneta con frequenti e dannose perturbazioni dell'equilibrio economico, sopra tutto nella fase di sensibili oscillazioni nel valore del medio circolante.

Nè si deve trascurare l'effetto che origina dell'inflazione sotto forma di una vera imposta sul patrimonio nella peggiore forma. Infatti, poichè l'inflazione si trasforma in una confisca parziale dei patrimoni, non investiti in immobili oppure in prodotti o beni materiali, ne deriva un'evidente sperequazione tra i possessori di capitali, rappresentati da titoli di Stato o da depositi presso banche, ed i proprietari di case, di terreni, di merci, o di titoli industriali, che col deprezzamento della moneta subiscono un corrispondente incremento di valore nominale. E poichè qualsiasi tributo, non equamente ripartito, finisce il più delle volte col gravare più duramente su tutta l'economia di uno Stato, è evidente che l'inflazione rappresenta assai spesso una forma di leva sul capitale anti-produttivista. Infatti si ottengono in tal guisa, è vero, gettiti considerevoli, e si ha il vantaggio di evitare il ricorso a nuovi prestiti o ad inasprimenti delle imposte esistenti od a nuovi tributi in un periodo, nel quale la popolazione è in gran parte già stremata dal punto di vista psicologico; ma è fuori di dubbio che con l'inflazione si turba profondamente l'equilibrio economico, ripartendo, con una vera sperequazione, l'onere di questa forma di imposta sul patrimonio.

Alla stessa guisa è assai più antiproduttivista il prestito obbligatorio che non quello libero, volontario; in quanto il primo può costituire un onere assai gravoso per chi possiede un patrimonio investito in immobili ed ha scarso capitale disponibile, producendo in tal guisa gravi alterazioni nel campo della produzione che non il prestito libero — il quale turba assai di meno l'equilibrio economico esistente, potendo essere coperto da chi si trova nelle condizioni più propizie per parteciparvi.

6. - Per quanto, a stretto rigore, si possa parlare di produttivismo o di antiproduttivismo dell'imposta, indipendentemente dall'impiego che lo Stato può fare dei beni sottratti ai privati coi tributi, nell'apprestare servizi pubblici particolarmente utili alla collettività, è naturale, però, che nei riguardi del risultato ultimo dell'imposizione in genere, questo fatto possa costituire un elemento di speciale importanza; tanto più, poi, se si parte dal presupposto che si debba avere, come risultato definitivo, quanto meno un'equivalenza tra il « valore di costo » dei beni, che mediante l'imposta vengono sottratti all'uso a cui erano prima destinati, ed il « valore di scopo », — cioè il valore degli stessi beni nella destinazione designata — per usare l'espressione del Sax ⁽¹⁾.

E infatti evidente che, se, con un razionale sistema tributario si turba il meno possibile l'equilibrio economico esistente o lo si modifica in siffatta guisa da accrescere la produttività od agevolare in qualche modo la formazione del risparmio, già si attua il principio produttivista, a maggior ragione questo risultato sarà raggiunto qualora lo Stato impieghi il gettito dei tributi in guisa da ottenere il maggior rendimento in beni materiali od immateriali sotto forma di servizi pubblici resi alla società.

Anzi, la natura stessa dell'impiego dei beni sottratti ai privati per mezzo dei tributi, può talora trasformare, nel suo risultato definitivo, il carattere dell'imposta. Anche la leva sul capitale, ad esempio, per quanto sia antiproduttivista, perchè priva spesso i contribuenti di beni che potevano essere destinati a nuova produzione e riduce i risparmi interni ed i depositi provenienti dall'estero, potrà essere feconda di benefici effetti — per quanto non la si possa considerare produttivista in sè e per sè — se il provento sarà effettivamente impiegato a ridurre od a sopprimere addirittura l'inflazione, a moderare altre imposte più onerose o più antiproduttiviste od a diminuire il debito pubblico. Molteplici possono essere infatti le ripercussioni dirette ed indirette dei tributi, e quindi per

(1) E. SAX, *La valutazione dell'imposta*, in *Giornale degli Economisti*, fasc. di maggio, 1924, pag. 289.

poter giudicare della loro produttività — se si vuol pretendere lo sguardo, nell'esaminare il carattere delle imposte, sino alle ripercussioni non immediate — si dovrà tener conto di una quantità di elementi, di alcuni dei quali non si può — *a priori* — fare una precisa valutazione.

Talora il reimpiego dei beni sottratti ai contribuenti, sotto forma di imposta, dallo Stato, e ad essi resi con beni pubblici, può essere talmente vantaggioso alla formazione del risparmio e talmente economico da determinare una riduzione nel saggio dell'interesse.

E questo il caso tipico dell'azione esercitata da un'imposta generale ed uniforme sull'ammortamento dell'imposta stessa. Ove si tratti di un'imposta uniforme su tutti i redditi, si può ottenere come risultato definitivo una riduzione del saggio d'interesse e quindi un parziale ammortamento dell'imposta stessa, qualora il prelievo per mezzo del tributo sia destinato ad un reimpiego talmente vantaggioso alla società da arrecare al contribuente il massimo di utilità, quando cioè si tratti di un'imposta « economica » in tutto il senso della parola. L'imposta può in tal caso diventare — come osserva l'Einaudi — una delle condizioni, la cui esistenza consente ad una collettività di produrre il massimo di ricchezza, di toccare l'ottimo della ripartizione di essa tra i singoli e la più conveniente distribuzione tra consumo e risparmi. Quindi l'imposta, anzichè provocare un aumento nello sforzo, che l'uomo deve fare per procacciarsi il reddito, è — data tale ipotesi — la condizione necessaria per ridurre al minimo quello sforzo, e per rendere massimo il reddito. ⁽¹⁾

È evidente adunque che nell'uso, a cui è destinato il gettito dei tributi risiede la possibilità di correggere in parte il carattere più o meno antiproduttivista o di aumentare quello produttivista di un'imposta; ma il punto essenziale del problema, esaminato sopra

⁽¹⁾ L. EINAUDI, *Osservazioni critiche intorno alla teoria dell'ammortamento delle imposte*, negli *Atti della R. Accademia delle Scienze di Torino*, anno 1818-19, pag. 1096, 1105. Si veda pure su questo argomento B. GRIZIOTTI, *Teoria dell'ammortamento delle imposte e sue applicazioni*, in *Giornale degli Economisti*, fasc. gennaio, febbraio, marzo, aprile 1918.

tutto dal punto di vista teorico, è quello di considerare il principio produttivista, in quanto si esplica con un ordinamento dei tributi tale da non turbare affatto l'equilibrio economico esistente, o da modificarlo in siffatta guisa che si accresca la produttività o si ostacoli, ad ogni modo, il meno possibile il flusso del reddito.

Del principio produttivista dell'imposta, col quale meglio si riesce a contemperare il sacrificio dei contribuenti cogli interessi generali della società, abbiamo frequenti esempi nella storia.

Non sempre, è vero, si potrà attuare questo principio. In molti casi infatti, e sopra tutto negli anni difficili di guerra, si deve ricorrere ad uno speciale sistema di finanza bellica, retta da altri criteri, come l'esperienza ci insegna.

IV.

1. — Ed invero se ci facciamo a considerare con un rapido sguardo l'evoluzione della finanza italiana, noi vediamo che per un lungo periodo, durante il nostro Risorgimento, si attuò di preferenza il principio del sacrificio minimo della collettività, già sostenuto da Bentham e ripreso poi dall'Egdeworth e da vari altri autori — facendo sopra tutto assegnamento sulla capacità contributiva della Nazione o meglio delle classi sociali, che erano in grado di fornire allo Stato i mezzi indispensabili per la sua salvezza. Lo stesso carattere presenta la nostra finanza, in gran parte, durante le fortunate vicende attraversate negli anni del grande conflitto ed anche in quelli immediatamente susseguenti; mentre la politica tributaria, nei periodi di vita economica normale, e soprattutto nella più recente fase della sua evoluzione, rivela un più razionale orientamento.

Anche nei secoli scorsi — per risalire per un attimo soltanto ad un periodo, che le recenti celebrazioni del glorioso centenario di Emanuele Filiberto hanno reso, quasi di attualità, — allorchè nel Piemonte fervevano le lunghe guerre tra Francia e Spagna, — ed ancora negli anni successivi della cosiddetta ricostruzione finanziaria — come anche più tardi all'aprirsi del secolo XVIII durante la guerra di successione spagnuola — la finanza era improntata al

criterio imposto dalla inesorabile necessità dell'ora difficile che volgeva. Non erano certo i tempi, nei quali si potesse pensare al principio produttivista del sistema tributario per evitare dannosi turbamenti dell'equilibrio economico. All'epoca di Emanuele Filiberto infatti si accrebbero le gabelle sul sale, sul vino ed in genere tutte le imposte indirette, si aggravò il tasso, oneroso tributo incidente la proprietà terriera, si ricorse a frequenti e gravosi prestiti ed a qualsiasi mezzo che fosse atto a dare un incremento di gettito all'erario, comunque questo potesse ricavarsi. La fiscalità stessa dei provvedimenti, che si esplicava nell'inesorabile controllo sul versamento dei tributi, negli odiosi appalti delle gabelle, nelle gravi sanzioni comminate in caso di infrazione alle norme che regolavano l'esazione delle imposte, sono una prova delle eccezionali circostanze e delle difficili condizioni finanziarie del Paese, le quali certo non consentivano di considerare il sistema tributario nel suo vero fondamento e di provvedere ad un razionale assetto (1).

Molti altri esempi e molte altre leggi potrei citare ricordando le vicende della finanza della Toscana e degli altri Stati, nei quali era divisa l'Italia durante i secoli scorsi.

La regalia del sale, ridotta sotto Cosimo I, dapprima a monopolio, e poi trasformata in un'imposizione forzata in rapporto al numero ed all'agiatezza della popolazione (2), come pure le altre imposizioni quali la «tassa di macina», il «sigillo della carne», la «tassa dei bargelli» (3), e varie altre imposizioni (4), la cui asprezza venne in parte mitigata più tardi sotto i Lorena, e specialmente sotto il governo di Leopoldo II (5), attestano le condizioni finanziarie e l'orientamento della politica tributaria della Toscana in quei secoli, nei quali si avverava il lento evolversi dei principî che

(1) A. GARINO CANINA, *La finanza del Piemonte nella seconda metà del XVI secolo* in « *Miscellanea di Storia italiana* », serie II, tomo II, cap. III e IV.

(2) A. ZOBÌ, *Manuale storico degli ordinamenti economici vigenti in Italia*, pag. 201.

(3) A. ZOBÌ, *Storia civile della Toscana*, vol. I, pag. 109.

(4) L. CANTINI, *Legislazione toscana*, tomi: I, pag. 57-70, II, pag. 529, IV, pag. 221-224-253, VII, pag. 7-75, VIII, pag. 68-267, X, pag. 205-210, XI, pag. 384-386.

(5) *Governo della Toscana sotto il Regno di Sua Maestà Leopoldo II*, pag. 43 e sg.

stavano a base della finanza — quale appare del resto, in misura più o meno saliente, durante quell'epoca in tutti gli Stati ⁽¹⁾.

Senza soffermarmi più oltre sulle trascorse vicende della Toscana e di altri Stati in periodi da noi ormai lontani, sarà più opportuno che accenni rapidamente alle caratteristiche salienti della finanza italiana dall'unificazione del Regno fino ad oggi, e specialmente durante e dopo il conflitto mondiale, che sì gravi ripercussioni doveva esercitare sulla vita economica e finanziaria, come su quella politica e sociale di una sì gran parte delle nazioni.

2. — A chi si faccia a considerare le passate fortunate vicende della finanza italiana appare evidente l'alternarsi non solo di periodi tristi e lieti, i quali naturalmente si accompagnano alle sorti della economia e della politica nostra, ma anche il variare dei principi che stanno a fondamento del nostro sistema tributario.

Vediamo così susseguirsi dall'unificazione del Regno agli anni che precedettero il conflitto mondiale: la fase della « finanza eroica », quella della « finanza riformatrice », quella successiva della « finanza di risanamento e di convalescenza » e quella infine della « finanza sana e prospera ». Colla guerra mondiale poi, le alterne vicende del bilancio si accompagnano alle depresse e risorgenti condizioni dell'economia del Paese.

Un rapido sguardo alle cifre del bilancio, quelle tali cifre — che, secondo la frase del Goethe, « reggono il mondo » — ci permette di avere un indizio abbastanza sicuro, non solo della situazione della finanza di uno Stato, ma anche dell'indirizzo della sua politica tributaria.

Appunto perchè la finanza italiana attraversò anni assai difficili, che indussero chi aveva la responsabilità del governo a ricorrere a gravosi imposizioni incidenti soprattutto i consumi popolari, vediamo che, attraverso alle fortunate vicende del nostro Risorgimento, prevale assai spesso il principio del sacrificio minimo col-

(1) G. RICCA SALERNO, *Storia delle dottrine finanziarie in Italia*, libro III.

lettivo; mentre un nuovo orientamento nella politica tributaria si manifesta nel periodo, che corre dal 1876 al 1889, detto della « finanza riformatrice », e più tardi, negli anni della « finanza sana e prospera », cioè dal 1900 sin verso l'inizio del conflitto mondiale. In questo periodo infatti la situazione finanziaria consente di continuare le iniziate riforme e di dare impulso all'azione legislativa con nuove proposte di provvedimenti, dettati non più dalla necessità dell'ora difficile della travagliata vita degli anni della rinascita politica ed economica dell'Italia, bensì da alti criteri di indole sociale e da considerazioni di carattere economico, che una speciale influenza esercitarono anche sulla politica tributaria.

3. - Ma è particolarmente interessante il seguire l'indirizzo della finanza italiana nel periodo bellico e post-bellico.

La situazione finanziaria del nostro Paese era assai difficile sin dall'inizio del grande conflitto; poichè si trattava di passare da un gettito di due miliardi e mezzo all'incirca ad uno di quattro, allorchè il reddito nazionale si poteva calcolare di venti miliardi all'incirca. Dato l'assetto tributario a base di imposte male perequate, ad aliquote alte e quindi prive di elasticità, l'incremento nelle entrate presentava difficoltà non lievi. Soltanto a partire dal 1922 potè compiersi l'opera di riforma tributaria. Si cercò di raggiungere il fine voluto, sia con un semplice inasprimento dei saggi di imposta e colla ricerca di nuova materia imponibile, sia tentando di instaurare un razionale ordinamento del sistema tributario. Si introducevano frattanto nuovi tributi, imposte suntuarie e monopoli commerciali, con vari rimaneggiamenti, non sempre fecondi, però, di benefici risultati ⁽¹⁾.

Ma è particolarmente importante, tra le varie riforme introdotte, l'abolizione dell'imposta successoria nel nucleo familiare per opera del Ministro De Stefani.

⁽¹⁾ Ampie ed esaurienti notizie sulla riforma tributaria introdotta in Italia si trovano nel volume di L. EINAUDI, *La guerra e il sistema tributario italiano*, (Bari, 1927), Cap. VII.

Qui infatti abbiamo un' evidente applicazione del principio produttivista dell' imposta per favorire l' accumulazione del risparmio, la conservazione dei singoli patrimoni e nello stesso tempo per rinsaldare il gruppo familiare ⁽¹⁾. Si pensava frattanto all' attuazione della riforma tributaria, con il riordinamento della imposta fabbricati, la revisione dei redditi imponibili, la nuova imposta sui redditi agrari, la tassazione delle mercedi degli operai ferroviari e di quelli degli stabilimenti pubblici, infine con l' imposta complementare sul reddito complessivo, e con l' eliminazione dei plus-valori patrimoniali in tempo di forti variazioni monetarie. Si provvedeva in pari tempo alla riforma dei tributi locali.

Attraverso le varie esperienze avutesi durante la guerra, la politica finanziaria fu indirizzata verso maggiore potenza e giustizia. Durante il periodo bellico e post-bellico si dovette applicare il principio del sacrificio minimo collettivo, secondo il quale i cittadini sono chiamati, in caso di difficili emergenze, a dare allo Stato quanto dei loro redditi eccede le necessità della vita ⁽²⁾. Con una revisione del sistema tributario si passò ad nuovo orientamento tenendo conto, in parte almeno, del principio produttivista; il quale parte dal presupposto che le imposte debbano essere congegnate in guisa da turbare il meno possibile il flusso del reddito.

Sono infatti importanti a tale principio alcuni dei più notevoli provvedimenti della politica tributaria fascista negli anni posteriori al 1921, quali, oltre la già ricordata abolizione dell' imposta successoria nel gruppo familiare, l' abbandono dapprima della nominatività obbligatoria e poi di quella forzata dei titoli, la soppressione dell' imposta sul lusso e sulle varie specie di consumi voluttuari e la sua sostituzione con una imposta generale sugli scambi commerciali, la riduzione delle aliquote statati e la semplificazione delle imposte dirette sui terreni, sui fabbricati e sulla ricchezza mobile, ed altri

⁽¹⁾ Si vedano su questo argomento le osservazioni dell' EINAUDI nei *Problemi della finanza post-bellica*, (Milano, 1919), pag. 161 e seg. e dello SCHULTZ nel recente volume *The taxation of inheritance*, (New York, 1926), pag. 208 e seg.

⁽²⁾ F. I. EDGEWORTH, *A levy on capital for the discharge of debt.*, (Oxford, at the Clarendon press.) 1919, pag. 7 seg.

provvedimenti ancora, presi più tardi dai ministri Volpi e Mosconi. Coll'abolizione della nominatività dei titoli il capitale cessava di essere controllato e quasi perseguitato, e veniva a scemare, anzi a scomparire, la conseguente tendenza all'emigrazione all'estero dei risparmi nazionali.

Frattanto erano concesse agevolazioni all'importazione del capitale estero con l'esenzione dall'imposta di ricchezza mobile per i mutui contratti all'estero e con altri provvedimenti allo stesso fine intesi. Il sistema tributario era pure semplificato con un migliore accertamento del valore degli immobili, con l'eliminazione dei tributi straordinari, con la razionalizzazione e l'unificazione dei tributi e con altri provvedimenti ancora, che attestano il benefico indirizzo della recente politica finanziaria tendente, in parte almeno, verso l'attuazione del principio produttivista.

Principio che non rappresenta, è vero, la completa soluzione del problema tributario — poichè con esso non si risolve quello meno concreto, ma pure importante della giusta distribuzione delle imposte, — ma che, in quanto ostacola nel minor modo possibile lo sviluppo dei redditi della società, ovvero tende ad accrescere la ricchezza futura, appare particolarmente adatto al periodo attuale di ricostruzione economica del Paese.

Mentre infatti il principio del minimo sacrificio collettivo — il quale può dar luogo ad applicazioni arbitrarie, e nella realtà, ove sia attuato per un lungo periodo, può anche diminuire lo stimolo ad un più intenso lavoro in chi produce di più, incoraggiando invece coloro che dimostrano scarsa attività — è adatto soltanto in speciali circostanze, ed in genere per periodi brevi, soprattutto quando in seguito a guerre e ad altre gravi emergenze, tutta la nazione deve fare un supremo sforzo finanziario, il principio produttivista dell'imposta trova invece più opportuna applicazione nei lunghi periodi e specialmente in quelli di vita economica e politica non turbati da gravi eventi ⁽¹⁾.

(¹) L. EINAUDI, *La guerra e il sistema tributario italiano*, pag. 489 e seg.

È vero che non sempre l'azione dello Stato è intesa solo all'arricchimento della società, ma è spesso volta all'incremento di beni immateriali superiori, al massimo progresso morale e spirituale della collettività; ma il carattere produttivista dell'imposta assume un'importanza speciale, soprattutto quando si tratta di provvedere alla ricostruzione economica del paese.

Di questo principio produttivista — del quale si può in certo modo trovare la prima origine in antiche dottrine, ormai superate, delle funzioni dei tributi — abbiamo avuto utili ed opportune applicazioni nella recente politica tributaria. Col nuovo indirizzo seguito dalla finanza fascista — poichè, insieme coll'attuazione di questo principio, si cercò anche di introdurre una più equa ripartizione degli oneri fiscali, nonchè criteri di semplificazione e di unificazione del sistema tributario, e si raggiunse pure il pareggio del bilancio, si ottenne la sistemazione dei debili interalleati e venne infine risolto l'arduo problema monetario — possiamo sperare che nuovi orizzonti si aprano di un più sensibile progresso dell'economia e della finanza italiana — non disgiunto dalla rinascita delle migliori energie e dei valori morali della Nazione, che l'orientamento della nuova politica ha favorito come base fondamentale dell'ascensione del Paese verso più alte mete.

PROF. ERWIN VON BECKERATH

Università di Colonia

DIE THEORIE DER STEUERVERTEILUNG

I.

Dass es der Oekonomik bis heute nicht gelingen wollte, eine Lösung des vorliegenden Problems, die alle Forscher befriedigt, auszuarbeiten, ist eine Tatsache, die kaum auf Widerspruch stossen dürfte. Es ist weiter gewiss, dass die Antwort auf die Frage nach der Steuerverteilung an Problemen vorbeiführt, über welche die Menschen von jeher verschiedener Meinung gewesen sind und sich in Zukunft nicht einigen werden. Man mache sich klar, wie eng das Prinzip der Abgabenverteilung mit der Lehre vom Staate und seinen Aufgaben gegenüber den Individuen verbunden ist.

Wenn es auch ausser Zweifel steht, dass die Staatstheorie die Ansichten der Forscher über die Abgabenverteilung unter Umständen entscheidend beeinflusst, so wäre es doch ganz verfehlt, den simplen Satz aufzustellen, die Abweichungen innerhalb der Steuerverteilungslehre spiegelten einfach die Abstände der staatstheoretischen Voraussetzungen wieder. Vielmehr wird sich zeigen, dass manche Denker, trotz der Uebereinstimmung in den rationalen und individualistischen Ausgangspunkten, wesentlich von einander verschiedene Lösungen des Problems gebracht haben. Auch bedeutet eine antiin-

dividualistische Staatsauffassung nicht notwendig einen Bruch mit allen von anderer Basis her gewonnenen Verteilungsmasstabern, während allerdings eine Theorie, welche Wesen und Funktion des Staates nicht bloss rational zu deuten weiss, zu abweichenden Ergebnissen auf unserem Gebiete gelangt.

Manches von dem, was ich bisher behauptete, bedarf des ausgeführten Beweises. Zu diesem Zwecke will ich versuchen, zunächst die staats-theoretischen Anschauungen, danach die Meinungen über die Abgabenverteilung, bei den in den letzten Jahrzehnten führenden Autoren unseres Problemkreises zu umschreiben.

Th. N. Carver, dem das Verdienst zukommt, als erster die heute gültige angelsächsische Verteilungstheorie formuliert zu haben ⁽¹⁾, sieht im Staate nicht mehr als eine « Abstraktion, einen passenden Namen für gewisse Formen gemeinsamen Handelns », und weist gleichzeitig die Annahme weit von sich, der Staat könne andere Pflichten haben als die, die ihn bilden ⁽²⁾. Emil Sax, der originelle und solange einsam gebliebene österreichische Denker, der die Höhe der öffentlichen Lasten und ihre Anteile daran durch die subjektive Wertlehre zu bestimmen suchte, sprach ebenfalls dem Staate jedes « Eigenwesen » ab, « das unterscheidbar von den Staatsangehörigen und ihrer Gesamtheit ein selbständiges Leben führt und Zweckhandlungen ausführt, die diesen dienen ». Der Staat sei keine mystische Kollektivperson, vielmehr eine Vereinigung von Menschen, die sich Zwecke setzen, bei deren Verfolgung sie dem « allgemeinen ökonomischen Grundverhältnisse in gleicher Weise unterworfen sein müssen, wie in den Aeusserungen ihres Individuallebens » ⁽³⁾. Der Schluss dieser Stelle weist deutlich genug auf die Rolle hin, welche der Staat, keinen anderen als individualistischen Richtlinien folgend, nach der Meinung von Sax und Carver bei der Steuerverteilung zu spielen hat: er muss dafür sorgen, dass die Abgaben mit einem Minimum an Opfer « für die Gesamtheit » umgelegt (Carver) oder

⁽¹⁾ *Annals of the American Academy*, 1895, vol. VI, p. 79 ss.

⁽²⁾ *Principles of National Economy*, Boston, 1921, pag. 648.

⁽³⁾ *Die Wertungstheorie der Steuer*. (*Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik*, 1924, S. 193).

mit dem kleinsten Güteraufwande « jedes Einzelnen » verteilt (Sax) werden. Die angelsächsische, auf Bentham zurückgehende Formulierung, wonach die « geringste Unlustmenge der Gesellschaft » das Ziel ist, hebt im Grunde die enge Verbindung zwischen Besteuerungsmaxime und Individuum auf, ohne dass man sich dessen ganz bewusst geworden wäre.

Ich glaube, dass Knut Wicksell, dem unsere Wissenschaft so wichtige Einsichten in dem Bezirke der Geld und Konjunkturlehre verdankt, in seinen « Finanztheoretischen Untersuchungen » ⁽¹⁾ nirgends eine fest umrissene Wesensbestimmung des Staates gegeben hat. Aber ganz abgesehen davon, dass sein Schüler Lindahl, als Feind aller « metaphysischen Konstruktion », jeder Lehre, die den Staat als « einen über den Individuen stehenden Organismus » auffasst ⁽²⁾, für die Meinung seines Meisters Zeugnis ablegt, finden sich in Wicksells Buch Gedankenreihen, welche « das stetige Fortschreiten zu parlamentarischen und demokratischen Formen », die Verwirklichung « rechtlicher Gleichstellung » und « grosstmöglicher Freiheit » als das erstrebte und erreichte Ziel moderner Entwicklung hinstellen. Der liberal-individualistische Charakter dieser Staatstheorie steht ausser Zweifel; zudem fordert Wicksell von der Volksvertretung, sie solle keine Ausgabe ohne die zugehörige Lastenverteilung beschliessen, ihre Entscheidungen mit « qualifizierter Majorität » fassen, um auf diese Weise nur solchen Lösungen Gesetzeskraft zu verleihen, bei welchen Kosten und Nutzen der neuen Aufgaben in den Augen breiter Volksschichten nach Möglichkeit einander entsprechen. Durch dieses Prinzip der « Einstimmigkeit und Freiwilligkeit der Besteuerung » glaubte Wicksell das Problem der Lastenverteilung billig und zweckmässig zu lösen ⁽³⁾.

Vom Boden des « gesellschaftlichen Charakters des Staatsverbandes », dessen Grundlage verloren ginge, wenn nicht « Allgemeinheit und Gleichmässigkeit » in der Besteuerung herrschte,

⁽¹⁾ Jena, 1896.

⁽²⁾ E. LINDAHL, *Einige strittige Fragen der Steuertheorie. (Die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, Wien, 1928, Bd. IV, S. 283).*

⁽³⁾ a. a. O., S. 138.

weist Fr. v. Wieser dem öffentlichen Körper die Aufgabe zu, die Abgaben nach der « Leistungsfähigkeit », dem « persönlichen Wertstande », auf die Pflichtigen zu verteilen ⁽¹⁾. Den Beweis für die vorhin aufgestellte Behauptung, wonach eine antiindividualistische Staatsauffassung, was die Grundsätze der Abgabengestaltung angeht, durchaus nicht in Widerspruch zu geraten braucht zu Thesen, welche in einer entgegengesetzten Staatslehre ruhen, bringt H. Ritschls um die Belebung finanzwissenschaftlicher Studien in Deutschland so verdiente « Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung » ⁽²⁾. Nach ihr ist « das im Staate geeinte Staatsvolk, die Volksgemeinschaft », das eigentliche Subjekt der Staatswirtschaft... Der Staat ist keine Summe von Einzelwesen, vielmehr die « überindividuelle Gemeinschaft, die wohl in den Teilen lebt, doch unabhängig vom Einzelnen sie alle überdauert und ihnen ihren Stempel aufdrückt ». Weil das Leben der Gesamtheit über dem des Individuums steht, so « erscheint das Sozialprinzip als ein naturgegebenes Grundgesetz » ⁽³⁾. Da Ritschl dem Staate die Funktion zuteilt, « die wirtschaftlich verhältnismässige Deckung von Gesamtheits- und Einzelbedürfnissen zu erzwingen » ⁽⁴⁾, wobei er sich dem Leitstern des ökonomischen Prinzips anvertraut, mit einem « gegebenen Aufwande an Mitteln den grösstmöglichen Erfolg » ⁽⁵⁾ zu erzielen, so ist es kein Wunder, wenn er sich im Ergebnis eng mit Folgerungen berührt, wie sie Carver, Edgeworth und Pigou gezogen haben.

II.

Ich gehe einen Schritt weiter. Ich werde versuchen, das Prinzip der Steuerverteilung bei den verschiedenen Autoren, die ich soeben erwähnt habe, kurz zu kennzeichnen.

⁽¹⁾ *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft. (Grundriss der Sozialökonomik, Abt. I, S. 425).*

⁽²⁾ Bonn 1925.

⁽³⁾ a. a. O., S. 45.

⁽⁴⁾ a. a. O., S. 157.

⁽⁵⁾ a. a. O., S. 35.

Nichts einfacher als eine Skizze der angelsächsischen utilitaristischen Steuerverteilungslehre, welche die Forderung des Opferminimums für die Gesamtheit klar und entschieden in den Mittelpunkt rückt, mögen sich auch Edgeworth⁽¹⁾ und Pigou⁽²⁾ in diesem Punkte noch entschiedener äussern, als der ein wenig zurückhaltende Carver⁽³⁾. Eine Meinungsverschiedenheit über die grossen Linien der Lehre, welche das klare Bild undeutlich machen könnte, existiert nicht. Soll das Opfer an gegenwärtigem Genuss für die Gesamtheit ein Minimum sein, so gibt es nur einen Weg, dieses Ziel zu erreichen, und der führt über die Beschneidung der höchsten und hohen Einkommen bis zu dem Punkte, wo der Grenznutzen des letzten Pfennigs, der als Abgabe gezahlt wird, für alle Betroffenen der gleiche ist⁽⁴⁾. Wie weit diese Nivellierung nach unten hin fortgesetzt werden muss, hängt ab von der Grosse des Staatsbedarfs, über dessen Ausmass sich die angelsächsischen Theoretiker, anders als Sax, Lindahl, Ritschl, keinerlei Gedanken machten. Einem jeden wird klar sein, wie diese Abgabengestaltung in der Praxis eine Progressivbesteuerung mit ungemein hohen Sätzen nötig macht. Um ein solches Ergebnis zu erhalten, bedurfte es lediglich der tausendfältig bewährten Annahme, wonach bei zunehmendem Einkommen für alle Individuen sein Nutzen kleiner wird; zu welcher Steuerform: Proportionalität oder Progression, die beiden konkurrierenden Grundsätze des « gleichen » oder « verhältnismässigen » Opfers führen, lässt sich dagegen erst sagen, wenn über die Relation von Nutzabnahme und Mittelzuwachs eine bestimmte Voraussetzung für alle Einkommenstufen gemacht wird⁽⁵⁾.

(1) *The pure theory of taxation. (Papers relating to Political Economy, 1925, vol. II, p. 100 ss.)*

(2) *A Study in Public Finance, London, 1928, p. 57 ss.*

(3) *Annals of the American Academy, 1895, vol. VI, p. 97.*

(4) Sollte ein armerer Mann anstelle eines wohlhabenderen auch nur eine Mark an Steuer zahlen, so wäre die Unlustmenge kein Minimum. Denn die vom Armen beigetragene Mark hat einen höheren Grenznutzen als die ersparte des Reichen.

(5) Der Verlauf der Nutzkurve des Einkommens ist eine *crux vera* jeder exakten Steuerverteilungslehre. Aus naheliegenden Gründen, auf die ich hier nicht eingehe, scheint es mir unmöglich, sie in gültiger Form zu konstruieren. cf. EDGEWORTH, *l. c.*, p. 107 ss.

Die skizzierte angelsächsische Theorie war zwar die logische Ableitung aus Bentham's utilitaristischer Grundthese (greatest sum total of hapiness) und somit klassisch; aber eben deshalb erforderte sie eine klassische Berichtigung, denn sie führte, wenn man sie in die Wirklichkeit umsetzte, ohne weiteres zur Zerstörung der bürgerlichen Wirtschaftsordnung. « The acme of socialism is thus for a moment sighted » -bemerkt Edgeworth, nachdem er das Prinzip verdeutlicht hat, ehe er seine Einschränkung vornimmt ⁽¹⁾. Ich bin der Meinung, es ist A. C. Pigou am besten gelungen, die gefährlichen Konsequenzen der Theorie abzubiegen, ohne darum ihren Kern zu opfern. Liegt es nicht im Geiste der vorgetragenen Lehre, künftige Opfer ebenso zu berücksichtigen wie gegenwärtige? Wie es nun eine ausgemachte Sache ist, dass der Sparfonds und damit die Kapitalausstattung der Wirtschaft um so mehr gekürzt werden, je schärfer die höheren Einkommenslagen zur Abgabe herangezogen werden, so lässt sich die Tatsache nicht von der Hand weisen, dass bei steigender Bevölkerung das Lohnniveau auf die Dauer sinkt. Eine übermässige steuerliche Anspannung in den oberen Einkommensstufen zieht künftige Opfer der Arbeiterklasse nach sich, und eine Lehre, welche das geringste Gesamtopfer verfolgt, darf sie daher nicht empfehlen. Ebensowenig wird nach Pigou's Meinung das aufgestellte Prinzip dahin führen, die kleinen Einkommen anzutasten (was streng genommen nur die Wirkung eines sehr grossen Staatsbedarfs sein konnte); denn die Schmälerung der « notwendigen Ausgaben » müsste die Produktivkraft der Arbeiterfamilien herabsetzen, ihre Versorgung in der Zukunft verschlechtern und somit ein Zusatzopfer darstellen, was nicht zu vereinbaren wäre mit dem verfochtenen Grundsatz. Damit gelangt Pigou zum Einkommen der « unfortunate intermediate class of moderately well-to-do persons » als der geeigneten Steuerquelle ⁽²⁾ — ohne seiner Theorie des kleinsten Opfers untreu zu werden.

⁽¹⁾ *l. c.*, p. 104.

⁽²⁾ *l. c.*, p. 81.

Nichts anderes wurde vorhin behauptet, als dass Ritschls Verteilungstheorie der Abgabenlast sich im Ergebnis nahe mit der angelsächsischen Lehre berührt, wenn auch der deutsche Autor das Bild viel mehr ins Einzelne ausgemalt hat. Als Folge aus der wirtschaftlichen Abgabengestaltung, welche die Mittel dort nimmt, wo sie am leichtesten entbehrt werden können, ergibt sich auch für Ritschl, dass alle Einkommen auf einen Höchstbetrag herabzusteuern wären. « Nur die grössten Einkommen.... müssten Steuern zahlen.... Eine Ungleichheit der Einkommen würde nur noch unter der Steuer-grenze bestehen » (1). Aber so ein Verfahren praktisch durchzuführen, wäre verfehlt. Die Abhängigkeit der Steuerwirtschaft von der « untergelagerten Volkswirtschaft und ihrer Organisation » steht im Wege; der Staat soll zudem die oberhalb der Besteuerungsgrenze gelegenen Einkommen nicht ganz für sich beanspruchen, weil er dadurch wichtige auf die Gütererzeugung gerichtete Kräfte brach legen würde (2). Edgeworth hatte in dem gleichen Sinne hingewiesen auf die « growth of wealth », deren Beachtung den Grundsatz des kleinsten Opfers in seiner Anwendung « mässigen » müsste (3). Carver war gegen das von ihm selber entwickelte Theorem mit dem so nahe liegenden Einwände aufgetreten, die Wegsteuerung der grossen Einkommen werde « die Energien des Geschäfts- und Berufslebens » abschwächen und folglich die Gesamtheit armer machen (4). Einer konfiskatorischen Besteuerung gegenüber verfißt Ritschl die Notwendigkeit der Ersparnisbildung, weil das Bedürfnis nach ihr, sozial bewertet, auch nach erfolgter Sicherung der individuellen Zukunft von gleichbleibender volkswirtschaftlicher Bedeutung sei, während Pigou, wie wir wissen, bei einer Verkürzung der Kapitaldecke ein künftiges Opfer voraussieht, das im Widerspruch zum least sacrifice Prinzip in seiner weiter gefassten Auslegung steht. Auch in diesem Punkte ergibt sich Uebereinstimmung im Resultat, wenn auch die

(1) a. a. O., S. 18 f.

(2) a. a. O., S. 190 ff.

(3) l. c., p. 115.

(4) *Principles of National Economy*, p. 658.

Beziehung zur « sozialen Bedürfniswertung » durch den Staat bei Ritschl, zur Lust-Unlustbilanz der Gesamtheit bei Pigou, die Abweichung in der Staatsauffassung hell beleuchtet.

War nach Ritschls Meinung der Verteilungsmaßstab der Steuerlast « die wirtschaftlich verhältnismässige Deckung von Gesamtheits- und Einzelbedürfnissen », wie sie der Staat vornimmt, kam es nach Ansicht der angelsächsischen Nationalökonomien trotz der Einschränkungen eines Carver und Edgeworth darauf an, die Abgaben mit einem Minimum an Opfer für die Gesamtheit umzulegen, so lag den Theorien, zu deren Besprechung wir übergehen, vorwiegend daran, die Steueropfer der einzelnen untereinander oder gegenüber den vom öffentlichen Verbandsangeboten Leistungen in ein « angemessenes » Verhältnis zu bringen. Den Kerngedanken der Verteilungslehre von Sax glaube ich in folgendem Satze zu erkennen: « Es zeigt sich Willensübereinstimmung darin, dass der gemeinsame, für alle gleiche Zweck mit dem mindesten Güteraufwande eines jeden in möglich höchstem Masse erreicht werde, zugleich aber auch darin, dass, da es sich um ein für alle gleiches Bedürfnis handelt, die Kostenanteile aller dem mutualistischen Verhältnisse entsprechend wertgleich seien; es versteht sich: subjektiv wertgleich » ⁽¹⁾. Dieses doppelte Ziel wird auf folgende Weise erreicht: eine in den Händen der Verbandsorgane liegende « Kostenwertung » sorgt dafür, dass den einzelnen keinerlei Güter entzogen werden, die im Individualhaushalte grösseren Nutzen gestiftet hätten, als in der öffentlichen Wirtschaft; indem die Besteuerung so geordnet wird, dass für keinen der im Staate Verbundenen der « Kostenwert » der entzogenen Güter, abgeleitet von ihrer Verwendung im Haushalte, zurückbleibt hinter dem « Zweckwerte » bei der Herstellung « öffentlicher Güter », wird nach Sax das wirtschaftliche Prinzip gewahrt. Aber die Kostenanteile an der Gewinnung der individuell unausscheidbaren und unmessbaren staatlichen Leistungen, die Steuerquoten der einzelnen, sollen überdies « subjektiv wertgleich » sein; es ist die von Sax herangezogene so geheimnis-

⁽¹⁾ *Die Wertungstheorie der Steuer*, a. a. O., S. 216 f.

volle « mutualistische Verbundenheit », welche es den Individuen leicht macht, für das von allen gleich stark empfundene Bedürfnis nach öffentlichen Gütern « äquivalente Wertgrossen » in der Form ungleicher, nach dem « Individualwertstande » abgestufter Geldbeträge auszuwerfen ⁽¹⁾. Nicht mit Unrecht hat die Kritik Sax vorgeworfen, seine Lehre sei eine moderne Einkleidung der längst bekannten These, wonach die Steuerquoten « gleiche Opfer » darstellen sollten; sagte er doch selber an einer Stelle, seine Auffassung « erkläre erst die Opfertheorie..., denn gleiche Wertgrössen bedeuteten die gleiche Unlustempfindung beim Ausgange der betreffenden Güter aus dem Besitzstande » ⁽²⁾. Liess sich so die alte Lehre durch die Verwendung « psychischer Gesetze » mit dem Schimmer einer werththeoretischen Erklärung verzieren, so konnte die durch Piersons und Einaudis Autorität gestützte Meinung, die in Abgabeform weggegebenen Nutzungen müssten « untereinander im gleichen Verhältnisse zur Gesamtnutzhöhe » des Einkommens stehen, eine so wirksame Unterstützung nicht für sich beanspruchen; sie scheint überhaupt jeder theoretischen Begründung zu entbehren ⁽³⁾. Aber mit ihrer Hilfe gelangt man relativ einfach zur Progressivsteuer ⁽⁴⁾, und da diese im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts auch bei den bürgerlichen Nationalökonomien sehr beliebt war, so konnte der Grundsatz des « proportionalen Opfers » neben dem des « gleichen » leicht an Boden gewinnen.

Mit scharfen Worten hat sich Emil Sax gegen die Auslegung gewehrt, als sei die Steuer des einzelnen ein Geldäquivalent, « in welchem sich nach seinem individuellen Wertstande der Wert der

⁽¹⁾ Die Progressivsteuer begründet Sax damit, dass « die Verminderung der Werthöhe bis zu einem gewissen Punkte rascher vorschreitet, als die korrespondierende Gutermenge (Einkommen) zunimmt ». (*Die Progressivsteuer*, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. I, S. 93). Es ist dies eine Annahme, welche nicht zwingend erscheint und durch andere, nicht minder wahrscheinliche Hypothesen ersetzt werden konnte.

⁽²⁾ *Die Progressivsteuer*, S. 90.

⁽³⁾ Ich theile die Kritik von Sax. *Die Progressivsteuer*, S. 63.

⁽⁴⁾ z. B. unter der verbreiteten Annahme Bernouillis, der Nutzgrad sinke im umgekehrten Verhältnisse zum Einkommen.

Staatsleistungen ausdrücke » ⁽¹⁾. Er hält daran fest, es folge aus der mutualistischen Verbundenheit der Menschen, dass die Steuerquoten untereinander wertgleich seien, und die Ansicht, die Abgaben wären die Preise der öffentlichen Güter, liess sich bei ihm zwar zwischen den Zeilen finden, aber er hat sie niemals deutlich ausgesprochen. Diese Lehre, in der Abgabe eine Preisform zu erblicken, entsprang der gleichen theoretischen Wurzel wie die Wertungstheorie von Sax und liess sich, wie der Vorgang Wiesers zeigte ⁽²⁾, sehr wohl mit dieser verbinden. Um den Grundsatz der « Gleichmassigkeit der Besteuerung » zu befolgen, fordert Wieser vom Staate, « auf die Abstufungen des persönlichen Wertes Rücksicht zu nehmen »; der Haushaltplan des öffentlichen Verbandes sündige gegen das ökonomische Prinzip, wenn er die zur Abgabeleistung verpflichteten Privatwirtschaften « als Einheiten gleichen Wertes » behandeln wolle ⁽³⁾: denn « gleiche Steuersummen hatten ungleichen Wert, der gleiche Wert sei durch ungleiche Steuersummen auszudrücken » ⁽⁴⁾. Bis hierhin bewegt sich die Theorie Wiesers auf derselben Linie wie die von Sax: neben dem Gedanken, die Steuerquoten müssten Aequivalente sein, findet sich der andere, die Abgabeverteilung nach dem Individualwertstande entspreche der Maxime der Wirtschaftlichkeit, da sie den Beteiligten die geringsten Kosten auferlege. Indem Wieser die gemäss dem subjektiven Werte abgestuften Steueropfer den Preisen einer Monopolunternehmung vergleicht, entfernt er sich der Form nach von Emil Sax ⁽⁵⁾, nähert

⁽¹⁾ *Die Progressivsteuer*, a. a. O., S. 90 Anm. Das von Sax angeführte Zitat stammt aus Wiesers *Der Natürliche Wert*, Wien 1889.

⁽²⁾ *Der Natürliche Wert*, S. 228 ff., sowie *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft*, a. a. O., S. 424 ff.

⁽³⁾ *Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft*, a. a. O., S. 425.

⁽⁴⁾ *Der Natürliche Wert*, S. 233.

⁽⁵⁾ Sax hatte, wie im Text soeben hervorgehoben, Wieser gegenüber die Anschauung ausdrücklich bekämpft, als seien Steuerquoten und Staatsleistungen « Wertäquivalente », (eine Formulierung Wiesers, die übrigens vom Standpunkte der Grenznutzenlehre selber nicht ganz einwandfrei ist). Macht man sich jedoch klar, was Sax selbst über das Verhältnis des Kostenwerts der hinzugebenden Güter und ihren Zweckwert in der Staatswirtschaft behauptet, so ergibt sich, dass auch in seinem Sinne die Steueropfer als Preise von Leistungen öffentlicher Körper aufgefasst werden konnten.

sich jedoch gleichzeitig dem Wicksell-Lindahlschen Gedanken, « die im privatwirtschaftlichen Leben herrschende Uebereinstimmung zwischen Grenznutzen und Preis » lasse sich auch in der Staatswirtschaft durchsetzen⁽¹⁾. Allein die Bedeutung der skandinavischen Lehre liegt weniger in der modernen Fassung, die sie auf solche Weise dem uralten « Interessenprinzip » für die Besteuerung gegeben hat, als vielmehr in dem Versuche, diesen Grundsatz zu realisieren mit Hilfe eines Vetorechts übervorteilter Minoritäten gegenüber Steuern und Steuererhöhungen, welche in Zukunft gemeinsam mit den neuen Ausgabezwecken dem Parlamente zur Abstimmung vorgelegt werden sollen. Es ist das Verdienst eines Vorschlages, den ich im übrigen für undurchführbar halte, die meist gar nicht, hin und wieder leise gestreifte Frage der Verwirklichung eines empfohlenen Besteuerungsmasstabes klargestellt und beantwortet zu haben.

III.

Ich habe nicht die Absicht, gegen jede der kurz charakterisierten Theorien alle die kritischen Ausstellungen vorzubringen, wie sie im Laufe der Zeit geäußert worden sind. Vielmehr liegt mir daran, Einwände von grundsätzlicher Bedeutung vorzuführen, die — nach Möglichkeit — sämtliche von mir skizzierten Auffassungen treffen.

Zunächst sei die Frage aufgeworfen, ob mit der Aufstellung eines Verteilungsmasstabes für die Steuerlast das Problem, welches man zu lösen wünscht, schon erschöpft ist. Nehmen wir an, es wäre dem Gesetzgeber gelungen, die Abgaben gemäss dem Grundsatz des « kleinsten Mittels », der « Aequivalenz der Steueropfer », der « Entsprechung von Grenznutzen und Preis der staatlichen Leistung » auf die Bevölkerung zu verteilen; hätte er damit sein Ziel erreicht? Ich glaube, eine solche Frage ist unbedingt zu verneinen. Die Absicht des Gesetzgebers wäre dann erst verwirklicht, wenn man die

⁽¹⁾ LINDAHL, a. a. O., 293.

Steuerzahler zwingen könnte, den durch den Staat geschaffenen Zustand der Abgabenverteilung als einen unabänderlichen hinzunehmen. Natürlich geht das nicht an; eine Fülle von Möglichkeiten steht bekanntlich den Betroffenen zu Gebote, auch Abgaben, bei denen dies gewiss nicht vom Staate vorgesehen ist, ganz oder teilweise auf fremde Schultern abzuwerfen oder selber auf legalem Wege der Zahlung auszuweichen: dahin gehört nicht nur die Entsagung gegenüber hoch besteuerten Verbrauchsgütern, sondern auch der Verzicht auf weitere Tätigkeit, falls sie bei progressiv gestaffelter Einkommensabgabe in eine Einkommenstufe mit sehr hohen Sätzen hineinführen sollte. Bleiben die unendlich komplizierten Steuerwirkungen unberücksichtigt, so ist die Antwort auf die Frage nach der ökonomisch richtigen Steuerverteilung, mag sie in das Prinzip des « gleichen Opfers », der « Wertäquivalenz von Leistung und Gegenleistung » oder in irgend einen verwandten Grundsatz einmünden, eine unvollständige, ungenügende.

Bei dem so klaren Tatbestande ist es im Grunde sonderbar, dass manche Forscher, unter ihnen ein so eminenter Theoretiker wie Emil Sax, sich gar nicht darum gekummert haben, ob ihnen das schöne Konzept nachträglich verdorben werden könne. Sie glaubten im Ernste, das Problem sei gelöst, sobald sie ihren Masstab der Steuerverteilung entwickelt und begründet hatten. Es war gewiss ein Zeichen vertiefter Einsicht in die Zusammenhänge, wenn Wicksell in seine Darstellung die Bemerkung einflocht, es müsse ein « einigermaßen sicheres Urteil über die schliessliche Incidenz der erwählten Steuergattungen vorliegen », falls die Verteilung der Abgabenlast wirklich gemäss dem angenommenen « obersten Grundsatz » erfolgen solle⁽¹⁾. Aber dieser Satz steht bei ihm einsam, eine weitere Folgerung wird daraus nicht gezogen. Die interessante Verbindung wenigstens eines Teilgebietes der Steuerwirkungen, der Tatsache der « Steuerausweichung », mit dem vorgeschlagenen Verteilungsmasstab findet sich in der neuesten Formulierung der Lehre Pigou's⁽²⁾. Während er das Prinzip des geringsten Opfers in der

⁽¹⁾ a. a. O., S. 76.

⁽²⁾ l. c., p. 92 ss.

von ihm gegebenen erweiterten Fassung verfißt, empfiehlt er gleichzeitig grundsätzlich solche Abgaben, die, wie etwa Rentensteuern, die Pflichtigen keinesfalls veranlassen, ihre « Lebensgewohnheiten », vielleicht durch Verkürzung der Arbeitszeit, zu ändern, um so der Belastung auszuweichen. Aber so geistreich die Bemerkungen sein mögen, welche über die Verbindung der beiden in den Konsequenzen vielfach einander aufhebenden Grundsätze gemacht werden, so endet Pigous Darstellung gleichwohl mit dem unbedingten Primat des least sacrifice Prinzips, dessen technische Durchführbarkeit, ebenso wie die aller anderen genannten Maßstäbe, schweren Zweifeln begegnet.

Es ist technisch unmöglich, den Verteilungsmaßstab der angelsächsischen Schule praktisch werden zu lassen. Der Beweis dieser Behauptung ist leicht zu führen. Es soll so besteuert werden, dass die Unlustmenge, welche der Gesamtheit durch die Abgaben verloren geht, möglichst klein ist; wie kann man zugeben, dieses Ziel sei erreichbar, wenn man sich daran erinnert, dass es keinerlei Masseneinheit gibt, auf welche Lust und Unlust der verschiedenen Individuen zurückgeführt werden können? Die Wertung eines Opfers ist ein streng persönlicher Vorgang, eingeschlossen in die geheime Gefühlswelt, welche die Individuen von einander trennt; kein objektiver Maßstab kann jemals die Bedeutung der Verluste, wie sie sich aus der Besteuerung ergeben, bei den verschiedenen Einzelpersönlichkeiten ermessen, und es ist ganz unvorstellbar, jene Addition von Unlustquanten für alle Glieder der Gesellschaft vorzunehmen, wie sie das minimum of sacrifice-Prinzip für seine Durchführung und Kontrolle erfordert. Nicht anders steht es um die Steuermaßstäbe des « gleichen » oder « verhältnismässigen Opfers » (Sax, Pierson, Einaudi) oder um den von Wieser, Wicksell, Lindahl ungefähr gleichlautend formulierten Satz, die Steuerquote eines jeden einzelnen sei « seiner Schätzung der Staatsleistungen » anzupassen⁽¹⁾; auch hier handelt es sich um Postulate, auf deren Durchführung die Staaten schon deshalb verzichten, weil sie die Werte der Lei-

⁽¹⁾ LINDAHL, *Die Gerechtigkeit der Besteuerung*, Lund, 1919, S. 94.

stungen und Gegenleistungen, wie sie bei ihren Bürgern entstehen, niemals auf einen gemeinsamen Nenner bringen können. Sollte eingewandt werden, es gebe, etwa zur Realisierung des « gleichen Opfers », Anhaltspunkte in der « Einkommenshöhe » oder dem « Familienstande », wonach die Abgabequoten zu bilden seien, so wäre zu erwidern: nicht nur würde damit sehr unvollkommen dem gewählten Grundsatz gedient, sondern es liessen sich auch viel näher liegende Gründe als das Prinzip des « äquivalenten Opfers » anführen, die Berücksichtigung der genannten Merkmale zu erzwingen.

In seiner Kritik an der « Grundlegung der Staatswirtschaft » von Emil Sax berührt Wicksell ⁽¹⁾ einen sehr wunden Punkt dieser Lehre, wenn er die Frage aufwirft, ob denn im « aktuellen Staatsleben » die « nötigen Organe » da seien, um jene komplizierten Wertungen, auf denen nach Sax Steuerhöhe und Steuerverteilung beruhen, vorzunehmen ⁽²⁾. Es ist das Problem der Anwendung des gewählten Verteilungsmaßstabes, welches mit diesem Vorwurfe zur Debatte gestellt wird. Ausgehend von der Beobachtung, die älteren Theorien der Abgabenverteilung machten zu oft die stillschweigende Voraussetzung absolutistischer Staatsform, stellt Wicksell bewusst die parlamentarischen Demokratien in den Mittelpunkt seiner Darlegung. Lässt sich die Entsprechung von Preis und Grenznutzen des Tauschgutes, wie sie sich auf dem Markte freier Konkurrenz herstellt, unter diesem politischen System nicht auch in der Staatswirtschaft durchsetzen? Diese Frage ist nach Wicksell und Lindahl mit ja zu beantworten, falls es den zu Besteuernden gelingt, bei der parlamentarischen Beschlussfassung ihre ökonomischen Interessen verhältnismässig zur Geltung zu bringen. Denn daraus müsse nach Ansicht beider Autoren die Uebereinstimmung von Steueropfer und Nutzen der Staatsleistung für die verschiedenen Bevölkerungsschichten gemäss ihrem eigenen Urteil resultieren. Wie ich schon sagte, ist in Wicksell's Theorie die jedesmalige Verbindung

⁽¹⁾ a. a. O., S. 87 ff.

⁽²⁾ a. a. O., S. 89.

der Auflage mit ihrem Zwecke sowie das Einspruchsrecht der Minderheiten der wichtigste Hebel, so nahe wie möglich an das gesteckte Ziel heranzukommen. Die Einwände gegen diese Regelung liegen nicht auf ökonomisch-theoretischem, sondern auf politisch-soziologischem Gebiete. Ein Ideologe mag den Satz verfechten, die öffentlichen Ausgaben kämen « allen Bürgern, wenn auch in verschiedenem Grade » ⁽¹⁾ zugute, und sie müssten, bei einer zweckmassigen Kostenverteilung, auch von der Gesamtvertretung gebilligt werden; sollte die erste Hälfte dieses Satzes mehr sein als ein blosses Sophisma, so ist gleichwohl sein Inhalt nicht in das Bewusstsein der Volksvertreter eingedrungen, und seitdem es Parteien gibt, welche den « bürgerlichen Staat » grundsätzlich negieren, aber gleichzeitig seine sozialpolitischen Aufgaben auf Kosten der höheren Schichten stetig steigern, muss das propagierte Vetorecht von Minoritäten gegen finanzielle Beschlüsse die Staatstätigkeit von heute auf morgen brach legen. Auf dem Grunde der Wicksell-Lindahlschen Theorie ruht überdies das liberale Vorurteil von einer Identität zwischen den Parlamentariern und den Schichten, die sie vertreten; aber es ist nur zu bekannt, wie die Abgeordneten aus psychologischen und soziologischen Ursachen die Interessen der hinter ihnen stehenden Kreise nur höchst unvollkommen zum Ausdruck bringen.

Während sich Sax die kollektiven Organe als Vollstrecker individueller Wertungen vorstellte, vertrat Ritschl, getreu seiner antiindividualistischen Staatslehre, mit Energie die Meinung, es sei der öffentliche Verband selber, welcher die Verteilung der Mittel auf die sozialen und privaten Bedürfnisse vornimmt. Die individuellen Bedürfnisse sollen soweit befriedigt werden, als sie sozial betont sind; mögen auch Wünsche, die durch sehr hohe Einkommensstufen gesättigt werden, vom Standpunkte sozialer Bewertung belanglos sein, ihre Befriedigung reizt gleichwohl wirtschaftlich wichtige Einzelkräfte zur Betätigung, und sie schliessen zudem das Verlangen nach vermehrter Kapitalbildung in sich. Aber der Masstab « sozialer Bedürfniswertung » gewährt an sich keinerlei feste Hand-

⁽¹⁾ LINDAHL, a. a. O., S. 147.

habe, die Abgabenlast unter die Bevölkerungsschichten aufzuteilen; seine Anwendung, auf die es in diesem Zusammenhang ankommt, ist solange von Zweifeln umgeben, wie die Auslegung des « sozial Notwendigen » den wechselnden Majoritäten aus zusammen arbeitenden Parteien ausgeliefert ist ⁽¹⁾; wäre nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse einer « untergelagerten Volkswirtschaft » in Ritschls Verteilungstheorie einbezogen, so hätte sie weder Halt noch Stütze ⁽²⁾.

Alle Theorien, die wir bisher besprochen haben, so verschieden die Staatsauffassungen, so abweichend die Verteilungsmasstäbe sein mochten, hielten daran fest, eine « rationale » Lösung des Problems der Lastenverteilung sei möglich, sei jedenfalls zu fordern. Sobald man sich klar macht, dass der Staat der Geschichte weder die Absicht hat noch haben kann, auf irgend einem seiner grossen Lebensgebiete, auch nicht auf dem der Steuerverteilung, die ökonomische Ratio (oder gar ethische Grundsätze) zum Leitstern seines Handelns zu machen ⁽³⁾, so sieht man deutlich, wie die vorgeführten Masstäbe des Lastenausgleichs zusammenstürzen wie Kartenhäuser ⁽⁴⁾.

Ein Abgabensystem geht zurück auf politische Beschlüsse. Diese gilt es zu deuten. Das Interesse der « herrschenden Klasse », ihre Vorstellung von « Gerechtigkeit » — die stets ihre Rolle spielen wird, man mag sie mit noch so triftigen Gründen aus der Steuer-

⁽¹⁾ Ritschl ist zu optimistisch, wenn er (a. a. O., S. 156) annimmt, « die Belange der Gesamtheit wüssten sich immer wieder Geltung zu verschaffen ». Das mag man in den Mäientagen des liberalen Europas mit einigem Recht geglaubt haben; heute, wo die Klassengegensätze sich so scharf zugespitzt haben, ist damit nicht zu rechnen.

⁽²⁾ Ich halte für gewiss, dass soziale Bewertung durch eine Parlamentsmehrheit und Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft immer wieder miteinander in Konflikt geraten. Wo liegt dann die Entscheidung? Wenn der Staat, wie es Ritschl will, die individuellen Bedürfnisse nach ihrer sozialen Wichtigkeit veranschlagt, um das Kriterium für die ihnen zu belassenden Mittel zu finden, so müsste er in. E. auch die (wechselnden) Marktpreise in Betracht ziehen.

⁽³⁾ Durch diesen Satz wird natürlich nicht ausgeschlossen, dass Zwecke, welche die politischen Vertretungen beschlossen haben, durch die Verwaltungen nach dem Prinzip des kleinsten Mittels realisiert werden.

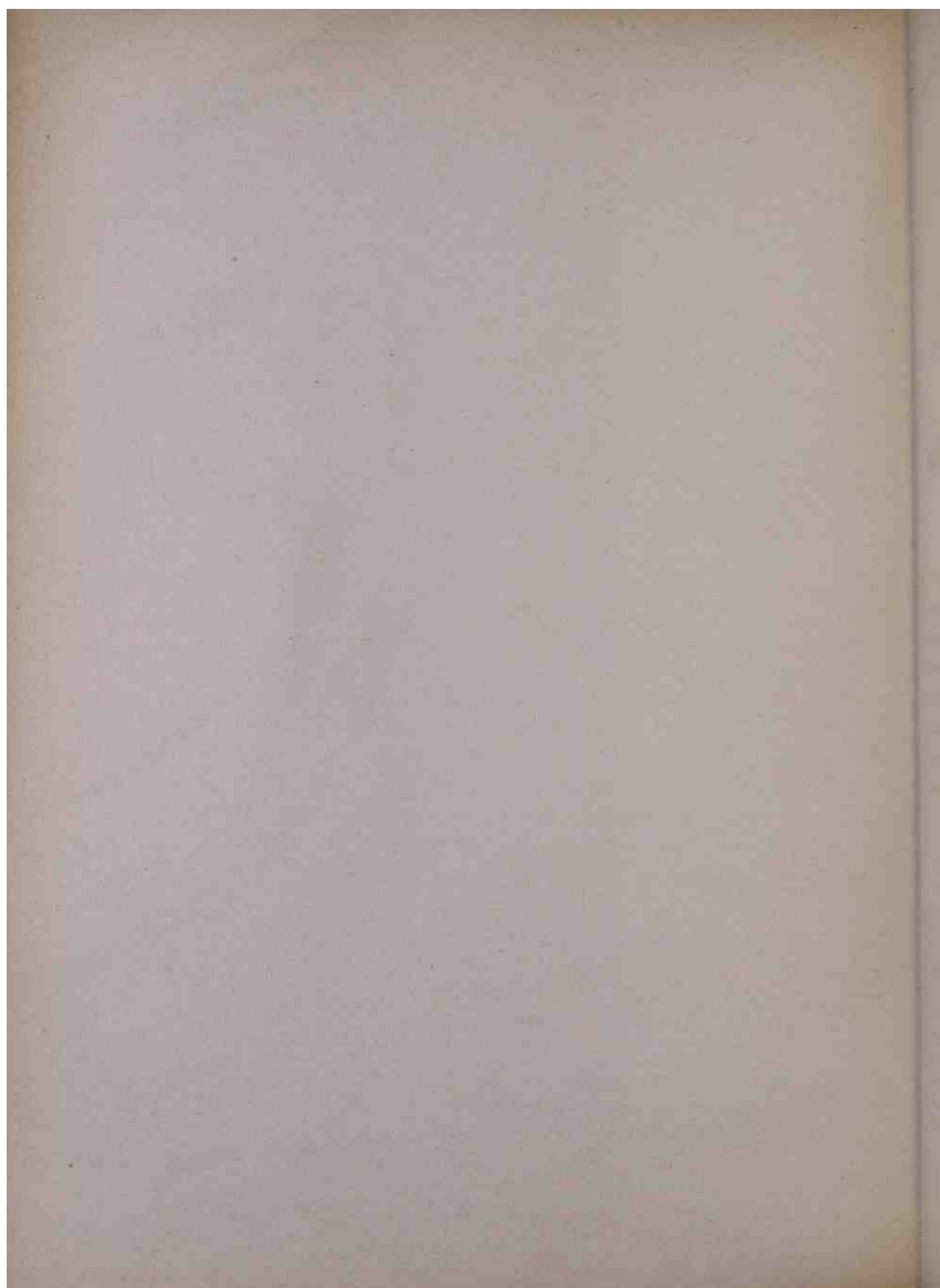
⁽⁴⁾ cf. G. SENSINI, *Cenni di finanza teorica*. (*Giornale degli Economisti*, Giugno 1929, p. 373 ss). Dort finden sich weitere Literaturangaben zu der Auffassung im Texte, vor allem Hinweise auf Paretos Soziologie.

politik verbannen ⁽¹⁾ —, die Widerstände abhängiger Schichten oder in ihrer Macht erschütterter ehemals führender Kreise, die entweder gewonnen oder im Interesse eines noch bestehenden Wirtschaftssystems geschont werden müssen: all das wird die politischen Entschlüsse und damit die Abgabenverteilung bestimmend beeinflussen. Nachdem sämtliche Versuche, die « Mängel » der « proportionalen » Besteuerung gegenüber der « progressiven » aus ökonomischen und psychologischen « Gesetzmässigkeiten » abzuleiten, traurig zusammengebrochen sind, war es das Verdienst von De Viti de Marco, in geistvollen Erörterungen den ersten Masstab als den « bürgerlichen », den zweiten als den « sozialistischen » entlarvt zu haben ⁽²⁾. Denn historisch gesehen bleibt die Abgabenverteilung ein wesentliches Mittel, sozialistische Züge dem kapitalistischen Wirtschaftssystem aufzuprägen, mag auch die Theorie noch so wohlmeinend davon abraten, Steuer- und Sozialpolitik miteinander zu vermengen.

Die Lastenverteilung, als historisches Problem, gehört der politischen Soziologie. Damit wird nicht gesagt, dass eine ökonomische Untersuchung, welche ausgeht von den konkreten Bedürfnissen eines bestehenden Wirtschaftssystems und mit genauer Kenntnis der Steuerwirkungen geschrieben wird, bedeutungslos ist für die jeweilige Gestaltung der Dinge. Eine solche Arbeit mag auf dem Umwege über Parteien, die selber an der Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung interessiert sind, bei der politischen Willensbildung mehr oder minder kräftig mitwirken; damit soll ihre Bedeutung für Länder wie Deutschland, in welchen die Arbeiterklasse als politischer Faktor so schwere Gewichte in die Wagschale zu werfen hat, gewiss nicht überschätzt werden.

⁽¹⁾ Vgl. F. K. MANN. Die Gerechtigkeit in der Besteuerung, Festgabe für G. V. SCHANZ, Tübingen, 1928, Bd. II, S. 122 ff.

⁽²⁾ A. DE VITI DE MARCO, *I primi principii dell' Economia finanziaria*, Roma 1928, p. 175 ss. In einem originellen Aufsätze hat J. Schumpeter die Einkommensteuer als « die Steuer des bürgerlichen Liberalismus » bezeichnet. Ich glaube, die Einkommensteuer als solche ist dem Wirtschaftssystem gegenüber indifferent; erst durch die « proportionale » oder « progressive » Ausgestaltung erfolgt ihre Zuordnung zu einem « bürgerlichen » oder « sozialistischen » (« sozialisierenden ») Zeitalter. Vgl. SCHUMPETER, *Oekonomie und Soziologie der Einkommensteuer*. *Der Deutsche Volkswirt*, Jahrg. IV, Nr. 12-13, S. 380 ff.



DOTT. MARIO PUGLIESE

R. Istituto Superiore di Scienze Economiche e Commerciali di Genova

I concetti di reddito e di entrata in Economia e in Finanza

1. - L'economia classica è sempre stata concorde nell'attribuire alla nozione di reddito i caratteri di periodicità, di regolarità, di materialità, di dipendenza da una fonte che perennemente produce il reddito in ogni unità di tempo ⁽¹⁾. Autori italiani anche più recenti non hanno creduto di dover abbandonare questa nozione tradizionale, la quale, se non altro, ha il pregio di definire chiaramente e nettamente il concetto di reddito e di circoscriverne il contenuto ⁽²⁾. Per essi sostanzialmente il reddito è sempre « quella

⁽¹⁾ DAVID RICARDO, *Principi di economia politica*, in *Bibl. degli econ.*, s. I, vol. II, cap. VIII. - T. R. MALTHUS, *Sulle definizioni in economia politica*, in *Bibl. degli Econ.*, s. I, vol. 5, pag. 489. - SENIOR, *Principi d'economia politica*, id., pag. 663. - I. S. MILL, *Elementi d'econ. pol.*, id., pag. 790. - G. BENTHAM, *Manuale d'ec. pol.*, id., pag. 827. - HERMANN, *Staatwirthschaft. Untersuchungen*, Monaco, 1874, pagg. 221-552-597-605 e segg. ecc.

⁽²⁾ A. GRAZIANI, *Istit. d'econ. politica*, Torino, Bocca, 1904, pag. 334. - F. FLORA, *Man. della Scienza delle Finanze*, Livorno, Giusti, 1921, pag. 236. - G. BATTISTELLA, *Il concetto di reddito in economia, in finanza e nel diritto finanziario*, Rovigo, 1913, pagg. 15-21-22 e segg. - G. MASCI, *Il concetto e la definizione del reddito*, Napoli, 1913, pag. 61. - G. ALESSIO, *Contributo al concetto economico-nazionale del patrimonio e del reddito*, Atti del R. Istituto Veneto di scienze, lettere ed arti, anno 1910, II, LXX, parte II, pag. 993.

porzione dei beni o della ricchezza — così Malthus ebbe a definirlo — che il possessore può annualmente consumare senza indebolire i suoi mezzi ordinari » e consiste « in rendite territoriali, in mercedi del travaglio, in profitti sui capitali anticipati ». In queste tre categorie effettivamente è circoscritto per l'economia classica più rigida il concetto di reddito.

Tuttavia, se la formula classica era chiara e precisa, essa non era in ugual misura sufficiente e comprensiva, non permetteva di considerare il fenomeno della produzione della ricchezza, sia pure periodica e regolare, nella sua interezza e nella sua complessità, escludeva perentoriamente dal reddito individuale e nazionale non solo tutti i guadagni di congiuntura, ma pure taluni incrementi patrimoniali, talune eccedenze di valore, senza dubbio assai più affini al reddito normale che alla congiuntura.

Si manifesta pertanto in alcuni scrittori una decisa deviazione dalla nozione classica di reddito.

La loro formula diviene molto più ampia e abbraccia in realtà non più solamente quella determinata porzione delle entrate che corrisponde a quei determinati requisiti sopra ricordati, ma tutta l'entrata, da qualunque fonte essa provenga.

Per il Boccardo⁽¹⁾ reddito è sinonimo d'entrata, per il Marshall⁽²⁾ « reddito è tutto il flusso di benefici di *qualunque genere* che ad una persona deriva dalla ricchezza, sia ch'egli l'usi o non l'usi come capitale », per il Supino⁽³⁾ « si dà il nome di reddito ai nuovi beni o *agl'incrementi di valore* che percepisce una persona in un certo tempo, che non sono ricostituzione di capitali e che essa può consumare senza diminuire il suo patrimonio », per il Gobbi⁽⁴⁾ « il reddito è aumento del patrimonio durante un certo tempo », aumento che si ottiene sommando, *tutte le entrate* e deducendo le

⁽¹⁾ *Dizionario d' economia politica*, Torino, Franco edit., 1859.

⁽²⁾ *Principles of economics*, London, Macmillan, 1898, vol. I, pag. 149-150.

⁽³⁾ *Principii d' economia politica*, Napoli, Piero, 1920.

⁽⁴⁾ *Trattato d' economia*, Milano, S. E. L., 1919, pag. 77-85.

perdite. Parimenti ampie sono le concezioni dell'Edgeworth ⁽¹⁾, del Ricci ⁽²⁾, del Prato ⁽³⁾ e di altri economisti.

Accanto a questa più larga nozione di reddito, si sviluppava frattanto, con caratteri suoi propri, una nuovissima teoria: la teoria fisheriana ⁽⁴⁾.

Come si è visto il Marshall nei suoi « Principii » aveva scientificamente usato il termine « flusso » per definire il reddito, seguito poco dopo dal Seligman ⁽⁵⁾. Anche il Bohm-Bawerk, parecchi anni prima, aveva definito il reddito « une courante » ⁽⁶⁾.

Il Fisher fa proprio questo termine, e applicandolo in un senso notevolmente diverso da quello di questi Autori definisce il reddito « un flusso in un determinato periodo di tempo » ovvero « il flusso totale dei servigi che un individuo ottiene dalla sua proprietà », costruendo su questo principio la famosa teoria — che sarebbe ozioso tornar qui ad esporre — che tante discussioni doveva suscitare nel mondo scientifico.

A noi interessa solo far notare che la teoria fisheriana, mentre ha portato un'importantissimo contributo per l'esatta nozione del concetto di reddito (specie per la valutazione del valor capitale delle fonti produttive di reddito continuativamente), non lo allarga per nulla e non elimina i classici requisiti della regolarità o reiterazione del servizio, della fonte o capitale che deve produrre il servizio (« fund ») della esclusione — sia pure per diverso motivo — d'ogni acquisto straordinario ⁽⁷⁾. L'introduzione del reddito psichico rimase priva di qualsiasi rilevanza economico finanziaria: assai discussa, fu quasi

⁽¹⁾ Voce « Income », nel *Dictionary of Political Economy* del Palgrave, II Ed. pag. 374.

⁽²⁾ Cosa è il reddito in *Giorn. degli econ.*, 1913, pag. 103, in cui l'opinione più ristretta esposta ne « *Il capitale* », Torino, 1910, viene notevolmente ampliata.

⁽³⁾ Di alcune recenti teorie sul reddito e delle loro conseguenze tributarie, in *Riforma sociale*, 1912, pag. 723.

⁽⁴⁾ IRVING FISHER, *La natura del capitale e del reddito*, Torino, U.T.E.T., 1922.

⁽⁵⁾ *Principles of Economics*, London, Longmans Green, 1905, pag. 15.

⁽⁶⁾ *Histoire critique des théories de l'intérêt du capital*, Paris, Giard, 1909, II ed.; la prima risale al 1884.

⁽⁷⁾ *Op. cit.*, cap. VII, pag. 82-88 e segg.

generalmente respinta, mentre invece un notevole impulso alle teorie che vogliono escludere il risparmio del reddito fu dato proprio dalla teoria fisheriana ⁽¹⁾.

2. - Il punto di vista finanziario rispetto il concetto di reddito non può essere precisato senza il sussidio della nozione di capacità contributiva. È la ricchezza — per la finanza — la fonte e la misura della capacità contributiva, tutta la ricchezza e non solo quella parte di essa alla quale si voglia attribuire, prescrivendo speciali requisiti, l'appellativo di reddito. La capacità contributiva infatti « si produce sia in conseguenza di entrate continue e per compenso di servizi prestati, sia in virtù di entrate occasionali o di offerte spontanee fatte al contribuente per i suoi servizi anche senza prestazione alcuna » ⁽²⁾.

Ma d'altra parte non tutta l'entrata rappresenta capacità contributiva. Sarebbe ugualmente erroneo pretendere di escludere dalla ricchezza imponibile determinate entrate, quanto ritenere imponibile l'intera entrata del contribuente.

Il criterio di capacità contributiva determina quale parte di essa sia imponibile ed è pertanto evidente la stretta correlazione — ma non coincidenza — fra il concetto finanziario di reddito e quello di capacità contributiva.

⁽¹⁾ *Op. cit.*, pag. 87. Basterà ricordare che quasi tutte le teorie che vorrebbero restringere la imposta al reddito consumato partono dalla premessa fisheriana. Si veda EINAUDI, *Intorno al concetto di reddito imponibile e di un sistema d'imposte sul reddito consumato*, Torino, 1912, e le critiche del LOLINI, *Il concetto di reddito in finanza ed in economia pura*, in *Rivista Italiana di Sociologia*, 1916, pag. 355, e del GARELLI, *op. cit.* pag. 375 e seguenti.

Favorevoli invece il PRATO, *Op. cit.* e il LORIA, *La sintesi economica*, Torino, 1909, pag. 71.

Anche recentemente il FISHER confermava pressochè immutata la propria teoria sul reddito " *Der Einkommenbegriff im Lichte der Erfahrung* ", in *Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart*, J. Springer, Wien, 1928. Per i riflessi fiscali vedi pure W. WALLACE HEWETT, *The definition of income and its application*, in *Federal Taxation*, Westbrook, 1925, pag. 28 e segg.

⁽²⁾ B. GRIZIOTCI, *Principi di politica, diritto e scienza delle Finanze*, Padova, Cedam, 1929, pag. 53.

Quest'ultimo merita quindi una migliore precisazione.

Lo Stamp ha specialmente studiato la questione della capacità contributiva. Essa veniva definita nel suo « *Wealth and Taxable capacity* » ⁽¹⁾ come una *differenza* fra due quantità: la quantità totale di produzione e la quantità totale di consumo. Soggiungeva poi lo Stamp essere questo un concetto eminentemente relativo, perchè il consumo è variabile secondo i paesi e le circostanze. Ma la stessa definizione data era veramente troppo relativa e incompleta, specialmente perchè non stabiliva nessun limite per il consumo, il quale, in ipotesi, potrebbe espandersi arbitrariamente fino al punto di abolire qualsiasi « differenza » con la produzione, sopprimendo di conseguenza qualsiasi capacità contributiva.

Findlay Shirras, riprendendo la questione in una memoria presentata alla Royal Statistical Society ⁽²⁾, proponeva la seguente definizione: « La capacità contributiva è il totale residuo della produzione, detratto il minimo di consumo necessario per produrre quel determinato volume di produzione, restando immutato il tenore di vita ».

Nella discussione, che seguì la presentazione di questa memoria ⁽³⁾, lo Stamp mostrò di accettare in via di massima la definizione dello Shirras; solamente osservò che essa si riferiva ad una capacità contributiva assoluta e trascurava di tener conto di quella relativa, la quale non può riferirsi globalmente alla nazione, bensì ai singoli individui, variando singolarmente lo « standard » di vita essenziale. Inoltre, secondo lo Stamp, il minimo da detrarsi dovrebbe bastare non già a produrre, ma a *mantenere* un determinato volume di produzione.

Il Boldrini ⁽⁴⁾ mostra di accogliere integralmente le correzioni dello Stamp, scrivendo che « la capacità contributiva assoluta di un paese è misurata da tutta quella parte della produzione o red-

⁽¹⁾ King and Son, Westminster, 1922, pag. 114.

⁽²⁾ *Journal of the Royal Statistical Society*, July, 1925, pag. 513.

⁽³⁾ *Journal of the Royal Statistical Society*, July, 1925, pag. 545.

⁽⁴⁾ *Capacità contributiva e gravame fiscale di alcuni Stati*, Metron, 1925, vol. V, pag. 121. Osserva pure il BOLDRINI che, secondo alcuni economisti, il reddito sarebbe solo quello che risulta dopo fatta la detrazione della parte necessaria

dito privato che supera il consumo minimo necessario per mantenere la produzione allo stesso livello ».

Osserviamo da parte nostra, come quest'ultima definizione, la quale costituisce, si può dire, un riassunto e una precisazione delle precedenti, sia, al pari di essa, incompleta e ristretta se la si voglia riferire a qualsiasi genere d'imposta.

È ovvio intanto escludere che la definizione data possa avere un valore per quanto riflette le imposte indirette, rispetto le quali la capacità contributiva è misurata unicamente dall'altezza della spesa del contribuente per l'appagamento di quei bisogni la cui maggiore o minore soddisfazione, è presa appunto dallo Stato come indice di maggiore o minore capacità contributiva.

La definizione dello Stamp, dello Shirras e del Boldrini non può quindi applicarsi a quella parte di capacità contributiva che si manifesta attraverso la spesa e che vien colpita con le imposte indirette. Può solo applicarsi a quella parte di capacità contributiva che si manifesta attraverso il guadagno e che vien colpita con le imposte dirette ⁽¹⁾.

Ma anche rispetto questa ultima, mentre può benissimo ammettersi che talora la capacità contributiva sia misurata da « tutta quella parte della produzione o reddito privato che supera il minimo necessario per mantenere la produzione allo stesso livello » (e in ciò l'esattissimo concetto che la remunerazione normale dei fattori della produzione non è capace d'imposta), non può affatto ammettersi che tutte le altre entrate, le quali non rientrino nella nozione di « produzione o reddito privato » normale, e che tuttavia non riflettano la parte non imponibile del reddito (cioè il « consumo minimo necessario ecc. . . »), non presentino alcuna capacità con-

« al consumo minimo per mantenere la produzione allo stesso livello ». Si veggano pure le osservazioni dello SCHUSTER, *Das Einkommen*, Mohr, Tübingen, 1928, su ciò che egli chiama il « *Freiheitscharakter* » del reddito, pag. 11-12 Per la discriminazione fra reddito sociale e individuale v. KLEINWÄTCHER, *Das Einkommen und seine Verteilung*, Leipzig, 1896.

(1) B. GRIZIOTTI, *Op. cit.*, pa. 51.

tributiva. Ben al contrario esse rappresentano una capacità forse anche maggiore, essendo di solito costituite da « unearned increments » o guadagni di congiuntura.

Il concetto di capacità contributiva ha un valore unicamente dal punto di vista finanziario, e sotto questo riguardo esso non può venir mutilato e limitato ad una sola categoria di proventi, come non può venir artificiosamente esteso. Il concetto finanziario di reddito a sua volta, deve comprendere nel suo ambito anche quello di capacità contributiva *integrale*, del soggetto passivo dell'imposta, e tale capacità è costituita da tutti i proventi del contribuente, che superano la parte di reddito non imponibile, nessuno escluso e qualunque sia la loro natura.

Ne discende che per abbracciare tale ambito la nozione finanziaria del reddito necessariamente corrisponde a quella d'entrata, e necessariamente supera per ampiezza quella di capacità contributiva. In altre parole per la finanza tutta l'entrata è teoricamente l'oggetto dell'imposta sul reddito, mentre il principio della capacità contributiva limita in concreto l'imponibilità (attraverso esenzioni, detrazioni reali e personali) a una parte sola dell'entrata stessa.

3. - Questi concetti sono stati solo parzialmente elaborati — e soltanto sotto speciali punti di vista — dagli scrittori di scienza finanziaria.

Allo Schanz⁽¹⁾ spetta il merito di avere per primo chiaramente e rettamente individuato il concetto finanziario di reddito. L'imposta tedesca sul reddito è assisa sui principi stabiliti dallo Schanz⁽²⁾, talchè ancor recentemente ad essi si richiamava la Suprema Corte Fiscale Germanica (dec. 16 gennaio 1923).

Secondo questo Autore il reddito è « l'entrata di ricchezza pura in un determinato periodo economico, inclusi tutti gli aumenti di

(¹) *Finanzarchiv*, XIII, 1896.

(²) M. LION, « *Der Einkommenbegriff nach dem Bilanzsteuerrecht und die Schanzsche Einkommen-theorie* » in *Festgabe für Georg von Schanz*, Mohr, Tübingen, 1928, II, pag. 278.

valore, incluse le donazioni e le successioni (le quali solo per ragioni fiscali vengono colpite da imposte particolari), incluse tutte le utilità provenienti da terze persone » ⁽¹⁾.

E così — egli precisa — « noi dobbiamo calcolare come reddito qualunque guadagno puro, qualunque utilità, qualunque prestazione anche di terzi valutabile in denaro, le donazioni, i legati, le eredità, le vincite di lotteria, i vitalizi, i guadagni di congiuntura di qualunque specie; dobbiamo invece detrarre gli interessi dei debiti e le perdite di ricchezza » ⁽²⁾. Lo Schanz giunge a considerare in in taluni casi come reddito anche l'aumento di valore di merci, terreni, stabili, non ancora realizzato ⁽³⁾, temperando però questa concezione coll'asserire che tale reddito non è suscettibile d'imposta.

Con minore decisione — e aggiungendo varie limitazioni — il Wagner aveva anch'esso definito il reddito dal punto di vista finanziario, « la somma di tutte le entrate dei singoli contribuenti consistenti in denaro o valutabili in denaro.... nonchè qualsiasi entrata in natura spettante al contribuente » ⁽⁴⁾.

Ma questo concetto è rimasto isolato nella nostra dottrina, ed anzi, quegli economisti e finanzieri che se ne sono occupati, hanno distinto il reddito economico dalla « entrata » appunto per escludere che quest'ultima possa essere l'oggetto di un'imposta sul reddito.

Così il Lolini ⁽⁵⁾ esclude dal reddito le accessioni di capitale, così il Ricci ⁽⁶⁾, dopo aver asserito essere possibili varie definizioni del reddito, e fra queste quella che fa coincidere il reddito con

⁽¹⁾ *Op. cit.*, pag. 7 e 72-87. Alla distinzione fra reddito ed entrata aveva prima di questo A. già accennato, benchè con minor precisione, almeno dal punto di vista finanziario, lo SCHMOLLER, *Lineamenti d'econ. nazionale generale*, in *Bibl. degli Econ.*, Serie V, pag. 706-7.

⁽²⁾ *Op. cit.*, pag. 24.

⁽³⁾ *Op. cit.*, pag. 42.

⁽⁴⁾ *Grundlegung*, I ediz., pag. 96-97.

⁽⁵⁾ *Il concetto di reddito in finanza ed in economia pura*, in *Rivista Italiana di Sociologia*, 1916, pag. 355.

⁽⁶⁾ *Cos'è il reddito*, in *Giorn. degli Econ.*, 1913, pag. 93.

« l'aumento di valore avveratosi nel patrimonio durante l'anno », (compresi i guadagni « d'appropriazione e di congiuntura »), esclude che questa sia scientificamente la più accettabile appunto perchè viene troppo esteso il concetto di reddito.

Il Montemartini⁽¹⁾ dà dell'entrata la seguente definizione: « entrata è tutto ciò che riceve un'economia, è il genere d'una specie che è costituita dal reddito », che perennemente si rinnova. E dal reddito, egli esclude, per includerli nell'entrata, tutti i proventi straordinari e accidentali, i quali pertanto esulerebbero dal campo dell'imposta sul reddito, come essa viene generalmente intesa e interpretata.

Il Garelli⁽²⁾ accede anch'egli sostanzialmente a questa concezione distinguendo nettamente dal reddito l'entrata, la quale sarebbe « il complesso della ricchezza aggiunta alle attività di una azienda in un determinato periodo di tempo » e che sarebbe costituita da: a) reddito in stretto senso economico; b) provento o entrata esterna (guadagni di congiuntura); c) trasformazione di valori (lucri per rivendite ecc.). Anche il Garelli però esclude poi erroneamente che l'imposta possa colpire le due ultime categorie dell'entrata.

Il De Viti De Marco parte dal concetto di beni strumentali e beni diretti e « stabilito che l'imposta è un rapporto di valore, si chiede se base dell'imposta deve essere il valore dei beni strumentali o il valore dei beni diretti. Chiamando i primi capitale e il secondo prodotto o reddito, si chiede se l'imposta debba colpire il valore del capitale o il valore del prodotto »⁽³⁾ e conclude affermando che « l'imposta nasce naturalmente come imposta sul prodotto o sul reddito »⁽⁴⁾. In particolare, a proposito dell'imposta sui fabbricati, osserva che « la casa di abitazione è un bene diretto; non è capitale; essa dunque è un prodotto o un reddito e l'imposta può

⁽¹⁾ *Enciclopedia Giuridica Italiana*, Voce « reddito ».

⁽²⁾ *Il concetto di reddito nella scienza finanziaria*, in *Il Filangeri*, 1917, pag. 337.

⁽³⁾ *I primi principi dell'economia finanziaria*, Roma, Sampaolesi, 1928, pag. 202.

⁽⁴⁾ *Op. cit.*, pag. 205.

colpire il valore della casa, ma non il reddito della casa, cioè il reddito di un reddito » ⁽¹⁾.

Sembra a noi che il De Viti De Marco si sia in questo caso richiamato a concetti economici (« beni diretti, beni strumentali ») che si riferiscono alla distribuzione della ricchezza rispetto alla capacità che essa abbia di soddisfare i bisogni. Ma il riferirsi al fatto dell'attitudine dei beni a soddisfare i bisogni, contrariamente a quanto opina il Prof. De Viti de Marco ⁽²⁾, non è consona ed appropriata al particolare fenomeno dell'imposizione diretta. Si è giustamente osservato che lo Stato non può in alcun modo tener conto, ai fini dell'imposizione, della destinazione che alle entrate darà il percettore di esse ⁽³⁾.

E ovvio infatti supporre che il reddituario potrà accantonare il reddito trasformandolo in un bene strumentale, ovvero potrà consumare immediatamente un incremento capitalistico, trasformandolo in un bene diretto.

Si dovrà allora nel primo caso ritenere l'imposta ora sul capitale e ora sul reddito a seconda dell'agire del contribuente, ovvero si dovrà sancire l'esenzione assoluta del risparmio?

E nel secondo caso si dovrà colpire con l'imposta sul reddito il nuovo capitale acquistato nel solo caso in cui esso venga consumato? Ciò è da escludere ove si consideri la causa dell'imposta. Lo Stato colpisce i contribuenti con le imposte dirette per causa dei servizi, che direttamente o indirettamente favoriscono la produzione della ricchezza e in generale l'acquisizione o l'entrata della ricchezza nella disponibilità del contribuente.

La distinzione, dunque, del De Viti De Marco non giova a definire l'oggetto delle imposte dirette e può condurre anche a malintesi o a teorie complicate, come quando si ritiene la casa di

⁽¹⁾ *Op. cit.*, pag. 261.

⁽²⁾ *Op. cit.*, pag. 12, par. 2 e segg. per le origini della concezione difesa dal DE VITI DE MARCO v. E. VON BOHM-BAWERK, *Histoire critique des theories de l'intérêt du capital*, Paris, Giard, 1909, pag. 7. WALRAS, *Elements d'économie politique pure*, Lausanne, 1910, pagg. 177-79.

⁽³⁾ SCHANZ, *Op. cit.*, ibidem, LOLINI, *Op. cit.*

abitazione un bene diretto e perciò un reddito e si esclude che l'imposta sui fabbricati colpisca il reddito della casa.

Invece sono i servizi pubblici che favoriscono il godimento della casa, a giustificare l'imposta sul reddito della casa, ossia sul valor d'uso di essa durante l'esercizio finanziario, mentre il complesso dei servizi che può rendere la casa negli anni, nella sua utilizzazione economica, valutato al presente, costituisce il suo valor capitale (Fisher).

La teoria del Prof. De Viti Di Marco non sembra quindi, dal punto di vista finanziario, atta a fornire una nozione sufficientemente esatta di reddito.

Alla tesi estensiva — che è poi la tesi dello Schanz dianzi ricordata — accede invece l'Einaudi con precisione e chiarezza ⁽¹⁾ « L'arricchimento — egli dice — è l'unico connotato saldo e non verbale del concetto fiscale di reddito », e prosegue: « Se noi assumiamo che oggetto dell'imposta sia il reddito e connotato del reddito l'arricchimento, noi necessariamente facciamo alcune semplicissime operazioni mentali: 1) fissiamo una unità di tempo, per es. l'anno solare; 2) constatiamo la ricchezza che il contribuente aveva all'inizio dell'anno; 3) quella che il contribuente avrebbe avuto alla fine dell'anno se non ne avesse consumato alcuna frazione; 4) assumiamo come reddito la differenza fra la quantità iniziale e la quantità finale ».

Queste righe dell'Einaudi — il quale naturalmente qui prescinde dalla propria tesi secondo la quale solo sul reddito consumato dovrebbe cadere l'imposta ⁽²⁾ — mettono in evidenza la conclusione alla quale siamo giunti: il concetto di reddito in senso finanziario comprende nel suo ambito non solo il reddito nel più ristretto senso

⁽¹⁾ *Intorno all'imposta sui giuochi*, in *Scritti vari in onore di T. Martello*, Bari, Laterza, 1917, pag. 195.

⁽²⁾ Il prof. EINAUDI ha ancora recentemente, e con vigore, riaffermato la propria tesi dell'imponibilità del solo reddito consumato (*Contributo alla ricerca dell'ottima imposta* „, *Annali d'economia*, Luglio 1929, pag. 7), combattendo, anzi, la teoria dei „contabili„ secondo la quale il reddito coinciderebbe con l'arricchimento (v. in specie pag. 114 e segg.). Il prof EINAUDI ha però voluto gentil

dell'economia classica, ma anche ogni altra sorta di proventi ordinari (guadagni di capitale, trasformazione di valori, a titolo oneroso e gratuito).

Esso coincide quindi con il concetto d'entrata (così come è stato precisato specialmente dallo Schanz), ed è coordinato ai concetti d'arricchimento e di capacità contributiva.

L'entrata è l'oggetto dell'imposta, in quanto uno dei fattori influenti sull'imposizione è costituito dalle « attitudini o capacità del singolo a dare il contributo richiesto dalla vita collettiva » ⁽¹⁾, e tali attitudini e capacità sono rappresentate appunto dall'intero arricchimento, da tutta l'entrata del contribuente, mentre, d'altro lato, il criterio della capacità contributiva integrale del soggetto passivo dell'imposta determina quale porzione dell'entrata sia in concreto imponibile. Nessuna altra limitazione — nè teorica nè giuridica — può porsi all'imposizione della ricchezza nuova che nell'unità di tempo va ad accrescere il patrimonio del contribuente.

4. — Ma un concetto finanziario deve necessariamente essere lo strumento per la corretta costruzione e l'esatta interpretazione delle leggi finanziarie.

La sostituzione del concetto di reddito in senso ristretto con il concetto d'« entrata », guadagna lentamente terreno, dal campo teorico della scienza delle finanze a quello del diritto finanziario positivo.

L'ostilità che ha sempre incontrato questa tesi, è dovuta principalmente a due ragioni: la prima è l'influenza che la dottrina

mente spiegarci che nello scritto in onore di T. Martello egli intendeva mantenersi strettamente nei limiti dell'interpretazione fiscale del concetto di reddito, e che, pertanto, il parere altra volta espresso, ed ora riaffermato, contrario alla estensione del concetto di reddito dal punto di vista economico, non deve ritenersi nè contraddittorio nè correttivo dello scritto da noi citato.

⁽¹⁾ B. GRIZIOTTI, *La causa e il concetto dell'imposta*, in *Studi nelle scienze giuridiche e sociali*, R. Univ. di Pavia, 1928, pag. 29 e seg. A conclusioni contrarie sembra invece giungere un recente studio d'un finanziere greco, DEM. K. SANCTIS, *Il concetto tributario di reddito*, Atene, 1928, recensito nel *Finanz Archiv*, 1929, I, pag. 474.

economica tradizionale del reddito ha esercitato anche nel campo strettamente finanziario; la seconda è il timore di fornire una nuova arma alle pretese del fisco. Ma esse sono parimenti infondate.

L'una, come vedemmo, non ha un serio fondamento nel campo finanziario, l'altra non ha una reale portata pratica, almeno per la massa dei contribuenti presa nel suo complesso, se non per le singole categorie di essi. È infatti logico pensare che se lo Stato abbisogna di un determinato gettito d'imposte, l'esenzione di una parte dell'entrata provoca l'imposizione di altri cespiti con danno di altri contribuenti. Mentre, invece, ove l'attuale gettito delle imposte sia sufficiente, non può esservi alcun danno a riconoscere che una parte dell'entrata debba godere dell'esenzione fiscale.

E d'altronde l'imposta sul reddito vien generalmente limitata nel suo oggetto al reddito nel ristretto senso dell'economia classica, ma la capacità contributiva residua vien poi colpita con imposte speciali sulle successioni e donazioni, sulla congiuntura, ecc. Questo sistema è sovente il più pratico e il più efficace, ma i cespiti esclusi dall'imposta sul reddito non per questo cessano di far parte idealmente del reddito in senso finanziario, o dell'entrata. E l'imposta deve colpirli o può colpirli, qualora, senza che esista una esplicita esenzione, essi non siano già soggetti come le successioni, i legati e le donazioni, ad imposte particolari.

5. - Già da vari anni questi tesi ha prevalso per la Einkommensteuer tedesca ⁽¹⁾, e precisamente da quando la legge del 3 marzo 1920 avocò al Reich l'imposta sul reddito, sottraendola ai Länder, ai quali tuttavia spetta ancora il 90 % dei proventi.

Mentre infatti le vecchie imposte territoriali erano tutte ispirate dal principio di considerare imponibile solo il reddito dotato dei classici requisiti di continuità, normalità ecc., la nuova imposta nazionale volle ispirarsi a principii giuridici e tributari più moderni

⁽¹⁾ VON HANS TESCHEMACHER, *Die Einkommensteuer*, in *Handb. der Finanzwiss.*, pag. 65, 1926. Notovole l'analisi dell'A. sul carattere obbiettivo e subbiettivo dell'Einkommensteuer e dell'Income Tax.

F. MEISEL, *Britische und Deutsche Einkommensteuer*, Mohr, Tübingen, 1925.

e più arditi e specialmente, come si è detto, alle teorie sostenute dallo Schanz, sotto i cui auspici venne ufficialmente compiuta la riforma delle imposte dirette.

Secondo l'Hensel⁽¹⁾ un forte impulso ad allargare il tradizionale concetto di reddito fu anche dato dalla terribile crisi dei cambi in seguito alla quale andavano completamente smarriti i confini fra guadagni periodici e di congiuntura.

A termini della nuova legge, dunque, tutte le entrate venivano a cadere sotto l'Einkommensteuer, senza riguardo alcuno alla natura dell'entrata, alla sua continuità, al suo impiego e alla sua provenienza⁽²⁾. Così la legge enumera⁽³⁾ fra le « sonstige Einkünfte » soggette all'imposta: vitalizi, pensioni, indennità, guadagni di lotteria e simili entrate straordinarie, guadagni di speculazione non provenienti dall'impresa del contribuente, ecc.

La parte imponibile veniva però determinata mediante numerose detrazioni reali e personali da praticarsi sull'entrata lorda, tendenti a sottrarre all'imposta quella parte dell'entrata stessa evidentemente priva di capacità contributiva⁽⁴⁾.

Andavano inoltre esenti dall'imposta le entrate derivanti da alienazione di (valori salvo l'eventuale differenza in più fra il valore ceduto e quello ricavato), e tutte quelle entrate di speciale natura abitualmente considerate come fondi per la sussistenza: indennità di guerra, indennità per infortuni ecc.⁽⁵⁾. A parte venivano poi tassate le successioni e le donazioni.

Nel 1925 si promulgava una nuova legge tributaria, la quale, pur attenuando il carattere forse troppo duro ed eccessivo della legge del 1920, innova scarsamente la precedente, ispirandosi sostanzialmente agli stessi principi⁽⁶⁾.

⁽¹⁾ A. HENSEL, *Steuerrecht*, Springer, Berlin, 1924.

⁽²⁾ Par. 4.

⁽³⁾ Par. 18.

⁽⁴⁾ Par. 11.

⁽⁵⁾ Par. 12.

⁽⁶⁾ MAX LION, *Op. cit.*, A. HENSEL, *Op. cit.* e tavole annesse. Legge 10 agosto 1925. Notevolissimo l'art. 49 che prevede l'imposizione in base al consumo, qualora l'integralità del reddito sottoposto a imposizione, appaia manifestamente sproporzionato al tenore di vita del contribuente.

6. - Ma ancor più decisamente a tali principi si ispira la giovane imposta sul reddito degli Stati Uniti (introdotta col Revenue Act, 1 marzo 1913), degna di speciale attenzione sotto ogni punto di vista ⁽¹⁾.

Come è noto quest'imposta, malgrado precedenti tentativi, non potè venire applicata fino a quando la costituzione federale non venne modificata coi sedicesimo emendamento.

Ma il Congresso, votando l'emendamento, non pose limitazione alcuna al concetto di reddito, cosicchè fu posteriormente chiamata a decidere la Suprema Corte Federale ⁽²⁾, la quale definiva il « reddito » il guadagno derivato dal capitale, dal lavoro o dalla loro combinazione, compreso il profitto ricavato dalla speculazione o dalle trasformazioni di capitale (« di qualunque specie ») e così guadagni capitalistici di varia indole e profitti occasionali.

Nota lo SPAULDING che in tal guisa la concezione di reddito negli Stati Uniti veniva notevolmente a differenziarsi da quella corrente in Gran Bretagna. Per gli Inglesi l'« income » non è altro che il reddito dell'economia classica, lievemente ampliato, il guadagno annuale, ricorrente, normale: per gli Americani esso comprende tutti i proventi e tutti gli incrementi di capitale, è l'intero guadagno, è l'entrata (detratte le perdite eventuali). Mentre in Inghilterra l'agiatezza di una persona vien valutata nell'ammontare del suo reddito annuale, in America è alla sua ricchezza assoluta che si ha riguardo, cioè al suo patrimonio, anzichè al suo reddito ⁽³⁾. Si spiega così come negli Stati Uniti il Legislatore ed il fisco, e le Corti, nel formulare e nell'interpretare i Revenue Acts emanati dal 1913 al 1928, abbiano inteso che oggetto dell'imposta fosse l'aumento netto del patrimonio nell'unità di tempo indipendente-

⁽¹⁾ H. B. SPAULDING, *The Income Tax in Great Britain and in the United States*, London, King & Son, 1927, v. specialmente cap. I, II, VIII e IX.

⁽²⁾ H. B. SPAULDING, *Op. cit.*, pag. 27; W. WALLACE HEWETT, *The definition of Income and its application in Federal Taxation*, Westbrook Pub. Co, Philadelphia, 1925.

⁽³⁾ H. B. SPAULDING, *Op. cit.*, pag. 121; I. STAMP, *Fundamental principles of taxation in the light of modern development*, London, Macmillan, 1923, pag. 32.

mente dall'origine, e dalla regolarità di tale aumento, ripetendo inavvertitamente il procedimento logico seguito — come vedemmo — dall'Einaudi.

Così per la legge americana il reddito comprende « guadagni, profitti, e redditi derivati da salari, stipendi e compensi per servizi personali... di qualsiasi genere e in qualsiasi forma pagati; o da professioni, occupazioni, traffici, affari commerci o compravendite, o, — rispetto alla proprietà, sia personale che reale, — provenienti dall'appartenenza o dall'uso, o dall'interessenza in tale proprietà; ed anche da interessi, rendite, dividendi, titoli o transazioni riflettenti affari commerciali aventi per scopo guadagno o profitto; o da *guadagni*, o *profitti*, e redditi derivanti da qualsivoglia sorgente » (1).

Questa imposta generalissima colpisce il « reddito netto », che vien ricavato detraendo del « reddito lordo » talune spese e passività tassativamente determinate dalla legge.

Notiamo fra le principali: 1) Spese ordinarie e necessarie, compresi gli affitti pagati per scopi inerenti all'azienda; 2) Interessi e passività (sia dell'azienda che personali); 3) Tasse e imposte federali, eccettuate le imposte sul reddito, sui profitti di guerra e sui sopraprofiti (quest'ultime abolite col 31 Dicembre 1921); 4) Perdite sostenute nel commercio o nell'industria, perdite incontrate in qualsiasi affare speculativo, perdite derivanti da incendi, calamità metereologiche, naufragi o da altre accidentalità o da furti; 5) Crediti inesigibili (o quella parte di essi che si possa dimostrare inesigibile); 6) Una ragionevole quota per il deterioramento e il consumo delle proprietà adibite al commercio o all'industria, compresa una quota per l'invecchiamento degli impianti; 7) Una quota per l'esaurimento progressivo dei giacimenti nel caso di miniere, di pozzi d'olio, di gas o di altri depositi naturali, di boschi; 8) Certe contribuzioni di beneficenza.

La legge esclude invece tassativamente la detrazione di: 1) Spese personali e di famiglia; 2) Somme spese per nuove costruzioni,

(1) *Revenue Act*, 1926, sez. 213 (a).

miglioramenti e perfezionamenti; 3) Somme e spese per restauri di proprietà rispetto le quali si è praticata la detrazione di una quota per il deterioramento (v. prec. N. 6); 4) Premi pagati per assicurazioni sulla vita; anche per propri impiegati, quando l'imprenditore risulti il beneficiario.

L'imposta colpisce tutti i cittadini e i residenti negli Stati Uniti. Nel caso di stranieri non residenti nel paese, colpisce solo il reddito prodotto negli Stati Uniti, mentre, (salvo speciali eccezioni contenute nella legge del 1926) il cittadino americano — e da ciò la singolare importanza del requisito di cittadinanza — è tenuto all'imposta per tutti i propri redditi, anche prodotti all'estero, salvo però la deduzione delle imposte pagate in quei paesi che offrono la reciprocità dell'esenzione, come l'Italia. Giova ancora aggiungere che per motivi d'ordine costituzionale negli Stati Uniti vanno esenti dall'imposta sul reddito gli stipendi dei pubblici impiegati e gli interessi dei titoli emessi dai singoli Stati e municipi⁽¹⁾.

Come dicemmo dianzi, l'imposta americana colpisce anche i « profitti casuali » (simile in questo a un'imposta sui guadagni di congiuntura) e gli « incrementi di capitale ». La citata decisione della Corte Federale, sembra infatti aver esattamente interpretato lo spirito della legge ammettendo che anche questa categoria di proventi possa venir tassata, come logica contro-partita alla detrazione delle perdite d'ogni genere che la legge permette di praticare per l'accertamento del reddito netto.

D'altra parte, per motivi d'equità fiscale, anche le perdite casuali di capitale, sono considerate come detraibili dal reddito⁽²⁾.

L'imposta americana, per la tassazione di tali guadagni straordinari, prevede una « base », sulla quale vanno computate le perdite e i guadagni, ed è appunto la fissazione di tale base, alla quale presiedono complicate norme, che costituisce una delle maggiori difficoltà incontrate dal legislatore. La legge federale⁽³⁾ detta delle

⁽¹⁾ U. S. CONST, Art. 1, Sez. 6, Art. 3, Sez. 1; SPAULDING, *Op. cit.*, pag. 147.

⁽²⁾ *Revenue Act*, 1926, Sez. 202 (a).

⁽³⁾ *Revenue Act*, 1926, Sez. 208.

minute norme generali coordinate ad una serie d'eccezioni speciali, per i casi in cui il fisco non considera che vi sia stato nè una perdita nè un guadagno. Si tratta di eccezioni, per lo più riflettenti l'apporto di proprietà in società anonime o il riordinamento amministrativo delle medesime, in cui in realtà l'apparente guadagno o perdita (caso più comune), ha un valore puramente contabile e non reale.

Gli incrementi di capitale e i profitti accidentali godono di una aliquota speciale più mite (12,50 % - 13,50 % per le società) di quella normale, mentre le perdite danno diritto ad una detrazione (pure del 12,50 %) sull'importo dell'imposta normale (1).

Dal complesso di queste norme risulta chiaro lo spirito, che informa la legge americana. Essa rappresenta senza dubbio uno sforzo serio ed interessante di colpire tutta la capacità contributiva del cittadino, e nello stesso tempo di limitare equamente l'incidenza dell'imposta sul reddito del contribuente, mediante una serie persino troppo larga di detrazioni (almeno rispetto a taluni inconvenienti pratici), tali da permettere di considerare con piena tranquillità il reddito residuo come veramente e tolamente « imponible ».

Se si eccettua l'inconveniente di origine costituzionale rappresentato dalle ricordate esenzioni (meglio si direbbe privilegi) tributarie, i risultati generali di questa imposta sembrano esser stati nel loro complesso eccellenti sino ad oggi (2).

Per quanto invece concerne l'imposizione dei guadagni di capitale e dei profitti casuali, si lamenta l'eccessiva complicazione che richiede il loro accertamento, mentre meschini sono i risultati pratici, essendo il provento di tale imposizione pressochè annullato dal correlativo sgravio concesso per le perdite di capitale (3).

Non sembra però che queste considerazioni pratiche abbiano avuto soverchio peso sulle decisioni del legislatore americano. La imposizione dei guadagni di capitale e dei profitti accidentali è

(1) *Revenue Act*, 1926, Sez. 202-208.

(2) SPAULDING, *Op. cit.*, cap. XIX.

(3) *Annual Report of the Secretary of the Treasury on the State of Finances for Fiscal Year ended, June, 30, 1924*, pag. 6.

stata mantenuta costantemente nelle varie leggi fircali che si sono succedute, in base ad esatti criteri di equità e di logica tributaria⁽¹⁾.

L'Income Tax Act inglese (1918) invece, come si è già detto, è basato oggi come nelle sue origini (1803) su una ben diversa concezione di un reddito *annuale e costante*, con esclusione della imposizione di tutti gli incrementi di capitale guadagni e profitti straordinari, e correlativa esclusione delle perdite.

Esso è troppo noto, perche occorra una più minuta illustrazione. Basterà ricordare che l'Income Tax britannica presenta tutte le caratteristiche che servirono di modello a una buona parte delle imposte sul reddito europee: sistema delle categorie di contribuenti e dei redditi, esenzioni e discriminazioni personali, imposizione alla sorgente, in tutti i casi in cui ciò è possibile, mediante ritenuta diretta, (sistema usato negli Stati Uniti solo per gli accertamenti del fisco), principio del domicilio del contribuente sussidiato da quello del luogo di produzione del reddito, e così via. Nessuna detrazione è concessa, in via di massima, salvo che quella del minimo, quella per i Dominions e per le imposte sul reddito pagate all'estero.

A prescindere da altre legislazioni fiscali di assai minore interesse e rilevanza, i Revenue Acts del 1926 e del 1928 degli Stati Uniti e l'Income Tax Act inglese del 1918 rappresentano assai bene la antitesi fra la più moderna concezione finanziaria e fiscale del reddito, e quella tradizionale, assai poco discosta dalla concezione classica di reddito della economia pura. Prodotto, la prima, di un rapido sviluppo di ordinamenti economici e sociali, di una vita industriale e commerciale dinamica ed in pieno rigoglio, nella quale il guadagno straordinario e di congiuntura ha un posto preminente accanto al reddito normale e regolare; frutto, la seconda, di una più antica e più lenta evoluzione econmtca, di un tenace e spiccatamente britannico attaccamento a una tradizione storica e scientifica secolare.

(1) W. WALLACE HEWETT, *Op. cit.*, pagg. 31-85.

7. - Fra questi due estremi si trova oggi l'imposta italiana, formulata ed assisa su concetti e teorie economiche di carattere restrittivo, basata su presupposti pressochè identici a quelli che ancor oggi informano l'« income tax » britannica, e giunta attraverso l'evoluzione e l'elaborazione d'un settantennio, ad una concezione di carattere finanziario e ad una prassi fiscale assai più affini alla teoria ed alla pratica americane.

La nostra legge sull'imposta di Ricchezza Mobile non dà una definizione di reddito, ma si limita ad elencare (art. 3) i proventi da considerarsi come reddito, partendo dal concetto non errato che una legge non deve proporsi di dare definizioni scientifiche, bensì norme giuridiche chiare e precise.

Purtroppo però questa precisione e chiarezza non è stata raggiunta dalla nostra legge, pur pregevole nel complesso, in tutte le sue parti, e ancor oggi i dubbi pratici e dottrinali sulla estensione da darsi al concetto di « ricchezza mobile » sono numerosi e non lievi, malgrado che, in tesi generale, la teoria, che vuol rettamente comprendere nell'ambito della imposta di R. M. tutto l'arricchimento del contribuente, da qualunque fonte esso provenga, abbia, notevolmente progredito dal 1864 ad oggi.

I maggiori interpreti della legge, come il Quarta⁽¹⁾ e il Clementini⁽²⁾ ritengono che non il concetto di reddito in senso restrittivo abbia ispirato il legislatore, ma quello di *entrata* in genere, e noi stimiamo fondato tale insegnamento.

Che veramente all'entrata avesse di mira il legislatore emerge dalle considerazioni dell'On. Sella nella relazione al Parlamento 18 novembre 1862 e dalle discussioni parlamentari che ne seguirono. Il Sen. Scialoja dichiarava a proposito dei contingenti (è noto che la imposta di R. M. venne per la prima volta applicata con questo sistema) « Ognuno di questi contingenti, che per brevità dirò d'ora innanzi comunali, sarà distribuito in quote proporzionali al reddito

⁽¹⁾ *Commento sull'imposta di Ricchezza Mobile*, S. E. L., Milano, 1902, vol. I, pag. 102.

⁽²⁾ *Le leggi sull'imposta di Ricchezza Mobile*, U. T. E. T., Torino, ed. 1916 vol. I, pag. 170.

individuale, così dice il dogma della legge, ed io dirò *all'entrata* che ciascuno ricava dal lavoro o dal capitale... ». E l'On. Pasini, durante la discussione del 30 gennaio 1864, dichiarava che sarebbe stato soggetto all'imposta, « qualunque prodotto, lucro, guadagno o vantaggio, o comodità reale, in denaro estimabile, che abbia la sua ragione d'essere, la causa della sua esistenza nella ricchezza mobile ».

Ma il Quarta e il Clementini, dopo aver rettamente colto il concetto informatore della legge ed aver rilevato che non sul reddito in senso strettamente economico, ma sull'entrata essa s'assiede ⁽¹⁾, subiscono tuttavia la suggestione del concetto tradizionale di reddito e vanno alla ricerca ora della periodicità, ora della possibilità di ritorno del reddito, ora di una fonte generatrice del medesimo, prescrivendo requisiti siffatti e perdendo di vista che la ricchezza mobile o entrata soggetta all'imposta ha da coincidere — sia o no periodica, o continuativa, o generata da una fonte — semplicemente coll'intero arricchimento del contribuente nell'unità di tempo, arricchimento che è misura e connotato della di lui capacità contributiva.

Naturalmente anche la giurisprudenza ha fino ad oggi risentito di queste incertezze e lacune dell'interpretazione, specialmente oscillando nella risoluzione delle più gravi e celebri controversie fiscali, come per esempio quella sul sovra-prezzo delle azioni di nuova emissione.

In un primo tempo infatti la giurisprudenza ha interpretato restrittivamente il concetto di reddito, prescrivendo tassativamente il requisito della periodicità, anche per la curiosa influenza esercitata da un'inesatta derivazione del senso etimologico della parola « reddito » che si pretendeva far discendere dal latino « redire » cioè tornare. In tal guisa venivano esclusi dall'imposta tutti gli acquisti straordinari, i guadagni di congiuntura, i proventi non regolari ⁽²⁾.

⁽¹⁾ QUARTA, *Op. cit.*, pag. 102-109.

⁽²⁾ *App.* Firenze, 23 Marzo 1874, *App.* Torino, 3 Luglio 1874, *Cass.* Firenze, 1 Febbraio 1875, *Boll. Giur. Amm.* I, pag. 106, *Annali* IX, X, pag. 77 e *Boll. Giur. Amm.* II, pag. 160.

Tuttavia, in proseguo di tempo, anche sotto la spinta delle ferree necessità del bilancio, ed in seguito ad una più esatta interpretazione della legge, questi concetti andavano modificandosi e la Cassazione Romana mutava la propria giurisprudenza in modo definitivo ⁽¹⁾.

Restava però fermo in questi e in tutti i successivi giudicati il concetto che dall'imposta sul reddito dovevano venire esclusi tutti gli acquisti di capitale: così venne dichiarata esente la somma pagata una volta tanto per l'affranco di un vitalizio ⁽²⁾, così le indennità e i premi riscossi per assicurazione ⁽³⁾, mentre invece il prezzo d'avviamento veniva ritenuto, con una giurisprudenza che doveva poi oscillare continuamente, cespite tassabile ⁽⁴⁾.

Nella serie di queste sentenze fa eccezione quella notevolissima della Corte di Torino (1891) ⁽⁵⁾ che aveva lucidamente affermato che « agli effetti della imposta di Ricchezza Mobile deve reputarsi reddito non solo ciò che si chiama reddito in senso stretto, cioè avente possibilità di ritorno, nascente da forza che produce periodicamente, ma anche qualunque entrata non fondiaria, sia fissa, variabile od eventuale, da qualunque titolo derivi, sia permanente o temporanea, ed a qualunque scopo sia erogabile od erogata ».

Pure degna di nota è la sentenza emessa nel 1910, sulla questione della tassabilità del sovrapprezzo delle azioni di nuova emissione, dalle Sezioni Unite della Cassazione ⁽⁶⁾, che decideva per la tassabilità, definendo il reddito: « una ricchezza nuova la quale

⁽¹⁾ Cass. Roma 31 Dicembre 1877, in causa Moreschi; Cass. Firenze 28 Aprile 1887 in causa Corona.

⁽²⁾ Cass. Roma 14 Ottobre 1902, *Commis. Centr.* 13 Luglio 1912, N. 49152, serie II, *Racc. Uff.* 1912, pag. 31.

⁽³⁾ *Comm. Centr.* 14 Marzo 1905, N. 1527. *Le imp. dir.* 1905, pag. 160.

⁽⁴⁾ Cass. Roma 21 Gennaio 1904. *Le imp. dir.* 1904, pag. 266. La giurisprudenza è ora di nuovo favorevole alla tassabilità.

⁽⁵⁾ VANNUCCINI, *La giurisprudenza delle Imposte dirette*, Roma, Gastaldi, 1929, Mass., N. 4373.

⁽⁶⁾ Cass. Sez. Unite, 29 Genn. 19 Febb. 1910, *Mon. Trib.* 1910, pag. 322. *Conf. Cass.* 5 Aprile, 20 Maggio 1910. *Imp. Dir.*, 166. La questione è stata definitivamente decisa in Italia in senso negativo dalle disposizioni in tal senso emanate dal Ministro delle Finanze Volpi.

viene generata dal capitale nella sua forma di strumento di produzione lasciando quel capitale immutato ».

A questa ne seguivano altre numerose, nello stesso senso, tutte basate su una interpretazione alquanto estensiva del concetto economico di reddito, senza per altro riuscire a superare la contraddizione fra la pretesa di non dipartirsi da esso sostanzialmente, prescrivendo la periodicità, la fonte produttiva etc. sulle orme del Quarta, e la pretesa di tassare il sovrapprezzo delle azioni. A tutte queste sentenze manca il coraggio di riconoscere che non è un concetto limitato di « reddito » che può giustificare tale imposizione; che invece esso è assolutamente inidoneo a tale scopo e che è alla nozione finanziaria e contabile di « entrata » che occorre far ricorso nel campo fiscale. Ciò sembra intendere la Corte di Venezia ⁽¹⁾ decidendo in una pregevole sentenza che « agli effetti della tassabilità il reddito non va inteso nella sua rigorosa definizione data dalle scienze economiche, bensì nel suo significato di utile patrimoniale ». Era questo un notevole progresso di interpretazione giudiziaria dalle prime sentenze della Cassazione di Firenze.

Calmatesi alquanto le discussioni e le controversie sull'importante questione del sovrapprezzo delle azioni, le Corti e la Cassazione ebbero minor occasione, anche per il sopravvenire della guerra, e delle arruffate imposte di guerra, di pronunciarsi sull'applicazione dell'Imposta di R. M.

Ma il cammino già fatto non veniva percorso a ritroso. L'interpretazione giudiziaria del concetto di reddito tendeva anzi lentamente, ma senza interruzione, ad estendere l'ambito di esso, fino a comprendervi i lucri e i proventi delle nuove e progredite forme di speculazione economica. Non si giungeva fino ad identificare coll'oggetto dell'imposta di R. M. qualsivoglia arricchimento, ma la giurisprudenza cominciava intanto ad abbandonare il concetto fino ad allora tanto tenacemente difeso, della « energia produttrice » del reddito.

⁽¹⁾ *App. Venezia*, 21 Dic. 1912; *Foro Veneto* 1913. pag. 62.

La Cassazione di Roma, il 7 aprile 1921 ⁽¹⁾, in un'elaborata sentenza, dichiarava che perchè una data ricchezza costituisca reddito, secondo il concetto della legge sulla imposta di R. M. è necessario che essa sia l'effetto di una speculazione commerciale (nella fattispecie compravendita di titoli) ma *non occorre altresì che essa derivi da una energia produttrice idonea a generare periodicamente* la stessa utilità, e testualmente affermava nel respingere le obiezioni sollevate: « Ma la nozione di reddito, nel passare dal campo della scienza economica in quello regolato dalla legge sull'Imposta di R. M., ha subito una trasformazione consentanea all'indole ed agli scopi d'una legge tributaria ».

A questa seguivano ben presto, e seguono tutt'ora numerose altre sentenze ⁽²⁾, in ispecie decisioni della Commissione Centrale per le imposte Dirette, che rivelano un progressivo allargamento del concetto di reddito, spesso ispirato — è doveroso notarlo — più da preoccupazioni fiscali che scientifiche e giuridiche.

Così si consideravano imponibili la somma pagata a titolo di risarcimento del danno per la violazione di un contratto, le penale pagata per ritardato pagamento di un debito, il plus-valore realizzato con la vendita di titoli azionari, l'indennità di « buona uscita » pagata dal locatario subentrante, e infine il lucro proveniente dalla rivendita di un immobile.

E chiaro come si sia molto vicini ai « guadagni di capitale » e ai « lucri accidentali » della legge americana ⁽³⁾.

⁽¹⁾ Cass. Roma, Bonetti C. Finanza, 7 Aprile 1921. *Le imp. dirette* 1921, pag. 150.

⁽²⁾ Fra esse è da ricordarsi la recentissima sentenza 6 maggio 1929 della Corte di Cassazione, *Giurispr. Italiana*, 1920, I, 1154, la quale dichiara che « il requisito della periodica ricorrenza non è richiesto dalla legge sull'imposta di ricchezza mobile, che configura in un senso più largo ed esteso la nozione economica del reddito ».

⁽³⁾ Naturalmente si deve trattare di guadagni e lucri accidentali reali che non sarebbero imponibili degli incrementi patrimoniali puramente formali, come quelli, per es., derivanti dalla semplice rivalutazione dei beni immobili d'una società, in seguito al mutamento di valore della moneta (giurisprudenza ormai costante: cfr. dec. *Comm. Centr. Imp. Dir.*, N. 83077, 29 Febb. 1928, *Giur. Imp. Dir.*, pag. 57).

Persiste però il concetto, tenacemente riaffermato da tutte le decisioni giudiziarie ed amministrative, che siano imponibili solo gli incrementi di capitale e i lucri occasionali derivanti da un atto speculativo, o almeno tale nell'intenzione di chi lo compì. Così occorrerebbe aver acquistato la casa, la terra, i titoli con l'intenzione di rivenderli per guadagnare, senz'altro non vi ha lucro tassabile all'atto della rivendita.

Ma non sembra affatto che questa limitazione sia giustificata né da considerazioni giuridiche né scientifiche.

Giustamente si è notato ⁽¹⁾ che invano si cercherebbe nel sistema delle nostre leggi tributarie una norma che prescriva quale condizione giuridica per la tassazione della plusvalenze patrimoniali l'elemento speculativo e che d'altronde non si sa con quali peregrini criteri e con quanta verosimiglianza si possa accertare nei singoli casi l'« intento » speculativo di chi acquista un fondo o un immobile ⁽²⁾.

D'altra parte nessun precetto economico o finanziario impone di limitare ai lucri di carattere speculativo la nozione di ricchezza imponibile.

*
* *

8. - Concludendo, malgrado tutte deviazioni, anche l'imposta italiana sulla Ricchezza Mobile, attraverso un'elaborazione durata quasi un settantennio, sembra avviarsi definitivamente verso una più corretta nozione giuridico-tributaria del concetto di reddito, verso una più esatta interpretazione dei principi scientifici e finanziari che stanno a base dell'imposta stessa.

⁽¹⁾ B. GRIZIOTTI, *Il sistema e i principi giuridici delle imposte dirette in Italia*, in *Studi nelle scienze giuridiche e sociali*, pubbl. a cura delle R. Univer. di Pavia, 1928, Pag. 113.

⁽²⁾ La Comm. Centr. per le Imp. Dir., con una decisione che ha sollevato numerose discussioni (Dec. 82883, 1928. *Giur. Imp. Dir.*, pag. 93) ha stabilito che è superflua la dimostrazione dell'intento speculativo per le operazioni compiute da società commerciali. Conf. SAMPIERI-MONGANO, *Di alcune questioni controverse in materia di tassabilità di redditi di società commerciali*, Torino, U. T. E. T., 1928.

Le trasformazioni economiche, politiche e sociali dell'epoca nostra hanno fino ad oggi agito nel senso favorevole a questa ininterrotta elaborazione, che ha condotto la scienza finanziaria a costruire un proprio concetto di reddito, coincidente con quello di « entrata », coordinato e correlativo a quelli di « arricchimento » e di « capacità contributiva ».

È augurabile che su questa strada ancor più decisamente si avvii la prassi tributaria del nostro paese.

PROF. MARCO FANNO

R. Università di Padova

Il consolidamento dei buoni del tesoro e le sue ripercussioni

1. - Il consolidamento dei buoni ordinari del tesoro, attuato in molti paesi in occasione del risanamento della moneta, fu quasi ovunque seguito da una crisi economica. Nella presente nota ci proponiamo di esaminare i caratteri e la natura di questa crisi.

2. - Consolidare i buoni ordinari del tesoro significa trasformare un debito fluttuante a brevissima scadenza in un debito consolidato. L'origine remota del provvedimento, nei paesi che ad esso ricorsero, va ricercata nell'abuso che a un certo momento, durante la guerra o nell'immediato dopo guerra, i governi, per necessità finanziarie, fecero dei buoni ordinari del tesoro. Incontrando sempre maggiori difficoltà a inasprire le imposte e ad emettere nuovi prestiti consolidati, i governi, assillati dalla preoccupazione di disavanzi formidabili, si trovarono a un certo momento a non poter provvedere a questi che con l'emissione di buoni del tesoro a breve scadenza, o con l'emissione di carta-moneta. Per non svalutare maggiormente la propria moneta molti paesi adottarono il primo provvedimento; ed emisero buoni per somme in parecchi casi

ingentissime. Con ciò essi effettivamente salvarono *pel momento* la propria moneta da ulteriore deprezzamento; ma crearono una situazione estremamente delicata, che doveva pesare come perenne minaccia sull'avvenire della moneta stessa.

3. - Il pubblico, impiegando i propri risparmi monetari nella sottoscrizione dei buoni del tesoro, trasferisce allo Stato la disponibilità di una massa di beni, di un valore monetario corrispondente all'ammontare della somma sottoscritta e versata. Costituiscono questi beni, al cui consumo il pubblico con la sottoscrizione rinuncia, il *risparmio reale*, creato dal suo *risparmio monetario*. Ma, sottoscrivendo buoni del tesoro a breve scadenza, il pubblico dimostra tacitamente la volontà di riservare a sè stesso il diritto di riacquistare entro breve tempo la disponibilità dell'equivalente monetario di codesti risparmi reali, e ammonisce quindi lo Stato di incorporarli in beni facilmente e rapidamente trasformabili e realizzabili. Impiegandoli invece a sanare i disavanzi del bilancio, cioè consumandoli in spese, che per lo più si risolvono nella loro distruzione economica, lo Stato viola la tacita volontà dei risparmiatori, si mette in condizione di non poter restituire *mai più* l'equivalente monetario di tutti i risparmi reali, messi temporaneamente dal pubblico a sua disposizione, e crea con ciò, fino da questo momento, la necessità di gravi provvedimenti futuri.

4. - Per un certo tempo però la situazione può essere mascherata. I sottoscrittori dei buoni del tesoro, ancorchè abbiano la facoltà di chiedere ad ogni scadenza la disponibilità dei loro risparmi, in realtà non si valgono di questa facoltà che limitatamente, non tutti avendo di fatto bisogno ad ogni scadenza dei risparmi affidati allo Stato. Alcuni anzi non ne avranno bisogno mai o ad epoca molto lontana. Avuto riguardo a ciò i risparmi impiegati in buoni del tesoro possono quindi dividersi in due categorie: una prima categoria costituita dai risparmi appartenenti a sottoscrittori, che, considerati almeno in massa, non ne hanno bisogno per molto tempo;

e una seconda categoria appartenente a sottoscrittori che, come banche, industriali, commercianti hanno bisogno, per le esigenze dei loro affari, di riacquistarne via via in un modo o nell'altro la disponibilità. I sottoscrittori della prima categoria sono sottoscrittori aurei per lo Stato, perchè sempre disposti a rinnovare i buoni e destinati quindi a non dargli noia alcuna. I sottoscrittori della seconda categoria sono invece dei sottoscrittori importuni, perchè costretti a chiedere presto o tardi allo Stato l'equivalente monetario dei risparmi reali messi a sua disposizione. Alle richieste di questi sottoscrittori lo Stato, finchè può, deve provvedere. In tempi normali però queste richieste sono per lo più limitate; e lo Stato può quindi soddisfarle senza difficoltà. Ciò esso può fare in vari modi. Può anzitutto tacitare i sottoscrittori, rimborsando loro i buoni sottoscritti; e questo, sia impiegando a tale scopo il medio circolante ricavato da nuove sottoscrizioni, sia procurandosi il medio necessario mediante imposte. Ma esso può altresì soddisfare i sottoscrittori, accordando loro facilitazioni nel credito, cioè tali agevolanze nei prestiti bancari da fare loro preferire il prestito al rimborso e da allontanare conseguentemente le domande di rimborso che non può soddisfare. Mettendo a disposizione dei produttori-sottoscrittori, con l'uno o l'altro di questi espedienti il medio circolante ch'essi domandano, lo Stato ha dunque modo, come si vede, di mascherare formalmente la situazione, da esso creata con la distruzione dei risparmi reali, di cui aveva acquistato la disponibilità mediante la emissione dei buoni. Ma i produttori sottoscrittori reclamano il medio circolante, non tanto per sè stesso, quanto per poter riacquistare con esso la disponibilità di questi risparmi reali. Vediamo adunque se e in qual modo lo Stato riesca con cotesti medesimi espedienti a mascherare e galvanizzare la situazione anche *sostanzialmente*.

Per quanto riguarda la parte dei buoni, che i risparmiatori rinnovano ripetutamente, la distruzione dei risparmi reali, ch'essi originariamente rappresentavano, viene mascherata nei suoi effetti dalla acquiescenza dei sottoscrittori. Per quanto riguarda invece

l'altra parte dei buoni, la distruzione di tali risparmi non può sostanzialmente essere mascherata, che dalla disponibilità, comunque conseguita, di nuovi risparmi reali. Ridotta infatti ai suoi veri termini la situazione è la seguente. Vi sono sottoscrittori che hanno bisogno di risparmi reali per trasformare questi in capitali e impiegarli nelle proprie imprese. I risparmi reali da essi messi a suo tempo a disposizione dello Stato mediante la sottoscrizione dei buoni non esistono più perchè consumati, e lo Stato non può metterli, sia pure trasformati in altri beni, nuovamente a loro disposizione. Perchè i sottoscrittori possano alimentare le loro imprese con nuovi capitali è necessario pertanto che lo Stato metta altri risparmi a loro disposizione; è necessario cioè che dei risparmi nuovi diventino disponibili in sostituzione di quelli distrutti.

Orbene i tre espedienti, di cui è sopra parola, mentre servono, come si è visto, a soddisfare formalmente i sottoscrittori, servono altresì a mettere a loro disposizione o a creare i risparmi che loro occorrono per produrre questi capitali. Rimborsando infatti parte dei sottoscrittori mediante i fondi ricavati da nuove sottoscrizioni, lo Stato trasferisce ai primi la disponibilità dei nuovi risparmi reali, messi a sua disposizione dai sottoscrittori nuovi. Esso cioè dà modo ai vecchi sottoscrittori di procurarsi i capitali di cui hanno bisogno, rendendo ad essi disponibili i nuovi risparmi spontaneamente formatisi, in sostituzione dei risparmi originari da esso distrutti. Rimborsando parte dei sottoscrittori mediante il ricavo delle imposte, esso mette a loro disposizione i risparmi che con l'aumento della pressione tributaria, esso riesce a spremere dai contribuenti. Esso cioè sostituisce ai risparmi distrutti, dei risparmi nuovi creati però coattivamente con le imposte. Allontanando infine parte delle domande di rimborso mediante facilitazioni e quindi l'espansione del credito, esso dà modo ai produttori-sottoscrittori di procurarsi sui mercati i beni di cui hanno bisogno, sottraendoli ai consumatori. Esso cioè fornisce ai produttori-sottoscrittori i mezzi necessari per creare risparmio coattivo. E così nei vari casi in cui i sottoscrittori abbiano bisogno dei risparmi da essi impiegati nei buoni del tesoro,

lo Stato riesce a soddisfarli mettendo a loro disposizione o dando loro il modo con gli espedienti indicati di estrarre coattivamente dal pubblico, risparmi nuovi in sostituzione di quelli che non esistono più.

Ma se col mezzo di questi espedienti lo Stato riesce a soddisfare formalmente e sostanzialmente i portatori dei buoni del tesoro, esso però non riesce a modificare in misura notevole la sua posizione di debitore. L'espansione del credito allontana temporaneamente parte delle domande di rimborso, ma, appunto perciò, lascia immutato l'ammontare originario del debito. Il rimborso dei buoni ai portatori che ne fanno domanda mediante il ricavo di nuove sottoscrizioni, sostituisce ai portatori originari dei buoni dei nuovi portatori, muta cioè le singole persone dei creditori dello Stato, ma non modifica neppure esso l'ammontare del debito. Solo il rimborso dei buoni mediante il ricavo delle imposte diminuisce tale ammontare. Ma la misura in cui esso può farlo non può essere molto rilevante. Tutto sommato quindi i tre espedienti in esame, se recano un sollievo temporaneo allo Stato, se cioè gli danno modo di superare difficoltà del momento, non modificano nel complesso in misura sensibile la situazione; e le difficoltà, superate col loro mezzo in un primo momento, sono destinate quindi a ripresentarsi in momenti successivi.

5. - In qual modo superarle? Mediante gli stessi tre espedienti esaminati. Ma il rimborso dei buoni del tesoro col ricavo delle nuove sottoscrizioni è limitato nel suo ammontare al flusso dei nuovi risparmi spontanei e alla parte di questo che si impiega nei buoni del tesoro. Sul che lo Stato può bensì influire, ma limitatamente, modificando il saggio d'interesse dei buoni. Il rimborso mediante il ricavo delle imposte incontra un limite nel limite della pressione tributaria e non può essere intensificato a volontà. Per provvedere a improvvisi e rilevanti bisogni di risparmi da parte dei produttori-sottoscrittori, lo Stato non può quindi in ultima analisi contare che sulla valvola di sicurezza dell'espansione del credito.

Dal che si ricava che uno Stato, il quale abbia un debito fluttuante a breve scadenza molto cospicuo trovasi nella necessità, per allontanare le soverchie domande di rimborso ed evitare a sè, finche possibile, gravi imbarazzi, di accordare facilitazioni del credito ai sottoscrittori, cioè di seguire la politica del credito largo e a buon mercato.

6. - La necessità di un'improvvisa espansione del credito, in relazione ai bisogni dei portatori dei buoni del tesoro, può derivare da perturbamenti di varia natura. Può derivare anzitutto da una diminuzione improvvisa del flusso del risparmio spontaneo o da una diminuzione della parte di esso che si investe in buoni del tesoro; perchè in tal caso, pari restando le altre condizioni, diminuisce la parte dei buoni che lo Stato può rimborsare mediante le nuove sottoscrizioni e aumenta la parte delle domande di rimborso che esso deve evitare mediante l'espansione del credito. Alla diminuzione di risparmio spontaneo si supplisce in questo caso intensificando l'azione degli espedienti diretti a creare risparmio coattivo. Può derivare in secondo luogo da un'improvviso peggioramento, per maggiori spese o minori entrate, della situazione del bilancio dello Stato, che costringa questo a diminuire o addirittura sospendere il rimborso dei buoni mediante imposte. L'espansione del credito che ne deriva provvede in questo caso ai bisogni dei portatori di buoni, sostituendo al risparmio coattivo prodotto dalle imposte, il risparmio coattivo da essa prodotto. Può derivare infine da un aumento dell'attività economica, dovuto allo sviluppo economico normale del paese, oppure al passaggio dell'economia di questo da una fase di depressione a una fase di ripresa dei cicli industriali. In entrambi i casi infatti le domande di rimborso dei buoni del tesoro tendono ad aumentare, per la necessità in cui i loro portatori si trovano di riacquistare la disponibilità dei risparmi in essi impiegati, onde avviarli alle industrie e ai commerci; e in entrambi i casi perciò s'impone allo Stato più che mai la necessità di espandere ulteriormente il credito, per ridurre le domande effettive di rimborso entro i limiti in cui, con gli altri espedienti, può provve-

dervi. Il maggior risparmio richiesto dall'economia del paese per alimentare il proprio sviluppo, viene fornito in tale caso coattivamente dall'espansione del credito. Ma intanto creasi questa falsa situazione del mercato monetario, per cui nel momento stesso nel quale l'aumento dell'attività economica generale avrebbe dovuto produrre una maggior tensione del credito, questo invece, per le esigenze del tesoro, viene reso più facile, più abbondante e meno costoso.

7. - Così adunque l'esistenza di un cospicuo debito fluttuante a breve scadenza tende, come si vede, a produrre una progressiva espansione del credito. Ora questa, se serve effettivamente ad allontanare le soverchie domande di rimborso dei buoni del tesoro, crea però un pericolo grave per la moneta nazionale, pericolo contro il quale presto o tardi è necessario reagire. L'espansione del credito infatti, aumentando la massa del medio circolante disponibile, tende a deprimerne il valore. Onde il sollievo momentaneo che con essa il tesoro pubblico si procura, viene conseguito a prezzo della svalutazione della moneta nazionale. Secondo quanto la recente esperienza ha dimostrato, la moneta di un paese, se abbandonata a sè stessa sul pendio sdruciolevole della svalutazione, finisce presto o tardi col precipitare. Sicchè un paese che abbia un rilevante debito fluttuante a breve scadenza e a galvanizzare le domande di rimborso del quale abbia per qualche tempo provveduto con l'espansione del credito, viene presto o tardi a trovarsi innanzi al grave problema della salvezza della propria moneta; e, a meno che non preferisca abbandonarla alla deriva, deve agire con energia. Ma in qual modo? Il tarlo corroditoro della moneta nazionale è, come si è visto, l'espansione progressiva del credito. Per fermarla sulla china della svalutazione non v'ha quindi che stroncare bruscamente questa espansione. Ma un provvedimento di tal genere non può, come si intuisce, non avere gravi ripercussioni. Stroncata con un'energica politica di restrizioni l'espansione del credito, cessa improvvisamente di funzionare quella che, come abbiamo visto rap-

presentava la valvola di sicurezza contro le eccessive domande di rimborso. E i produttori-sottoscrittori, che non possono più ottenere per le loro imprese credito facile e abbondante si riversano al tesoro pubblico per chiedere il rimborso dei buoni scaduti. Le domande di rimborso, tenute faticosamente lontane per qualche tempo, finiscono coll'affollarsi insistenti e copiose. E la situazione diviene improvvisamente aggrovigliata per il conflitto inconciliabile tra il fine che si vuole perseguire e i mezzi di cui si dispone per raggiungerlo. Infatti le copiose domande di rimborso non possono essere soddisfatte che con un aumento della circolazione, cioè con mezzi tendenti ad annullare l'azione delle restrizioni del credito e a compromettere il salvataggio della moneta. Perciò, giunta alla sua fase critica, la situazione viene a trovarsi in un vicolo chiuso, che non ammette altra alternativa che questa. O si rimborsano i buoni e allora non si salva la moneta. O si vuole salvare la moneta e allora bisogna sospendere il rimborso dei buoni, convertendoli in titoli di debito consolidato. E così il consolidamento dei buoni del tesoro, che con provvedimenti dilatori era stato possibile per qualche tempo evitare, diviene a un certo momento inevitabile per uno Stato che voglia salvare la propria moneta.

8. - Ma quali le ripercussioni immediate e remote? Le ripercussioni immediate sono evidenti. Privati della possibilità di ricorrere al credito nella misura consueta e di ottenere il rimborso dei buoni, i produttori-portatori di questi, vengono, nel momento del consolidamento, a trovarsi in imbarazzi che, per quanto riguarda l'aspetto monetario della situazione, si risolvono nella mancanza del medio circolante necessario a provvedere a tutti i bisogni degli scambi e della produzione. D'onde un ristagno economico generale, aggravato nelle sue conseguenze, dal ribasso dei prezzi, dovuto alla compressione del credito. Ma al di sotto di questo, che rappresenta il lato esteriore e appariscente della crisi, havvi un altro lato di essa meno visibile, ma più importante e che appunto perciò ne caratterizza l'intima natura. Questo secondo lato non tarda a rile-

varsi ove si considerino le ripercussioni remote dei provvedimenti di cui si discorre. Compresso vigorosamente il credito, viene preclusa ai produttori, che ad esso sistematicamente attingevano, la possibilità di prelevare sui mercati, nella misura consueta, per scopi produttivi, i beni di cui hanno bisogno, sottraendoli al consumo immediato. Il consolidamento dei buoni del tesoro d'altro canto preclude loro la stessa possibilità, a mezzo delle somme che avrebbero altrimenti avute disponibili dal rimborso dei buoni. Viene quindi improvvisamente a mancare una parte del flusso del risparmio reale da cui l'economia nazionale era alimentata e precisamente la parte di questo proveniente da risparmio coattivo. E così la diminuzione del medio circolante, che provoca la tensione monetaria e del credito, ha, nelle sue ripercussioni remote, questo risultato inatteso: di inaridire una fonte importante del risparmio nazionale. Restrungendo adunque il credito e consolidando i buoni del tesoro per salvare la propria moneta, lo Stato frantuma quel formidabile congegno monetario e bancario, con cui era riuscito per qualche tempo a spremere dal pubblico i risparmi di cui i produttori avevano bisogno mediante la creazione di risparmio coattivo, in sostituzione del risparmio spontaneo da esso distrutto. Ma frantumato questo congegno la situazione viene messa a nudo e il vuoto, lasciato dallo stato nell'economia sociale, con la distruzione dei risparmi ad esso affidati, mascherato per qualche tempo con l'inflazione, apparisce nella sua rude realtà. Venuto a mancare il flusso del risparmio coattivo e venuta meno la possibilità di riacquistare la disponibilità del risparmio affidato allo Stato, l'economia nazionale viene a trovarsi d'improvviso a non poter più contare, per il suo normale sviluppo, che sul flusso dei risparmi spontanei; flusso necessariamente esiguo per il momento e quindi insufficiente, avendo il pubblico perduta, durante l'inflazione, l'abitudine di risparmiare. La crisi di rivalutazione della moneta, provocata dai due provvedimenti in parola, è quindi oltre e più che crisi monetaria, crisi di risparmio e quindi di capitale. In ciò sta il lato nascosto della crisi, in ciò la sua intima natura. E per questo suo lato essa è più profonda di

quanto non apparisca, e lenta a superare. Rimedio ad essa è l'aumento del flusso del risparmio. Ma smontata la macchina dell'inflazione, che forniva risparmio coattivo; l'aumento del risparmio non può venire che dal ritorno del pubblico alla vita parsimoniosa. E perciò la crisi di rivalutazione della moneta è destinata a durare finchè un po' per volta il pubblico non più spremuto dall'inflazione, riacquisti lo spirito di risparmio di un tempo, e il flusso del risparmio spontaneo torni ad essere sufficiente ad alimentare in pieno l'economia del paese.

PROF. G. DE FRANCISCI GERBINO

R. Università di Palermo

Per un più rapido ammortamento del nostro debito pubblico

La graduale riduzione del debito pubblico costituisce uno dei caposaldi della politica finanziaria del Regime, che vi provvede regolarmente mediante la Cassa di ammortamento istituita col R. D. 5 Agosto 1927 n. 1414; ed essa, d'altra parte, va penetrando nella coscienza di tutti i cittadini, come è dimostrato dalle sempre più numerose offerte di titoli all'erario al fine della loro distruzione.

Tanto più efficace, peraltro, potrà essere l'azione della Cassa, quanto più copiosi saranno i mezzi di cui essa si alimenterà; ond'è che ad accrescere tale efficacia si è, anche di recente, proposto da qualcuno di dotarla di nuove entrate.

Il Mazzucchelli, per es., rilevando che l'alimento *normale* della Cassa di ammortamento del debito interno è piuttosto scarso, ha affermato la necessità di aumentare tale alimento, ed a tal uopo ha proposto due misure: e cioè anzitutto la riduzione del termine di prescrizione a dieci anni pei titoli (capitale) ed a tre anni per le cedole (premi ed annualità), ed in secondo luogo la devoluzione allo Stato di tutte le successioni *ab intestato* oltre il quarto grado⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Cfr. *Rivista Bancaria*, settembre 1928.

Non inopportuno, pertanto, mi sembra esaminare se qualche altra misura fiscale possa utilmente attuarsi in relazione alla necessità del rapido ammortamento del debito pubblico; e non inopportuno stimo riprendere in esame il cosiddetto « progetto minimo » del Rignano, che sostanzialmente si fonda sulla differenziazione tributaria tra la ricchezza prodotta dal lavoro e dal risparmio del defunto e quella a sua volta da lui ereditata.

Di questo progetto mi sono altra volta occupato appunto in relazione allo ammortamento del debito pubblico, per il quale ho sostenuto la opportunità di quella speciale Cassa, che poi provvidamente è stata istituita in Italia ⁽¹⁾, e me ne sono occupato quando nel nostro Paese vigeva un sistema di imposte successorie esoso ed assurdo, soffocatore di ogni stimolo al risparmio.

Dopo, è venuta la grandiosa, ardita e geniale riforma dell'agosto 1923, dovuta ad Alberto De Stefani, per la quale è stata abolita l'imposta di successione entro il nucleo familiare, che ha eliminato molte sperequazioni tributarie, ha tolto l'incentivo a molte evasioni, e, soprattutto, ha dato una nuova, poderosa spinta al risparmio, all'accumulazione.

E gli effetti benefici di tale riforma sono tanto evidenti, che sarebbe veramente assurdo pensare alla reintroduzione della imposta successoria, ad annullare, cioè, tutti i vantaggi che dalla grande riforma si sono avuti.

Peraltro, io penso che i concetti informativi della riforma proposta in senso fiscale dal Rignano possano bene attuarsi in Italia compatibilmente con quella che è l'essenza della riforma De Stefani, e che da una parte possa rafforzarsi la efficacia, che questa ha avuto, incitatrice al risparmio, mentre d'altra parte possano

(1) Cfr. *Un nouveau principe d'impôt successoral pour amortir les dettes de guerre dans les pays exbelligerants*, in *Scientia*, luglio 1923; *La situation économique de la France et un nouveau projet d'amortissement des dettes publiques*, in *Revue d'Economie politique*, 1924; *New Means for the more rapid Extinction of the British National Debt*, in *Economic Journal*, 1925; *La reconstruction financière de la Belgique*, in *Le Flambeau*, sept. 1925; *Per l'ammortamento del nostro debito pubblico*, in *Echi e Commenti*, 25 Febbraio 1926; etc.

conseguirsi nuove entrate, che utilmente potrebbero darsi in dotazione alla Cassa di ammortamento del debito pubblico interno.

E penso, ancora, che innestandosi nel sistema della nostra imposta successoria quei concetti informativi, si verrebbe a rafforzare l'istituzione della famiglia ed a dare ancora uno stimolo all'accrescimento demografico legittimo; onde la modificazione, ch'io credo possa arrecarsi al sistema oggi vigente, s'inquadrerebbe perfettamente nella politica demografica del Governo Nazionale.

*
* *

Il progetto Rignano è stato largamente esaminato, discusso e criticato; e non può disconoscersi che esso abbia suscitato molte diffidenze, le quali sono state più notevoli in Italia che all'estero. Indubbiamente molto ha contribuito a determinare una atmosfera non favorevole a questo progetto il suo contenuto « sociale », cioè la finalità che l'autore si è proposto di conseguire attraverso una riforma della imposta successoria: la graduale nazionalizzazione dei beni e degli strumenti di produzione.

D'altra parte, però, la irraggiungibilità di questo compito, socialmente dannoso, non toglie certamente valore al principio della differenziazione tra ricchezza ereditata dal defunto e ricchezza da lui creata, contenuto nel progetto Rignano: principio che è fiscalmente utile ed attuabile. Il che, del resto, si riscontra in molti congegni tributari, a cui molti hanno attribuito fini e compiti sociali irraggiungibili o non utili, ma che d'altra parte costituiscono efficaci strumenti fiscali. Lo stesso principio della progressione delle imposte, per es., è stato invocato come una misura sociale diretta a modificare od alterare la ripartizione della ricchezza; ma il fatto che questa finalità si sia reputata non utile o irraggiungibile non ha escluso che l'imposta progressiva sia stata accolta in tutte le legislazioni tributarie come un buon congegno fiscale.

*
* *

Il principio della differenziazione tra ricchezze ereditate dal defunto e ricchezze da lui create va considerato, pertanto, esclusi-

vamente dal punto di vista fiscale; e, da questo punto di vista, non ne è contestabile la efficacia stimolatrice del risparmio.

Il che è stato anche riconosciuto recentemente nella relazione del Comitato presieduto da Lord Colwyn, nominato in Inghilterra per lo studio « intorno al debito pubblico ed alla incidenza delle imposte esistenti, avuto particolarmente riguardo agli effetti delle imposte sul commercio, sull'industria, sull'occupazione e sul credito pubblico » ⁽¹⁾.

Il comitato si occupò lungamente del progetto Rignano, e la maggioranza riconobbe l'effetto benefico di esso sul lavoro e sul risparmio, pur subordinando tale effetto alla condizione che il piano sia introdotto in una maniera gradita al contribuente, e nella conclusione affermò che alcuni dei membri della maggioranza medesima « reputano il principio in sè stesso attraente e credono che in proseguo di tempo possa avere utili sviluppi e consentire qualche perfezionamento nel sistema esistente della imposta successoria » ⁽²⁾. Più esplicitamente e più decisamente la relazione di minoranza affermò che il principale vantaggio del progetto sta nel fatto che una imposta successoria graduata secondo la « relativa età » è immune dalla obiezione di scoraggiare lo spirito di intrapresa e di risparmio, che si muove contro tutte le altre forme di tassazione diretta ⁽³⁾.

Ed essa concorda col Rignano in ciò che l'effetto di una imposta graduata su questa base stimolerebbe effettivamente lo spirito di intrapresa e di risparmio ⁽⁴⁾.

Ma è da tener conto di una recente critica dell'Einaudi, il quale investe il fondamento stesso del progetto Rignano, mettendo in dubbio la utilità sociale dello incoraggiamento al risparmio. I risparmiatori — egli dice — sono senza dubbio validi presidi della società in cui vivono; ma non essi soli. Non meno validi ausili

⁽¹⁾ Cfr. *Report of the Committee on National debt and Taxation*, Presented to Parliament by Command of His Majesty, London, 1927 Cmd. 2800.

⁽²⁾ Cfr. *Report*, n. 927-928.

⁽³⁾ Cfr. *Report*, n. 267, pag. 421.

⁽⁴⁾ Cfr. *Report*, n. 268, pag. 422.

alla persistenza degli aggregati sociali sono gli uomini i quali posseggono soltanto capacità di amministrazione e di conservazione della ricchezza acquisita. Un mondo composto di validi accumulatori di denaro sarebbe un ben brutto mondo, e l'imposta che producesse siffatto risultamento un ignobile strumento di degenerazione morale ⁽¹⁾.

Questa critica dell'Einaudi, peraltro, appare paradossale ed eccessiva, in quanto va al di là di quel che è il contenuto del progetto del Rignano, per contrastare ogni congegno tributario, come ogni altra misura, diretta all'incoraggiamento del risparmio. Ora è vero che non è l'accumulazione « la sola qualità la quale rende bella la vita, crea idee nuove, ingentilisce i costumi, migliora il vivere sociale », ma è anche vero che senza l'accumulazione, senza il risparmio sarebbe impossibile la formazione ulteriore della ricchezza, sarebbe impossibile ogni ulteriore progresso economico e sociale. Onde l'incoraggiamento al risparmio deve costituire elemento essenziale di ogni sana politica economica e finanziaria; e qualsiasi congegno che stimoli la virtù risparmiatrice deve considerarsi come un sano congegno sociale, come un utile fattore di progresso. Del resto lo stesso Einaudi riconosce l'utilità sociale di coloro i quali sanno conservare il patrimonio ricevuto in eredità, e che sono non meno utili dei risparmiatori « poichè impediscono che le terre, le case, le collezioni, le industrie esistenti siano inghiottite dall'usura inesorabile del tempo ». Ora alla pura conservazione del patrimonio avito è indispensabile il risparmio: senza di questo non sarà possibile evitare che, come l'Einaudi dice, l'usura inesorabile del tempo inghiotta le terre, le case, le collezioni e le industrie. Onde non può lo stesso Einaudi negare l'utilità sociale di una misura che sia diretta allo incitamento al risparmio.

Il principio informatore del progetto Rignano, del resto, non mira a creare un mondo composto di soli risparmiatori; mira bensì

⁽¹⁾ Cfr. L. EINAUDI, *Per una ricerca sulla traslazione dell'imposta di Ricchezza Mobile ed in ulteriore critica del progetto Rignano*, in *Riforma Sociale*, 1927, pagg. 284-285.

a dare una ulteriore spinta al risparmio, onde non può dirsi l'imposta che abbia siffatto risultato un ignobile strumento di degenerazione morale; sarebbe invece uno strumento di degenerazione l'imposta che tendesse ad ostacolare la formazione del risparmio o ad operare una semplice e sterile distruzione di ricchezza.

Piuttosto, le obiezioni di maggior peso che persistentemente si ripetono, e che si trovano anche contenute nella ricordata relazione Colwyn sono di indole pratica od amministrativa; ed esse sostanzialmente si riducono a due ordini:

Il primo ordine di obiezioni riguarda il caso dell'apprezzamento o del deprezzamento delle attività patrimoniali già possedute dal defunto.

La relazione di maggioranza riconosce, veramente, che talune delle ineguaglianze derivanti dall'apprezzamento o dal deprezzamento dei beni oggetto di successione possono essere eliminate; e ricorda che lo stesso Rignano ha proposto un sistema di numeri-indici per tener conto delle alterazioni nel valore generale della moneta, da cui derivano apprezzamenti o deprezzamenti patrimoniali. Ma, afferma la maggioranza della Commissione Colwyn, chi eredita un patrimonio, non riceve una quota infinitesimale di ogni specie di proprietà; riceve invece certi particolari beni, il valore dei quali può variare in misura maggiore o minore delle variazioni del numero-indice generale, ed, ancora, egli può in ogni tempo trasformare il patrimonio ereditato. E d'altra parte rimarrebbe la difficoltà di tener conto degli apprezzamenti o dei deprezzamenti dei beni, dipendenti dal mutato saggio di interesse⁽¹⁾.

La Commissione ricorda anche che il Rignano vorrebbe affidare ad un tribunale competente i casi di perdite patrimoniali dovute a circostanze fortuite o a forza maggiore; ma essa ritiene che sarebbe estremamente difficile tracciare la linea di separazione se fossero ammesse eccezioni; vi sarebbero continue richieste per nuove categorie di concessioni legali ed extralegali, e sarebbe grandemente ostacolata l'opera dell'amministrazione⁽²⁾.

⁽¹⁾ Cfr. n. 925 delle *Relaz.*, pagg. 314-315.

⁽²⁾ Cfr. n. 926, pag. 315.

Anche la relazione della minoranza riconosce che la più seria obiezione alla differenziazione proposta dal Rignano è che essa determinerebbe una ingiustizia nel caso di deprezzamento o apprezzamento del patrimonio ereditato⁽¹⁾.

È da ricordare ancora che obiezioni di siffatta natura erano già state mosse anche prima da altri, e tra essi dallo Scott⁽²⁾, il quale aveva rilevato gli inconvenienti derivanti dal cambiamento nel saggio generale dell'interesse e nei valori relativi delle differenti specie di proprietà, ed affermato che questi sono stati dal Rignano considerati piuttosto superficialmente.

E secondo lo Scott bisogna anche tener conto delle variazioni straordinarie nei prezzi *relativi* di varie merci in lunghi periodi; e così ancora delle crisi transitorie in talune industrie, ed infine dell'influenza generale del ciclo industriale, che determinano rilevanti mutamenti nei valori nel corso del tempo⁽³⁾.

Anche lo Scott riconosce che questi inconvenienti possono essere mitigati con un sistema di numeri indici; ma egli osserva che mentre i numeri indici possono essere giusti per gruppi, è tassato non il gruppo, ma l'individuo. Ben raramente accade che un individuo lasci una raccolta di investimenti che rappresentino in generale tutte le forme di distribuzione del capitale. Molto spesso, invece, la parte sostanziale della sua ricchezza è investita in una sola forma di capitale, e solamente qualche risparmio è stato investito in altre forme. Sarebbe necessario perciò un numero indice per ogni forma distinta di patrimonio; e nemmeno ciò eliminerebbe la difficoltà, poichè il patrimonio alla morte di un erede può essere investito in maniera interamente differente da quella in cui era investito alla morte del risparmiatore⁽⁴⁾.

Queste obiezioni mi sembra peraltro non siano decisive per far ritenere inattuabile il principio della differenziazione tributaria della ricchezza ereditata e della ricchezza risparmiata dal defunto.

(1) Cfr. n. 269, pag. 425.

(2) Cfr. H. C. SCOTT LL. B., *Some administrative aspects of the Rignano Scheme of Inheritance Taxation*, in *Journal of the Royal Statistical Society*, march 1926.

(3) Cfr. *art. cit.*, pag. 259.

(4) Cfr. SCOTT, *scritto cit.*, pag. 260.

Non è, invero, impossibile determinare, in concreto, gli apprezzamenti o i deprezzamenti nel valore dei beni in sede di valutazione e tassazione del patrimonio lasciato in eredità. A seconda della specie di beni che costituiscono oggetto di tassazione (terreni, fabbricati, titoli, etc.) si possono bene calcolare le variazioni di valore subite dal primo al secondo trapasso, potendosi utilizzare e dal fisco e dai contribuenti numerosi elementi, oltre a quelli offerti dai numeri indici. Sarebbe certamente più difficile il compito della amministrazione finanziaria — tanto più nel caso di trasformazioni patrimoniali nell'intervallo tra le due successioni — di quel che non sia oggi, poichè l'amministrazione finanziaria dovrebbe non solamente compiere l'accertamento dei valori ereditari, ma ancora tener conto delle variazioni di questi valori; ma un tal compito non sarebbe impossibile. Anche oggi si può conoscere, sia pure in via approssimativa, di quanto sia aumentato o diminuito nell'ultimo trentennio, o cinquantennio, etc. il valore dei terreni, dei fabbricati, di altre forme di investimento.

E l'applicazione del nuovo principio finanziario darebbe la spinta per l'avvenire ad una più accurata registrazione da parte dell'amministrazione finanziaria di siffatte variazioni di valore.

Non mancherebbero certamente le contestazioni tra contribuenti e fisco, le quali riuscirebbero a comporsi colla collaborazione tra gli uni e l'altro, e si riuscirebbe, applicandosi il nuovo principio, a quella approssimazione verso la perequazione e la giustizia tributaria, che è lecito chiedere: chè la perequazione assoluta sarà vano sperarla!

Ancor oggi, quante sperequazioni non si riscontrano nel nostro sistema tributario; e che perciò si ripudiano i congegni fiscali in cui esse esistono? No: si cerca, invece, di eliminare le sperequazioni; e queste, ove si presentano, si cercherà di eliminare via via, quando si introdurrà il principio della differenziazione tra ricchezza ereditata e ricchezza risparmiata.

E così, ancora, la vecchia obiezione, ripresentata dall'Einaudi ⁽¹⁾,

⁽¹⁾ Cfr. scritto cit., in *Riforma Sociale*, pag. 283.

che il contribuente il quale commette errori economici e si lasci travolgere da erramenti morali, specie in gioventù, sarà sotto l'incubo di dovere prima risparmiare ciò che ha perduto, per poter, solo dopo aver ricostruito la fortuna avita, trasmettere il supero eventuale ai figli, è anch'essa una obiezione di indole particolare, che non può scrollare l'utilità pratica e la applicabilità della differenziazione tra ricchezza ereditata e ricchezza risparmiata dal defunto. Si tratta di casi particolari, di cui non sarà difficile temperare le asprezze, non essendo impossibile all'erede dimostrare le perdite giovanili del defunto e l'accumulazione di ricchezza da lui fatta posteriormente.

*
* *

Il secondo ordine di obiezioni riguarda più da vicino le difficoltà pratiche di attuazione del sistema.

La relazione Colwyn (maggioranza) riporta il giudizio del *Board of Inland Revenue*, il quale, riferendosi — si noti bene — al progetto massimo del Rignano, dichiara che sarebbe necessaria una indagine lunga e particolareggiata per determinare se uno schema siffatto possa attuarsi in Inghilterra; ma conclude coll'affermare che a prima vista, e sotto determinate condizioni, non sembra impraticabile. Afferma, peraltro, che sarebbero necessarie elaborate e costose registrazioni.

Il *Board of Inland Revenue* si preoccupa ancora delle difficoltà di scoprire le donazioni, e mette in rilievo il grande incentivo alla evasione fiscale, che dall'attuazione della proposta Rignano deriverebbe.

La relazione richiama anche il giudizio di Sir Richard Hopkins, che ritiene estremamente difficile l'attuazione di detta proposta, ma che, d'altra parte, riconosce essere molto maggiore la possibilità di applicazione se si stabiliscono due sole aliquote ⁽¹⁾.

La relazione della minoranza è molto più ottimista, poichè afferma nettamente che i problemi amministrativi non presentano

⁽¹⁾ Cfr. *Relaz. cit.*, n. 924, pag. 314.

difficoltà insuperabili ⁽¹⁾, rilevando, peraltro, che tali problemi sono molto meno intricati quando si stabiliscono solamente due aliquote (una per la ricchezza ereditata, l'altra per la ricchezza creata dal defunto).

In conclusione, dunque, pur rilevando la esistenza di difficoltà amministrative, tanto la maggioranza quanto, e più decisamente, la minoranza della Commissione ammettono che esse possano superarsi, specie ove si consideri il cosiddetto programma minimo del Rignano.

E nessuno, che serenamente questo programma esamini dal punto di vista puramente fiscale, potrebbe venire a diverse conclusioni. Saranno ben necessarie più elaborate e costose registrazioni; non mancheranno, peraltro, gli organi attrezzati a tali registrazioni, le quali, del resto, compiute a fine fiscale, potranno col tempo fornire una massa preziosissima di elementi statistici circa la composizione e la durata della ricchezza privata, circa la formazione del nuovo risparmio, etc.

Sarà assai difficile scoprire le donazioni? Forse le donazioni manuali, non certamente quelle fatte per atto pubblico. Sarà forte nei contribuenti lo stimolo alla evasione fiscale? Forse: non certamente, peraltro, maggiore di quel che non sia oggi in rapporto alle imposte esistenti. Non mancano, del resto, allo Stato del mezzi per combattere l'evasione fiscale, quando voglia combatterla energicamente, per stroncare questo triste male. Su questa via si è messo con molta opportunità il Governo Nazionale, che saprebbe colpire l'evasione, anche se si introducesse il nuovo congegno fiscale. Del resto, se non dovessero applicarsi quelle imposte o quei congegni tributari, che danno possibilità alla evasione, dovremmo affrettarci ad abolire tutte — o quasi — le imposte esistenti!

* *

Posto che, dunque, le obiezioni esaminate non scrollano il sano fondamento finanziario della differenziazione tra ricchezze ereditate

⁽¹⁾ Cfr. *Relaz. cit.*, n. 272, pag. 423.

dal defunto e ricchezze da lui risparmiate, sul quale si basa il progetto minimo del Rignano, è da vedere — e ciò costituisce il punto essenziale — come possa questo principio introdursi nella nostra legislazione tributaria senza urtare contro quelli che sono i caposaldi fondamentali della politica finanziaria ed economica del Regime Fascista.

Come è noto, la legge del 20 Agosto 1923 ha abolito l'imposta successoria per le successioni fra parenti in linea retta, fra coniugi, tra fratelli e sorelle, tra zii e nipoti, a favore dei discendenti di fratelli e sorelle dell'autore della successione, se succedono per diritto di rappresentazione.

Dissi già che sarebbe assurdo pensare alla reintroduzione della imposta successoria: peraltro si rimarrebbe entro lo spirito della benefica riforma De Stefani, se ai fini della imposta successoria il nucleo familiare si restringesse — come in realtà è — alle tre prime categorie: cioè ai parenti in linea retta, ai coniugi, ai fratelli e sorelle. Entro queste categorie, nelle quali veramente consiste la famiglia, dovrebbe mantenersi inalterata la esenzione assoluta: sia per le ricchezze già ereditate dal defunto che per quelle da lui create. Invece per le successioni fra zii e nipoti ed a favore di discendenti di fratelli e sorelle dell'autore della successione, che succedono per diritto di rappresentazione, potrebbe mantenersi la esenzione assoluta solamente per quella parte di patrimonio ereditato, che è stata creata dal lavoro e dal risparmio del defunto; mentre quell'altra parte che fosse stata da lui precedentemente ereditata potrebbe bene assoggettarsi ad una imposta, a carattere puramente fiscale, il cui provento potrebbe opportunamente destinarsi alla Cassa di ammortamento del debito pubblico. Così ancora per le successioni e donazioni fra prozii e pronipoti, cugini ed altri parenti oltre il quarto grado, fra affini ed estranei si potrebbero lasciare immutate le aliquote stabilite dalla legge del 1923 solamente per la parte di patrimonio ereditato che è stata creata dal risparmio del defunto, mentre si potrebbero queste aliquote aumentare per quell'altra parte già ereditata dal defunto, destinandosi anche questa maggiore imposta alla Cassa di ammortamento.

Questo sistema sarebbe, nei riguardi della successioni ab intestato oltre il quarto grado, meno rigido di quello proposto dal Mazzucchelli, che vorrebbe spingersi sino alla completa devoluzione allo Stato di tutto il patrimonio, e d'altra parte, mentre verrebbe a rafforzare la spinta al risparmio, s'inquadrerebbe perfettamente nella politica finanziaria ed economica del Fascismo, diretta all'incremento della produzione ed al rafforzamento del vincolo della famiglia.

Qui, peraltro, occorre tener conto, in rapporto al sistema che io propongo, di una obiezione già fatta dall'Einaudi. Perchè il contribuente sia spinto — egli scrive — a ricostruire col risparmio il patrimonio ereditato, che l'imposta assorbirà alla sua morte, è necessario in primo luogo che egli abbia eredi diretti od altri, a cui sia interessato a trasmettere un patrimonio. Se questi eredi non ci sono, perchè il contribuente dovrebbe preoccuparsi di una imposta che non lo riguarda? ⁽¹⁾.

Or appunto nel sistema da me proposto la differenziazione tra ricchezze ereditate e ricchezze risparmiate verrebbe ad attuarsi al di fuori del nucleo familiare, cioè per le successioni di coloro che non lasciano figli; onde si potrebbe pensare — così come ha osservato l'Einaudi — che il nuovo congegno fiscale non determini alcuna spinta al risparmio in coloro che, non avendo figli, non hanno interesse di lasciare poco o molto ai loro eredi.

Ma l'obiezione ha un valore limitato.

È certo, invero, che colui che non ha una famiglia propria sente meno il bisogno di risparmiare che non colui che ha figli; ma d'altra parte è innegabile che di due sistemi fiscali, di cui uno tratta egualmente la ricchezza ereditata e quella risparmiata, e l'altro tratta questa più mitemente di quella sia il secondo più favorevole al risparmio. Qualsiasi misura tributaria che tenda ad esentare o a trattare più mitemente il risparmio non può non costituire una spinta al suo accrescimento, ed è questo il punto essenziale, è questo il pregio maggiore del progetto Rignano, che, perciò, si inquadra nelle

⁽¹⁾ Cfr. *scritto cit.* pagg. 282-283.

misure di politica finanziaria dirette all'aumento del risparmio ed alla formazione di nuovi capitali.

D'altra parte, l'introduzione della differenziazione tra ricchezze ereditate e ricchezze risparmiate nel nostro sistema tributario ed entro i limiti da me segnati, cioè al di fuori del nucleo familiare, avrebbe anche il valore di un nuovo congegno diretto all'incremento demografico della Nazione.

Si avrebbe, infatti, la esenzione assoluta per le successioni da padre in figlio e la tassazione via via più estesa quanto più lontani sono i vincoli di parentela: il che verrebbe a costituire un nuovo stimolo alla formazione di una famiglia propria, alla regolarizzazione di situazioni anormali, allo incremento demografico. Il celibe, privo di fratelli e sorelle, invero, ben saprebbe che della sua fortuna una parte (quella già da lui ereditata) sarebbe alla sua morte colpita di imposta; mentre, se egli fosse coniugato, l'intera sostanza trasmessa ai figli sarebbe esente completamente.

Il nuovo congegno fiscale pertanto verrebbe a perseguire i celibi anche oltre la morte, e verrebbe in conseguenza ad agire come un nuovo stimolo allo incremento demografico, così come agisce la imposta sul celibato, così come agisce l'esenzione tributaria a favore delle famiglie numerose. E pertanto l'introduzione del principio del Rignano entro i limiti da me segnati verrebbe ad inquadrarsi perfettamente nella politica demografica e finanziaria del Regime.

*
* *

Non credo, d'altra parte, possa mettersi in discussione l'opportunità di destinare alla Cassa di ammortamento il provento della maggiore imposta successoria sulle ricchezze già ereditate dal defunto, largo o limitato che sia detto provento. Non credo possa mettersi in discussione, dato che moltissimi sono oggi in Italia a sostenere che la nostra Cassa di ammortamento debba essere alimentata di nuove entrate.

È vero che contro il fondo di ammortamento si è anche di recente autorevolmente detto che si tratta di « una vecchia ubbia dimostrata vana dal ragionamento e dall'esperienza, le quali inse-

gnano che un efficace fondo di ammortamento può essere unicamente alimentato coll'avanzo effettivo del bilancio, ossia con il fondo generale delle imposte e non con una qualsiasi imposta in particolare ⁽¹⁾.

Ma in contrario è da osservare che proprio l'esperienza dimostra che l'ammortamento del debito che si fonda esclusivamente sugli avanzi di bilancio è una operazione di estrema lentezza ed incertezza e priva affatto di regolarità, l'esperienza dimostra che assai spesso gli avanzi di bilancio sono stati distratti dallo ammortamento per essere destinati ad altri fini ⁽²⁾.

D'onde, se è ovvia la considerazione che il debito si riduce quando le spese dello Stato sono inferiori alle entrate, non è d'altra parte discutibile l'opportunità della Cassa di Ammortamento, la quale vuol dimostrare la ferma volontà di un popolo di liberarsi dei suoi debiti. Il che ha bene compreso il Regime, istituendo la Cassa di ammortamento, che già funziona con utili risultati, e con maggiore utilità potrà funzionare quando se ne accresceranno le entrate.

E anche da ricordare qui, peraltro, un argomento pel quale non sarebbe opportuno destinare alla Cassa di ammortamento del debito pubblico i proventi della imposta successoria. Esso è esposto nella ricordata relazione Colwyn, dove è detto che questa speciale destinazione potrebbe incoraggiare l'idea fallace che le imposte successorie sono tratte dal capitale nazionale, mentre le altre imposte sono tratte dal reddito ⁽³⁾.

Idea, questa, che la Commissione ritiene erronea, poichè, secondo essa afferma, l'imposta successoria non distrugge un capitale esistente, ma solamente impedisce la formazione di un nuovo capitale, e sotto questo aspetto non è essenzialmente diversa dalla im-

⁽¹⁾ Cfr. EINAUDI, *scritto cit.*, pag. 282.

⁽²⁾ Cfr. il mio scritto *Un nouveau principe d'impôt successoral etc.*, in *Scientia*, luglio 1923, pag. 38.

⁽³⁾ Cfr. *relaz. cit.*, N. 54^a, pag. 197.

posta sul reddito ⁽¹⁾. L'opinione, dalla Commissione Colwyn, come già da altri, sostenuta non sembra possa ritenersi senz'altro accettabile, e presenta notevoli dubbi, che non è qui la sede di manifestare ⁽²⁾.

Ma in ogni caso, se anche fosse vero che sempre non dal capitale ma dal reddito si traggono le somme che si pagano allo Stato per imposta successoria, non perciò sarebbe inopportuna la destinazione di essa, o di una parte di essa, all'ammortamento del debito pubblico.

La destinazione di una entrata, invero, non ha alcun rapporto colla sua origine, onde nessun valore può avere per la determinazione di tale origine.

D'altra parte, appare evidente la opportunità di destinare alla Cassa di ammortamento del debito pubblico la imposta successoria che grava sulla ricchezza già ereditata dal defunto.

Posto, infatti, che sia utile — come nessuno contesta — il ridurre il debito pubblico per dare una maggiore elasticità ai bilanci futuri, per assicurare la futura attenuazione del carico tributario e per consentire l'investimento produttivo dei risparmi oggi investiti nei titoli del debito pubblico, e posta, pertanto, la opportunità della ricerca di nuove entrate che si destinino a quel fine, non è dubbia la convenienza di operare quel prelevamento che riesca meno gravoso ai contribuenti e che meno ostacoli la formazione del risparmio. Ora, confrontando una ulteriore imposizione del reddito con la imposizione di quella quota di ricchezza già ereditata dal defunto, e che l'erede riceve da parenti lontani o da estranei, non credo che non debba riconoscere sia meno gravosa e meno ritardatrice del risparmio la seconda imposizione.

⁽¹⁾ Cfr. *Relaz. cit.*, nn. 541-542, pag. 197 e n. 514, pag. 189. Vedi anche per questa opinione STAMP, *The fundamental Principles of Taxation*, London, Macmillan, 1923, pag. 144 sg.

⁽²⁾ Cfr. in proposito R. FUBINI, *Sull'influenza dell'imposta sulla domanda e sull'offerta*, nota 1, in *Giornale degli Economisti*, Gennaio 1929, pagg. 20-22.

*
* *

In conclusione, secondo io credo, introdurre, entro i limiti da me segnati, nel nostro sistema tributario la differenziazione tra la ricchezza ereditata dal defunto e quella creata col suo lavoro e col suo risparmio significherebbe riaffermare che la ricchezza creata col risparmio e col lavoro va trattata meglio di quella che si acquista senza alcuno sforzo; significherebbe anche premiare il lavoro, che, se è un dovere sociale, ed in quanto è tale, deve essere compensato, anche tributariamente.

Limitare ai trapassi extrafamiliari il principio della tassazione delle ricchezze già ereditate dal defunto significherebbe rafforzare il principio della famiglia in senso stretto, incoraggiare la formazione di diretti vincoli famigliari ed ostacolare il celibato, andando incontro alle nostre necessità demografiche ed entrando nel solco della politica demografica del Regime.

Alimentare con questa speciale entrata la Cassa di ammortamento del debito pubblico significherebbe accelerarne il funzionamento, assicurare la possibilità di ulteriori sgravi tributari, consentire il trapasso dagli investimenti improduttivi agli investimenti produttivi, suscitare un ulteriore incremento della produzione, in perfetta aderenza ai principi informatori della politica finanziaria del Regime.

PROF. RICCARDO BACHI

R. Istituto Superiore di Scienze Economiche e Commerciali di Roma

Sugli effetti della esenzione dall'imposta sui fabbricati per le case di nuova costruzione ^(*)

La legislazione italiana diretta a promuovere la costruzione di edifici destinati all'abitazione, per beneficiare, sopra tutto, le classi meno abbienti, in una prima fase ha accordato franchigie fiscali alle case specificamente destinate a determinate sezioni delle classi operaia e impiegatizia e costruite da particolari enti, riconosciuti in maniera speciale; poi le franchigie sono state accordate più largamente così da favorire in fatto tutte quante le costruzioni di case popolari ed economiche; più tardi ancora i favori tributari sono stati accordati a tutte quante le nuove costruzioni di case, da chiunque imprese ed a chiunque destinate. La evoluzione di questa politica tributaria corrisponde alla generale evoluzione della politica delle abitazioni, da qualitativa a quantitativa. Il principio quantitativo ha riconosciuto essere il generale ampliamento della offerta di case, il più efficace strumento — per quanto in parte indiretto —

(*) Questo breve saggio riprende una trattazione accennata dal compianto mio figlio Mario in un "appunto", che si trova inserito nel volume dei suoi *Scritti*, (pag. 241). Mi è assai gradito proseguire l'analisi dell'argomento, per rinnovare una ideale collaborazione col caro studioso scomparso.

per rendere meno costose e migliori le condizioni di dimora per la classe povera, attraverso la graduale redistribuzione della generale massa di inquilini, nella accresciuta disponibilità di appartamenti.

Logicamente l'esenzione fiscale dovrebbe essere concessa solo rispetto all'imposta che colpisce il reddito del fabbricato e non rispetto all'imposta attinente al reddito dell'area. Ma le due imposte non sono distinte nel regime tributario italiano e le esenzioni sono state accordate per l'aggregato di esse.

La nostra succinta analisi vuole segnare gli effetti determinati sul livello di mercato delle pigioni, da vari tipi di esenzioni accordate rispetto a un'imposta che colpisca il solo reddito dell'edificio.

Caso α : Assenza di esenzione. — Il tributo colpisce pienamente, con uniformità di aliquota, sia le case nuove che le case vecchie. Poichè esistono case nuove, la città è progrediente. Il livello delle pigioni si forma ad un'altezza tale che esista la convenienza di costruire nuove case; vale a dire, che il risparmio investito nella produzione della casa marginale rechi un reddito netto, dato il costo di produzione della casa stessa, che sia corrispondente al saggio corrente sul mercato per altri analoghi investimenti di risparmio. La pigione lorda (relativa al solo edificio) per la casa marginale deve essere tale da recare un simile reddito netto: così l'imposta non incide sul proprietario della casa marginale ma viene trasferita in gran parte sull'inquilino e in piccola parte sul proprietario dell'area: quest'ultima traslazione avviene attraverso la riduzione nella domanda di nuove case (e quindi di nuove aree) che deriva dall'elevazione della pigione lorda provocata dall'imposta.

Le pigioni (sempre relative al solo edificio) per le case vecchie simili di tipo alla casa marginale, sono sempre pari alla pigione di tale casa, salvo le divergenze determinate dalle frequenti e gravi imperfezioni del mercato delle abitazioni: le pigioni lorde (e il reddito netto) delle case vecchie, non sono connesse con l'originario storico loro costo di produzione, ma con l'attuale costo di riproduzione (cioè col costo della casa marginale).

Nel caso α , se designiamo con P la pigione della casa marginale (e delle case vecchie ad essa analoghe); con S le spese di gestione

(esclusa l'imposta), riparazione e manutenzione necessarie e sufficienti a mantenere l'edificio in stato di perfetta efficienza e costante conservazione; con I l'imposta che colpisce il reddito del fabbricato; con V il valore del fabbricato; con R il reddito netto; con r il saggio (per unità monetaria) di interesse corrente sul mercato, e con C il costo di costruzione della casa marginale, si ha: $R = P - (S + I)$ $V = \frac{P - (S + I)}{r}$.

Deve essere: $C = \frac{P - (S + I)}{r}$ cioè $P = Cr + S + I$.

Caso b: abolizione dell'imposta su tutte le case costruite d'ora in poi. — Si ha l'esenzione perpetua dall'imposta per tutte le case che d'ora in poi acquisteranno la qualifica di « case nuove » e tale esenzione esse serberanno definitivamente, anche quando diverranno « vecchie », qualunque sia la loro età. Rimane invariata, perpetuamente invariata, la posizione fiscale delle case che ora sono vecchie.

La singolare franchigia qui postulata, significa che tutto quanto il risparmio d'ora in poi investito in costruzioni civili sarà esente dall'imposta che in questo impiego finora avrebbe colpito il suo reddito lordo. Ma rimane pur sempre invariata la condizione che determina e regola l'afflusso del nuovo risparmio nelle costruzioni edilizie, quella che il reddito netto sia pari a quello ritraibile da qualsiasi altro impiego di altro tipo ma presentante analogia di rischio e di altri caratteri di appetibilità.

La franchigia fiscale perpetua, ora postulata, elimina per tutte le case nuove (e così anche per la casa che in un dato istante è marginale) un elemento, forse cospicuo, di differenza fra reddito lordo e reddito netto, l'imposta: diminuisce quindi la pigione della casa marginale (in confronto della situazione che si avrebbe se la esenzione non esistesse) di un importo pari all'imposta.

L'esenzione fiscale si traduce così in ribasso della pigione per la casa marginale e (se il mercato è perfetto) analogamente per le case che ora (al momento in cui l'esenzione è promulgata) sono « vecchie ». L'imposta per tali vecchie case, non può più trasferirsi sugli inquilini: si verifica per tutto il mercato, un generale abbassamento delle pigioni, e l'imposta capitalizzata minora di colpo il valore di tutte le case ora vecchie. Per tali case si verifica per-

tanto, nei trasferimenti onerosi di proprietà, il noto fenomeno dell'« ammortamento dell'imposta ».

L'esenzione fiscale avvantaggia, pertanto, se il mercato è perfetto, la classe degli inquilini in genere e torna a danno della classe dei proprietari delle case attualmente vecchie. Determina, però, anche, immediatamente o in processo di tempo, molti altri effetti attraverso la immediata minorazione nel prezzo per l'uso delle abitazioni. L'abbassamento del livello delle pigioni amplia la domanda di case e così, dopo un adeguato spazio di tempo, ne amplia l'offerta: tale ampliamento significa incremento della rendita edilizia, richiamo di maggiori capitali nell'industria edificatoria, elevazione del saggio di interesse, variazioni in diverso senso negli elementi del costo di produzione per tale industria, spostamenti nella domanda e nella produzione di altri beni (il cui consumo è variato in seguito alla variazione nel consumo di case), ecc. Se la città è progrediente, durevolmente progrediente, gli effetti dell'esenzione fiscale sono, in buona parte, un anticipo e un'accentuazione dei fenomeni che sarebbero, in processo di tempo, determinati dal progresso demografico od economico.

Nel caso *b*, adunque, deve essere (sia per le case vecchie che per le case nuove e particolarmente per la casa marginale): $P - Cr + S$ vale a dire $V = C = \frac{P - S}{r}$. In confronto col caso *a*, essendo abbassata la pigione per le case vecchie, per queste V diminuisce di un importo pari a $\frac{I}{r}$.

Caso c: *esenzione per x anni dall'imposta, stabilita come istituto tributario permanente.* — Tutti coloro che investono il loro risparmio nel determinare la formazione e conseguire la proprietà di nuove case si troveranno d'ora in poi in condizioni uguali e prevedibili riguardo all'imposta: ognuno di essi è esente dall'imposta lungo x anni. Posta costante e pari ad I l'imposta che, se l'esenzione non fosse, colpirebbe una data casa, il beneficio rappresentato dall'esenzione ha, al momento in cui la costruzione è compiuta, un valore attuale (eventualmente realizzabile) pari a quello di x annuità uguali ad I , cioè $I \frac{(1 + r)^x - 1}{r(1 + r)^x}$. Questo beneficio sorge, si con-

creta totalmente al momento in cui viene compiuta (o, se così dispone la legge tributaria, iniziata) la costruzione: si concreta nei rispetti del produttore della nuova casa, anche se tale produttore non sarà l'esplicito, appariscente, usufruttore di tutto il beneficio; anche, cioè, se costui non serba durante gli x anni la proprietà e la gestione della casa: negli eventuali trasferimenti onerosi della casa si tiene evidentemente conto della parte del beneficio che ancora deve maturare.

Posta la realizzabilità, al momento in cui si inizia la costruzione, del valore anticipato dell'imposta per cui è accordata l'esenzione, il risparmio da investire nella produzione della casa è pari a $C - I \frac{(1+r)^x - 1}{r(1+r)^x}$. La casa novellamente costruita dovrà dare un rendimento netto corrispondente a quello che spetta al risparmio investito in altri analoghi impieghi secondo la generale condizione del mercato. Il rendimento lordo, per tale casa, cioè la pigione, dovrà pertanto essere pari a

$$\left(C - I \frac{(1+r)^x - 1}{r(1+r)^x} \right) r + S + I.$$

Se il mercato degli alloggi è perfetto, la posizione delle case vecchie sempre si adegua, nel rispetto dei loro prezzi di uso, a quello delle case di nuova produzione e transitoriamente esenti, analogamente a quanto avviene nel caso *b*, con le descritte ripercussioni dirette e indirette.

Di nuovo risulta mitigata la pigione con beneficio generale per la classe degli inquilini, ma il ribasso è più tenue che nel caso *b*, per la temporaneità dell'esenzione.

Poichè l'esenzione temporanea per le case di nuova produzione è istituto tributario duraturo, se per la casa ora marginale l'imposta figurativa rimane costantemente pari ad I e se rimangono costanti le altre circostanze agenti sul mercato degli alloggi, la proporzione del ribasso rimane uniforme nel tempo. Sebbene l'esenzione individualmente sia transitoria, il fenomeno si produce indefinitamente nel tempo, senza differenza di entità fra case vecchie e nuove, senza speciale beneficio per queste ultime, risultando effettivamente alterato il generale mercato delle pigioni.

Al momento in cui il nuovo istituto tributario sorge, il valore delle case in essere viene di colpo minorato per una somma pari al valore attuale delle x rate annuali d'imposta da cui ciascuna di esse sarebbe esente se essa fosse casa marginale e di nuova costruzione, mentre per le case nuove il valore attuale delle rate d'imposta che non dovranno pagarsi è capitalizzato nel preventivo dell'operatore che investe risparmio nella formazione della nuova casa e agisce come una mitigazione del costo. Così, sia per le case vecchie che per le nuove si ha stabilmente $V = C - I \frac{(1+r)^x - 1}{r(1+r)^x}$.

Caso d: *esenzione per x anni dall'imposta, stabilita come istituto tributario transitorio, durante y anni.* — Lungo gli y anni decorrenti dal termine fissato nella legge introducendo questa esenzione, si ha che tutte le case di cui si inizia (o conduce a termine) la costruzione sono esenti dall'imposta per x anni. Spirati gli y anni si ha il ripristino del tributo riguardo alle case di posteriore costruzione.

Fino al giorno in cui si chiude il periodo y si ha una situazione conforme al tipo c. Dopo tale giorno, il livello delle pigioni (se la città è tuttora progrediente, con costruzione di nuove case) risulterà per tutte le case nuove o vecchie, esenti o tassate, determinato nella maniera tipica, in base all'integrale costo di produzione della casa marginale. Le esenzioni del passato non influiscono più sul livello generale delle pigioni, neppure per le case cui la esenzione era già stata concessa e ancora si svolge.

Se il costo di produzione delle case rimane costante, se rimane costante il saggio di interesse corrente nel mercato per gli investimenti simili all'edilizio e se rimangono costanti altre condizioni influenti sul mercato degli alloggi, al chiudersi del periodo y il livello delle pigioni salirà — in confronto con l'immediato passato — secondo una misura corrispondente all'interesse annuo sul valore anticipato delle x annualità pari ad I . I proprietari delle case (vecchie) (sia che godano ancora dell'esenzione, come non ne abbiano goduto mai) dopo quella data vedono crescere il valore delle loro case in relazione al rialzo che avviene nelle pigioni, cioè di un importo pari a $I \frac{(1+r)^x - 1}{r(1+r)^x}$.

Alla fine del periodo y , ripristinandosi le condizioni normali, il valore delle case vecchie (non esenti da imposte) viene ad essere, adunque, contemporaneamente pari a C cioè al costo della casa marginale (di nuova costruzione) e al reddito netto, allora percepito, capitalizzato al saggio corrente. In un istante incluso nel periodo y e distante k anni dalla chiusura del periodo stesso — posto che tale chiusura sia prefissa e invariabile — l'incremento futuro di valore è, per ipotesi, sicuramente previsto e viene scontato, in caso di stima o alienazione dell'immobile, per i detti k anni.

Per le case vecchie, ma di cui fu iniziata la costruzione entro il periodo y e cui pertanto fu concessa l'esenzione fiscale, se alla fine del periodo y l'esenzione non è esaurita, ma dura ancora z anni, il valore commerciale alla fine degli y anni non solo cresce dell'accennato importo pari a $I \frac{(1+r)^x - 1}{r(1+r)^x}$ ma anche presenta, in confronto con le case che mai furono esentate, un'eccedenza di valore per un altro importo pari a $I \frac{(1+r)^z - 1}{r(1+r)^z}$ cioè al valore attuale del tributo (figurativo) da cui esse case sono ancora in modo speciale affrancate. Questo secondo importo andrebbe naturalmente declinando in stime che si facessero posteriormente al periodo y , sino ad esaurimento del periodo z . Anche per questo secondo importo avviene l'accennato sconto riguardo a stime o alienazioni che avvengano entro il periodo di esenzione.

Pertanto, mentre non v'ha differenza — se il mercato degli alloggi è un mercato perfetto — nel livello delle pigioni, sia lungo il periodo y che posteriormente, fra le case non esenti o non più esenti da imposta e quelle tuttora esenti, v'ha differenza di valore tra le une e le altre sino a che dura l'esenzione.

Le considerazioni svolte dovrebbero essere modificate, in maniera ovvia, se il regime durante gli y o gli x anni invece che completezza importasse solo parzialità di esenzione.

Gli effetti della franchigia fiscale sarebbero ancora diversi se la franchigia fosse concessa soltanto a case di un tipo particolare (per es. case con alloggi piccoli, case costruite con materiali inferiori, prive di date comodità, di dati ornamenti) o costruite nell'interesse o ad opera di individui appartenenti a dati gruppi sociali

(per es. operai, impiegati pubblici). Si ha allora una condizione di privilegio per una sezione della massa degli inquilini e la ripercussione indiretta sul livello generale delle pigioni è tanto più sensibile quanto più estesa è la sezione privilegiata in confronto con la totalità e quanto più agevole è la circolazione delle case inizialmente avvantaggiate dal nucleo speciale alla restante popolazione.

L'istituto tributario del tipo *d* corrisponde in parte al regime adottato in Italia dopo la guerra attraverso vicissitudini varie.

Tale regime non importa (teoricamente) una condizione di privilegio, di più alta remunerazione per i fattori produttivi applicati alla produzione di case e non importa più alto profitto per l'impresa produttiva di case in confronto con altri ordini di imprese.

Tale regime non importa lungo il periodo *y* uno speciale beneficio agli inquilini degli alloggi esentati, poichè si ha una minorazione delle pigioni corrispondente bensì alla franchigia fiscale ma tale minorazione non si limita alle case esentate: essa si estende (teoricamente) a tutte le case esistenti nel mercato e per tutte (supposta la unicità di tipo) si forma lo stesso uniforme livello di pigioni.

Il capitale investito, non più nella costruzione, ma nella ordinaria gestione dei fabbricati destinati ad abitazione (o, se vuoi, l'iniziativa ed i fattori produttivi raccolti nell'« impresa del padrone di casa ») trova lungo gli *y* anni riguardo ai fabbricati nuovi esentati una condizione pari a quella che raggiunge il risparmio applicato ad altri analoghi impieghi. Il capitale che fu in passato investito in fabbricati ora vecchi, cioè non esentati dall'imposta, è danneggiato dall'istituto tributario in quanto il reddito netto declina col generale ribasso che avviene nelle pigioni e che dura lungo il periodo *y*.

Il ribasso nelle pigioni è (teoricamente) generale ma transitorio: spirati gli *y* anni si ripristina nel mercato degli alloggi una situazione corrispondente alla condizione del capitale investito nella casa marginale di nuova costruzione e l'effetto della cessata esenzione sembra svanito. Questa chiusura delle concessioni di franchigia ripristina l'alto livello di pigioni e così il danno che il mite ma transitorio istituto tributario aveva recato ai proprietari delle case che ora diremmo « vecchissime » risulta pur esso transitorio. Niun effetto ha più la cessata concessione sulle case che ora diciamo « nuovissime ». Ma

un effetto veramente notevole si presenta per le case che potremmo dire « nuove », per quelle costruite durante gli y anni: per esse lungo gli y anni il capitale ebbe la sorte medesima che toccava a tutti gli altri analoghi impieghi di risparmio: ma ora la sorte migliora d'un tratto, poichè spirati gli y anni, le pigioni, non più frenate dalla franchigia, salgono anche per i fabbricati tuttora affrancati.

Il periodo y presumibilmente non è lungo: la sua fine è preveduta da coloro che durante esso pongono le fondamenta di nuove case. Il periodo y segna per essi degli anni relativamente magri e spirando reca un'epoca definitivamente pingue. La prospettiva è nota ed è « scontata »: è scontata soprattutto quando è vicina. Quando la fine dell' y^{mo} anno si approssima e vane tornano le pressioni per un prolungamento, si moltiplicano le iniziative edilizie, si moltiplicano le pose di « prime pietre ».

Ma il mutamento di situazione non è scontato solo dai risparmiatori aspiranti a divenire padroni di casa, e committenti le nuove costruzioni di fabbricati esenti. È scontato anche dagli altri operatori che intervengono nella produzione dei fabbricati: imprenditori edilizi, fornitori di capitali agli imprenditori stessi, proprietari di aree, personale tecnico, lavoratori edili. Per tutti costoro, transitoriamente almeno — nella fase necessaria al raggiungimento di una nuova condizione di equilibrio — vi è la possibilità di conseguire prezzi, remunerazioni, maggiori di quelle che sul generale mercato conseguono altri analoghi operatori. Questa possibilità è tanto più rilevante in quanto il ribasso nel livello delle pigioni, che si presenta durante il periodo y , per quanto in sé transitorio, basta a determinare una dilatazione nella domanda di abitazioni e così crea un ulteriore stimolo alla produzione di case.

L'abbassamento nel generale livello delle pigioni, prodotto dall'esenzione fiscale, è in sé transitorio in quanto la causa ne cessa collo spirare del periodo y . Ma evidentemente il livello di pigioni che si forma al chiudersi del periodo y , non è pari a quello che si sarebbe prodotto se l'esenzione non fosse stata introdotta: l'esenzione ha in varia guisa dilatata l'attività edilizia, l'offerta di nuove case. Così che la posizione della classe degli inquilini, in una certa misura, risulta durevolmente avvantaggiata.

L'analisi qui condotta esclude durante il periodo *y* speciali immediati benefici per il capitale investito novellamente nella proprietà edilizia; esclude notevoli speciali benefici per l'industria edificatoria ed esclude anche una particolare condizione per gli inquilini delle case esenti da tributo. L'analisi parte dalla ipotesi che il mercato delle abitazioni sia perfetto, che cioè gli alloggi siano beni fungibili, con domanda e offerta perfettamente e rapidamente fluide: parte adunque dall'ipotesi che sul mercato si formi un prezzo unico e molto variabile.

Le condizioni del mercato degli alloggi sono normalmente diversissime da quelle qui postulate: non si ha la fungibilità e si ha una grave vischiosità dalle svariate cause e manifestazioni.

La « imperfezione » del mercato si presenta poi in grado estremo nei nostri tempi in seguito alle eccezionalità di condizioni sgorgate dalla guerra, sopra tutto per i vincoli rispetto alle pigioni per le vecchie case. Il mercato degli alloggi, in uno stesso centro, risulta spezzato in molti mercati effettivamente distinti, non comunicanti, con una gran molteplicità di prezzi. Il mercato risulta, specialmente, distinto in due sezioni, l'una delle case « vincolate dai decreti » e l'altra delle case di recente costruzione. Il livello delle pigioni è molto più alto nella sezione formata dalle case « nuove », libere da vincoli: di fronte alla mancanza di comunicabilità fra queste due sezioni, alla scarsità di offerta di case « nuove » in confronto alla affannosa domanda, per le case nuove in essere si è avuta frequentemente la formazione di rilevanti quasi-rendite: spesso il risparmio investito nella ulteriore produzione di nuove case, libere da vincoli, ha potuto conseguire transitorie remunerazioni superiori al saggio normale di rendimento in altri impieghi.

In queste condizioni l'esenzione fiscale ha ampliato gli investimenti edilizi col formare per tali investimenti prospettive favorevoli al chiudersi del periodo *y*; ha frenato la formazione delle accennate quasi-rendite; ma non ha potuto svolgere l'azione tipica immediata sulle pigioni delle case « vecchie ».

PROF. CARLO CASSOLA

R. Università di Napoli

LA RIFORMA DELLA IMPOSIZIONE DIRETTA IN FRANCIA

1. - Alla vigilia del conflitto mondiale l'imposizione diretta francese ancora riproduce, nelle sue linee essenziali, l'ordinamento uscito dalla rivoluzione. Se si eccettua la tassazione dei valori mobiliari, introdotta dopo i rovesci del '70, le altre imposte dirette, la fondiaria, la contribuzione mobiliare, le patenti, l'imposta di porte e finestre, sono creazione della Costituente o del Direttorio.

Questi tributi non guardano alla persona del contribuente, ma alle singole cose che egli possiede: il terreno, l'azienda, il capitale, ecc.; non colpiscono redditi effettivi, ma redditi presunti assai difformi dai primi; non fanno alcuna discriminazione tra redditi minori e redditi più elevati, ma assoggettano tutti al medesimo carico escludendo le esenzioni, moderazioni, graduazioni, che contraddistinguono i sistemi tributari odierni. Siamo adunque di fronte ad un complesso di imposte reali ed indiziarie che presentano, necessariamente, tutti i difetti e le lacune di queste forme di tassazione.

Ma un aspetto, non meno importante, della imposizione francese è che i varii tributi non si coordinano in un vero e proprio sistema, ma costituiscono un insieme incoerente, in cui le singole parti stanno ciascuna per proprio conto senza alcun vincolo di interdipendenza

ed alcun piano d'insieme⁽¹⁾. Ed è qui il vizio fondamentale del sistema. L'imposizione reale può dirsi razionalmente ordinata quando estende la tassazione a tutte le forme e parti del reddito accertando con sufficiente rigore la materia imponibile e tenendo nel debito conto la natura delle diverse fonti economiche. Ma l'ordinamento francese, per la mancanza di un piano organico e la imperfetta specificazione dei tributi, non è in grado nè di colpire svariate categorie di redditi mobiliari, nè di attuare una razionale discriminazione delle fonti economiche, nè di evitare lacune, doppie imposizioni, sperequazioni, che l'abuso del metodo indiziario e l'adozione di contingenti mal ripartiti tra le diverse circoscrizioni rendono anche più gravi.

Sorto come reazione agli arbitrii ed alle vessazioni dell'*ancien regime*, l'ordinamento francese risponde ad una fase di incipiente capitalismo in cui la ricchezza mobiliare ha ancora scarso sviluppo, sono lievi le disuguaglianze nella distribuzione della ricchezza ed a ciascuna categoria di redditi, fondiari, capitalistici, industriali, di lavoro, corrisponde, *grosso modo*, una particolare classe economica⁽²⁾. Ma quando l'ulteriore sviluppo del processo capitalistico altera profondamente l'entità e la composizione dei redditi individuali, e toglie ogni corrispondenza tra i redditi stessi e il prodotto netto delle singole fonti economiche, la vecchia imposizione diretta non si adegua più alla realtà economica. E le conseguenze di questo fatto sono assai sfavorevoli: il reparto dell'onere tributario diventa sempre

(1) "C'est une juxtaposition de taxes créées au petit bonheur, au jour le jour, au hasard des besoins d'argent du moment". Cfr. BOUCARD et JÉZE, *Science des finances*, Parigi 1902, pag. 655. Sono quasi le stesse parole adoperate dallo Sroum, *Systèmes généraux d'impôt*, Parigi 1893, prefaz.

Sulla organizzazione del vecchio sistema di imposte in Francia si veggia TRUCHY, *Le système des impôts directs en France* in *Revue d'Econ. pol.*, 1901; TRÉLAT, *Traité de l'Impôt Direct*, Parigi 1902; 2 vol.; CAILLAUX et PRIVAT DESCHANEL, *Les impôts en France*, Parigi 1896. Omettiamo l'indicazione dei trattati.

(2) Durante la Restaurazione l'economia francese non si distingue, sostanzialmente, da quella dell'Antico Regime. La trasformazione industriale, che caratterizza la seconda metà del secolo XIX, si preannunzia sotto la Monarchia di Luglio. Cfr. H. SÉE, *La vie économique de la France sous la Monarchie censitaire*, Parigi 1927.

più sperequato e la produttività dell'imposta non risponde alle esigenze crescenti della finanza odierna, che tende a fare della imposizione diretta uno strumento fiscale ad alto rendimento.

Le mutate condizioni dell'economia francese spiegano il diverso atteggiamento del legislatore nel corso del secolo XIX; mentre in un primo periodo esso mira a conservare il vecchio edificio tributario correggendolo delle mende più gravi, in un secondo periodo, dopo la caduta del secondo Impero, si sforza di ricostruirlo su nuove basi: compito ingrato e difficile, poichè esso suscita la recisa opposizione dei ceti minacciati nella propria immunità tributaria, ma non riesce ad ottenere nè il consenso degli studiosi, nè l'appoggio della massa dei contribuenti; gli uni infatti nella imposizione personale vedono il pericolo di arbitrii e di sperequazioni sempre più gravi, mentre gli altri, assuefatti da lunga data ad una tassazione moderata ed aborrente da ogni forma di inquisizione, temono di dover guadagnare un po' più di giustizia a prezzo di un maggior onere e di una minore discrezione da parte del fisco⁽¹⁾.

Il nuovo regime delle imposte dirette trae origine da un disegno di legge presentato il 7 febbraio 1907 da G. Caillaux, ministro delle finanze nel Gabinetto Clémenceau⁽²⁾. Questo progetto, approvato con sensibili modificazioni dalla Camera dei Deputati nella tornata del 9 marzo 1909, dopo vivaci dibattiti protrattisi per oltre

(1) Sui precedenti legislativi della riforma tributaria francese cfr. SELIGMAN, *The income tax. A study of the history, theory and practice of income taxation at home and abroad*, New York, 1911, lib. II, cap. II, e WAGNER, vol. V della traduzione francese: *Histoire de l'impôt depuis l'antiquité jusqu'à nos jours*, Parigi 1913.

(2) Era questo il secondo progetto formulato dal CAILLAUX; il primo fu da lui presentato nella sessione del 1900 durante la quale ebbe il portafoglio delle finanze nel Ministero Waldek-Rousseau. Il progetto, a cui sopra ci riferiamo, è preceduto da una relazione, che il SELIGMAN giudica ammirevole e degna di stare al confronto della celebre esposizione finanziaria fatta dal GLADSTONE nel 1853. Essa è riportata nella *Revue de Science et Lég. finan.* del 1907. I discorsi, non meno importanti pronunziati dal ministro alla Camera dei Deputati sono raccolti nel volume di G. CAILLAUX, *L'impôt sur le revenu*, Parigi, 1910. Per il giudizio del SELIGMAN, cfr. l'*op. cit.*, pag. 310.

Discorse in Italia del secondo progetto CAILLAUX, FLORA in *Giornale degli Econ.*, del 1907.

cento sedute, subì un arresto di cinque anni dinanzi al Senato, che giudicò troppo ardita la riforma ed elaborò un nuovo testo inteso a restringerne la portata. Dopo svariate vicende parlamentari il 13 luglio 1914 viene votata l'imposta personale sul reddito, che è la chiave di volta del nuovo sistema tributario; quantunque non si tratti ancora della grande imposta oggi in vigore, quel voto segna una data memorabile nella storia della finanza francese, poichè rende inevitabile la caduta del vecchio regime d'imposte. Due settimane dopo sopraggiunge, inattesa, la guerra. Tutte le energie della nazione si tendono nello sforzo della difesa. La riforma, rinviata ancora una volta dal Gabinetto Ribot, viene nelle grandi linee compiuta con la legge del 31 luglio 1917, mentre il nemico ancora accampa sul suolo della Repubblica.

Ai governanti francesi non può farsi l'elogio che il Northcote rivolgeva a Peel e a Gladstone: di aver posto « the house in order » before the days of trial became upon us ». La finanza francese, nel 14, era del tutto impreparata a sostenere lo sforzo a cui il conflitto doveva sottoporla; essa veniva sorpresa dalla guerra in piena trasformazione, mentre le imposte antiche erano disorganizzate e le nuove ancora sulla carta; quali difficoltà questa situazione dovesse creare al governo francese non era ignoto alla Germania ⁽¹⁾. Ma, anche astraendo dalla guerra, fu grave errore dei ceti dirigenti l'aver così a lungo procrastinata una riforma divenuta inevitabile. L'ingiustificato ritardo creò al legislatore un compito formidabile ed impose, da un istante all'altro, al contribuente ed alla pubblica amministrazione un notevole sforzo di adattamento e quasi una nuova educazione fiscale.

Ben diversa, al confronto, è la evoluzione della *income tax* britannica, che assomma in sè tutta l'imposizione diretta del Regno Unito; si rivela anche qui il felice temperamento di quel popolo

⁽¹⁾ « En déclanchant la guerre en août 1914 au lendemain du vote qui avait décidé la mise en oeuvre de la réforme fiscale, les Allemands n'ignoraient pas comment cette situation serait pour nous la cause des pires difficultés ». G. MARTIN, *Les finances publiques de la France et la fortune privée*, Parigi, 1925, pag. 132.

privilegiato, proclive più alle meditate riforme che ai trapassi rivoluzionarii. Dopo essersi per mezzo secolo affermata come imposta a schede o categorie con carattere rigidamente reale, l'*income tax*, attraverso un'opera metodica, a cui portano il loro contributo gli statisti più eminenti, i Gladstone, gli Asquith, i Lloyd George, compie a poco a poco la sua evoluzione in senso personale e progressivo e mercè l'innesto della *super-tax* diventa la più grande imposta sul reddito esistente in Europa ed insieme l'imposta più compiuta, più produttiva, più elastica: « vero gigante, affermava un giorno nel suo stile immaginoso il Gladstone, che è scudo dell'Inghilterra nei cimenti della guerra ed ausilio nelle opere industriali della pace » (1).

2. - La riforma della imposizione francese non poteva trovare nel testo del 1917 la sua formula definitiva. Chiusa vittoriosamente la guerra, l'attività legislativa si volge a correggere, consolidare, integrare la nuova costruzione tributaria; segue una moltitudine di norme, di cui il legislatore dispone la codificazione con un decreto del 15 ottobre 1926; ma questo provvedimento, imposto dai bisogni della pratica, non va affatto interpretato come il coronamento di un'opera definitivamente compiuta (2).

Comunque, sin dal 1917 il vecchio sistema della imposizione diretta risulta profondamente mutato e rinnovato. I capisaldi della riforma sono: l'abolizione delle patenti, della contribuzione mobiliare, dell'imposta di porte e finestre; l'instaurazione *ex novo* dell'imposta generale sul reddito e delle imposte speciali sui profitti agrari, sugli interessi dei depositi e cauzioni, sui redditi di lavoro

(1) Sono parole pronunciate nella esposizione finanziaria del 18 aprile 1853, ricordata nelle note precedenti.

(2) Ed in effetti dopo il decreto di codificazione (cfr. *Revue de Sc. et de Lég. finan.*, aprile 1927) sono intervenute nuove disposizioni legislative, particolarmente importante è il testo 30 dicembre 1928.

I migliori commenti della legislazione oggi vivente sono costituiti dai volumi di ALLIX et LECHECLÉ, *L'impôt sur le revenu*, Parigi, 1926, 2 volumi, e Supplemento del 1928 e di L. BOCQUET, *L'impôt sur le revenu cédulaire et général*, 3^a ediz., Parigi, 1926.

puro; il ritocco dell'imposta fondiaria e dell'imposta sui valori mobiliari, tributi che sopravvivono all'ordinamento antebellico conservando, in complesso, la antica fisionomia. Ma insieme con i singoli istituti muta profondamente lo spirito dell'intera legislazione tributaria. Eliminato il vecchio metodo dei contingenti, sostituito in massima al sistema reale il sistema personale, al principio proporzionale quello progressivo, ai segni esteriori la tassazione dei redditi effettivi, veramente può dirsi che in Francia abbia inizio una nuova era fiscale.

Lo schema dell'ordinamento francese non differisce da quello oggi accolto nei maggiori paesi; esso associa il metodo analitico e quello sintetico tassando il reddito del contribuente prima negli elementi singoli di cui si compone poi nel suo ammontare complessivo. Alla base del sistema quindi vi è un fascio di imposte cedolari, a cui si sovrappone un'imposta generale sul reddito complessivo ⁽¹⁾.

La tassazione analitica distingue i redditi imponibili in otto categorie: 1) redditi prediali; 2) redditi edilizii; 3) interessi, dividendi, premi, *tantièmes*, distribuiti da Enti collettivi (*revenus des valeurs mobilières*); 4) interessi di mutui ipotecarii e chirografarii e di depositi e cauzioni in numerario; 5) profitti dell'industria e del commercio; 6) profitti dell'agricoltura; 7) stipendii, pensioni, salarii, rendite vitalizie; 8) onorarii delle professioni liberali.

Come si vede, la classificazione dei redditi adottata dal legislatore francese non si ferma alla distinzione fondamentale tra redditi fondati, non fondati e misti, ma fa ulteriori suddivisioni specie nella cerchia dei redditi di capitali mobiliari e di lavoro. Devesi anche aggiungere che questa classificazione non segue criterii rigidamente economici, ma raggruppa i redditi in base ad intenti pura-

⁽¹⁾ Le espressioni "imposte cedolari", e "cedole", non sono segnate nei testi legislativi, che si limitano a disciplinare le singole imposte sotto titoli distinti. Da ciò poi deriva che la divisione in cedole è presentata dagli autori in modo diverso; taluni escludono l'imposta fondiaria dall'organismo della imposta analitica, altri ve la comprendono facendone o un'unica cedola o due cedole distinte per i terreni e per i fabbricati.

mente tributarii; così, per esempio, i dividendi sono compresi nella cedola dei valori mobiliari come redditi di capitale puro, mentre fra i redditi di lavoro vengono classificati anche i redditi dell'impresa artigiana ed i redditi agrarii che, in grado e misura diversa, comprendono elementi di capitale.

La classificazione dei redditi, posta a base della imposizione analitica, si propone un duplice fine: applicare ai singoli redditi la procedura di accertamento più opportuna così da ridurre al minimo le evasioni e le frodi, distinguere i redditi stessi in quanto esprimano una diversa capacità contributiva per sottoporre ciascuno al trattamento fiscale più appropriato.

Alle esigenze tecniche dell'accertamento le imposte cedolari provvedono ricorrendo ai metodi più diversi. In un rapido elenco possiamo ricordare: *a)* il sistema della stima peritale o catastale per il reddito fondiario; *b)* il sistema della stima oggettiva della pubblica amministrazione per i redditi edilizii; *c)* la adozione di presunzioni per i redditi industriali agrari; *d)* il sistema della denunzia verificata per i profitti industriali e commerciali, per gli interessi dei mutui chirografarii ed ipotecarii e per gli onorarii; *e)* il sistema della doppia dichiarazione imposta al debitore (*débit rentier*) ed al creditore (*crédit rentier*) per le annualità vitalizie, al datore ed al prenditore di lavoro per i salarii, gli stipendii, gli onorarii; *f)* il metodo della tassazione all'origine presso l'ente pagatore e salvo rivalsa per il reddito dei valori mobiliarii.

Quest'ultimo metodo è applicato anche ai banchieri che pagano in Francia le cedole di fondi pubblici esteri, quantunque essi compiano questo pagamento non in veste di debitori ma di semplici intermediarii. Ma, in complesso, lo *stoppage at source* assume, nella imposizione analitica francese, un'importanza assai limitata. E la spiegazione è semplice. Le imposte cedolari prendono in considerazione una serie di elementi relativi alla persona del contribuente e ciò non si concilia con la tassazione all'origine. In materia di stipendii, ad esempio, si può applicare la ritenuta diretta agli impiegati dello Stato e la ritenuta di rivalsa a quelli privati quando l'imposta si commisuri unicamente all'entità dello stipendio; se

essa invece vuole detrarre dall'imponibile le passività ed altri carichi che possano gravare sul contribuente, è chiaro che l'accertamento deve esser fatto in confronto del singolo percettore del reddito. Seguendo una via diversa si colpirebbero anche i redditi che debbono andare esenti o debbono godere di una mitigazione del tributo, e quindi, in secondo tempo, occorrerebbe ammettere il contribuente al rimborso delle somme indebitamente pagate. È questa la procedura seguita in Inghilterra dalla *income tax*, che applica su vasta scala il metodo dello *stoppage at source*. Ma è una procedura assai complicata per la Amministrazione e pel contribuente e la finanza nord-americana l'ha già abbandonata⁽¹⁾.

Al metodo della tassazione all'origine, la finanza francese sostituisce quello della doppia dichiarazione. L'imprenditore, che paga ai suoi dipendenti stipendii, salarii, onorarii, provvigioni, ecc.; il privato che si vale dell'opera di precettori, segretarii, *chauffeurs*, ecc., sono tenuti a farne dichiarazione⁽²⁾. Pur senza assumere la figura di esattori per conto del fisco, essi collaborano tuttavia con esso per l'esatto accertamento della materia imponibile. Certo per questa via non si raggiunge la comodità ed economicità di riscossione proprie dello *stoppage at source*; ma il contribuente, entrando in diretto rapporto col fisco, è messo in grado di conoscere e valutare l'entità delle imposte che egli paga e questo è un vantaggio non disprezzabile per una finanza che non disdegni il controllo dei cittadini.

La specificazione dei redditi e delle imposte non mira soltanto a dare base più sicura alla tassazione, ma vuole pure distribuire il carico tributario in base alla diversa natura dei redditi accertati. Stromento fondamentale della discriminazione è la diversificazione

(1) Cfr. J. HARISTOY, *La perception de l'impôt par le revenu "à la source", dans le Royaume Uni et dans les États-Unis de l'Amérique du Nord*, in *Revue de Sc. et de Lég. Finan.*, 1925; LIMPENS, *L'impôt sur le revenu en Angleterre*, Bruxelles 1923.

(2) Quando si tratta di operai e di impiegati, l'obbligo della denuncia sorge per parte del datore di lavoro solo nel caso che il salario e lo stipendio superino il minimo imponibile.

delle aliquote. I redditi, che procedono da capitali fondiarii e mobiliari, sono tassati in misura più elevata dei redditi misti, e questi, a loro volta, in misura maggiore dei redditi di lavoro.

Ma il legislatore gradua, ai fini della discriminazione, anche le esenzioni e le moderazioni dell'imposta. I redditi di lavoro, ad es., sono tassati con lo stesso saggio di imposta in tutte e tre le cedole concernenti 1) i profitti agrari; 2) gli stipendi, salari e pensioni; 3) gli onorari delle professioni libere; tuttavia il trattamento fiscale risulta diverso dall'una all'altra cedola. I redditi agrari, infatti, fruiscono di esenzioni e mitigazioni alla base più modeste delle altre due cedole e queste, a loro volta, pur essendo equiparate per tutti gli altri rispetti, non sono in condizioni di parità, perchè la legge concede solo alla cedola dei salarii e stipendii detrazioni sull'imponibile per carico di famiglia e per contributi di previdenza.

3. - Ma vediamo ora più da vicino la struttura della imposizione analitica. In linea di principio le imposte analitiche sono imposte reali, ma il carattere di realtà si riscontra pieno ed intero solo nella cedola dei valori mobiliari, che è un'imposta anonima, riscossa col metodo della tassazione all'origine e considerata, dal punto di vista amministrativo, come imposta indiretta. Il carattere reale si attenua nelle imposte immobiliari, che prendono in considerazione svariate circostanze relative alla situazione del contribuente, e diventa assolutamente secondario negli altri tributi speciali. Questi tributi rientrano ancora nel quadro della imposizione reale pel fatto: *a)* che essi assumono come soggetto imponibile persone fisiche ed Enti collettivi; *b)* che la loro sfera di applicazione è limitata al territorio nazionale; *c)* che i vari redditi vengono accertati e colpiti separatamente; *d)* che ciascuna imposta ha una propria individualità, la quale vieta di riunire sotto una stessa cedola redditi di natura diversa (principio dell'*autonomia delle cedole*). Ma tutti questi caratteri, proprii della imposizione reale, sono soverchiati da altri elementi, che segnano una profonda evoluzione della tassazione analitica in senso personale. Ed in effetti:

a) Le imposte speciali concedono una serie di esenzioni e di mitigazioni ai redditi minori ed a quelli intermedi. Le une e le altre raggiungono il massimo nella cedola dei salarii e stipendii ed in quella degli onorarii, ma non costituiscono un privilegio esclusivo di tali cedole. In misura più modesta esenzioni e mitigazioni si riscontrano pure nell'imposta sui profitti agrarii. Ai profitti dell'industria e del commercio, invece, non è consentita alcuna esenzione, ma godono anche essi di una moderazione d'imposta quando non raggiungono i 50.000 franchi. Sgravii d'imposta sono stati poi ristabiliti di recente a favore dei piccoli proprietari, che non figurino nei ruoli dell'imposta generale sul reddito, per i fondi che essi coltivino personalmente⁽¹⁾.

b) Le imposte speciali, quantunque abbiano un'aliquota fissa, assumono carattere progressivo per l'applicazione delle esenzioni e moderazioni a cui abbiamo ora accennato. All'aliquota normale è infatti assoggettata *in toto* solo la parte del reddito che supera una certa somma; al disotto di tale somma l'imposta si applica mediante detrazioni scalari (imposta *degressiva*).

Nelle cedole, ad esempio, dei salarii e stipendii e degli onorarii è stabilita una esenzione alla base di 10.000 franchi per tutti i redditi, quale che sia la loro entità. Questa esenzione, consentita a titolo di minimo di esistenza, conferisce per sè sola all'imposta un andamento lievemente progressivo; ma la progressività si accentua pel gioco della detrazioni. Il reddito imponibile infatti è frazionato in quote successive, di cui la prima tra i 10.000 e i 20.000 franchi è tassata solo per la metà, la seconda tra i 20.000 ed i 40.000 franchi solo per tre quarti, mentre è tassata in pieno la frazione che ecceda i 40.000 franchi. Caratteri analoghi presenta la imposta sui

(1) Lo sgravio ammonta all'intero tributo per le quote d'imposta erariale che non superino i 100 fr., ed a 100 fr. per le quote superiori. Esso fu introdotto in misura più modesta con la legge del 21 luglio 1897 e soppresso nel 1921. Il LEROY BEAULIEU criticò severamente la legge del 1897 in quanto apriva una prima breccia nella costruzione rigorosamente reale della fondiaria. Cfr. *Trattato di Scienza delle Finanze*, in *Bibl. dell'Econ.*, serie III, vol. X, pag. 505. Cfr. pure TIVARONI, *La questione della esenzione delle quote minime sui terreni ed i fabbricati* in *Rivista di Politica Econ.*, luglio 1928.

redditi agrarii. Anche qui l'aliquota effettiva dell'imposta diverge da quella nominale, ma il carattere progressivo è meno spiccato perchè più limitata è l'entità dell'esenzione e la mitigazione del tributo. Una forma particolare di progressione, la progressione *per classi*, applica ai redditi che non superano i 50.000 franchi l'imposta sulle industrie. I profitti che non eccedono tale ammontare sono aggruppati per ordine di grandezza in 14 categorie; a ciascuna risponde una somma fissa d'imposta che va da 22 franchi, per i redditi che non superano gli 800 franchi, a 6750 franchi per i redditi compresi tra 45.001 e 50.000 franchi. Si tratta di una progressione assai difettosa, di cui l'aliquota varia da 2,75 % per i redditi di 800 franchi al 15 % per i redditi di 45.001 franchi. La legge del 30 dic. 1928 ha esentate le quote di imposta che non raggiungono i 100 fr. e ridotte di 100 fr. le quote superiori.

c) In ogni cedola si fa il coacervo dei redditi percepiti dallo stesso contribuente (principio dell'*unità della cedola*). Si sommano, ad esempio, tutti i profitti che il contribuente ricava dall'esercizio di imprese distinte, tutti i salari o tutti gli onorarii che gli derivano da prestazioni di lavoro manuale o professionale, ecc. Solo nelle imposte immobiliari il contribuente figura altrettante volte nei ruoli quanti sono i terreni o i fabbricati che egli possiede. Ma anche qui si manifesta la tendenza ad estendere il principio dell'unità della cedola.

d) Dal coacervo dei redditi appartenenti ad una stessa cedola il legislatore risale talvolta al coacervo dei redditi appartenenti a cedole diverse. Il cumulo dei redditi è imposto dalla legge sempre che il contribuente eserciti una libera professione e percepisca, contemporaneamente, uno stipendio come impiegato pubblico o privato. Con questa disposizione si vuole evitare che il contribuente possa contemporaneamente fruire, a doppio titolo, delle esenzioni e detrazioni concesse con grande larghezza ai redditi di lavoro. Ma in tal guisa il principio dell'autonomia delle cedole subisce una grave menomazione, perchè viene abolito proprio nel caso più frequente di cumulo dei redditi.

e) Le imposte cedolari tengono conto dei debiti di ogni forma e natura che gravano sul contribuente ⁽⁴⁾. Il principio accolto dal legislatore è che all'imposta pagata dal creditore sugli interessi attivi debba rispondere lo sgravio d'imposta del debitore sugli interessi passivi corrispondenti. Questo principio viene applicato ad ogni specie di debiti, siano essi ipotecarii o chirografarii, siano contratti a scopo di consumo od a scopo di produzione. Salvo modalità su cui sorvoliamo, quando si tratti di debiti personali, gli interessi relativi vengono imputati anzitutto alla cedola tassata in misura più mite e successivamente, quando questa sia incapiente, alle altre cedole disposte per ordine crescente di aliquota. Che se si tratta di mutui investiti nella produzione, assunti, per esempio, dal proprietario fondiario per migliorare i suoi terreni o dall'imprenditore per l'esercizio della sua impresa, l'imputazione degli interessi si fa prima sulla cedola a cui il debito si riferisce e successivamente alle altre cedole in base alla regola ora ricordata. L'entità annua di un reddito può essere adunque diminuita dall'onere che grava su un altro reddito; ora ciò naturalmente importa una nuova deroga al principio dell'autonomia delle cedole.

f) Nel calcolo dell'imponibile si deducono da ciascun reddito non solo le imposte che costituiscono una spesa inerente alla produzione (dazii doganali, dazii interni (*octrois*), imposte di fabbricazione, ecc.), ma anche l'ammontare della rispettiva imposta cedolare. Così, ad esempio, dal profitto realizzato nel 1929 e dichiarato nell'anno corrente, si detrae l'imposta sull'industria pagata dal

⁽⁴⁾ Secondo il GRIZIOTTI, la deduzione dei debiti non può essere considerata come una caratteristica dei sistemi personali di imposta; anche i sistemi reali stabiliscono la capacità contributiva in base alle entrate di ciascun contribuente. Vedi *Studio sui sistemi personali e reali di imposte e sulla deduzione dei debiti nei sistemi tributarii*, Roma, 1912. Questa tesi non ci persuade; perchè se è vero che i tributi nascono razionalmente in rapporto alle persone e non già in rapporto alle cose, è vero altresì che i sistemi reali di imposta presentano, storicamente, una propria logica per effetto della quale separano, nel calcolo della materia imponibile, la fonte del reddito dalla persona che ne gode. La detrazione dei debiti muta quindi un carattere fondamentale della imposta reale e può considerarsi come un passo della imposta stessa verso l'assetto personale. Si cfr. per questa tesi CONIGLIANI, *La riforma delle leggi sui tributi locali*, Modena 1898, pag. 527-28.

contribuente nell'anno decorso. E analogamente si procede nella cedola degli stipendi e salarii ed in quella degli onorarii. Ora è chiaro che le imposte non rappresentano una spesa necessaria per la produzione del reddito, ma un esborso posteriore a tale produzione e che viene a ridurre, nelle mani del contribuente, il reddito del quale egli dispone.

g) In tutte le imposte riscosse per ruoli viene preso in considerazione il carico di famiglia. Al contribuente è concessa, per ciascun componente la famiglia, escluso il coniuge, una riduzione d'imposta commisurata alla entità del reddito netto complessivo e al numero delle persone di cui si tratti. Se il reddito complessivo non eccede i 10.000 franchi, la prima e la seconda persona a carico danno diritto ad una riduzione sull'ammontare dell'imposta del 7,50 % per ciascuna e le persone seguenti ad una riduzione del 15 %. La misura della riduzione si attenua se il reddito complessivo supera i 10.000 franchi; ma si tratta in ogni caso di un beneficio molto sensibile, perchè si applica tante volte quanti sono i ruoli in cui è iscritto il contribuente. Importa soprattutto rilevare il principio che estende anche all'imposizione analitica la considerazione del carico di famiglia e l'applicazione, basata sull'esame del reddito globale del contribuente.

Ma in questa materia il legislatore ha fatta una situazione veramente privilegiata alla cedola dei salarii, stipendii e pensioni. Qui, per le persone a carico, non soltanto ha luogo la riduzione ora ricordata sull'ammontare dell'imposta, ma si detrae, dal reddito imponibile, una somma fissa stabilita nella misura di 3 mila franchi, rispettivamente, per il coniuge e per i due primi figliuoli minori degli anni 18, di 4 mila franchi per ciascuno dei figliuoli successivi e di 2 mila franchi per ogni altra persona. Siamo dunque di fronte a una deduzione assai notevole per la sua misura e che si estende anche alla persona del coniuge (*charge de ménage*).

h) Un'altra riduzione accordata soltanto alle cedole degli stipendii, dei salarii e dei redditi professionali concerne i contributi versati per la costituzione di pensioni di quiescenza.

4. - Le precedenti considerazioni dimostrano che le imposte analitiche non considerano i singoli redditi come enti imponibili per sè stanti, ma guardano pure alla persona del contribuente; se esse non sono in tutto imposte personali, deve riconoscersi che restano ancora legate alla realtà da un filo assai tenue. Ma, senza dubbio, l'adattamento del carico tributario alla situazione di ciascun contribuente è attuato dall'imposta globale, che presenta tutti i caratteri delle grandi imposte personali sul reddito. Soggetto di questo tributo sono le sole persone fisiche, raggruppate per famiglia (*par foyer*). Oggetto è l'intero reddito che si raccoglie annualmente nelle mani del contribuente e che può discostarsi assai notevolmente dalla somma aritmetica dei redditi accertati ai fini dell'imposizione analitica. Esso infatti comprende elementi del reddito che sfuggono alle imposte speciali, mentre esclude altri elementi che le imposte speciali colpiscono, ma che non hanno vero carattere di reddito⁽¹⁾. Taluni redditi poi, tassati alle imposte cedolari in base a valori medii o presunti (terreni, fabbricati, redditi agrari), possono figurare nei ruoli dell'imposta globale per il loro valore effettivo.

L'imposta colpisce il reddito di cui il contribuente ha in ciascun anno l'effettiva disponibilità. Nel computo dell'imponibile, quindi, si ammettono anzitutto in detrazione le spese sopportate nell'anno per la produzione dei singoli redditi e le perdite di esercizio (*deficit d'exploitation*). Queste perdite non si riferiscono soltanto all'esercizio di aziende agricole, industriali o commerciali, ma debbono intendersi in senso lato, si riferiscono cioè allo svolgimento di qualsiasi attività economica. Il proprietario di fabbricati, che ha riscosso a titolo di pigione meno di quanto abbia sborsato per premi di assicurazione, per riparazioni ordinarie, per spese di amministrazione, il professionista che ha dovuto provvedere al mantenimento

(1) Debbono annoverarsi tra i primi i redditi provenienti dall'estero, gli interessi del consolidato, le frazioni del reddito che godono di esenzioni temporanee o permanenti e di esenzioni e detrazioni alla base e tra i secondi i premi di lotterie, i redditi attribuiti a parchi, giardini, luoghi di delizie o ad aree fabbricabili non coltivate, il sopraprezzo dei valori mobiliari realizzato da capitalisti ordinarii che non facciano mestiere di speculatori.

di un gabinetto di consultazioni disertato dai clienti, sono ammessi a dedurre le relative perdite dal loro reddito globale alla stessa stregua dell'industriale o del commerciante. Ma oltrechè delle spese e perdite attinenti alla produzione del reddito, la legge tiene conto di tutti gli oneri che gravano sull'economia del contribuente riducendo la sua capacità contributiva. Sono esclusi quindi dall'imponibile gli interessi di mutui passivi di ogni natura; le annualità pagate a titolo obbligatorio per pensioni alimentari, rendite vitalizie, pensioni di invalidità, ecc.; i versamenti per pensioni di quiescenza; le imposte dirette e tasse assimilate corrisposte allo Stato, ai Dipartimenti, ai Comuni, comprendendo nel novero la stessa imposta globale, pagata nell'anno precedente quello della tassazione.

Il carico di famiglia dà al contribuente il duplice beneficio di una detrazione sul reddito imponibile e di una riduzione sull'ammontare dell'imposta nella stessa misura accordata alla cedola dei salari e stipendi. La condizione di celibe provoca un aggravio di tassazione diretto all'unico scopo di perequare il carico fiscale (*surtaxe des célibataires*). Altro aumento d'imposta è stabilito per i matrimouii improli.

La diversa natura delle fonti economiche non dà luogo, in sede d'imposta globale, ad ulteriori discriminazioni. L'imposta invece tiene conto dell'entità del reddito complessivo esentando i redditi che non superano i 10.000 franchi, tassando con aliquota crescente in misura moderata i redditi fino a 100.000 franchi ed assumendo andamento spiccatamente progressivo per i redditi superiori.

L'accertamento del reddito si basa sulla dichiarazione obbligatoria del contribuente controllata dal fisco, che può valersi, a tale scopo, di dati certi relativi non solo all'entità del reddito in discussione, ma anche all'entità della *spesa* del contribuente.

5. - La nuova costruzione tributaria, di cui abbiamo chiarito qui le linee fondamentali, segna un innegabile progresso nell'assetto della imposizione diretta francese. Essa costituisce oggi un sistema nel senso rigoroso della parola, risulta cioè di tributi non più indipendenti fra loro, ma disciplinati e coordinati come parti di

un medesimo organismo. Ciascuna categoria del reddito, fondiario, edilizio, capitalistico, agrario, industriale, ecc., forma oggetto di particolare tassazione, e le singole imposte confinano rigorosamente tra loro, in modo da evitare, in massima, lacune e duplicazioni; ciascuna imposta è ordinata in base alla natura del reddito che essa colpisce, in modo da ridurre le sperequazioni negli accertamenti e le sperequazioni nel trattamento fiscale; le imposte singole sono completate, corrette, perfezionate dall'imposta sul reddito globale. Il legislatore ha raggiunto così il duplice risultato di elevare la produttività delle imposte dirette e di distribuirne più equamente il carico tra i contribuenti.

Nell'ultimo bilancio antebellico le imposte dirette e la contribuzione mobiliare gettarono, in complesso, 772 milioni: nel bilancio di previsione del 1929 le imposte speciali e l'imposta generale sul reddito erano iscritte per la somma di 12 miliardi. Quale che sia l'aumento reale che si nasconde dietro queste cifre, può con sicurezza affermarsi che le vecchie contribuzioni, nelle identiche circostanze, non avrebbero potuto avere una espansione così significativa⁽¹⁾. Ma su questo punto è ormai pacifica l'opinione degli scrittori. Il successo della riforma tributaria dal punto di vista fiscale è innegabile ed apparisce anche più significativa se si considera che i nuovi tributi hanno fatto la loro prima prova in anni di profonda perturbazione economica e finanziaria, e che non hanno ancora dietro di sé un lungo periodo di assestamento, necessario ad una riforma che per l'abolizione delle antiche immunità tributarie e l'adozione di metodi inquisitorii, ha suscitato resistenze ed attriti non ancora superati.

Certo anche oggi l'imposizione diretta francese è assai lontana, per l'imponenza del gettito, dalla *income tax*. Ma trascurando ogni

(¹) Interessantissimo su questo punto quanto scriveva già qualche anno or sono P. BODIN, *Les nouveaux impôts ont-ils fait faillite?* Parigi, Plon, 1922. Tenendo conto dell'ulteriore sviluppo dell'attuale imposizione diretta, egli dimostrava che i vecchi tributi, per accrescere nella stessa misura il proprio rendimento, avrebbero dovuto essere moltiplicati per 18 o per 20, operazione impossibile soprattutto per l'assetto assai sperequato dei tributi stessi.

altro rilievo, occorre riflettere che il reddito nazionale del Regno Unito è più che doppio del reddito nazionale francese, ed è molto più concentrato. Ora questa seconda circostanza ha non minore influenza della prima sulla produttività della imposizione diretta. Quando questa perde il suo carattere reale ed applica in larga misura esenzioni di minimi, mitigazioni di aliquote, detrazioni per passività e carico di famiglia, progressione di aliquote, ecc., la tassazione si sposta verso i redditi elevati e può dare, quindi, il massimo dei risultati dove più avanzato è il processo capitalistico e più vibrata la concentrazione delle fortune⁽¹⁾.

Comunque, ai risultati finora raggiunti ha concorso, in larga misura, l'imposta globale. E merito del legislatore francese di avere in breve corso di anni organizzato il nuovo tributo in modo da farne uno strumento poderoso della finanza pubblica, capace di assolvere quella funzione di integrazione e di compenso che ad esso compete nel complesso delle imposte. Lo stesso rilievo non potrebbe ripetersi per l'imposta complementare italiana. Trasportando immutati nella complementare gli accertamenti eseguiti dalle imposte speciali, ed escludendo qualsiasi forma di valutazione indiziaria nel controllo delle denunce, il legislatore italiano ha rinunciato a colpire con la complementare i redditi che sfuggono alle imposte speciali; essa grava con aliquota progressiva proprio sui redditi già assoggettati alle imposte speciali accrescendo così la sperequazione che crea, fra i contribuenti, il diverso rigore con cui è possibile accertare i rispettivi redditi. Mancando poi tra la complementare ed i tributi reali un criterio di organica coordinazione, avviene che i redditi esentati a titolo di minimo di esistenza dalla complementare sono assoggettati alla aliquota ben più elevata delle imposte

(1) Sul confronto tra la produttività delle imposte sul reddito in Francia ed in Inghilterra cfr. H. TRUCHY, *Les finances de guerre de la France* nella Raccolta della Fondazione Carnegie, pag. 35 e seg.; FRANÇOIS MARSAL, *L'effort financier de la France*, Parigi 1924; F. ARIS, *Les charges fiscales en France et en Angleterre* in *Revue pol. et parlem.*, aprile 1925. Il TRUCHY, ponendo la sterlina al corso di 80 franchi, calcola il reddito nazionale inglese tra i 276 e i 328 miliardi di franchi ed il reddito nazionale francese tra i 130 ed i 140 miliardi. Naturalmente il calcolo oggi andrebbe rifatto.

reali e che lo stesso contrasto si ripeta per le passività, dedotte dalla complementare e tassate due volte, con aliquota molto elevata, dalle imposte reali ⁽¹⁾).

6. - Ma torniamo alla imposizione francese. Considerando la nuova costruzione tributaria non più nelle grandi linee architettoniche, ma nelle singole parti, non tutte nuove, che la compongono, troviamo una serie di mende, di lacune, di imperfezioni, le quali dimostrano che l'opera non è in tutto compiuta. L'imposta sui terreni, ad esempio, ancora oggi si basa sui risultati molto imperfetti della revisione degli estimi compiuta nel quinquennio 1908-1913. Dopo la guerra, l'invasione, il deprezzamento del franco, sarebbe stata necessaria una nuova rivalutazione che non si fosse limitata all'aggiornamento delle tariffe, ma avesse pure rilevato i mutamenti avvenuti nella destinazione agraria e nel grado di fertilità dei singoli terreni. Ma il legislatore ha riconosciuto molto tardi la necessità di queste operazioni e, per ora, si è limitato ad aumentare del 75 per cento gl'imponibili catastali risultanti dalla rivalutazione del 1908 ⁽²⁾).

Una materia non ancora ben sistemata è la tassazione dei redditi agrarii. Oggetto dell'imposta agraria dovrebbe essere non il reddito effettivamente ottenuto in ciascun anno dai singoli coltivatori, ma quello che può reputarsi il frutto medio del capitale di esercizio e del lavoro di impresa nell'ipotesi di ordinaria coltivazione delle terre; e l'imponibile così inteso dovrebbe essere accertato nello stesso momento e con lo stesso metodo dell'imponibile fondiario, perchè, costituendo essi due parti dello stesso reddito terriero, non possono rilevarsi separatamente senza inconvenienti

⁽¹⁾ Si veggia per queste critiche DE VITI DE MARCO, *I primi principii dell'Economia finanziaria*, Roma 1928, pag. 313 seg. Nello stesso senso DE STEFANI, *L'oro e l'aratro*, Milano 1929, pag. 228.

⁽²⁾ La legge 13 luglio 1925 ha disposto una revisione generale eccezionale delle operazioni economiche relative al catasto (qualificazione, classificazione, classamento, determinazione delle tariffe). I risultati dovrebbero essere applicati nel 1931. Molto interessante quantunque scritto prima della guerra è lo studio di A. GIRAULT, *La réfection du cadastre*, Parigi, 1914.

ed errori⁽¹⁾. Ma il legislatore francese segue una via del tutto diversa. Esso stabilisce che l'imponibile agrario si deduca dall'imponibile catastale applicando un coefficiente unico, stabilito anno per anno per tutte le zone agrarie e tutte le qualità di culture. Ora questo metodo non dà nè i redditi agrarii effettivi, nè il reddito agrario ordinario, ma un reddito arbitrario che deve essere assolutamente scartato. Non basta. Il reddito agrario è assoggettato alla stessa aliquota dei redditi di lavoro e gode di una serie di beneficii da cui è escluso il profitto industriale. Ora questo trattamento è perfettamente giustificato nei rapporti del colono o del piccolo affittuario, che hanno figura prevalente di lavoratori, ma non si spiega quando il reddito agrario assume carattere nettamente capitalistico. Evidentemente il legislatore obbedisce, in questo campo, a preoccupazioni di carattere politico, che nuocciono sensibilmente alla produttività dell'imposta⁽²⁾.

Preoccupazioni dello stesso genere rivela la tassazione dei salarii. Il legislatore è partito, in questa materia, da principii inoppugnabili. L'imposta sui salari, data la natura particolare di questo reddito, non solo deve adottare un'aliquota più mite, in confronto alle altre imposte mobiliari, ma deve pure assumere carattere prevalentemente personale, esentando il minimo di esistenza, tenendo conto del carico di famiglia, ecc. Ma tutto ciò va fatto con la debita misura, poichè ogni esagerazione verrebbe, per altra via, a ristabilire quella immunità tributaria che, in via di principio, si vuole eliminare. Ora non sembra che il legislatore francese abbia felicemente risolto questo problema; ed i risultati sono aggravati dalla fiacchezza negli accertamenti e nella riscossione del tributo⁽³⁾.

(1) In questa materia è fondamentale l'opera dell'EINAUDI, *La terra e l'imposta* in *Annali di Economia*, Milano 1919.

(2) Estesissima è la letteratura francese sulla tassazione dei redditi agrarii. Tra gli scritti più recenti cfr. LAFOND, *La taxation des bénéfices agricoles dans les régimes fiscaux français*, Parigi, 1926.

(3) " *L'impôt sur les salaires, bien qu'il n'atteigne que les salaires élevés, n'est pas recouvré d'une façon sérieuse* „ Cfr. H. TRUCHY, *Les finances de guerre de la France* cit., pag. 39.

Numerose critiche potrebbero rivolgersi all'imposta edilizia. Questa ancora colpisce, in Francia, le case di abitazione e di fabbricati industriali, confondendo enti imponderabili che hanno natura economica diversa. I fabbricati industriali non danno un reddito autonomo come le case di abitazione; essi costituiscono un coefficiente di produzione e, come tali, debbono combinarsi con tutti gli altri per dare origine al profitto industriale. Voler distinguere, in questo reddito, quanta parte sia dovuta al fabbricato e quanta parte agli altri fattori, non è solo un errore dal punto di vista teorico, ma dà luogo a gravi inconvenienti di carattere pratico. Per calcolare poi l'imponderabile edilizio la legge francese adotta il metodo delle detrazioni uniformi: il 25 % per le case di abitazione ed il 40 % per gli opificii. Ma le spese effettive non sono le stesse in tutte le località e per tutti i tipi di case, e quindi l'imposta reca maggiore aggravio alle case di tipo popolare, che, anche in Francia, sono oggetto della sollecitudine e dei favori del legislatore. La sperequazione a danno di questo tipo di abitazione risulta poi anche più grave ove si consideri che la detrazione del quarto si applica al prodotto lordo nel suo complesso senza distinguere, nel prodotto stesso, la parte che va depurata da una serie di spese di conservazione e ricostituzione e la parte che è reddito netto (rendita dell'area) ⁽¹⁾.

Trascurando altri punti egualmente criticabili, così, ad esempio, l'intervallo di dieci anni posto dal legislatore tra l'una e l'altra revisione del reddito edilizio, passiamo all'imposta sui profitti che merita più di un semplice accenno ⁽²⁾. Abolite le vecchie patenti, il legislatore non è ancora riuscito ad organizzare in modo soddi-

⁽¹⁾ In Italia i fabbricati ad uso industriale sono stati stralciati dalla imposta immobiliare ed assoggettati alla imposta di ricchezza mobile col R. D. 30 dicembre 1923. In riguardo al calcolo delle spese permane il sistema delle detrazioni fisse e non ha avuto applicazione la proposta MEDA di detrarre le spese stesse non dall'intero valore locativo, ma dalla parte corrispondente al valore della costruzione. Cfr. MEDA, *La riforma delle imposte dirette*, Milano, 1920.

⁽²⁾ Sulla legislazione vigente in materia di imposta sui profitti cfr. F. IMBRECH, *Traité de l'impôt sur les bénéfices industriels et commerciaux*, 2 ediz., Parigi, 1928, Annexe 1929.

sfacente l'accertamento del reddito industriale. In un primo momento può dirsi che la riforma si sia limitata a sostituire ad un complesso di segni esteriori un sistema anch'esso presuntivo. La legge del 31 luglio 1917 colpiva, infatti, in base al profitto effettivo solo gli enti collettivi tenuti alla pubblicità del bilancio; la grande massa dei contribuenti poteva scegliere tra la denuncia del reddito effettivo o la tassazione indiziaria basata sull'ammontare delle vendite (*chiffre d'affaires*), moltiplicato per una percentuale molto elastica. Le professioni industriali e commerciali erano, a questo scopo, distinte in 16 gruppi ed 809 voci, e la finanza disponeva di poteri discrezionali assai più vasti di quelli ad essa accordati nel regime delle patenti per la determinazione della professione imponibile e l'assegnazione del relativo coefficiente.

La legge del 4 aprile 1926 ha modificato questo stato di cose, che non costituiva un grande progresso di fronte al regime delle patenti ⁽¹⁾. Oggi tutti i contribuenti sono tenuti a denunciare la reale entità del loro reddito, ma si tratta di una semplice affermazione di principio; i profitti che non eccedono i 50.000 franchi sono aggruppati in 14 classi ed il contribuente si limita ad indicare la classe a cui il suo reddito appartiene. La finanza così si accontenta di una valutazione puramente approssimativa; ma, ciò che è peggio, la tassazione è organizzata in modo da stimolare l'evasione. A ciascuna classe di redditi risponde, infatti, come vedemmo, una somma fissa di imposta. Ora basta la differenza di un franco per determinare il salto del reddito imponibile da una classe a quella superiore e da una tassazione ad un'altra più elevata.

L'imposta non colpisce soltanto ciò che è reddito netto dell'industria ma anche guadagni di carattere patrimoniale; così gli incrementi di valori conseguiti nella vendita degli immobili, i lucri di portafoglio attinenti al realizzo di titoli mobiliari, il sopraprezzo

⁽¹⁾ La cifra degli affari, nota il LEROY-BEALIEU, è un indice dei guadagni industriali e commerciali assai meno preciso di tutti quelli che possono servire all'assetto dell'imposta sull'industria, cfr. il *Trattato di Scienza delle finanze* cit., vol. X, pag. 596.

di azioni di nuova emissione, ecc. La tesi della finanza è che il guadagno imponibile si desume dalle risultanze del bilancio e quindi comprenda l'aumento di valore di tutte le cose che compongono il patrimonio dell'azienda anche se non formano oggetto del commercio esercitato dall'azienda stessa; unica condizione per la tassabilità è che si tratti di aumenti realizzati in una somma capitale. Occorre subito rilevare che la finanza fino all'anno scorso non accoglieva la tesi del bilancio in tutte le sue logiche conseguenze; essa infatti considerava solatamente i risultati di ciascun esercizio mentre è chiaro che, partendo da quella premessa, avrebbe dovuto ammettere la compensazione tra le perdite di un esercizio ed i guadagni di un altro; i successivi bilanci infatti non costituiscono altrettanti compartimenti stagno, ma sono intimamente collegati tra loro ed anche dal punto di vista contabile la perdita di un esercizio viene riportata a nuovo nell'esercizio seguente ⁽¹⁾.

Ma, anche astraendo da questo punto, la tassazione frammentaria ed accidentale che fa dei plusvalori l'imposta sulle industrie è assai criticabile: essa non ha carattere di generalità nè in riguardo al soggetto, nè in riguardo all'oggetto del tributo; perchè colpisce talune forme soltanto di incrementi patrimoniali ed una sola categoria di contribuenti: gli industriali e commercianti tassati in base al bilancio. Si tratta inoltre di una tassazione a base reale perchè colpisce separatamente il plusvalore che si manifesta in singoli cessiti, senza riguardo alla situazione personale del contribuente ed al suo complessivo arricchimento ⁽²⁾.

⁽¹⁾ Le legge 30 dic. 1928 ha stabilito che quando un esercizio risulti in perdita, la perdita gravi sull'esercizio successivo e, ove questo sia insufficiente, si imputi, per la parte residua, ai bilanci seguenti fino al terzo. Questa disposizione non ha nulla a che fare col provvedimento adottato in Italia con l'art. 7 del R. D. Legge 20 sett. 1926.

⁽²⁾ L'ordinamento della imposta francese sulle industrie non differisce, sostanzialmente, dall'ordinamento della corrispondente imposta italiana. L'una e l'altra colpiscono accanto al prodotto o frutto dell'industria proventi che sono entrate di capitali e l'una e l'altra distinguono imprese individuali ed imprese azionarie. Ma svariate differenze si manifestano nelle applicazioni. L'imposta francese, ad esempio, esonera il prezzo di avviamento delle aziende e tassa il sovrapprezzo delle azioni di nuova emissione, mentre la ricchezza mobile italiana tassa il primo ed esonera il secondo (R. D. Legge 15 ottobre 1925).

Accanto alle considerazioni teoriche avrebbero dovuto sconsigliare questa compenetrazione dell'imposta sui plusvalori nell'imposta industriale anche considerazioni di pratica convenienza: le variazioni di valore, che il franco ha subito negli ultimi anni in Francia, e l'opportunità di non complicare la struttura di un tributo che ha incontrato nella sua applicazione difficoltà assai gravi.

Ma il nuovo tributo sulle industrie non ha neppure eliminata la doppia imposizione a cui erano assoggettati, nel regime delle patenti, gli utili realizzati dagli enti azionarii (società anonime ed in accomandita per azioni). Essi infatti continuano ad essere colpiti una prima volta, a titolo di profitto, dalla imposta industriale ed una seconda volta, a titolo di dividendi, dalla imposta sui valori mobiliari. La situazione degli enti collettivi risulta anzi peggiorata, perchè l'imposta di patenti colpiva tutte le imprese, indistintamente, sulla base di segni esteriori mentre l'imposta odierna assoggetta le società anonime alla tassazione per bilancio, assai più rigorosa della tassazione che grava sulle imprese individuali ⁽¹⁾.

7. - Quanto alla imposta generale sul reddito, limiteremo le nostre osservazioni ad un punto solo: la determinazione dell'oggetto imponibile. Un primo rilievo deve farsi in questo riguardo: l'imponibile comprende tuttora elementi che non possono considerarsi come reddito disponibile per parte del contribuente; così, ad es., gli utili mandati a riserva nelle società di persone ⁽²⁾.

Dobbiamo anche aggiungere che entrano a far parte del reddito globale non solo redditi effettivi, ma anche redditi medii o presunti. Il legislatore infatti, quando si tratta di terreni, fabbricati, aziende agrarie, dà facoltà al contribuente di denunziare o il reddito reale o il reddito che risulta dai ruoli delle imposte analitiche; ed una valutazione del pari approssimativa ammette per i profitti che non eccedono i 50.000 franchi. Ora tutto ciò non risponde ad

⁽¹⁾ Cfr. su questo punto TRUCHY, *Les valeurs mobilières et les projets de réforme fiscale* in *Revue d'Econ. politique*, anni 1909-10. Le critiche del TRUCHY sono rivolte al secondo progetto CAILLAUX trasfuso poi nella riforma dell'imposizione diretta.

⁽²⁾ Quando si tratti di società anonime, gli utili mandati a riserva vengono tassati dall'imposta cedolare, ma dedotti, nei confronti di ciascun socio, dalla imposta generale sul reddito.

un assetto razionale dell'imposta; il quale esigerebbe che si sommassero, ai fini della tassazione, valori omogenei, valori cioè ottenuti con lo stesso metodo di valutazione e riferiti allo stesso momento. Devesi però riconoscere che il problema dell'omogeneità dei redditi imponibili è di assai difficile soluzione. Ed in effetti se l'imposizione analitica e quella sintetica accertano e tassano solo redditi effettivi, vengono meno tutti i beneficii che l'ordinarietà e la stabilità degli estimi tende, in taluni casi, ad assicurare. Che se l'imposta globale tassa redditi effettivi e le imposte cedolari redditi ordinarii, non solo si ha l'incongruenza di attribuire, contemporaneamente, ad uno stesso reddito due valori diversi, ma poco giova l'assunzione di valori ordinarii nella tassazione cedolare, dato che fulcro dell'imposizione diretta tende a diventare l'imposta sul reddito complessivo ⁽¹⁾.

Sempre in tema di oggetto imponibile va ricordata l'esenzione concessa prima ai buoni del tesoro e della difesa nazionale a breve scadenza, poi alla rendita 4 % emessa nel 1925. Il reddito sottratto, con queste esenzioni, all'imposta globale non è trascurabile, ma importanti sono, soprattutto, le conseguenze; con questa misura non soltanto si contravviene alla generalità dell'imposizione, ma si rende assai difficile il controllo diretto e indiretto sulla dichiarazione del contribuente, dischiudendo ad ogni specie di redditi *une fissure par où ils peuvent s'évader* ⁽²⁾.

Una circostanza poi che minaccia di indebolire l'intero organismo della imposizione diretta, è la tendenza ad elevare i minimi di esenzione e ad estendere le detrazioni e moderazioni dell'imposta. Questa tendenza non è particolare alla Francia ⁽³⁾, ma, data la partico-

⁽¹⁾ In Italia il progetto Mada proponeva, limitatamente ai redditi dominicali, due diverse valutazioni, l'una relativa all'imposta fondiaria, l'altra alla imposta complementare.

⁽²⁾ Cfr. ALLIX et LECERCLÉ, *op. cit.*, vol. II, pag. 355.

⁽³⁾ Confronti assai interessanti sul carico tributario delle diverse classi di reddito in Inghilterra fa il *Report of the Committee on National Debt and taxation*, Londra 1927, pag. 94 e *passim*. Ritorna alla mente la vecchia critica del TAINÉ: la maggioranza non abbiente, che ha la parte preponderante nel voto, sovraccarica impunemente il piccolo numero che paga. Cfr. *Napoleone e il regime moderno*, lib. IV, cap. II.

lare figura che ivi assume la distribuzione del reddito, è in Francia più pericolosa che altrove. Una politica tributaria, che insistesse in questa direttiva, avrebbe come risultato di distribuire la imposizione diretta sopra un numero sempre più ristretto di contribuenti e di recare un onere crescente ai redditi più elevati, stimolando al massimo grado l'evasione e la frode; i quali processi neutralizzano, almeno in parte, la progressività della imposta e rendono profondamente sperequata la distribuzione dell'onere fiscale.

Ma veniamo ad un ultimo punto. La legislazione francese, mentre attua una minuta discriminazione dei redditi nelle imposte particolari, tratta i redditi stessi alla medesima stregua nell'imposta generale. Ora la esclusione della diversificazione in sede d'imposta generale è senza dubbio corretta, sì perchè questo tributo investe, nel medesimo momento, l'intero reddito, indipendentemente dalla sua natura, sì perchè la discriminazione darebbe luogo, in questa sede, a difficoltà e complicazioni notevoli. Ma non è certo razionale un sistema d'imposte che prende in considerazione la natura dei redditi, quando si tratta di tassarli separatamente, e prescinde da questa considerazione quando gli stessi redditi vengono tassati globalmente. Se quindi l'imposta generale non si presta alla discriminazione, conviene ricorrere ad altri metodi. La soluzione del problema è prospettata nella riforma delle imposte dirette, proposta nel dopo guerra dal Meda e dai suoi eminenti collaboratori. Il progetto Meda pone accanto all'imposta generale sul reddito un'imposta generale sul patrimonio; dal coordinamento dei due tributi nasce la discriminazione del reddito nella sfera dell'imposizione globale⁽¹⁾. Ora ci sembra che il sistema francese, che tende a dare decisa prevalenza alla tassazione personale, debba prima o poi completarsi con l'adozione dell'imposta sul patrimonio; questo tributo non solo consentirà di risolvere adeguatamente il problema della diversificazione dei redditi, ma potrà rendere altri preziosi servizi; sarà possibile, tra l'al-

(¹) Sui servizii che rende, in un corretto sistema di imposte dirette, l'imposta complementare sul patrimonio, cfr. EINAUDI, *La guerra e il sistema tributario italiano*, Bari, 1927, pag. 311 e seg.

tro, organizzare la tassazione dei plusvalori mobiliari ed immobiliari, più volte invocata da scrittori e da parlamentari negli ultimi anni, ed attuata in modo assai imperfetto dalla imposta industriale.

8. - Ma è tempo di concludere. Tutte le critiche, che possono rivolgersi all'imposizione diretta francese, non toccano i principii essenziali del sistema e non sminuiscono l'importanza di una riforma che sopravanza, per taluni rispetti, i progetti più celebrati accolti negli ultimi lustri in Europa. Dopo essersi per oltre un secolo irrigidita nei vecchi schemi di imposizione reale ed indiziaria, la finanza francese ha di un colpo riguadagnato il tempo perduto, portando alla più alta espressione il principio personale nell'organismo della imposizione diretta. Certo il nuovo edificio tributario ancora mostra, in talune sue parti, la fretta con cui l'opera è stata compiuta, la varietà del materiale adoperato, i contrastanti interessi di coloro che hanno posto mano alla costruzione. Ma salde sono le fondamenta, razionale la distribuzione delle parti, corretta la linea architettonica. Il compito del legislatore nei prossimi anni non dovrà limitarsi ad un'opera di ritocco e di perfezionamenti, ma dovrà soprattutto mirare a difendere il nuovo edificio contro ogni tentativo di alterarne il disegno e comprometterne le basi.

PROF. G. FINDLAY SHIRRAS

Università di Bombay

THE READJUSTMENT OF CENTRAL AND PROVINCIAL FINANCE IN FEDERAL CONSTITUTIONS

In this paper it is proposed to deal in the briefest possible way with a class of problems that has been insufficiently treated by writers on public finance since the war. The question is a very practical one— is it possible to get a greater harmonisation of central and provincial revenues in federal and quasi-federal constitutions today? As this paper is written in honour of a distinguished colleague in the Chair, Camillo Supino, I shall follow the methods pursued by him in his numerous works, especially in « Il metodo Induttivo nella economia politica » where he emphasises that the study of facts must come first and the theories must grow out of that study. Inductions, however, in his view must include a large deductive element. In public finance as in Economics generally we pass in our every day work of getting knowledge from a generalization to the facts and from the facts back to new generalization that blends deduction and induction. Few economists have Supino's gift of stating principles as, for example, in the concluding chapter of his « Storia della Circolazione Bancaria in Italia » or of his « Teoria della Trasformazione dei Capitali ». One has never been able to understand why Luigi Cossa in his « Introduction to the

study of Political Economy » ranked Supino among socialists of the Chair unless he intended that like his predecessors, the Katheder Sozialisten, he follows in many respects their methods of collecting facts and generalizing from these facts. Supino does more. He reminds one of Edgeworth's remarks on Alfred Marshall's Principles of Political Economy. Economic work « has less need of elaborate analytical methods than of a shrewd motherwit, of a sound sense of proportion, and of a large experience of life ». In his « Navigazione dal punto di vista economico » our distinguished colleague in the Chair based his researches on the publications of four languages and combined them with his experience as a member of the Consiglio superiore della marina mercantile.

Public finance is in some respects a war science. It has been profoundly affected by great wars and Shibboleths that have held good for generations have to be discarded. The doctrine, for example, of the separation of sources that direct taxes are the field of states or provinces in a federal or quasifederal constitution and indirect taxes that of the federal or central government has broken down owing to powerful economic forces. The Great War compelled federal governments to invade the field of direct taxation to a degree never dreamt of in the philosophy of public finance. Today in the United States of America the income tax is the main source of revenue. Between 1916 and 1920 the income tax collections of the Federal Government rose from 17.2 per cent to 71.7 per cent. Twelve states of the Republic levy also individual income taxes. Canada introduced in 1917 a central income tax. Three states of Canada have also income taxation. In Australia the Commonwealth of Federal Government had to impose heavy direct taxation in addition to the direct taxation that already existed on incomes in the States. Similarly in Germany income taxation, hitherto a state source of revenue, was undertaken by the central government by the National Taxation Law of March 22, 1920. Since the war the financial relations between Central and State governments have been difficult and sometimes far from cordial because inequalities of financial settlements have been intensified. Thus in the « *Precis of discus-*

sions of the Dominion-Provincial Conference » held in Ottawa 1928 the Premier of Quebec emphasised that « to have a happy and prosperous Canada there must be happy and prosperous provinces, and the latter could do more for Canada than could the federal authorities. The provinces were more in contact with the people, educating them, building their roads and looking after their health. The provinces enacted compensation laws in favour of workmen and had control of the judicial machinery. In spite of this, the provinces had continually to fight to keep the rights which they had ». The Minister of Finance of the Dominion Government emphasised that the Federal Government had to maintain the credit of Canada both at home and abroad and there was the demand for increased expenditures by the Dominion Government. The Report of the Royal Commission on maritime claims (1926) pointed out that « it is not possible in such an undertaking as the making of Canada, with its geographical and physical conditions, and its variety of settlement, and development, to maintain always an accurate balance, apportioning to every section of this extensive country the exact quality of benefit and quantity of advantage which would be theoretically and justly desirable. But reasonable balance within accomplishment if there be periodic stock-taking » ⁽¹⁾. The Report on the Financial effect of Federation on South Australia ⁽²⁾ says that « it is inevitable that in a Federation composed of States of different geographical and economic structure the incidence of the benefits and the cost of any general policy must be unequal. In other Federations it has been recognised that policies imposed for the benefit of the whole Federation are at times injurious to sections. In the Dominion of Canada and the United States of America provision is made to compensate the outlying parts for the advantages received in other ways by the more central parts of those federations. There can be little doubt that for South Australia Federation has proved a failure. The advantages gained have been slight, while the disadvantages have been material ». The Memorandum published

⁽¹⁾ Report of the Royal Commission on Maritime Claims, Ottawa, 1926.

⁽²⁾ Adelaide, 1927, p. 18.

in the proceedings of the Melbourne Conference of Commonwealth and State Ministers held to consider the financial relations between the States and the Commonwealth pointed out that « a progressive commonwealth policy in all these matters is in a large measure dependent on a sound settlement of the financial relations of the Commonwealth and the States, and the benefit accruing to the States cannot be overlooked in considering the effect on the States of the Commonwealth proposals for an adjustment of the direct financial relationships.... It is recognised that the problem to be solved is difficult, it must, however, be solved in the interests of both Commonwealth and States » ⁽¹⁾.

Postwar experience has shown as clear as the noonday that we cannot reduce the problem of financial relations in federal or quasifederal constitutions to a few general principles. It is true that as a general rule where the interests of the country as a whole are concerned, such as defence, the expenditure is undoubtedly central, where, too, there are advantages in uniform action, such as posts and telegraphs, the expenditure should be met from central sources and in cases where particular interests are paramount or detailed local supervision required, provincial authorities should be the spending authority. There is, however, no ideal scheme of distribution suitable for all countries as regard must be had for historical tradition and administrative convenience. The character and importance of revenue and expenditure must vary according to general economic conditions and to changes in political structure. The truth of this may be illustrated by examining the percentage of each tax to total taxation raised by the Central Government of India and the Federal Governments of Canada and South Africa although South Africa is not in all senses of the word a federal constitution. We may also illustrate this truth by examining the percentage of each tax to total taxation raised by state governments in India, Canada, Australia and South Africa. The tables are given below :

⁽¹⁾ No. 28A. F. 7976, 1926.

**Percentage of each tax to total taxation raised by the Central Government in
India and by the Federal Governments of Canada, Australia and South Africa.**

Taxation	India 1925-26	Canada 1926	Australia 1925-26	South Africa 1925-26
Customs	62.8	38.9	51.2	41.3
Excise	0.6	13.1	20.8	9.2
Income tax	20.8	16.9	19.9	32.6
Land tax	0.5	—	4.6	0.5
Estate duty	—	—	2.6	3.1
Entertainments tax	—	—	0.7	—
Sales tax, Tax on Cheques, Transportation tax etc.	—	30.0	—	—
Miscellaneous taxes	15.3	1.1	0.2	13.3
Total	100.0	100.0	100.0	100.0

**Percentage of each tax to total taxation by Provincial Governments in India,
Canada, Australia and South Africa.**

Taxation	India 1925-26	Canada 1926	Australia 1925-26	South Africa 1925-26
Probate and Succession du- ties	—	17.5	12.0	—
Stamp duties	19.1	—	16.7	—
Land tax	50.2	3.9	6.0	—
Income tax	0.4	5.8	56.4	13.1
Taxation of corporations	—	42.1	—	5.2
Licences	—	10.7	3.9	23.7
Other taxation	30.3	20.0	5.0	58.0
Total	100.0	100.0	100.0	100.0

A characteristic of federal finance is the conditional or unconditional subsidy from the federal to the State Governments. In Canada each Provincial Government receives a fixed grant according to population, and an additional grant at the rate of 80 cents per head of population up to 2,500,000 and at the rate of 60 cents per head of so much of the population as exceeds that number. Some provinces receive additional grants under special acts and special payments such as compensation for land, allowances in lieu of debt, and allowances for buildings are also made by the Dominion Government. The Commonwealth Government of Australia in accordance with the agreement of 1927 with States, now takes over all state debts existing on 30 June 1927 and must pay £ 7,584,912 a year for 58 years as interest charges on this debt. In the Union of South Africa subsidies for expenditure of all kinds are paid to provinces on a basis of the number of pupils. This system was introduced in 1925 in place of the £. for £. system. The index on which the subsidy is based, is the number of pupils which is regarded as the chief index of provincial needs. In other words the provinces with the greater literacy obtain the larger subsidies. The variations between the coastal and the inland provinces are provided for by means of graduating the rates of the subsidy. The Orange Free State, for example, receives approximately 10 per cent more than the coastal provinces and the Transvaal about 16 per cent more than the latter. In the United States federal aid is given to the States for roads, education, agriculture, health, etc. Such aid did not assume any importance until 1917-18 and it is now only 125,000,000 dollars. Federal aid in education is less than 1 per cent of the expenditure on schools as against 14 per cent from State taxes, 10 per cent from country taxes and 69 per cent from local taxes. In Australia the history of subsidies has been a chequered one. In Canada and in the Union of South Africa the ratio of provincial revenues to central revenues is much lower than that in India. In the United States similarly the federal subsidies are negligible in the total governmental expenditures of the various States.

On the whole, it is desirable to avoid subsidies in the interests of complete equilibrium in central and provincial finance. Conditional subsidies lead to administrative centralisation and interference; unconditional subsidies may result in extravagance, and it is not impossible that the provinces which are receiving subsidies are through federal taxation, themselves bearing the burden in a disproportionate degree. It is in the long run better to keep them within narrow control. The question of subsidies on a per capita or any other basis is a difficult one and cannot be applied to countries in a light and airy fashion. They are bound up with the financial structure of a country and must be examined with care.

II.

At the moment the need for readjusting central and provincial finance in India is under the consideration of a British Parliamentary Commission known as the Simon Commission consequent on the Reforms of 1917 when responsible government was announced as the ideal for India, no easy matter with a population of 33,000,000 ⁽¹⁾ of whom less than ten per cent is literate. The financial reforms began in 1921-22. It is impossible to enter into details owing to lack of space but briefly the position is as follows.

The East India Company both as a trading corporation and as the successor of the Moguls had certain centralised characteristics. Thus the East India Company Act 1773 provided in section 9 that every President and Council of Madras and Bombay should « constantly and diligently » transmit to the Governor-General and Council of Bengal « advice and intelligence of all transactions and matters whatsoever that shall come to their knowledge relating to the government, revenues, or interest, of the said United Company ». In regard to this Act which came into force in the following year the Report on Indian Constitutional Reforms says « setting aside

⁽¹⁾ Including Native States but the Reforms apply actually only to British India.

the obstacles presented by the supremacy of Parliament, the last chance of making a federation of British India was in 1774 when Bombay and Madras had rights to surrender in a foedus. Our task is not like that of the Fathers of the Union in the United States and Canada. We have to demolish the existing structure, at least in part, before we can build the new. Our business is one of devolution, of drawing lines of demarcation, of cutting longstanding ties. The Government of India must give and the provinces must receive; for only so can the growing organism of self-government draw air into its lungs and live. It requires no great effort of the imagination to draw a future map of India which shall present the external semblance of a great new confederation within the Empire. But we must sedulously beware the ready application of federal arguments or federal examples to a task which is the very reverse of that which confronted Alexander Hamilton and Sir John Macdonald (¹).

By the Charter Act of 1833 the Governor General of Bengal became the Governor General of India and was invested with complete control over the finances of Bombay, Madras and other subordinate governments. These could not create any appointment or incur any expenditure without the sanction of the Central Government. The Acts of 1853 and 1858 continued the Government of India's control over all revenues and expenditures. The revenues of India were treated as one and the provinces were refused any legal right to the revenues which they collected and at a time after the Mutiny when the country had to be equipped with the apparatus of the modern state and when provinces could spend economically on their own needs. Sir Richard Strachey has described how « the distribution of the public income degenerated into something like a scramble, in which the most violent had the advantage, with very little attention to reason; as local economy

(¹) *Paragraph*, 120.

(²) Sir JOHN STRACHEY'S, *India*, 3rd Edition, p. 113.

brought no local advantage, the stimulus to avoid waste was reduced to a minimum, and as no local growth of the income led to local means of improvement, the interest in developing the public revenues was also brought down to the lowest level » ⁽²⁾. This over centralisation of finance in Calcutta was regarded with aversion by the provinces and led to thoroughly inharmonious relations between the Government of India and provincial governments. Lord Mayo's decentralisation scheme of 1870 ⁽¹⁾ gave to provincial governments the financial control of education, medical services (except medical establishments), police, jails roads, buildings, registration and miscellaneous public improvements. To meet the expenditure connected with these services a fixed assignment was made. If this proved insufficient provincial taxation was to be imposed, the expanding heads of expenditure went to the provinces but the expanding heads of revenue were still in the hands of the Government of India. There was no inducement for the provinces to develop the revenues raised within their territories. In 1877 during the viceroyalty of Lord Lytton further changes were made. All provincial services were transferred to provincial governments and in place of the fixed grants the whole or part of specified heads of revenue were given to meet such expenditure. Here we have for the first time divided Indian and Provincial heads of revenue. Provincial requirements could not be met ordinarily from the heads transferred in whole or in part and a percentage of the important head of land revenue supplemented this, land revenue remaining otherwise an all-India receipt. Settlements took place quinquennially in 1882, 1887, 1892 and 1897, but not without the usual controversies. There was no change in principle except the land revenue became a divided head to meet growing needs and cash assignments were given to provinces to supplement further provincial revenues. In 1904 the settlements with provinces were made quasi-permanent in order to give the provincial governments greater independence in the

⁽¹⁾ *Resolution*, n. 3334 of 14th december 1870.

management of their finances. No longer were provincial balances liable to be swept into the central exchequer on the expiry of a settlement. These Governments were able to reap the reward of their own economies and were not rushed as hitherto into higher standards of expenditure before the expiry of the settlement. The Government of India also was a gainer because it was free from the usual quinquennial controversies and knew better its own position financially than hitherto. In 1912 settlements were made permanent. A greater degree of provincial responsibility was introduced by decreasing the fixed assignments and giving a greater share of growing revenues to the provinces. Intervention in the preparation of provincial budgets was curtailed.

In 1921-22 the first year of the Reforms witnessed in finance a great step forward in provincial enfranchisement. The Report on Indian Constitutional Reforms 1918 recommended a complete separation of central and provincial finance in order to make provincial autonomy a reality. There was little or no difficulty in regard to excise, stamps and irrigation which were divided heads. It was, however, impossible to do away with the two most important divided heads viz. land revenue and income tax without leaving either the Government of India or provincial governments in serious financial difficulties. Land revenue was closely related to the administration of rural areas and was closely connected with famine relief and irrigation. It was accordingly decided to make it a provincial subject. The Report on Indian Constitutional Reforms held the view that income tax should be a central head of revenue for the following reasons 1) a uniform rate throughout the country was thought to be possible only by making it a central subject; and 2) the province in which the tax is paid is not necessarily the province in which the income is earned.

The Report was not blind to one advantage of divided heads when it recommended their abolition. Some heads of revenue such as land revenue and excise, the main crops of provincial revenue, have an element of uncertainty owing to the vagaries of the mon-

soon. With divided heads the risks were spread between the Government of India and provincial governments. The advantages of separation far outweighed any such disadvantages. It was recommended that the deficit which resulted from the devision of revenues amounting to Rs. 1363 ⁽¹⁾ lakhs should be made good from provincial surpluses of Rs. 1564 lakhs.

The disadvantages of the recommendation of the Report were that the taking of a percentage levy of the gross surplus meant a percentage not only of the new revenue, resulting as a by-product of the constitutional change, but also a percentage of the hard-earned surplus of provincial revenues from the old heads. Secondly, owing to the war the revision of the pay of services and other schemes of first importance in the developments of the provinces were necessarily postponed, and if this imminent expenditure were included, an apparent provincial surplus masked what was a real deficit. An all-round per capita contribution was perhaps dismissed too summarily. Nevertheless in federal finance the per capita system is equitable only if the states are of equal financial strength. In Australia the capitation system was unfair from the outset and at the inception of the system in 1910 special assistance was granted by the Commonwealth Government to West Australia and within two years to Tasmania. The system ignores the requirements of the different state, pays no regard to the disabilities of governing a sparsely populated area, and applies in the same manner to undeveloped states in a more advanced stage of development. If per capita payments are adopted the needs and resources of the states should be borne in mind and this leads often to interstate or interprovincial jealousies and to friction with the Central Governments. In Canada the federal grants made to the less populous provinces are at a higher rate per head of population than those made to the more populous provinces. There is the practice of giving an « allowance for Government » to the less populous and

⁽¹⁾ 1 lakh = £. 7500.

less wealthy provinces. In the United States federal assistance is greater per head of population in the sparsely-populated and rural states than in more populous and industrial states. In Switzerland the contributions to the Federal Government by the Cantons are fixed with due regard to the wealth and taxable capacity of the various Cantons. All things considered per capita system was rightly avoided by the authors of the Report on Constitutional Reforms in India.

The Parliamentary Joint Select Committee on the Government of India Bill 1919 accepted and endorsed the recommendation of the Government of India « that a fully qualified Financial Commission should be appointed to advise as to the principle on which contributions from the provincial governments to the Central Government should in future be adjusted » (1). The Secretary of State appointed a Financial Relations Committee. The Report of this Committee is a State paper of first importance.

The committee emphasised important facts which will have in the future a great effect on Indian finance. In the first place the Committee showed the weakness of the basis of gross surplus upon which the Montagu-Chelmsford Report recommended the contributions to be based, and in place of this they suggested that the contributions should be based for the first year on a share of the additional revenues brought to the provinces from political and not primarily financial reasons. « In making our recommendation as to the initial contributions we have had to consider established programmes of taxation and expenditure, and legislative and administrative expectations and habits, that cannot without serious mischief be suddenly adjusted to a new and more equitable ratio of contribution widely different (as an equitable ratio must admittedly be) from that of the past » (2). Secondly the Committee recognised that the standard contributions should take into considera-

(1) *Report from the Joint Select Committee on the Government of India*, Bill 1919 (clause 41).

(2) *Report of the Financial Relations Committee*, 1920, page 9.

tion the relative taxable capacity of the provinces. They did not, however, have statistics of production and income such as those available in countries of chief industrial importance. Thirdly the Committee in fixing the standard contributions took into consideration indirect contributions from provinces in the way of customs duties and income tax to the Central Government. Fourthly, the Committee recommended that the contributions should be abolished as soon as possible. « We cannot conceal from ourselves the disadvantages in ordinary circumstances of a system of provincial contributions and we anticipate that the Government of India will direct its financial policy towards reducing those contributions with reasonable rapidity and their ultimate cessation » ⁽¹⁾. Fifthly, the question of direct taxation was clearly laid down when the committee said, « We doubt if it will be possible permanently to exclude local Governments from some form of direct taxation upon the industrial and commercial earnings of their people; and we recognise the natural anxiety of provinces to retain a share in a rapidly improving head of revenue ». ⁽²⁾. The second report of the Joint Select Committee, while definitely opposed to the provincialising of the taxation of income, suggested that provinces should receive a share of the growth in income tax so far as that growth was attributable to an increase in the assessment.

The Report of the Financial Relations committee is worthy of the highest praise as a scientific attempt at solving a problem of great financial difficulty and it compares favourably with such reports as the first and second reports of Financial Relations Commission of the Union of South Africa ⁽³⁾. There is nothing unjust in demanding from the provinces a share in their enhanced spending power brought about by a change in the political structure. The foundations of the new financial system were well and truly laid. The application of principle, however, has been accompanied

⁽¹⁾ *Financial Relations Committee* p. 4.

⁽²⁾ *Financial Relations Committee*, p. 3.

⁽³⁾ *Pretoria*, U. G. 11-1912 and U. G. 14-1912.

by a general chorus of disapproval. These criticisms may be conveniently grouped under five heads:

1) That the heads of revenue assigned to provinces were, as compared with those of the Central Government, both inelastic and insecure. The functions of provincial governments included nation building departments, such as education, and sanitation, and required expanding heads of revenue to meet such rapidly growing expenditure.

2) That with the provincialising of land revenue and the Indianising of income tax, the counterpart of land revenue in an industrial province, the agricultural provinces were advantageously placed.

3) That with the extinction of contributions the injustice to industrial provinces was aggravated.

4) That the pitch of revenue and the scale of expenditure in many provinces have not come up to expectations. The basic or standard period of the settlement was, in short, not normal for all provinces, indeed it was abnormal following as it did so soon after the Great War.

5) That provinces have not been treated with equal fairness. The recommendation of the Joint Select Committee and the consequent special favour shown to Bengal have been the subject of considerable criticism especially by the Government of Bombay and representative bodies such as the Bombay Chamber of Commerce.

III.

The position then briefly is this. The principle of the allocation of undivided heads of revenue, introduced with the Reforms, was intended to give the provinces financial independence to a degree that hitherto did not exist. In practice it has given a larger increase of revenue to certain provinces, for example, to Madras and the Punjab, than to others, like the industrial provinces of Bombay and Bengal. Provincial sources of revenue, such as land revenue, irrigation and excise are not expanding heads as are cu-

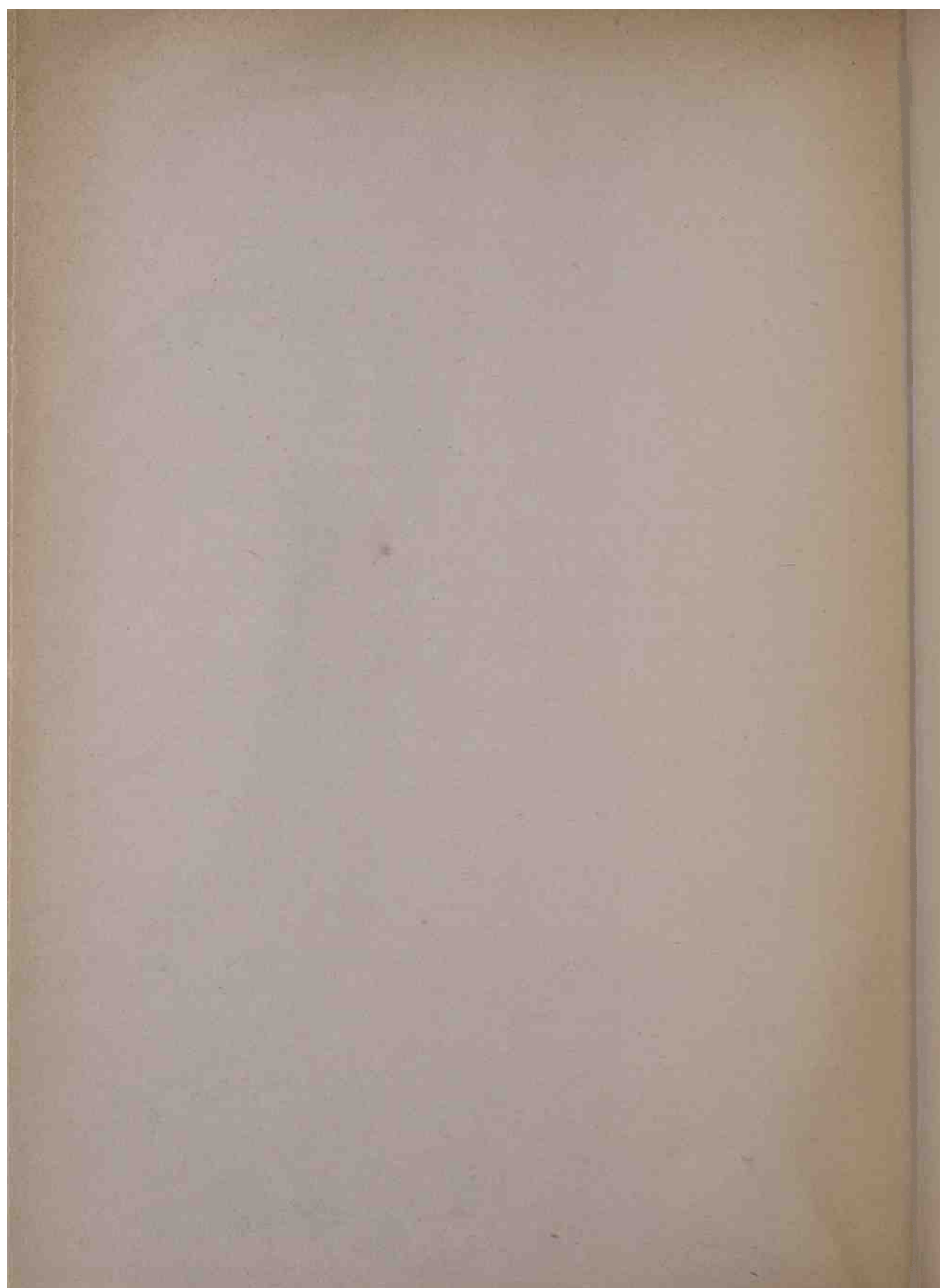
stoms and income tax which are central heads. The Central Government has to bear the burden of protection, the army, debt charges, etc. and in case of emergency must retain the means to add to its sources from expanding or expansible heads. On the other hand provincial governments are responsible for the programme of education and also of social uplift. It is responsible for agriculture and for sanitation. Provincial funds, therefore, for nation-building departments are necessary, and these revenues must be capable of expansion. The provinces may get half the income tax and this would benefit greatly the industrial provinces, Bombay and Bengal. In return for this Government may introduce death duties, tobacco duties, and with the return of trade prosperity, both customs and excise, might wipe out the deficit in the Central budget, if any. Another plan would be for the Central Government to create a national fund controlled by the Central Government and distributed to the provinces according to their 'nation-building' needs. The drawback of this proposal is the obvious one that it would leave the provinces to the caprice of the Central Government and it would not give the provinces well-defined sources of revenue. The question of relative taxable capacity would also have to be considered, and the writer has put before the Simon Parliamentary Commission an index of relative capacity based on items which are grouped into accurate and less accurate heads. These include population; production, agricultural, mineral and industrial; consumption of necessities e. g. salt; the number of letters and post cards delivered; revenues and expenditure; tax collections; income, agricultural and nonagricultural; economic strength (aggregate income multiplied by average income per head) and personal incomes assessed to income tax and super-tax province by province. Relative taxable capacity cannot be ascertained from population alone unless the provinces are closely similar in economic conditions and in their standard of wealth. If an income tax levied on the same description of incomes and equally well levied in each province were taken this would by itself be an index but not so satisfactory as my index of taxable capacity. To take a subsistence

minimum and to subtract that from income is never satisfactory in view of the inadequacy of the statistical data.

Federal finance must follow the lines of every taxation system. It must provide revenue with the utmost degree of equality, certainty, convenience, and economy. In the words of the Hindu law-giver, Manu, the King is counselled to tax little by little « as the leech, the calf and the bee take their food ». In critical times he may take as high a proportion as one fourth « if he protects his subjects to the best of their ability » but he should not « cut his own root, nor the root of others by excessive greed ». It is doubtful if the provinces have, in view of the difficulties that confronted them, really brought their taxation system up to date. There are certain fundamental principles that a study of federal and quasi-federal finance at the present moment reveals. Everyone having taxable capacity should pay a direct personal tax to the Government under which he is domiciled, the Government which protects him. I live under the protection of the Government of Bombay but the taxation that I pay — income tax and customs — goes entirely to the Central Government in Delhi. There is no provincial direct personal taxation. Tangible property by whomsoever owned should be taxed by the jurisdiction in which it is. Such taxation in India so far as agricultural land goes is inelastic, the settlements being made usually for thirty years. Business carried on for profit is not taxed by the provinces for benefits received. New taxes such as death duties, excise duties on locally made cigars, cigarettes and pipe and tobacco licences, tax on patent medicines, an import duty on gold and silver for noncurrency purposes would indeed bring grist to the mill.

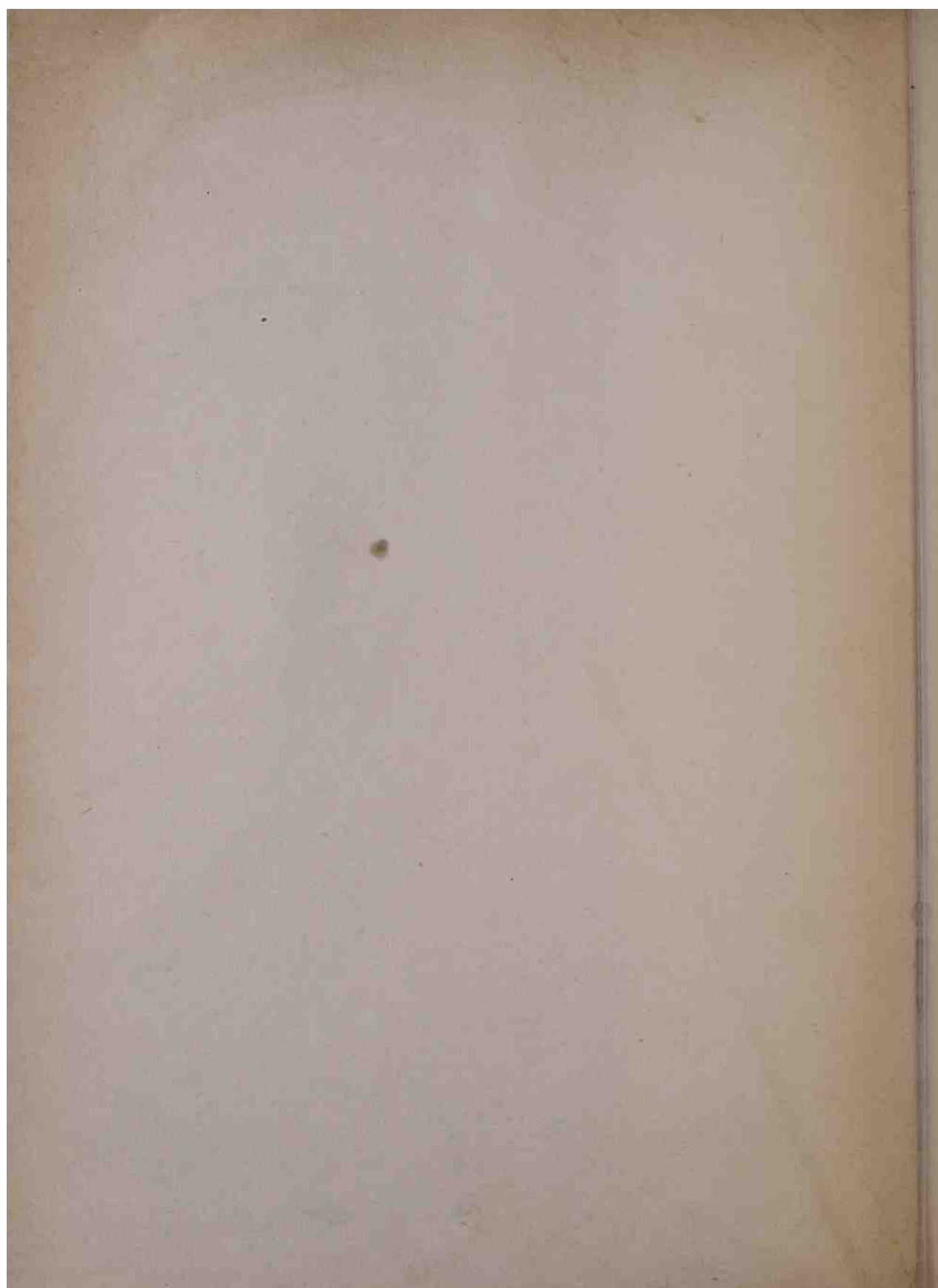
The machinery of finance in India, as of Government, is unavoidably very complex. The Financial Relations Committee did splendid work in the face of great difficulties, and no one should seek to arraign it. No strong Committee could have avoided making mistakes. Mistakes could have been avoided by weak men who did nothing. The Committee saw that things had to be done and done quickly; formulas and conventions had to be brushed aside; and

difficulties had to be dealt with in hearty sword-and-buckler style. The time has now come, however, for a public audit, especially as the working of the scheme since its introduction in 1921-22 has been greeted with an almost unanimous chorus of criticism and disappointment. Nothing can be done by the wave of a magician's wand, and we have to get at the truth through the eminently non-political method of statistics. All thing considered, inequality does exist and the righting of that inequality is now the great problem of Indian Public Finance.



Printed in Italy

Pavia - Tipografia Cooperativa - 1930 (viii)





Prezzo L. 75